

„Die Schweiz ist ein politisches Versuchsfeld...“

Die Bedeutung Deutschlands und Frankreichs im
Lernprozess nationaler Identität
1870-1900

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der
Universität Zürich

vorgelegt von
Christine Ackermann Ettinger
von Riehen (BS)

Angenommen im Frühjahrssemester 2008 auf Antrag von
Prof. Dr. Jakob Tanner
Prof. Dr. Carlo Moos

Zürich 2009

Für meinen lieben Vater

Danksagung

Nicht nur nationale Identität, auch eine Studie wie die vorliegende ist ein (Lern-)Prozess. Ein Prozess, der mit der Magister-Arbeit an der Universität Göttingen begonnen hat und von zahlreichen Personen in mannigfaltiger Art begleitet und unterstützt wurde.

Viele kritische Kommentare und wertvolle Hinweise zu dieser Studie verdanke ich meinem Doktorvater Prof. Dr. Jakob Tanner. Ihm und auch meinem Koreferenten Prof. Dr. Carlo Moos sei an dieser Stelle dafür herzlich gedankt. Danken möchte ich auch Dr. Michael Bürgi, von dem ich zahlreiche und äusserst wertvolle Literaturhinweise erhielt. Weil in die vorliegende Arbeit einen Teil meiner an der Universität Göttingen geschriebenen Magister-Arbeit eingeflossen ist, möchte ich auch Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rudolf von Thadden für seine kritischen Kommentare danken. Die stets anregenden Gespräche waren konstruktiv und kontrovers zugleich. Ohne meine beiden Lektoren wäre die Arbeit in dieser Form nicht entstanden. So möchte ich mich bei Patrik Ettinger für seine kritischen, inspirierenden und auch richtungsweisenden Kommentare sehr herzlich bedanken. Und auch Sonja Weinberg verdanke ich viele kritische Hinweise, wofür ich ihr herzlich danken möchte. Zeit war während der gesamten Entstehungszeit, aber vor allem gegen Ende ein hohes Gut. Daher möchte ich mich auch beim Leiter des Paralab der Uniklinik Balgrist, Dr. Huub van Hedel, bedanken, der mir immer wieder unkompliziert Zeit eingeräumt hat, um die Dissertation fertig zu stellen.

Finanziell wurde die Dissertation vom Forschungskredit der Universität Zürich vom Oktober 2003 bis April 2006 unterstützt. Für diese grosszügige Zusage danke ich herzlich.

Meinem leider allzu früh verstorbenen Vater und meiner Mutter, die mir diesen Prozess erst ermöglichten, habe ich in jeder Hinsicht viel zu verdanken. Ihnen gebührt mein besonderer Dank.

Zwei Menschen haben mich bei diesem Prozess intensiv begleitet: mein Ehemann Patrik Ettinger und unsere Tochter Thérèse. Ihre moralische Unterstützung, ihr Lachen und ihre Geduld sind letztlich dafür verantwortlich, dass dieser Prozess seinen Abschluss fand.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	9
1.1 Fragestellung/These	9
1.2 Forschungsstand	15
2. Theoretische Grundlagen und Umsetzung	19
2.1 Einleitung	19
2.2 Nation und nationale Identität	20
2.3 Politische Öffentlichkeit	40
2.4 Printmedien	43
2.4.1 Printmedien als Quellen	45
2.4.2 Die politischen Milieus und ihre Printmedien	48
2.5 Das Wechselverhältnis von Nation, nationaler Identität, politischer Öffentlichkeit und Printmedien	57
2.6 Schlüsselereignisse	58
2.7 Umsetzung: das dreistufige Verfahren	61
3. „Wir stehen allein und einsam in Europa“ Der deutsch-französische Krieg 1870/71	65
3.1 Einleitung – das neue Staatenumfeld	65
3.2 Die Rezeption der Proklamation der französischen Republik	66
3.3 Die Rezeption der deutschen Reichseinigung	74
3.4 Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität	89
3.5 Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen	104
3.6 Konklusion	107
4. „Die persönliche Freiheit ist in Gefahr!“ Der Kulturkampf in Deutschland	110
4.1 Einleitung – der konfessionelle Aspekt des Nationskonzepts	110
4.2 Die Rezeption des Kulturkampfes in Deutschland	111
4.3 Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität	117
4.4 Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen	125
4.5 Konklusion	125

5.	„Ein recht eckeliges Schauspiel...“	
	Das Sozialistengesetz in Deutschland	129
5.1	Einleitung – der klassenpolitische Aspekt des Nationskonzepts	129
5.2	Die Rezeption des Sozialistengesetzes	131
5.3	Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität	136
5.4	Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen	141
5.5	Konklusion	141
6.	Der „Flügel Schlag des schweizerisch-nationalen Geistes...“	
	Der Wohlgemuth-Handel	144
6.1	Einleitung – der aussenpolitische Aspekt des Nationskonzepts	144
6.2	Die Rezeption des Wohlgemuth-Handels	146
6.3	Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität	158
6.4	Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen	166
6.5	Konklusion	167
7.	„La République contre la dictature“	
	Der Boulangismus in Frankreich	169
7.1	Einleitung – der Aspekt Republik im Nationskonzept	169
7.2	Die Rezeption des Boulangismus	171
7.3	Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität	177
7.4	Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen	180
7.5	Konklusion	180
8.	„Soyons juste!“	
	Die Dreyfus-Affäre in Frankreich	182
8.1	Einleitung – das Nationskonzept per se	182
8.2	Die Rezeption der Dreyfus-Affäre	184
8.3	Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität	192
8.4	Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen	195
8.5	Konklusion	195
9.	Der Wandel des Nationskonzepts – nationale Identität als Lernprozess	197
9.1	Der Wandel des Nationskonzepts 1870 bis 1900	197
9.1.1	Der deutsch-französische Krieg	197
9.1.2	Der Kulturkampf und das Sozialistengesetz	202
9.1.3	Der Wohlgemuth-Handel	204
9.1.4	Der Boulangismus und die Dreyfus-Affäre	209

9.2	Nationale Identität als Lernprozess – am Beispiel von Neutralität und Republikanismus	211
9.2.1	Neutralität	211
9.2.2	Republikanismus	216
9.3	Konklusion	220
10.	Literaturverzeichnis	225
10.1	Primäre Quellen	225
10.2	Sekundäre Quellen	227
10.3	Literatur	227
10.4	Artikel aus dem Historischen Lexikon der Schweiz (HLS)	237
	Anhang	239

1. Einleitung

1.1 Fragestellung/These

„Die Schweiz ist ein politisches Versuchsfeld, auf welchem seit Jahrhunderten die verschiedenartigsten Republiken [...] sich neben einander entwickelt haben, bis das einst sehr lose Gefüge eines Staatenbundes seit 1848 in einen fester geeinigten Bundesstaat umgewandelt worden ist, welcher in der Pflege der gemeinsamen eidgenössischen Institutionen noch weiter fortzuschreiten sucht.“¹

Was die Neue Zürcher Zeitung 1871 unter dem Eindruck des deutsch-französischen Krieges 1870/71 beziehungsweise der deutschen Reichseinigung Anfang 1871 mit Blick vor allem auf die Zeit vor der Bundesstaatsgründung diagnostizierte, gilt auch für den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit von 1870 bis zur Jahrhundertwende: die Schweiz blieb „ein politisches Versuchsfeld“. Dieses Versuchsfeld wurde jedoch nicht nur durch das Verhältnis von regionalen und nationalen Loyalitäten geprägt, wie dies der Verweis auf die (konfliktive) Umgestaltung des Staatenbundes in einen Bundesstaat nahe legt, sondern auch durch das Spannungsfeld, in dem die Schweiz durch den aufkommenden ethnischen Nationalismus in Europa stand. Es galt, aus dem Bekenntnis aller politischen Milieus beziehungsweise Akteure zur Republik Schweiz als Minimalkonsens die Nation Schweiz zu konstruieren. Beeinflusst wurde dieser Konstruktionsprozess auch durch die Wahrnehmung von Ereignissen in Deutschland und Frankreich, die in deren Konstruktionsprozess nationaler Identität von Bedeutung waren.

Die Jahre nach der Gründung des schweizerischen Bundesstaates bis zu Beginn der 1870er Jahre waren durch die Konsolidierung des Bundesstaates geprägt. Diese Phase war gekennzeichnet durch Spannungen mit dem Ausland und erneut erbitterte Konflikte im Innern; zugleich befand sich das Land von Mitte bis Ende der 1860er Jahre in einer ökonomischen Krise. Erst mit der „Demokratischen Bewegung“ in den 1860er Jahren, die mit Erfolg für ihre Anliegen in den einzelnen Kantonen kämpfte, vollzogen sich im Innern tiefgreifende Veränderungen, die langfristig zur Ausweitung der demokratischen Rechte auch auf eidgenössischer Ebene führten und den Bundesstaat allmählich zu einem homogenen Gebilde mit föderalistischen Strukturen formten. Es brauchte allerdings mehrere Anläufe zur Totalrevision der Bundesverfassung, bis diese 1874 von der Mehrheit der Stimmberechtigten angenommen wurde. In der Aussenpolitik wiederum war die Schweiz auf der Suche nach einer neuen Formel. Zu ihren wichtigsten Zielen gehörte der Schutz der eigenen Unabhängigkeit. Nicht im Vordergrund stand dagegen vorerst die

¹ Neue Zürcher Zeitung, 1.2.1871, Nr. 57, 1. Blatt.

Wahrung der Neutralität, die zunächst lediglich ein politisches Instrument blieb. Die Spannungen während des Neuenburger Konflikts 1856/57 als auch während des Savoyer Handels 1860, aber auch der preussisch-österreichische Krieg im Jahre 1866 initiierten in der schweizerischen Presse eine Diskussion um die bewaffnete Neutralität. In der Folge bemühte sich die Bundesregierung um eine Verbesserung der militärischen Abwehrkraft, ohne dabei die Kompetenzen der Kantone zu tangieren. Das Konzept der bewaffneten Neutralität bestimmte nach 1870/71 die schweizerische Aussenpolitik, obwohl die Neutralität nach wie vor von Gnaden der Signatarmächte des Wiener Kongresses abhängig war.²

Der Rekurs auf die nationale Identität diente neben der Integration im Innern auch dazu, Geschlossenheit nach aussen in einem veränderten europäischen Umfeld nach 1870/71 zu betonen, da nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 sich die Schweiz auf der Karte endgültig als Kleinstaat wiederfand.³ Umgeben von monarchisch gesinnten Grossstaaten und einer noch nicht gefestigten Republik im Westen musste die Schweiz, die sich selbst nach wie vor als Eidgenossenschaft bezeichnete, ihr Konzept der Nation entwerfen beziehungsweise – nach 1848 – weiterentwickeln. Daraus erschliesst sich für die vorliegende Studie folgende Fragestellung:

- Wie wurden Ereignisse in Deutschland⁴ und/oder Frankreich, die im Prozess der Konstruktion nationaler Identität dieser beiden Nachbarnationen zentral waren, in der schweizerischen Öffentlichkeit wahrgenommen und bewertet?
- Wie beeinflusste diese Wahrnehmung von Entwicklungen in den beiden Nachbarstaaten die Diskussion um die schweizerische Identität?
- Wie wirkte sich diese auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen aus?

Das Interesse der Schweiz, Deutschland und Frankreich zu beobachten, ergab sich auch aus dem aufkommenden ethnischen Nationalismus in Europa. Schon 1862 hatte Bundespräsident Jakob Stämpfli auf die Herausforderung eines ethnischen Nationalismus für das schweizerische Selbstverständnis und die Integration eines vielsprachigen Bundesstaates hingewiesen. Seine Worte galten für die Schweiz als richtungsweisend: „Würde das Prinzip der Nationalität anerkannt, so wäre damit die Existenz der Schweiz vernichtet.“⁵

² 1864 erhielt die Neutralität durch die Unterzeichnung des internationalen Abkommens zum Schutz der Verwundeten, Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung im Falle eines bewaffneten Konflikts, das mehrmals neugefasst und 1929 durch die Genfer Konvention ersetzt wurde, einen humanitären Aspekt. Vorausgegangen war die Gründung des Roten Kreuzes ein Jahr zuvor.

³ Die Gründung des Königreichs Italien 1861 hatte bereits zur Folge, dass die Schweiz als Kleinstaat Europas galt. Die deutsche Reichseinigung im Jahre 1871 zementierte diese Tatsache endgültig.

⁴ Aufgrund besserer Lesbarkeit verwende ich in der gesamten Studie den Begriff Deutschland (und nicht Deutsches Reich).

⁵ STÄMPFLI, Jakob, In: Der Bund, 27. Juli 1862, Nr. 205.

Aus theoretischer Perspektive gilt, dass der Prozess der Konstruktion nationaler Identität immer auch in Bezug auf beziehungsweise in Abgrenzung gegenüber aussen erfolgt. Einerseits kann man den Blick nach aussen richten, um das Eigene zu bestätigen, andererseits aber bestimmt sich das Eigene am deutlichsten ex negativo, das heisst in Abgrenzung zum Fremden. Deshalb wird diese Studie auch danach fragen, inwieweit der sich an den untersuchten Ereignissen manifestierende Nationalismus Deutschlands respektive Frankreichs in der Schweiz als Bedrohung empfunden wurde.

Kollektive nationale Identität entsteht durch öffentliche Kommunikation. Entsprechend ist der Ort, an dem Deutungsmuster in ihrem Wandel erfasst werden können, die Öffentlichkeit. Die politische Presse, die zwischen Staat und Gesellschaft vermittelt und so Teil der politischen Öffentlichkeit wird beziehungsweise diese bildet, entschied, welche Ereignisse mit Bezug auf Deutschland und/oder Frankreich wie kommuniziert wurden. Sie beeinflusste somit die Rezeption und letztlich auch das nationale, kollektive Bewusstsein. Aufgrund dieser Überlegungen erschliesst sich die These für die vorliegende Studie.

Ich gehe davon aus, dass die medial vermittelte Beobachtung ausgewählter deutscher und französischer Ereignisse von 1870 bis zur Jahrhundertwende einen Einfluss auf den Prozess der Nationsbildung in der Schweiz hatte. Mit anderen Worten: Die Schweiz konstituierte sich als Nation auch in Bezug beziehungsweise in Abgrenzung zu Deutschland und Frankreich. Die Auswahl von Deutschland und Frankreich basiert auf folgenden Überlegungen: Erstens waren die Beziehungen auf politischer, ökonomischer und kultureller Ebene mit Deutschland und Frankreich äusserst intensiv. Zweitens macht die Beschränkung auf deutsch- und französischsprachige Presseerzeugnisse im Hinblick auf die sprachliche und kulturelle Affinität zu diesen beiden Ländern diese Auswahl plausibel.⁶

Die Fragestellung wird ausschliesslich über eine Quellengattung erörtert – über Zeitungen. In der Ära der Parteipresse, als die unter anderem die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gilt, waren Zeitungen wichtigstes Organ der öffentlichen Meinung und der politischen Auseinandersetzung, wurde doch die mediale Kommunikation nach politischen Kriterien gesteuert.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich – wie bereits erwähnt – von 1870 bis zur Jahrhundertwende. Der deutsch-französische Krieg war sowohl für Deutschland als auch für Frankreich eine Zäsur. Für die Schweiz bedeutete der Krieg primär die Konfirmation

⁶ Die Nichtberücksichtigung Italiens, welches ebenso als Untersuchungsgegenstand geeignet wäre, erklärt sich aus der bewussten Fokussierung auf Deutschland und Frankreich. Diese basiert darauf, dass Deutschland in der Nationskonzeption mehr den ethnisch-kulturellen Aspekt betonte (wobei allerdings der politische Aspekt nicht gänzlich unbedeutend war, so dass sich beide oft konkurrenzierten), Frankreich mehr den politischen Aspekt (das ethnische Element trat in Frankreich erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts vermehrt auf, und blieb trotzdem viel schwächer ausgeprägt als das deutsche (BRUBAKER, Rogers, Staats-Bürger, Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich, Hamburg 1994, S. 141. Nachstehend zitiert als: BRUBAKER, Staats-Bürger.)). Dieser Gegensatz machen Deutschland und Frankreich zu einem idealen Untersuchungsgegenstand für den Prozess der Konstruktion nationaler Identität der Schweiz. (Siehe auch: Fussnote Nr. 84.)

der (bewaffneten) Neutralität, die fortan beibehalten wurde. Weitaus wichtiger war zu Beginn der 1870er Jahre für die Schweiz aber die Tatsache, in Europa zu einem Kleinstaat geworden zu sein. Letztere prägte den „nation-building“-Prozess entscheidend. Die Jahrhundertwende wurde aus folgenden Überlegungen als Ende des Untersuchungszeitraums festgelegt: Mit dem Aufkommen des politischen Antisemitismus kam es Ende des Jahrhunderts zu einer Wendung der nationalistischen Ideologie nach rechts. Der bürgerliche Liberalismus war in Auflösung begriffen, und die internationale Lage hatte sich aufgrund des Imperialismus deutlich geändert.⁷ In der Schweiz wiederum – wie zu zeigen sein wird – wurden gegen Ende des Jahrhunderts den überkommenen Traditionen nationale Werte zugesprochen und die vermeintlich seit Jahrhunderten bestehende Nation Schweiz erfunden. Dieser Prozess von „state-building“ als Kleinstaat zur „nation-building“ soll als Lernprozess nationaler Identität verstanden und erläutert werden.

Bislang wurden meist Faktoren innerhalb der schweizerischen Gesellschaft erforscht, um die Bildung einer schweizerischen, nationalen Identität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu erörtern. Die Bedeutung beziehungsweise der Anteil des internationalen Umfelds und hierbei insbesondere Deutschlands und Frankreichs an der Konstruktion nationaler Identität wurde jeweils nur marginal erwähnt. Dies gilt auch für die Arbeiten von Widmer und Zimmer, die hinsichtlich ihrer Themata zwei Basiswerke einerseits zur Wachstumskrise in den 1880er Jahren, andererseits zur Nationalisierung von 1761 bis 1891 in der Schweiz vorlegten.⁸ In der vorliegenden Studie soll entsprechend die Konstruktion der schweizerischen, nationalen Identität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts um den internationalen Aspekt erweitert werden. Gleichzeitig kann die Arbeit einen Beitrag zum Mechanismus der Entstehung der nationalen Identität im Hinblick auf die Abgrenzung gegenüber aussen und die Integration im Innern leisten. Zumal die aktuelle Forschung der Nationsbildung „von unten“ zunehmend Bedeutung beimisst und die Vorstellung der Nationsbildung als einseitigen Elitenprozess zurückweist. Dadurch gerät die Rezeption der Konstruktion nationaler Identität durch breitere Bevölkerungsschichten und ihr Einbezug in den „nation-building“-Prozess in den Fokus der Forschung. Politische Eliten müssen ihre Ideologien in einer Art und Weise konstruieren, dass sie in der Öffentlichkeit Resonanz finden.⁹ Und weil sie in der Öffentlichkeit Resonanz finden müssen, leistet auch die Presse, die Öffentlichkeit herstellt und zwischen Eliten und Bevölkerung vermittelt, ihren Beitrag zum Konzept Nation. An dieser Schnittstelle setzt die vorliegende Studie ein.

⁷ Zur Situation in der Schweiz siehe: JOST, Hans Ulrich, *Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900*, Zürich 1992. Nachstehend zitiert als: JOST, *Die reaktionäre Avantgarde*. Zur Situation generell in Europa siehe: HOBBSAWM, Eric J., *Das imperiale Zeitalter, 1875-1914*, Frankfurt a. M. 1989 (englische Originalausgabe unter dem Titel „The Age of Empire 1875-1914“ 1987). Nachstehend zitiert als: HOBBSAWM, *Das imperiale Zeitalter*.

⁸ WIDMER, Thomas, *Die Schweiz in der Wachstumskrise der 1880er Jahre*, Zürich, 1992. Nachstehend zitiert als: WIDMER, *Die Schweiz in der Wachstumskrise*; ZIMMER, Oliver, *A Contested Nation. History, Memory and Nationalism in Switzerland, 1761-1891*, Cambridge University Press 2003. Nachstehend zitiert als: ZIMMER, *A Contested Nation*.

⁹ ZIMMER, *A Contested Nation*, S. 5.

Um die komplexen Wechselwirkungen in diesem Prozess der Nationsbildung analytisch trennen und systematisch erfassen zu können, wird ein dreistufiges Verfahren, das auch den Aufbau der Kapitel zu den jeweiligen Ereignissen strukturiert, gewählt. In der ersten Stufe wird auf der Basis einer systematischen Analyse der Berichterstattung in repräsentativen Zeitungen erfasst, welche Resonanz ausgewählte Schlüsselereignisse im Prozess der Nationsbildung Deutschlands und Frankreichs in der politischen Öffentlichkeit der Schweiz erhielten. In der zweiten Stufe analysiere ich den Einfluss dieser Beobachtung von Vorgängen und Debatten in Deutschland und Frankreich auf die Konstruktion nationaler Identität in der Schweiz. Da der Wandel von gesellschaftlichen Wahrnehmungsstrukturen das daran orientierte kollektive deutungsorientierte Handeln beeinflusst, untersuche ich in der dritten Stufe, welche konkreten Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen die Wahrnehmung von Entwicklungen in den Nachbarstaaten hatte. Da diese Einwirkungen und Konsequenzen jedoch nicht in ihrer ganzen Komplexität erfasst werden können, werden nur jene thematisiert, die direkt aus den Quellen, die in der ersten Stufe analysiert werden, erfassbar sind.¹⁰ Das dreistufige Verfahren wiederum bildet die Basis, um abschliessend den Wandel des Nationskonzeptes von 1870 bis zur Jahrhundertwende zu analysieren. Mit Berücksichtigung der bereits vorhandenen Literatur, die primär endogene Faktoren untersuchte, soll nun das Konstrukt nationale Identität, das wiederum die Nation im Sinne eines kollektiven, nationalen Bewusstseins konstruiert, in seiner Entwicklung aufgezeigt werden – nationale Identität eben verstanden als Lernprozess. Der Aufbau der Studie präsentiert sich entsprechend wie folgt:

Anschliessend an die Einleitung wird der Forschungsstand vorgestellt. In dieser Studie befasste ich mich zentral mit dem Thema der Konstruktion nationaler Identität respektive mit der Diskussion um Nationskonzepte, was Literatur zu „Nation“ und „nationale Identität“ impliziert. Die Auswahl beschränkt sich darauf, primär den theoretischen Grundlagen für diese Studie, die wiederum die Basis für den empirischen Teil bilden, zu dienen. Ferner beschränkt sie sich weitgehend auf die deutschsprachige Literatur. Wie bereits erwähnt, macht ein Blick auf den Forschungsstand deutlich, dass für die Untersuchung der nationalen Identität in der Schweiz im 19. Jahrhundert bis anhin die Bedeutung des internationalen Kontextes nicht systematisch untersucht wurde. Die Literatur, die sich fast ausschliesslich mit nationalen Faktoren befasst, ist aber für die vorliegende Studie insofern relevant, als Nationsbildung die Summe endogener und exogener Faktoren ist. Das heisst, um die Bedeutung der exogenen Faktoren wie ihre Interdependenz mit endogenen Faktoren beurteilen zu können, ist die Kenntnis der endogenen Faktoren unabdingbar. Entsprechend werden auch Monographien und Überblicksdarstellungen vorgestellt, die sich mit der Bildung der nationalen Identität in der Schweiz im 19. Jahrhundert befassen. Weil der Terminus Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Konstruktion der Nation von Bedeutung ist und Medien als Untersuchungsgegenstand ausgewählt wurden, weil sie jene Öffentlichkeit herstellen, in der nationale Identität konstruiert wird, soll auch dazu die neueste Forschungsliteratur erörtert werden.

¹⁰ Die Ungleichzeitigkeit zwischen Ereignis und Einwirkung ist nicht Gegenstand der Untersuchung.

Das anschliessende Kapitel befasst sich ausschliesslich mit den theoretischen Grundlagen sowie der (methodischen) Umsetzung dieser Studie. Zu Beginn stehen die Aspekte Nation und nationale Identität im Zentrum. Es werden unter anderem folgende Fragen beantwortet: Wie wird kollektive, nationale Identität hergestellt? Wie konstruiert sich die Nation? Das (bisherige) Konzept Nation Schweiz der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, auf welchem die Studie hauptsächlich basiert, wird ebenfalls detailliert erörtert, so dass eine Grundlage für den empirischen Teil geschaffen wird. Ferner werden in diesem Kapitel weitere für die Studie relevanten theoretischen Grundlagen vorgestellt. Es ist dies unter anderem die Öffentlichkeit als der Ort, an dem gesellschaftliche Wahrnehmungs- und Deutungsstrukturen erfasst werden können. Von Interesse ist primär die durch Medien hergestellte Öffentlichkeit, denn die politische Publizistik wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wichtigstes Organ der öffentlichen Meinung. Entsprechend wird anschliessend die Rolle der Printmedien in der Öffentlichkeit sowie deren Funktion als Quellen für die Forschung erörtert; ebenso werden die ausgewählten Quellen in Kurzporträts vorgestellt. Aufgrund der bisher gemachten Erkenntnisse wird in einem nächsten Schritt analysiert, in welchem Wechselverhältnis Nation beziehungsweise nationale Identität, Öffentlichkeit und Printmedien stehen. Anschliessend wird der Terminus Schlüsselereignis, mit dem ich die zu untersuchenden Ereignisse charakterisiere, vorgestellt. Nach der Erörterung der theoretischen Grundlagen wird die (methodische) Umsetzung dargelegt. Die Studie wird in klassisch hermeneutischer Weise durchgeführt. Entsprechend folgen einige Ausführungen zur Bedeutung, Problematik und Anwendung der Hermeneutik in historischen Projekten. Das bereits erwähnte dreistufige Verfahren wird anschliessend detailliert vorgestellt und erläutert. Neben inhaltlichen Angaben zu den drei Stufen werden auch die Fragekataloge, die als Raster dienen, erörtert.

Anschliessend an den theoretischen folgt der empirische Teil. Der Fragekatalog, der für alle Schlüsselereignisse angewendet wird, gliedert sich in das bereits kurz vorgestellte dreistufige Verfahren: a) Analyse der Rezeption von Schlüsselereignissen in Deutschland und Frankreich, b) Analyse der Diskussionen über das Konzept Nation Schweiz und über nationale Identität anhand dieser Schlüsselereignisse sowie c) Analyse der Einwirkungen und Konsequenzen dieser Diskussionen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen. Innerhalb dieser drei Stufen werden die Fragen dem jeweiligen Ereignis angepasst. Die Rezeption wird ausschliesslich unter dem Aspekt der Nationsbildung analysiert. In der Analysestufe „Konzept Nation Schweiz und Diskussion über nationale Identität“ befasse ich mich damit, ob die Rezeption auch eine Diskussion über die nationale Identität der Schweiz ausgelöst hatte, welche Akteure daran teilnahmen und wie die verschiedenen politischen Milieus die nationale Identität definierten. Die in der dritten Analysestufe erfassten Einwirkungen und Konsequenzen wiederum müssen direkt aus den Quellen, die bereits für die erste und zweite Stufe analysiert wurden, eruierbar sein, da folgende Problematik beachtet werden musste: Wie lassen sich Einwirkungen und Konsequenzen systematisch eruieren, wenn man nicht per Zufall aufgrund der Quellen darauf stösst? Zu erwähnen ist: Nicht alle gehen mit dem Schlüsselereignis zeitlich einher, die Retrospektive eliminiert das Zufallsprinzip nicht und die systematische Analyse

einzelner setzt eine Selektion voraus, deren Repräsentativität kaum zu begründen wäre. Zusätzlich kann die Problematik, wie sich etwaige Einwirkungen und Konsequenzen beweisen lassen, aufgrund der direkten Bezugnahme auf die Quellen entschärft werden.

Im letzten Kapitel wird der Wandel des Nationskonzeptes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dargestellt sowie aufgezeigt, dass im Untersuchungszeitraum nationale Identität durchaus als Lernprozess verstanden werden kann. Dieses Kapitel ist die eigentliche Konklusion beziehungsweise Synthese dieser Studie, die letztlich die eingangs gestellte Frage beantworten soll: Inwieweit konstituierte sich die Schweiz nach 1870 als Nation auch in Bezug auf beziehungsweise in Abgrenzung gegenüber Deutschland und Frankreich?

1.2 Forschungsstand

Ein Blick auf den Forschungsstand macht deutlich, dass für die Untersuchung der nationalen Identität in der Schweiz im 19. Jahrhundert bis anhin die Bedeutung des internationalen Kontextes kaum systematisch untersucht wurde. Dass Diskussionen über nationale Identität in Deutschland und Frankreich, die anhand von Schlüsselereignissen geführt wurden, im Prozess der Konstruktion nationaler Identität wahrgenommen wurden und auch Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen hatten, wird in einzelnen Monographien zwar erwähnt, ist aber nie explizit Untersuchungsgegenstand. Für die vorliegende Studie bieten mehrere Werke entweder einen guten Überblick über die Forschung zur nationalen Identität der Schweiz im 19. Jahrhundert (a) oder vertiefen einzelne spezifische Perspektiven auf die Themata Nation, nationale Identität und Nationalismus (b).

a) Für einen Überblick stehen gleich zwei Sammelbände neueren Datums zur Verfügung, die beide im Kontext des Jubiläums zum 150jährigen Bestehen des schweizerischen Bundesstaates entstanden.¹¹ Die Vielfalt der Aufsatzthemen als auch die Zeitspanne über drei Jahrhunderte machen beide Sammelbände zu ausgezeichneter Einstiegsliteratur zum Thema der Konstruktion nationaler Identität in der Schweiz und lassen gleichzeitig interessante Vergleichsmöglichkeiten zu.¹² Einen ausgezeichneten Überblick bietet auch der Aufsatz von Albert Tanner, Willensnation versus Kulturnation, in dem er das Nationalbewusstsein und den Nationalismus der Schweiz von der Helvetischen Republik

¹¹ ALTERMATT, Urs, BOSSHART-PFLUGER, Catherine und Albert TANNER (Hrsg.), Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert, Zürich 1998; STUDER, Brigitte (Hrsg.), Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationsbildung der Schweiz, 1848-1998, Zürich 1998.

¹² Das Thema wird in beiden Bänden sowohl in politischer (Josef Mooser in „Etappen des Bundesstaates“), wirtschaftlicher (Jakob Tanner in „Etappen des Bundesstaates“), sozialer (Brigitte Studer in „Etappen des Bundesstaates“), kulturell-konfessioneller (Aram Mattioli in „Die Konstruktion einer Nation“ beziehungsweise Marco Jorio in „Etappen des Bundesstaates“), militärischer (Rudolf Jaun in „Die Konstruktion einer Nation“ und in „Etappen des Bundesstaates“), geographischer (Markus Brühlmeier in „Die Konstruktion einer Nation“) wie geschlechtsspezifischer (Lynn Blattmann in „Die Konstruktion einer Nation“ beziehungsweise Elisabeth Joris in „Etappen des Bundesstaates“) Hinsicht behandelt.

bis zur Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts vorstellt.¹³ Drei weitere Publikationen, die ebenfalls einen informativen Überblick über die Forschung zur nationalen Identität der Schweiz geben, sind bereits um 1990 erschienen, gehören aber nach wie vor zu den Standardwerken.¹⁴ Marchal hat mittlerweile auch einen Sammelband mit bereits veröffentlichten wie auch noch unveröffentlichten Aufsätzen zu zentralen Elementen des schweizerischen Geschichtsbewusstseins und Selbstverständnisses publiziert.¹⁵ In seinem Konzept der „Gebrauchsgeschichte“ zieht er die Quintessenz aus seiner Auseinandersetzung zum Thema des schweizerischen (Geschichts-)Bewusstseins. Dass das Thema in den 1990er Jahren an Aktualität gewonnen hatte, beweist auch eine Sonderausstellung im Schweizerischen Landesmuseum und der anlässlich dieser Ausstellung publizierte Katalog: Die Erfindung der Schweiz¹⁶. Und nicht zuletzt zeigt, dass das Verhältnis der Schweiz zum nördlichen Nachbarland Deutschland für alle Sprachregionen auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts nach wie vor ein (historisches) Thema ist. So widmet zum Beispiel die schweizerische Zeitschrift für Geschichte „Itinera“ ihre aktuellste Ausgabe dem Thema „Deutsche und Deutschland aus Schweizer Perspektiven“, in der für die vorliegende Studie vor allem der Aufsatz von Hans Ulrich Jost „Bewunderung und heimliche Angst: Gesellschaftliche und kulturelle Reaktionen in Bezug auf das deutsche Kaiserreich“ von Interesse ist.¹⁷

b) Nebst diesen Sammelbänden respektive breit angelegten Studien zur nationalen Identität der Schweiz finden sich mehrere Monographien, die sich jeweils spezifischen Aspekten in der Konstruktion der nationalen Identität widmen. Erwähnt sei hier an erster Stelle die bereits 1970 erschienene Monographie von Guido Hunziker, die für die vorliegende Studie äusserst informativ ist. Hunziker setzt sich detailliert mit der Schweiz und dem Nationalitätsprinzip im 19. Jahrhundert auseinander, stellt aber die Rezeption der von ihm punktuell ausgewählten Ereignisse leider nicht in einen Gesamtprozess.¹⁸ In diesem Sinne ist die Monographie von Oliver Zimmer „A Contested Nation“, die im Jahre 2003 erschienen ist, für diese Studie weitaus ergiebiger, insofern der Autor eine ähnliche

¹³ TANNER, Albert, Willensnation versus Kulturnation. Nationalbewusstsein und Nationalismus in der Schweiz, In: BOSSHART-PFLUGER, Catherine, JUNG, Joseph und Franziska METZGER (Hrsg.), Nation und Nationalismus in Europa. Kulturelle Konstruktion von Identitäten, Festschrift für Urs Altermatt, Frauenfeld 2002, S. 179-203. Nachstehend zitiert als: TANNER, Willensnation versus Kulturnation.

¹⁴ DE CAPITANI, François und Georg GERMANN (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848-1914. Probleme - Errungenschaften - Misserfolge, 8. Kolloquium der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften 1985, Freiburg (Schweiz) 1987; IM HOF, Ulrich, Mythos Schweiz. Identität - Nation - Geschichte, 1291-1991, Zürich 1991. Nachstehend zitiert als: IM HOF, Mythos Schweiz; MARCHAL, Guy P. und Aram MATTIOLI (Hrsg.), Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität, Zürich 1992.

¹⁵ MARCHAL, Guy P., Schweizer Gebrauchsgeschichte. Geschichtsbilder, Mythenbildung und nationale Identität, Basel 2006.

¹⁶ Schweizerisches Landesmuseum Zürich (Hrsg.), Die Erfindung der Schweiz 1848-1948. Bildentwürfe einer Nation, Zürich 1998.

¹⁷ JOST, Hans Ulrich, Bewunderung und heimliche Angst: Gesellschaftliche und kulturelle Reaktionen in Bezug auf das deutsche Kaiserreich, In: Itinera, Fasc. 26, 2007, S. 16-45.

¹⁸ HUNZIKER, Guido, Die Schweiz und das Nationalitätsprinzip im 19. Jahrhundert. Die Einstellung der eidgenössischen Öffentlichkeit zum Gedanken des Nationalstaates, Dissertation Universität Basel, Basel 1970. Nachstehend zitiert als: HUNZIKER, Die Schweiz und das Nationalitätsprinzip.

Methode verfolgt, von einer ähnlichen Quellenbasis ausgeht und meinen Untersuchungszeitraum nahezu abdeckt.¹⁹ Die Berücksichtigung des internationalen Kontextes wird von Zimmer aber ebenfalls nicht wahrgenommen, was dieser allerdings explizit als Forschungsdesiderat erwähnt. Einziger Wehrmutstropfen ist, dass Zimmer nur Quellen aus der deutschsprachigen Schweiz benützt.²⁰ Zahlreiche weitere Monographien müssten an dieser Stelle genannt werden; ich beschränke mich auf die meines Erachtens für die Studie wichtigsten Werke: Rudolf Jaun zeigt in seiner Monographie „Preussen vor Augen“ die kulturellen und militärischen Bedingungen des 19. Jahrhunderts für die Entwicklung der militärischen Führung auf.²¹ Insbesondere seine Erklärungen zur Orientierung der republikanischen Milizarmee am Führungshabitus des wilhelminischen Offizierskorps sind für die vorliegende Studie relevant. Ursula Meyerhofer wiederum geht in ihrer Monographie „Von Vaterland, Bürgerrepublik und Nation“ der Frage nach, ob es bereits vor 1848 ein nationales Selbstbild gab, das allgemein akzeptiert wurde und Gültigkeit hatte.²² Ihre Erkenntnisse bilden die wichtige Basis für den Prozess des republikanischen Bewusstseins vor 1848. In seiner Monographie „Die Schweiz - eine Republik in Europa“ untersucht Tobias Kästli die Geschichte des Nationalstaates seit 1798.²³ Für die Studie bietet diese Monographie einen umfassenden Überblick über die Entwicklung des Nationalstaates im 19. Jahrhundert hinsichtlich institutioneller Veränderungen. Mit dem spezifischen Thema der Nationalgeschichte um 1900 befasst sich Sascha Buchbinder.²⁴ In der Konstruktion des Nationskonzepts war die Nationalgeschichte elementar, so dass Buchbinders Arbeit für diese Studie wichtige zusätzliche Hinweise bietet. In dieser Darstellung fehlen einschlägige Aufsätze zum Thema der nationalen Identität in der Schweiz fast gänzlich. Aufgrund ihrer Quantität erlaube ich mir, auf eine Erwähnung im Forschungsstand zu verzichten. Es sei hiermit auf das Literaturverzeichnis verwiesen.

Die theoretische Literatur zum Thema Nation beziehungsweise Nationalismus ist sehr breit; zuletzt fand das Thema aufgrund des Zerfalls von Ex-Jugoslawien in der Wissenschaft verstärkt Beachtung. Einen ausgezeichneten Überblick über die Forschung zum (europäischen) Nationalismus bietet der „Reader“ von John Hutchinson und Anthony

¹⁹ Literaturangabe siehe: Fussnote Nr. 8.

²⁰ Diese Einschränkung begründet der Autor mit dem Ziel, die Konstruktion und Transformation nationaler Identität in der Schweiz über eine relativ lange Periode (1761-1891) zu verfolgen. Dieses Ziel könne nur mit der Konzentration auf eine Sprachregion der Schweiz erreicht werden.

²¹ JAUN, Rudolf, Preussen vor Augen. Das schweizerische Offizierskorps im militärischen und gesellschaftlichen Wandel des Fin de siècle, Zürich 1999. Nachstehend zitiert als: JAUN, Preussen vor Augen.

²² MEYERHOFER, Ursula, Von Vaterland, Bürgerrepublik und Nation. Nationale Integration in der Schweiz 1815-1848, Zürich 2000. Nachstehend zitiert als: MEYERHOFER, Von Vaterland, Bürgerrepublik und Nation.

²³ KÄSTLI, Tobias, Die Schweiz - eine Republik in Europa. Geschichte des Nationalstaats seit 1789, Zürich 1998. Nachstehend zitiert als: KÄSTLI, Die Schweiz - eine Republik in Europa.

²⁴ BUCHBINDER, Sascha, Der Wille zur Geschichte. Schweizer Nationalgeschichte um 1900 - die Werke von Wilhelm Oechsli, Johannes Dierauer und Karl Dändliker, Zürich 2002. Nachstehend zitiert als: BUCHBINDER, Der Wille zur Geschichte.

D. Smith.²⁵ Der „Reader“ versammelt Auszüge über die relevantesten deutsch-, englisch- und französischsprachigen Aufsätze des 20. Jahrhunderts und zeigt so die Entwicklung der Forschung seit Ende des 19. Jahrhunderts. Einen guten Überblick über den neuesten Forschungsstand im deutschsprachigen Raum bietet der Sammelband „Politische Kollektive“, der von Ulrike Jureit herausgegeben wurde.²⁶ Trotz neuen Forschungsansätzen bilden nach wie vor einzelne Werke ein ausgezeichnetes und unerlässliches Fundament zur Nationalismus-Forschung.²⁷ In den letzten Jahren lag der Fokus verstärkt auf spezifischen Aspekten im Zusammenhang mit der Nation, so zum Beispiel Nation und Religion.²⁸ Zudem lässt sich feststellen, dass der regionale Aspekt verstärkt berücksichtigt und entsprechend dazu geforscht wird.²⁹

²⁵ HUTCHINSON, John and Anthony D. SMITH (editors), *Nationalism*, Oxford University Press (Oxford Reader) 1994.

²⁶ JUREIT, Ulrike (Hrsg.), *Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassischer und ethnischer Gemeinschaften*, Münster 2001.

²⁷ Es sind dies: ALTER, Peter (Hrsg.), *Nationalismus. Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens*, München 1994; ANDERSON, Benedict, *Imagined Communities. Reflections on the Origins and Spread of Nationalism*, revised and extended edition by Verso 1991 (first published by Verso 1983). Nachstehend zitiert als: ANDERSON, *Imagined Communities*; HOBBSBAWM, Eric J., *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, München 1996 (englische Erstausgabe 1990). Nachstehend zitiert als: HOBBSBAWM, *Nationen und Nationalismus*; LEMBERG, Eugen, *Nationalismus*, 2 Bände, Reinbek bei Hamburg 1961, 1. Band: *Psychologie und Geschichte*. Nachstehend zitiert als: LEMBERG, *Nationalismus*; RENAN, Ernest, *Qu'est-ce qu'une nation?*, In: *Oeuvres complètes*, Tome I, Paris 1947. Nachstehend zitiert als: RENAN, *Qu'est-ce qu'une nation?*; SCHIEDER, Theodor, *Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa*, Hrsg. von Otto DANN und Hans-Ulrich WEHLER, Göttingen 1991. Spezifisch auf Deutschland und Frankreich bezogen: BRUBAKER, *Staats-Bürger* (Literaturangabe siehe: Fussnote Nr. 6).

²⁸ Zum Beispiel: HAUPT, Heinz-Gerhard und Dieter LANGEWIESCHE (Hrsg.), *Nation und Religion in Europa. Mehrkonfessionelle Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2004.

²⁹ Zum Beispiel: KLEIN, Michael B., *Zwischen Reich und Region. Identitätsstrukturen im Deutschen Kaiserreich (1871-1918)*, Stuttgart 2005, oder: WEICHLEIN, Siegfried, *Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich*, Düsseldorf 2004. Nachstehend zitiert als: WEICHLEIN, *Nation und Region*.

Für die Schweiz, wenn auch vor 1848, zum Beispiel: HERMANN, Irène, *Genève entre République et Canton. Les vicissitudes d'une intégration nationale (1814-1846)*, Genève 2003.

2. Theoretische Grundlagen und Umsetzung

2.1 Einleitung

Die im Kapitel „Einleitung“ vorgestellte Fragestellung beziehungsweise These impliziert die theoretische Auseinandersetzung mit Nationsbildung sowie mit den verwandten Begriffen Nation, nationale Identität und Nationalismus. Zu allen Termini wurden in den letzten Jahren zahlreiche wissenschaftliche Studien publiziert.³⁰ Es ist nicht in meinem Sinne, eine Zusammenfassung der bisherigen Forschung zu präsentieren noch den Anspruch zu erheben, die bisherige Forschung neu zu konzipieren. Das Kapitel soll theoretische Grundlagen und relevante Informationen über kollektive, nationale Identität beziehungsweise Nation enthalten, die für das Verständnis des empirischen Teils der Studie beziehungsweise für das Konzept Nation Schweiz, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Diskussion stand, unerlässlich sind.

Bei der vorliegenden Studie interessiert primär die Auseinandersetzung um nationale Identität und ihr Wandel, der letztlich als Lernprozess zu verstehen ist. Der Ort, an dem dieser Lernprozess erfasst werden kann, ist die Öffentlichkeit. Der im 19. Jahrhundert einsetzende Wandel der Öffentlichkeit führte in der Schweiz um die Mitte des Jahrhunderts unter anderem zu einem Medienwandel, der in die Ära der Parteipresse mündete. Die politische Publizistik wurde wichtigstes Organ der öffentlichen Meinung. Ausgehend von dieser zentralen Bedeutung der medienvermittelten Öffentlichkeit bildet die Presse für die Arbeit die wichtigste Quelle. In der Ära der Parteipresse wurde die politische Kommunikation der Parteizeitungen durch die wechselseitige Resonanz von Themen und Meinungen charakterisiert. Die Redaktionen verstanden sich als Teil der intellektuellen Elite des jeweiligen politischen Milieus (beziehungsweise als „intellektuellen Stab der Parteien und Verbände“³¹) und vertraten entsprechend Kollektivpositionen, in deren Zentrum Sachverhalte und Informationen über gegnerische Absichten standen. Dieses Verständnis führt dazu, dass anhand von Medienquellen Rückschlüsse auf politische Milieus gezogen werden können. Weil der Wandel von nationaler Identität als Lernprozess verstanden wird, erfolgt die Analyse der öffentlichen politischen Kommunikation aus einer historisch diachronen Perspektive. Die Erfassung dieses Wandels geschieht anhand von Schlüsselereignissen³² im Prozess der Konstruktion nationaler Identität Deutschlands und Frankreichs.

³⁰ Siehe: Kapitel „1.2 Forschungsstand“.

³¹ IMHOF, Kurt, „Öffentlichkeit“ als historische Kategorie und als Kategorie der Historie, In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 46, 1996, Nr. 1, S. 15. Nachstehend zitiert als: IMHOF, Öffentlichkeit als historische Kategorie.

³² Zur Definition des Begriffes siehe: Kapitel „2.6 Schlüsselereignisse“.

2.2 Nation und nationale Identität

„Offensichtlich bringt dieser Terminus etwas zum Ausdruck, was für die menschlichen Angelegenheiten wesentlich ist.“³³

Nationale Identität ist kollektive Identität.³⁴ Als „Wir-Identität“ wird kollektive Identität immer von mindestens zwei beziehungsweise mehreren Individuen geteilt. Dies kann eine mehrere Personen umfassende Gruppe sein, aber auch ein Volk.³⁵ Identität an sich ist eine Sache des Bewusstseins. Unter kollektiver Identität wird das Bild verstanden, das eine Gruppe von sich aufbaut und mit dem sich die Mitglieder identifizieren. Daraus ergibt sich, dass kollektive Identität eine Frage der Identifikation und der primär symbolischen Realität der Mitgliedschaft seitens der beteiligten Individuen ist.³⁶ Es gibt kollektive Identität daher nicht per se, sondern immer nur insofern, als sich bestimmte Individuen zu ihr bekennen. Ihre Stärke und Schwäche liegt im Denken und Handeln der Gruppenmitglieder. Erst durch Bewusstmachung oder Bewusstwerdung kann sich die Zugehörigkeit zu einem Kollektiv zu einer „Wir-Identität“ steigern. Kollektive Identität ist entsprechend reflexiv gewordene gesellschaftliche Zugehörigkeit.³⁷ Kollektive respektive nationale Identität wird über Merkmale der Zugehörigkeit und der Abgrenzung festgelegt. Die Merkmale festigen die Solidargemeinschaft nach innen und setzen gleichzeitig

³³ HOBBSBAWM, Nationen und Nationalismus, S. 11.

³⁴ Es gilt zwischen kollektiver („Wir-Identität“) und individueller Identität („Ich-Identität“) zu unterscheiden. Assmann differenziert zusätzlich die „Ich-Identität“ in individuelle und personale Identität. (ASSMANN, Jan, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 42002, S. 131. Nachstehend zitiert als: ASSMANN, Das kulturelle Gedächtnis.)

³⁵ Zu beachten für die vorliegende Studie ist, dass der Terminus „Volk“ in der Schweiz, in Deutschland und in Frankreich unterschiedlich konnotiert war – das „Volk“ als polysemantisches Konzept. Während in der Schweiz das Volk der Souverän war (und ist) und entsprechend partizipatorisch mitwirkte, wurde in Deutschland und in der napoleonischen Ära Frankreichs das Volk trotz Parlament in letzter Instanz durch den Kaiser repräsentiert. In Frankreich kam es nach der Proklamation der Republik im September 1870 ebenfalls zu einer Partizipation des Volkes.

Die Kommunikation zwischen den Repräsentanten des Volkes und dem nicht direkt anwesenden, aber nicht unsichtbaren und stummen Volk setzt eine kollektive Identität voraus, die decodiert werden kann. Diese kollektive Identität ist zwar vielschichtig und alles andere als homogen, kann aber dennoch sowohl vom Volk wie auch von seinen Repräsentanten weitgehend verstanden werden.

Wesentlich für den Terminus „Volk“ ist das Begriffspaar Ethnos/Demos (beziehungsweise auch Essentialismus/Voluntarismus). In Abgrenzung zum (ethnischen) Volksbegriff Ethnos beschreibt Demos einen politischen und rechtlichen Begriff von Volk. Demos wird hier verstanden als ein soziales und politisches Gebilde, das die Legitimation für das soziale Handeln allein aus den Willensbekundungen der Gemeinschaft bezieht.

In der Literatur finden sich sowohl das Begriffspaar Ethnos/Demos (vor allem in Anlehnung an Francis) als auch Essentialismus/Voluntarismus respektive die jeweiligen Adjektive. Dort wo ich direkt auf die Literatur rekurriere, übernehme ich die jeweilige Terminologie; ich selbst benutze die Termini essentialistisch/voluntaristisch respektive Essentialismus/Voluntarismus.

Siehe auch: Fussnoten Nrn. 94-96.

³⁶ Sekundär kann sich die symbolische Realität auch verdinglichen, das heisst konkrete Formen, zum Beispiel in Form von Staatsangehörigkeit und/oder Gesetzen, annehmen.

³⁷ ASSMANN, Das kulturelle Gedächtnis, S. 130 ff.

Abwehrreflexe gegen aussen frei. In Bezug auf die kollektive, nationale Identität lassen sich diese Abwehrreflexe im Umgang mit Minderheiten, deren Zugehörigkeit per se in Frage gestellt wird, beispielhaft erkennen. Weil die Minderheiten das kollektive Bild nicht teilen, entstehen häufig so genannte Identifikationszwänge und Ausgrenzungstendenzen. So werden zum Beispiel gerade die Vertreter des linken Milieus als „vaterlandslose Gesellen“, als Feinde im Innern bezeichnet und deren Patriotismus in Frage gestellt. Diese Argumentation findet sich – wie die Studie zu zeigen versucht – vermehrt gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als der Paradigmawechsel vom Kultur- zum Klassenkampf als grundlegende Konfliktlinie vollzogen war. Aus diesem – meiner Arbeit zugrunde liegenden – Verständnis von kollektiver Identität folgt, dass kollektive Identität weder natural gegeben noch transhistorisch gültig ist. Sie ist vielmehr geschichtlich wandelbar, situativ konstruiert und kulturell codiert.³⁸

Eine einzige kollektive Identität gibt es nicht. Jeder und jede Angehörige eines Kollektivs gehört gleichzeitig mehreren Gemeinschaften an. Er oder sie nimmt an mehreren kollektiven Gedächtnissen und Selbstbildern teil. Diese Pluralität kollektiver Identitäten, unter anderem zum Beispiel die der Region, des Geschlechts, der Konfession oder der Klasse, kann dazu führen, dass sich verschiedene kollektive Identitäten konkurrenzieren, das heisst zum Beispiel regionale versus nationale oder konfessionelle versus nationale Identität steht.³⁹ Die Vielzahl von kollektiven Identitäten ist allerdings unabdingbar, denn Identität ist ein „plurale tantum“ und setzt andere Identitäten voraus. Ohne Vielheit keine Einheit, ohne Andersart keine Eigenart.⁴⁰ Zu beachten ist zusätzlich, dass in Bezug auf die Ausgestaltung einer kollektiven Identität mehrere Varianten sich konkurrenzieren können. Was sich (auf Zeit) als *die* nationale Identität der Schweiz durchsetzt, ist nur das Produkt eines Ringens um die Deutungsmacht zwischen unterschiedlichen Konzepten nationaler Identität. Von Bedeutung für diese Studie ist, dass dieses Ringen um die Deutungsmacht auch in Bezug auf beziehungsweise in Abgrenzung gegenüber anderen Nationen stattfindet.

Für die vorliegende Studie interessiert vor allem das Ringen um Deutungsmacht zwischen unterschiedlichen Nationskonzepten. Die erwähnte Vielzahl von kollektiven Identitäten heisst, dass eine relative Integration in die Nation keineswegs bedeutet, dass sich andere, ältere Loyalitäten auflösen. Dies führt teilweise dazu, dass sich der Prozess der Konstruktion der Nation nur über den Konflikt mit anderen Loyalitäten beziehungsweise kollektiven Identitäten vollziehen kann. Nach Weichlein hatten die strukturellen Variablen

³⁸ GIESEN, Bernhard, Voraussetzung und Konstruktion. Überlegungen zum Begriff der kollektiven Identität, In: BOHN, Cornelia und Herbert WILLEMS (Hrsg.), Sinngeneratoren. Fremd- und Selbstthematisierung in soziologisch-historischer Perspektive, Konstanz 2001, S. 92. Nachstehend zitiert als: GIESEN, Voraussetzung und Konstruktion.

³⁹ Als idealtypisches Beispiel eines sich konkurrenzierenden Verhältnisses zweier kollektiver Identitäten dient in der vorliegenden Studie der Kulturkampf. Während die Katholiken betonten, keine Loyalitätskonflikte aufgrund der Zugehörigkeit zu zwei kollektiven Identitäten (einerseits zur katholischen Konfession, andererseits zur Nation) auszutragen, negierten ihre Gegner beziehungsweise die Befürworter des Kulturkampfes diese Auffassung, indem sie betonten, dass der Machtanspruch der katholischen Kirche mit der Zugehörigkeit zur Nation nicht vereinbar sei und entsprechend Loyalitätskonflikte hervorrufe.

⁴⁰ ASSMANN, Das kulturelle Gedächtnis, S. 135 f.

Region, Konfession, Klasse und Geschlecht nie nur einen einzigen, nationalen Richtungssinn. Diese können vielmehr je nach Konstellation für oder gegen die nationalstaatliche Ebene wirken.⁴¹ Dieser potentielle Konflikt führt zu spezifischen Ausformungen nationaler Identität. Insofern gilt es, die Auffassung von Haupt und Tacke, dass die spezifische Wirksamkeit der nationalen Identität darin besteht, dass sie mit anderen Loyalitäten und Dispositionen vereinbar ist und in diesen und durch diese wirkt⁴², zu prüfen. Entsprechend diesen Ausführungen gibt es nicht nur diachron, sondern auch synchron unterschiedliche Konzepte der Nation Schweiz.

Wie entsteht kollektive Identität, das heisst wie wird sich das Individuum seiner sozialen Zugehörigkeit bewusst? Identität ist eine Sache von Gedächtnis und Erinnerung. Auch eine Gruppe vermag ihre Gruppenidentität nur durch Gedächtnis zu reproduzieren. Das Bewusstsein der kollektiven Identität beruht auf der Teilhabe an einem gemeinsamen Wissen und einem gemeinsamen Gedächtnis, die durch das Sprechen einer gemeinsamen Sprache oder die Verwendung eines gemeinsamen Symbolsystems vermittelt wird.⁴³ Jakob Tanner präzisiert, indem er darauf hinweist, dass die emotionale Kohäsionskraft und die Wirkungsmacht von Kollektivistereotypen weniger darauf basieren, dass alle dasselbe denken, sondern dass alle mit dem symbolischen Angebot etwas anzufangen wissen.⁴⁴ In der Praxis bedeutet dies, dass mittels symbolischer Repräsentationen⁴⁵, die wiederum vergegenständlicht, zum Beispiel Bauten und Denkmäler⁴⁶, beziehungsweise kulturell, zum Beispiel nationale Festspiele und

⁴¹ WEICHLIN, Nation und Region, S. 21.

⁴² HAUPT, Heinz Gerhard und Charlotte TACKE, Die Kultur des Nationalen. Sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze bei der Erforschung des europäischen Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert, In: HARDTWIG, Wolfgang und Hans-Ulrich WEHLER (Hrsg.), Kulturgeschichte Heute, Sonderheft 16, Geschichte und Gesellschaft, Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Göttingen 1996, S. 266 f. Nachstehend zitiert als: HAUPT, Die Kultur des Nationalen.

⁴³ ASSMANN, Das kulturelle Gedächtnis, S. 139.

⁴⁴ TANNER, Jakob, Nation, Kommunikation und Gedächtnis. Die Produktivkraft des Imaginären und die Aktualität Ernest Renans, In: JUREIT, Ulrike (Hrsg.), Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassistischer und ethnischer Gemeinschaften, Münster 2001, S. 60 f. Nachstehend zitiert als: TANNER, Nation, Kommunikation und Gedächtnis.

⁴⁵ Siehe: GIESEN, Voraussetzung und Konstruktion, S. 106 ff.

⁴⁶ Denkmäler sind der steinerne Ausdruck der kollektiven Identität, diese „externalisierten materiellen Komplexe repräsentierten die erstrebte kollektive Identität“. (TANNER, Nation, Kommunikation und Gedächtnis, S. 59.)

Die neue Verfassungsordnung fand auch in der Baugeschichte des Berner Bundeshauses seinen architektonischen Niederschlag. Dieses in beherrschender Lage zwischen 1852 und 1902 in mehreren Etappen errichtete schweizerische Nationaldenkmal hielt sich bei den Architekturformen durchwegs im Rahmen der zeitgenössischen Baukunst, knüpfte aber in den Details der Ausstattung am Aussenbau wie in den Innenräumen an zahlreiche eidgenössische Traditionen an. [...] Das Bundeshaus ist somit im Europa des 19. Jahrhunderts einer der wenigen Grossbauten, den man als republikanisches Architekturzeichen verstehen kann. (FRÖSCHL, Thomas, Rathäuser und Regierungspaläste. Die Architektur als Hauptinstrument republikanischer Selbstdarstellung in Europa und Nordamerika vom 16. zum 20. Jahrhundert, In: GAMBONI, Dario und Georg GERMANN, unter Mitwirkung von François DE CAPITANI (Hrsg.), Zeichen der Freiheit. Das Bild der Republik in der Kunst des 16. bis 20. Jahrhunderts, Bern 1991, S. 25 f.)

Auch: Der Tod der Soldaten auf dem Schlachtfeld für das Vaterland erhielt eine eigene Sinn- und Identitätsstiftung für die Hinterbliebenen. Zwei Aspekte mussten berücksichtigt werden: Die bestehenden Grundwerte sollten demonstrativ bekräftigt werden und es sollten kollektiv

Schützenfeste⁴⁷, durch nationale Geschichtsschreibung⁴⁸, durch Landesausstellungen oder durch die Einführung eines Nationalfeiertages⁴⁹ vermittelt werden, die Identifikation mit Fiktion erfassbar und somit als kollektive, nationale Identität angeeignet beziehungsweise bewusst gemacht werden kann.⁵⁰ Der Bürger trat in eine konkrete

verpflichtende, staatstragende Zukunftsperspektiven abgeleitet werden. „Der Kult der toten Krieger“ war also für die kollektive, nationale Identität entscheidend, denn nur so war sie erlebbar. Das Deutsche Reich („im Mythos der Reichsgründung wurde der tote Krieger zum Märtyrer der geeinten Nation“) und Frankreich („der heldenhafte Kampf der Unterlegenen wurde zu einem moralischen Triumph von bedingungsloser Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft für die Nation stilisiert“) unterschieden sich in dieser Hinsicht in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fundamental. Mit anderen Worten: Der Sieger erlebte den Kult um die toten Krieger fundamental anders als der Verlierer. Annette Maas spricht auch von einem „Heldentum in der Niederlage“ in Frankreich. Gerade der Boulangismus war in dieser Hinsicht bedeutend für diese Transformation. (MAAS, Annette, Der Kult der toten Krieger. Frankreich und Deutschland nach 1870/71, In: FRANÇOIS, Etienne, SIEGRIST, Hannes und Jakob VOGEL (Hrsg.), Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich, 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1995, S. 215 ff.)

⁴⁷ Vgl.: KREIS, Georg und Balz ENGLER, Das Festspiel: Formen, Funktionen, Perspektiven, Willisau 1988; HETTLING, Manfred, Die Fähnlein der Treffsicheren. Die eidgenössischen Schützenfeste im 19. und 20. Jahrhundert, In: BLATTMANN, Lynn und Irène MEIER (Hrsg.), Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998, S. 97-119.

⁴⁸ Vgl.: BUCHBINDER, Der Wille zur Geschichte; TSCHOPP, Silvia Serena, Die Geburt der Nation aus dem Geist der Geschichte. Historische Dichtung Schweizer Autoren des 19. Jahrhunderts, Tübingen 2004.

⁴⁹ Vgl.: KREIS, Georg, Der Mythos von 1291. Zur Entstehung des schweizerischen Nationalfeiertags, Basel 1991. Nachstehend zitiert als: KREIS, Der Mythos von 1291.

⁵⁰ Die Liste kann beliebig verlängert werden:

So wurde zum Beispiel die Helvetia von den politischen Akteuren des Nationskonzeptes auf Marken und Münzen eingesetzt, und die Aufgabe der nationalstaatlichen Kartographie war es, die räumlichen Bestände der Nation so darzustellen, dass sie zum Möglichkeitsraum der Nation werden konnten (GUGERLI, David und Daniel SPEICH, Der Hirtenknabe, der General und die Karte. Nationale Repräsentationsräume in der Schweiz des 19. Jahrhunderts, In: Werkstatt Geschichte 23, 1999, S. 6.).

Auch die eidgenössische Post mit ihren Dienstleistungen trug zur Akzeptanz des jungen Bundesstaates bei und transportierte als dessen Visitenkarte, selbstverständlich mit den entsprechenden nationalen Symbolen und Hoheitszeichen, ein positives Image ins Land. (TRACHSEL, Ronny, Post und Telekommunikation zeigen Flagge. Teil I: Vom Wappenschild zum Wappen-Logo, In: PELLIN, Elio und Elisabeth RYTER (Hrsg.), Weiss auf Rot. Das Schweizer Kreuz zwischen nationaler Identität und Corporate Identity, Zürich 2004, S. 148.)

Ein weiterer wichtiger Faktor war das weisse Kreuz auf rotem Grund. Dieses erfuhr im Verlauf des 19. Jahrhunderts faktische Verbreitung vor allem durch die seit den 1820er Jahren stattfindenden eidgenössischen Schützen-, Turner- und Sängerfeste, die wichtige Foren der nationalen Integration waren. Bei diesen Anlässen spielte neben Sport und Gesang die Politik eine grosse Rolle. Dem Schweizer Kreuz kam die Funktion zu, die nationale Idee zu visualisieren. Aber auch das Militär hat dazu beigetragen, dem Kreuz Breitenwirkung zu verschaffen. Vor allem General Guillaume Henri Dufour drängte auf die Einführung einer einheitlichen Fahne. Bereits 1830 argumentierte er gegenüber der eidgenössischen Tagsatzung: „Wenn man die gleichen Farben trägt, unter dem gleichen Banner kämpft, so ist man bereitwilliger, einander in der Gefahr zu unterstützen, man ist wahrhaftiger ein Heer von Brüdern!“ (PELLIN, Elio und Elisabeth RYTER, Landeswappen, Leibchen und Logos. Zeichen im Bausatz der Identitäten, In: PELLIN, Elio und Elisabeth RYTER (Hrsg.), Weiss auf Rot. Das Schweizer Kreuz zwischen nationaler Identität und Corporate Identity, Zürich 2004, S. 21.)

Ein weiterer wichtiger Aspekt war auch die so genannte Demokratische Bewegung. Diese von der Historiographie gesamthaft „Demokratische Bewegung“ genannten Auseinandersetzungen führten in den meisten der betroffenen Kantone zur Umgestaltung der politischen Institutionen. Der Kern der Verfassungsrevisionen bestand in der Neuordnung der politischen Entscheidungsprozesse: Referendum und Initiative wurden eingeführt und eine Reihe von Ämtern der Volkswahl unterstellt. Gemeinde und Vereine bildeten die Institutionen, in denen in

Interaktion mit dem abstrakten Konstrukt Nation. Kollektive Werte beziehungsweise kollektive (Leit-)Ideen wiederum, hierzu gehörten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter anderem die Neutralität, die Demokratie/Republik sowie die Souveränität⁵¹, lassen sich durch staatsrechtliche Verträge bestätigen beziehungsweise in der Verfassung verankern und können so als nationale Identität angeeignet beziehungsweise bewusst gemacht werden. Weil das Bewusstsein der kollektiven Identität auf der Teilhabe an einem gemeinsamen Wissen und einem gemeinsamen Gedächtnis beruht, das durch das Sprechen einer gemeinsamen Sprache oder – wo dies nicht gegeben ist – durch die Verwendung eines gemeinsamen Symbolsystems vermittelt wird, können diese kollektiven Werte beziehungsweise (Leit-)Ideen in die kollektive Identität aufgenommen werden. Damit diese im kollektiven Gedächtnis präsent bleiben, brauchen sie Aktualisierungen, die wiederum zum Beispiel mittels Debatten über die spezielle Ausgestaltung der nationalen Identität oder historischer Festspiele erfolgen (siehe oben).

Wie entwickelt sich das Bild der kollektiven Identität? Die soziale Konstruktion von Ordnungen stützt sich auf eine gemeinsam vorgestellte Geschichte, auf geteilte historische Erfahrungen, Werte, Normen sowie auf das Fremde (für die vorliegende Studie auf Deutschland und Frankreich), von dem her sich das Eigene ex negativo bestimmen lässt. Die erwähnten Merkmale bleiben auf einen real existierenden sozialen Verband angewiesen. Dieser real existierende soziale Verband wiederum wird erst zur Nation, wenn dessen Mitglieder sich auch als Nation definieren. Die Nation wird so in der Vorstellungskraft jedes und jeder einzelnen Angehörigen real.⁵² Kollektive Identität wird also sowohl von der Geschichte als auch von der Gegenwart aus konstruiert. Die Entwicklung des Bildes der kollektiven Identität wird in erster Linie zum Zweck der Selbstdefinition der Gruppe gebraucht. Steht diese Selbstdefinition der Gruppe fest, kann sie ihr Konzept in das Ringen um die Definitionsmacht mit anderen Akteuren einbringen. An diesem Punkt setzen sowohl Geschichte wie Gegenwart ein, denn das kollektive Gedächtnis operiert sowohl zurück als auch nach vorne. Das Gedächtnis rekonstruiert nicht nur die Vergangenheit, sondern organisiert auch die Erfahrung der Gegenwart (und

zwar verschiedener, aber kongruenter Weise die politische Sozialisation vermittelt wurde. Damit trugen sie mehr als alle anderen Institutionen dazu bei, die politische Mentalität zu formen. (SCHAFFNER, Martin, „Volk“ gegen „Herren“. Konfliktverhalten und kollektives Bewusstsein in der Demokratischen Bewegung, In: DE CAPITANI, François und Georg GERMANN (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848-1914. Probleme - Errungenschaften - Misserfolge, 8. Kolloquium der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften 1985, Freiburg (Schweiz) 1987, S. 40 respektive 46.)

⁵¹ Diese kollektiven Werte gehören nicht originär zum Konzept Nation Schweiz. Souveränität zum Beispiel gehört zum Konzept Nation an sich.

⁵² Oliver Zimmer macht in seiner Monographie noch einen weiteren Aspekt deutlich: „But the nation was rarely merely a product of the imagination. As long as it was just that, nationalism remained a movement of intellectuals. Yet in the course of the nineteenth century, the concept of the nation became entrenched in the institutional fabric of the modern state. If we adopt this perspective, then the notoriously elusive concept of 'national identity' takes on a new meaning. It then appears as a contest in which various players at different levels of society participate – and less in terms of the creation of a shared national vision as expressed, for example, in the national representations we encounter in educational texts or public rituals.“ (ZIMMER, A Contested Nation, S. 14.)

die Erwartung an die Zukunft).⁵³ Aufgrund dessen kommt der Verknüpfung von Geschichte und Gegenwart eine grosse Bedeutung zu. Nach Sarasin schreibt sich der Sinn, die Identität einer Person ebenso wie jene einer Nation nicht vom (natürlichen) Anfang her, sondern wird im Modus der Nachträglichkeit konstruiert. Personen wie Kollektive lesen ihre Geschichte von der Gegenwart aus.⁵⁴ Dies bedeutet, dass die kollektive, nationale Identität sich nur auf der Basis gegenwärtiger Erfahrungen aus der Geschichte konstruieren lässt. Gegenwart und Geschichte dienen sich gegenseitig, das heisst der Rückgriff auf die Geschichte lässt die Gegenwart erklären. Das Kollektiv muss eine Balance finden zwischen der Geschichte, die die problematische und unvollständige Rekonstruktion dessen ist, was nicht mehr ist, und dem Gedächtnis, das ein aktuelles Phänomen, eine in ewiger Gegenwart erlebte Bindung ist⁵⁵.

Welche Bedeutung erhält die Gegenwart für die nationale Identität? Wie bereits erwähnt, wird die Entwicklung des Bildes der kollektiven Identität zum Zweck der Selbstdefinition der Gruppe gebraucht. Es stellt sich die Frage, wann bestehende kollektive, nationale Identitäten nicht mehr ausreichen, um integrativ wirken und Vorgänge, die das Kollektiv betreffen, sinnvoll interpretieren zu können, und entsprechend die Selbstdefinition der Gruppe beziehungsweise das Konzept Nation neu konstruiert werden muss. Die Frage macht – wie eingangs erwähnt – deutlich, dass kollektive Identität nicht statisch ist, sondern sich fortlaufend verändert.⁵⁶ Diese Veränderungen verlaufen diskontinuierlich über Generationen hinweg. Pomian erwähnt das Alltagsleben einer Gesellschaft, das sich in ein Ensemble von Strukturen auflöst, die sich über die „longue durée“ erhalten. Die Präsenz dieser Strukturen verleiht dem Alltagsleben seinen regelmässigen, repetitiven und vorhersehbaren Charakter. Diese Strukturen ziehen dem Alltagsleben zugleich Grenzen, die normalerweise nicht überschritten werden können.⁵⁷ Entsprechend wird im Regelfall die nationale, kollektive Identität nicht hinterfragt. In Ausnahmefällen kann es allerdings zu einer Hinterfragung kommen, das heisst Schlüsselereignisse können Orientierungskrisen auslösen, deren Überwindung eine Neu- beziehungsweise Re-Konstruktion nationaler Identität bedingt. In diesen Phasen wird auch der Umstand, dass nationale Identität konstruiert wird, sicht- und erfahrbare. Die Aneignung nationaler Identität erfolgt innerhalb des Alltagslebens (genauso wie in exzeptionellen Momenten), so dass

⁵³ ASSMANN, Das kulturelle Gedächtnis, S. 42.

⁵⁴ SARASIN, Philipp, Die Wirklichkeit der Fiktion. Zum Konzept der imagined communities, In: JUREIT, Ulrike, Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassischer und ethnischer Gemeinschaften, Münster 2001, S. 42.

Sarasin widerspricht Anderson dahingehend, als dieser davon ausgeht, dass Personen im Gegensatz zu Nationen einen (natürlichen) „Anfang und ein Ende“ hätten.

⁵⁵ NORA, Pierre, Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990 (französische Erstausgabe 1984), S. 13.

⁵⁶ „Les nations ne sont pas quelque chose d'éternel.“ (RENAN, Qu'est-ce qu'une nation?, S. 905.) Oder Zimmer, spezifisch für die Nation Schweiz und als Konklusion: „The Swiss nation, like Braudel's France, could have its being only at the price of being forever in search of itself.“ (ZIMMER, A Contested Nation, S. 245.)

⁵⁷ POMIAN, Krzysztof, Die Geschichte der Strukturen, In: LE GOFF, Jacques, CHARTIER, Roger und Jacques REVEL (Hrsg.), Die Rückeroberung des historischen Denkens. Grundlagen der Neuen Geschichtswissenschaft, Frankfurt a. M. 1990 (französische Erstausgabe 1978), S. 174.

nationale Identität sowohl der „longue durée“ ausgesetzt ist als auch der plötzlichen Mutation, die eine existierende Struktur umwälzt.

Im Fokus des Interesses steht der Wandel nationaler Identität, der letztlich als Lernprozess zu verstehen ist. Dieser Lernprozess ist geprägt durch diskontinuierlich auftretende politische, wirtschaftliche und/oder gesellschaftliche Krisenphasen. Einerseits handelt es sich um Krisenphasen in der Schweiz, andererseits um exogene Krisen, die allerdings nicht deckungsgleich mit den endogenen Krisenphasen einhergehen müssen. Während Krisenphasen innerhalb des Landes verlieren die Leitbilder an Verlässlichkeit; die Gesellschaft gerät in eine Orientierungskrise bis neu konsensfähige Leitbilder den Anfang vom Ende dieser Krisenphasen markieren.⁵⁸ Von Bedeutung für die vorliegende Studie ist, dass in diesen periodisch wiederkehrenden, in ihrem Ausgang prinzipiell offenen Prozessen kollektiver Selbstvergewisserung die Nation beziehungsweise die nationale Identität als zentrales Identitätskonstrukt in den öffentlichen Diskurs tritt.⁵⁹ Befindet sich eine Gesellschaft in einer Orientierungskrise, wird die Identität zunehmend problematisiert. Um wieder Orientierung zu gewinnen, müssen die Grenzen der nationalen Identität neu gezogen werden. Dieser Prozess ist gekennzeichnet durch Semantiken der Ein- und Ausgrenzung. Bedrohungsbilder sind mentale Konstrukte und können als Merkmal für die innere Verfassung des Landes gelten. Die Bedrohungsbilder entfalten ihre Wirkung in Prozessen der Intersubjektivierung beziehungsweise entstehen gar erst in diesen Prozessen.⁶⁰ Dies besagt, dass Bedrohungsbilder als mentale Konstrukte kollektive Selbstvergewisserung auslösen, innerhalb dieser Selbstvergewisserung wiederum nationale Identität zunehmend problematisiert wird und zur Wiedergewinnung der Orientierung die Grenzen nationaler Identität neu gezogen werden. Für die vorliegende Studie interessieren primär exogene politische Krisen, die ebenso auf den Lernprozess nationaler Identität Einfluss nahmen wie endogene politische, wirtschaftliche und/oder gesellschaftliche Krisenphasen.

Die historisch diachrone Perspektive über einen Zeitraum von 1870 bis zur Jahrhundertwende rückt die Termini Ereignis/Struktur und Krise in den Fokus.

Das Ereignis impliziert Einzigartigkeit. Nichtsdestotrotz ist ein Ereignis eine komplexe Sequenz von Handlungen verschiedener Akteure und Akteursgruppen⁶¹ und erst ein

⁵⁸ IMHOF, Kurt und Gaetano ROMANO, Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel: Ein- und Überblicke, In: Schweizerisches Sozialarchiv (Hrsg.), Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel, Zürich 1991, S. 20 f.

⁵⁹ ERNST, Andreas, Ethnos - Demos: Krise. Deutsche und Schweizer Nationalgeschichte am Ende des Ersten Weltkriegs, In: Ders. et al. (Hrsg.), Kontinuität und Krise. Sozialer Wandel als Lernprozess. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Schweiz, Zürich 1994, S. 301 f.

⁶⁰ SIEGENTHALER, Hansjörg, Hirtenfolklore in der Industriegesellschaft. Nationale Identität als Gegenstand von Mentalitäts- und Sozialgeschichte, In: MARCHAL, Guy P. und Aram MATTIOLI (Hrsg.), Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität, Zürich 1992, S. 33 f.

⁶¹ SUTER, Andreas und Manfred HETTLING, Struktur und Ereignis - Wege zu einer Sozialgeschichte des Ereignisses, In: Dies., Struktur und Ereignis, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 19, Göttingen 2001, S. 23 f. Nachstehend zitiert als: SUTER, Struktur und Ereignis.

Suter und Hettling weisen darauf hin, dass grundsätzlich alle und auch auf den ersten Blick unbedeutendere und unpolitische Handlungssequenzen von Historikern als Ereignisse

Minimum von Vorher und Nachher konstituiert die Sinneinheit, die aus Begebenheiten ein Ereignis macht.⁶² Ereignisse haben – im Unterschied zum blossen Geschehen – die Fähigkeit, strukturverändernde Folgen zu haben, die von den Akteuren zwar wahrgenommen, aber nicht vollständig durchschaut werden müssen. Mit anderen Worten: Ereignisse fügen dem strukturellen Kontext, aus dem sie entstanden sind, etwas Neues hinzu.⁶³ Die vorliegende Studie setzt an dieser Schnittstelle ein. Der bisherige strukturelle Kontext wird durch die Ereignisse in Deutschland und Frankreich ergänzt, erweitert, vielleicht auch reduziert oder je nach dem überhaupt nicht tangiert. Ereignis und struktureller Kontext werden anhand der nationalen Identität untersucht. Die Interpretation dieses Prozesses anhand von Ereignissen bedeutet, die Akteure von ihren Handlungsmöglichkeiten und -grenzen her zu rekonstruieren. Es geht darum, die Situations- und Entscheidungslogik der Akteure im Augenblick ihres Entstehens, das heisst im Horizont einer für die Akteure offenen Zukunft zu rekonstruieren.⁶⁴ Strukturbildung lässt sich im Sinne der Ausbildung neuer Institutionen oder des Erwerbs neuer kognitiver Regelsysteme verstehen.⁶⁵ Im Hinblick auf ihre Zeitlichkeit werden Strukturen als Zusammenhänge erfasst, die nicht in der strikten Abfolge von erfahrenen Ereignissen aufgehen.⁶⁶ Ereignisse sind eng mit bestimmbareren Subjekten verbunden, während Strukturen als solche überindividuell und intersubjektiv sind. Letztere lassen sich nicht auf einzelne Personen und nur selten auf exakt bestimmbarere Gruppen reduzieren. Strukturen werden nicht zu ausserzeitlichen Grössen, sondern gewinnen vielmehr prozessualen Charakter, wie er letztlich auch in die Erfahrungen des Alltagsgeschehens eingehen kann.⁶⁷

Ereignisse und Strukturen bleiben aufeinander verwiesen, ohne dass die eine in der anderen aufginge. Je nach Perspektive wechseln Ereignisse und Strukturen jedoch ihren Stellenwert, das Verhältnis ihrer gegenseitigen Zuordnung. So können Ereignisse zur Voraussetzung strukturaler Aussagen werden, gleichzeitig sind aber auch umgekehrt dauerhafte oder weniger dauerhafte, jedenfalls längerfristige Strukturen Bedingungen möglicher Ereignisse. Zu beachten ist, dass auch „Dauer“ zum Ereignis werden kann. Je nach dem Wechsel der Perspektive können Strukturen mittlerer Reichweite als ein

verstanden und so vom blossen Handlungsgeschehen unterschieden werden können, sofern sie bestimmte Kriterien erfüllen. (Ebenda.)

⁶² KOSELLECK, Reinhart, Ereignis und Struktur, In: Ders. und Wolf-Dieter STEMPER (Hrsg.), *Geschichte - Ereignis und Erzählung*, München 1973, S. 561. Nachstehend zitiert als: KOSELLECK, Ereignis und Struktur.

⁶³ SUTER, Struktur und Ereignis, S. 25.

Solche strukturellen Ereignisfolgen können zum Beispiel neue institutionelle Regelungen in den Bereichen der Politik, der sozialen Schichtung, der Wirtschaft und der Kultur umfassen.

⁶⁴ Ebenda, S. 29.

⁶⁵ Strukturbildung ist im Wesentlichen eine Sache kurzer Krisenphasen. Innerhalb solcher Krisenphasen drängen sich strukturbildende Vorgänge auf Bruchteile einer Krisenspanne zusammen. In diesem Sinne ist es gerechtfertigt, von einem Prozess diskontinuierlicher Veränderung oder Restabilisierung von Struktur zu reden. (SIEGENTHALER, Hansjörg, Die Rede von der Kontinuität in der Diskontinuität des sozialen Wandels - das Beispiel der dreissiger Jahre, In: BRÄNDLI, Sebastian et al. (Hrsg.), *Schweiz im Wandel, Studien zur neueren Gesellschaftsgeschichte, Festschrift für Rudolf Braun zum 60. Geburtstag*, Basel 1990, S. 425. Nachstehend zitiert als: SIEGENTHALER, Die Rede von der Kontinuität.)

⁶⁶ KOSELLECK, Ereignis und Struktur, S. 562.

⁶⁷ Ebenda, 562 f.

einzigster Ereigniskomplex in grössere Ereigniszusammenhänge eingebracht werden. Analysierte und beschriebene Strukturen werden dann als Faktor übergreifender Ereigniszusammenhänge erzählbar.⁶⁸ Verdeutlicht wird dies am Beispiel des Boulangismus, der sich über mehrere Jahre hinzieht und dennoch als ein einziger Ereigniskomplex wahrgenommen wird. Letztlich kann auch von einer „Ereigniskette“ gesprochen werden. In der vorliegenden Studie wird anhand von Ereignissen (in Deutschland und Frankreich) versucht, den Wandel der kollektiven, nationalen Identität zu erfassen. Beide Perspektiven sind hierzu relevant: Erstens sind Strukturen unverzichtbar für die Erklärung von Ereignissen beziehungsweise deren Diskussion um nationale Identität, als sie einen Teil jenes Bedingungsrahmens darstellen, in welchem Ereignisse stattfinden.⁶⁹ Zweitens kann die Diskussion um nationale Identität Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen nehmen, das heisst die Diskussion um nationale Identität wird zur Voraussetzung von etwaigen Strukturveränderungen. Die Problematik hierbei ist, dass Strukturbildungen als Folge von Diskursen methodisch nur schwer zu erschliessen sind. Zumal es sich im vorliegenden Fall um Ereignisse in Deutschland und Frankreich handelt und daher Strukturbildungen oft nicht zeitgleich mit dem Ereignis einhergehen.

Als Hauptmerkmal von Krisen gilt eine fundamentale Unsicherheit, die die Entscheidungsfähigkeit und Entscheidungsbereitschaft der Akteure herabsetzt. Der Verlust der vertrauten Weltkonstruktion entzieht der Rationalität individuellen Handelns den Boden.⁷⁰ Krisen können durchaus als positiv bewertet werden, nämlich dann, wenn sie als Chancen zur diskontinuierlichen Veränderung der Spielregeln des politischen Systems und der institutionellen Rahmenbedingungen ökonomischer Entscheidungen genutzt werden.⁷¹ In der vorliegenden Studie interessiert vor allem, ob Ereignisse in Deutschland und Frankreich Bedrohungsbilder in der Schweiz auslösten, die sich wiederum in einem Wandel der nationalen Identität manifestierten. Zusätzlich muss in Betracht gezogen werden, ob diese Ereignisse Deutschlands und Frankreichs mit einer Krisenphase der Schweiz einhergingen, und eine solche Krisenphase entsprechend zusätzlich den Wandel der nationalen Identität beeinflusste. Ob letztlich die Konjunkturen

⁶⁸ Ebenda, S. 564 f.

Siehe auch: KOSELLECK, Reinhart, Nachdenken über Geschichtsschreibung, In: Neue Zürcher Zeitung, 22.11.1999.

⁶⁹ Für die vorliegende Studie interessiert nicht der strukturelle Rahmen, in dem die deutschen und französischen Ereignisse, sondern derjenige, in dem die Rezeption der Ereignisse und die Diskussion um nationale Identität in der Schweiz stattgefunden haben.

⁷⁰ Drei Krisensymptome lassen sich definieren: Erstens geringe Kapitalbildung als Ausdruck verminderter Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Menschen, zweitens die Entfaltung eines neuen Denkens in meist erst jetzt nach aussen hin aktiven neuen sozialen Gruppierungen, Organisationen und Bewegungen und drittens kraftvolle Vorstösse zur Änderung der Spielregeln des politischen Systems. (SIEGENTHALER, Hansjörg, Krisen und ihre Beilegung im schweizerischen Bundesstaat, In: Schweizerische Volksbank (Hrsg.), Die Orientierung, Bern 1991, S. 37. Nachstehend zitiert als: SIEGENTHALER, Krisen und ihre Beilegung.)

⁷¹ SIEGENTHALER, Die Rede von der Kontinuität, S. 419 respektive S. 426.

nationaler Identität immer auch Antworten auf krisenhafte gesellschaftliche Legitimationsdefizite darstellen, wird die Analyse zeigen.⁷²

Nach der berühmten Definition von Benedict Anderson ist die Nation eine „vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän“.⁷³ Der Begriff der Imagination verweist darauf, dass sich die Nation konstruieren lässt, ein Konzept Nation entwickelt werden kann.⁷⁴ Nach Habermas entwirft das nationale Bewusstsein die imaginäre Grösse der Nation als ein Gewachsenes, das sich im Gegensatz zur artifiziellen Ordnung des positiven Rechts und der Konstruktion des Verfassungsstaates von selbst

⁷² MARCHAL, Guy P. und Aram MATTIOLI, Nationale Identität - allzu Bekanntes in neuem Licht, In: Dies. (Hrsg.), *Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität*, Zürich 1992, S. 15.

⁷³ ANDERSON, *Imagined Communities*, S. 5 f.
Andersons Definition galt über lange Zeit als die Definition der Nation schlechthin. Ende des 20. Jahrhunderts wurde jedoch an Andersons Definition Kritik laut. Liah Greenfeld und Siegfried Weichlein, zwei Kritiker, die hier näher vorgestellt werden sollen, beanstandeten, dass die Definition nicht zu Ende gedacht wäre. Namentlich spricht Greenfeld die Distinktion von anderen, ähnlichen Phänomen an, das heisst die Definition von Anderson könne nicht nur für die Nation angewendet werden, sondern auch für andere vorgestellte, politische, limitierte und souveräne Gemeinschaften, so zum Beispiel für das Proletariat im marxsschen Sinne oder auch für „every large-scale human community – a city, a neighborhood, a university, a professional association“. (GREENFELD, Liah, *Is Nation Unavoidable? Is Nation Unavoidable Today?*, In: KRIESI, Hanspeter et al. (Hrsg.), *Nation and National Identity. The European Experience in Perspective*, Chur/Zürich 1999, S. 48.) Und Weichlein: „In welcher Weise bezieht sich also der Vorgang der ‚imagination‘ spezifisch auf die Nation, da doch diese den Vorrang unter allen durch ‚imagination‘ zustande gekommenen sozialen Ordnungen beansprucht?“ (WEICHLEIN, Siegfried, *Nationalismus als Theorie sozialer Ordnung*, In: MERGEL, Thomas und Thomas WELSKOPP (Hrsg.), *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte*, München 1997, S. 191.)

Wie ist diese Kritik von Greenfeld und Weichlein einzuordnen? Zwei Aspekte möchte ich näher erörtern. Erstens: Greenfeld und Weichlein kritisieren nicht die Definition an sich, sondern lediglich deren Stehenbleiben an einem Punkt. Die Definition von Anderson ist in Bezug auf die Nation entsprechend korrekt, letztlich aber zu wenig präzise. Zweitens: Eine Definition, die ausschliesslich für den Terminus „Nation“ erfolgte, jedoch auch auf andere (politische) Gemeinschaften angewendet werden kann, muss meines Erachtens nicht per se falsch sein. Es ist zwar bedauerlich, dass Anderson nicht auch diesen Aspekt berücksichtigte, an der Korrektheit seiner Definition ändert dies jedoch nichts.

Bereits im Jahre 1898 hatte Ernest Renan anlässlich einer Vorlesung eine Definition der Nation dargelegt, die bis heute weitgehend Bestand hat: „L'existence d'une nation est [...] un plébiscite de tous les jours...“ (RENAN, *Qu'est-ce qu'une nation?*, S. 904.) Die Definition von Ernest Renan wurde so oft zitiert, dass man am Anfang des 21. Jahrhunderts folgende Worte lesen kann: „Die Formel vom ‚alltäglichen Plebiszit‘ ist heute ein Klassiker, gleichsam die Mutter aller politisch korrekten Begriffe der Nation.“ (GEULEN, Christian, *Die Nation als Wille und Wirklichkeit. Historische Anmerkungen zu einer problematischen Unterscheidung*, In: JUREIT, Ulrike, *Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassischer und ethnischer Gemeinschaften*, Münster 2001, S. 66. Nachstehend zitiert als: GEULEN, *Die Nation als Wille und Wirklichkeit*.)

⁷⁴ In Frankreich spielte zum Beispiel die laizistische Schule bei der Vermittlung eines spezifischen Konstrukts nationaler Identität eine zentrale Rolle. Dort wurden republikanische Wertvorstellungen vermittelt, und die Individuen in der entsprechenden allgemeinen Kultur erzogen. Diese wurden aus ihrem spezifisch regionalen Kulturkontext herausgerissen. (FERRY, Jean-Marc, *Die Relevanz des Postnationalen*, In: DEWANDRE, Nicole und Jacques LENOBLE (Hrsg.), *Projekt Europa. Postnationale Identität: Grundlage für eine europäische Demokratie?*, Berlin 1994, S. 35.)

versteht.⁷⁵ Diese Überlegungen führen zur Frage, in welchem Verhältnis kollektive, nationale Identität und Nation stehen beziehungsweise wie Zugehörigkeit zum Bundesstaat („nation-building“) entsteht.

Wer die Akteure waren, die um das Nationskonzept rangen, ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts die aktuelle Frage in der Nationalismus-Forschung. Während man lange Zeit davon ausging, dass eine politische Elite die Konstruktion der Nation verwirklichte, das heisst die Nation „von oben“ entwickelt wurde, fokussiert die jüngere Literatur vermehrt andere Akteure, denen im Ringen um Definitionsmacht hinsichtlich des Nationskonzeptes Bedeutung zugeschrieben wird – der Begriff „nation-building-from-below“ steht für diesen Forschungsansatz.⁷⁶ Wie bereits erwähnt, wird unter kollektiver Identität das Bild verstanden, das eine Gruppe von sich aufbaut und mit dem sich die Mitglieder identifizieren. Konkret vollzieht sich dieser Prozess so, indem unterschiedliche Individual- respektive Kollektivakteure (Politiker, Journalisten, Unternehmer, Parteien, Verbände etc.) in der politischen Öffentlichkeit um die Definitionsmacht bezüglich des Nationskonzeptes ringen. Trotz unterschiedlicher Interessen können Akteure (Politiker, Journalisten, Unternehmer etc.) das gleiche Konzept vertreten; sie treten so in ein Konkurrenzverhältnis zu anderen Gruppen von Akteuren. Gleichzeitig ist es aber auch möglich, dass trotz gleicher Interessen der Akteure, unterschiedliche Konzepte vertreten werden. Das Nationskonzept wird schliesslich konstruiert, indem sich ein Konzept durchsetzt beziehungsweise – als Kompromiss – Teile mehrerer Konzepte sich durchsetzen.⁷⁷ Hinsichtlich der „nation-building from below“ muss vor allem die Loyalität zur Region beziehungsweise für die Schweiz zum Kanton (teilweise gar zur Gemeinde) beachtet werden. Ihr kommt neben den Loyalitäten zur Konfession, zur Klasse und/oder zum Geschlecht eine zentrale Bedeutung zu, denn die Region bildete den sozialen und

⁷⁵ HABERMAS, Jürgen, Der europäische Nationalstaat - Zu Vergangenheit und Zukunft von Souveränität und Staatsbürgerschaft, In: Ders., Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a. M. 1996, S. 140.

Zur Problematik von Ethnos und Demos siehe: Fussnote Nr. 35.

⁷⁶ Als Beispiel für diese Entwicklung steht die Kritik am Schlüsselbegriff „invented traditions“ von Eric Hobsbawm und Terence Ranger, die versuchten, mit diesem Begriff die soziale Plausibilisierung der Ordnungsvorstellung Nation zu erklären. (Vgl. HOBSBAWM, Eric and Terence RANGER (editors), The Invention of Tradition, Cambridge University Press 1983.) Hobsbawm/Ranger gehen davon aus, dass die Erfindung von nationalen Traditionen („the invention of tradition“) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts historisch signifikant wurde, und zwar als ein schneller sozialer Wandel und die Verbreitung der Demokratie eine Bedrohung der Legitimität der traditionellen Autoritäten darstellte. Hier setzt die Kritik zum Beispiel von Oliver Zimmer ein. Dieser geht davon aus, dass der Bereich, um Nation zu erfinden, limitiert sei, und zwar weil die politischen Eliten ihre Ideologien in einer Art und Weise konstruieren müssen, dass sie in der Öffentlichkeit Resonanz finden. Das hänge teilweise von ihrer Fähigkeit ab, bereits existierende kulturelle und moralische Rahmenbedingungen einzubeziehen. Noch entscheidender sei aber, dass die öffentliche Resonanz mit politischer Legitimität eng verbunden sei. (ZIMMER, A Contested Nation, S. 5.)

⁷⁷ Für die vorliegende Studie sind vor allem die politischen Milieus, die Parteien und die Politiker anhand ihrer Presseorgane als Akteure relevant. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die politische Publizistik wichtigstes Organ der öffentlichen Meinung. In ihrer Funktion als Vermittlerin zwischen Staat und Gesellschaft wird die Presse Teil der politischen Öffentlichkeit beziehungsweise bildet diese – der medienvermittelten Öffentlichkeit kommt somit bei der Konstruktion der Nation eine zentrale Bedeutung zu.

kulturellen Raum, in dem die Verbindung zum Nationalstaat hergestellt wurde.⁷⁸ Die Konsolidierung des schweizerischen Bundesstaates nach 1848 konnte nur mit der Einschränkung der Kompetenzen der Kantone vollzogen werden. Der ausgeprägte schweizerische Föderalismus, der nach wie vor virulent war, zeigte sich bei der Konstruktion der Nation als Hindernis. Aufgrund historischer Erfahrungen respektive überlieferter Selbstverständnisse war an einen Zentralstaat nach französischem Vorbild nicht zu denken. Entsprechend musste das Konzept Nation Schweiz die „vielfach gegliederte Einheit“⁷⁹ berücksichtigen. Herbert Lüthy beschreibt dieses Paradox im Konstruktionsprozess einer schweizerischen nationalen Identität wie folgt: „Der Partikularismus macht die Einheit der Schweiz aus indem er sie zu leugnen scheint. Die ganze Existenz und vor allem das ganze Selbstbewusstsein dieses Landes beruht auf diesem Paradox.“⁸⁰ Ein wichtiger Aspekt blieb aber, dass der Kanton beziehungsweise die Gemeinde vom Individuum direkt erfahren werden konnte, während die Nation weitgehend ein abstraktes Konstrukt blieb, an dem der Einzelne kaum Anteil nahm – für die Ausprägung eines föderalistischen Nationalismus war die Rolle der Gemeinden zentral. Dieses Faktum veranlasste zum Beispiel Sebastian Brändli zu der Auffassung, dass es in einem viersprachigen Land, das zu einem imperialen Nationalismus nicht prädestiniert ist, die kleinräumige, „lokale Nationalisierung“ brauche, um Defizite auf nationaler Ebene wettzumachen.⁸¹ Die kollektive, nationale Identität wurde in diesem Kontext zu einer eigentlichen Doppelidentität Nation/Kanton. Nationale Identität in der Schweiz bedeutete demnach immer gleichzeitig Identität mit der Nation und dem Kanton. Dass diese in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts oft in einem Konkurrenzverhältnis standen, zeigen die Abstimmungen über die Totalrevision der Bundesverfassung. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde in zahlreichen Festspielen⁸² und auch in der Einführung des Nationalfeiertages im Jahre 1891⁸³ die Nation für eine breitere Bevölkerung, und somit auch für die Frauen, erfahrbar; zuvor waren die Männer beziehungsweise war die männliche politische Elite (meist) unter sich. Die Milizarmee, die Schützenvereine aber auch die Teilhabe am aktiven Bürgerleben blieben weitgehend den Männern vorbehalten. Diese Ausführungen zeigen, dass es sich weder ausschliesslich

⁷⁸ WEICHLIN, Nation und Region, S. 29.

⁷⁹ Neue Zürcher Zeitung, 19.6.1840, Nr. 74.

⁸⁰ LÜTHY, Herbert, Die Schweiz als Antithese, Zürich (Erstdruck 1961 unter dem Titel „La Suisse à contre-courant“ in der „Revue économique franco-suisse“. Deutsche Fassung 1963.), S. 7 f. Nachstehend zitiert als: LÜTHY, Die Schweiz als Antithese.

Siehe auch André Reszler: „Ce n'est pas la culture mais la politique qui constitue les données essentielles de l'identité suisse: un système fédéraliste original fondé sur deux principes en interaction: l'unité et la diversité. (RESZLER, André, Mythes et identité de la Suisse, Genève 1986, S. 24.)

⁸¹ BRÄNDLI, Sebastian, Konstruierte Heimat, Zürcher Gemeinden im Bundesstaat. Ortsgeschichte und nationale Identitätsbildung, In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 51, Nr. 3, 2001, S. 335 f.

Die zentrale Rolle der Gemeinden kann historisch aus der Frühen Neuzeit hergeleitet werden. Konstitutiv für die unikale Stellung der Schweizer Gemeinden ist aber das 19. Jahrhundert. (Ebenda.)

⁸² Vgl.: S. 22 ff.

⁸³ Der Nationalfeiertag wurde im Jahre 1891 als einmaliger Anlass konzipiert; ab 1899 wurde er offiziell eingeführt. KREIS, Der Mythos von 1291, S. 73.

um eine Konstruktion der Nation „von oben“ noch um eine Konstruktion der Nation „von unten“, sondern um ein Zusammenspiel verschiedener Akteure handelte.

In der Konstruktion der Nation bildet der Nationalismus als Ideologie einen eigenen Aspekt. „Nationalismus als das Denken der Differenz“ (Bernd Weisbrod) ist im 19. Jahrhundert entstanden. Beim Nationalismus handelt es sich um eine Ideologie, die den Gedanken der Nation nach innen und nach aussen vertritt. Zu beachten ist, dass der Nationalismus sich kaum verallgemeinern lässt, da er sich in jedem Land und vor allem auch zeitlich verschieden äussert.⁸⁴ Der vom Nationalismus angestrebte Zweck ist allerdings derselbe: Er betrifft die Bildung oder auch die Erhaltung eines Nationalstaates, dessen Vertreter letztlich immer irgendeine Art von ethnisch definierter Machtzuteilung beanspruchen.⁸⁵ Wie Haupt deutlich macht, kann nur in der Masse, in der die nationale Identitätsbildung als Teil der individuellen Sozialisation erkannt und analysiert wird, auch der Nation immanente Ausschliesslichkeitsanspruch sowie der hohe Grad der mit ihr verbundenen Emotionalisierung verstanden werden.⁸⁶ Es stellt sich die Frage, inwieweit und in welcher Form die Schweiz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen spezifischen Nationalismus entwickelte. Formal verkörperte das Konzept Nation Schweiz nichts anderes, als den Gedanken der Nation (Schweiz) nach innen und nach aussen zu vertreten und gleichzeitig den Zweck zu verfolgen, den Nationalstaat Schweiz zu erhalten.

Die bisherigen Überlegungen zur kollektiven respektive nationalen Identität per se und zum Verhältnis von nationaler Identität und Nation respektive zur Konstruktion des Konzeptes Nation münden in die nachfolgend zusammengefassten Punkte:

- Nationale Identität konstruiert die Nation, und zwar im Sinne eines kollektiven, nationalen Bewusstseins.
- Nationale Identität schafft ein Bewusstsein der Zugehörigkeit, aber auch ein Bewusstsein für das Fremde, das auszugrenzen ist respektive von dem man sich abgrenzt.

⁸⁴ Hinsichtlich der Ausbreitung des ethnischen Nationalismus in Europa muss ein essentieller Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich betont werden. Die bürokratische Monarchie in Frankreich bewirkte nämlich eine politisch und territorial geprägte Konzeption des Nationalen, während in Deutschland der Grössenunterschied zwischen einem supranationalen Kaiserreich und einer Vielzahl subnationaler, souveräner und halbsouveräner politischer Gebilde die Entwicklung eines ethnisch-kulturellen Verständnisses des Nationalen förderte. (BRUBAKER, Staats-Bürger, S. 28.) In Deutschland standen zusätzlich politische und ethnisch-kulturelle Aspekte des Nationalen in Spannung zueinander und konkurrierten um die Konzeption der Nationalität. Die Konzeption des ethnisch-kulturellen stand im Gegensatz zur französischen Konzeption des Nationalen. (Ebenda, S. 34 f.) Von Interesse ist nun, dass deutsche Gelehrte einen objektivistischen, ethnisch-kulturellen Anspruch auf Elsass-Lothringen erhoben, der auf Sprachargumenten beruhte, während die französischen Intellektuellen mit einem subjektivistischen, politischen Gegenargument, das den Willen der Einwohner betonte, konterten. (Ebenda, S. 25.)

Vgl. auch: BRUBAKER, Staats-Bürger, S. 136-142 („Die beginnende Ethnisierung des Nationalen“).

⁸⁵ JÄGGI, Christian, Nationalismus und ethnische Minderheiten, Zürich 1993, S. 24.

⁸⁶ HAUPT, Die Kultur des Nationalen, S. 282.

- Nationale Identität überformt und integriert kulturelle, politische, soziale, geschlechtliche, religiöse, wirtschaftliche und regionale (kantonale) Formen der Identitätsbildung.
- Gleichzeitig steht nationale Identität immer auch in Konkurrenz zu anderen kollektiven Identitäten sowie zu anderen Vorstellungen nationaler Identität.
- Dem Begriffe nach ist die nationale Identität von der Staatsbürgerschaft unabhängig.⁸⁷ Die Zugehörigkeit zum Bundesstaat entsteht formal über die Staatsbürgerschaft. Nationale Identität ist von der Staatsbürgerschaft jedoch unabhängig, so dass sich beide Begriffe nicht gegenseitig bedingen.
- Nationale Identität ist immer kollektive Identität, kollektive Identität ist aber nicht zwingend auch nationale Identität. Kollektive Identität kann auch von einer Gruppe von Individuen empfunden werden, die keine Nation konstruieren.
- Die Nation wird weder ausschliesslich „von oben“ noch ausschliesslich „von unten“ konstruiert. Es handelt sich um ein Zusammenspiel verschiedener Akteure.

Nach den mehrheitlich theoretischen Überlegungen wird das Konzept Nation Schweiz konkret erläutert, da die Journalisten und Redakteure, die mit ihrer Arbeit öffentliche Meinung bildeten, erstens auf dieses bereits vorhandene Konzept Rückgriff nahmen, zweitens Teil dieses Konzeptes waren und drittens dieses in Auseinandersetzung mit Schlüsselereignissen in Deutschland und Frankreich teilweise auch neu konzipierten. Es entsteht folgender Prozess:

- Als Basis fungierte ein bereits vorhandenes Konzept Nation Schweiz, das in seinem Kern zwar weitgehend einheitlich (Souveränität, Neutralität), in seiner Ausgestaltung aber durchaus variabel war.
- In der Beurteilung der Schlüsselereignisse in Deutschland und Frankreich wurde Rückgriff auf dieses bereits vorhandene Konzept Nation Schweiz genommen, was die Meinungsbildung über die Schlüsselereignisse in Deutschland und Frankreich beeinflusste, das heisst die sich in diesen Ereignissen manifestierenden Konzeptionen von Nation respektive nationaler Identität in Deutschland und in Frankreich wurden auch in Bezug auf die eigene nationale Identität wahrgenommen und gedeutet.
- Gleichzeitig beeinflusste die Berichterstattung über die Ereignisse in Deutschland und Frankreich die öffentliche Meinung und somit das bereits vorhandene Konzept Nation Schweiz.
- Als Konsequenz wurde das Konzept Nation Schweiz neu beziehungsweise re-konzipiert.

⁸⁷ HABERMAS, Jürgen, Staatsbürgerschaft und nationale Identität. Überlegungen zur europäischen Zukunft, In: DEWANDRE, Nicole und Jacques LENOBLE (Hrsg.), Projekt Europa. Postnationale Identität: Grundlage für eine europäische Demokratie?, Berlin 1994, S. 14. Nachstehend zitiert als: HABERMAS, Staatsbürgerschaft.

Die Nation Schweiz ist, nach Marchal, eine „imagologische Bastelei“⁸⁸, und – in Erweiterung zu Marchal – auch eine diskursive Bastelei. Mit anderen Worten: sie ist eben ein Konzept und, im Sinne einer negativ konnotierten Bastelei, ein nie vollendetes Werk. Beide Termini deuten auf ein Konstrukt hin. Dieses Konstrukt wurde nicht nur von nationalen beziehungsweise regionalen oder kantonalen, sondern auch internationalen – in der vorliegenden Studie deutschen und französischen – Ereignissen beeinflusst. Ziel der vorliegenden Studie ist es zu zeigen, dass exogene Faktoren ebenso Bausteine für das Konzept waren wie endogene Faktoren. So soll geklärt werden, ob und in welchem Grad sich Schlüsselereignisse im „nation-building“-Prozess Deutschlands und Frankreichs als Infragestellung oder Bestärkung der nationalen Identität auswirkten.⁸⁹

Wie wir gesehen haben, konstruieren verschiedene Akteure das Nationskonzept. Im Falle der Schweiz stellt sich nun die Frage, ob vor der Gründung des Bundesstaates im Jahre 1848 bereits eine kollektive, nationale Identität existierte, die auf ein Nationskonzept zurückgreifen konnte, das über die bloße Staatsgründung hinausging und zur Konsolidierung des Bundesstaates nach 1848 beitragen konnte. Ebenso wäre vorstellbar, dass zwar noch keine kollektive, nationale Identität existierte, jedoch mehrere Akteure mit unterschiedlichen kantonalen Identitäten und aus unterschiedlichen politischen Milieus bereits um mehrere Konzepte der Nation stritten beziehungsweise um deren Definitionsmacht rangen. Aufgrund des bereits existierenden losen Staatenbundes wäre dies durchaus möglich gewesen, da der Wunsch nach einem einheitlichen Bundesstaat virulent war. Die Diskussion um das Konzept Nation Schweiz vor der Bundesstaatsgründung analysierte Ursula Meyerhofer in ihrer Dissertation über die nationale Integration in der Schweiz von 1815 bis 1848.⁹⁰ Meyerhofer geht in ihrer These davon aus, dass es bereits vor 1848 zu einer Herausbildung einer nationalen Selbstwahrnehmung kam, die über offensichtlich divergente politische Positionen hinweg wirkte.⁹¹ In der Konklusion ihrer Monographie konnte sie aufzeigen, dass eine bürgerliche Bewegung über ihre universalen Wertvorstellungen nationalisierend wirkte. Das heisst,

⁸⁸ „Die für das Selbstverständnis einer Gemeinschaft, hier der Schweiz, aussagekräftige Bilderwelt beruht nicht auf historischen Fakten und der Erinnerung an sie, nicht auf geographischen, kulturellen und sozialen Gegebenheiten und dem Wissen um sie. Sie stellt ein Konstrukt, einen ‚Bricolage‘, dar, in den ein ganz bestimmtes Set von Bildern, Begriffen und Symbolen hineinkomponiert worden ist. Aber diese werden nur soweit und in jenen ideellen Verbindungen übernommen, als sie ein identifikatorisches ‚Bedeutendes‘ sein können.“ (MARCHAL, Guy P., Das „Schweizeralpenland“: Eine imagologische Bastelei, In: Ders. und Aram MATTIOLI (Hrsg.), *Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität*, Zürich 1992, S. 47.)

⁸⁹ In ihrem Aufsatz „Das emotionale Fundament der Nationen“ weisen Etienne François und Hagen Schulze nach, dass das „untrennbare Streben nach innerer und äusserer Freiheit, das den ganzen Kontinent durchzieht und in zahlreichen Mythen der Nationen spürbar ist“, nicht nur die „Verwandtschaft der europäischen Nationen, was ihre Idee von der Nation angeht“ bestätigt, sondern sich auch die Nationen auf einen „Nationsbegriff berufen, der vom Geiste der Glorious Revolution, der Amerikanischen und der Französischen Revolution geprägt ist“. (FRANÇOIS, Etienne und Hagen SCHULZE, *Das emotionale Fundament der Nationen*, In: FLACKE, Monika (Hrsg.), *Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama*, Berlin 1998, S. 23. Nachstehend zitiert als: FRANÇOIS, *Das emotionale Fundament der Nationen*.)

⁹⁰ MEYERHOFER, *Von Vaterland, Bürgerrepublik und Nation*. (Literaturangabe siehe: Fussnote Nr. 22.)

⁹¹ Ebenda, S. 16.

die Bürgerlichkeit war die nationale Gesinnung, der Gemeinsinn war bürgerlich. Ferner ging von diesen bürgerlichen Schichten eine stark vereinheitlichende Tendenz aus, die sowohl den Kanton wie auch die gesamte Schweiz als gemeinsames Vaterland sah. Eine bedeutende Rolle spielte der Republikanismus als Wahrnehmung einer gemeinsamen Basis. Dieser entwickelte in den 1840er Jahren eine starke Repräsentanz. Erst in diesen Jahren wurde der Republikanismus breit als bewusstes Alternativkonzept zu einem Europa der Nationen angeführt, das heisst er erhielt die Qualität einer die Nation Schweiz nach aussen definierenden und so abgrenzenden Kraft. Entsprechend war das Jahr der Bundesstaatsgründung hinsichtlich des Republikanismus nur eine geringfügige Zäsur. Gleichzeitig erhielt der Republikanismus in den 1840er Jahren, als die Eidgenossenschaft zunehmend von aussen bedroht schien, die Kraft innenpolitischer Integration. Dieser Republikanismus wirkte als Integrationsrepublikanismus so auch über 1848 hinaus.⁹² Meyerhofer zeigte in ihrer Monographie deutlich auf, dass bereits vor 1848 auf der Basis des Republikanismus eine eigentliche nationale, schweizerische Identität vorhanden war, zumindest in den bürgerlichen Schichten. Weil die bürgerlichen Schichten sowohl den Kanton als auch die gesamte Schweiz als gemeinsames Vaterland sahen, kann bereits zu diesem Zeitpunkt die für die Schweiz typische kollektive Doppelidentität festgestellt werden. Für die vorliegende Studie ist von Interesse, dass das Alternativkonzept Republikanismus zu einem Europa der Nationen auch nach 1848 und vor allem nach 1870 weiterhin zentraler Bestandteil des Nationskonzeptes war.⁹³ Im Hinblick auf die Resultate von Meyerhofer stellen sich zur Beantwortung der zentralen Fragestellung der Studie, nämlich anhand der politischen Öffentlichkeit der Schweiz den Einfluss deutscher und französischer Ereignisse auf den Prozess der Konstruktion nationaler Identität in der Schweiz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu untersuchen, folgende Fragen: Wie entwickelte sich dieser „Integrationsrepublikanismus“ nach 1848 beziehungsweise nach 1870? Wie erreichte das Konzept Nation Schweiz, welches die bürgerlichen Schichten bereits vor 1848 entwickelten, die gesamte Bevölkerung? Wie kam es durchgreifend von der regionalen zur nationalen Identität? Wie wir bereits gesehen haben, nahmen die nicht bürgerlichen Schichten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an der Konstruktion des Nationskonzeptes („nation-building from below“) teil – wie kam es von der Nationsbildung „von oben“ zur Nationsbildung „von unten“ beziehungsweise zu deren breiten Anteil an der Konstruktion der Nation?

⁹² Ebenda, S. 204 ff.

⁹³ Im Jahre 1875 veröffentlichte der Schweizer Johann Caspar Bluntschli, der in Heidelberg unter anderem Völkerrecht lehrte, einen Aufsatz mit dem Titel „Die schweizerische Nationalität“. Er führte aus, dass in der schweizerischen Nationalität „die Nationalität zur Wirkung, das schweizerische Staatswesen zur Ursache“ wird; entsprechend verhält sich die Schweiz umgekehrt zu anderen Nationalitäten. Mit anderen Worten: Die nationale Identität der Schweiz entwickelte sich aus ihrem Staatswesen, die Nationalität folgte dem Staat. (BLUNTSCHLI, Johann Caspar, *Die schweizerische Nationalität*, Zürich 1915, S. 9 (erstmal veröffentlicht in der Zeitschrift „Gegenwart“, Band VIII (1875), Nrn. 49 und 51).) Mit ihrer Monographie widerlegt Meyerhofer diese Auffassung, indem sie nachweisen konnte, dass bereits vor dem Jahre 1848 eine eigentliche nationale, schweizerische Identität in den bürgerlichen Schichten vorhanden war. Für Bluntschli gilt: Seine Auffassung mag im Jahre 1875 in Anbetracht des damals vorherrschenden so genannten Nationalitätsprinzips durchaus plausibel gewesen sein.

Das Konzept Nation Schweiz war zwischen 1870 und der Wende zum 20. Jahrhundert einem diskontinuierlichen Wandel unterworfen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts widersprach die Schweiz diametral dem damals vorherrschenden Nationalitätsprinzip, das heisst die Schweiz war keine Nation im ethnischen Sinne.⁹⁴ Diese Diskrepanz musste überbrückt werden. Die um das Nationskonzept ringenden Akteure in der Schweiz sahen sich deshalb gezwungen, das demokratische Prinzip zu betonen, welches das Vorhandensein eines Demos als legitimen Träger des politischen Willens voraussetzt.⁹⁵ Letztlich genügte allerdings das demokratische Prinzip allein nicht. Die Forschung differenziert zwischen dem essentialistischen und dem konstruktivistischen beziehungsweise voluntaristischen Nationsbegriff. Die eindeutige Differenzierung gelingt jedoch nicht in jedem Fall; die Nation Schweiz gilt hierfür als Beispiel.⁹⁶ Die Konstruktion der Nation Schweiz erfolgte in einer Kombination von voluntaristischen und essentialistischen Elementen. Zimmer: „More specifically, they [= the political and cultural elites] claimed that the Swiss nation was both a voluntary and a natural community – a Willensnation yet also a true Wesensgemeinschaft.“⁹⁷ Kriesi geht noch einen Schritt weiter: „Thus, the predominantly civic nationalism at the federal level goes hand in hand with a predominantly ethnic nationalism at the cantonal and local level.“⁹⁸ Der Partikularismus musste sowohl nach innen wie nach aussen überbrückt werden. Nach innen, weil aus einem Volk eine Nation konstruiert werden musste, nach aussen, wenn man nicht in Gefahr laufen wollte, die Legitimation als Nation abgesprochen zu bekommen und so eines Tages annektiert zu werden. Dieses Faktum machte die

⁹⁴ Massgebend für den Nationalismus ist das Nationalitätsprinzip, wonach das Staatsgebiet und der von einem bestimmten Ethnos erfüllte Raum möglichst zusammenfallen sollten, so dass der Ethnos zu einer Nation werden kann. Das Nationalitätsprinzip sagt, welche Gebiete zu vereinigen sind, um seinen nationalstaatlichen Charakter zu begründen. Dies setzt allerdings voraus, dass das „Volk“ oder die „Nation“ definiert und gegen andere abgegrenzt werden kann. (FRANCIS, Emerich, *Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie*, Berlin 1965, S. 74. Nachstehend zitiert als: FRANCIS, *Ethnos und Demos*.) Als Hauptkriterien für das Nationalitätsprinzip gelten Kultur und Sprache. Die politische Organisation des Sprachvolkes sieht das Nationalitätsprinzip im Staat. (LEMBERG, *Nationalismus*, S. 183.) Wenn auch Kultur und Sprache als Hauptkriterien gelten, besagt dies nicht automatisch auch, dass Sprachnationalismus mit Ethnos übereinstimmen muss. In den genannten Kriterien liegt die Problematik des Nationalitätsprinzips. Eine konsequente Verfolgung der Kriterien hätte zur Folge, dass Regionen ihre Staatszugehörigkeit wechseln oder gar Staaten sich auflösen müssten. Der Wille würde hinter die Kultur beziehungsweise hinter die Sprache gestellt, obwohl dieser eigentlich der Kultur und der Sprache übergeordnet sein sollte.

⁹⁵ Die nationale Idee kann aber auch das demokratische Prinzip verfolgen; quasi als Gegensatz zum Nationalitätsprinzip. Hier geht es um die Beziehung zwischen Herrschaftsunterworfenen und Herrschenden in einem vorgegebenen Staat. Voraussetzung ist das Vorhandensein eines Demos als legitimen Träger des politischen Willens; nicht verlangt wird dessen ethnische Homogenität. (FRANCIS, *Ethnos und Demos*, S. 74.)

⁹⁶ Den Essentialismus kann es nur vor dem Hintergrund von und in Abgrenzung zum Nicht-Essentiellen geben. Gleichzeitig zeichnet sich der Voluntarismus dadurch aus, als er den Essentialismus negiert. (GEULEN, *Die Nation als Wille und Wirklichkeit*, S. 77.)

⁹⁷ ZIMMER, *A Contested Nation*, S. 10.

⁹⁸ KRIESI, Hanspeter, Introduction: State Formation and Nation Building in the Swiss Case, In: Ders. et al. (Hrsg.), *Nation and National Identity. The European Experience in Perspective*, Chur/Zürich 1999, S. 17. Nachstehend zitiert als: KRIESI, *State Formation and Nation Building*.

Kombination zwischen essentialistischem und voluntaristischem Nationsbegriff notwendig.⁹⁹

Das Konzept Nation Schweiz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts machte einen spezifisch schweizerischen Nationalismus möglich. Ohne die Konklusion vorwegzunehmen, sei an dieser Stelle auf einige Aspekte des schweizerischen Nationalismus bereits hingewiesen. Allgemein gilt, dass dem Nationalismus eine Überhöhung beziehungsweise Sakralisierung der Nation beziehungsweise des Volkes eigen ist. Hinsichtlich dieses Grundsatzes unterscheidet sich die Schweiz nicht wesentlich von anderen Nationen. Das Spezifische am schweizerischen Nationalismus ist aber, dass ihm zwar diese Überhöhung beziehungsweise Sakralisierung der Nation zu einer „allein verbindlichen Sinngebungs- und Rechtfertigungsinstanz“ und eine Überhöhung beziehungsweise Sakralisierung des Volkes als „einig Volk von Bürgern“, dem die „Vorstellung eines einheitlichen Volkes als eines kollektiven Trägers“ innewohnte¹⁰⁰, eigen ist, diese Aspekte aber mit einem (teilweise militanten) Sendungsbewusstsein der republikanischen Staatsform verbunden wurde.¹⁰¹ Mit der Überhöhung beziehungsweise Sakralisierung der Nation als Republik und des Volkes als Träger und Souverän dieses republikanischen Staatswesens konnte eine strikte Abgrenzung gegenüber aussen beziehungsweise eine Geschlossenheit nach innen demonstriert werden. Das Sendungsbewusstsein der republikanischen Staatsform musste in das Konzept Nation Schweiz aufgenommen werden, weil die Legitimation lediglich aus der Geschichte nicht genügt hätte. Mit Vehemenz, dem Nationalismus eigen, vertraten die politischen Akteure der Schweiz die Meinung, dass nur diese Staatsform Zukunft hätte; die Proklamation der französischen Republik im Jahre 1870 nahm man als Beweis für die Richtigkeit der eigenen Auffassung. Die strikte Abgrenzung gegenüber aussen wurde durch einen weiteren Aspekt erweitert: Deutschland (und auch Frankreich, wenn auch weniger häufig und deutlich) dienten oft als Negativfolie, so dass die Abgrenzung zwar keine Veränderungen zuließ, jedoch das eigene Konzept bestätigte.¹⁰² Zum schweizerischen

⁹⁹ Von Interesse ist der Begriff „Nationalitätenstaat“, den Francis für die Schweiz benützt. Er will ihn als Alternative zum Nationalstaat verstanden haben und macht darauf aufmerksam, dass der Nationalitätenstaat nicht auch ein Mehrvölkerstaat sein muss. Die Definition:

- keine einzige staatstragende Nation
- nur eine Reihe von formal gleichgestellten Nationalitäten, die untereinander um die Vormachtstellung ringen. (FRANCIS, *Ethnos und Demos*, S. 178 f.)

¹⁰⁰ ALTERMATT, Urs, BOSSHART-PFLUGER, Catherine und Albert TANNER, Einleitung, In: Dies. (Hrsg.), *Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert*, Zürich 1998, S. 12.

¹⁰¹ Das Fehlen einer monarchischen Tradition verlangte ein Konzept der Nation, das sich von denjenigen der Nachbarländer deutlich unterschied. Mit anderen Worten: Die republikanische Tradition der Schweiz wirkte sich auch auf das Konzept Nation aus. (BLATTMANN, Lynn, „Heil Dir Helvetia, hast noch der Söhne ja...“ Nationalisierung als Geschlechterkonzept, In: ALTERMATT, Urs, BOSSHART-PFLUGER, Catherine und Albert TANNER (Hrsg.), *Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert*, Zürich 1998, S. 122. Nachstehend zitiert als: BLATTMANN, Heil Dir Helvetia.)

¹⁰² In diesem Zusammenhang ist auch der Exkurs von Anderson beziehungsweise Hughes über den schweizerischen Nationalismus von Interesse. Anderson stützte sich zur Hauptsache auf die Ausführungen im Buch „Switzerland“ von Christopher Hughes, das 1975 erschienen ist. Eigene Bemerkungen finden sich kaum. Anderson beziehungsweise Hughes führten aus, dass sich der schweizerische Nationalismus erst spät entwickelte, weil „the conservative political,

Nationalismus gehörten auch folgende Komponenten: der Volksbegriff, nämlich das Volk als Souverän¹⁰³ sowie der Demos als legitimen Träger des politischen Willens¹⁰⁴.

Wie bereits erläutert, konnte Ursula Meyerhofer in ihrer Monographie nachweisen, dass bereits vor der Bundesstaatsgründung eine eigentliche nationale Identität zumindest in den bürgerlichen Schichten existierte. Gleichzeitig versuchte ich deutlich zu machen, dass um die Definitionsmacht des Nationskonzeptes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehrere Akteure rangen, so dass dieses sowohl „von oben“ wie „von unten“ entwickelt wurde. Es stellt sich nun die Frage, wie es den einzelnen Akteuren gelang, ihr jeweiliges Konzept zu plausibilisieren. Das Ziel national historischer Darstellungen war zum Beispiel, aus der Bevölkerung ein Volk zu formen.¹⁰⁵ Es konnte so ein Bewusstsein geschaffen werden, mit dem sich die Bevölkerung identifizieren und entsprechend sich als ein Volk fühlen konnte. De Capitani formulierte den zweiten Schritt, wie ein Volk Nation wird, dahingehend: „Ein Volk wird Nation, indem es zu seiner eigenen Geschichte ein formulierbares Verhältnis gewinnt.“¹⁰⁶ Wiederum erhält die nationale Geschichte eine zentrale Bedeutung. In ihrer konkreten Ausgestaltung, sei es zum Beispiel als Festspiel, als Nationalfeiertag oder als Lesebuch in der Schule wurde sie für eine breite Bevölkerung direkt erfahrbar.¹⁰⁷ Nach Kästli wurde Ende des 19. Jahrhunderts die nationale Geschichte zum Kernelement des schweizerischen Nationalbewusstseins. Die Schweiz sei zwar einerseits Teil des europäischen Imperialismus, andererseits lief sie aber auch in Gefahr, Opfer eben dieses Imperialismus zu werden. Gegen letztere Anfechtungen hätte sich die Schweiz mit dem Hinweis auf ihre geschichtliche Tradition zu behaupten gewusst.¹⁰⁸ Nationale Geschichtsschreibung ist in diesem Sinne gezielte Kommunikation, und zwar mit dem Ziel, das Konzept Nation Schweiz mit Inhalt zu füllen und zu verankern beziehungsweise eine schweizerische, nationale Identität zu konstruieren. Quintessenz ist: (schweizerische) Identität bedeutet, durch gezielte Kommunikation hergestellte

and backward socio-economic, structure of Switzerland ‚delayed‘ the rise of nationalism, the fact that its pre-modern political institutions were non-dynastic and non-monarchical helped to prevent the excesses of official nationalism“. (ANDERSON, *Imagined Communities*, S. 120). Diese Aussage greift meines Erachtens zu kurz. Die Schweiz entwickelte durchaus – wie wir gesehen haben – einen ihr spezifischen Nationalismus. Dass die Schweiz den „Exzessen des offiziellen Nationalismus“ nicht folgte, hat nicht nur mit der „politisch konservativen und sozioökonomisch rückständigen Struktur“ zu tun, sondern auch damit, dass die Nation Schweiz dem Nationalitätsprinzip diametral widersprach und es daher existentiell war, andere Formen zu finden, um die Nation zu konstruieren. Eine andere Form war zum Beispiel der in den 1840er Jahren einsetzende Republikanismus, der als bewusstes Alternativkonzept zu einem Europa der Nationen angeführt wurde und die Qualität einer nach aussen definierenden Kraft erhielt. (Vgl. MEYERHOFER, *Von Vaterland, Bürgerrepublik und Nation*, S. 204 ff.)

¹⁰³ Siehe: Fussnote Nr. 35.

¹⁰⁴ Siehe: Fussnote Nr. 95.

¹⁰⁵ BUCHBINDER, *Der Wille zur Geschichte*, S. 229.

¹⁰⁶ DE CAPITANI, François, Die Suche nach dem gemeinsamen Nenner - der Beitrag der Geschichtsschreiber, In: Ders. und Georg GERMAN (Hrsg.), *Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848-1914. Probleme - Errungenschaften - Misserfolge*, 8. Kolloquium der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften 1985, Freiburg (Schweiz) 1987, S. 25.

¹⁰⁷ Vgl.: KREIS, Georg, Schweizerische Nationalpädagogik in Wort und Bild, In: FLACKE, Monika (Hrsg.), *Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama*, Berlin 1998, S. 446-475. Nachstehend zitiert als: KREIS, *Schweizerische Nationalpädagogik*.

¹⁰⁸ KÄSTLI, *Die Schweiz - eine Republik in Europa*, S. 354.

Identifikation. Die Bedeutung der nationalen Geschichtsschreibung für die Konstruktion der Nation ist unbestritten. Mit dem Besuch eines nationalen Festspiels oder der Begehung des Nationalfeiertages war die Identifikation mit der Nation Schweiz aber keineswegs ausgeschöpft. Dem Besuch oder der Mitgliedschaft musste eine Motivation zur Teilnahme vorausgehen. Im Hof formulierte für die Mehrheit der Schweizer folgende Faktoren als für ihre nationale Identität massgebend: Republikanismus, Milizarmee, Vielsprachigkeit, Doppelidentität Heimatkanton/Bund, Gedankenfreiheit, Toleranz, Rede- und Pressefreiheit, Asylrecht, Schulwesen und Arbeitsethos in Verbindung mit der Durchsetzung hygienischer Vorstellungen.¹⁰⁹ Dieser Kanon lässt sich auch ex negativo formulieren. Das besondere der schweizerischen Identität ergibt sich dann gerade aus dem Wegfallen einer einheitlichen Sprache, einer gemeinsamen Ethnie, „aktueller“ militärischer Heldentaten (nicht aber der Totenkulte um vergangene Heldentaten), einer einheitlichen Konfession und einer Monarchie als zentrale Faktoren nationaler Identität.¹¹⁰ Der empirische Teil dieser Studie soll zeigen, dass zu den von Im Hof genannten Faktoren weitere hinzukommen, nämlich Neutralität, Souveränität und (direkte) Demokratie. Die Bedeutung der Gegenwart, für die vorliegende Studie die Distinktion zu Deutschland und Frankreich, darf, wie wir oben gesehen haben, nicht unterschätzt werden und gehört entsprechend zum Kanon dazu. Alle diese Komponenten einschliesslich der „praktizierten“ Nationalgeschichte und des Vereinswesens trugen zur kollektiven, nationalen Identität bei, die letztlich in die Konstruktion der Nation führte.

Die bisher gemachten Äusserungen gelten primär für das männliche Geschlecht. Das Nationskonzept konnte jedoch nicht allein mit den Männern vollzogen werden – es war notwendig, die Unterstützung der Frauen zu gewinnen. Wie bereits erwähnt, galt es, mehrere kollektive Identitäten zu berücksichtigen beziehungsweise zu vereinigen. Regionale, konfessionelle und kulturelle Differenzen blieben nämlich auch nach der Bundesstaatsgründung bestehen, wobei sie innerhalb der Geschlechtergrenze lagen. Entsprechend stand neben dem Bürgersinn die Männerfreundschaft; das männliche Individuum und die Nation oszillierten. Aus der Geschlechterperspektive betrachtet, baute der schweizerische Bundesstaat exemplarisch auf dieser amorphen Struktur von Freundschaft und Politik auf.¹¹¹ Es gilt festzuhalten, dass die Männer nicht im Kontext von Klasse oder Schichtzugehörigkeit angesprochen wurden, sondern kollektiv als Geschlecht, so dass sich im Prinzip alle Männer mit den nationalen Männerbildern identifizieren konnten.¹¹² Nationale Männerbilder waren somit fähig, partiell andere Differenzen, zum Beispiel die der Klasse, zu überdecken. Die Definitionsmacht unterlag den Männern, so dass sich die Teilhabe der Frauen auf den Wirkungsbereich beschränkte, in dem sie unentgeltliche Arbeit zu leisten hatten.¹¹³ Nach diesen

¹⁰⁹ IM HOF, *Mythos Schweiz*, S. 173.

¹¹⁰ Ebenda, S. 272.

¹¹¹ BLATTMANN, *Heil Dir Helvetia*, S. 128.

¹¹² Ebenda, S. 124.

¹¹³ JORIS, Elisabeth, *Geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und Integration der Frauen*, In: STUDER, Brigitte (Hrsg.), *Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationsbildung der Schweiz, 1848-1998*, Zürich 1998, S. 192.

Elisabeth Joris bezieht sich explizit auf das Zürcher Schulgesetz von 1859.

Ausführungen stellt sich die Frage, in welcher Form es notwendig war, die Unterstützung der Frauen zu gewinnen, um das Konzept der Nation zu definieren respektive zu vollziehen. Weil die politische Mitbestimmung den Frauen verwehrt und zugleich ihr Zugang zur Öffentlichkeit beschränkt war, oblag die Definitionsmacht der Nation primär den Männern. Deren Vermittlung mittels symbolischer Repräsentation oblag jedoch auch den Frauen, die zum Beispiel mittels Sozialisation ihres Nachwuchses wenn auch nicht direkt zur Definition, so doch zur Vollziehung nationaler Identität beitrugen.¹¹⁴

2.3 Politische Öffentlichkeit

Der Drang zur kulturellen, politischen, sozialen und sprachlichen Differenzierung ist eine Erscheinung des 19. Jahrhunderts (und primär ein europäisches Phänomen). Um die Wende zum 19. Jahrhundert fand die Ablösung der feudalen durch die bürgerliche Gesellschaft statt. Letztere dachte in anderen, nämlich in sprachlich und ethnischen Kategorien, so dass sie Europa statt nach dynastischen Territorien nach Sprachgemeinschaften gegliedert sah. Dieser gesellschaftliche Wandel sowie der grundlegende Wandel der Wahrnehmungsformen machten den Weg für das „Denken in Nationen“ (Bernd Weisbrod) frei. Einhergehend mit diesem Wandel vollzog sich auch eine Neu-Definition der Öffentlichkeit, deren normative Grundlagen die Voraussetzung für die Konstruktion der Nation bildeten.

Die normativen Grundlagen finden sich in der Aufklärung. Im Verständnis der Aufklärung wird Öffentlichkeit durch freie Kommunikation unter Akteuren gebildet, die aus ihren privaten Lebenskreisen heraustreten, um sich über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse zu verständigen.¹¹⁵ Aus dem Öffentlichkeitsbegriff der Aufklärung lässt sich die Funktion der (politischen) Öffentlichkeit in demokratischen Gesellschaften ableiten: Erstens werden die Fragen, was durch die Öffentlichkeit im Sinne einer politischen Gemeinschaft verbindlich geregelt und entschieden, und was dem privaten Bereich an Handlungsfreiheit überlassen werden soll, stets neu ausgehandelt. Zweitens begründet die Vorstellung von Öffentlichkeit als eines kommunizierenden Kollektivs die Ausbildung nationalstaatlich organisierter und demokratisch verfasster Gesellschaften. Drittens werden in der Öffentlichkeit jene Themen verhandelt, die von öffentlichem Belang sind

¹¹⁴ Siehe auch: Kapitel „2.3 Politische Öffentlichkeit“.

Siehe auch: BLATTMANN, Lynn, Männerbund und Bundesstaat, In: Dies. und Irène MEIER (Hrsg.), Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998, S. 17-35; BLATTMANN, Lynn, Studentenverbindungen - Männerbünde im Bundesstaat, In: Dies. und Irène MEIER (Hrsg.), Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998, 138-155. Nachstehend zitiert als: BLATTMANN, Studentenverbindungen; FREVERT, Ute, Das Geschlecht des Politischen, In: BLATTMANN, Lynn und Irène MEIER (Hrsg.), Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998, S. 36-52; WITZIG, Heidi, Von der Mutter der Nation zur stummen Partnerin mit besonderen Aufgaben. Frauen in der Schweiz vor 1945, In: BLATTMANN, Lynn und Irène MEIER (Hrsg.), Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998, S. 177-197.

¹¹⁵ PETERS, Bernhard, Der Sinn von Öffentlichkeit, In: NEIDHARDT, Friedhelm (Hrsg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, 1994, S. 45.

und die prinzipiell alle Mitglieder einer Gesellschaft angehen. Viertens können öffentlich getroffene Entscheidungen den Anspruch erheben, für alle Mitglieder verbindlich zu sein. Das Öffentlichkeitsverständnis der Aufklärung wirkt als Idealtyp in der Konzeption der Öffentlichkeit moderner, demokratischer Gesellschaften nach.¹¹⁶

Der eingangs erwähnte gesellschaftliche Wandel sowie der grundlegende Wandel der Wahrnehmungsformen im 19. Jahrhundert waren auch für den Bedeutungswandel des Öffentlichkeitsverständnisses verantwortlich; der Idealtyp der Aufklärung wirkt in der Konzeption der Öffentlichkeit jedoch weiter nach. Aus den normativen Anforderungen des Idealtypus lassen sich die Funktionen von Öffentlichkeit für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ableiten; für die vorliegende Studie sind folgende zwei relevant:

- Nach der Bundesstaatsgründung im Jahre 1848 wurden die Ausbildung und das Bewusstsein einer nationalstaatlich organisierten und demokratisch verfassten Gesellschaft virulent. Die Vorstellung von Öffentlichkeit als eines kommunizierenden Kollektivs, das sich in diesem Akt seiner selbst bewusst wird, begründet diese Ausbildung.
- Das Nationskonzept wird in der Öffentlichkeit konzipiert beziehungsweise rekonzipiert, denn zur öffentlichen Selbstverständigung einer Gesellschaft gehören auch Debatten über Normen und Werte sowie über das Verhältnis zur kollektiven Vergangenheit und kollektiven Aspirationen für die Zukunft.¹¹⁷

Die politische Publizistik wurde wichtigstes Organ der öffentlichen Meinung.¹¹⁸ In der wissenschaftlichen Literatur gilt die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts als Ära der Parteipresse, in der mediale Kommunikation nach politischen Kriterien gesteuert wurde¹¹⁹. Die politische Kommunikation der Parteizeitungen ist durch die wechselseitige Resonanz von Themen und Meinungen charakterisiert. Dieser Journalismus basiert nicht auf individuellen Meinungen, sondern vertritt Kollektivpositionen; im Zentrum stehen politische Sachverhalte und Informationen über gegnerische Absichten.¹²⁰ Hinzu kommt das Vereinspressewesen, das den Vereinen als in- und externes Kommunikationsinstrument diente.

¹¹⁶ Ebenda, S. 43-46.

¹¹⁷ Ebenda, S. 45 f.

¹¹⁸ Zu dieser Entwicklung beigetragen hatte auch der obligatorische Besuch der Volksschule. Die Volksschule blieb auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Sache der Kantone. Mit der Totalrevision der Bundesverfassung 1874 setzte der Bund lediglich durch, was in den meisten Kantonen bereits realisiert war: den genügenden, obligatorischen Primarschulunterricht, der staatlich geleitet und unentgeltlich an den konfessionell neutralen, öffentlichen Schulen angeboten wurde. Zusätzlich erhielt der Bund ein Sanktionsrecht gegenüber Kantonen, die diesen Verpflichtungen nicht nachkamen. Die Subvention der Volksschule durch den Bund wiederum beruhte auf dem Grundgedanken, dass die Kantone und die Eidgenossenschaft auf dem Gebiet des Unterrichtswesens zusammenzuwirken hätten. (GRUNDER, Hans-Ulrich, Primarschule, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 11.2.2005, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10402-1-3.php>.)

¹¹⁹ IMHOF, Öffentlichkeit als historische Kategorie, S. 22.

¹²⁰ Ebenda, S. 15 f.

Die Öffentlichkeit wird politisch, wo sie das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft thematisiert.¹²¹ Entsprechend vermittelt die politische Publizistik zwischen Staat und Gesellschaft und wird so Teil der politischen Öffentlichkeit beziehungsweise bildet diese. Wie bereits im Idealtypus dargelegt, begründet die Vorstellung von Öffentlichkeit als eines kommunizierenden Kollektivs die Ausbildung nationalstaatlich organisierter und demokratisch verfasster Gesellschaften. Einerseits wird in der Öffentlichkeit die Nation „vergesellschaftet“, andererseits die Gesellschaft nationalisiert.¹²² Somit entsteht das Bild, das eine Gruppe von sich aufbaut und mit dem sich die Mitglieder identifizieren – nämlich die kollektive, nationale Identität – in der Öffentlichkeit. Der Ort, an dem Deutungsmuster in ihrem Wandel erfasst werden können, ist die Öffentlichkeit.

Der soziale Raum Öffentlichkeit ist sowohl funktional wie vertikal differenziert. Die funktionale Differenzierung unterscheidet grundsätzlich drei Rollen: Sprecher (Angehörige kollektiver Akteure, die sich in der Öffentlichkeit zu bestimmten Themen zu Wort melden), Vermittler (Journalisten) und Publikum. Die vertikale Differenzierung unterscheidet zwischen Encounters, Versammlungsöffentlichkeit und massenmedialer Öffentlichkeit. Der jeweilige Übergang zwischen diesen drei Stufen ist durch spezifische Formen der Selektion gekennzeichnet.¹²³ Für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gilt dieses Schema nur bedingt. Die funktionale Differenzierung entsprach weitgehend der Situation der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Einzige, nicht unwichtige Ausnahme ist, dass die Rolle des Politikers und des Journalisten noch nicht ausdifferenziert war, das heisst Politiker als Redakteure fungierten beziehungsweise Redakteure gleichzeitig auch Politiker waren. Die vertikale Differenzierung gestaltete sich in der Ära der Parteipresse weitaus komplexer. Allgemein gilt, dass die Kommunikation auf der Encounters-Ebene gesellschaftlich erst relevant wird, wenn diese Kommunikation in Form persönlicher Gespräche über Anschlusskommunikation mit Diskursen auf anderen Ebenen verbunden wird. Dies gilt auch für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die politische Versammlungsöffentlichkeit und die massenmediale Öffentlichkeit waren hingegen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch stärker als heute verflochten. Einerseits erhielt die Zeitung geradezu die Bedeutung eines Parteiattributes. Sie war Ausfluss der partei-beziehungsweise milieuspezifischen Versammlungsöffentlichkeiten. Andererseits fand sich – wie erwähnt – eine weitere Verflechtung dieser beiden Ebenen in der damals mehr oder weniger häufigen Doppelrolle als Politiker und Redakteur. Diese Verflechtungen

¹²¹ IMHOF, Kurt, Vermessene Öffentlichkeit - vermessene Forschung? Vorstellung eines Projektes, In: IMHOF, Kurt, KLEGER, Heinz und Gaetano ROMANO (Hrsg.), Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit, Zürich 1993, S. 3. Nachstehend zitiert als: IMHOF, Vermessene Öffentlichkeit.

¹²² ERNST, Andreas, Europäische Öffentlichkeit: Historische Voraussetzungen und aktuelle Folgen eines unvollendeten Projekts, In: IMHOF, Kurt, JARREN, Otfried und Roger BLUM (Hrsg.), Steuerungs- und Regelungsprobleme in der Informationsgesellschaft, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 27.

¹²³ DONGES, Patrick und Kurt IMHOF, Öffentlichkeit im Wandel, In: JARREN, Otfried und Heinz BONFADELLI (Hrsg.), Einführung in die Publizistikwissenschaft, Bern 2001, S. 105 ff.

sorgten somit für eine hohe Durchlässigkeit der Versammlungs- und medialen Öffentlichkeit.¹²⁴

Aus der Geschlechterperspektive betrachtet differierte die Bedeutung der (politischen) Öffentlichkeit für die Frauen von derer der Männer. Die politische Öffentlichkeit spielte sich nämlich weitgehend ohne die Frauen ab; in der Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft waren sie weitgehend nicht zugegen. Sofern es sich aufgrund der Anonymität der Journalisten und Korrespondenten eruieren lässt, finden sich keine Artikel von Frauen in der Presse. Auch unter den Redakteuren, die weitgehend bekannt sind, fungieren in den von mir ausgewählten Zeitungen keine Frauen. Quintessenz: Die Institutionen der politischen Öffentlichkeit bildeten sich ohne die Frauen, und als diese ihren Anspruch auf Teilhabe einklagten, war die politische Öffentlichkeit bereits institutionalisiert.¹²⁵

2.4 Printmedien

„Natürlich nehmen wir als Maßstab für die politische Reife eines Volkes vor allem die Zeitungsliteratur, die sich ja den Bedürfnissen und dem Bildungsgrad des Volkes anpassen muss.“¹²⁶

Printmedien dienen der vorliegenden Studie als primäre Quellen. Für die Schweiz konnte Roger Blum feststellen, dass die Entwicklung der Presse mit der Entwicklung der Demokratie stark zusammenhing, bedingen sich doch Demokratie und Öffentlichkeit wechselseitig. Die Entwicklung der Demokratie machte eine Teilhabe an der politischen Öffentlichkeit möglich, denn je mehr die Demokratie institutionalisiert wurde, umso mehr waren Tribünen und Plattformen nötig, auf denen die öffentlichen Fragen besprochen werden konnten. Und je mehr sich die Zeitungen in den Dienst unzufriedener Volksgruppen stellten, umso mehr trieben sie den Ausbau der direkten Demokratie voran.¹²⁷ Diese Aussage gilt allerdings nicht nur für die Demokratie, sondern ebenso für

¹²⁴ Formell konstituierten sich unter anderem die Vereine sowie wirtschaftliche und berufliche Verbände in der Privatsphäre, gleichzeitig agierten sie aber (teilweise) im Bereich der Öffentlichkeit. Diese Schnittstelle ermöglichte dem Staat, einen Teil seiner Kompetenzen abzutreten, so dass Teile der Privatsphäre als eine „Domäne staatlicher Autorität ohne öffentliche Kontrolle“ erschienen. (JOST, Hans Ulrich, Zum Konzept der Öffentlichkeit in der Geschichte des 19. Jahrhunderts, In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 46, 1996, Nr. 1, S. 51 f.)

¹²⁵ HERRMANN, Friederike, „Schleppenträger der bisher von Männern beliebten Parteipolitik“? Eine Spurensuche zur politischen Öffentlichkeit von Frauen, In: IMHOF, Kurt und Peter SCHULZ (Hrsg.), Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft, Zürich 1996, S. 41 respektive S. 45.

¹²⁶ Der Landbote, 31.7.1889, Nr. 177.

¹²⁷ BLUM, Roger, Medien und Demokratie, In: Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs 30, Die Erfindung der Demokratie in der Schweiz, Zürich 2004, S. 148. Die Demokratie wurde in den Zeitungen generell befürwortet. Zivile Formen der politischen Konfliktlösung im Sinne der demokratischen Grundnorm des „We agree to disagree“ mussten allerdings erst entwickelt werden. (SAXER, Ulrich, Die Zeitung als politische

die Nation. Wie bereits Anderson feststellte, machte die Verbindung von Kapitalismus und Buchdruck eine neue Form von vorgestellter Gemeinschaft möglich, deren Grundzüge bereits den Auftritt der modernen Nation vorbereiteten.¹²⁸ Die Medien erhielten somit eine grundlegende Bedeutung für das Konzept Nation Schweiz. Weil sie als Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft auftraten und somit politische Öffentlichkeit schufen, konzipierten sie direkt das Konzept Nation Schweiz mit.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts fand in der Schweiz ein Medienwandel statt¹²⁹ – es kam zu einer Politisierung der Zeitung respektive zur Parteipresse. In der Schweiz dauerte – im Gegensatz zu Deutschland – die Ära der Parteipresse bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Eine Ökonomisierung der Printmedien, die in Deutschland gegen Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte, fand in der Schweiz nur marginal statt. Vereinzelt erschienen neutrale respektive parteilose Zeitungen zwar bereits Ende des 19. Jahrhunderts, der so genannte Generalanzeiger blieb in der Schweiz jedoch für lange eine Ausnahmeerscheinung.¹³⁰ Nach diesen Zeitungsgründungen änderte sich die Pressestruktur mit wenigen Ausnahmen aber nicht mehr, da die Schweizer Presse regional, kulturell und politisch stark segmentiert war.¹³¹ Spezifisch für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gilt, dass die Zeitung „zur Sozialisationsagentur par excellence für partikuläre politische Werte mit dem Resultat wachsender politischer Polarisierung“ wurde. Somit bedeutete diese „Politisierung des Mediums, d.h. dessen Einbindung in das politische Regelsystem“ den Aufbau einer demokratischen politischen Kultur. Einerseits polarisierte so die Presse das kollektive politische Bewusstsein, andererseits integrierte es aber die Bürger auch. Im Endeffekt stellte die Presse damit die Basis für ihre Funktion als „vierte Gewalt“ im demokratischen Staat. Die Zeitung als politische Sozialisationsagentur muss zusammen mit der Politisierung der damaligen Gesellschaften im Umbruch gesehen werden, in dem neue Bevölkerungskategorien um die Verantwortung für die res publica kämpften.¹³² Mit der Politisierung der Presse veränderte sich auch die Bedeutung der Redakteure und Korrespondenten. Diese formten als „Leser“

Sozialisationsinstanz, In: Relation 1, 1994, S. 24. Nachstehend zitiert als: SAXER, Die Zeitung als politische Sozialisationsinstanz.)

¹²⁸ ANDERSON, Imagined Communities, S. 46.

¹²⁹ Ein Medienwandel vollzieht sich, wenn absolut oder relativ die Zahl der Kommunikationsteilnehmer signifikant zunimmt, sich ein Prozess der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung vollzieht und die Industrialisierung des Mediensektors voranschreitet. (FAULSTICH, Werner, Medienwandel im Industrie- und Massenzeitalter (1830-1900), Göttingen 2004, S. 253.)

¹³⁰ Die *Tribune de Genève* wurde als erstes parteiloses Informationsblatt mit vorwiegend lokalen Nachrichten für ein allgemeines Publikum im Jahre 1879 gegründet. Im Jahre 1893 erschienen erstmals die *Tribune de Lausanne* und der *Tages-Anzeiger*, 1897 der *Luzerner Tages-Anzeiger* sowie 1898 *La Suisse* in Genf.

Ebenso bürgerte sich in der Schweiz der Ausdruck Generalanzeiger nicht ein. Man sprach vielmehr von der „neutralen“ oder „parteilosen“ respektive „unabhängigen“ Presse oder auch von der „Informationspresse“ im Gegensatz zur „Gesinnungspresse“. (BOLLINGER, Ernst, Pressegeschichte II, 1840-1930. Die goldenen Jahre der Massenpresse, Freiburg (Schweiz) 1996, S. 117. Nachstehend zitiert als: BOLLINGER, Pressegeschichte.)

¹³¹ BOLLINGER, Pressegeschichte, S. 119.

¹³² SAXER, Die Zeitung als politische Sozialisationsinstanz, S. 24 ff.

die Vorgänge in der Welt auf der Basis ihrer Interpretationsmuster und den daraus abgeleiteten Relevanzstrukturen und Typiken die Ereignisse.¹³³

2.4.1 Printmedien als Quellen

Die gedruckten Medien, insbesondere die Presse, sind in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Quellen schlechthin, um die öffentliche Meinung zu eruieren.¹³⁴ Kurt Imhof: „Medien sind [...] (historische) Quellen für Weltinterpretationen, deren vertiefte historisch-hermeneutische Analyse uns zu den Zentren neuer Definitionen der Realität führt.“¹³⁵ Zu beachten ist allerdings, dass zwar die Zeitungen als Quellen überlebt haben, nicht aber deren Verfasser und Rezipienten, was bedeutet, dass jede spätere Analyse der Texte letztlich eine historische Rezeptionssituation fingiert.¹³⁶ Bei der Interpretation von Medienquellen in der Ära der Parteipresse sind zudem folgende Aspekte zu beachten: die Funktion als Parteiattribut, die Verflechtung der (Chef-)Redakteure mit der (nationalen) Politik (Doppelfunktion Redakteur/Politiker) und – unabhängig von der Ära der Parteipresse – die etwaige Abhängigkeit aufgrund des Inseratenwesens sowie die etwaige Gleichschaltung der Informationen aufgrund von Nachrichtenagenturen.

Wird von der Presse allgemein gesprochen, meint man meist die Presseerzeugnisse.¹³⁷ Für die vorliegende Studie werden diejenigen in Form von periodischen Druckschriften, genauer: in Form von Zeitungen als Quelle verwendet. Um ein Presseerzeugnis als Zeitung zu definieren, müssen verschiedene Kriterien erfüllt sein, die bereits für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts galten: die Universalität des Stoffes, das generell unbegrenzte Publikum (die Publizität), die Periodizität, das heisst das Erscheinen in sehr kurzen (oft täglichen oder wöchentlichen) regelmässigen Abständen, die Aktualität des vermittelten Geschehens, die Vergänglichkeit (Entwertung mit der nächsten Nummer), die Finanzierung durch Abonnemente und/oder Inserenten sowie die einheitliche und auf längere Zeit angelegte Planung und Organisation.¹³⁸

Wie eingangs erwähnt, müssen bei den Medienquellen während der Ära der Parteipresse vor allem zwei Aspekte beachtet werden: Erstens waren aufgrund ihrer Entstehung die meisten Zeitungen eigentliche Kampfblätter einer Partei.¹³⁹ Die Zeitungen erhielten so die Bedeutung eines Parteiattributes beziehungsweise wurden zu „Annexanstalten“ der

¹³³ IMHOF, Vermessene Öffentlichkeit, S. 45.

¹³⁴ Weitere Quellen, um die öffentliche Meinung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu eruieren, sind zum Beispiel Vereinsorgane. Für die vorliegende Studie wird darauf verzichtet.

¹³⁵ IMHOF, Vermessene Öffentlichkeit, S. 34.

¹³⁶ CARNEY, T. F., zitiert nach: SAXER, Die Zeitung als politische Sozialisationsinstanz, S. 21.

¹³⁷ Die Presse hat im allgemeinen Sprachgebrauch verschiedene Bedeutungsinhalte. Als Presse bezeichnet man auch eine Presse im mechanischen Sinn, Personen, die sich an der inhaltlichen und technischen Herstellung von Presseerzeugnissen beteiligen, die Presse als Institution und – wie erwähnt – die Presseerzeugnisse. (RIKLIN, Franz, Schweizerisches Presserecht, Bern 1996, S. 2. Nachstehend zitiert als: RIKLIN, Schweizerisches Presserecht.)

¹³⁸ Ebenda, S. 5.

¹³⁹ Man denke zum Beispiel an die Entstehung des *Vaterlands*. Siehe: Kapitel „2.4.2 Die politischen Milieus und ihre Printmedien“.

Parteien¹⁴⁰. Als Quintessenz lässt die Interpretation der Artikel Rückschlüsse auf das jeweilige politische Milieu zu, bedingt gleichzeitig aber auch, dass bereits bei der Auswahl der Zeitungen auf eine ausgewogene politische Verteilung geachtet werden muss. Zweitens waren im Untersuchungszeitraum (Chef-)Redakteure oft auch Politiker, so dass sich diese beiden Funktionen häufig vermischten. Diese Verflechtung sorgte somit für eine hohe Durchlässigkeit der Versammlungs- und medialen Öffentlichkeit. Sekundär sind weitere Aspekte für die Zeitung als Quelle von Bedeutung: Mit der Industrialisierung und wirtschaftlichen Entwicklung kam mit dem bezahlten Inseratenteil ein kommerzielles Element hinzu, was zwar einerseits zu neuen Einnahmequellen führte, andererseits zu einer gewissen Abhängigkeit von Inserenten und zur Einwirkung derselben auf die redaktionelle Arbeit führen konnte. Ebenso kam es zu einer zunehmenden Bedeutung der Nachrichtenagenturen. Sofern die Zeitungen keine eigenen Korrespondenten beschäftigten, kann dieser Umstand auch die Gefahr der Gleichschaltung der Informationen in sich bergen.¹⁴¹ Ein relevanter Aspekt ist auch die Pressefreiheit beziehungsweise die Zensur. Die Pressefreiheit wurde in Artikel 45 der Bundesverfassung von 1848 garantiert. Etwaiger Missbrauch wurde der kantonalen Gesetzgebung unterstellt; die erforderlichen kantonalen Bestimmungen bedurften allerdings der Genehmigung des Bundesrates. Zusätzlich behielt sich der eidgenössische Staat vor, Strafbestimmungen gegen den Missbrauch der Pressefreiheit zu erlassen, sofern diese gegen die Schweiz und ihre Behörden gerichtet war. Die revidierte Bundesverfassung von 1874 übernahm besagten Artikel ohne Änderung als Artikel 55.¹⁴² Aufgrund der bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts garantierten Pressefreiheit sind schweizerische Zeitungen als Quellen von besonderem Interesse. Die Zensur hinsichtlich der Bundesbehörden ist für diese Studie weitgehend irrelevant.¹⁴³

Für die vorliegende Studie wurden die Quellen – nachdem sie die oben erwähnten Kriterien für eine Zeitung erfüllt haben – nach weiteren, der Problematik der Zeitungen als Quelle gerecht werdenden Kriterien ausgewählt: Erstens wurde darauf geachtet, dass die politische Richtung der Zeitungen möglichst das gesamte Spektrum abdecken. Zweitens sollte eine Zeitung – sofern möglich – über die gesamte Zeitdauer erschienen sein.¹⁴⁴ Und drittens war eine mehr oder weniger ausgewogene regionale Verteilung massgeblich, das

¹⁴⁰ IMHOF, Öffentlichkeit als historische Kategorie, S. 19.

¹⁴¹ RIKLIN, Schweizerisches Presserecht, S. 13.

Für die vorliegende Arbeit ist diese Problematik vor allem hinsichtlich der Tagesberichte relevant. Es wird ihr gebührend Rechnung getragen.

¹⁴² LUDWIG, Carl, Schweizerisches Presserecht, Basel 1964, S. 70.

¹⁴³ Eine Ausnahme bildet die Berichterstattung über den Tonhallekrawall im Jahre 1871 in Zürich. Die Bundesbehörden mahnten die Presse zur Zurückhaltung. Siehe: Fussnote Nr. 279.

¹⁴⁴ Die katholisch-konservative, französischsprachige Zeitung *La Liberté* erfüllt das Kriterium der Erscheinungsdauer nicht. Die *Liberté* wurde erst kurz nach dem deutsch-französischen Krieg gegründet. Das Blatt ist jedoch für sein Milieu massgebend, so dass ich mich für dessen Analyse entschieden habe; zumal sind für das entsprechende Milieu andere französischsprachige Organe über die gesamte Untersuchungsperiode nicht vorhanden.

heisst es sollten möglichst alle Regionen der Schweiz berücksichtigt werden.¹⁴⁵ Entsprechend dieser Kriterien wurden folgende (Tages-)Zeitungen ausgewählt:

- *Neue Zürcher Zeitung* (Zürich/liberal; ab 1894: freisinnig-demokratisch)
- *Gazette de Lausanne* (Lausanne/liberal)
- *Der Landbote* (Winterthur/demokratisch)
- *Luzerner Zeitung*, ab 1871: *Das Vaterland* (Luzern/katholisch-konservativ)
- *La Liberté* (Fribourg/katholisch-konservativ)
- *Die Tagwacht* beziehungsweise *Arbeiterstimme* (Zürich/sozialdemokratisch)
- *Der Grütli* (Bern, Winterthur, Chur, Zürich/Interessen des Grütliverein)

Der Freisinn mit den drei Richtungen Liberalismus, Radikalismus und Demokrismus¹⁴⁶ wird durch die ausgewählten Zeitungen weitgehend abgedeckt.¹⁴⁷ Sowohl die *Neue Zürcher Zeitung* für die deutschsprachige Schweiz als auch die *Gazette de Lausanne* für die französischsprachige Schweiz waren freisinnige Blätter von nationaler Bedeutung. Wenn auch die nationale Bedeutung des demokratischen *Landboten* geringer war, gelang es ihm dennoch, sich auch ausserhalb des Kantons Zürich Gehör zu verschaffen und auch teilweise für sein politisches Milieu nationale Bedeutung zu erringen. Durch die *Luzerner Zeitung* respektive *Das Vaterland* ist das führende katholisch-konservative Organ der deutschsprachigen Schweiz vertreten, das weit über die Innerschweiz Bedeutung erlangte. Auch die *Liberté* konnte sich ausserhalb des Kantons gut behaupten und nahm für die sie vertretende politische Richtung innerhalb der französischsprachigen Schweiz eine führende Stellung ein.¹⁴⁸ Ein nationales Organ respektive ein Organ mit nationaler Bedeutung der Sozialdemokratie gab es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht. Mit der *Tagwacht* respektive durch ihre Nachfolgerin, die *Arbeiterstimme*, sowie dem der Sozialdemokratie nahestehenden, wenn auch primär eigene Interessen vertretenden *Grütli* ist dieses politische Milieu aber ebenfalls repräsentativ vertreten, da die Organe wenn auch keine nationale so doch eine deutlich überregionale Bedeutung hatten.¹⁴⁹ Die massgebenden politischen Milieus der zweiten

¹⁴⁵ Auf Zeitungen aus dem Tessin wurde verzichtet, da diese für die Rezeption der deutschen beziehungsweise französischen Ereignisse für die vorliegende Fragestellung nicht relevant sind. Ihr Beitrag muss als zu gering eingestuft werden.

¹⁴⁶ Die historisch gewordenen Parteibezeichnungen stammen aus dem 19. Jahrhundert.

¹⁴⁷ Es fehlt lediglich ein Organ der radikalen Richtung. Aufgrund des nahen Verwandtschaftsgrades der politischen Richtungen innerhalb des Freisinns, und weil ein radikales Organ mit ausserkantonaler Reichweite über die gesamte Untersuchungsperiode fehlt, habe ich auf die Analyse eines regionalen, radikalen Blattes (zum Beispiel *Le (petit) Genevois*) verzichtet.

¹⁴⁸ Nicht vertreten bei dieser Auswahl sind die reformierten Konservativen. Da es ihnen nie gelungen ist, eine gesamtschweizerische, dauerhafte politische Organisation ins Leben zu rufen (GRUNER, Erich, *Die Parteien in der Schweiz*, Bern 1977 (zweite, neu bearbeitete und erweiterte Auflage), S. 122. Nachstehend zitiert als: GRUNER, *Die Parteien in der Schweiz.*) und ihre Bedeutung in der nationalen Politik als eher gering einzustufen ist, verzichte ich darauf, ein ihr nahestehendes Organ zu analysieren.

¹⁴⁹ Da sowohl der *Grütli* als auch die *Tagwacht* respektive die *Arbeiterstimme* dem aussenpolitischen Geschehen mit Ausnahme von sozialpolitischen Problemen nur geringe

Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Schweiz sind mit dieser Auswahl somit repräsentativ vertreten. Der sekundären Analyse der Differenzen beziehungsweise der Übereinstimmungen zwischen deutsch- und französischsprachiger Schweiz wird mit den beiden Organen *Gazette de Lausanne* und *La Liberté* Rechnung getragen.

2.4.2 Die politischen Milieus und ihre Printmedien

In der Ära der Parteipresse wurde die politische Publizistik zum wichtigsten Organ der öffentlichen Meinung; zudem war die Presse ein eigentliches Parteiattribut. Diese Fakten machen es möglich, die ausgewählten Organe als Repräsentanten für ihre jeweiligen politischen Milieus zu analysieren. Weil für die vorliegende Studie primär das politische Milieu von Interesse ist, werden die Zeitungen in der Reihenfolge ihrer politischen Richtung vorgestellt. Zudem wird den Zeitungsporträts eine kurze Erörterung des politischen Milieus vorangestellt. Weil in der Ära der Parteipresse die Verflechtung zwischen Politik und Redaktion von Evidenz ist, wird in einer Fussnote am Ende jedes Zeitungsporträts darauf hingewiesen, ob die Redakteure gleichzeitig auch als Nationalbeziehungsweise Ständeräte amtierten. Dieser Hinweis beschränkt sich auf die nationale Politik, da das lokale politische Engagement eines Redakteurs für die vorliegende Studie nur sekundär von Relevanz ist. Abschliessend muss ich darauf hinweisen, dass ich nur die Periode von 1870 bis zur Jahrhundertwende berücksichtige. Auf die Zeit vor 1870 werde ich lediglich zurückgreifen, sofern dies für das Verständnis für die eigentliche Periode unumgänglich ist; die Zeit nach der Jahrhundertwende wird nicht berücksichtigt.¹⁵⁰

Der Freisinn und seine Presse

Die „freisinnige Grossfamilie“ hat ihre gemeinsame geistige Basis im Bekenntnis zur freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung zur freien, geistigen Meinungsäusserung, also in den Idealen der Aufklärung und der Französischen Revolution. Seine bedeutendste Aufgabe sah der Freisinn darin, aus dem losen Staatenbund eine schweizerische Nation zu schaffen. Jenseits dieser gemeinsamen Basis differierten die verschiedenen Richtungen des Freisinns in ihrer Doktrin. Der Liberalismus befürwortete eine streng repräsentative Demokratie mit Beschränkung des Wahlrechts auf gebildete und besitzende Schichten. Im Interesse dieses gebildeten und wirtschaftlich selbständigen Individuums forderte er eine Beschränkung der staatlichen Macht. Die Liberalen glaubten, dass die von ihnen erstrebte freiheitliche Ordnung nur bestehen könne, wenn der einzelne weder geistig noch wirtschaftlich bevormundet werde, und

Bedeutung zukommen liessen, ist es angebracht, zwei linksorientierte Zeitungen hinzuzuziehen.

¹⁵⁰ Dies gilt auch für die Angaben hinsichtlich der Erscheinungsdauer, der politischen Richtung, der Herausgeber, der Erscheinungsart und des Erscheinungsortes.

wenn das gesellschaftliche Leben keinen andern Schranken unterworfen sei als denen des freien, individuell abgeschlossenen Vertrages. Die geistige Grundlage des Radikalismus bringt Gruner auf eine kurze Formel: Das Volksrecht auf Revolution im Dienste der nationalen Einigung. Drei Postulate bildeten den Kern der radikalen Doktrin: Nationale Einigung, Volksrecht auf Verfassungsrevision und Unabhängigkeit vom Ausland. Zwei weitere programmatische Konstanten bildeten der Antiklerikalismus und der Egalitarismus. Weil die Liberalen die rechtlichen Blockaden, die im Bundesvertrag von 1815 gegen eine eigene Revision eingebaut wurden, nur auf rechtlichem Wege beseitigen wollten, nahm die Forderung nach nationaler Einheit, die im Zentrum der radikalen Doktrin stand, zwangsläufig einen revolutionären Charakter an und trieb deren Anhänger auf den Weg der Illegalität und Gewalt. Der Demokratismus der 1860er Jahre fasste das Gemeinschaftsideal der Demokratie noch schärfer. Man näherte sich somit dem Ideal einer sozialen Demokratie an, die unablässig den jeweils neuen sozialen Verhältnissen angepasst werden musste. Der Demokratismus forderte die Erhebung des Stimmvolkes zur politisch entscheidenden Instanz mit dem Ausbau der bestehenden Demokratie zur reinen Demokratie, mit der Einführung von Referendum und Volksbegehren und der Wahl möglichst aller Behörden durch das Volk. Der direkten Demokratie wurde eine gemeinschaftsbildende Kraft zugeschrieben. Während Liberale, teils auch Radikale davon ausgingen, dass in der repräsentativen Demokratie an und für sich ein Element des sozialen Ausgleichs liege, gaben Demokraten die sozialen Gegensätze in der Industriegesellschaft offen zu. Trotz dieser Differenzen verband die drei Richtungen das gemeinsame Bekenntnis zum nationalen, freiheitlichen Bundesstaat und – in Konsequenz – zu dessen Umsetzung. Die Annahme der Totalrevision der Bundesverfassung im Jahre 1874 bedeutete allerdings lediglich den Minimalkonsens. Nach 1874 suchte jede Richtung ihre eigenen programmatischen Schwerpunkte. Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts trennte man sich endgültig in drei verschiedene Parteien. Die liberale Rechte vertrat nun eine ausgesprochen individualistische, antizentralistische und antietatistische Linie, während die demokratische Linke den Staatssozialismus und die Volksrechte bis in die letzten Konsequenzen ausbauen wollte. Als Mittelpartei etablierte sich die radikale Gruppe, die den Kompromiss zum Hauptgrundsatz erhob.¹⁵¹

*Neue Zürcher Zeitung*¹⁵²

Die am 12. Januar 1780 erstmals, noch unter dem Namen „Zürcher Zeitung“ (der Namenswechsel erfolgte 1821) erschienene *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)* verfolgte unter Peter Felber, Chefredakteur von 1849 bis 1868, innerhalb des freisinnigen Denkens einen klar gegen den radikalen und demokratischen Flügel abgegrenzten liberalen Kurs. Entsprechend bekämpfte sie die Einführung der Referendumsdemokratie auf kantonaler Ebene ebenso wie sie sich später den Erweiterungen der Volksrechte auf nationaler

¹⁵¹ GRUNER, Die Parteien in der Schweiz, S. 73 ff.

¹⁵² *Neue Zürcher Zeitung* als Quelle nachstehend zitiert als: NZZ.

Ebene und dem Proporzwahlrecht entgegenstellte.¹⁵³ Als die Zürcher Wähler im Januar 1868 beschlossen, im Sinne der Demokraten eine Totalrevision der Verfassung einzuleiten, hatte dies auch Folgen für die liberale *NZZ*: Ihre Abonnentenzahl ging stark zurück, der Verleger wollte das Blatt aufgeben. Lediglich durch die Gründung einer Aktiengesellschaft konnten liberale Freunde Felbers das Blatt Orell, Füssli & Co. abkaufen und damit retten.¹⁵⁴ Das Konzept sah nun vor, primär politische Informationen aus dem In- und Ausland zu publizieren und sich mit einschlägigen Börsen- und Wirtschaftsinformationen vermehrt der Wirtschaft anzunähern. Für politische Tagesneuigkeiten aus dem Ausland wurden eigene Korrespondenten beschäftigt. Bereits seit 1855 hatte die *Neue Zürcher Zeitung* einen Korrespondenten in Paris und seit 1865 einen in Florenz. Nach dem Übergang in eine Aktiengesellschaft kamen weitere Korrespondenten hinzu: in Berlin, London und New York und ab 1870 auch in Wien.¹⁵⁵ Ab dem 1. Januar 1870 erschien die *NZZ* zweimal täglich. Die politische Richtung des Organs variierte bis zu Beginn der Ära Walther Bissegger, Chefredakteur von 1885 bis 1915, je nach Chefredakteur – der liberalen Grundhaltung blieb die Zeitung allerdings treu. Nach 1885 lässt sich ein hohes Mass an Kontinuität feststellen: Die Auflage stieg kontinuierlich, die Chefredakteure wechselten selten. Bissegger suchte die Annäherung an die Demokraten. Man verstand sich und den historisch weit gefassten Freisinn nicht als Vertreter von Partikularinteressen, sondern als umfassende „Staats- und Volkspartei“. Gemeinsam sollten deshalb Liberale und Demokraten rechts die konservative Partei und links die Sozialdemokratie zurücklassen. Ganz entschieden verwarf das Blatt die „antinationale“ Klassenkampftheorie und den Antimilitarismus: Beide erschienen als ausländische, deutsche Importe. Dennoch blieb Bissegger weiter für eine Verständigung mit den (schweizerischen) Sozialdemokraten, gerade im Hinblick auf eine umfassende Sozialgesetzgebung, offen.¹⁵⁶

*Gazette de Lausanne*¹⁵⁷

Die im Jahre 1804 erstmals erschienene *Gazette de Lausanne* gehört zu den ältesten Waadtländer Zeitungen. Gemäss Clavien verfolgte das Blatt bis 1874 einen moderaten Kurs: „Le journal a d'abord été la propriété d'un homme qui préfère ne pas s'engager pour éviter les ennuis.“¹⁵⁸ Edouard Secretan beendete diese Phase, als er Ende 1874

¹⁵³ EISNER, Manuel, Politische Sprache und sozialer Wandel. Eine quantitative und semantische Analyse von Neujahrsleitartikeln in der Schweiz von 1840 bis 1887, Zürich 1991, S. 202 f. Nachstehend zitiert als: EISNER, Politische Sprache.

¹⁵⁴ MAISSEN, Thomas, Die Geschichte der NZZ 1780-2005, Zürich 2005, S. 51 f. Nachstehend zitiert als: MAISSEN, Die Geschichte der NZZ.

¹⁵⁵ WISKEMANN, Elizabeth, A Great Swiss Newspaper. The Story of the Neue Zürcher Zeitung, Oxford University Press, London 1959, S. 24.

¹⁵⁶ MAISSEN, Die Geschichte der NZZ, S. 64.

Folgende Redakteure der *NZZ* hatten ein nationales politisches Amt inne (aus: online Datenbank der schweizerischen Parlamentsdienste):

E. Escher: Nationalrat der Liberalen von 1870 bis 1871 und Ständerat von 1863-1869.

W. Bissegger: Nationalrat der FDP von 1905 bis 1915.

¹⁵⁷ *Gazette de Lausanne* als Quelle nachstehend zitiert als: GdL.

¹⁵⁸ CLAVIEN, Alain, Histoire de la Gazette de Lausanne. Le temps du colonel 1874-1917, Vevey 1997, S. 321. Nachstehend zitiert als: CLAVIEN, Histoire de la Gazette de Lausanne.

Redakteur wurde. Sein politisches Engagement führte dazu, dass die Gazette zu einem „arme de combat libérale“¹⁵⁹, zu einem politischen Organ wurde. Im Kulturkampf verhielt sich die *Gazette de Lausanne* allerdings zurückhaltend; man vertrat die These der „libéraux en religion“¹⁶⁰. Zu einem eigentlichen Kurswechsel kam es Anfang der 1880er Jahre. Secretan wurde vom Verwaltungsrat der Zeitung¹⁶¹ angehalten, seinen Kurs zu modifizieren und keine „polémiques cantonales ‚si irritantes‘“ mehr zu publizieren; die Leser „semblent pourtant saturés de ces querelles“.¹⁶² Secretan ging entsprechend dazu über, Artikel mit mehr allgemeinem Interesse zu publizieren; die politische Richtung wurde aber beibehalten. Dieser Strategiewechsel spiegelte sich auch in den Auflagenzahlen. Während diese lange bei 4000 Exemplaren stagnierten (1874: 3000; 1893: 4500), konnten sie Ende der 1890er Jahre endlich erhöht und bis 1901 allmählich auf 6500 Exemplare gesteigert werden.¹⁶³

*Der Landbote*¹⁶⁴

Der *Landbote* wurde 1836 als liberales Wochenblatt der Zürcher Landschaft in Winterthur gegründet. Das Motiv der Gründer war deutlich: Die Zürcher Landschaft sollte ein Publikationsorgan erhalten, das dem Kampf um die Rechtsgleichheit zwischen der Landschaft und der Stadt Zürich dienen würde.¹⁶⁵ Im Jahre 1860 übernahm Salomon Bleuler die Redaktion; ein Jahr später erwarb er auch die Verlagsrechte, so dass Drucker und Herausgeber vereinigt waren. Unter Bleulers Redaktion (1860 bis 1886) wurde der *Landbote* zum führenden Organ der Demokratischen Bewegung mit nationaler Bedeutung und zum Organ der kantonalen Demokratischen Partei. Wichtige Mitredakteure waren von 1866 bis 1870 Friedrich Albert Lange und ab 1877 Gottlieb Ziegler. Nach dem Tode Bleulers im Jahre 1886 übernahm Gottlieb Ziegler das Geschäft¹⁶⁶, das wiederum nach dessen Tod 1898 von Oskar Huber übernommen wurde, der bereits ab 1890 im Impressum des Blattes als verantwortlicher Redakteur erschien.¹⁶⁷ Die Zeitung blieb ihrem Credo seit den 1860er Jahren treu: Ein Kampfblatt der Demokraten und ein wachsamer Förderer sozialer Reformen zur „Entlastung gedrückter Volksklassen“.¹⁶⁸ Obwohl in Winterthur verankert und weitgehend als Lokalblatt konzipiert, gelang es dem *Landboten*,

¹⁵⁹ Ebenda, S. 11.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 37.

¹⁶¹ Als Herausgeber fungierte zu dieser Zeit (bis 1928) eine „Société suisse de Publicité“, die die „Société de la Gazette de Lausanne“ (1850-1880) kurz zuvor abgelöst hatte.

¹⁶² CLAVIEN, Histoire de la Gazette de Lausanne, S. 61.

¹⁶³ Ebenda, S. 150.

Für die Redakteure der GdL sind keine nationalen politischen Ämter bekannt.

¹⁶⁴ Der *Landbote* als Quelle nachstehend zitiert als: LB.

¹⁶⁵ O.A., Der *Landbote* 1836-1986. 150 Jahre mitten im Leben, Winterthur 1987, S. 12. Nachstehend zitiert als: Der *Landbote*.

¹⁶⁶ BÜRGI, Markus, Der *Landbote*, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 14.10.2005, URL: <http://www.dhs.ch/externe/protect/textes/d/D24775.html>.

¹⁶⁷ Der *Landbote*, S. 20.

¹⁶⁸ Ebenda, S. 16.

sich auch ausserhalb der Zürcher Landschaft als führendes Organ der Demokratischen Bewegung mit nationaler Bedeutung Gehör zu verschaffen.¹⁶⁹

Die Katholisch-Konservativen und ihre Presse

Katholische (und auch reformierte) Konservative traten für ihren historisch gewordenen kirchlichen Glauben und für die Erhaltung des föderalistischen Grundmusters der Eidgenossenschaft gegen Zentralismus und Laizismus ein.¹⁷⁰ Nach der Niederlage im Sonderbundskrieg wurde das katholisch-konservative Milieu in eine Art Ghettozustand versetzt. Die nachfolgende Entwicklung bis zur Jahrhundertwende unterteilt Gruner in drei Etappen:¹⁷¹ In der ersten Etappe ging es primär darum, nach der Bundesstaatsgründung 1848 die katholisch-konservativen Kreise aus ihrer Resignation zu lösen. Diese Lähmung konnte Anfang der 1870er Jahre überwunden werden, denn der Ausbruch des Kulturkampfes stellte die katholisch-konservativen Kreise vor neue Herausforderungen. Man leistete dem Zentralismus und dem Antiklerikalismus heftigen Widerstand; die Krönung, die Bildung einer gesamtschweizerischen Partei, blieb ihnen allerdings versagt.¹⁷² Entsprechend erscheint die zweite Etappe von 1870 bis zur Jahrhundertwende als Zeit hoffnungsvoller, aber ergebnisloser Ansätze. Erst in der dritten Etappe (nach der Jahrhundertwende) konnten die gesteckten Ziele erreicht werden.¹⁷³ Altermatt differenziert: Nach 1848 schlugen die Katholisch-Konservativen zur Erneuerung ihrer politischen Machtpositionen zwei Wege ein: Erstens eroberten sie die politische Herrschaft in den alten katholischen Stammlanden zurück und zweitens nutzten sie die in der ganzen Eidgenossenschaft verfassungsmässig gewährleistete Presse- und Vereinsfreiheit aus und bauten das katholisch-demokratische Vereins-, Partei- und Zeitungswesen wieder auf.¹⁷⁴ Und: Der Wandel von ideologisch-weltanschaulichen Konflikten zu wirtschaftlich-sozialen Problemen führte schliesslich zur Versöhnung zwischen den beiden alten politischen Protagonisten in der Schweizer Politik: den

¹⁶⁹ Folgende Redakteure des *Landboten* hatten ein nationales politisches Amt inne (aus: online Datenbank der schweizerischen Parlamentsdienste):

S. Bleuler: Nationalrat der Demokraten von 1869 bis 1884.

G. Ziegler: Nationalrat der Demokraten von 1871 bis 1877.

¹⁷⁰ GRUNER, Die Parteien in der Schweiz, S. 103.

¹⁷¹ Altermatt nimmt in seiner Monographie eine geringfügig andere Unterteilung vor: 1848-1885: die vereinsmässigen und parteipolitischen Sammlungsbestrebungen der Schweizer Katholiken; 1885-1899: die Emanzipation der Diaspora als Antriebsfaktor neuer Organisationsversuche der Schweizer Katholiken; 1899-1912: der Durchbruch zur Einigung. (ALTERMATT, Urs, Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto. Die Entstehungsgeschichte der nationalen Volksorganisation im Schweizer Katholizismus 1848-1919, Zürich 1991 (zweite, erweiterte Auflage). Nachstehend zitiert als: ALTERMATT, Der Weg der Schweizer Katholiken.)

¹⁷² 1882 konstituierte sich zwar die katholisch-konservative Fraktion der Bundesversammlung durch ein besonderes Reglement und Programm. Sie war aber innerlich nicht gefestigt, obwohl sie nach aussen den Anschein grosser Geschlossenheit machte. (GRUNER, Die Parteien in der Schweiz, S. 109.)

¹⁷³ Ebenda, S. 104 f.

¹⁷⁴ ALTERMATT, Der Weg der Schweizer Katholiken, S. 37 f.

Für die vorliegende Studie ist die Entstehung einer leistungsfähigen, geistig hochstehenden Presse relevant: *Das Vaterland* (1871) und *La Liberté* (1871).

Radikal-Liberalen und den Katholisch-Konservativen. Der Ausbau der Volksrechte, der schweizerische Integrationsprozess und die Auflockerung der Frontstellungen zwischen den Freisinnigen und den konservativen Katholiken zeigten Rückwirkungen im schweizerischen Katholizismus und führten zur Anpassung des katholisch-konservativen Organisationswesens an die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen.¹⁷⁵

*Luzerner Zeitung / Das Vaterland*¹⁷⁶

Im Jahre 1833 gaben die Gebrüder Alois und Heinrich Räber, Buchdrucker in Luzern, die Vorgängerin des *Vaterlands*, die *Luzerner Zeitung*, zum ersten Mal heraus. Im Sonderbundskonflikt 1847 wurde das Blatt zu einem der wichtigsten Organe der antieidgenössischen Interessen. Nach dem Sieg der liberalen Stände versuchten deren Anhänger, das weitere Erscheinen der Zeitung zu verhindern, was vorerst auch gelang. Erst Ende 1848 wagten die früheren Herausgeber mit einer Probenummer zu einer neuen *Luzerner Zeitung* wieder an die Öffentlichkeit zu treten. Erneut wurde die entschieden konservative Haltung des Blattes ausdrücklich betont.¹⁷⁷ Der Sieg der Konservativen bei den Grossratswahlen im Mai 1871 wertete die *Luzerner Zeitung* als persönlichen Sieg, verstand sie sich doch als Hauptorgan der katholisch-konservativen Bewegung. Nach dem Wahlsieg wuchs das Bedürfnis nach einem repräsentativen, konservativen schweizerischen Zentralorgan. Eisner weist zusätzlich darauf hin, dass das Gründungsdatum im Gefolge des Ersten Vatikanischen Konzils zu sehen ist, das den Wunsch bei den Katholiken entfachte, sich vermehrt politisch zu organisieren.¹⁷⁸ Am 1. Oktober 1871 erschien als Nachfolgerin der *Luzerner Zeitung* zum ersten Mal das *Vaterland*. Der Untertitel machte zugleich das Konzept deutlich: „Konservatives Zentralorgan für die deutsche Schweiz“.¹⁷⁹ Der im Untertitel fehlende Hinweis auf das „Katholische“ als zweite Komponente der politischen Ausrichtung äusserte die ursprüngliche Hoffnung auf eine politische Brücke zu den konservativen Protestanten.¹⁸⁰ Als Herausgeber, und auch als Drucker, fungierten zunächst die Gebrüder Räber, später Räber & Cie. Die Chefredaktion war bis zur Jahrhundertwende gelegentlichen Wechseln unterworfen: Zu Beginn zeichneten der Chorherr Vinzenz Kreyenbühl (bis 1882) und der spätere Solothurner Landammann und Nationalrat Franz J. Hänggi (bis 1873) gemeinsam. Für die vorliegende Studie ist vor allem Redakteur Gustav Fischer, ein Berufsjournalist, von Interesse, der ab 1. November 1878 während 42 Jahren den

¹⁷⁵ Ebenda, S. 97 f.

¹⁷⁶ *Luzerner Zeitung* beziehungsweise *Das Vaterland* als Quellen nachstehend zitiert als: LZ beziehungsweise VA.

¹⁷⁷ BOESCH, Walter, Zur Geschichte der politischen Presse im Kanton Luzern von 1848-1914, Dissertation Universität Zürich, Zürich 1931, S. 102 f. Nachstehend zitiert als: BOESCH, Zur Geschichte der politischen Presse.

¹⁷⁸ EISNER, Politische Sprache, S. 200.

¹⁷⁹ Bis Ende Jahr hatte die Zeitung noch folgenden Zusatz im Titel: „Bis Neujahr Fortsetzung der ‚Luzerner Zeitung‘“.

¹⁸⁰ EISNER, Politische Sprache, S. 200.

Auslandteil leitete. Boesch attestiert ihm Wissen und Beobachtungsgabe, erwähnt gleichzeitig aber auch seine Voreingenommenheit und seinen Mangel an Diplomatie.¹⁸¹

*La Liberté*¹⁸²

War das *Vaterland* das katholische Hauptorgan der Deutschschweiz, kann die *Liberté* als Pendant für die französischsprachige Schweiz bezeichnet werden. Das Leitmedium der katholisch-konservativen Presse der Romandie wurde am 1. Oktober 1871 gegründet; als Herausgeber fungierte ein „Oeuvre de St-Paul“¹⁸³. Die Gründer waren der Ansicht, dass die Katholiken der Romandie eine Plattform erhalten müssten, wo sie den tendenziösen Artikeln anderer Presseorgane gegen die (katholische) Kirche und deren Institutionen eine entsprechende Antwort geben konnten. Zumal war man der Meinung, dass aufgrund dieser fehlenden (katholischen) Konkurrenz die protestantischen Blätter sich mehr Gehör verschaffen konnten.¹⁸⁴ Um deutlich zu machen, dass die Kirche an sich, und nicht nur der Katholizismus im Vordergrund stand, wurde bereits ab dem 28. August 1872 der ursprüngliche Untertitel „journal catholique quotidien“ aufgegeben und stattdessen „journal quotidien politique et religieux“ verwendet. Die Auflage konnte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kontinuierlich gesteigert werden. Startete das Blatt 1871 mit einer Auflage von 980 Exemplaren, waren es im Jahre 1900 bereits 3100 Exemplare.¹⁸⁵ Von 1871 bis 1903 amtierte Mamert Soussens als Chefredakteur; Pie Philipona blieb weitgehend im Hintergrund.¹⁸⁶ Das Blatt befasste sich trotz seinem eher kleinräumigen Erscheinungsort Fribourg während der ersten 25 Jahre intensiv mit Ereignissen in Deutschland, Frankreich und Italien und deren Auswirkungen auf die Schweiz, und zwar um seinen Lesern „une large vision de la conjuration contre l'Eglise“ aufzuzeigen.¹⁸⁷

Die Sozialdemokraten und ihre Presse

Die Geschichte der schweizerischen Sozialdemokratie ist von der Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts von einer vom internationalen Sozialismus nur mittelbar beeinflussten, demokratischen, nicht klassenkämpferischen Phase geprägt. Die ersten sozial-

¹⁸¹ BOESCH, Zur Geschichte der politischen Presse, S. 119 f.
Folgende Redakteure des *Vaterland* hatten ein nationales politisches Amt inne (aus: online Datenbank der schweizerischen Parlamentsdienste):
F. J. Hänggi: Nationalrat der Konservativen von 1899 bis 1908.
J. Winiger: Ständerat der Konservativen von 1897 bis 1929.

¹⁸² *La Liberté* als Quelle nachstehend zitiert als: LIB.

¹⁸³ Bibliographie der Schweizer Presse mit Einschluss des Fürstentums Liechtenstein, Bearbeitet von Fritz BLASER, Zwei Halbbände, Basel 1956 und 1958, S. 615. Nachstehend zitiert als: Bibliographie der Schweizer Presse.

¹⁸⁴ *La Liberté en son premier siècle, 1871-1971*, Contributions de Roger POCHON, Véronique PASQUIER, Marie-Josèphe LUISIER, Gilbert GRAND et Denis BUCHS, Sous la direction de Roland RUFFIEUX, Fribourg (Suisse) 1975, S. 12.

¹⁸⁵ Ebenda, S. 69 f.

¹⁸⁶ Ebenda, S. 86.

¹⁸⁷ Ebenda, S. 51.

Für die Redakteure der *Liberté* sind keine nationalen politischen Ämter bekannt.

demokratischen Parteien tauchten in der Schweiz um die Mitte des 19. Jahrhunderts auf. Die fließenden Übergänge machen eine klare Unterscheidung zwischen Radikalen, Demokraten und Sozialdemokraten noch äusserst schwierig. Die Erste Internationale löste eine zweite Welle von Parteigründungen aus; für die Schweiz fällt diese in die 1870er Jahre. Nach wie vor ist eine deutliche Unterscheidung zwischen der linksradikalen, demokratischen und sozialdemokratischen Richtung fast unmöglich. Erschwert wird diese Unterscheidung durch das Ineinanderfließen von gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher und politischer Bewegung sowie durch die enge organisatorische Verbindung von Ausländern und Schweizern. Entsprechend verschwinden die zahlreichen sozialdemokratischen Formationen in den einzelnen Kantonen und auf gesamtschweizerischer Ebene fast alle um 1880 wieder oder fristeten ein kaum beachtetes Dasein.

Die erste sozialdemokratische Partei wurde 1870 in Zürich von Hermann Greulich gegründet; sie war nur von kurzer Lebensdauer. Lediglich ihr Organ, die von Greulich redigierte *Tagwacht*, bewahrte bis zu ihrem Eingehen 1880 eine gewisse Kontinuität. 1873 verdichteten sich schliesslich die Anstrengungen zur Gründung einer gesamtschweizerischen Partei in einem wenig glücklich zusammengefügt Zwittergebilde, dem Ersten Schweizerischen Arbeiterbund. Halb gewerkschaftlicher Dachverband, halb politische Partei löste er sich aber bereits im Jahre 1880 wieder auf. Somit war der Weg frei für zwei streng getrennte Organisationen, den Schweizerischen Gewerkschaftsbund und die zweite gesamtschweizerische sozialdemokratische Partei. Bereits im Jahre 1888 kam es zur dritten Auflage der sozialdemokratischen Partei.

Die typisch schweizerische Organisationsform, in der sich der grössere Teil der schweizerischen Arbeiterschaft damals politisch betätigte, war der schweizerische Grütliverein.¹⁸⁸ Der Grütliverein wurde 1838 als Diskussionsverein in Genf gegründet; er übernahm wesentliche Elemente der Infrastruktur vom Deutschen Arbeiterverein in Genf, die für die wandernden Handwerksgesellen in der Fremde attraktiv waren: Lokal, Bibliothek, Zeitungen und Unterricht; die Schulung diente dem Erreichen der Unabhängigkeit als Handwerksmeister und Bürger. Nach der Totalrevision der Bundesverfassung im Jahre 1874 musste die politische Orientierung des Grütlivereins neu überdacht werden. Die Klassenharmonie im Verein war bedroht; der Konflikt entzündete sich an der Stellung gegenüber den Arbeiterorganisationen. Der Grütliverein näherte sich programmatisch der Sozialdemokratie an, doch der Versuch, ihn in den Arbeiterbund einzugliedern, scheiterte. 1878 gab er dennoch zusammen mit dem Arbeiterbund ein gemeinsames sozialdemokratisches Programm heraus. Im Jahre 1890 wurde der Höchststand mit 16391 Mitgliedern erreicht; anschliessend folgte der kontinuierliche Rückgang des Vereins.¹⁸⁹ 1901 fusionierte der Grütliverein mit der Sozialdemokratischen Partei, behielt jedoch die selbständige Organisation bei.

¹⁸⁸ GRUNER, Die Parteien in der Schweiz, S. 127 ff.

¹⁸⁹ Bibliographie der Schweizer Presse, S. 9.

*Die Tagwacht / Arbeiterstimme*¹⁹⁰

Die *Tagwacht* erschien erstmals am 11. Dezember 1869. Die von Hermann Greulich redigierte Zeitung erschien jedoch lediglich bis 1880. Mit der Zeitungsgründung einhergegangen war die Gründung der ersten Sozialdemokratischen Partei in Zürich, der jedoch, wie bereits erwähnt, eine nur sehr kurze Lebensdauer beschieden war. Als Herausgeber der *Tagwacht* zeichneten die Sozialdemokratische Partei und der Allgemeine Gewerkschaftsbund. Die Erscheinungsart variierte: die *Tagwacht* erschien manchmal nur einmal, dann wieder zweimal wöchentlich. Als Nachfolgerin der am 25. Dezember 1880 eingegangenen *Tagwacht* wurde ab 1. Januar 1881 die *Arbeiterstimme* herausgegeben. Der Erscheinungsort war wiederum Zürich, die Herausgeber wiederum diesselben und auch die Erscheinungsart nach wie vor variabel. Als Redakteure fungierten nun gleich mehrere Personen: Hermann Greulich, August Herter, Conrad Conzett, Robert Seidel, Dr. H. Schmidt und Ferdinand Thies.¹⁹¹ Die Bedeutung der beiden Zeitungen ist vor dem Hintergrund der Versuche zu sehen, eine gesamtschweizerische sozialdemokratische Partei zu gründen. Da dies bis zur Jahrhundertwende nicht gelang, und somit in der Öffentlichkeit die Sozialdemokratie wenig wahrgenommen wurde, muss davon ausgegangen werden, dass die Organe *Tagwacht* und *Arbeiterstimme* nur in den Kreisen der Sozialdemokratie Resonanz fanden. Es kann daher nicht von einer nationalen Ausstrahlung gesprochen werden. Für die vorliegende Studie ist allerdings primär das politische Milieu der Sozialdemokratie als eine wichtige politische Richtung in der Schweiz von Relevanz, so dass die mangelnde nationale Resonanz der beiden Zeitungen in diesem Fall als sekundär einzustufen ist. Zu beachten ist, dass beide Zeitungen ihre Berichterstattung weitgehend auf nationale Gegebenheiten beschränkten; entsprechend Ereignisse internationaler Reichweite lediglich sekundär behandelt wurden.¹⁹²

*Der Grütli*¹⁹³

Der *Grütli* erschien erstmals am 1. Oktober 1851.¹⁹⁴ Sowohl die Erscheinungsart als auch der Erscheinungsort variierten während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Das Organ wurde teilweise vierzehntäglich, teilweise einmal, zweimal beziehungsweise dreimal wöchentlich und sowohl in Basel als auch in Luzern, Bern, Winterthur, Chur und Zürich herausgegeben. Als Herausgeber fungierten zuerst die Drucker selbst, ab 1889 der Schweizerische Grütliverein. Für die Untersuchungsperiode zeichneten folgende

¹⁹⁰ Die *Tagwacht* beziehungsweise *Arbeiterstimme* als Quellen nachstehend zitiert als: TW beziehungsweise AS.

¹⁹¹ Bibliographie der Schweizer Presse, S. 83 f.

¹⁹² Folgender Redakteur der *Tagwacht* respektive der *Arbeiterstimme* hatte ein nationales politisches Amt inne (aus: online Datenbank der schweizerischen Parlamentsdienste): H. Greulich: Nationalrat der SPS von 1902 bis 1905 und von 1908 bis 1925.

¹⁹³ Der *Grütli* als Quelle nachstehend zitiert als: GRÜT.

¹⁹⁴ Das französischsprachige Pendant erschien erstmals 1862 (bis 1871) und danach von 1888-1943. (MÜLLER, Felix, Grütliverein, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 27.5.2005, URL: <http://www.dhs.ch/externe/protect/textes/d/D17397.html>.)

Redakteure verantwortlich: Johann Jakob Allemann (1865-1872), Salomon Bleuler (1873-1878; gleichzeitig Herausgeber und Redakteur des *Landboten*), Albert Hohl (1878), Johann Jakob Vogelsanger (1878-1892), Conrad Konzett (1892-1893; gleichzeitig Redakteur der *Arbeiterstimme*) und Hans Mettler (1893-1900). Die politische Richtung als eigentliches Vereinsorgan war vorgegeben: Der *Grütli*aner vertrat die Interessen des Grütlivereins, der, wie bereits erwähnt, die typisch schweizerische Organisationsform darstellte, in der sich der grössere Teil der schweizerischen Arbeiterschaft damals politisch betätigte. Mit über 10000 Mitgliedern beherrschte der Grütliverein bis Ende des 19. Jahrhunderts die politische Linke. 1878 hiess der Grütliverein zwar das „Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“ gut, lehnte aber den Zusammenschluss mit dem alten Schweizerischen Arbeiterbund zur gemeinsamen Partei ab. Eine Nähe zur Sozialdemokratie kann dem Grütliverein nicht abgesprochen werden.¹⁹⁵ Auch beim *Grütli*aner gilt, dass sich die Berichterstattung weitgehend auf nationale Gegebenheiten beschränkte.¹⁹⁶

2.5 Das Wechselverhältnis von Nation, nationaler Identität, politischer Öffentlichkeit und Printmedien

Die Termini Nation beziehungsweise nationale Identität, Öffentlichkeit und Medien stehen in einem Wechselverhältnis, welches sich durch differierende Interdependenzen und in unterschiedlicher Intensität auszeichnet. Ich versuchte bisher darzulegen, dass

- die Medien beziehungsweise in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die politische Presse als Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft auftraten und somit politische Öffentlichkeit auf Dauer herstellten;
- aufgrund der Bedeutung der Presse für die politische Öffentlichkeit diese direkt das Konzept Nation Schweiz mitkonzipierte;
- das Konzept Nation Schweiz nicht nur aufgrund symbolischer Angebote wie zum Beispiel historischer Festspiele plausibilisiert und durch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen decodiert, sondern auch durch die Presse kommuniziert und transformiert wurde;
- die durch die Presse vermittelte Diskussion über nationale Identität im Sinne eines kollektiven Bewusstseins die Nation als vorgestellte politische Gemeinschaft konstruierte.

Diese Aspekte zeigen die Funktion der Presse als zentrales Element der politischen Öffentlichkeit für die Konstruktion der Nation beziehungsweise der nationalen Identität.

¹⁹⁵ GRUNER, Die Parteien in der Schweiz, S. 129 f.

¹⁹⁶ Folgende Redakteure des *Grütli*aner hatten ein nationales politisches Amt inne (aus: online Datenbank der schweizerischen Parlamentsdienste):
S. Bleuler: siehe Fussnote Nr. 169.
J. J. Vogelsanger: Nationalrat der SPS von 1890 bis 1905.

Die anschliessend genannten Punkte sind für die vorliegende Studie von besonderer Relevanz:

- Die Nation Schweiz setzt die Existenz einer Gesellschaft mit einem Bewusstsein ihrer selbst voraus. Dies lässt sich jedoch nur durch Öffentlichkeit gewinnen und erhalten. Dieser Prozess der Konstruktion einer nationalen Identität (und im Sinne eines kollektiven Bewusstseins der Nation Schweiz) geschieht auch mit Bezug auf beziehungsweise in Distinktion gegenüber aussen. In der (politischen) Öffentlichkeit wird entsprechend (auch) verhandelt, wie das Konzept Nation Schweiz definiert wird und wie es sich von anderen Konzepten absetzt.
- Die Presse erhält in diesem Prozess eine wichtige Funktion: Sie entscheidet, welche Ereignisse mit Bezug auf Deutschland und/oder Frankreich wie kommuniziert werden und beeinflusst ihre Rezeption.
- Die Diskussion von Schlüsselereignissen im „nation-building“-Prozess Deutschlands und Frankreichs beeinflusst das kollektive Bewusstsein und entsprechend auch die nationale Identität der Schweiz.

2.6 Schlüsselereignisse

Die Erfassung des diskontinuierlichen Wandels der kollektiven, nationalen Identität geschieht anhand von Schlüsselereignissen in Deutschland und Frankreich. In Bezug auf die hier untersuchten Schlüsselereignisse ist eine erhöhte Aufmerksamkeit auf diese und die damit verbundenen Diskussionen um nationale Identität in Deutschland und in Frankreich zu erwarten. Dabei ist es empirisch offen, ob die in der Diskussion der Schlüsselereignisse artikulierten Konzepte nationaler Identität Deutschlands und Frankreichs als Vorbild oder als Bedrohung interpretiert wurden.

Im allgemeinen Sprachgebrauch gelten Schlüsselereignisse als ausserordentliche Ereignisse, die aufgrund ihrer vermeintlichen Bedeutung als einzigartig und nachhaltig wahrgenommen werden. In kommunikationstheoretischer Hinsicht haben Schlüsselereignisse folgende Fähigkeiten:

- sie konzentrieren die Aufmerksamkeit auf einen bestimmten Vorgang beziehungsweise ein soziales Problem;
- anhand dieser Schlüsselereignisse bilden sich neue Deutungsmuster aus, die die Wahrnehmung der Welt nachhaltig verändern;
- und sie prägen die politische Kommunikation so, dass ein Handlungsdruck auf das politische System entsteht. Dieser Handlungsdruck kann gegebenenfalls zur

Schaffung neuer Gesetze oder zur Veränderung von Institutionen respektive zur Schaffung neuer Institutionen führen.¹⁹⁷

Alle von mir ausgewählten und als Schlüsselereignisse bezeichneten Ereignisse entsprechen der Definition im allgemeinen Sprachgebrauch. Ob diese auch in kommunikationstheoretischer Hinsicht als Schlüsselereignisse in der schweizerischen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden, wird die vorliegende Studie zeigen.

Für die vorliegende Studie habe ich die Schlüsselereignisse nach folgenden Kriterien ausgewählt:

- Sie müssen entweder mit Deutschland oder mit Frankreich oder auch mit beiden Nationen in direktem Zusammenhang stehen. Ob die Schweiz in das jeweilige Ereignis direkt oder nur als Zuschauerin involviert war, ist nicht relevant.
- Die Schlüsselereignisse müssen die Frage der Nation, des Nationalismus oder der nationalen Identität in Deutschland und/oder in Frankreich betreffen, das heisst diese Ereignisse waren im Prozess der Konstruktion nationaler Identität dieser beiden Staaten zentral.
- Das Ereignis wurde als komplexe Sequenz von Handlungen definiert, so auch das Schlüsselereignis. Somit kann es sich sowohl um ein Schlüsselereignis, das sich über einen kurzen Zeitraum abspielt, als auch um ein solches handeln, das sich über mehrere Jahre erstreckt.

Diese Kriterien bedürfen der weiteren Erläuterung: In dieser Studie geht es ausschliesslich darum, nationale Identität als Lernprozess anhand von Schlüsselereignissen Deutschlands und Frankreichs zu untersuchen. Dies schliesst eine direkte Involvierung der Schweiz in die Ereignisse zwar nicht a priori aus, macht sie aber nicht zur Voraussetzung. Entscheidend ist vielmehr, dass diese Ereignisse durch die Zeitgenossen als für die Schweiz relevante Bezugsgrössen interpretiert wurden. Ferner ist es nicht möglich, über den gesamten Untersuchungszeitraum Schlüsselereignisse Deutschlands und Frankreichs zu eruieren, die von ihrer Relevanz im Prozess der Konstruktion nationaler Identität als auch in ihrer Bedeutung für das politische Geschehen Deutschlands und Frankreichs als gleichwertig einzustufen sind. Gerade der deutsch-französische Krieg, der eine eigentliche Zäsur sowohl in den deutsch-französischen Beziehungen als auch für die europäische Mähtekonstellation darstellt, wird in Konsequenz quantitativ überproportional vertreten sein. Lediglich der Wohlgemuth-Handel erreicht in seiner politischen Bedeutung für die Schweiz den deutsch-französischen Krieg, allerdings nur aufgrund der Tatsache, dass hier die Schweiz direkt involviert war. Diese Ungleichwertigkeit der Schlüsselereignisse respektive ihre unterschiedliche Rezeption in den untersuchten Medien führt konsequenterweise zu einer unterschiedlichen Bedeutung

¹⁹⁷ Vgl. BROSIUS, Hans-Bernd und Peter EPS, Verändern Schlüsselereignisse journalistische Selektionskriterien? Framing am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge gegen Ausländer und Asylanten, In: Rundfunk und Fernsehen, 41. Jahrgang, 1993/4, S. 512-530.

im Prozess der Konstruktion nationaler Identität. Dieser Problematik wird im Schlusskapitel gebührend Rechnung getragen.

Die Auswahl basierte schliesslich auf der bereits vorhandenen Literatur. Ich habe mich bewusst auf politische Schlüsselereignisse beschränkt, also zum Beispiel ökonomische oder kulturelle weggelassen.¹⁹⁸ Schlüsselereignisse haben in kommunikationstheoretischer Hinsicht die Fähigkeiten, die Aufmerksamkeit zu bündeln und die Wahrnehmung zu verändern beziehungsweise Anschlusskommunikation auszulösen. Aufgrund der Bedeutung der Ereignisse kann davon ausgegangen werden, dass diese auch Resonanz in der schweizerischen Presse gefunden und entsprechend Anschlusskommunikation ausgelöst haben. Hinsichtlich der Anschlusskommunikation sollen neben politischen auch regionale, konfessionelle, milieuspezifische und geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigt werden.

Folgende Schlüsselereignisse werden berücksichtigt: Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 bildet den Ausgangspunkt der Analyse. Hier interessieren weniger die kriegserischen Auseinandersetzungen an sich als vielmehr die Folgen, nämlich das neue Staatenumfeld der Schweiz: Deutschland als neue Grossmacht mit der Staatsform der Monarchie und Frankreich als Republik. In Anbetracht der Relevanz der Konsequenzen dieses Krieges für Deutschland und Frankreich aber auch für das europäische Gleichgewichtssystem wird dieses Ereignis überproportional vertreten sein. Der Kulturkampf in Deutschland wurde ausgewählt, da sich an ihm politisch-konfessionelle Konfliktlinien entzündeten, das deutsche Sozialistengesetz, weil hier (klassen-)politische Gegensätze deutlich werden. In diesen beiden Schlüsselereignissen widerspiegeln sich zwei zentrale Konfliktlinien, die auch die Bildung der nationalen Identität in der Schweiz beeinflussten, da sie auf grundsätzlich andere Loyalitätsbezüge – Konfession und Klasse – rekurrierten und daher mit der nationalen Identität in Konkurrenz standen. Gleichzeitig besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Sozialistengesetz und dem Wohlgemuth-Handel, einem Ereignis, das die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland direkt betraf und eine Zäsur im Lernprozess nationaler Identität darstellt. Auf nur wenige Monate und mehrheitlich auf die deutsch-schweizerischen Beziehungen beschränkt, erhält dieses Ereignis hinsichtlich der Quantität der Rezeption nicht den Stellenwert des deutsch-französischen Krieges. Hinsichtlich seiner Bedeutung für die Konstruktion nationaler Identität in der Schweiz ist das Ereignis jedoch als gleichwertig einzustufen; eine Gleichwertigkeit, die im letzten Kapitel gewürdigt wird. Der Boulangismus wiederum interessiert, weil dieser die Republik in Frankreich zur Diskussion stellte, was für die Schweiz, die in der republikanischen Staatsform Frankreichs eine Konfirmation ihrer eigenen Staatsform sah, von Relevanz war. Die Dreyfus-Affäre warf generell im Ausland hohe Wellen, so findet sich auch in der Schweiz eine intensive Berichterstattung. Letzteres Ereignis steht primär für die Debatte über das

¹⁹⁸ So habe ich zum Beispiel die Weltausstellungen, die in die Untersuchungsperiode fallen, nicht berücksichtigt. Erstens sind sie keine spezifisch deutschen beziehungsweise französischen, sondern internationale Ereignisse. Zweitens betrachte ich eine Teilnahme der Schweiz als endogener und nicht exogener Faktor hinsichtlich der Bildung der nationalen Identität der Schweiz, da es in erster Linie um Selbstdarstellung ging.

Verhältnis zwischen militärischer und republikanischer Staatsgewalt, aber auch für den aufkommenden Laizismus sowie den Antisemitismus.

2.7 Umsetzung: die Arbeitsmethodik und das dreistufige Verfahren

Die Datenbasis dieser Arbeit stammt aus einer umfangreichen Erhebung von Artikeln zu den oben erwähnten Schlüsselereignissen in den untersuchten Printmedien. Die durch die Rekonstruktion des redaktionellen Selektions- und Interpretationsprozesses gewonnenen Daten erlauben qualitative Aussagen über die Schlüsselereignisse und ermöglichen so die Gewichtung des Lernprozesses nationaler Identität respektive die Erfassung des diskontinuierlichen Wandels der kollektiven, nationalen Identität, denn Redakteure und Korrespondenten interpretierten die Schlüsselereignisse auf der Basis ihrer Deutungsmuster und der daraus abgeleiteten Relevanzstrukturen. Vor dem Hintergrund differentieller politischer Leitbilder nehmen die einzelnen Redaktionen an der Auseinandersetzung um die „richtige“ Interpretation des Schlüsselereignisses teil. Die Erhebungen erfolgten nach Massgabe eines im Voraus festgelegten Fragekataloges (siehe unten), der je nach Schlüsselereignis minimal variieren kann.

Um die Interpretationen erfassen zu können, wird die methodische Umsetzung in klassisch hermeneutischer Vorgehensweise erfolgen. Entsprechend geht es primär um das Interpretieren, das Übersetzen, das Erklären und Auslegen der ausgewählten Artikel. Wie bereits im Kapitel „2.4.1 Printmedien als Quellen“ erwähnt, gilt es dabei zu beachten, dass zwar die Zeitungen als Quellen überlebt haben, nicht aber deren Verfasser und Rezipienten. Dies besagt, dass jede spätere Analyse der Texte letztlich eine historische Rezeptionssituation fingiert. Die von mir vorgenommene Interpretation dieser Medienquellen, als eine an Tatsachen gebundene und dennoch über sie hinausgehende Auslegung, ist schliesslich die Interpretation der Interpretation eines spezifischen Ereignisses oder Themas. Dabei ist es selbstverständlich, dass die Interpretation nicht wörtlich und lückenlos durch die Quellen vorgegeben sein muss beziehungsweise kann. Schlussfolgerungen respektive Konstruktionen müssen daraus gezogen werden, um die Fragestellung zu beantworten. Dies führt zur Problematik der Hermeneutik, nämlich zur Frage nach der Validität hermeneutischer Aussagen. Die Hermeneutik als Methode des ersten Zuganges stellt sich die Aufgabe, die Interpretation des Ereignisses durch den Journalisten, den Redakteur zu verstehen beziehungsweise zu erklären. Erst mit dem Verstehen kann man sich mit der Fragestellung an sich beschäftigen, denn über ein Thema beziehungsweise eine Fragestellung kann man erst zu dem Zeitpunkt nachdenken, wenn eine gegebene Aussagefolge, die sich mit diesem beschäftigt, möglichst genau erfasst ist. Nichtsdestotrotz bleibt die Validität hermeneutischer Aussagen immer vom Autor, von der Autorin abhängig. Für die vorliegende Studie gilt, dass die Interpretation der Medienquellen dem Text folgt, hierbei aber in einen entsprechenden Kontext gebettet wird, der unter anderem durch einschlägige Literatur erschlossen wird.

Im Bestreben, die unterschiedlichen Interpretationen der Schlüsselereignisse zu erfassen und zu erklären, schliesst die analytisch-hermeneutische Arbeit der wissenschaftlichen Beobachterin an die Beobachtungsperspektive der Zeitungen an. Entsprechend richtet sich die Erhebung primär auf Texte, die durch die Mitarbeiter der Redaktionen selbst verfasst wurden. Da für diese Studie die Interpretation der Schlüsselereignisse relevant ist, habe ich zudem nur jene redaktionellen Beiträge¹⁹⁹ ausgewählt, welche die Form von Hintergrundberichten haben beziehungsweise Leitartikel sind.²⁰⁰ An diesen redaktionellen Berichten und Leitartikeln lässt sich deutlich die Kollektivposition des jeweiligen politischen Milieus ablesen. Sofern keine Hintergrundberichte beziehungsweise Leitartikel vorhanden sind, wird erstens dieses Nichtvorhandensein thematisiert und zweitens Rückgriff auf die klassische Ereignisberichterstattung genommen.²⁰¹ Soweit sich in dieser Ereignisberichterstattung redaktionelle Positionsbezüge finden, können auch diese, wenn auch meist nur in rudimentärer Form, Rückschlüsse auf die Kollektivposition geben.

Die Erhebung geschieht durch die systematische Lektüre aller redaktionellen Beiträge einer Zeitung. Um den Untersuchungszeitraum einzugrenzen, orientiert sich die Auswahl am Ereignisstrang. Bei Schlüsselereignissen, die sich durch so genannte Ereignisketten auszeichnen, die sich über mehrere Jahre erstrecken, wie zum Beispiel der Boulangismus, wurden anhand der Sekundärliteratur zentrale Vorgänge ausgewählt, um diese nach dem oben erwähnten Vorgehen zu analysieren. Die Auswahl der Vorgänge erfolgt so, dass sie in der Summe das Schlüsselereignis widerspiegeln. Um auch die Antizipation eines Ereignisses respektive die Reflexion dieses Ereignisses und seiner Folgen in der medialen Kommunikation erfassen zu können, wurde der Untersuchungszeitraum zu den einzelnen Ereignissen so ausgewählt, dass er vor Beginn und nach dem Ende eines jeweiligen Ereignisses zwei Monate vorher sowie zwei Monate nachher umfasst. (Zu den Untersuchungszeiträumen im Einzelnen siehe „Anhang“.)

Um die komplexen Wechselwirkungen im Prozess der nationalen Identität analytisch trennen und systematisch erfassen zu können, habe ich ein dreistufiges Verfahren gewählt. Auf der ersten Stufe wird auf der Basis einer systematischen Analyse der Berichterstattung repräsentativer schweizerischer Zeitungen die Resonanz der erwähnten Schlüsselereignisse erfasst. Es interessiert, ob und in welcher Art Ereignisse in Deutschland und Frankreich vor dem Hintergrund der Diskussion über nationale Identität in der Schweiz in den einzelnen Medien wahrgenommen wurden und auf welche nationale Identität die Redakteure Rückgriff nahmen. Auf der zweiten Stufe befasste ich mich mit dem Einfluss der Diskussion dieser Schlüsselereignisse auf die nationale

¹⁹⁹ Sofern es sich nicht um eigene redaktionelle Beiträge handelt, diese aber die Ansicht der Redaktion teilen, werden sie mit einem entsprechenden Hinweis in die Analyse miteinbezogen.

²⁰⁰ Auf das Quantifizieren der Artikel wird weitgehend verzichtet. Sofern es allerdings für die Interpretation der Artikel von Relevanz ist, werden diese quantifiziert, wenn auch nie systematisch. Das sporadische Quantifizieren soll Rückschlüsse auf die Intensität, mit der die Schlüsselereignisse Aufmerksamkeit und Reflexion in der Schweiz erfuhren, erlauben.

²⁰¹ Die Konsultation weiterer Rubriken wie zum Beispiel „Kurzmeldungen“ wird nicht in Betracht gezogen, da diese zu wenig aussagekräftig hinsichtlich etwaiger Kollektivpositionen sind.

Identitätsbildung in der Schweiz.²⁰² Hier ist es von Interesse zu untersuchen, wie Ereignisse in Deutschland und Frankreich zum Wandel des Nationskonzeptes der Schweiz beigetragen haben. In der dritten und letzten Stufe untersuche ich, wie und ob die Debatte um die nationale Identitätsbildung Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen hatte. Diese Einwirkungen und Konsequenzen müssen direkt aus den Quellen, die in der ersten Stufe analysiert wurden, erfassbar sein. Wie bereits erwähnt, haben Schlüsselereignisse die Fähigkeit, die politische Kommunikation so zu prägen, dass ein Handlungsdruck auf das politische System entsteht. Dieser Handlungsdruck kann gegebenenfalls zur Veränderung und/oder zur Schaffung neuer Gesetze und Institutionen führen.

Der im voraus festgelegte Fragekatalog basiert auf diesem dreistufigen Verfahren: Wie wurden erstens Schlüsselereignisse in der Diskussion über nationale Identität Deutschlands und Frankreichs in der politischen Öffentlichkeit der Schweiz von 1870 bis 1900 wahrgenommen und interpretiert, und wie beeinflusste zweitens diese Wahrnehmung von Entwicklungen in den beiden Nachbarstaaten die Debatte um die nationale Identität der Schweiz? Schliesslich gehe ich der Frage nach, ob diese Wahrnehmung Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen hatte. Obwohl es sich um unterschiedliche Schlüsselereignisse handelt, wird der Fragekatalog weitgehend auf alle angewendet. Zusätzlich wird die eine oder andere Frage situativ angepasst, weggelassen oder hinzugefügt. Um die erste Stufe, die Rezeption an sich, zu analysieren, wird folgenden Fragen nachgegangen:

- Wird das Schlüsselereignis unter dem Aspekt des „nation-building“-Prozesses in Europa diskutiert?
- Wie wird Deutschland respektive Frankreich als Nation diskutiert?
- Kommt es zu einem Konflikt beziehungsweise zu einem Konsens in der Rezeption durch die verschiedenen Akteure respektive politischen Milieus der Schweiz?

Die zweite Stufe, die Debatte über nationale Identität respektive das Konzept Nation Schweiz, wird in einem weiteren Fragekatalog untersucht:

- Wie wurde im Zusammenhang mit dem Schlüsselereignis das Konzept Nation Schweiz definiert?
- Gab es die Ausformulierung respektive den Rekurs auf einen spezifisch schweizerischen Nationalismus?
- Kam es zu einer Debatte über nationale Identität?
- Wie definierten die verschiedenen politischen Milieus die nationale Identität?

²⁰² Es muss festgehalten werden, dass diese allerdings nur einen Teil der schweizerischen Identitätsbildung ausmachen. Der andere Teil, nämlich das bereits bestehende Schweizbild, welches durch eigene, inländische Faktoren geprägt wurde, wird durch die bereits vorhandene Literatur erschlossen.

- Welche Akteurskonstellationen etablierten sich in dieser Debatte und welche erlangte Definitionsmacht?

Wie bereits erwähnt, werden die in der dritten Stufe erfassten Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen aufgrund der gleichen Quellen analysiert, die für die beiden ersten Analysestufen herangezogen werden. Als Konsequenz werden entsprechend lediglich diejenigen Einwirkungen und Konsequenzen in Betracht gezogen, die von den Zeitgenossen selbst thematisiert wurden und die somit direkt aus den Quellen erfassbar sind (siehe auch: „Kapitel 1.1 Fragestellung/These).

3. „Wir stehen allein und einsam in Europa“²⁰³ Der deutsch-französische Krieg 1870/71

3.1 Einleitung - das neue Staatenumfeld

Das Allein- und Einsamstehen in Europa war die (zum Zeitpunkt des Zitates absehbare) Konsequenz des deutsch-französischen Krieges 1870/71, als sich die Schweiz als Kleinstaat auf der Karte Europas wiederfand – durch die deutsche Reichseinigung war im Norden ein mächtiger monarchischer Staat (und im Süden durch die einige Jahre zuvor erfolgte Einigung das Königreich Italien) entstanden. Ein Lichtblick war die Proklamation der französischen Republik im September 1870, da dadurch die Republik Schweiz nicht mehr ausschliesslich von Monarchien umgeben war.²⁰⁴ Die Republik Frankreich brauchte jedoch Jahre, um sich zu konstituieren und stand mehrfach zur Diskussion (so rückte zum Beispiel der überraschende Sieg der Konservativen in der ersten Wahl zur Nationalversammlung am 7. Februar 1871 die Restauration der Monarchie in den Bereich der Möglichkeit)²⁰⁵, so dass die Schweiz in Frankreich zunächst einen wenig verlässlichen republikanischen Partner hatte. Gleichzeitig war der immer stärker aufkommende ethnische Nationalismus in Europa für die dem Nationalitätsprinzip widersprechende Nation Schweiz eine Herausforderung, zumal sie auch keine starke, politisch und kulturell dominierende Metropole hatte, was von den Verfechtern des Nationalitätsprinzips zusätzlich als Zeichen der Schwäche gedeutet wurde. Um diesen Herausforderungen begegnen zu können, war die staatliche Existenz der Schweiz einerseits von ökonomischen Umständen, von der internationalen Lage und den partikularen Interessen der Mächte abhängig, andererseits mussten die politischen Akteure aber auch ein eigenständiges Nationskonzept als Antwort finden – sie fanden es in der Betonung des republikanischen Selbst- und Sendungsbewusstseins.

Der deutsch-französische Krieg war für die Jahrzehnte bis zum Ersten Weltkrieg in Europa prägend, entsprechend sind seine Konsequenzen für die vorliegende Studie von Relevanz. Die Annexion von Elsass und Teilen Lothringens erwies sich als permanente Belastungsprobe zwischen den beiden „ewigen Rivalen“ Deutschland und Frankreich. Deutschland sah sich durch die Reichseinigung zudem mit dem Problem konfrontiert, die Vielzahl kollektiver Identitäten, die zuvor vor allem regional, aber auch entlang von sozialen und konfessionellen Gegensätzen konstruiert worden waren, durch eine nationale Identität zu überformen – der Kulturkampf und das Sozialistengesetz sind nur zwei Beispiele für diesen konfliktiven und entsprechend virulenten Prozess. In Frankreich wiederum hatte das nationale Selbstbewusstsein durch die unerwartete Niederlage und

²⁰³ LB, 18.9.1870, Nr. 222.

²⁰⁴ Wenn auch nicht als direktes Nachbarland der Schweiz, so hatte doch auch die Niederlande eine republikanische Staatsform inne: Im Jahre 1848 erhielt sie eine parlamentarische Verfassung mit Minister-Verantwortung, Finanzkontrolle und Kolonialverwaltung durch die Volksvertretung (Generalstaaten).

²⁰⁵ Im Jahre 1870 proklamiert, erhielt die französische Republik ihre konstitutionellen Gesetze erst 1875, und gar erst 1879 errangen die Republikaner die volle parlamentarische Macht.

die „provinces perdues“ gelitten, und entsprechend war die französische Gesellschaft für nationalistische Eruptionen anfällig – der Boulangismus und die Dreyfus-Affäre als zwei Beispiele zeugen davon. Für Frankreich stand allerdings eine „geistig-moralische Revanche, das heisst ein Wiedererstarken des französischen nationalen Selbstbewusstseins viel mehr im Vordergrund als eine meist nur vage angedeutete militärische Revanche“.²⁰⁶ Wenngleich sich aufgrund des Kolonialismus gegen Ende des Jahrhunderts die politischen Schauplätze weit weg von Europa verschoben, blieb das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich weiterhin rivalisierend (man denke zum Beispiel an die beiden Marokko-Krisen).

Der Schutz der eigenen Unabhängigkeit, der für die Nation Schweiz die Selbstbehauptung der staatlichen Existenz bedeutete, gehörte seit 1848 zu den wichtigsten Zielen der schweizerischen Aussenpolitik und war somit Teil des Nationskonzeptes. Nicht im Vordergrund stand hingegen die Wahrung der Neutralität, die zunächst lediglich ein politisches Instrument blieb. Nach dem Savoyer Handel 1860 setzte der deutsch-französische Krieg die bewaffnete Neutralität wiederum auf den Prüfstand. Das Konzept Nation Schweiz liess sich jedoch nicht ausschliesslich durch Neutralität und Bewaffnung aufrechterhalten. Wie wir gesehen haben, konstruiert die nationale Identität im Sinne eines kollektiven, nationalen Bewusstseins die Nation. Gleichzeitig schafft nationale Identität ein Bewusstsein der Zugehörigkeit, aber auch ein Bewusstsein für das Fremde, das auszugrenzen ist. Dieses kollektive, nationale Bewusstsein musste nun aufgrund der veränderten Situation neu definiert beziehungsweise angepasst werden.

3.2 Die Rezeption der Proklamation der französischen Republik

Die Niederlage der französischen Armee in der Schlacht bei Sedan am 2. September 1870, bei der Napoleon III. in deutsche Gefangenschaft geriet, hatte in Frankreich den Sturz des second empire zur Folge, so dass der Weg für die republikanische Staatsform frei wurde. Am 4. September 1870 wurde in Paris die Republik proklamiert.

Die Proklamation der Republik wurde von allen untersuchten Zeitungen begrüsst.²⁰⁷ Die Etablierung der republikanischen Staatsform in Frankreich wurde von den politischen Milieus und den beiden Sprachgruppen übereinstimmend primär als Bestätigung einer Hauptkomponente des eigenen Konzeptes, nämlich der Republik, interpretiert. Mit dieser mehr oder weniger eindeutigen Präferenz für Frankreich schwanden letztlich bei allen politischen Milieus die Sympathien für Deutschland. Diese eindeutige Stellungnahme für den westlichen Nachbarn differierte allerdings von derjenigen vor der Proklamation der Republik. Das damalige Rechtsverständnis, das besagt, dass das Recht immer auf der

²⁰⁶ SCHRODA, Julia, Der Mythos der ‚provinces perdues‘ in Frankreich, In: EINFALT, Michael et al. (Hrsg.), Konstrukte nationaler Identität: Deutschland, Frankreich und Grossbritannien (19. und 20. Jahrhundert), Würzburg 2002, S. 133. Nachstehend zitiert als: SCHRODA, Der Mythos der ‚provinces perdues‘.

²⁰⁷ Die *Liberté* konnte nicht in die Untersuchung miteinbezogen werden, da sie erstmals am 1. Oktober 1871 erschienen ist.

Seite des Angegriffenen liegt, bewog nämlich die Zeitungen, sich mehr oder weniger auf die Seite Deutschlands zu stellen.²⁰⁸ Obwohl dieses Rechtsverständnis von den meisten Organen geteilt wurde, versuchten einige zu differenzieren, indem sie zwischen Napoleon III. und Bismarck einerseits und dem französischen und deutschen Volk andererseits abstrahierten.

Die französische Kriegserklärung an Deutschland wurde zum Anlass genommen, vorerst Sympathien für den nördlichen Nachbarn zu äussern. Diese wurden primär – wie erwähnt – mit dem damaligen Rechtsverständnis begründet.²⁰⁹ Von einer Sympathie für Frankreich konnte zum Zeitpunkt des second empire, zur Zeit Napoleons III., kaum die Rede sein. Mehrere Divergenzen finden sich dennoch: So kann zwischen den beiden liberalen Blättern, der *Neuen Zürcher Zeitung* und der *Gazette de Lausanne*, eine Divergenz ausgemacht werden, die im wesentlichen auf den deutschfreundlichen Auslandberichterstatler der *NZZ* zurückzuführen ist.²¹⁰ Während die *Neue Zürcher Zeitung* bereits im Juli ihre Sympathien deutlich für Deutschland äusserte, dies aber mit dem „Rechtsgefühl“ und dem „gallische[n] Störenfried“, der zur Räson gebracht werden müsse und keineswegs mit einer allgemeinen Vorliebe für Deutschland begründete²¹¹, anerkannte zwar das liberale Organ der Romandie das damalige Rechtsverständnis, bezeugte gleichzeitig aber viel Sympathie für Frankreich, das Deutschland den Krieg erklärt hatte, um die deutsche Reichseinigung zu verhindern. Frankreich, so die *Gazette de Lausanne*, sei seiner Tradition gefolgt, indem es das europäische Gleichgewicht verteidigen wolle – Frankreich habe „l'épée pour le droit ancien contre le droit nouveau“ gezogen.²¹² Das liberale Organ wies auch darauf hin, dass Frankreich nicht mehr länger eine dominante Rolle in Europa spielen könne, aber es könne verhindern, dass eine andere Macht diese Rolle an sich reisse.²¹³ Die Divergenz zwischen den beiden liberalen

²⁰⁸ Bei diesem Rechtsverständnis geht es um das Verhältnis von Recht und Moral. Die positivistischen Theorien vertreten die Trennungsthese. Diese besagt, dass der Begriff des Rechts so zu definieren sei, dass er keine moralischen Elemente einschliesst. Die nichtpositivistischen Theorien vertreten die Verbindungsthese. Diese besagt, dass der Begriff des Rechts so zu definieren sei, dass er moralische Elemente enthält. (ALEXY, Robert, Begriff und Geltung des Rechts, München ³2002, S. 15 ff.)

²⁰⁹ Zu beachten ist, dass den Zeitgenossen die Manipulation der Emser Depesche nicht bekannt war.

Zur Emser Depesche: Die Antwort des preussischen Königs auf einen Protest Napoleons III. gegen die hohenzollersche Thronkandidatur in Spanien kürzte Bismarck in solcher Weise, dass der Vorgang als für damalige diplomatische Gepflogenheiten als Beleidigung der nationalen Ehre Frankreichs erschien. Hätte Napoleon diese diplomatische Niederlage akzeptiert, hätte sein Regime diese kaum überstanden, da Frankreich vor Entrüstung über die Unfähigkeit der napoleonischen Aussenpolitik brodelte. Die Kriegserklärung Frankreichs versetzte Preussen in die günstige Position des Angegriffenen, womit es auf Hilfe der süddeutschen Staaten rechnen konnte.

²¹⁰ Hinsichtlich der *Neuen Zürcher Zeitung* muss darauf hingewiesen werden, dass der Chefredakteur, Eugen Escher, dem Auslandberichterstatler Ferdinand Rauchfuss bereits gekündigt hatte, als dieser eine sessionsbedingte Abwesenheit des Chefredakteurs nutzte und deutschfreundliche Artikel publizierte. Escher, der eine neutrale Haltung verfolgte, entliess daraufhin Rauchfuss fristlos; es folgte eine (Presse-)Fehde. (MAISSEN, Die Geschichte der *NZZ*, S. 52 f.)

²¹¹ *NZZ*, 17.7.1870, Nr. 361, 2. Blatt; auch: *NZZ*, 20.7.1870, Nr. 367, 1. Blatt.

²¹² *GdL*, 30.7.1870, Nr. 177.

²¹³ *GdL*, 31.7.1870, Nr. 178.

Blättern ist massgeblich durch den deutschfreundlichen Berichterstatte der *Neuen Zürcher Zeitung* entstanden und entspricht nicht der angestrebten neutralen Haltung des Chefredakteurs des Blattes. Weil dem Journalisten bereits vor der französischen Kriegserklärung gekündigt wurde, darf man von einem einmaligen Eklat ausgehen, der nicht mit der Grundhaltung dieser liberalen Zeitung korrespondiert. Ob allerdings die von Chefredakteur Escher angestrebte neutrale Haltung derjenigen des liberalen Organs der Romandie entsprochen hätte, muss dahingestellt bleiben. Dieser Alleingang zeigt beispielhaft, wie abhängig einerseits die Berichterstattung beziehungsweise die Beobachtung eines Ereignisses vom jeweiligen Journalisten war, andererseits zeigt er aber auch die Machtfülle des Chefredakteurs, der über die politische Couleur „seiner“ Zeitung entschied. Die *Gazette de Lausanne* sah in Frankreich den Garanten, um Deutschland in seinen Hegemoniebestrebungen zurückzubinden. Politisch lässt sich diese Argumentation kaum erklären, denn auch Napoleon III. war bestrebt, Frankreich als Hegemonialmacht in Europa zu positionieren. Es handelt sich hierbei wohl eher um eine kulturelle Affinität zu Frankreich. Diese Affinität stellte allerdings nicht zugleich auch die Schweiz als Nation in Frage, da das Credo des europäischen Gleichgewichts beibehalten wurde. Für die Nation Schweiz durfte nämlich keine Hegemonialmacht entstehen, da eine solche eine potentielle Gefahr für den Kleinstaat bedeutet hätte. Einen dritten Weg schlug der demokratische *Landbote* ein: Seine Sympathien waren bereits vor der Proklamation der Republik auf französischer Seite, obwohl Napoleon III. gleichzeitig scharf kritisiert wurde.²¹⁴ Der *Landbote* erklärte dies so:

„Aber als gute Republikaner bewahren wir unsere Sympathien einem Volk, das trotz allem Druck und aller verruchter Despotie das republikanische Feuer auf seinen Altären nie hat erlöschen lassen, es ist gewissermassen eine republikanische Waffenbrüderschaft, welche den Schweizer zum Franzosen hinzieht. Und wenn also hie und da unter Schweizern bald laut, bald leise der Wunsch sich geltend macht, es möchte auch den Preußen eine demüthigende Schlappe nicht erspart bleiben, so ist er gewiß nur der bangen Voraussetzung entsprungen, ein völlig zertretendes, zermalmtes Frankreich und eine unbezwingbar im Herzen Europa's sich aufbauende Militärespotie bedeute eine schwere Gefahr für das republikanische Prinzip wie für unsere kleine Republik.“²¹⁵

Die „republikanische Waffenbrüderschaft“ wurde zwar durch Napoleon III. in Frage gestellt, nichtsdestotrotz wollte der *Landbote* daran festhalten. Dies entsprach dem Credo des demokratischen Blattes, das die direkte Demokratie, der eine gemeinschaftsbildende

²¹⁴ Dass diese deutlich geäusserten Sympathien für Frankreich mit der Mitte Juli 1870 (LB, 17.7.1870, Nr. 168) erklärten Neutralität schwer übereinstimmen konnten, war auch dem *Landboten* bewusst. Die Erklärung fand man bei den Deutschen selbst: „Zu Anfang des Krieges erklärten wir, daß unsere Sympathien den beiden Völkern gehören. Wir halten an der Parole fest. Wir sind keine Realpolitiker, welche dem Erfolg nachduseln. Beweist uns einmal die deutsche Nation, daß auch sie, wenn Deutschland unter Dach und Fach gebracht, die republikanische Initiative energisch ergreift, dann schwindet gewiß auch das Mißtrauen, dessen wir uns für einstweilen nicht ganz entschlagen können.“ (LB, 17.8.1870, Nr. 194.)

²¹⁵ LB, 17.8.1870, Nr. 194.

Ich weise darauf hin, dass alle Quellenzitate in Originalschreibweise wiedergegeben werden.

Kraft zugeschrieben wurde, in letzter Konsequenz forderte und daher die republikanische Staatsform unterstützte, wo auch immer diese sich in Ansätzen erkennen liess. Ferner hätte ein demoralisiertes Frankreich ein Ungleichgewicht der europäischen Mächte zur Folge, was das republikanische Prinzip gefährden würde.

Das katholisch-konservative Organ der Innerschweiz äusserte keine Präferenzen hinsichtlich der einen oder anderen Kriegspartei – die Annexionsängste durch Deutschland überwogen bereits zu diesem Zeitpunkt. Die *Luzerner Zeitung* empfahl eine Rückbesinnung auf die Schweiz. Das Nicht-Äussern etwaiger Präferenzen beziehungsweise das Formulieren von Annexionsängsten kann dahingehend gedeutet werden, dass die Sympathien wohl eher beim westlichen als beim nördlichen Nachbarn lagen, da ein deutscher Sieg und die absehbare Reichseinigung eine (potentielle) Gefahr für die Schweiz darstellten. Ferner galt für das katholisch-konservative Organ das katholische Frankreich nach wie vor als (letzte) Bastion des Katholizismus.

Die linksorientierte Presse, die *Tagwacht* und der *Grütli*, hegten vor der Proklamation der Republik keine eindeutigen Präferenzen für die eine oder andere Kriegspartei. Im Unterschied zu den anderen Zeitungen rekurrierten aber beide Blätter nicht ausschliesslich auf das damalige Rechtsverständnis. Dies ermöglichte zum Beispiel der *Tagwacht*, in Deutschland einen Mitschuldigen zu sehen: „...wir sind aber der Meinung, daß, abgesehen von dem augenblicklichen Vorwande, die preußische Regierung ebensoviel Schuld am Kriege habe wie die französische, und daß man sich sehr hüten sollte, dem Grafen Bismarck das Spiel so leicht zu machen.“²¹⁶ Das kaiserliche Frankreich lehnte man in der Person Napoleons ab, nicht aber das französische Volk. Ganz der Internationale verpflichtet, solidarisierte sich das Blatt mit dem deutschen wie dem französischen Volk; der Krieg wurde unisono abgelehnt. Der *Grütli* argumentierte ähnlich, indem er betonte, dass kein Schweizer Sympathien für Napoleon III. und für Bismarck hege, da beide Unterdrücker der Freiheit ihrer Völker seien und man Sympathien nur für die Völker empfinden könne.²¹⁷

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die untersuchten Zeitungen vor der Proklamation der französischen Republik – trotz damaligem Rechtsverständnis – eher zu Frankreich tendierten. Einzige Ausnahme bildete die *Neue Zürcher Zeitung*, die aufgrund der persönlichen Meinung des Berichterstatters, die sich nicht mit der des Chefredakteurs deckte, für Deutschland votierte. Letztlich fürchteten sich die politischen Milieus vor den Konsequenzen für den republikanischen Kleinstaat, welche ein geeintes Deutschland mit monarchischer Staatsform haben würde. Eine eindeutige Stellungnahme für diese oder jene Kriegspartei gab jedoch keine der untersuchten Zeitungen ab.

Nach der Schlacht von Sedan beziehungsweise der Proklamation der Republik in Frankreich wandten sich die Sympathien deutlich und unverhohlen dem westlichen Nachbarn zu. Die Begründung erfolgte primär aus Mitleid mit dem französischen Volk, da dieses unter dem deutschen Macht- und Eroberungskrieg litt. Ferner spielten aber auch die Sympathie für die republikanische Staatsform und die Ablehnung der deutschen

²¹⁶ TW, 23.7.1870, Nr. 23.

²¹⁷ GRÜT, 31.8.1870, Nr. 35.

Annexion von Elsass und Teilen Lothringens eine massgebliche Rolle; letztere widersprach der freien Selbstbestimmung der Völker.

Die *Neue Zürcher Zeitung* neigte nach Sedan mehr Frankreich zu, ohne allerdings Deutschland gleich mit Antipathie zu begegnen. Die Entlassung des deutschen Berichterstatters zeigte Folgen: die von Escher anvisierte neutrale Haltung setzte sich durch. Begrüsst wurde in erster Linie die Proklamation der Republik in Frankreich. Diese geschah für die *Neue Zürcher Zeitung* allerdings in einem eher ungünstigen Moment, da – so die Zeitung – die Republik ihre Existenzberechtigung durch Leistungen erst beweisen müsse. Ein fast unmögliches Unterfangen, denn ein Sieg über Deutschland rücke immer in weitere Ferne, und Friedensunterhandlungen dürften weder dem französischen Nationalstolz noch der Machtstellung Frankreichs zum Vorteil gereichen.²¹⁸ Ende September, nachdem der Krieg mit unerbittlicher Härte fortgeführt wurde, bekundete die Zeitung Verständnis für das Verhalten Frankreichs: „Möglich, daß Frankreich nach gänzlicher Erschöpfung zur Annahme der härtesten Friedensbedingungen gezwungen ist; aber natürlich und entschuldbar ist es, daß es vorher nicht aus eigenem freiem Entschluß sein politisches Todesurteil unterzeichnet.“²¹⁹ Das liberale Organ der Romandie, das bereits vor der Proklamation der Republik eher zu Frankreich neigte, sah sich nun in seiner bisherigen Haltung bestätigt. Waren das Rechtsverständnis sowie Napoleon III. noch ein „Hindernis“ gänzlich mit Frankreich zu sympathisieren, stand nun nichts mehr im Wege: Deutschland galt nun als Aggressor, welches trotz der Niederlage Frankreichs den Krieg fortführte und die republikanische Staatsform bedrohte:

„Nous les encouragerons, au contraire, dans leur rude labeur; nous les soutiendrons de nos exhortations et de nos conseils, de notre espérance républicaine, en ne cessant de leur rappeler, s'ils veulent fonder quelque chose de durable, qu'ils doivent se montrer, au milieu du double péril qui les environne, aussi fermes dans l'application de la loi que dans les résolutions de la défense, aussi énergiques, en un mot, contre les démagogues que contre les Prussiens.“²²⁰

Die *Gazette de Lausanne*, die sich selbst als Organ einer republikanischen Leserschaft („d'un public républicain“) sah, sympathisierte sowohl mit dem Heroismus als auch mit dem Unglück Frankreichs.²²¹ Die Fortsetzung des Krieges bedeutete nach dem liberalen Organ nur noch die Verteidigung der republikanischen Staatsform. Verteidigt wurde diese gegen die Monarchie, die wiederum als Synonym für Unterdrückung galt. Nach der definitiven Niederlage, dem Vorfrieden, argumentierte die *Gazette* erstmals mit der französischen Mentalität und machte entsprechend Frankreich für dessen momentane Situation selbst verantwortlich. Dieser Argumentationswechsel wurde notwendig, da die *Gazette de Lausanne* den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich als Auseinandersetzung zwischen Monarchie und Republik begriff, und somit die Niederlage

²¹⁸ NZZ, 7.9.1870, Nr. 462, 1. Blatt.

²¹⁹ NZZ, 27.9.1870, Nr. 500, 2. Blatt.

²²⁰ GdL, 13.11.1870, Nr. 268.

²²¹ GdL, 9.12.1870, Nr. 290.

Frankreichs, der Schwesterrepublik, nicht auf ihre republikanische Staatsform zurückgeführt werden konnte und durfte. So vertrat die *Gazette de Lausanne* die Meinung, dass Frankreich dringend Stabilität brauche, diese aber im französischen Charakter fehle. Entsprechend schloss man daraus, dass Frankreich zwar ein grosses Land („un grand pays“), „une grande nation“ sei, das alles besitze, was die Natur zur Verfügung stelle, letztlich aber für seine Fehler und seine Schicksalsschläge („de ses malheurs et de ses revers“) selbst verantwortlich sei. Frankreichs Zukunft war klar: „Le rôle historique de la France est fini, et la prépondérance du voisin glorieux, du culte rival irrévocablement assurée.“²²² Das dritte freisinnige Blatt der untersuchten Zeitungen, der *Landbote*, argumentierte bereits vor der Proklamation der Republik ähnlich, indem es sich dahingehend äusserte, dass nach zwanzig Jahren „Abenteurer-Politik“ Frankreich sich ändern müsse, und „zwar von innen heraus und von unten herauf“.²²³ Entsprechend zeigte sich der *Landbote* nach der Proklamation der Republik befriedigt, dass der republikanische Geist in Frankreich endlich wieder aufgewacht sei – Republikaner können zwar sterben, nicht aber der republikanische Gedanke.²²⁴ Der Übertritt der französischen Ostarmee Anfang Februar 1871 wiederum sei – so der *Landbote* – eine Gelegenheit, Propaganda für die Republik zu machen, da das französische Volk und nicht eine Armee schweizerischen Boden betreten hätte. Dass die Republik Frankreich ihre Feuerprobe erst in den nachfolgenden politischen Kämpfen zu bestehen haben werde, war dem *Landboten* durchaus bewusst.²²⁵

„Machen wir Propaganda für die Republik in ruhiger, unwidersprechlich wirksamer Weise. Zeigen wir den Söhnen Frankreichs, die zu uns kommen, wie der Republikaner arbeitet, Ordnung hält, sein Gesetz achtet und die Verfügungen der selbst gewählten Beamten respektirt; was er unter bürgerlicher und militärischer Ordnung, unter Freiheit und strenger Pflichttreue versteht. Halten wir daran, und wir werden die 80,000 nicht nutzlos beherbergt haben.“²²⁶

Die beiden liberalen Blätter sowie das demokratische Blatt waren sich weitgehend einig: Die Proklamation der Republik war eine Chance für Frankreich, aber auch für die Schweiz. Man war überzeugt, dass die republikanische Staatsform die einzig adäquate sei, und zwar sowohl für die Schweiz als auch für andere Staaten. Mehr noch, die Schweiz als so genannte Musterrepublik konnte, ja musste in der Vorstellung der Kommentatoren Vorbild für die sich neu findende französische Republik sein. Gleichzeitig erhofften sich die freisinnigen Blätter von Frankreich Unterstützung ihres republikanischen Credo, war die Schweiz nunmehr nicht mehr einzige Republik umgeben von monarchischen Staaten.

²²² GdL, 3.3.1871, Nr. 53.

²²³ LB, 19.8.1870, Nr. 196.

²²⁴ LB, 7.9.1870, Nr. 212.

²²⁵ LB, 9.2.1871, Nr. 34.

²²⁶ LB, 3.2.1871, Nr. 29.

Im katholisch-konservativen Organ der Deutschschweiz findet sich eine erste, deutliche Parteinahme für Frankreich am 31. Oktober 1870, als bereits eine eigentliche Bilanz gezogen wurde:

„Für den fernestehenden, den unparteiischen Beobachter ward es bei Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Preußen schwierig, Partei zu ergreifen. Wer es mit dem Wohle und der Freiheit der Völker redlich meint, wer Recht und Gerechtigkeit als Maßstab zur Beurtheilung der Thatsachen anlegt, der mußte Napoleon und Bismarck auf gleiche Linie stellen; er konnte für keinen Sympathien haben, und auch die Kriegserklärung durch Frankreich ändert daran nichts, denn es ist jetzt kein Geheimniß mehr, daß Preußen den Krieg suchte, um seine Großmachtstellung zu befestigen. Napoleon mußte die Folgen der Niederlage, wie sie jetzt eingetreten sind, zum Vornenherein würdigen, er mußte auch den Zustand der Rüstungen kennen, und es war nur die Ueberzeugung von der Unausweichlichkeit des Krieges, welche ihn das gefährliche Spiel übernehmen ließ. Ein Liberaler der That und nicht nur dem Worte nach, mußte übrigens für Frankreich Partei ergreifen, denn, man mag sagen, was man will, in diesem Volke lebt die meiste Liebe zur Freiheit, die ein hundertjähriger Absolutismus nicht vertilgen konnte. Die Liberalen dem Worte nach, d. h. die Radikalen, konnten aber ihren Liebling von 1866 nicht fallen lassen, daher kam es, daß die radikale Schweizerpresse in ihrer großen Mehrheit offen preußische Sympathien an den Tag legte. Es kamen noch religiöse Gründe dazu, Frankreich ist katholisch; ein katholischer Staat darf nicht gedeihen und Bismarck steht an der Spitze eines vorzugsweise protestantischen Staates, die Niederlage Frankreichs war gleichbedeutend mit der Uebergabe Roms an das Königreich Italien.“²²⁷

Folgende Aspekte sind in diesem Artikel von zentraler Bedeutung: Erstens die *Luzerner Zeitung* als demokratisch-republikanische Beobachterin, zweitens eine wohlwollende Beurteilung der Liberalen mit gleichzeitiger Kritik an den Radikalen und drittens die konfessionelle Perspektive der Argumentation.

Als demokratisch-republikanische Beobachterin erwähnte die *Luzerner Zeitung* im Anschluss, dass man vor der Proklamation der französischen Republik keine Stellung bezogen hätte, da weder Bismarck noch Napoleon III. Freiheit für die Völker versprochen. In der Argumentation der Freiheit der Völker liegt auch die katholisch-konservative wohlwollende Beurteilung der Liberalen. Und weil Frankreich nach Sedan die Republik proklamierte, das Deutsche Reich aber nach wie vor monarchisch blieb, galten die Sympathien nun klar der französischen Republik. Und weil man (auch) ein katholisches Blatt war, galten die Sympathien dem katholischen Frankreich; das Deutsche Reich galt aufgrund der Hegemonie Preussens als protestantisch. Der Vorwurf an die Radikalen, weiterhin am Liebling von 1866, also an Preussen festzuhalten, wurde konfessionell begründet, da ein Festhalten der Radikalen an Preussen, um ein Gegengewicht zu den hegemonialen Ansprüchen Napoleons zu schaffen, durch die Proklamation der französischen Republik obsolet wurde – und auch nicht zutraf. Dieser Artikel lässt deutlich

²²⁷ LZ, 31.10.1870, Nr. 295.

erkennen, dass die *Luzerner Zeitung* versuchte, einen Pro-Frankreich-Konsens herzustellen. Durch die Proklamation der Republik in Frankreich sah man sich in seiner bisherigen Meinung bestärkt, obwohl man nie deutlich Sympathien für Frankreich geäußert hatte. Die Argumentation der *Luzerner Zeitung* zeigt bereits zu diesem Zeitpunkt eine Annäherung des katholisch-konservativen Milieus an dasjenige des Freisinns. Noch stand allerdings der Kulturkampf bevor, und von einem Zusammengehen der beiden Milieus gegen das linksorientierte Milieu kann noch keine Rede sein.

Die *Tagwacht* und der *Grütli* sympathisierten deutlich mit der französischen Republik: „Wir brauchen es wohl nicht extra zu erklären: Unsere Sympathie gehört der französischen Republik...“²²⁸ Beide Zeitungen machten allerdings eine Einschränkung: eine „Bourgeois-Republik“ entsprach nicht ihren Vorstellungen. Aber: „Die Bourgeois-Republik ist immerhin besser wie die Monarchie.“²²⁹ Zu beachten ist, dass Anfang Februar 1871 die *Tagwacht* gar um einen Ausgleich bemüht war: „Trauern wir mit dem tief darnieder gebeugten Frankreich, dem unsere Sympathien gehören, – aber gönnen wir den Deutschen ihre Freude.“²³⁰ Der *Grütli* wiederum mahnte, dass die Republik nicht von innen heraus entstanden wäre:

„Diese Republik hat den Thron nicht gestürzt, sondern nur seinen erledigten Platz eingenommen. Sie ist proklamiert worden nicht als eine soziale Eroberung, sondern als eine nationale Vertheidigungsmaßregel. Sie befindet sich in der Hand einer provisorischen Regierung, die zum Theil aus Orlanisten besteht, zum Theil aus Bourgeois-Republikanern...“²³¹

Einen Monat später machte der *Grütli* erneut auf das „Problem“ aufmerksam. Es wäre wahrlich keine leichte Aufgabe, eine „Republik ohne Republikaner zu organisieren“. Man fragte, woher denn nach einer zwanzigjährigen „Despotenherrschaft“ die Republikaner herkommen sollten.²³² Anfang 1871 war das „Problem“ bereits gelöst, wie der *Grütli* konstatieren konnte: „...hat das beinahe völlig demoralisirte französische Volk sich geläutert, die Republik erklärt und mit erstaunlichem Heldenmuth gegen sieggewohnte deutsche Truppen angekämpft, um ein Vaterland zu retten, das allen gebildeten Klassen Europa's lieb und theuer ist.“²³³ Von den anfangs geäußerten Bedenken, eine Republik ohne Republikaner zu proklamieren, finden sich keine mehr.

Im Kontext des Konzeptes Nation Schweiz fand keine eigentliche Diskussion um die (französische) Republik statt. Die politischen Milieus waren sich weitgehend einig, da diese Staatsform der eigenen entsprach. Diese Einigkeit macht deutlich, dass das republikanische Prinzip in der schweizerischen, nationalen Identität durch alle politischen Milieus hindurch tief verankert war. Die gemeinsamen Grundwerte wurden entsprechend

²²⁸ TW, 24.9.1870, Nr. 32.

²²⁹ Ebenda.

²³⁰ TW, 3.2.1871, Nr. 6.

²³¹ GRÜT, 19.10.1870, Nr. 42.

²³² GRÜT, 16.11.1870, Nr. 46.

²³³ GRÜT, 4.1.1871, Nr. 1.

betont, wenn auch deren konkrete Umsetzung äusserst differenziert war, das heisst die Akzente je nach politischem Milieu anders gesetzt wurden. Eine eigentliche Auseinandersetzung fand sich allerdings lediglich in der *Luzerner Zeitung*, die bereits Ende Oktober 1870 versuchte, einen Pro-Frankreich-Konsens herzustellen. Allerdings umfasste dieser Konsens nicht alle politischen Milieus: Die Radikalen wurden kritisiert, und die Sozialdemokraten fanden überhaupt keine Erwähnung; letztere waren zu diesem Zeitpunkt als politische Kraft nur marginal von Bedeutung. Den Radikalen wurde ihre Parteinahme für Preussen im Krieg anno 1866 vorgeworfen, an der sie nach wie vor festhalten würden. Gleichzeitig brachte die *Luzerner Zeitung* den konfessionellen Aspekt in die Argumentation, indem sie den Radikalen vorwarf, aus konfessionellen Gründen an Preussen/Deutschland festzuhalten. Für die nationale Identität ist vor allem der Konsens an sich wichtig, der in diesem Fall über die demokratisch-republikanische Haltung hergestellt wurde. Es lässt sich feststellen, dass über die Regierungsform einen Konsens unter den politischen Milieus herzustellen möglich war, der einerseits die Geschlossenheit nach aussen demonstrierte, andererseits aber auch die Konsolidierung im Innern förderte. Die konfessionelle Zweiteilung war allerdings nach wie vor ein Thema – der Kulturkampf stand noch bevor.

3.3 Die Rezeption der deutschen Reichseinigung

Am 18. Januar 1871 wurde im Schloss von Versailles der preussische König zum deutschen Kaiser proklamiert; der Prozess der deutschen Reichseinigung war vollendet.²³⁴ Bereits bei Kriegsausbruch im Juli 1870 war den Zeitgenossen klar, dass Deutschland letztlich die Reichseinigung anstrebte. Als nach der Schlacht bei Sedan Anfang September 1870 abzusehen war, dass Frankreich den Krieg verlieren würde und bereits erste deutsche Intentionen zur Annexion von Elsass und Teilen Lothringens publik wurden, schien die Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund nunmehr eine Frage der Zeit.

Für das Konzept Nation Schweiz waren zwei Aspekte von zentraler Bedeutung: einerseits die Reichseinigung an sich und andererseits die Annexion von Elsass und Teilen Lothringens. Der deutsche Nationalstaat vollzog sich in einem langsamen Prozess. Die Lebenswelt eines grossen Teiles der ländlichen Bevölkerung blieb bis in das Jahrzehnt der Reichsgründung und oft weit darüber hinaus vom politischen Einigungsvorgang unberührt. Bezeichnend hierfür war der von der ausserpreussischen Presse fast unbemerkt gebliebene Reichsgründungsakt im Schloss von Versailles Anfang 1871.²³⁵ Diese Feststellung gilt auch für die Schweizer Presse: nicht nur der Reichsgründungsakt, sondern auch die Reichseinigung per se wurden kaum besprochen. Die deutsche Annexion von Elsass und Teilen Lothringens hingegen löste eine intensive Rezeption aus, tangierte diese doch das Konzept Nation Schweiz wesentlich. Der Tonhallekrawall in

²³⁴ Staatsrechtlich trat das Deutsche Reich am 1. Januar 1871 in Kraft.

²³⁵ WEICHLIN, Nation und Region, S. 14.

Zürich im Frühjahr 1871, dessen corpus delicti eine deutsche Siegesfeier war, stellte die nationale Identität der Schweiz zur Diskussion: die Akteure des Konzeptes Nation Schweiz sahen sich mit dem Vorwurf des „Deutschenhasses“ konfrontiert.

Die *Neue Zürcher Zeitung* publizierte bereits Mitte März 1870 eine Korrespondenz aus Berlin, in der deutlich gemacht wurde, dass der einzige Weg zur deutschen Einheit der der „praktischen Kompromisse zwischen den übrig gebliebenen Staaten und möglicherweise der diplomatisch-militärischen Erfolge“ sei.²³⁶ Der lang erwartete Krieg zwischen Frankreich und Preussen musste entsprechend die Lösung der „deutschen Frage“ bringen. Anfang Dezember, nach Abschluss der Verträge zwischen dem Norddeutschen Bund und den einzelnen süddeutschen Staaten zum Deutschen Reich, war das liberale Blatt der Ansicht, dass „zum Uebermaß des Glückes der deutschen Nation aus den Ruinen des französischen Kaiserreiches ein neues deutsches emporblühen“ wird.²³⁷ Die Interdependenz zwischen dem Ende des französischen Kaiserreiches und der deutschen Reichseinigung war offensichtlich. Während das liberale Organ der Deutschschweiz die deutsche Reichseinigung als logische Konsequenz der Geschichte betrachtete, die eng mit dem Kaiserreich Frankreich verknüpft war, betonte das liberale Organ der Romandie den machtpolitischen Hintergrund der Reichseinigung und sah in Bismarck den kühlen Kalkulator, der bewusst auf eine Einigung hingearbeitet habe. Diese Auffassung macht plausibel, warum die Gazette in Deutschland einen Mitschuldigen des Krieges sah. Im Artikel „Que veut la Prusse?“²³⁸ wurde als Motiv für die Politik Deutschlands der Pangermanismus angeführt. Dieser führe im aktuellen Krieg dazu, dass Deutschland „a passé de la défensive à l'offensive“. Und weiter: „Cependant ce ne sont plus des intérêts de sa défense qui dirigent l'Allemagne, mais ceux d'une politique occulte, à laquelle elle obéit fatalement.“ Anfang 1871 publizierte die Gazette einen Artikel zum Thema „L'empire allemand“²³⁹, der aus der Feder eines gewissen Grosjean-Bérard stammte. Die Politik Deutschlands erklärte dieser primär mit der deutschen Mentalität. Diese sei unter anderem gekennzeichnet durch den Ehrgeiz des deutschen Volkes („l'ambition des peuples allemands“), dessen Quintessenz sei: „Ils ont tout sacrifié, bonheur, autonomie, indépendance et liberté, au désir de dominer sur leurs voisins et de peser plus lourdement dans la balance politique de l'Europe. Ils étaient heureux, ils seront puissants. Ils étaient aimés, ils seront craints!“ Mit anderen Worten: „Le propre de l'ambition est de grandir sans cesse, de ne douter de rien et d'aspirer à tout ce qui peut la satisfaire.“ Der Autor weist mit seinen Worten indirekt auf die „Krake“ Deutschland hin, die sich an den Nachbarn, so auch an der Schweiz vergreifen würde. Ohne sich explizit zu äussern, macht hier der Autor Bedrohungsängste deutlich. Ferner wies der Autor auf die militärische Organisation des nördlichen Nachbarn hin, die ihresgleichen suche („organisé militairement comme aucun peuple ne le fut jamais“) und die anderen europäischen Mächte bisweilen erstaune und erschrecke („Ce spectacle étonne et effraie à la fois les autres puissances de l'Europe.“). Dieses System sei alles

²³⁶ NZZ, 15.3.1870, Nr. 135, 2. Blatt.

²³⁷ NZZ, 8.12.1870, Nr. 634, 2. Blatt.

²³⁸ GdL, 9.11.1870, Nr. 264.

²³⁹ GdL, 22.1.1871, Nr. 19.

andere als auf die Defensive ausgelegt, im Gegenteil, es sei für die Offensive gemacht. Um dieses Argument zu untermauern, führte Grosjean-Bérard die Kriege von 1813 und 1815 an. Auch die Rolle Frankreichs sei klar: Frankreich habe das Deutsche Reich gemacht und möglicherweise bezahle es auch die Kosten. Diese Politik Deutschlands könne sich allerdings auch als Bumerang erweisen („Elle sera combattue avec les armes dont elle s'est servie.“) In einem weiteren Artikel²⁴⁰ wurde die deutsche Politik hinsichtlich der Reichseinigung analysiert: Der Krieg sei lediglich Mittel zum Zweck, der nichts weiter sei „que le second acte d'une pièce écrite et étudiée longtemps d'avance“. Frankreich hätte bei diesen (deutschen) Überlegungen ebenfalls eine Aufgabe zugeordnet bekommen und spiele diese – wie erwartet – vorzüglich: Deutschland hätte lediglich auf die französische Kriegserklärung zu warten brauchen. Diese Überlegungen sind insofern von Interesse, als den Zeitgenossen zu diesem Zeitpunkt die Fälschung der Emser Depesche nicht bekannt war.²⁴¹ Als eigentlichen Kriegsgrund sah denn auch die *Gazette* die Ambition nach der deutschen Einigung („Mais ce n'est pas pour conquérir l'Alsace et la Lorraine que Berlin s'est fait déclarer la guerre, c'est pour faire l'unité allemande, l'empire allemand.“). blieb letztlich noch die Frage, wie dieses künftige Deutsche Reich gestaltet werden sollte: „La restauration d'un ennemi héréditaire officiel tranche toutes ces questions dans le sens du militarisme et du pouvoir absolu.“²⁴² Einen Monat später brachte das Organ seine Argumente auf einen Nenner: „L'unité de l'Allemagne telle qu'il entendait la faire, l'unité militaire et monarchique, avait besoin d'être défendue contre le progrès des tendances libérales par la menace permanente d'un danger extérieur.“²⁴³

Die Differenz der beiden liberalen Organe der deutsch- und französischsprachigen Schweiz liegt in der Interpretation des Prozesses. Während die *NZZ* die Reichseinigung als einen aus der Geschichte resultierenden Prozess, als logische Konsequenz interpretierte, sah die *Gazette de Lausanne* den Prozess als machtpolitische Entwicklung. Diese divergierende Interpretation desselben Ereignisses durch zwei Organe des freisinnigen Milieus zeigt, dass auch die sprachregionale Identität – und bisweilen stärker als die Milieuidentität – die Wahrnehmungs- und Interpretationsstrukturen zu prägen vermochte. Ein erfolgreiches Konzept nationaler Identität in der Schweiz hatte also nicht nur milieuspezifische Identitäten zu überlagern, sondern auch sprachregionale Divergenzen zu integrieren – dass dies möglich war, zeigt sich in diesem Fall, aber auch an der Tatsache, dass trotz divergierender Interpretation der Vorgänge in Deutschland die Rückschlüsse auf die eigene nationale Identität konsensuell waren.

Das dritte freisinnige Blatt, der demokratische *Landbote*, differierte einzig in seiner Bezugnahme auf die Nation Schweiz. Der „germanische[n] Koloß“²⁴⁴ verschaffte dem *Landboten* ein Unbehagen, zumal es sich um eine Monarchie handelte. Dieses Unbehagen wurde damit begründet, dass die Germanen ein eroberndes Volk gewesen seien, und es nach wie vor auch wären. Mit diesem Bewusstsein – so der *Landbote* –

²⁴⁰ GdL, 2.3.1871, Nr. 52.

²⁴¹ Siehe Fussnote Nr. 209.

²⁴² GdL, 2.3.1871, Nr. 52.

²⁴³ GdL, 3.3.1871, Nr. 53.

²⁴⁴ LB, 1.1.1871, Nr. 1.

führe der Schweizer „Instinkt“ zu folgendem Urteil: „Allein der hausbackene Schweizer, der durchschnittlich erstaunlich wenig Anlagen zum Kosmopoliten besitzt und in erster Linie nur Schweizer sein will, der empfindet bewußt oder unbewußt ein Mißbehagen über diese Ueberfluthung seiner republikanischen Oase durch das Deutschthum...“²⁴⁵ Gleichzeitig betonte der *Landbote*, dass ein Vordringen, ein „Ueberwuchern des Romanismus“ nie zu befürchten gewesen sei, da dies die Geschichte bisher bewiesen habe. Dass dieses Misstrauen gegenüber den Deutschen zu einer Problematisierung der Beziehung führen könnte, gestand auch der *Landbote* ein:

„Wir glauben, daß der Instinkt unseres Volkes, der von französischer Seite her ganz richtig keine Bedrohung der Stammes-Eigenthümlichkeit wittert, dagegen das wuchtige Vordringen des deutschen Elementes ganz richtig beobachtet, ein Wesentliches zur Verschärfung der zwischen Deutschen und Schweizern bestehenden Spannung beiträgt. Daß die Anschauung unseres Volkes eine völlig richtige, lassen wir dahingestellt, jedenfalls aber ist sie nicht unehrenwerthen Motiven entsprungen.“²⁴⁶

Der demokratische *Landbote* sah in der deutschen Reichseinigung eine Bedrohung für die Souveränität der Schweiz. Stein des Anstosses war primär die monarchische Staatsform, da diese als Gegenpart der Republik betrachtet wurde.

Das katholisch-konservative Blatt äusserte sich kaum zur Reichseinigung an sich. Einzig im Jahresrückblick publizierte die *Luzerner Zeitung* die Ansicht, dass die „deutsche Frage“ sich in einem „unter Strömen Blutes geschaffene[n] preußisch-deutsche[n] Kaiserreich gelöst“ habe.²⁴⁷ Das dominante Thema war die Annexion, so dass die Einigung in den Hintergrund trat. Auch die beiden linksorientierten Blätter hielten sich mit Kommentaren zur Reichseinigung weitgehend zurück. Aufgrund ihrer politischen Haltung lehnten sie zwar nicht die Reichseinigung an sich ab, jedoch die monarchische Staatsform sowie die Einigung „von oben“.

Allgemein lässt sich feststellen, dass alle untersuchten Zeitungen die Reichseinigung an sich befürworteten beziehungsweise als eine unumgängliche Tatsache betrachteten. Sie wurde einerseits als logische Konsequenz der Geschichte interpretiert, andererseits als politisches Kalkül Bismarcks. Hierbei zeigte sich, dass die Interpretation dieses Prozesses nicht entlang der politischen Milieus erfolgte. Gerade zwischen den beiden liberalen Blättern der deutsch- und französischsprachigen Schweiz liess sich eine Divergenz in der Interpretation beobachten. Einzig das Blatt aus der Romandie verwendete nämlich den Terminus „Pangermanismus“ und die Mentalität zur Argumentation. Es zeigt, dass das französischsprachige Blatt Deutschland aus einer anderen Perspektive betrachtete respektive die ethnisch-kulturelle Identität die Interpretation des Prozesses zu beeinflussen vermochte, obwohl das Blatt in seiner Beurteilung zum selben Schluss gelangte wie die deutschsprachigen Blätter. In der Besprechung der Reichseinigung

²⁴⁵ LB, 5.2.1871, Nr. 31.

²⁴⁶ Ebenda.

²⁴⁷ LZ, 1.1.1871, Nr. 1.

erfolgte keine explizite Bezugnahme auf das Konzept Nation Schweiz. Lediglich der *Landbote* sah in der monarchischen Staatsform eine Bedrohung der Republik Schweiz, was wiederum mit dem konsequent verfolgten Ziel der Demokraten, der unbedingten Umsetzung der Demokratie, erklärbar ist. Eine Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen politischen Milieus um die Frage der deutschen Reichseinigung fand in der Schweizer Presse nicht statt; das Konzept Nation Schweiz war von diesem Akt nicht explizit betroffen. Die Annexion von Elsass und Teilen Lothringens als Folge des deutsch-französischen Krieges wurde hingegen intensiv rezipiert, erfolgte die Annexion doch aufgrund ethnisch-kultureller Argumente.

Obwohl die Annexion von Elsass und Teilen Lothringens die Schweiz nicht direkt betraf, wurde sie intensiv rezipiert – die Annexion eines Teilgebietes eines Nationalstaates durch einen anderen Nationalstaat auf der Basis ethnisch-kultureller Argumente tangierte die Nation Schweiz, und dies erforderte eine Intensivierung des bisherigen Konzeptes der Nation. Selbst jenen Akteuren, die die deutsche Reichseinigung als logische Konsequenz der Geschichte beurteilten, erschien der Akt der Annexion als nicht mehr nachvollziehbarer politischer Schritt. Nunmehr wurde aus einem Verteidigungs- ein Eroberungskrieg, den die Republik Schweiz ablehnen musste, erstens weil dieser Schritt dem Rechtsverständnis widersprach und zweitens weil die Nation Schweiz, die dem Nationalitätsprinzip nicht entsprach, für sich selbst Befürchtungen hegte. Entsprechend wurde die Relation zwischen der deutschen Annexion und der eigenen Existenz als Nation intensiv besprochen.

Vorerst versuchte die *Neue Zürcher Zeitung*, nach der Entlassung des deutschfreundlichen Berichterstatters um eine neutrale Haltung bemüht, zwischen Deutschland, als der angegriffenen Kriegspartei und Deutschland, als dem Eroberer zu differenzieren. Mitte August 1870 vertrat man entsprechend die Ansicht, dass eine etwaige Annexion den Deutschen das Recht absprechen würde, als Verteidiger des Rechts und der Freiheit aufzutreten.²⁴⁸ Ende September, als die angestrebte Annexion allmählich absehbar wurde, erfolgte eine eigentliche Warnung an Deutschland, nicht „im Gefühl seiner augenblicklichen Ueberlegenheit“ denselben Fehler wie das ehemalige kaiserliche Frankreich zu begehen und das „Maß der Gerechtigkeit zu überschreiten“. ²⁴⁹ Hinsichtlich der Schweiz betonte die liberale *NZZ* bereits Mitte August, dass sie Befürchtungen vor einem baldigen Auftreten eines unter preussischer Führung geeinten Deutschlands gegen das Nachbarland Schweiz keineswegs teile. Die Zeitung vertrat die Ansicht, dass die bewusst grossstaatliche Politik Preussens die beste Gewähr biete, dass „kleinliche Nebengelüste“ keinen bestimmenden Einfluss gewinnen würden. Allgemein war sie der Meinung, dass es „irrig“ sei, „in jenem Großstaat, dem bereits die Siegespalme zu winken scheint, einen gierigen Raubstaat zu erblicken, einen förmlichen Kindlifresser, vor dessen Heißhunger fürderhin kein Kleiner mehr sicher sein dürfte“. ²⁵⁰ Das liberale Organ blieb dieser Haltung während des ganzen Krieges treu. Mitte September betonte die Zeitung erneut, dass Mutmassungen hinsichtlich feindlicher

²⁴⁸ NZZ, 12.8.1870, Nr. 412, 1. Blatt.

²⁴⁹ NZZ, 27.9.1870, Nr. 499, 1. Blatt.

²⁵⁰ NZZ, 13.8.1870, Nr. 414, 1. Blatt.

Absichten gegen die Schweiz bis zur Stunde nicht berechtigt wären.²⁵¹ Und auch im Jahre 1871 sah sie keine Veranlassung zur Sorge und betonte, dass sie Annexionsgelüste gegen die Schweiz nicht befürchte.²⁵² Der Umstand, dass die *NZZ* mehrmals explizit gegen Annexionsbefürchtungen anschreiben musste, zeigt, dass solche verbreitet waren. Die Annexion von Elsass und Teilen Lothringens lehnte das liberale Blatt entschieden ab und sprach von einem Frieden ohne Versöhnung. Im Gegensatz zum Deutschschweizer Blatt diskutierte die *Gazette de Lausanne* die Annexion nur marginal. Befürchtungen für das eigene Land wurden keine geäußert.²⁵³ Am 21. Oktober 1870 meinte die *Gazette de Lausanne*, es sei das gute Recht Deutschlands („elle est en droit“), Elsass und Lothringen zu behalten, da Frankreich diesen Akt provoziert habe. Entsprechend sei es für Frankreich problematisch, diesen Akt wieder rückgängig zu machen. Von Interesse ist ein Folgeartikel mit dem Titel „La neutralisation de l'Alsace“, welcher am 13. beziehungsweise am 14. Januar 1871 erschienen ist.²⁵⁴ Warum die *Gazette de Lausanne* die Neutralisation des Elsass befürwortete, erklärte sie mit folgenden Worten:

„Puisque toutes les barrières morales sont brisées, puisque la haine a rempli les coeurs, il faut une barrière matérielle, une bande neutre qui empêche les peuples de se joindre pour s'entre détruire; et cette barrière serait efficace, parce que celui qui essaierait de la franchir soulèverait contre lui l'Europe entière.“²⁵⁵

²⁵¹ *NZZ*, 18.9.1870, Nr. 483, 1. Blatt.

²⁵² *NZZ*, 19.2.1871, Nr. 91, 1. Blatt.

Hinsichtlich der „gereizten Stimmung“ zwischen Süddeutschland und der Schweiz konstatierte die *Neue Zürcher Zeitung* Anfang August 1870 erste Angriffe der badischen Presse gegen das eigene Land und seine Behörden. Gemäss der *NZZ* warf die badische Presse der Schweiz vor, die Neutralität zugunsten von Frankreich zu missachten und die Deutschen unnötig zu schikanieren beziehungsweise mit offener Feindseligkeit zu behandeln. Die *NZZ* dementierte diese Vorwürfe aufs schärfste. Man traue dem deutschen Volk mehr Einsicht und ein gerechteres Urteil über die neutrale Haltung der Schweiz zu. (*NZZ*, 7.8.1870, Nr. 403, 2. Blatt.) Nach Ansicht der *NZZ* war Mitte Oktober die Stimmung in Süddeutschland gegenüber der Schweiz „noch sehr gereizt“. (*NZZ*, 18.10.1870, Nr. 538, 1. Blatt.) Sie schien noch Anfang Februar anzuhalten, als die Zeitung erneut konstatieren musste, dass die Missverständnisse und gegenseitigen Anschuldigungen namentlich in den Grenzdistrikten eher zu- als abgenommen hätten. (*NZZ*, 1.2.1871, Nr. 57, 1. Blatt.) Wenige Wochen später meldete die *NZZ*, dass Deutschland durch seine offiziellen Vertreter eine entschieden friedliche, gar freundschaftliche Stellung zur Schweiz genommen habe. Die Zeitung zollte dieser Entwicklung Beachtung und Anerkennung und hoffte, dass der bevorstehende Friedensschluss zwischen Deutschland und Frankreich die guten Beziehungen zwischen der Schweiz und ihren süddeutschen Nachbarn wiederherstellen werde. Die *NZZ* bezichtigte die beiden Völker als die Schuldigen an dieser „gereizten Stimmung“ und sprach den Regierungen beider Länder ihr Lob aus, die die Sünden der Völker wieder gut machen würden. (*NZZ*, 14.2.1871, Nr. 81, 1. Blatt.)

²⁵³ Ein Stimmungsbild Deutschlands publizierte die *Gazette de Lausanne*, indem sie die Zeilen eines Landsmannes („compatriote“) wiedergab. Dieser räsionierte über die vermeintliche Bedrohung der Schweiz durch das Deutsche Reich, wobei er zum Schluss kam, dass eine militärische Invasion zurzeit nicht zu befürchten sei. (GdL, 31.1.1871, Nr. 26.)

²⁵⁴ Nach Hunziker wurde die Neutralisation auch im *Journal de Genève* besprochen. (HUNZIKER, Die Schweiz und das Nationalitätsprinzip, S. 143.)

²⁵⁵ GdL, 13.1.1871, Nr. 11.

Anschliessend wurde thematisiert, warum Deutschland diese Neutralisation ablehne. Der Journalist unterschied zwischen dem deutschen Volk und der deutschen Regierung, denen allerdings eines gemeinsam war: „Le gouvernement et le peuple allemands repoussent ensemble la neutralisation, parce que tous deux veulent la conquête...“ Das deutsche Volk lehne die Neutralisation aus „emotionalen Gründen“ ab, die deutsche Regierung einerseits aus nationalistischen, andererseits aus sicherheitspolitischen Gründen. Der Journalist wies beide Argumentationen der deutschen Regierung zurück. Er vertrat die Meinung, dass erstens „la religion de la nationalité“ Deutschland nicht daran gehindert habe, Teile Polens sowie Dänisch sprechende Gebiete von Schleswig zu annektieren und zweitens hinsichtlich der sicherheitspolitischen Argumentation wisse Deutschland genau, dass diese Eroberung seine äusseren Angelegenheiten nicht stärke. Von Interesse ist die Rolle, die der Journalist Frankreich zuschrieb: „L'ennemi héréditaire est un facteur de la politique berlinoise, pour ne pas dire un article de la constitution impériale.“ Im Weiteren machte er deutlich, warum die deutsche Regierung diese „Gefahr von aussen“ aufrechterhalten müsse: „Pour maintenir la prépondérance de la couronne et l'organisation militaire qui constitue le principal moyen d'existence des classes privilégiées, dont le gouvernement actuel défend l'intérêt tout en sachant les contenir, il fallait donc trouver un moyen permanent. La présence d'un danger extérieur permanent répond admirablement à ce besoin.“²⁵⁶ Das dritte freisinnige Blatt, der demokratische *Landbote*, lehnte die Annexion deutlich ab. Daran knüpfte er allerdings keine Annexionsängste der Schweiz – man betrachtete die Republik Schweiz als gefestigt und als nicht bedroht.

Thematisierte die *Luzerner Zeitung* die französische Republik und die Reichseinigung nur marginal, finden sich zahlreiche Artikel zur Annexion beziehungsweise zu etwaigen Annexionsbefürchtungen. Bereits Ende August 1870, als erste Intentionen hinsichtlich einer Annexion durch Deutschland publik wurden, publizierte die Zeitung einen ersten Artikel, in dem Annexionsängste thematisiert wurden:

„Mit einer gewissen Angst sieht jeder Schweizer, dessen Patriotismus seinen Sitz im Gefühl und Herzen und nicht in leichtfüßiger Professorenwissenschaft oder im materiellen Wohlstand hat, der Zukunft der Schweiz entgegen. Wissenschaft und Geld kennen kein Vaterland, sondern nur das ‚Ubi bene, ibi patria‘. Was ist die schweiz. Republik mit preußischen Generalen? Also, nachdem Alles glücklich zusammengeschlagen, wie altes Eisen, hielt König Wilhelm seine erste Thronrede im ersten Norddeutschen Parlament, dort sagte er: ‚Deutschland geht bis zu den Alpen!‘ Merkt Euch das, ihr Urner in Andermatt und höher hinauf! - Im letzten März verlangte Graf Bismarck vom Norddeutschen Parlament für den Gotthard und motivirte das Begehren ungefähr so: Er verlangte diese 20. Mill. weniger aus merkantilen als aus politischen Gründen, aber jetzt dürfe er Näheres nicht sagen. - Ja, ihr Herren Eidgenossen! wenn wir Schweizer da nichts merken [...] Zur Bismarckischen Idee eines großen neuen deutschen Reiches gehören auch wir, vielleicht allerdings erst in letzter Linie; [...] Besiegt und erdrückt er [= Bismarck] Frankreich, so geht's in vier Jahren wieder

²⁵⁶ GdL, 14.1.1871, Nr. 12.

auf Deutsch-Oesterreich los und am Schluß des Schlusses dürften wir dann auch mitkommen. Nehmen wir dazu die seit Jahren an unsern hohen Schulen in Zürich, Bern, u.s.w. systematisch betriebene Germanisirung der schweiz. Jugend, die sich jetzt in voller Blüthe zeigt, unterstützt vom ganzen wuchtigen ‚Hammerschlag‘ einer geheimen Gesellschaft, so wird man bald etwa merken, wo man mit uns Schweizern, mit diesem ‚Demokratennest‘, wie Bismarck uns nannte, als er noch nicht so mächtig war wie heute, hinaus will. Also nicht französisch, aber auch nicht preußisch, sondern vorderhand noch - schweizerisch. Vive la Suisse! - Es lebe die Schweiz!“²⁵⁷

Erwähnt wurde einerseits eine Bedrohung von aussen, andererseits eine Bedrohung von innen in Form der hier bereits ansässigen Deutschen. Und als Quintessenz sowohl der äusseren als auch der inneren Bedrohung „empfahl“ die *Luzerner Zeitung* eine Rückbesinnung auf die Schweiz. Hinsichtlich der Bedrohung von aussen glaubte die *Luzerner Zeitung* erstens, dass die finanzielle Beteiligung Deutschlands am Bau der Gotthardbahn weniger aus „merkantilen als aus politischen Gründen“ geschehe. Man fürchtete, dass diese Vorgehensweise Bismarck die (teilweise) Kontrolle über die wirtschaftlich wichtige Nord-Süd-Achse geben würde, entsprechend die Schweizer im eigenen Land zurücktreten müssten. Zweitens war die demokratisch-republikanische Schweiz Bismarck seit langem ein Dorn im Auge („Demokratennest“). Die Polemik erfuhr ihren Höhepunkt allerdings erst im Wohlgemuth-Handel von 1889. Ob die Schweiz auch zur „Bismarckischen Idee eines großen neuen deutschen Reiches“ gehörte, wie die *Luzerner Zeitung* schrieb, sei dahingestellt – Bismarck selbst äusserte sich nie deutlich dazu. Zu beachten ist, dass die *Luzerner Zeitung* hinsichtlich der Annexionsängste auch konfessionell argumentierte:

„In Basel z.B. geben sich bei Radikalen und bei den Pietisten bereits Hohnlächeln und Spötteln gegen den Katholizismus kund. Klüger wäre von den Baslern, sie würden vorerst den weitem Gang der jetzigen Ereignisse und die Folgen des gegenwärtigen Krieges abwarten: welche Folgen die Schweiz und zunächst Basel treffen können, kann Niemand wissen; möglicherweise könnten die Basler noch der Hülfe von katholischer Seite froh werden.“²⁵⁸

Es ist evident, dass ein knappes Vierteljahrhundert nach dem Sonderbundskrieg konfessionelle Aspekte für die damals unterlegene Partei nach wie vor eine Rolle spielten. Noch war die Niederlage nicht vergessen, noch dominierten die protestantisch-freisinnigen Kantone die Schweizer Politik, noch war die Konsolidierung nicht abgeschlossen, und der Kulturkampf stand noch bevor. Hinsichtlich der Bedrohung von innen sahen weite Kreise in der Schweiz in jener Zeit in den zahlreich anwesenden Deutschen, vor allem in den Professoren an den Universitäten, eine Bedrohung, fürchtete man sich doch vor einer „systematisch betriebene[n] Germanisirung der schweiz[erischen]

²⁵⁷ LZ, 27.8.1870, Nr. 230.

²⁵⁸ LZ, 12.8.1870, Nr. 216.

Jugend“.²⁵⁹ Der äussere Feind – so die Annahme – wirke auch im Innern. Die Rückbesinnung auf die Schweiz („Vive la Suisse!“) betrachtete das Organ als logische Konsequenz seiner vorhergehend geäusserten Bedenken. Zur eigentlichen Annexion von Elsass und Teilen Lothringens publizierte das Innerschweizer Blatt nur wenig. In diesen seltenen Artikeln wurden jedoch die vorhandenen Ängste mit dem Appell an die Einheit²⁶⁰ sowie an die Freiheit und Selbständigkeit²⁶¹ beantwortet. Im Weiteren wurde die Ablehnung der Annexion durch ein Empfinden für Ungerechtigkeit²⁶², welches aufgrund eines nüchternen und nach dem Instinkt²⁶³ bildenden Urteil erfolge, begründet. Ferner wurden die Grossmachtpolitik und die Zentralisation Deutschlands abgelehnt, stellten sie doch den Gegenpart zum schweizerischen Selbstverständnis als föderal organisierten Kleinstaat dar.

Für die Annexion an sich waren gemäss *Grütli* das „Glück der deutschen Waffen, die Arroganz des Erfolges und dynastische Intriguen“ verantwortlich.²⁶⁴ Weiter äusserte sich das Blatt nicht zur Annexion. Besprochen wurden jedoch schweizerische Befürchtungen. Bereits Anfang November publizierte der *Grütli* einen Artikel mit der Überschrift „Hannibal ante portas“. Man hielt die Selbständigkeit der Schweiz für gefährdet und glaubte, dass die Annexion der deutschsprachigen Kantone auf Bismarcks Programm stünde. Als „Lösung“ zur „Rettung der Schweiz und der schon an die Kette geschmiedeten deutschen und europäischen Völker“ sei nur eine gemeinsame Erhebung gegen das „Berliner Neurussenthum“ zu erwarten. Die Zeitung empfahl, alle Bestrebungen hin zu einer „europäische[n] Conföderation“ nach dem Vorbilde der Schweiz und Nordamerikas zu unterstützen.²⁶⁵ Zu beachten ist, dass man auf eine „europäische Konföderation“ setzte und nicht, wie andere Zeitungen, allein auf die schweizerische Neutralität. Auf den ersten Blick mag diese Haltung wenig erstaunen, sah man sich doch als linksorientierte, die Interessen des Grütlivereins vertretende Zeitung auch der Internationale verpflichtet. Die Neutralität als Faktor des Nationskonzeptes fand allerdings keine Erwähnung; das Konzept des linksorientierten Milieus wurde in diesem einen Faktor vorgezogen. Dass damit letztlich das Konzept Nation Schweiz in Frage gestellt worden wäre, schien nicht weiter bemerkenswert. Anfang Februar 1871 wurden die Annexionsängste noch deutlicher geäussert. Vorerst sprach man von einer ernsthaften „Befürchtung“, welche das Dasein eines deutschen Kaiserreichs bewirke. Im Weiteren Verlauf des Artikels wurde man noch deutlicher: „Ueber kurz oder lang werden die deutschen Horden sich unser Alpeneiland zu annexiren suchen, denn zum alten

²⁵⁹ Hierbei gilt zu beachten, dass Studentenverbindungen als Sozialisationsinstanzen für den politischen Nachwuchs fungierten. (Vgl.: BLATTMANN, Studentenverbindungen.)

²⁶⁰ LZ, 6.12.1870, Nr. 329.

²⁶¹ LZ, 30.9.1871, Nr. 264.

²⁶² LZ, 6.12.1870, Nr. 329.

²⁶³ LZ, 20.10.1871, Nr. 19.

²⁶⁴ GRÜT, 19.10.1870, Nr. 42.

Mit den dynastischen Intrigen war die Berufung eines Prinzen von Hohenzollern-Sigmaringen auf den nach erfolgreicher Revolution vakant gewordenen spanischen Thron gemeint. Die von Bismarck heimlich betriebene Berufung war eine gegen Frankreich gerichtete diplomatische Offensive, welche die Möglichkeit eines Krieges von Anfang an einkalkulierte. Siehe auch: Fussnote Nr. 209.

²⁶⁵ GRÜT, 9.11.1870, Nr. 45.

römischen Reich gehörte ja auch Helvetien.“²⁶⁶ Keine Artikel zur Annexion von Elsass und Teilen Lothringens finden sich in der zweiten, linksorientierten Zeitung, der *Tagwacht*.

Die deutsche Annexion rief nicht nur Ängste in der Schweizer Bevölkerung hervor, sondern liess auch Stimmen laut werden, die von einer Gebietserweiterung auf Kosten Frankreichs sprachen – die Nation Schweiz sollte geographisch ausgedehnt werden. In den untersuchten Zeitungen finden sich dazu primär in den freisinnigen Blättern, also in der *Neuen Zürcher Zeitung*, in der *Gazette de Lausanne* und im *Landboten* Stellungnahmen; von einer allgemeinen Diskussion unter den verschiedenen politischen Milieus kann deshalb nicht gesprochen werden. Die zur Diskussion stehenden Gebiete betrafen zur Hauptsache Nachbargebiete von Basel und Genf. Hinsichtlich Basel hofften die Befürworter dieser Gebietsabtretungen, dass zumindest ein Teil von Oberelsass hinzugewonnen werden könnte, da man Bedenken hatte wegen einer möglicherweise sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage der Stadt, wenn das gesamte Elsass zum Deutschen Reich käme. Hinsichtlich der Frage der Gebietserweiterung um Genf griffen die Befürworter auf den so genannten Savoyer Handel aus dem Jahre 1860 zurück, dessen ungünstiger Ausgang von einigen nach wie vor nicht akzeptiert wurde. Diese Stimmen erhielten in der *Neuen Zürcher Zeitung* eine Absage. Die *NZZ* glaubte, dass dieser „gewünschte Gewinn an Land und Leuten“ nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung der Schweiz beitragen, da dieser mit der Preisgabe der „Eigennatur“ und der schweizerischen Grundsätze erkaufte würde.²⁶⁷ Wenige Tage später formulierte sie erneut in wenigen Worten ihre Ansicht und ihres Erachtens auch die der Mehrzahl der Schweizer: „Wir wollen nicht berauben, aber ebenso wenig uns berauben lassen...“²⁶⁸ Die *Gazette de Lausanne* verneinte ebenfalls das Ansinnen, Nordsavoyen der Schweiz einzuverleiben.²⁶⁹ Die Argumente waren ähnlich derjenigen der *NZZ*. „Un vieil abonné“ formulierte seine Absage wie folgt: „...je crois, dis-je qu'au milieu de ces colosses qui se battent, le devoir d'un petit pays est de rester dans ses frontières, fort de son union, de son bon droit et de ses bonnes intentions, et qu'il n'a rien à gagner à fourrer ses doigts au milieu du formidable engrenage qui s'agite autour de lui.“²⁷⁰ Nicht ganz deutlich formulierte der *Landbote* seine Ablehnung dieses Ansinnens. Die Idee wurde lediglich aus folgenden Gründen vorläufig abgelehnt: Erstens wegen der „Unzeitigkeit“ der Sache, zweitens wegen den „Verumständen, unter denen wir gegenwärtig leben“ und drittens wegen der Kehrseite der Medaille: die Eventualität eines territorialen Tauschhandels.²⁷¹ Wenige Tage später präzierte der *Landbote* seine Argumente:

„...daß wir die Stärke der Schweiz je länger je mehr glauben in ihrer inneren republikanischen Organisation suchen zu müssen und daß uns daher die Behauptung gesunder republikanischer Grundsätze wichtiger scheint, als die Eroberung einer militärischen Position, die mit dem Danaergeschenk einer monarchisch gewöhnten und

²⁶⁶ GRÜT, 1.2.1871, Nr. 5.

²⁶⁷ NZZ, 27.9.1870, Nr. 499, 1. Blatt.

²⁶⁸ NZZ, 30.9.1870, Nr. 505, 1. Blatt.

²⁶⁹ GdL, 17.11.1870, Nr. 217; GdL, 15.12.1870, Nr. 295.

²⁷⁰ GdL, 15.12.1870, Nr. 295.

²⁷¹ LB, 29.9.1870, Nr. 231.

ultramontanen Einflüssen unterworfenen Bevölkerung verbunden wäre. Auch die Abneigung unseres Volkes, im gegenwärtigen Augenblick keine Spekulationen auf Kosten Frankreichs zu machen, scheint uns aller Ehren werth...²⁷²

Wie bereits erwähnt, ist zu beachten, dass der *Landbote* die Gebietserweiterungen auf Kosten Frankreichs nicht gänzlich ablehnte, sondern lediglich von einem schlechten Zeitpunkt sprach. Obwohl im zweiten Artikel die Ablehnung bereits deutlich formuliert wurde, fügte die Zeitung noch „im gegenwärtigen Augenblick“ ein. Ob die Zeitung an den Erfolg dieser Gebietserweiterungen zu einem späteren Zeitpunkt glaubte? Die *Luzerner Zeitung* äusserte sich nur in einem Artikel zu dieser Frage. Man lehnte das Ansinnen ab, weil es als Ungerechtigkeit gegenüber Frankreich empfunden wurde und sich vor Kompensationen fürchtete, zu welchen sich die Schweiz niemals einverstanden erklären könnte.²⁷³

Die Rezeption der Annexion von Elsass und Teilen Lothringens durch Deutschland lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Annexion wurde von allen untersuchten Zeitungen abgelehnt. Sofern sie thematisiert wurde, war primär von einer Eroberung die Rede, die mit dem anfänglichen Verteidigungskrieg nichts mehr gemein hatte. Die geäusserten Bedenken, dass Deutschland letztlich auch die Schweiz (zumindest den deutschsprachigen Teil) annectieren könnte, wurden nicht von allen Zeitungen geteilt. Die liberale *NZZ* wies diese Bedenken vollends zurück, während das liberale Organ der Romandie, der demokratische *Landbote* und die linksorientierte *Tagwacht* sich in dieser Hinsicht nicht äusserten. Das katholisch-konservative Organ sowie der *Grütli* äusserten Bedenken und sahen eine Gefahr für die Republik Schweiz. Dass nicht alle Zeitungen die Diskussion über die Gebietserweiterungen auf Kosten Frankreichs aufnahmen, zeigt, dass dieser Aspekt nur wenig Resonanz fand. Auf das Konzept Nation Schweiz wurde in der Argumentation oft zurückgegriffen. Die Befürchtungen, selbst Opfer einer deutschen Annexion zu werden, machten es unumgänglich, das Nationskonzept in die Diskussion einzubeziehen, auch wenn diese nicht von allen geteilt wurden. Die Argumentation für oder wider die Befürchtungen wurde mit Bezugnahme auf das Nationskonzept geführt, da diese das Nationalitätsprinzip betrafen.

²⁷² LB, 5.10.1870, Nr. 236.

²⁷³ LZ, 6.12.1870, Nr. 329.

Der Tonhallekrawall in Zürich im Frühjahr 1871²⁷⁴ stellte das Konzept Nation Schweiz nach dem deutsch-französischen Krieg nochmals zur Diskussion. Obwohl das Ereignis lediglich von den beiden Zürcher Zeitungen, der *NZZ* und dem *Landboten*, intensiv besprochen wurde, lässt sich auch anhand der wenigen Hintergrundinformationen eruieren, wie die anderen untersuchten Zeitungen das Nationskonzept definierten. Die Zurückhaltung selbst beziehungsweise die Berichterstattung lediglich in Fakten lässt sich dadurch erklären, dass der Tonhallekrawall primär als eine Zürcher Angelegenheit betrachtet wurde, da auch in anderen Städten deutsche Siegesfeiern stattfanden, diese allerdings ohne Nebengeräusche über die Bühne gingen.²⁷⁵

Die *Neue Zürcher Zeitung* missbilligte den Krawall und zeigte sich befriedigt angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung nicht an eine Störung der deutschen Friedensfeier gedacht hatte und entsprechend ferngeblieben war.²⁷⁶ Über die Frage, ob die deutsche Siegesfeier überhaupt hätte abgehalten werden sollen, bestanden bei der *NZZ* keine Zweifel. In einer Appenzeller Korrespondenz vertrat man die Ansicht, dass es in der schweizerischen Republik wahrlich weit gekommen wäre, wenn solche Versammlungen mit der Freiheit und Neutralität des Landes nicht mehr vereinbar wären.²⁷⁷ Und ein Korrespondent der „Schwyzer Zeitung“ sprach den Deutschen das volle Recht zu, diese Versammlung abgehalten zu haben.²⁷⁸ Das liberale Organ lehnte die These des „Deutschenhasses“ ab und empfahl zugleich der Schweizer Presse, sich nicht in einer beleidigenden und herausfordernden Sprache gegenüber Deutschland und seinen Behörden zu verlieren sowie sich nicht „als Träger eines traurigen Egoismus mißbrauchen zu lassen, der auf die politische Reife des Schweizervolkes und seine Durchgeistigung mit den modernen Lehren einer freien und liberalen Staatsrichtung ein wenig günstiges Licht werfen muß“.²⁷⁹ Ende März meldete die *NZZ*, dass eine Anzahl

²⁷⁴ Anfang März 1871 wurde eine von der deutschen Kolonie in Zürich veranstaltete Siegesfeier in der Tonhalle durch Demonstranten gestört. Zu den Demonstranten, die meist aus Arbeiterkreisen stammten und sich gegen das monarchische Deutschland Bismarcks wandten, gesellten sich viele Bürger, die die Feier als Taktlosigkeit gegenüber den in Zürich weilenden französischen Internierten der Bourbaki-Armee empfanden. In den darauf folgenden Tagen kam es zu weiteren Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen es vier Tote zu beklagen gab. Daraufhin erhielt Zürich für einige Tage eidgenössische Truppen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung stationiert. Die anschließende Polemik in der Bevölkerung und in der Presse drehte sich primär um den Begriff „Deutschenhass“ und forderte das Konzept Nation Schweiz beziehungsweise die schweizerische nationale Identität neu zu überdenken. Der Terminus an sich benutzte vermutlich Johann Jakob Sulzer, Mitglied der zur Untersuchung der Vorfälle eingesetzten Kommission, in der Zürcher Kantonsratssitzung vom 14. März 1871 zum ersten Mal öffentlich. (Siehe auch: URNER, Die Deutschen in der Schweiz. Von den Anfängen der Kolonienbildung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Frauenfeld 1976, S. 207 ff. Nachstehend zitiert als: URNER, Die Deutschen in der Schweiz.)

²⁷⁵ Der Grund der Auseinandersetzungen lag primär in der Parallelität der deutschen Siegesfeiern mit der Internierung von Soldaten der französischen Ostarmee. Damit die französische Besatzung von der Festung Belfort vertrieben werden konnte, sollte der Waffenstillstand für die französische Ostarmee, die unter General Charles Bourbaki eben eine Offensive begonnen hatte, nicht gelten. Die Ostarmee von ungefähr 90'000 Mann wurde zum Übertritt auf schweizerisches Territorium gezwungen.

²⁷⁶ *NZZ*, 11.3.1871, Nr. 128, 1. Blatt.

²⁷⁷ *NZZ*, 15.3.1871, Nr. 136, 1. Blatt.

²⁷⁸ *NZZ*, 21.3.1871, Nr. 147, 1. Blatt.

²⁷⁹ *NZZ*, 25.3.1871, Nr. 155, 1. Blatt.

deutscher Zeitungen der Schweiz die staatliche Existenzberechtigung vollständig absprechen würden. Diese Tatsache veranlasste die Zeitung, auf die Einsicht der Deutschen zu hoffen und diese daran zu erinnern, die humanitäre Hilfe der Schweiz während des Krieges nicht zu vergessen.²⁸⁰ Ende April schien der *NZZ* der Geduldsfaden zu reissen. Der dreiteilige Artikel „Zur Verständigung“ wurde wie folgt eingeleitet:

„Aus den Fenstern des deutschen Zeitungshimmels ergießt sich seit dem Tonhalleskandal nun schon vierzig Tage und vierzig Nächte die Fluth über den sündlichen Haß der Schweiz, insbesondere Zürichs gegen Deutschland, so daß bereits die fünfzehn Ellen des Wasserstandes über allen Schweizerbergen erreicht sein mögen und nachgerade das Abnehmen der Fluth beginnen kann.“²⁸¹

Im letzten Teil setzte sich das Blatt intensiv mit der These des „Deutschenhasses“ auseinander. Man stellte fest, dass ein gewisser Neid auf die deutsche Konkurrenz in Zürich herrsche. Die Abneigung gelte aber nicht der deutschen Nationalität, sondern dem „fremden Element“ an sich. Das Blatt bemerkte, dass in diesem Zusammenhang von einem eigentlichen „Deutschenhass“ nicht die Rede sein könne. Allerdings sprach die Zeitung einige Zeilen später von einem tatsächlichen „Deutschenhass“, der ab und zu in der Schweiz auftrete. Die *NZZ* erklärte sich diesen durch die ausserordentlichen militärischen Erfolge der Deutschen, welche patriotische Ängste vor Annexionsgelüsten auslösen und durch die französische Republik, von der sich die Schweizer mehr angezogen fühlen. Abschliessend betonte die Zeitung aber, dass sich diese Aspekte nicht bei der Mehrzahl der Schweizer fänden und deshalb auch keinen Einfluss auf die schweizerischen Behörden ausübten. Das Zürcher Blatt kam zum Schluss: „Jedenfalls lebt dieser Deutschenhaß mehr in den deutschen Zeitungen als im Schweizervolk.“²⁸² Der demokratische *Landbote* wiederum wunderte sich kaum, dass „bei gegebenem Anlaß ein kleiner Bruchtheil der Bevölkerung zu dem rohen und unsinnigen Mittel des gewalthätigen Attentates und zum Versuch des Aufruhrs schritt“.²⁸³ Für das Organ war es der logische Schritt einer zunehmenden Gereiztheit, die sich während der Kriegsperiode bildete. Allerdings betonte das Blatt, dass es sich lediglich um einen kleinen Teil der Bevölkerung handle, und verurteilte gleichzeitig die Gewalt. Wenige Tage später warb der *Landbote* für mehr Verständnis gegenüber den Deutschen:

Die so genannte Blutschuldthese, die Ermahnung zur Zurückhaltung, da eine allzu freimütige Schreibweise der Presse einen militärischen Angriff provozieren könnte, ist nicht erst während der nationalsozialistischen Bedrohung entstanden; sie findet sich bereits anlässlich des deutsch-französischen Krieges. Die Ermahnungen des Bundesrates stiessen bei der Presse teilweise auf Entrüstung, so dass sich dieser wiederum genötigt sah, darauf hinzuweisen, dass lediglich aufgrund einer „geschickten Vermischung der Sätze die Sache so dargestellt wurde, als hätte der Bundesrath den Kantonsregierungen Gewaltmaßregeln gegen die Presse empfohlen“. (Schweizerisches Bundesblatt, Band 3, Nr. 53, 17.12.1870; siehe auch: URNER, Die Deutschen in der Schweiz, S. 63 f.)

²⁸⁰ *NZZ*, 31.3.1871, Nr. 166, 1. Blatt.

²⁸¹ *NZZ*, 28.4.1871, Nr. 216, 1. Blatt.

²⁸² *NZZ*, 5.5.1871, Nr. 229, 1. Blatt.

²⁸³ *LB*, 24.3.1871, Nr. 71.

„Des Deutschen Selbst- und Nationalgefühl hat derzeit einen stärkern Pulsschlag, als zu andern Zeiten - seien wir so billig und verständig, dies zu begreifen und die nationalen Gefühle nicht unüberlegt zu reizen, oder bei jedem kleinen Anlaß den Kampf und Widerstreit dieser nationalen Gefühle und ihrer Aeußerungen zur Glühhitze zu steigern. Wir müssen miteinander leben und wir Schweizer haben nicht den europäischen Beruf, auf unserm Boden den Brand zu nähren, der zwei große Nationen und Staaten entzweit.“²⁸⁴

Gleichzeitig mahnte der *Landbote* aber auch die Deutschen, nicht zu vergessen, dass die „Schweizer ein Volk von dreifacher Nationalität sind“ und je deutlicher man predige, dass man nichts von der schweizerischen Nationalität, von den schweizerischen Begriffen Republik und Demokratie halte und auch mit schweizerischer Eigenart und Eigenexistenz nichts anzufangen wisse, desto entschiedener würde man die Schweizer abstossen und ihnen feindlich gegenüber stehen.²⁸⁵ Das dritte freisinnige Blatt, die liberale *Gazette de Lausanne*, vermeldete zum Tonhallekrawall lediglich einige Fakten; es finden sich weder Leitartikel noch Hintergrundberichte.

Auch die *Luzerner Zeitung* beschränkte sich primär auf Fakten; nichtsdestotrotz finden sich einige Zeilen, die interessante Rückschlüsse auf das Nationskonzept des katholisch-konservativen Milieus zulassen. Bei einem Artikel handelt es sich um eine Korrespondenz aus Deutschland hinsichtlich der Bourbaki-Armee: „...wo wir gerade Deutschland mit so schweren Opfern einen großen Dienst erweisen durch strenge Ueberwachung der gefangenen Franzosen...“²⁸⁶ Diese Zeilen zeigen einen interessanten Aspekt auf: Im Zusammenhang mit der Internierung der Bourbaki-Armee wurde auf die humanitäre, selbstlose Hilfe der Schweiz hingewiesen. Es fällt auf, dass das katholisch-konservative Blatt zusätzlich von „schweren Opfern“ spricht, mit denen man Deutschland „einen grossen Dienst“ erweise. Die *Luzerner Zeitung* versuchte, die Neutralität mit der Nützlichkeit der humanitären Hilfe zu kompensieren. Gleichzeitig suggerierte sie, für diese Geste doch etwas mehr Dankbarkeit zu zeigen. Anfang April 1871 publizierte das Blatt eine Korrespondenz aus der Ostschweiz, nachdem die Bourbaki-Armee die Schweiz verlassen hatte. In dieser Korrespondenz wurde betont, dass es sich bei der schweizerischen Hilfswelle nicht um Mitleid für Soldaten einer republikanischen Armee gehandelt habe, sondern um Teilnahme für Unglückliche, die dies nicht durch eigenes Verschulden, sondern im Dienste für das Vaterland geworden wären.²⁸⁷ Hier wurde deutlich der humanitäre Aspekt hervorgehoben. Zwei Monate zuvor sprach die Zeitung von „schweren Opfern“ und „strenge[r] Ueberwachung der gefangenen Franzosen“ – die *Luzerner Zeitung* scheint im Nachhinein die Internierung der Bourbaki-Armee in das Konzept der humanitären Schweiz beziehungsweise in das Konzept Nation Schweiz eingefügt zu haben. Ein weiterer Artikel befasste sich rudimentär mit dem Tonhallekrawall: „Unvorsichtig war die Abhaltung des Festes und die Gestattung desselben im Momente der Anwesenheit so vieler Franzosen und bei dem bekannten Vorhandensein der

²⁸⁴ LB, 26.3.1871, Nr. 73.

²⁸⁵ Ebenda.

²⁸⁶ LZ, 9.2.1871, Nr. 38.

²⁸⁷ LZ, 1.4.1871, Nr. 88.

Sympathie für dieselben bei dem größern Theile der Stadtbevölkerung. Hinter dieser Feststörung liegt aber wahrscheinlich noch Anderes, das hauptsächlich für größere Städte gefährlich ist.²⁸⁸ Das katholisch-konservative Organ brachte mit diesen Worten die soziale Frage ins Spiel, ohne diese allerdings auch explizit beim Namen zu nennen. Von Interesse ist, dass die *Luzerner Zeitung* den städtischen Behörden Unvorsichtigkeit vorwarf, unter anderem weil die Mehrheit der Stadtbevölkerung Sympathien für Frankreich habe. Die *Luzerner Zeitung* verortete somit diese Spannungen klar in den städtischen Bereich.

Die beiden linksorientierten Blätter sahen sich im Tonhallekrawall hauptsächlich mit der Schuldfrage konfrontiert. Aufgrund der Teilnahme von Arbeitern an der Demonstration gingen freisinnige Blätter dazu über, Sozialdemokraten für den Krawall verantwortlich zu machen. Obwohl beide Zeitungen sich hinsichtlich der Berichterstattung weitgehend zurückhielten, sahen sich beide veranlasst, Stellung zu den Vorwürfen zu nehmen und vor allem diese zu dementieren. Dies führte zu einer Polemik um die Schuldfrage, nicht aber zu einer Auseinandersetzung um das Nationskonzept. Der *Grütlianer* wies darauf hin, dass die Anschuldigungen eine „elende Lüge“ der „Kapitalistenblätter“ sei, die nur darauf abziele, die „Arbeiterbestrebungen todt zu schlagen“.²⁸⁹ Mit Befriedigung nahm man denn auch das Schreiben der Sektion Zürich zur Kenntnis, welches ohne weiteren Kommentar publiziert wurde. Der Vizepräsident und der Aktuar durften in diesem mit Beruhigung feststellen, dass „nicht ein einziges Mitglied“ der Sektion Zürich am Krawall beteiligt gewesen und entsprechend auch kein Mitglied in Haft sei. Die „großen lärmschlagenden Kapitalistenblätter“ gingen so weit, ein Gerücht zu verbreiten, als habe eine „förmliche Verschwörung“ stattgefunden. Mit grosser Genugtuung wies das Blatt die Anschuldigungen zurück.²⁹⁰ Die *Tagwacht* hingegen bedankte sich bei all jenen, die die Sozialdemokraten „gegen die miserablen Verläumdungen der ‚N.Z.-Z.‘ und ihres gleichgesinnten Zeitungsgelichters“ in Schutz genommen hätten.²⁹¹ Im gleichen Artikel äusserte sich die *Tagwacht* deutlich zu den Sympathien und Antipathien der Schweizer und definierte somit indirekt nationale Identität:

„Aber die Mehrzahl der hiesigen Bevölkerung hat keine deutschen Sympathien, am allerwenigsten Sympathien für die jetzige ‚Neugestaltung Deutschlands‘, die hiesige Bevölkerung hat im Gegentheil national-französische Sympathien. Diese national-französischen Sympathien wurden natürlich noch bedeutend verstärkt durch die Erklärung der Republik, durch die Mißerfolge Frankreichs und durch die Anwesenheit der internirten Franzosen.“²⁹²

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Zeitungen den vorgeworfenen so genannten „Deutschenhass“ unisono zurückwiesen – dieser gehöre mitnichten in das

²⁸⁸ LZ, 13.3.1871, Nr. 70.

²⁸⁹ GRÜT, 15.3.1871, Nr. 11.

²⁹⁰ GRÜT, 22.3.1871, Nr. 12.

²⁹¹ TW, 18.3.1871, Nr. 12.

²⁹² Ebenda.

Nationskonzept. Gleichzeitig liess man allerdings durchblicken, dass man sich von der französischen Republik aufgrund der ähnlichen Staatsform mehr angezogen fühle als von der Monarchie Deutschland. Von einer eigentlichen Polemik zwischen den verschiedenen politischen Milieus sprachen zur Hauptsache die beiden linksorientierten Zeitungen, die sich über die Schuldzuweisungen der *Neuen Zürcher Zeitung* beklagten. Allerdings handelte es sich hier um eine Polemik über Schuldzuweisungen und weniger um eine Auseinandersetzung über den „Deutschenhass“. Die Siegesfeier wurde nicht als Verletzung der Neutralität eingestuft, aber in Anbetracht der internierten französischen Soldaten als Taktlosigkeit empfunden. Gleichzeitig hatte unter dem Eindruck des deutschen Sieges sich ein Umschwung zugunsten Frankreichs vollzogen. Mit dem Aufstand der Commune änderte sich diese Haltung allerdings nach kurzer Zeit wieder: Die Frankophilie kühlte sich ab und machte einer lauen Deutschfreundlichkeit Platz.

3.4 Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität

Das Konzept Nation Schweiz wurde während des deutsch-französischen Krieges aufgrund der Proklamation der französischen Republik bestätigt und aufgrund der deutschen Reichseinigung einer Anpassung unterzogen. Sowohl die Konfirmation als auch die Anpassung des Nationskonzepts mündeten in eine Intensivierung des bisherigen Konzeptes, welches sich in einem republikanischen Sendungsbewusstsein manifestierte. In der notwendigen Geschlossenheit nach aussen herrschte ein Grundkonsens unter den politischen Milieus: das Misstrauen gegenüber mächtigen Nachbarn. Dieses differierte allerdings in seiner Ausgestaltung: Während zum Beispiel die Konservativen ein generelles Misstrauen hegten, bekundeten die Freisinnigen spezifisch Mühe mit monarchischen, absolutistischen und zentralistischen Staaten. Abgesehen vom Misstrauen gegenüber mächtigen Nachbarn war den politischen Milieus ein weiterer Aspekt des nationalen Bewusstseins gemeinsam, über das im Ringen um die Deutungsmacht Nation nicht verhandelt wurde: das republikanische Prinzip beziehungsweise das Konzept Republik Schweiz.

Die Rezeption der Proklamation der französischen Republik zeigt entsprechend vor allem einen Aspekt auf: die Bestätigung des bisherigen Konzeptes basierte weitgehend auf einem demokratisch-republikanischen Konsens unter den verschiedenen politischen Milieus. Dieser Grundkonsens machte eine eigentliche Auseinandersetzung um den Faktor Republik nicht notwendig. Gleichzeitig wurde es einzelnen politischen Milieus durch diesen Basiskonsens möglich, bereits bei Kriegsausbruch Sympathien für Frankreich zu äussern – trotz damaligem Rechtsverständnis. Obwohl sich eine teilweise Affinität für Frankreich bereits vor der Proklamation der Republik erkennen lässt, unterschieden sich die politischen Milieus in ihrer Argumentation und Fokussierung innerhalb des Themas „Republik“. Die *Gazette de Lausanne* glaubte zum Beispiel, nur Frankreich könne das europäische Gleichgewicht erhalten. Und der *Landbote* wiederum schwörte auf die republikanische Waffenbrüderschaft, da die deutsche Militärdespotie

eine Gefahr für das republikanische Prinzip sei. Die *Tagwacht* und der *Grütli* wiederum solidarisierten sich mit beiden Völkern, ganz ihrem Credo der Völkergemeinschaft verpflichtet, und zogen – trotz allem – eine französische Bourgeois-Republik einer französischen Monarchie vor. Während die *Gazette de Lausanne* in der Fortsetzung des Krieges nach der Proklamation der Republik eine Verteidigung derselben ausmachte, urteilte der *Grütli*, dass die Republik nicht als soziale Eroberung, sondern als eine nationale Verteidigungsmassregel proklamiert worden sei. Letztere Argumentation des *Grütli* zeigt ein weiteres Element nationaler Identität: die Republik muss von innen heraus entstehen, eben eine soziale Eroberung und nicht ein Mittel zum Zweck sein.²⁹³ In dieselbe Richtung zielte der *Landbote*, der mit polemischen Worten verkündete, dass Republikaner zwar sterben können, nicht aber der republikanische Gedanke. Als erste Intentionen Deutschlands publik wurden, Elsass und Teile Lothringens zu annektieren, griff ein weiteres Element des schweizerischen nationalen Bewusstseins bei allen politischen Milieus durch: die Ablehnung jeglicher Macht- und Eroberungskriege beziehungsweise die freie Selbstbestimmung der Völker. Dieses Element gehörte ebenfalls zum Kern nationaler Identität, welches von allen politischen Milieus akzeptiert wurde, da erstens die Freiheit das erste Attribut der Republik war und zweitens dessen Negation die Nation Schweiz in Frage gestellt hätte. Folgende Faktoren des Nationskonzepts wurden in der Rezeption der Proklamation der französischen Republik verwendet: die republikanische Staatsform an sich, die Republik als soziale Errungenschaft und nicht als Mittel zum Zweck sowie die freie Selbstbestimmung der Völker. Diese Faktoren bestätigten das bisherige Konzept, das sich Anfang der 1870er Jahre in einem demokratisch-republikanischen Konsens äusserte. Dieser Konsens konnte die notwendige Geschlossenheit nach aussen demonstrieren, aber auch die Konsolidierung im Innern fördern. Gleichzeitig erfolgte eine Intensivierung des bisherigen Konzeptes, welches sich in einem militanten republikanischen Sendungsbewusstsein äusserte. Das intensivierte Sendungsbewusstsein kann in Bezug auf das republikanische Frankreich auch als Reaktion auf einen in Europa um sich greifenden ethnischen Nationalismus interpretiert werden. Die noch junge und instabile Republik bot vorerst für die Schweiz noch wenig Rückhalt gegenüber dem zunehmenden ethnischen Nationalismus, auch wenn die Proklamation der Republik als Konfirmation der eigenen Staatsform interpretiert wurde. Die Betonung des Demos als legitimen Träger des politischen Willens, die sich letztlich in einem intensivierten Sendungsbewusstsein äusserte, ist als Ausdruck der Willensnation und als Reaktion auf den ethnischen Nationalismus zu verstehen.

Wie wir gesehen haben, erforderte der deutsch-französische Krieg eine Anpassung einzelner Aspekte des Nationskonzepts, andere wiederum wurden bestätigt. Neue Aspekte kamen nicht hinzu. Die Jahre vor der Gründung des Bundesstaates, aber auch die Jahre der Konsolidierung nach 1848 hatten die kollektive, nationale Identität bereits

²⁹³ „Daneben haben wir [= die Schweizer] wider eure [= die Flüchtlinge] Republik nichts, aber wenn ihr eine haben wollt, so macht sie selbst, wir haben es auch so gemacht. Dafür muss man kämpfen und sterben können, nicht bloss reden und saufen.“ (GOTTHELF, Jeremias, Ein deutscher Flüchtling, Erstabdruck 1851.)

weitgehend geschaffen beziehungsweise die einzelnen Faktoren so festgelegt, dass diese lediglich in ihrer Ausgestaltung variierten, in ihrem Grundkonsens jedoch bestehen blieben. Dieser Grundkonsens wurde durch die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich nicht in Frage gestellt beziehungsweise nicht diskutiert, nach aussen allerdings in ein (teilweise militantes) republikanisches Sendungsbewusstsein transformiert. Der demokratisch-republikanische Konsens zeigt, dass die Konsolidierung des Bundesstaates zumindest hinsichtlich der Abgrenzung gegenüber aussen zu Beginn der 1870er Jahre bereits weit fortgeschritten war. Dies macht deutlich, dass die konservativ denkende katholische Schweiz, trotz einer nach wie vor herrschenden Polarisierung zwischen Konservativen und Freisinnigen in innenpolitischen Belangen, in der Nation Schweiz verankert war. Der Kulturkampf sollte zwar den innenpolitischen Graben nochmals aufreissen, die Geschlossenheit nach aussen wurde allerdings während dieser Zeit nie in Frage gestellt.

Die republikanische Staatsform galt als zentrales Element des Nationskonzepts. Dieses Element konnte sowohl der Integration im Innern als auch der Geschlossenheit nach aussen dienen. Dass die Republik als zentrales Element beziehungsweise als die Staatsform schlechthin im Nationskonzept figurierte, liegt in ihrem Wesen an sich. Die Republik definiert sich als ein Staat ohne monarchische Spitze, wo entweder eine Gruppe (die Aristokratie) oder das ganze Volk (die Demokratie als Herrschaft des Volkes) regiert. Hinsichtlich der Situation der Schweiz zu Beginn der 1870er Jahre ist vor allem das erste Attribut der Republik relevant: die Freiheit. Diese Freiheit wird durch den Staat garantiert, sei es durch stillschweigenden Konsens, durch Tradition oder – erst in neuerer Zeit – durch Kodifizierung, durch Gesetze und schliesslich durch Verfassungen. Diese Errungenschaften musste und wollte die Schweiz in Anbetracht der monarchischen Nachbarn verteidigen. Weil die ethnische Homogenität fehlte, musste der Demos als legitimen Träger des politischen Willens betont werden, so dass die Diskussion um das Nationalitätsprinzip oder eben die Verteidigung dieser Errungenschaften auf eine legitime Basis gestellt werden konnte. Gleichzeitig machen diese Faktoren auch deutlich, warum die Proklamation der französischen Republik in der Schweiz begrüsst wurde.

Das politische Selbstbewusstsein, das sich letztlich in einem republikanischen Sendungsbewusstsein manifestierte, entstand nicht während des deutsch-französischen Krieges, es handelt sich vielmehr um einen kontinuierlichen Prozess seit der Gründung des Bundesstaates beziehungsweise bereits seit den Jahrzehnten vor 1848.²⁹⁴ Neu ist jedoch dessen Intensität. Reichte es bis anhin als Kuriosum von den europäischen Mächten wahrgenommen, respektiert und akzeptiert zu werden, musste in Anbetracht des aufkommenden ethnischen Nationalismus und des durch den deutsch-französischen Krieg sich verschiebenden europäischen Gleichgewichtes ein Status gefunden werden, der die Souveränität der Schweiz garantierte. Neben den bereits erwähnten Faktoren, nämlich die ökonomischen Umstände, die internationale Lage und die partikularen Interessen der Mächte, spielte die eigene kollektive, nationale Identität respektive das nationale Bewusstsein eine entscheidende Rolle. Weil das Bewusstsein der kollektiven

²⁹⁴ Siehe: Kapitel „2.2 Nation und nationale Identität“.

Identität auf der Teilhabe an einem gemeinsamen Wissen und einem gemeinsamen Gedächtnis beruht, das durch das Sprechen einer gemeinsamen Sprache oder die Verwendung eines gemeinsamen Symbolsystems vermittelt wird, können kollektive Werte beziehungsweise (Leit-)Ideen wie Republik, Souveränität und Neutralität in die kollektive Identität aufgenommen werden. Das bereits bestehende Nationskonzept musste zu Beginn und während des deutsch-französischen Krieges nicht neu definiert, sondern „lediglich“ intensiviert werden, da sich dieses bislang als funktionsfähig erwiesen hatte. Die Intensivierung der nationalen Identität, die in einem militanten republikanischen Sendungsbewusstsein gipfelte, war die einzige mögliche Form, um die Nation Schweiz gegen aussen zu legitimieren, wurde Deutschland doch als Aggressor im ethnischen Sinne wahrgenommen. Das nationale Bewusstsein war der Schlüssel zur Nation Schweiz, denn es galt: „keine Nation ohne Emotion“²⁹⁵. Der demokratisch-republikanische Grundkonsens machte es möglich, dass dieses Bewusstsein von allen politischen Milieus adaptiert wurde. Gleichzeitig trug die Proklamation der Republik in Frankreich dazu bei, das bisherige (republikanische) Konzept zu bestätigen und in Folge das politische Selbstbewusstsein zu stärken. Das nachfolgende Zitat aus der *Neuen Zürcher Zeitung* steht stellvertretend für alle untersuchten Zeitungen:

„...allein deshalb bleibt nicht minder wahr, daß alle unsere Vetterligewehre die Schweiz vor dem Untergange in die großen Nachbarstaaten keine Stunde zu bewahren vermöchten, wenn sie nicht ihre eigene Art und Aufgabe im europäischen Völkerkonzerte hätte, wenn sie nicht als erste Vertreterin und Priesterin wichtiger staats- und völkerrechtlicher Grundsätze zu wirken berufen wäre...“²⁹⁶

Teilweise äusserte sich das republikanische Sendungsbewusstsein gar in einem missionarischen Eifer, der zwischen Bescheidenheit und Stolz schwankte:

„Wir sind zufrieden, wenn uns eine bescheidene Stelle im europäischen Staatshaushalte bleibt, um den Hort der Freiheit zu wahren und für die Möglichkeit, daß die verschiedenen Nationalitäten sogar in einem und demselben Staatswesen friedlich mit einander wetteifern, auch in Zukunft einen leuchtenden Beweis zu liefern.“²⁹⁷

Das intensivierte politische Bewusstsein, das die Nation Schweiz konstruierte, umfasste mehrere Komponenten, die sich scheinbar relativierten, jedoch in sich genommen ideal ergänzten: Bescheidenheit und Selbstbewusstsein, Stolz und Zurückhaltung, Ideal beziehungsweise Vorbild und unbedeutender Kleinstaat. Die Aufgabe der Schweiz wurde entsprechend ambivalent definiert: Einerseits wollte man den anderen Nationen die eigenen Leitideen beziehungsweise Werte vermitteln – Basis war das Selbstverständnis, in einem Umfeld virulent gewordenen ethnischen Nationalismus einen Gegenentwurf im Sinne einer ethnisch pluralen Willensnation zu verkörpern –, so zum Beispiel die

²⁹⁵ TANNER, Willensnation versus Kulturnation, S. 193.

²⁹⁶ NZZ, 27.9.1870, Nr. 499, 1. Blatt.

²⁹⁷ NZZ, 20.10.1870, Nr. 542, 1. Blatt.

Staatsform oder die Humanität, andererseits wollte man sich aufgrund der eigenen Bedeutungslosigkeit im europäischen Mächtebund auf sich selbst zurückziehen. Das Nationskonzept wurde so äusserst flexibel und anpassungsfähig, was – wie wir bereits gesehen haben – wiederum notwendig war, da die Nation Schweiz den Kriterien des Nationalitätsprinzips widersprach. Bereits Anfang der 1870er Jahre war das intensivierte politische Bewusstsein in weiten Teilen der Bevölkerung tief verankert, und zwar so, dass zum Beispiel der *Landbote* sich veranlasst sah, gegen einen Akteur der Nation, nämlich den Bundesrat, zu opponieren:

„Der hohe Bundesrath wolle an seinem Ort Beides fest im Auge halten, und versichert sein, daß die Nation diese einfache, republikanische Politik theilt und nöthigenfalls mit Leib und Leben vertheidigt. Er wolle uns künftig verschonen mit wohlgemeinten, aber übel wirkenden politischen Sittenmandaten, denn sie müssen, dem freien Schweizer ohnehin ein überflüssig Ding, im Ausland als Symptom der Schwäche und der Gefälligkeitspolitik taxirt werden. Er verarge es seinen Mitbürgern nicht, wenn sie in solcher Zeit scharfe Aufsicht halten über die Bewahrung unserer freiheitlichen Institutionen, denn das Gefühl durchzuckt das Volk, daß die Strömungen der gegenwärtigen Zeit- und Kriegsgeschichte nicht die der Freiheit sind, daß wir Schweizer, wenn wir in Einem Punkt uns schwach erweisen, unsern Grundsätzen untreu werden, auf eine schiefe Ebene gerathen...“²⁹⁸

Bisweilen wurde das republikanische Sendungsbewusstsein äusserst ausschliesslich angewandt. So plädierte zum Beispiel die *Gazette de Lausanne* nicht für die Republik als Staatsform an sich, sondern ausschliesslich für die Republik Schweiz: „Nous ne sommes républicains, dans le sens *absolu* de ce mot, que dans un seul pays: le nôtre, parce que la république nous a donné cinq siècles et demi de liberté, de bonheur et de progrès.“ Und so sei die Bezeichnung für eine Staatsform eigentlich unwesentlich, eben ein „accessoire“: „...l'Etat le mieux gouverné est celui dont l'autorité suprême fait passer le bonheur du peuple avant son propre intérêt, sa gloire ou ses utopies.“²⁹⁹ Mit dieser Aussage grenzte sich die *Gazette* auch deutlich von der Republik Frankreich ab. Nicht einfach Republik musste die Staatsform lauten, sondern Republik Schweiz, denn nur diese verkörpere Freiheit, Glück und Fortschritt. Die Schweiz als quasi Vollendung der Republik, als Republik mit höheren Weihen? Auch der demokratische *Landbote* fühlte sich zu höheren Weihen verpflichtet. Das „kleine[s] republikanische[s] Staatsschiffchen“ zeigte sich in direktem Vergleich mit der Republik Frankreich wohl eher als stolzes republikanisches Schiff:

„Wollen wir etwa damit andeuten, daß wir in unserm Vaterland mit denselben Schwächen, Fehlern und Gebrechen zu schaffen haben, mit derselben Korruption des öffentlichen Geistes, mit demselben System der Täuschung und des eiteln Scheines, der Unwissenheit und Volksverführung, wie wir dies am napoleonischen Frankreich zu Tage treten sahen?

²⁹⁸ LB, 18.9.1870, Nr. 222.

²⁹⁹ GdL, 10.11.1870, Nr. 265.

Gewiß nicht; wir haben einen bessern Glauben an unser Volk, an unsere Institutionen, an die Republik und ihre politische Moral.“³⁰⁰

Wie bereits im Theoriekapitel erwähnt, findet sich im militanten republikanischen Sendungsbewusstsein das Spezifische am schweizerischen Nationalismus: Ihm eigen ist nämlich eine Überhöhung beziehungsweise Sakralisierung der Nation zu einer „allein verbindlichen Sinngebungs- und Rechtfertigungsinstanz“ und eine Überhöhung beziehungsweise Sakralisierung des Volkes als „einig Volk von Bürgern“, dem die „Vorstellung eines einheitlichen Volkes als eines kollektiven Trägers“ innewohnte.³⁰¹ Gleichzeitig hatte gerade dieses republikanische Sendungsbewusstsein nach aussen einen hohen Anteil an der Integration im Innern. Beide Elemente lassen sich anhand zweier Artikel der *Neuen Zürcher Zeitung* belegen: So vertrat die Zeitung die Ansicht, dass die Schweiz so selbstberechtigt dastehe wie wenige andere Staaten von Europa. Im demokratischen Staatsprinzip sah sie eine Vorbildfunktion: „Sie [= die Schweiz] ist für Europa ein Vorbild...“³⁰² In einem weiteren Artikel glaubte man, dass der ungeschmälerte Fortbestand der Schweiz nicht nur im eidgenössischen, sondern auch im europäischen Interesse sei. Ferner betonte die Zürcher Zeitung das spezifisch schweizerische an der nationalen Identität, denn das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Eidgenossen sei bei der grossen Mehrzahl der deutschen wie der romanischen Schweizer weit stärker als das Gefühl der ursprünglichen nationalen Beziehungen.³⁰³ Angesprochen wird hier die Fähigkeit der kollektiven, nationalen Identität, andere kollektive Identitäten respektive Loyalitätsbezüge zu überformen. Im vorliegenden Fall bedeutet dies, dass die Willensnation die Kulturnation zu integrieren vermag.

Die Neutralität war eine der Leitideen beziehungsweise Leitwerte des Nationskonzeptes. Zu beachten ist, dass es nie eine verbindlich festgeschriebene offizielle schweizerische Konzeption der Neutralität gab.³⁰⁴ Die aussenpolitische Abstinenz war eine wesentliche Bedingung, um divergierende Tendenzen im Innern zu neutralisieren. Sie war die eigentliche Voraussetzung des Konsolidierungsprozesses. Nach 1848 dominierte in der offiziellen Begründung der Neutralität die Unabhängigkeitsfunktion, deren hauptsächliche Faktoren die bewaffnete Neutralität und die Freihandelsfunktion waren.³⁰⁵ Es galt: „Mutual

³⁰⁰ LB, 17.9.1870, Nr. 221.

„Die Republik ist nicht nur die erhabenste, sie ist auch die einfachste Staatsform, allein sie verlangt auch den höchsten Inhalt.“ (LB, 9.2.1871, Nr. 34.)

³⁰¹ Siehe: Kapitel „2.2 Nation und nationale Identität“.

³⁰² NZZ, 13.8.1870, Nr. 414, 1. Blatt.

³⁰³ NZZ, 1.2.1871, Nr. 57, 1. Blatt.

³⁰⁴ RIKLIN, Alois, Die Neutralität der Schweiz, In: Ders., HAUG, Hans und Raymond PROBST (Hrsg.), Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern 1992, S. 196.

1848 wurde bewusst auf die Erwähnung der Neutralität im Zweckartikel verzichtet, da man davon ausging, dass die Neutralität gewohnheitsrechtlich zu materiellem Verfassungsrecht geworden sei. (Ebenda, S. 198.)

³⁰⁵ Ebenda, S. 199 f.

Nach Riklin hatte im Laufe der Zeit die Neutralität fünf Funktionen inne: 1. eine innenpolitische Integrationsfunktion, 2. eine aussenpolitische Unabhängigkeitsfunktion, 3. eine aussenwirtschaftliche Freihandelsfunktion, 4. eine europäische Gleichgewichtsfunktion und 5. eine universelle Dienstleistungsfunktion. Die ersten vier Funktionen haben heute an Bedeutung verloren, die fünfte gewonnen. (Ebenda, S. 207.)

ignorance within and abstentionism without – these were the implications of the Swiss national identity.“³⁰⁶ Nach 1870 wurde die Neutralität als Schutzwall betrachtet, hinter dem man in völliger Sicherheit seinen Geschäften nachgehen konnte und sich immer mehr kosmopolitischen Idealen hingab – es kam zur politischen Introversion.³⁰⁷ Dass die Politik sich bisweilen nicht an den hochgehaltenen Idealen orientierte, wurde als Widerspruch akzeptiert. Entsprechend diesen Grundlagen erklärte der Bundesrat noch vor der französischen Kriegserklärung die Schweiz im unmittelbar bevorstehenden Krieg als neutral.³⁰⁸ Auch die untersuchten Zeitungen vertraten unisono den Grundsatz der Neutralität. Die Neutralität wurde somit von einem zu Beginn politischen Instrument zu einem Leitwert des Nationskonzeptes – der Prozess der Intensivierung eines Faktors des Nationskonzeptes lässt sich im nachfolgenden Zitat exemplarisch nachvollziehen:

„Selbst ist der Mann, und selbst jedes Volk, welches auf eine geachtete Stellung im europäischen Staatensystem Anspruch macht. Auf die eigene Kraft wollen wir vor Allem bauen und der ganzen Welt in schlagender Weise zur Ueberzeugung bringen, daß der Schweiz noch ein gutes Stück Lebenskraft beschieden und sie berechtigt ist, ihre Neutralität nicht auf die Gnade der Nachbarstaaten, sondern auf eigenen, selbstbewußten Willen zu gründen.“³⁰⁹

Mehrere Aspekte werden in diesem Artikel angesprochen: Erstens beruht die Neutralität auf der „eigene[n] Kraft“ und zweitens auf einem „eigenen, selbstbewussten Willen“. Drittens wurde die Neutralität auf „Gnade der Nachbarstaaten“, wie sie 1815 auf dem Wiener Kongress noch interpretiert wurde, abgelehnt. Die Interpretation der Neutralität hatte sich durch das intensivierte politische Selbstbewusstsein verändert: Die Neutralität

³⁰⁶ KRIESI, State Formation and Nation Building, S. 18.

Oder: Die Schweiz wandte sich jener Aussenpolitik zu, „welche in der modernen Welt einen Kleinstaat retten kann: die vollständige Passivität in der großen Politik“. (TREITSCHKE, Heinrich von, Bundesstaat und Einheitsstaat, In: Historische und Politische Aufsätze, 2. Band: Die Einheitsbestrebungen zertheilter Völker, Leipzig 1871 (4., vermehrte Auflage), S. 154.

³⁰⁷ BONJOUR, Edgar, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Basel 1978, S. 68. Nachstehend zitiert als: BONJOUR, Geschichte der schweizerischen Neutralität.

³⁰⁸ Der Bundesrat schrieb in seiner Botschaft an die Bundesversammlung vom 16. Juli 1870 zur Neutralität: „Welche Stellung die Schweiz zu diesem Konflikte einzunehmen habe, kann nicht zweifelhaft sein. Die europäischen Verträge, wie das Gebot der eigenen Selbsterhaltung, empfehlen ihr übereinstimmend die Neutralität, d. h. die Nichteinmischung in diese ihr fremden Händel. Damit indeß diese Stellung wirksam gewahrt werden könne, bedarf es der vollen Entschlossenheit der schweizerischen Nation, jeden fremden Krieger, der sich ihrem Gebiete nahen wollte, mit den Waffen in der Hand zurückzuweisen.“ (Schweizerisches Bundesblatt, Band 3, Nr. 29, 23.7.1870.)

Der Bundesrat untersagte alle Lieferungen von Kriegsmaterial und Waffen an die im Krieg stehenden Mächte, verbot die Truppenanwerbung auf Schweizer Boden und hielt die Presse zur Unparteilichkeit an. (BONJOUR, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 66.)

³⁰⁹ NZZ, 19.7.1870, Nr. 364, 1. Blatt.

Gleich nach Kriegsausbruch betonte die *Gazette de Lausanne*: „...ils [= „nos soldats“] sont échelonnés sur nos frontières, bien résolus à faire respecter notre neutralité.“ (GdL, 28.7.1870, Nr. 175.) Von Interesse ist hier die Betonung des „wir“. Es ist nicht von der schweizerischen Neutralität beziehungsweise von den Schweizer Soldaten die Rede, sondern explizit von „nos soldats“ und „notre neutralité“. Diese Worte machen deutlich, dass in Anbetracht des Krieges die angestrebte Geschlossenheit nach aussen funktionierte.

als Leitwert des Nationskonzeptes konnte nicht mehr von der Gnade der europäischen Mächte abhängig sein. Sie musste nun aus eigenem Willen, aus eigener Kraft erfolgen, und vor allem unabhängig von jeglichen europäischen Mächtekonstellationen sein.³¹⁰ Zu beachten ist, dass gerade dieser Faktor des Nationskonzeptes von anderen europäischen Mächten kritisiert wurde. Die Schweiz musste sich den Vorwurf gefallen lassen, dass die Neutralität, die Nichteinmischung, ein Abseitsstehen, eine Interesselosigkeit signalisiere, die moralisch fragwürdig und nur auf den eigenen Vorteil bedacht sei. Dieser Vorwurf wurde von den Akteuren des Nationskonzeptes allgemein damit entkräftet, indem die Neutralität mit der Humanität verbunden wurde, und zwar so, als das eine mit dem anderen korrelieren würde.³¹¹ Dem Vorwurf der Neutralität begegneten die analysierten Organe mit dem Argument der humanitären Unterstützung für Flüchtlinge, die erst durch die Neutralität möglich werde. Aus der humanitären Unterstützung wiederum liess sich aussenpolitisches Kapital gewinnen: aufgrund der humanitären Hilfe, die beiden Krieg führenden Parteien zukam, liess sich „ein neuer Faden“ für die Wiederversöhnung der Nationen knüpfen. Nahm man für die Krieg führenden Nachbarstaaten zwar keine Partei, so beteiligte man sich doch aktiv an den Friedensbemühungen.³¹² Zudem war den politischen Akteuren bewusst, dass die Neutralität den europäischen Mächten zwar mehr oder weniger Respekt einflösste, jedoch nicht auch unbedingte Souveränität für alle Zeiten versprach; entsprechend setzten sie nun vermehrt auf die bewaffnete Neutralität. Höhere Militärausgaben machten es möglich, moderne Waffen zu beschaffen und so die militärische Schlagkraft entscheidend zu verbessern. Somit wurde den europäischen Mächten demonstriert, dass man die Souveränität der Nation Schweiz notfalls auch mit Waffen verteidigen würde.³¹³ Unerlässliche Basis für diese Politik bildeten die nationalen Einigungskriege sowie die Demokratische Bewegung, die einen nachhaltigen Anstoss zur Neugestaltung der Militärverhältnisse zur Folge hatten. Es kam zu einer Aktualisierung der Vorstellungen über Nation und Militär.³¹⁴ Gleichzeitig setzte der Ausbau der Armee die

³¹⁰ Dennoch waren sich die politischen Milieus bewusst, dass die Existenz der Schweiz von einem ausgeglichenen europäischen Mächtesystem abhängig war, wollte der republikanische Kleinstaat weiterhin als souveräner Staat bestehen.

³¹¹ „Da öffnet sich der werkhätigen Manneskraft und der opferfähigen Menschenliebe ein reiches Feld, wo die Pflichten der Neutralität mit den Geboten der Humanität in schönen Einklang sich setzen lassen.“ (NZZ, 17.1.1871, Nr. 29, 1. Blatt.)

³¹² Dass die Handhabung der Neutralität durch die Bundesregierung nicht immer auf ungeteilte Zustimmung aller politischen Milieus stiess, lag, trotz Grundkonsens, auf der Hand. Als am 18. Januar 1871 der preussische König zum deutschen Kaiser proklamiert wurde, widmete sich der *Grütlianer* in einem Artikel der Neutralität. Das linksorientierte Blatt störte sich daran, dass die bundesrätliche Politik gegenüber dem preussischen Gesandten eine „zu kriechende“ sei: „Sind wir wirklich denn schon so weit gekommen, daß die Söhne Winkelried's Alles ruhig hinnehmen müssen, was von mächtigen Freiheitsschlächtern uns zugefügt wird?!“ (GRÜT, 18.1.1871, Nr. 3.)

³¹³ Der Bundesrat in seiner Botschaft an die Bundesversammlung vom 16. Juli 1870: „Der rasche Gang der Ereignisse nöthigte den Bundesrath, bereits ein Truppenaufgebot in größerem Maßstabe zu treffen. Nach seiner Ansicht muß die Schweiz von Anfang an den kriegführenden Mächten den Beweis leisten, dass sie auch die größten Opfer nicht scheut, um ihre politische Stellung mit Nachdruck [sic!] aufrecht zu erhalten.“ (Schweizerisches Bundesblatt, Band 3, Nr. 29, 23.7.1870.)

³¹⁴ JAUN, Rudolf, *Armee und Nation. Schweizerische Militärdiskurse des 19. Jahrhunderts im Widerstreit*, In: ALTERMATT, Urs, BOSSHART-PFLUGER, Catherine und Albert TANNER (Hrsg.), *Die*

Integration im Innern fort, wurde die Waffe in der Hand des Bürgers Symbol des republikanischen Staates.³¹⁵

Während die Proklamation der französischen Republik die Akteure des Nationskonzeptes bestätigten und ihr politisches Selbstbewusstsein stärkte, erforderte die deutsche Reichseinigung beziehungsweise die Annexion von Elsass und Teilen Lothringens im speziellen – wie bereits erwähnt – eine Anpassung des bisherigen Nationskonzeptes. Die Monarchie beziehungsweise die „Militärdespotie“³¹⁶ wurde als Gefahr für das republikanische Prinzip empfunden, und die Annexion aufgrund des Nationalitätsprinzips als Bedrohung für die (Willens-)Nation Schweiz. Trotz des Unbehagens wurde die Reichseinigung von allen untersuchten Zeitungen akzeptiert, meist sehr wohlwollend als logische Konsequenz der Geschichte, bisweilen nur widerwillig als Verwirklichung machtpolitischer Ziele Bismarcks. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang eine Aussage im Bericht der Kommission des Nationalrats über die Geschäftsführung des Bundesrats und des Bundesgerichts im Jahre 1870: „Die Vereinigung der deutschen Staaten zu einem deutschen Kaiserreich und zu einer Regierungsform, welche mit derjenigen der Schweiz und der amerikanischen Union mancherlei Aehnlichkeit hat, war ein Ereigniß, welches in unserm Vaterland mit verschiedenen, zum Theil sich durchkreuzenden Gefühlen aufgenommen wurde.“³¹⁷ Die „durchkreuzenden Gefühle“, die „zum Theil“ herrschten, betrafen primär den Liberalismus, die republikanische Staatsform und die Demokratie. Während die beiden letzteren Aspekte klar zum Konzept der Nation für alle politischen Milieus gehörten, wurde der erste Aspekt, der Liberalismus, lediglich von den entsprechenden politischen Milieus vertreten. Dies macht deutlich, dass neben den Kernelementen, die allen Milieus gemeinsam waren, noch weitere Faktoren hinzukamen, die lediglich für einzelne Milieus relevant waren, das heisst es existierten Faktoren, die lediglich Teil der kollektiven Identität eines spezifischen Milieus waren, es jedoch nicht schafften, in das Gesamtkonzept der Nation aufgenommen zu werden.

Die Anpassung beziehungsweise Intensivierung des bisherigen Nationskonzeptes erfolgte innerhalb einzelner Faktoren, wie zum Beispiel der Republik, der Neutralität und der Humanität. Aufgrund des intensivierten politischen Bewusstseins erhielten diese Elemente eine stärkere Betonung, denn gerade diese eigneten sich, um Geschlossenheit nach

Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert, Zürich 1998, S. 156. Nachstehend zitiert als: JAUN, Armee und Nation.

Dennoch scheiterte die angestrebte Umwandlung der aus kantonalen Kontingenten gebildeten Armee in eine rein republikanisch-national motivierte „nation armée“ politisch halbwegs an der Verfassungsrevision von 1872 beziehungsweise 1874. (Ebenda, S. 149 f.) 1874 kam es lediglich zu einer Zentralisierung der Militärausbildung; die Zentralisierung des gesamten Militärwesens scheiterte in der Volksabstimmung. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hatte zugleich eine militärische Sozialisation zur Folge, die das nationale Bewusstsein intensivierte.

³¹⁵ LENGWILER, Martin, Männlichkeit, und Nervenstärke. Zur Bedeutung von Militär und Krieg für die Gründung des Bundesstaates, In: BLATTMANN, Lynn und Irène MEIER (Hrsg.), Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998. S. 131.

³¹⁶ LB, 17.8.1870, Nr. 194.

³¹⁷ Schweizerisches Bundesblatt, Band 2, Nr. 24, 17.6.1871.

Aus der Quelle ist nicht ersichtlich, was mit der Ähnlichkeit der Regierungsform gemeint ist. Es lässt sich lediglich vermuten, dass hier der Föderalismus angesprochen wurde.

aussen zu demonstrieren. Wie bereits im Theoriekapitel erwähnt, beruht das Bewusstsein der kollektiven Identität auf der Teilhabe an einem gemeinsamen Wissen und einem gemeinsamen Gedächtnis, die durch das Sprechen einer gemeinsamen Sprache oder die Verwendung eines gemeinsamen Symbolsystems vermittelt wird. Im vorliegenden Fall wird mangels gemeinsamer Sprache die gemeinsame Basis in der Argumentation beschworen, um die Geschlossenheit nach aussen zu verdeutlichen. Die Annexion von Elsass und Teilen Lothringens wurde von allen untersuchten Zeitungen abgelehnt – sie entsprach nicht dem Willen freier Völker. Das wichtigste Attribut der Republik, die Freiheit, wurde tangiert. Befürchtungen, dass die Annexion konkrete Folgen für die Schweiz haben könnte, teilten nicht alle Zeitungen. Weitaus am deutlichsten äusserte sich das katholisch-konservative Organ in dieser Hinsicht, das sowohl von einer Bedrohung von aussen durch Deutschland wie auch von innen durch die bereits ansässigen Deutschen sprach und als Konsequenz eine Rückbesinnung auf die Schweiz forderte – man zog sich auf sich selbst zurück. Der *Grütli* sprach zwar ebenso von einer Bedrohung, sah aber in einer europäischen Konföderation die Lösung; die Neutralität wurde von ihm offensichtlich nicht in Erwägung gezogen. Beide Argumentationen zeigen deutlich die Divergenzen zwischen den politischen Milieus: Während das katholisch-konservative sich auf sich selbst besinnen wollte, trat das linksorientierte Milieu nach aussen und wollte mit Hilfe anderer Staaten der vermeintlichen Bedrohung entgegentreten. Trotz divergierender Vorstellungen des Konzeptes kam es aber nicht zu einer Auseinandersetzung um das Nationskonzept, denn das Ziel, die Souveränität der Republik Schweiz zu erhalten, war dasselbe. Entsprechend intensivierte sich das Beschwören der gemeinsamen Kernelemente Republik und Souveränität. Stimmen, die einen Anschluss an Deutschland forderten, fanden sich in den untersuchten Zeitungen keine.³¹⁸ Die Diskussion um die Gebietserweiterung auf Kosten Frankreichs wurde lediglich von wenigen Zeitungen aufgenommen und unisono abgelehnt, da eine solche sich als Bumerang erweisen könnte. Der Kleinstaat Schweiz konnte sich keine diesbezüglichen Ambitionen leisten. Der Tonhallekrawall beziehungsweise die Internierung der Bourbaki-Armee wiederum zeigte

³¹⁸ Die teilweise Bewunderung für das kulturelle und wissenschaftliche Deutschland fand unter anderem in der Person des Zürcher Dichters Gottfried Keller seinen Ausdruck. Für Keller bedeutete die teilweise Bewunderung eine Diskrepanz zwischen seinem Schweizertum einerseits und seiner deutschen Kulturverwandtschaft andererseits. Diese Diskrepanz lässt sich anhand der Polemik um einen Trinkspruch Kellers deutlich darlegen. Im März 1872 verabschiedete Keller einen Professor der Universität Zürich mit unter anderem folgenden Worten: „...der Sinn meiner nicht studierten Rede war kurz gesagt der: Gusserow möchte die Straßburger von ihren alten Freunden, den Zürchern, grüssen und ihnen sagen, sie möchten sich nicht allzu unglücklich fühlen im neuen Reiche. Vielleicht käme eine Zeit, wo dieses deutsche Reich auch Staatsformen ertrüge, welche den Schweizern notwendig seien, und dann sei eine Rückkehr der letzern wohl denkbar.“ (Gottfried Keller, In: Basler Nachrichten, 1.4.1872.) Die Worte Kellers wurden von der Schweizer Bevölkerung und mitunter auch von der Schweizer Presse mit Empörung aufgenommen. Man tat dem Dichter mit dieser heftigen Reaktion allerdings Unrecht, denn an seiner vaterländischen Gesinnung war nicht zu zweifeln. Die Problematik lag vielmehr darin, dass seine Worte noch in der Tradition der beiden vorangehenden Jahrzehnte standen. Keller hatte den Prozess der Jahre 1866 bis 1871 ignoriert, das heisst ihm fehlte die Einsicht, dass das nun ausgeprägt vorhandene schweizerische Nationalbewusstsein sich nicht mehr mit den früheren Formen germanophiler Gesinnung vertrug. (URNER, Die Deutschen in der Schweiz, S. 66 f.)

einen weiteren Faktor des Nationskonzeptes: die Humanität.³¹⁹ Diese wurde zwar bereits mit der Gründung des Rotes Kreuzes im Jahre 1863 für das Konzept adaptiert, konnte aber erst mit der Internierung der französischen Ostarmee vollends im Sinne des Nationskonzeptes angewandt und vor allem instrumentalisiert werden, und zwar von allen politischen Milieus. Stellvertretend für alle politischen Milieus steht der *Grütli*aner, der es erhebend fand, wie die Bevölkerung in der Unterstützung der unglücklichen Franzosen wetteiferte. Gleichzeitig schätzte man sich glücklich, einem Volke anzugehören, dessen humane Opferwilligkeit über Alles erhaben sei.³²⁰ Wie bereits erwähnt, liess sich aus der Humanität einen Beitrag zur internationalen Solidarität gewinnen – der Neutralitätsgedanke erhielt eine humanitäre Rolle zugeteilt, womit die drohende egoistische Isolation gesprengt werden konnte³²¹.

Um die Intensivierung einzelner Faktoren des bisherigen Nationskonzeptes nachzuvollziehen, ist ein Rückgriff auf den Entstehungsprozess des Konzeptes notwendig. Nach 1815 konnte sich das Nationalbewusstsein ähnlich wie in Frankreich auf eine territorial und politisch begrenzte Gemeinschaft beziehen. Wie bereits im Theoriekapitel erläutert, hatte Ursula Meyerhofer in ihrer Monographie nachgewiesen, dass der Republikanismus sich erst in den 1840er Jahren als Wahrnehmung einer gemeinsamen Basis entwickelte und die Qualität einer nach aussen definierenden Kraft beziehungsweise die Kraft zur innenpolitischen Integration erhielt. Weil dieses Gegenmodell zu einem Europa der (monarchischen) Nationen als Ausdruck bürgerlicher Selbständigkeit und politischer Gestaltungskraft seine Wurzeln vor 1848 hat, kann Meyerhofer hinsichtlich der nationalen Identität die Bundesstaatsgründung lediglich als eine geringfügige Zäsur bezeichnen.³²² Die Bundesverfassung von 1848 war allerdings hinsichtlich der kantonalen Souveränität von Bedeutung. Der Bund an sich war nämlich zu

³¹⁹ Zu beachten ist, dass das liberale Organ der Romandie bereits bei Kriegsbeginn die Humanität erwähnte: Die *Gazette de Lausanne* betonte Ende Juli 1870, dass in diesem unseren Land noch nie vergeblich an die „philanthropie“ und die „charité“ appelliert wurden. Gleichzeitig sprach man die Rolle der Presse an, der die noble Aufgabe („la noble tâche“) zufiel, eine führende Rolle bei einer humanitären Spendenaktion zu spielen. (GdL, 28.7.1870, Nr. 175.) Auch die *Tagwacht* verband bereits Mitte August die humanitäre Schweiz mit der Existenzberechtigung der Nation Schweiz und äusserte dabei deutlich ein republikanisches Selbstbewusstsein: „Die Leute waren sehr froh, daß sie endlich in der Schweiz waren, wo man ihnen menschenfreundlich in ihrem Bedrängniß zur Seite stand. Es ist fürwahr eine schöne Aufgabe unserer kleinen Republik, in diesen Tagen der schweren Noth und des Jammers das Prinzip einer besseren Zukunft zu pflegen und mit brüderlicher Hand so weit als möglich die Wunden zu heilen, welche die Brüder da draußen auf Befehl ihrer Monarchen einander schlagen müssen. Schon darin allein liegt eine Nothwendigkeit der Existenz der Schweiz, inmitten des zäsaristischen Europa - schon deswegen ist sie unantastbar.“ (TW, 27.8.1870, Nr. 28. Im Artikel handelt es sich spezifisch um deutsche Flüchtlinge aus Paris.)

³²⁰ GRÜT, 15.2.1871, Nr. 7.

³²¹ IM HOF, Mythos Schweiz, S. 185.

³²² Vgl.: MEYERHOFER, Von Vaterland, Bürgerrepublik und Nation; TANNER, Willensnation versus Kulturnation.

Zum Gegenmodell: „Dem Auslande gegenüber zu zeigen, dass eine Republik kein Unsinn, keine Unmöglichkeit“ sei, das heisst die Republik und die Demokratie in den Augen der Nationen achtenswert zu machen, dies wurde und war für überzeugte Liberale und Radikale so etwas wie die historische Mission der Schweiz. Die „Berechtigung der Republik“ ist [...] jene politische Idee, „die der Existenz der Schweiz zu Grunde liegt“. (Schweizerischer Republikaner, 10.10.1845, zitiert nach: TANNER, Willensnation versus Kulturnation, S. 187.)

diesem Zeitpunkt für die Bürger kaum sichtbar und zwischen Föderalismus und Zentralismus herrschte sowohl Spannung als auch Harmonie. Erst mit der Einführung des Referendums anlässlich der Totalrevision der Bundesverfassung im Jahre 1874 verschoben sich die Gewichte: die Bundesverfassung beschränkte langsam und sukzessive die kantonale Souveränität.³²³ Für die kollektive, nationale Identität war allerdings die Doppelidentität Heimatkanton/Bund nach wie vor von Bedeutung.³²⁴ Aussenpolitisch wurde nach 1848 das Gefühl des Isoliertseins im monarchisch regierten Europa mit der strikten Neutralität, die zunächst lediglich ein politisches Instrument blieb, kompensiert; gleichzeitig wurde sie innenpolitisch zu einem wichtigen Integrationsmittel. Das Aufkommen des ethnischen Nationalismus bewirkte in den 1860er Jahren, dass die Akteure des Konzeptes Nation Schweiz als Gegenreaktion nun zunehmend die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt ihres Nationalstaates thematisierten. Mit dem Leitbild, Europa und der Welt das friedliche Zusammenleben dreier (respektive vierer) Kulturen und Sprachen vorzuleben, konstruierten die politischen Akteure eine neue Rechtfertigung für die nationalstaatliche Existenz der Schweiz.³²⁵ Der deutsch-französische Krieg, und weniger der preussisch-österreichische Krieg im Jahre 1866, der nicht unmittelbar vor der Haustüre ausgetragen wurde, war das erste Ereignis, um dieses Leitbild beziehungsweise das Nationskonzept zu plausibilisieren. Die Plausibilisierung gelang, weil das Konzept durch die Annexion von Elsass und Teilen Lothringens und die monarchische Staatsform Deutschlands in einzelnen Faktoren, nämlich Republik, Neutralität und Humanität, intensiviert wurde und schliesslich in einem politischen (republikanischen) Sendungsbewusstsein gipfelte. Letzteres wurde ebenfalls durch die Proklamation der Republik in Frankreich unterstützt.

Die im Theoriekapitel erwähnten und von Im Hof formulierten Faktoren, die für die Mehrheit der Schweizer als für ihre nationale Identität massgebend waren, wurden mehr oder weniger auch im deutsch-französischen Krieg angesprochen; dasselbe gilt für die negativ formulierten.³²⁶ Mit Ausnahme des Schulwesens, des Arbeitsethos, der militärischen Heldentaten und der Konfession wurden alle Komponenten in das politische Sendungsbewusstsein miteinbezogen und dienten somit der Geschlossenheit nach aussen beziehungsweise der Abgrenzung gegenüber dem Fremden. Während zum Beispiel hinsichtlich der Armee eine intensiviert Deutung militärischer Stärke und

³²³ IM HOF, Mythos Schweiz, S. 181 f.

³²⁴ Die *Tagwacht*. „Wir haben in unserer Schweiz, Dank dem Gemeinds- und Kantonsbürger-System, noch so ein Stück Mittelalter verkörpert, so daß es sehr leicht ist, sich das eben Gesagte zu veranschaulichen. Haben wir nicht noch genug Kirchthumphilister? Noch genug derartige kostbare Exemplare, deren nationaler Gesichtskreis durch das behagliche Gefühl beschränkt wird, ‚Burger‘ von Spreitenbach, Hüttikon u. s. w. zu sein? Haben wir nicht noch genug Leute, deren Heimaths-Kantonsgränze auch die Gränze ihres politisch-nationalen Horizontes ist, die sich zu allererst als Graubündner, Berner oder Vaudois fühlen? - Leider! Dies ist ja gerade die stärkste, dunkelste Schattenseite der schweizerischen Zustände. Aber die Neuzeit räumt unbarmherzig mit den Grenzpfählen auf und die Abgrenzungen, welche vor 50 Jahren noch Gebiete von einander trennten, sind in der Zeit des Dampfes, der Telegraphie und der Großindustrie unmöglich geworden. Und mit den politischen Gränzen erweitert sich auch der Gesichtskreis der Massen.“ (TW, 29.4.1871, Nr. 18.)

³²⁵ TANNER, Willensnation versus Kulturnation, S. 196.

³²⁶ Siehe: S. 39.

Kriegstauglichkeit zur Legitimation des staatlichen Souveränitätsanspruchs und eine Deutung des Krieges als Prüfung dieses Anspruchs zu beobachten ist³²⁷, wurde das Asylrecht, das eine starke innenpolitische Dimension aufwies und teilweise instrumentalisiert wurde, selten in die Diskussion um das nationale Bewusstsein anlässlich des deutsch-französischen Krieges einbezogen; die Internierung der französischen Ostarmee wurde primär unter dem Aspekt der humanitären Hilfe besprochen. Die vorherrschende Problematik zwischen den Kompetenzen des Bundes und denjenigen der Kantone im Asylrecht machten diesen Faktor der nationalen Identität untauglich, um Geschlossenheit nach aussen zu demonstrieren.³²⁸ Durch den deutsch-französischen Krieg wurde auch die Pressefreiheit tangiert. Diese wurde ohne Wenn und Aber verteidigt, als unverrückbares Gut der nationalen Identität betrachtet, da sie zur Republik und ihrem wichtigsten Attribut, der Freiheit, gehörte. Dass die Pressefreiheit bisweilen mit der Neutralität kollidierte, lag in der Natur der Sache. Der *Landbote*:

„Sollen wir die Resignation auch dahin ausdehnen, daß wir uns die Pflicht des Schweigens, die Niederhaltung der öffentlichen Meinung, die diplomatische Rücksichtnahme auf alles, was jenseits des Rheines übel vermerkt werden könnte, auferlegen; daß wir uns des freien Wortes freier Männer im eigenen Lande begeben? Wir antworten mit Nein und fügen hinzu: Wehret den Anfängen!“³²⁹

Der Prozess der Ausbildung der kollektiven, nationalen Identität widerspiegelte sich auch in der offiziellen Aussenpolitik, die einer eigentlichen aussenpolitischen Abstinenz gleichkam. Im Jahre 1848 wurde das Eidgenössische Politische Departement geschaffen, welches jeweils unter der Leitung des jährlich wechselnden Bundespräsidenten stand – der Aussenpolitik wurde vorerst nur eine marginale Bedeutung beigemessen. Im Weiteren wurden nach wie vor die diplomatischen Vertretungen in Wien und Paris unterhalten (beide wurden noch vor 1848 eingerichtet); später kamen noch Vertretungen in Turin (1864) und in Berlin (1867) hinzu. Zusätzlich unterhielt der Bund nebenamtliche Konsuln und einige Generalkonsuln. Diese marginale Aussenpolitik kann wie folgt beschrieben werden: Die Diplomatie gegenüber dem Ausland war eigentlich eine Nicht-Diplomatie.³³⁰ Diese Nicht-Diplomatie korrespondierte zur propagierten Bescheidenheit in zahlreichen Artikeln der untersuchten Zeitungen, die Teil der nationalen Identität war. Die

³²⁷ JAUN, Preussen vor Augen, S. 130.

³²⁸ Die Kantone machten je nach der politischen Konjunkturlage von ihren Vorrechten Gebrauch und verschafften ihrem Recht zur Gewährung von Asyl an Einzelpersonen oder an Gruppen von Asylsuchenden Geltung, ungeachtet des durch die betroffenen Staaten ausgeübten diplomatischen Drucks, dem sich das Direktorium und der Bundesrat immer wieder ausgesetzt sahen. (BUSSET, Thomas, La politique du refuge en Suisse 1820-1870, réalité et mythe, In: Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, 25/1999, S. 62.)

³²⁹ LB, 19.1.1871, Nr. 16.

³³⁰ KÄSTLI, Die Schweiz – eine Republik in Europa, S. 402 ff.

Roland Ruffieux sprach, allerdings mit Bezug auf die gesamte schweizerische Politik, für jene Phase von einer „formule suisse“. Diese bestehe aus „de privilégier en politique extérieure l'Etat multinational, le lien fédératif et le libre-échange“. (RUFFIEUX, Roland, La politique extérieure de la Suisse et le tournant européen de 1866-1872: Illustration du cas particulier?, In: Itinera, Fasc. 7, 1987, S. 15.)

Bescheidenheit galt als Attribut des „republikanischen Auftretens“, auch wenn sie nicht zum politischen Sendungsbewusstsein passte und somit den Balanceakt zwischen Stolz und Zurückhaltung, zwischen Sendungsbewusstsein und Rückzug signalisierte. Die Nicht-Diplomatie des Bundes ist somit auch Ausdruck der kollektiven, nationalen Identität der Schweiz respektive wird mit dieser legitimiert. Dass die Politik des Bundesrates nicht immer ungeteilte Zustimmung in allen politischen Milieus fand, liegt in der Natur der Sache. Ein interessantes Beispiel dafür bietet eine Polemik zwischen dem demokratischen *Landboten* und der liberalen *Neuen Zürcher Zeitung* anlässlich der Internierung der französischen Ostarmee. Der *Landbote* kritisierte den Bundesrat in seiner Haltung, sich bei Preussen rückversichert zu haben hinsichtlich der Zusage der französischen Regierung, die zurückgekehrten Soldaten nicht mehr für den Kriegsdienst zu verpflichten. Die französische Regierung sei von der Schweiz anerkannt, so dass eine Anfrage an Preussen nur die Selbständigkeit des schweizerischen Staates in Frage stelle.³³¹ Diese Kritik an der Vorgehensweise des Bundesrates veranlasste die *NZZ* wiederum, den *Landboten* zu kritisieren. Das Zürcher Blatt warf dem *Landboten* vor, mit „berechneter Arglist“ den Bundesrat einer ungerechtfertigten Haltung hinsichtlich der französischen Internierten zu beschuldigen, somit im Volk eine „verkehrte Anschauung“ hinsichtlich des Völkerrechts zu verbreiten und dadurch in Deutschland den „Argwohn völkerrechtswidriger Absichten“ zu stärken.³³² Der *Landbote* reagierte auf diese Kritik mit Antikritik: „Hat uns die ‚N. Z. Ztg.‘ ein Sündenregister heruntergelesen!“ Gemäss *Landboten* ging es hier um den „blöden Konservatismus, der gegenüber jeder selbstständigen Meinung, die nicht im gewohnten Geleise bleibt, keine andere Waffe kennt, als das Zeterschreien und Verketzern“.³³³ Die Frage der Internierung verlor aufgrund des Vorfriedens zwischen Deutschland und Frankreich am 26. Februar 1871 rasch an Aktualität. Die *NZZ* meldete sich dennoch noch einmal mit einem Fortsetzungsartikel zum Thema, indem sie erneut betonte, dass der Bundesrat nach den Regeln des Völkerrechts gehandelt habe.³³⁴ Diese Polemik zeigt, dass zwar die Souveränität des Landes in keiner Weise in Frage gestellt wurde, hinsichtlich deren Umsetzung aber divergierende Meinungen unter den politischen Milieus herrschten.

„Die grundlegenden Traditionen dieses Landes und die ersten fünf Jahrhunderte seiner Geschichte sind beinahe ausschliesslich alemannisch.“³³⁵ Die Aufgabe, sich mit einer Nationalgeschichte zu identifizieren, die im Grunde nicht die eigene war, der relativ späte Eintritt in die Eidgenossenschaft und der Umstand, eine Bevölkerungsminderheit zu sein, machte den französisch- beziehungsweise italienischsprachigen politischen Akteuren die Beteiligung an der Konstruktion der Nation nicht einfach. Dennoch verliefen die zentralen Konfliktlinien – wie dies der Sonderbundskrieg gezeigt hatte – nicht entlang der Sprachregionen, sondern quer durch sie, nämlich entlang konfessionell-politischer Milieus. Auch nach 1848 wurde die Sprachgrenze nie zu einem eigentlichen kontrovers diskutierten Thema. Weitaus wichtiger waren nach 1848 die Integration der politischen

³³¹ LB, 24.2.1871, Nr. 47.

³³² NZZ, 26.2.1871, Nr. 104, 1. Blatt.

³³³ LB, 2.3.1871, Nr. 52.

³³⁴ NZZ, 7.3.1871, Nr. 120, 1. Blatt; NZZ, 8.3.1871, Nr. 122, 1. Blatt.

³³⁵ LÜTHY, Die Schweiz als Antithese, S. 10.

Milieus im Innern (und die Geschlossenheit nach aussen). An der Republik Schweiz per se hielten alle Sprachregionen fest. Aufgrund dessen liessen sich auch keine eigentlichen Differenzen zwischen den Sprachregionen in der Rezeption feststellen, sondern lediglich innerhalb der politischen Milieus. Im Laufe des 19. Jahrhunderts kam es zu konkreten Raumvorstellungen durch die sich ausdehnende und weitere Kreise erfassende Reisetätigkeit, durch die Militärdienste, durch die Entwicklung der Kartographie und durch gesamtschweizerische Vereinsaktivitäten.³³⁶ Hatte allerdings noch während des deutsch-französischen Krieges hinsichtlich der Neigungen zu der einen oder anderen Kriegspartei die Sprachgrenze keine wesentliche Rolle gespielt, schieden sich anschliessend die politischen Sympathien an der Sprachgrenze. Da ein eidgenössisches Kulturzentrum fehlte und sich deshalb das Geistesleben bislang im engen Rahmen der einzelnen Kantone abspielte, suchte man sich nun seine kulturellen Vorbilder in Deutschland und Frankreich. Es kam zu einer geistigen Gemeinschaft der Kulturnation, während auf der anderen Seite die politische Gemeinschaft der Nation Schweiz allerdings weiterlebte.³³⁷ Dieser Balanceakt gelang genau so lange, wie die nationale die kulturelle Identität überformen konnte und vor allem auch die nationale mit der kulturellen Identität weder von aussen noch von innen in Konkurrenz gesetzt wurde. 1914 gelang es für kurze Zeit nicht mehr, die Balance zu halten. Mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges wandte sich die deutschsprachige Schweiz mehrheitlich Deutschland, die französischsprachige Schweiz mehrheitlich Frankreich zu, was eine schwere innenpolitische Krise nach sich zog. Nur mit Mühe gelang es den politischen Akteuren mittels der nationalen Identität die Spannungen zu überformen.

Die Kultur spielte in der nationalen Identität der Schweiz eine bedeutende Rolle, wenn auch stärker im Sinne der kulturellen Identität eines vielsprachigen Staates als im Sinne einer eigentlichen Kulturpolitik. Nach der Gründung des Bundesstaates wurde in der Aussenpolitik die Kultur zu einem Nebenzweig der Handels- und Wirtschaftsaktivitäten. In den Weltausstellungen fanden nationales Prestige und der Kampf um Absatzmärkte in überschwenglichen Ausdrucksformen zusammen. Die Schweiz, deren Wirtschaft vor dem entscheidenden Durchbruch stand, konnte sich diesen Weltausstellungen nicht entziehen.³³⁸ Die Kultur war entsprechend nie Selbstzweck, sondern Marktwert und Hilfsmittel zur Förderung der Wirtschaft einerseits, Mittel zur Verklärung und Verteidigung des politischen Systems andererseits.³³⁹ Nach 1848 stand die gesamte künstlerische Produktion unter der Forderung nach einer nationalen Schweizer Kunst.³⁴⁰ Für die

³³⁶ KREIS, Georg, Die besseren Patrioten. Nationale Idee und regionale Identität in der französischen Schweiz vor 1914, In: DE CAPITANI, François und Georg GERMANN (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848-1914. Probleme - Errungenschaften - Misserfolge, 8. Kolloquium der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften 1985, Freiburg (Schweiz) 1987, S. 59.

³³⁷ HUNZIKER, Die Schweiz und das Nationalitätsprinzip, S. 172 ff.

³³⁸ JOST, Hans Ulrich, Anfänge der kulturellen Aussenpolitik der Schweiz, In: ALTERMATT, Urs und Judit GARAMVÖLGYI (Hrsg.), Innen- und Aussenpolitik. Primat oder Interdependenz? Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer, Bern 1980, S. 583. Nachstehend zitiert als: JOST, Anfänge der kulturellen Aussenpolitik.

³³⁹ Ebenda, S. 588.

³⁴⁰ VOGEL, Matthias, Idealistischer Naturalismus oder naturalistische Idylle. Die Schweizer Genremalerei des 19. Jahrhunderts im internationalen Kontext, In: KLEMM, Christian (Hrsg.),

vorliegende Studie ist vor allem die Schweizer Historienmalerei von Interesse. Eines der beliebtesten Themen war die Darstellung von Episoden aus dem gemeinsamen Kampf gegen eine fremde Macht. Die historischen Spannungen zwischen den Kantonen wurden hingegen nur selten thematisiert.³⁴¹ Der Krieg von 1870/71 löste eine Welle monumentaler Grosspanoramen aus. Das bekannteste Beispiel beziehungsweise „der Extremfall des Ereignisbildes“³⁴² ist das Bourbaki-Panorama von Edouard Castres.

3.5 Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen

Die kriegsrische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich hatte auch Einwirkungen und Konsequenzen auf die Gesellschaft und ihre Institutionen der am Krieg nicht beteiligten Schweiz. Durch die Fokussierung auf den Krieg fand nun eine Schärfung des Problembewusstseins statt.³⁴³

Während den Jahren 1870 und 1871 befand sich die Schweiz weder in einer gesellschaftlichen noch wirtschaftlichen Krisenphase. Die letzte Krisenphase war Ende der 1860er Jahre vorbei, als die Demokratische Bewegung mit der Durchsetzung von Verfassungsrevisionen auf Kantonsebene erfolgreich war. Nach einer nur kurzen Phase der zielstrebigsten Realisierung aller Handlungspläne der demokratischen Aufsteiger geriet die Schweiz aber bereits Ende der 1870er, Anfang der 1880er Jahre erneut in eine Krise³⁴⁴. Diese breite Orientierungssicherheit Anfang der 1870er Jahre erklärt, warum – trotz der Bedeutung des Ereignisses für das Konzept der Nation Schweiz – die analysierten Zeitungen lediglich marginal über Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen berichteten.³⁴⁵ Die (vermeintliche) Bedrohung von aussen konnte die in sich weitgehend gefestigte nationale Identität nicht grundsätzlich in Frage stellen. Entsprechend sahen ihre definitionsmächtigen Akteure

Von Anker bis Zünd. Die Kunst im jungen Bundesstaat, 1848-1900, Zürich 1998, S. 51 f. Nachstehend zitiert als: VOGEL, Idealistischer Naturalismus.

³⁴¹ VAISSE, Pierre, Schweizer Historienmalerei. Anmerkungen zu einem angeblichen Tod, In: KLEMM, Christian (Hrsg.), Von Anker bis Zünd. Die Kunst im jungen Bundesstaat, 1848-1900, Zürich 1998, S. 69.

³⁴² KLEMM, Christian, Die Kunst im jungen Bundesstaat. Der Deutsch-Französische Krieg von 1870 und sein Echo in der Schweizer Malerei, In: Ders. (Hrsg.), Von Anker bis Zünd. Die Kunst im jungen Bundesstaat, 1848-1900, Zürich 1998, S. 200 f. Nachstehend zitiert als: KLEMM, Die Kunst im jungen Bundesstaat.

³⁴³ Letztlich wurden alle Bereiche sowohl auf staatlicher als auch auf nichtstaatlicher Ebene tangiert, die sowohl direkt als auch indirekt mit den beiden Krieg führenden Staaten in Beziehung standen.

³⁴⁴ SIEGENTHALER, Krisen und ihre Beilegung, S. 37.

³⁴⁵ Diese Feststellung schliesst allerdings nicht aus, dass es nicht auch tatsächlich zu Einwirkungen und Konsequenzen gekommen ist. Es ist durchaus möglich, dass diese erst (Jahre) nach dem Krieg griffen. Wie bereits erwähnt, wird für die vorliegende Studie aber lediglich auf die Quellen während des Krieges rekurriert. So geht zum Beispiel Zimmer davon aus, dass „numerous contemporaries attributed France's defeat on the battlefield to the presumed superiority of German popular education“. (ZIMMER, A Contested Nation, S. 179.)

wenig Bedarf an Veränderungen für die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen.³⁴⁶

Weitaus am häufigsten wurden in allen analysierten Zeitungen auf die Armee und die Wirtschaft eingegangen. Hinsichtlich der Armee wurde die „Aktualisierung der Vorstellungen über Nation und Militär“³⁴⁷ allerdings bereits vorher injiziert, so dass der deutsch-französische Krieg (lediglich) als erster Test galt, ob die Reform auch hielt, was man sich von ihr versprochen hatte.³⁴⁸ Gezeigt hatte der Krieg allerdings, dass eine Verschiebung der Kompetenzen auf den Bund im Bereich der Armee unausweichlich war. Die Zentralisation des Militärwesens misslang jedoch vorerst aufgrund der Ablehnung der Totalrevision der Bundesverfassung im Jahre 1872.

Aufgrund des deutsch-französischen Krieges ging die wirtschaftliche Prosperität des Landes zurück. Die Ungewissheit über die Zukunft der Münzunion mit Frankreich (Lateinische Münzunion) liess das Vertrauen in das Kreditwesen schwinden, so dass die Geschäfte nur noch bar abgewickelt wurden, was zu einer Geldknappheit führte.³⁴⁹ Die ungenügende Verfassung des schweizerischen Geld- und Bankwesens stand zwar schon lange zur Debatte, trat aber erst mit der Finanzkrise von 1870/71 deutlich hervor. Die Forderung nach der Schaffung einer schweizerischen Münzstätte wurde laut. Zurückhaltend gegenüber einer schweizerischen Münzstätte trat die der Wirtschaft nahe stehende *Neue Zürcher Zeitung* zu Beginn des Krieges auf, da es sich „um eine verhängnißvolle, den Nationalwohlstand tief berührende Neuerung handle“³⁵⁰. Bereits im November legte das Organ seine Zurückhaltung jedoch ab und votierte klar für eine eidgenössische Münzstätte:

„Plötzlich fühlte Jedermann den Mangel einer eidgenössischen Münzstätte, welche erlaubt hätte, durch Prägung legaler Münzen, sei es aus fremden Goldmünzen oder aus Barren, dem Lande gesetzliche Währung zu verschaffen.“³⁵¹

Es ist evident, dass das Zürcher Blatt die nationale Identität der Schweiz nicht über eine eidgenössische Münzstätte definierte. Andererseits machte sie mit ihrer Aussage deutlich, dass für die Souveränität des Landes eine eidgenössische Münzstätte wichtig sei, da diese eine weitgehende Unabhängigkeit garantiere. Die Folgen der politischen Entwicklung in Europa im wirtschaftlichen Sektor diskutierte die *Neue Zürcher Zeitung* in

³⁴⁶ Von Interesse sind die Stellungnahmen des Bundesrates zum deutsch-französischen Krieg, die Einwirkungen und Konsequenzen auf die Gesellschaft und ihre Institutionen erkennen lassen. Siehe: Botschaft des Bundesrates vom 16. Juli 1870 (Schweizerisches Bundesblatt, Band 3, Nr. 29, 23.7.1870.) und Botschaft des Bundesrates vom 8. Dezember 1870 (Schweizerisches Bundesblatt, Band 3, Nr. 53, 17.12.1870.).

³⁴⁷ JAUN, Armee und Nation, S. 156 ff.

³⁴⁸ Hinsichtlich der Reform der Armee diente der deutsch-französische Krieg als Leitbild. Vorbild war die preussische Armee, welche „die Siege von 1866 und 1870 der ‚moralischen Zucht‘ und der ‚bewussten Disziplin‘ verdanke.“ (JAUN, Preussen vor Augen, S. 166.)

³⁴⁹ SENN, Hans, Deutsch-Französischer Krieg, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 5.4.2005, URL: <http://www.dhs.ch/externe/protect/textes/d/D8925.html>.

³⁵⁰ NZZ, 9.8.1870, Nr. 406, 1. Blatt.

³⁵¹ NZZ, 27.11.1870, Nr. 613, 1. Blatt.

einem Artikel vom 27. April 1871.³⁵² Die Zeitung drängte zu raschem Handeln, wenn die Schweiz „die Konkurrenz größerer und mächtigerer Nationen mit reicheren Hilfsquellen und mit einer günstigeren Lage aushalten soll“, und machte darauf aufmerksam, dass das bisher wichtigste Bezugs- und Absatzgebiet der schweizerischen Industrie, nämlich Frankreich, aufgrund des Krieges seine Bedeutung eingebüsst habe. Andererseits sah die *NZZ* durch die deutsche Reichseinigung einen mächtigen Rivalen auf sich zu kommen. Sie plädierte folglich für eine geschickte Handelspolitik vor allem hinsichtlich der Zollgesetzgebung.

Die im Jahre 1872 zur Abstimmung anstehende Totalrevision der Bundesverfassung, die letztlich aufgrund der zu vielen Postulate scheiterte, stand ebenfalls im Fokus des Krieges, fand jedoch nicht in allen analysierten Zeitungen Aufnahme. Allgemein findet man die Forderung nach mehr staatlicher Gewalt, das heisst man wollte dem Bund mehr Befugnisse übertragen und strebte eine weiterführende Zentralisation an.³⁵³ Hintergrund dieser Forderungen war, dass ein zentralisierter Bundesstaat noch besser solche (internationalen) Krisen meistern könnte. Somit erhielten jene Kräfte, die eine weitere Zentralisation des schweizerischen Bundesstaates anstrebten, durch den deutsch-französischen Krieg zusätzlichen Auftrieb. Der demokratische *Landbote* zum Beispiel publizierte einige längere Artikel zu diesem Thema. Die Veränderung der politischen Lage, die sich bereits nach der Schlacht von Sedan abzeichnete, hatte für das Blatt auch Konsequenzen für die eigenen Institutionen: „Scheuen wir uns nicht und entziehen wir uns nicht der patriotischen Pflicht, die Debatte über die Brennpunkte unserer Bundesfragen [...] wieder aufzunehmen und im Spiegel der Zeitgeschichte zu betrachten.“³⁵⁴ Zum Thema wurde vor allem die Diskussion um Zentralisation versus Föderalismus:

„Einig sollten bei ernsthafter Erwägung der Zeitverhältnisse alle Parteien darin sein, daß uns eine größere Zentralisation einfach durch die Lage Europa's aufgenöthigt wird. Es konnte das früher eine Frage der politischen Neigung sein, jetzt ist es ein Gegenstand der Pflicht; früher konnte man das Verhältniß zwischen Bund und Kantonen nach allgemeinen Grundsätzen und politischen Idealen abwägen, als wäre die Schweiz allein auf der Welt; jetzt wird die straffere Zusammenfassung aller unserer Kräfte zu einer Frage der Selbsterhaltung.“³⁵⁵

Die Stärkung der Zentralmacht musste für den *Landboten* jedoch mit einer entsprechenden Kontrolle der politischen Macht einhergehen. Und da er diese in der aktuellen Situation gefährdet sah, fiel seine Kritik an der Schwäche des aktuellen Parlaments entsprechend hart aus:

³⁵² *NZZ*, 27.4.1871, Nr. 214.

³⁵³ Siehe: *NZZ*, 1.3.1871, Nr. 109, 1. Blatt; *GdL*, 12.4.1871, Nr. 86; *LB*, 28.8.1870, Nr. 204; *LB*, 30.8.1870, Nr. 205; *LB*, 12.1.1871, Nr. 10; *GRÜT*, 14.9.1870, Nr. 37.

³⁵⁴ *LB*, 17.9.1870, Nr. 221.

³⁵⁵ *LB*, 28.8.1870 Nr. 204; siehe auch: *LB*, 17.9.1870, Nr. 221.

„Der Krieg von 1870 hat das System des Schweigens und der Unterdrückung alles offenen Meinungskampfes, der Vielschwätzeri für Bagatellsachen zur vollen Blüthe gebracht. Er hat die Bundesrevision zum Patienten gemacht, der nicht leben und nicht sterben mag; er hat uns aus dem Munde Dr. Eschers die Doktrin gebracht, daß wo der Bundesrath und die diplomatischen Rücksichten sprechen, das Parlament stille schweigt oder Vertrauensvoten abgibt.“³⁵⁶

Der *Landbote* postulierte die Umgestaltung des Systems, das heisst der Parlamentarismus bedürfe einer Volkskontrolle.³⁵⁷ Über die konkrete Ausgestaltung dieser Volkskontrolle schwieg sich der *Landbote* aus. Anzumerken bleibt, dass die Kontrolle des Parlaments durch das Volk mittels der Wahlen und des Öffentlichkeitsprinzips parlamentarischer Entscheidungsfindung eigentlich bereits gegeben war. Letztlich scheiterte die Totalrevision der Bundesverfassung 1872 am Widerstand der Katholisch-Konservativen und der französischsprachigen Föderalisten. Die Postulate des demokratischen Blattes, die unter anderem aufgrund des deutsch-französischen Krieges entstanden sind, waren noch nicht mehrheitsfähig.

3.6 Konklusion

Das neue Staatenumfeld stellte an die schweizerischen Akteure, die an der Konzeption der Nation Schweiz teilnahmen, unterschiedliche Anforderungen beziehungsweise Herausforderungen. Mit der deutschen Reichseinigung war die Vielzahl kleinerer süddeutscher Staaten verschwunden, so dass die Schweiz fortan ein Kleinstaat umgeben von Grossmächten war. Die Proklamation der Republik in Frankreich hatte für die Schweiz zumindest den Vorteil, nicht mehr ausschliesslich von monarchisch regierten Grossmächten umgeben zu sein. Mit den veränderten Machtverhältnissen in Europa verstärkte sich auch der ethnische Nationalismus, der die Schweiz vor neue Herausforderungen stellte, da der Demos als legitimen Träger des politischen Willens dem ethnisch definierten Nationalismus diametral widersprach. Die deutsche Annexion von Elsass und Teilen Lothringens wurde in der Schweiz als Teil dieses ethnischen Nationalismus definiert, sodass sie teilweise – nicht alle Organe teilten diese Meinung – auch als Bedrohung empfunden wurde. Diese Situation erforderte von den politischen Akteuren eine Konzeption der Nation, die diesen Herausforderungen, im Bewusstsein als republikanischer Kleinstaat ein Ausnahmemodelle zu verkörpern, entgegentreten konnte. Die Schweiz entwickelte einen spezifischen Typus nationaler Identität, das heisst sie intensivierte die bisherige nationale Identität, indem sie das bereits vorhandene republikanische Selbstbewusstsein zu einem militanten republikanischen Sendungsbewusstsein steigerte. Dieses Sendungsbewusstsein konnte sowohl in Bezug als auch in Abgrenzung zu Deutschland und Frankreich hergestellt werden. Dem bisherigen Konzept, das primär auf die innere Konsolidierung zielte, wurde nun auch eine

³⁵⁶ LB, 12.1.1871, Nr. 10.

³⁵⁷ Ebenda.

aussenpolitische Komponente hinzugefügt. Die „langjährige Tradition“ des Republikanismus als Konzept war eine ideale Voraussetzung, um während des deutsch-französischen Krieges das republikanische Selbstbewusstsein in ein militantes republikanisches Sendungsbewusstsein zu transformieren und einen demokratisch-republikanischen Konsens unter den verschiedenen politischen Milieus herzustellen.³⁵⁸

Auf dieser Basis eines demokratisch-republikanischen Konsenses rezipierten die untersuchten Parteiorgane die Proklamation der französischen Republik und die deutsche Reichseinigung. Während die französische Republik als Konfirmation des eigenen Konzeptes gesehen und entsprechend begrüsst wurde, wurde die deutsche Reichseinigung als logische Konsequenz der bisherigen Politik (Bismarcks) akzeptiert, die monarchische Staatsform jedoch abgelehnt. Deutlich verurteilt wurde die Annexion von Elsass und Teilen Lothringens, da sie dem eigenen Rechtsverständnis widersprach und man teilweise auch Rückwirkungen auf die Schweiz befürchtete. In Anbetracht des aufkommenden ethnischen Nationalismus in Europa – so wurden zum Beispiel vereinzelt deutsche Stimmen rezipiert, die Deutschlands Grenzen am Gotthard sahen³⁵⁹ – mussten jedoch einzelne Aspekte des Nationskonzeptes intensiviert werden, denn die Existenz der Schweiz war nicht nur von ökonomischen Umständen, von der internationalen Lage und den partikularen Interessen der Mächte abhängig, sondern auch von einer eigenständigen Antwort der politischen Akteure. Die Legitimation der Nation fand sich immer häufiger in verbalen Äusserungen zur nationalen Identität sowie zum nationalen Bewusstsein der Schweiz und gipfelte letztlich im spezifisch schweizerischen Nationalismus. Gleichzeitig wurde die Proklamation der französischen Republik und die deutsche Reichseinigung unter dem Aspekt des „nation-building“-Prozesses in Europa diskutiert. Der Blick nach aussen zwang die politischen Akteure zwar zu einer Auseinandersetzung mit der nationalen Identität, führte jedoch nicht zwangsläufig auch zu einer innenpolitischen Auseinandersetzung unter den politischen Milieus. Der deutsch-französische Krieg zeigte, dass das bisherige Konzept Nation Schweiz bestehen konnte, dass die notwendige Geschlossenheit nach aussen existierte, wenn auch die Integration im Innern durch einzelne divergierende Aspekte, so zum Beispiel durch den nach wie vor schwelenden Konflikt zwischen dem freisinnigen und dem katholisch-konservativen Lager, weiterhin nur langsam vonstatten ging.

Das politische Bewusstsein, das sich letztlich in einem militanten republikanischen Sendungsbewusstsein manifestierte, wurde intensiviert. Dieses militante republikanische Sendungsbewusstsein, das als eigentlicher schweizerischer Nationalismus definiert werden kann, gipfelte in einer „Sakralisierung der Nation“³⁶⁰. Die Betonung des Republikanismus in den 1840er und nach 1848er Jahren erhielt nochmals einen Schub, um die Geschlossenheit nach aussen mit Vehemenz zu demonstrieren. Die Republik Schweiz wurde von keinem politischen Milieu in Frage gestellt beziehungsweise verhandelt, im Gegenteil. Als ein weiteres Element des bisherigen Nationskonzeptes wurde die Neutralität im politischen Bewusstsein intensiviert. Die Neutralität war

³⁵⁸ Vgl.: MEYERHOFER, Von Vaterland, Bürgerrepublik und Nation.

³⁵⁹ Siehe: VA, 5.3. 1872, Nr. 62; VA, 31.3.1872, Nr. 87.

³⁶⁰ Siehe: S. 37.

entsprechend nicht mehr nur Vertrag, sondern auch Identität – Neutralität als kollektive (Leit-)Idee. blieb sie nach 1848 zunächst lediglich ein politisches Instrument, war sie nun Teil der nationalen Identität und wurde endgültig um den Aspekt der bewaffneten Neutralität erweitert. Gleichzeitig konnte der humanitäre Aspekt der Neutralität, um Vorwürfen der Interesselosigkeit aufgrund der Neutralität zu begegnen, mit dem Übertritt der französischen Ostarmee in der Praxis unter Beweis gestellt werden – eine willkommene Gelegenheit, sich mit Hilfe des „humanitären Profils kompensatorisch Grösse zu verschaffen“, und die letztlich der Legitimation der Neutralität diene³⁶¹.

Jeder und jede Angehörige eines Kollektivs gehört gleichzeitig mehreren Gemeinschaften an, nimmt an mehreren kollektiven Gedächtnissen und Selbstbildern teil. Während des deutsch-französischen Krieges ging es primär darum, Geschlossenheit nach aussen zu demonstrieren, so dass die Loyalitätsbezüge zu konkurrenzierenden Identitäten (Religion, Klasse etc.) zurückgestellt wurden. Die nationale Identität erlangte den Status einer allen anderen Loyalitäten übergeordneten Instanz – zumindest nach aussen. Wäre ein Konkurrenzverhältnis unter den verschiedenen Akteuren um das Nationskonzept entstanden, wäre dies ausserhalb der Schweiz als Schwäche der Nation Schweiz interpretiert worden, was wiederum einer Bedrohung der Schweiz gleichgekommen wäre. Insofern garantierte der demokratisch-republikanische Basiskonsens die Nation Schweiz. Der Prozess der Konstruktion der Nation vollzog sich nicht über den Konflikt mit anderen Loyalitätsbezügen innerhalb der schweizerischen Gesellschaft, sondern klar in Abgrenzung zu den Nationalstaaten Deutschland beziehungsweise Frankreich respektive nach der Proklamation der Republik in Bezug auf Frankreich.

Die Konstruktion der Nation Schweiz erfolgte in einer Kombination von voluntaristischen und essentialistischen Elementen. Während des deutsch-französischen Krieges zeigte sich, dass vermehrt voluntaristische Elemente intensiviert wurden. Die Intensivierung des bisherigen Nationskonzepts liess sich über Elemente der „Willensnation“ besser verfolgen als über diejenigen der „Wesensgemeinschaft“, da die Mehrsprachigkeit des Landes nach aussen (aber auch nach innen) keine andere Betonung als die der „Willensnation“ zulies – Wesensgemeinschaften, die das Nationalitätsprinzip postulierten, bedeuteten für die Nation Schweiz eine Gefahr.

Aufgrund des deutsch-französischen Krieges wandelte sich in der Schweiz zwar das Nationskonzept, jedoch kam es nicht zu einer Neu-Definition, sondern lediglich zu einer Intensivierung des bisherigen Nationskonzeptes. Einwirkungen und Konsequenzen auf die Gesellschaft und ihre Institutionen lassen sich aus den konsultierten Quellen nur wenige erkennen, so zum Beispiel auf die Armee, auf die Geldpolitik und auf die Diskussion um die Verfassungsrevision. Das Allein- und Einsamstehen wurde im Nationskonzept mittels eines militanten republikanischen Sendungsbewusstseins, eines eigentlichen schweizerischen Nationalismus, förmlich kultiviert, was im Endeffekt zu einer „Sakralisierung der Nation“ führte.

³⁶¹ KREIS, Schweizerische Nationalpädagogik, S. 469.

4. „Die persönliche Freiheit ist in Gefahr!“³⁶² Der Kulturkampf in Deutschland

4.1 Einleitung - der konfessionelle Aspekt des Nationskonzepts

Wichtigstes Attribut der Republik ist die Freiheit. Diese bezog sich während des deutsch-französischen Krieges noch primär auf die Souveränität der Nation Schweiz, während des gleich anschliessenden Kulturkampfes in Deutschland bezog sie sich nunmehr auf die (bürgerlichen) Freiheiten der Staatsbürger. Eine Bedrohung der Nation Schweiz war durch den Kulturkampf in Deutschland nicht gegeben. Zur Diskussion stand die Konkurrenz zweier kollektiver Identitäten, die wiederum das Ringen um die Deutungsmacht Nation beeinflusste. „Die persönliche Freiheit ist in Gefahr!“ wurde entsprechend von den politischen Milieus unterschiedlich interpretiert: Während die Katholisch-Konservativen die persönliche Freiheit zur Ausübung der Religion bedroht sahen und entsprechend die Verteidigung der kirchlichen Freiheiten anvisierten, sahen die Freisinnigen die persönliche Freiheit durch die „Knechtschaft“ der Kirche beziehungsweise die Republik durch den Ultramontanismus bedroht und verteidigten entsprechend die staatliche Souveränität.

Die Bedeutung des Kulturkampfes in Deutschland für das Nationskonzept muss man primär in den Gründen für dessen Inszenierung suchen. Der Kulturkampf war ein Produkt seiner Zeit. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Frankfurt am Main, der den deutsch-französischen Krieg offiziell beendete, eröffnete Bismarck mit der Aufhebung der katholischen Abteilung im preussischen Kultusministerium den Kampf gegen die katholische Kirche in Deutschland. Aufgrund des im Jahre 1870 verkündeten Unfehlbarkeitsdogmas, das zeitgleich mit der französischen Kriegserklärung an Deutschland veröffentlicht wurde, befürchtete der Kanzler, Frankreich könne, nach einer Restauration der Monarchie, mit dem Habsburgerreich eine Allianz auf Grundlage des gemeinsamen katholischen Glaubens schliessen. Diese auch deutsche Katholiken umfassende supranationale Allianz hätte andere Loyalitätsbezüge als den Nationalstaat gehabt, womit die nationale Zuverlässigkeit der deutschen Katholiken, die den Papst als Oberhaupt betrachteten, fragwürdig geworden wäre.³⁶³ Deshalb wollte Bismarck den entscheidenden Einfluss auf die Besetzung der kirchlichen Stellen und die Gestaltung des konfessionellen Unterrichts dem Staat vorbehalten. Mit dem Tod von Papst Pius IX. zeichnete sich eine Wende im Kulturkampf ab. Unter seinem Nachfolger, Papst Leo XIII., fanden 1878/79 zwischen Bismarck und Vertretern des Vatikans Verhandlungen zur Beilegung des Kulturkampfes statt; offiziell wurde dieser allerdings erst 1887 beendet.

Für die Akteure des Konzeptes Nation Schweiz war der Kulturkampf in Deutschland (und auch in der Schweiz) insofern von Bedeutung, als es um das republikanische Prinzip an sich ging. Mit anderen Worten: es ging um die „Verteidigung der staatlichen Souveränität

³⁶² VA, 27.6.1872, Nr. 171.

³⁶³ Diese politische Haltung des deutschen Katholizismus wird als Ultramontanismus bezeichnet. Sie bezieht ihre Weisungen ausschliesslich von der päpstlichen Kurie, also aus dem „jenseits der Berge“ (lat. ultra montes) liegenden Vatikan.

kontra Verteidigung der kirchlichen Freiheiten“.³⁶⁴ Auf der einen Seite standen die Freisinnigen, die nicht nur für den Primat des Staates, sondern auch gegen all das kämpften, was den Fortschritt zu behindern schien, auf der anderen Seite die Konservativen, die ihre Identität zu erhalten und den Primat der Kirche zu verteidigen suchten. Diese Polarität lässt sich auch im Kulturkampf der Schweiz finden.³⁶⁵ Die Beobachtung des Kulturkampfes in Deutschland fand unter der Prämisse des eigenen Kulturkampfes statt. Mit einer kurzen Zeitverzögerung zeichnete sich nämlich auch in der Schweiz eine neue, akute Phase der konfessionellen Auseinandersetzung ab. Entsprechend war die Interdependenz zwischen deutschem und schweizerischem Kulturkampf Gegenstand der Debatte zwischen Freisinnigen und Konservativen, einer Debatte, die bis zu diesem Zeitpunkt ihren Höhepunkt im Sonderbundskrieg im Jahre 1847 hatte.

4.2 Die Rezeption des Kulturkampfes in Deutschland

Die Rezeption des deutschen Kulturkampfes in der schweizerischen Öffentlichkeit war von der Verteidigung der staatlichen Souveränität kontra Verteidigung der kirchlichen Freiheiten geprägt. Entsprechend schieden sich die untersuchten Organe in der Beurteilung nach politisch-konfessionellen Kriterien: auf der einen Seite standen die freisinnigen, liberalen Organe, auf der anderen Seite die katholisch-konservativen Blätter. Für die linksorientierte Presse war der Kulturkampf in Deutschland kein relevantes Thema.³⁶⁶ Die Divergenzen in der Beurteilung des deutschen Kulturkampfes widerspiegeln sich auch in Pro- oder Kontra-Positionen zum Kulturkampf: während die freisinnigen Organe den Kulturkampf zunächst befürworteten und erst mit der Wende im Jahre 1878 eine kritische bis ablehnende Haltung einnahmen, lehnten die katholisch-konservativen Organe diesen während der gesamten Dauer kategorisch ab. Die demokratisch-republikanische Grundhaltung, die beiden Seiten nach wie vor eigen war, verhinderte allerdings bisweilen eine stringente, dem politisch-konfessionellen Milieu zugehörige Argumentation, so dass letztlich die Nation Schweiz an sich nie in Frage gestellt wurde.

Die liberale *Neue Zürcher Zeitung* war eine Verfechterin des deutschen Kulturkampfes, zumindest – wie bereits angedeutet – zu Beginn. Das Organ sah darin einen Kampf zwischen Liberalismus und Absolutismus, „zwischen Szepter und Krummstab“ beziehungsweise „zwischen Gedankenfreiheit und geistiger Knechtschaft“. Man

³⁶⁴ ALTERMATT, Urs, *Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert*, Zürich ²1991, S. 226. Nachstehend zitiert als: ALTERMATT, *Katholizismus und Moderne*.

³⁶⁵ Zum Kulturkampf in der Schweiz siehe: STADLER, Peter, *Der Kulturkampf in der Schweiz. Eidgenossenschaft und katholische Kirche im europäischen Umkreis, 1848-1888*, Zürich ²1996 (erweiterte und durchgesehene Neuauflage). Nachstehend zitiert als: STADLER, *Der Kulturkampf in der Schweiz*.

Zum Einfluss Frankreichs auf den Kulturkampf in der Schweiz siehe: Ebenda, S. 376.

³⁶⁶ So publizierte zum Beispiel die *Tagwacht* respektive die *Arbeiterstimme* keine, der *Grütli* nur wenige Artikel.

befürwortete – ganz im Sinne eines liberalen Nationskonzeptes – eine klare Trennung von Staat und Kirche.³⁶⁷ „Die Konsequenz dieser Entwicklung ist eine modifizierte Anschauung von der Bedeutung des Staates; es ist die Anschauung, welche dem Individuum so weit als nur möglich Freiheit gewähren will und demnach als Folge aus der Glaubens- und Religionsfreiheit den Schluß der Konfessionslosigkeit des Staates zieht.“³⁶⁸ Der laizistische Staat gehörte zum liberalen Nationskonzept. Die Freiheit als erstes Attribut der Republik war somit auch die Freiheit des Individuums und nicht mehr nur die Souveränität des Staates an sich.

„Der Kampf steht zwischen einer geistlichen Macht, welche die Gewissen beherrscht und einer staatlichen, welche die physische Gewalt hat und sich auf die Aufklärung stützt. Der Ausgang ist vielleicht zweifelhaft, aber gewiß ist, daß dieses Deutschland, welches mit dem letzten Kriege endlich geglaubt hat über die Existenzfragen hinaus zu sein, wieder nicht bloß vor, sondern in einem Konflikt steht, in dem es sich um Sein oder Nichtsein handelt.“³⁶⁹

Die konkurrierenden kollektiven Identitäten, nationale kontra konfessionelle Identität, ermöglichten der *Neuen Zürcher Zeitung* aus der Problematik eine Existenzfrage des Nationalstaates zu machen. Der erst Anfang 1871 entstandene deutsche Staat, der aus einer Vielzahl kleinerer Staaten beziehungsweise dem Norddeutschen Bund geschaffen worden war, und dessen kollektive, nationale Identität noch schwach ausgebildet war, sah sich der Konkurrenz einer anderen, weitaus älteren kollektiven Identität ausgesetzt. Für das liberale Organ war klar, dass nur die Nation aus diesem konkurrierenden Verhältnis der Loyalitäten als Siegerin hervorgehen konnte. Dass im Falle von Deutschland diese Nation eine Monarchie und keine Republik war, thematisierte die *Neue Zürcher Zeitung* nicht. Die Bewunderung für den Sieger des deutsch-französischen Krieges, die kulturkämpferischen Affekte sowie die Sympathie für einen Mann, der sich vom Konservativen zum Nationalliberalen gewandelt hatte, dominierten zu diesem Zeitpunkt. Mit der Wende im Kulturkampf im Jahre 1878 kühlte sich die Begeisterung zum blossen Respekt ab.³⁷⁰ Dazu geführt hatte unter anderem auch das Zerschlagen von Bismarcks Einvernehmen mit den Liberalen, welches ohnehin nicht auf grundsätzlicher Übereinstimmung beruhte, sondern nur ein taktisches Zusammenwirken in den Kulturkampffragen war.

Das liberale Blatt der Romandie, die *Gazette de Lausanne*, argumentierte in den wenigen Stellungnahmen zum deutschen Kulturkampf ähnlich wie die *NZZ* – befürwortete man zu Beginn noch den Kulturkampf, machte sich im Laufe der Jahre Ernüchterung breit. Anfang des Jahres 1879 zog das Blatt in seinem Jahresrückblick eine Art Bilanz. Man vertrat die Meinung, dass Deutschland im Katholizismus ein Hindernis für seine moralische Einheit sehen würde, so dass es diesen seit 1870 „avec une véritable fureur“ bekämpfe. Wären die ersten Massnahmen allerdings noch gerechtfertigt gewesen, seien diese im Laufe der

³⁶⁷ *NZZ*, 19.7.1871, Nr. 366, 2. Blatt; *NZZ*, 12.3.1872, Nr. 130, 1. Blatt.

³⁶⁸ *NZZ*, 30.3.1874, Nr. 163, 2. Blatt.

³⁶⁹ *NZZ*, 13.3.1872, Nr. 132, 1. Blatt.

³⁷⁰ STADLER, Der Kulturkampf in der Schweiz, S. 375.

Zeit mehr und mehr lächerlich und widerlich geworden. Von Interesse ist in diesem Artikel vor allem ein Aspekt: Die *Gazette de Lausanne* gab der liberalen Presse (Deutschlands) eine Mitschuld an der weit verbreiteten Meinung, dass der Katholizismus eine Gefahr für den Staat sei: „Grâce au langage emporté de la presse libérale et à un entraînement inexplicable mais irrésistible de l'opinion publique, on en était venu à considérer sérieusement le catholicisme come [sic!] un danger pour l'Etat.“³⁷¹ Inwiefern das liberale Organ mit diesen Worten indirekt eine Mitschuld eingestand oder ob es sich um eine versöhnliche Geste an die Katholisch-Konservativen handelte, lässt sich aufgrund der Quellenlage nicht beurteilen.

Das demokratische Blatt der freisinnigen Familie, der *Landbote*, widmete dem Kulturkampf in Deutschland nur wenig Aufmerksamkeit, etwas mehr befasste man sich mit dem Ultramontanismus per se, der entschieden abgelehnt wurde.³⁷² Das Organ machte deutlich, dass dieser zurückgedrängt werden müsse, weil er eine Gefahr für die Demokratie bedeute. Man glaubte, dass diese „alte Kirche [...] im Zerfall begriffen“ sei, denn „[a]lle Versuche, neue Dogmen zu schnitzen, den orthodoxen Schimmel wegzufügen und Reform-Goldblättchen aufzulegen, sind, beim Lichte besehen, eitles Bemühen; eine Mumie wird nicht lebendig und wenn sie auch mit den lebhaftesten Farben bemalt wird“. Die katholische Kirche sei in ihrer jetzigen Form überholt, da das Volk immer mehr Unabhängigkeitssinn entwickle und im „wahrhaft freien Staat [...] kein Raum für's alte, stabile, somit kulturwidrige Kirchenthum“ sei. Entsprechend empfahl das Organ der Kirche, sich zu reformieren, falls nicht, fände sie ein klägliches Ende. Hier zeigte der *Landbote* deutlich, dass er die „alte Kirche“ als nicht vereinbar mit der Demokratie betrachtete. Die Verbreitung der Demokratie dränge den Vatikan immer mehr zurück, da dieser den Rückschritt verkörpere.³⁷³ Zu beachten ist, dass der demokratische *Landbote* von einer Reform der „alten Kirche“ sprach, und nicht, wie die liberale *NZZ*, von einem laizistischen Staat. Inwiefern die „alte Kirche“ nach einer Reform sich in die Demokratie integrieren liess und ob im Endeffekt nicht doch ein laizistischer Staat das Ziel war, liess der *Landbote* allerdings offen.

Die beiden katholisch-konservativen Blätter verurteilten den deutschen Kulturkampf. Das *Vaterland* solidarisierte sich nicht nur mit den (vermeintlichen) Opfern, die die eigenen Brüder und Schwestern waren, sondern machte den Kulturkampf zur Grundsatzfrage über den Umgang des Staates mit Minderheiten. Der Kulturkampf war für das *Vaterland* eine eigentliche Machtfrage respektive ein „Krieg des Staates gegen die Kirche“: „Das ‚Kanzler-Reich‘ ist nicht der Friede, sondern der Krieg, der Krieg gegen die Kirche; und es

³⁷¹ GdL, 2.1.1879, Nr. 1.

³⁷² Der *Landbote* sah die Gründe für den Kulturkampf in der Aussenpolitik Deutschlands (LB, 7.8.1878, Nr. 186.), welche er im Jahre 1888 präzisierte. Die Maigesetze aus dem Jahre 1873 seien weder aus konfessionellen noch kulturellen, sondern rein aus politischen Gründen eingeführt worden, wobei die „Rücksicht auf die Consolidirung nach Außen die Hauptrolle spielte“. Zusätzlich wies man darauf hin, dass „ihre Beseitigung, oder was dasselbe ist, der Gang nach Canossa, [...] in denselben Rücksichten“ wurzle. (LB, 7.7.1888, Nr. 159.)

³⁷³ LB, 18.4.1875, Nr. 92.

Im Jahre 1887 differenzierte der *Landbote*, indem er darauf aufmerksam machte, dass es auch im Vatikan fortschrittliche Leute gäbe und diese als „ultramontan-soziale“ Parteigruppe „spürbar“ wären. (LB, 23.4.1887, Nr. 95.)

ist nicht die Freiheit, sondern die Tyrannei, die Knechtung der Katholiken.³⁷⁴ Das katholisch-konservative Organ, das die Freiheit der Religionsausübung jedes Einzelnen und im Endeffekt die Freiheit der katholischen Kirche bedroht sah, definierte den Terminus Freiheit entsprechend wie folgt:

„Die persönliche Freiheit ist in Gefahr! Eine Freiheit, welche halbcivilisierte Völker sogar sehr hoch achten! Die Freiheit der Bekennung zu irgend einer Ansicht, die Freiheit der Meinungen steht ganz auf dem Spiele in Deutschland! Eine Freiheit, auf welche das deutsche Volk immer mit einem gewissen Stolze blickte.“³⁷⁵

Das Innerschweizer Organ meinte schliesslich, dass Bismarck, den „größten Staatsmann des Jahrhunderts“, eine wahre Manie ergriffen hätte, die „Ultramontanen-Furcht“. Diese wäre allerdings in keiner Weise gerechtfertigt, denn die Loyalität zum Vaterland, zur Nation sei durch die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche keineswegs in Frage gestellt. Den einzig positiven Aspekt, den das *Vaterland* dem Kulturkampf abgewinnen konnte, war der umgekehrte Effekt der Repression, nämlich dass nur so „der verderbliche Bund zwischen dem christlichen Altar und dem heidnisch gewordenen Thron gründlich zerrissen, der ererbte Servilismus dem Gehorsam gegen Gott geopfert und dem katholischen Volke die Augen geöffnet werden“³⁷⁶. Das Ende des Kulturkampfes erfolgte gemäss *Vaterland* primär aufgrund der versöhnlichen Geste des Papstes, aber auch weil die Liberalen nun „kampfes müde“ seien und eingestanden, dass der „Streit aussichtslos“ sei – sie hätten sich „an der Zähigkeit katholischer Ueberzeugung verrechnet“.³⁷⁷ Die Bilanz des *Vaterlandes* war geprägt vom Glauben, dass Bismarck die Zentralisation in seinem Staat vorantreiben wollte, daher den Kulturkampf initiierte und die Katholiken entsprechend instrumentalisiert wurden:

„Um bei dieser Centralisation schneller zum Ziele zu gelangen und insbesondere, um die öffentlichen Blätter während der Bearbeitung der bezüglichen Gesetze mit etwas zu beschäftigen, wurde der Kulturkampf eröffnet und wurden die Katholiken neben den Franzosen als zweite Reichsfeinde gestempelt. [...] So wurden die Katholiken indirekt als Mittel zur Centralisation benützt und es ist wohl fast außer Frage, daß die neuesten Friedensschlüsse mit Rom den Hauptzweck in sich tragen, insbesondere die Katholiken zur weitem Centralisation des Reiches diesmal direkt dienstfertig zu machen, indem Bismarck einsieht, daß er ohne ihre Mithilfe nicht leicht dazu gelangen würde.“³⁷⁸

³⁷⁴ VA, 8.6.1872, Nr. 152 ; VA, 12.7.1872, Nr. 186.

³⁷⁵ VA, 27.6.1872, Nr. 171.

³⁷⁶ VA, 5.4.1872, Nr. 91.

³⁷⁷ VA, 14.8.1878, Nr. 188.

³⁷⁸ VA, 7.4.1887, Nr. 78.

Weitere Gründe kamen hinzu: Die „mißliche politische Lage“, der Wunsch des Kaisers und die Begründung einer Art Dynastie für seine Familie hätten Bismarck dazu gebracht, den Kulturkampf zu beenden. Selbstverständlich wurden auch die Gründe des Papstes hervorgehoben: „Daß der Papst mit der ungeheuren Ausdauer und der ihm eigenen Energie seit dem Entstehen des Kulturkampfes die Aussöhnung Preußens mit Süddeutschland suchte,

Die *Liberté* beurteilte den deutschen Kulturkampf primär und weitaus dezidiierter als das *Vaterland* unter dem Aspekt des Glaubens. Dass es sich jedoch letztlich um eine Machtfrage handelte, daran liess auch die *Liberté* keine Zweifel. Die Autoren der *Liberté* gaben sich überzeugt, dass der Glaube stärker als jegliches weltliches Gesetz sei und daher im Endeffekt siegreich wäre. Die Gründe für den Kulturkampf glaubte die *Liberté* in der Politik Bismarcks zu erkennen, die auf eine grundsätzliche ideologische Auseinandersetzung zusteure: „Le prestige de la force matérielle et de l'influence politique ne lui suffit pas: il aspire à un[e] prépondérance intellectuelle et morale, et cette ambition insensée l'amène naturellement à combattre l'Eglise.“³⁷⁹ Auch die Wende des Kulturkampfes wurde mit der Standfestigkeit des katholischen Milieus begründet, eine politische beziehungsweise diplomatische Begründung fehlte gänzlich:

„Privés de leurs guides spirituels, les catholiques ont bravement fait leur devoir, sans se laisser surprendre par les faux pasteurs qui cherchaient à égarer les âmes par de captieuses prédications. Cette épreuve fait honneur au ferme tempérament des catholiques allemands; l'unanimité et le succès de la résistance calme mais indomptable de la population prouvent que l'Eglise peut compter sur l'avenir. C'est ce que le gouvernement allemand a compris. Sa politique n'ayant abouti qu'à une écrasante défaite sur le terrain religieux, il a le bon esprit de revenir sur ses pas.“³⁸⁰

Die linksorientierte Presse widmete dem Kulturkampf in Deutschland, wie bereits erwähnt, nur wenig Aufmerksamkeit. Sowohl der *Grütli* als auch die *Tagwacht* respektive die *Arbeiterstimme* nahmen Ereignisse internationaler Reichweite, die nicht direkt ihr Milieu betrafen, nur rudimentär auf.³⁸¹ Für den *Grütli* handelte es sich um einen Machtkampf, bei dem er weder für die einen noch für die anderen Stellung bezog:

„Können unsere Sympathien selbstverständlich von ferne nicht im klerikalen Lager sein, so fühlt man allerdings auch keine starke Begeisterung für das andere Lager. Denn nicht dem

lag nach unserm Dafürhalten in seiner Stellung und Pflicht...“ (VA, 7.4.1887, Nr. 78.) Von Interesse ist beim letzten Argument, dass der Papst als Mediator in einer innerdeutschen Angelegenheit auftrat.

³⁷⁹ LIB, 22.3.1872, Nr. 67.

³⁸⁰ LIB, 7.8.1878, Nr. 180.

³⁸¹ Von Interesse ist allerdings ein Artikel im *Grütli* aus dem Jahre 1879, in dem er den beginnenden Kulturkampf in Frankreich besprach und darin nicht die Kirche als die grösste Gefahr für die französische Republik bezeichnete, sondern nach wie vor Bismarck: „Abgesehen nun davon, daß eine Vernichtung des Ultramontanismus in dem fast ganz katholischen Frankreich durchführen zu wollen mit äußern Mitteln eine Absurdität genannt werden muß gegenüber dem Umstande, daß in Deutschland, das nur zum dritten Theile katholisch ist, der Kampf der allmächtigen Staatsgewalt geradezu resultatlos geblieben ist, sollte folgende Thatsache die demokratischen Republikaner Frankreichs belehren, daß ihr nächster und gefährlichster Gegner nicht die Kirche ist: In demselben Augenblick nämlich, wo die republikanische Staatsgewalt den unheilbaren Bruch mit der Kirche vollzogen hat, wird Bismarck, derselbe Mann, der leichten Herzens alle Grundsätze des augenblicklichen Erfolges wegen verläugnet, auch den Weg nach Kanossa gefunden haben und in seiner Alliance mit Rom die Geschicke Frankreichs in seiner Hand halten!“ (GRÜT, 9.4.1879, Nr. 28.)

Volk kommt zu gut, was den Pfaffen entrissen wird, ihm wird nicht herausgegeben, was ihm gehört: die Regierung ist lediglich auf Stärkung ihrer Macht bedacht.“³⁸²

Der *Grütli* sah im Machtpoker zwischen Staat und Kirche einmal mehr das Volk als Verlierer und sprach sich deshalb gegen den Kulturkampf aus. Der Ultramontanismus wurde von der linksorientierten Zeitung ebenso deutlich abgelehnt: „Das dogmatische Gewissen dieser Römlinge ist jedoch nichts anders, als das Gewissen des Dieners und ihr Martyrium ein Martyrium des Dienstes, nicht des Glaubens.“³⁸³ Für das Organ war klar, dass die Loyalität dem Staat der Loyalität der Kirche Roms gegenüber übergeordnet war. Die Wende im Kulturkampf begründete der *Grütli* damit, dass es lediglich um den Zweck ging, „Stimmen des ultramontanen Zentrums im Reichstag für die Regierungspolitik zu gewinnen“.³⁸⁴ Gleichzeitig war der *Grütli* davon überzeugt, dass der Kulturkampf in Deutschland weit entfernt davon sei, die „Ultramontanen nachgiebig zu machen oder eine Gesinnungsveränderung derselben herbeizuführen“, im Gegenteil, dieser Kampf habe „vielmehr die verfolgte Partei geradezu gestärkt“.³⁸⁵ Einzig positiver Aspekt war die Zivilehe, die der *Grütli* als Frucht des Kulturkampfes bezeichnete und begrüßte, da sie die Macht von der Kirche hin zum Staat verschoben habe.³⁸⁶

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die freisinnigen Blätter den Kulturkampf zu Beginn unterstützten und sich erst mit der Wende im Jahre 1878 von der Politik Bismarcks abwandten. Vor allem die liberale *Neue Zürcher Zeitung* sah in Deutschland einen eigentlichen Kampfgenossen für den Liberalismus, während der demokratische *Landbote* wiederum glaubte, so den Ultramontanismus bekämpfen zu können, der seines Erachtens eine Gefahr für die Demokratie darstellte. Zusätzlich plädierte die *Neue Zürcher Zeitung* für einen laizistischen Staat, da nur dieser mit der Staatsform der Republik wirklich vereinbar wäre. Weil die Republik die Freiheit der Bürger garantiere, dürfe der Bürger nicht gleichzeitig in der „Knechtschaft“ der Kirche leben. Die anfängliche Befürwortung des deutschen Kulturkampfes mag in Anbetracht der obgenannten Argumente nicht erstaunen, zumal die (damals) nationalliberale Haltung Bismarcks bestärkend wirkte. Erstaunlich ist allerdings, dass die freisinnigen Blätter die monarchische Staatsform nicht erwähnten, an der man sich anlässlich der deutschen Reichseinigung noch störte. Kämpften die Freisinnigen für den Primat des Staates, verteidigten die katholisch-konservativen Blätter den Primat der Kirche. Bezeichneten die Katholik-Konservativen die Kirche Roms als die über alles und allem stehende Macht („Es gibt nur eine Macht in der Welt, der sich Alles beugen muß, das ist die Macht des Kreuzes!“³⁸⁷), liessen sie gleichzeitig die anderen politischen Milieus wissen, dass zwischen der Loyalität zur Kirche und der zum Staat keine Konkurrenz bestehe. Mit dem Versuch der Katholik-Konservativen, politische und konfessionelle Loyalitäten zu trennen, konnte die Diskrepanz zwar minimiert, jedoch nicht gelöst werden. Das

³⁸² GRÜT, 14.5.1873, Nr. 20.

³⁸³ GRÜT, 14.4.1875, Nr. 15.

³⁸⁴ GRÜT, 13.8.1878, Nr. 65.

³⁸⁵ GRÜT, 24.9.1878, Nr. 77.

³⁸⁶ GRÜT, 4.3.1874, Nr. 9.

³⁸⁷ VA, 4.4.1872, Nr. 90.

Festhalten am Primat der Kirche hatte nämlich auch eine politische Komponente. Da die Trennung von öffentlichem und privatem Raum noch nicht vollzogen war, blieb die Kirche noch in allen Bereichen entscheidend. Der Konflikt blieb so latent vorhanden, ohne je aktualisiert zu werden. Die linksorientierte Presse wiederum lehnte den Kulturkampf ab, weil sie im Machtpoker zwischen Staat und Kirche das Volk als Verlierer sah.

Die Rezeption des deutschen Kulturkampfes zeigt, dass das Ringen um die Deutungsmacht Nation keineswegs abgeschlossen war, im Gegenteil.³⁸⁸ Das konkurrierende Verhältnis zwischen der kollektiven, nationalen und der kollektiven, konfessionellen Identität war offensichtlich; die Akteure des Nationskonzeptes rangen um den Stellenwert der (katholischen) Kirche in respektive gegenüber der Nation. Gleichzeitig wurde der demokratisch-republikanische Konsens von keinem der politischen Milieus aufgegeben. Die Geschlossenheit nach aussen aufgrund dieses bereits im deutsch-französischen Krieg bewährten Basiskonsenses konnte während des deutschen Kulturkampfes allerdings nur Bestand haben, weil der Konflikt zweier konkurrierender Identitäten sich auf den konfessionellen Aspekt beschränkte, das heisst sich nie zu einem Fundamentalkonflikt um die Nation Schweiz ausweitete. Der Kulturkampf (in der Schweiz) trug dazu bei, die innerkatholische Solidarität zu fördern, wenn auch im Endeffekt dadurch die Integration der Katholisch-Konservativen in den Bundesstaat verzögert wurde³⁸⁹ – von einer Konsolidierung im Innern als Konsequenz der Geschlossenheit nach aussen war man während des deutschen Kulturkampfes weit entfernt.

4.3 Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität

Das Konzept Nation Schweiz stand in der Rezeption des Kulturkampfes in Deutschland zur Debatte. Obwohl es nicht neu kreiert wurde, legte der deutsche Kulturkampf strittige Aspekte unter den politischen Akteuren offen und zeigte letztlich, dass die Konstruktion der Nation ein Prozess war beziehungsweise nationale Identität situativ konstruiert wurde. Weil die Organe der politischen Milieus primär versuchten, die eigene Perspektive darzulegen, kam es nur selten zu einer eigentlichen Debatte; die Diskussion beschränkte sich primär auf Schuldzuweisungen und die Darlegung der eigenen Meinung. Hierbei ging es vor allem um folgende Aspekte: Erstens um die Interdependenz zwischen deutschem und schweizerischem Kulturkampf, zweitens um den Ultramontanismus, drittens um den Laizismus und viertens um die Problematik zweier sich konkurrierender kollektiver Identitäten. Dass diese vier Aspekte korrelierten, versteht sich von selbst; ebenso wurden nicht alle Aspekte gleich intensiv von allen Organen besprochen. Wie bereits erwähnt, stand primär der Stellenwert der (katholischen) Kirche innerhalb des Nationskonzeptes zur Diskussion – es ging um die „Verteidigung der staatlichen Souveränität kontra Verteidigung der kirchlichen Freiheiten“ (Altermatt). Letztlich legte diese Diskussion das

³⁸⁸ Zur Interdependenz zwischen deutschem und schweizerischem Kulturkampf siehe nachfolgendes Kapitel.

³⁸⁹ ALTERMATT, Katholizismus und Moderne, S. 233.

(konkurrierende) Verhältnis zwischen der kollektiven, nationalen und kollektiven, konfessionellen Identität offen.

Die Interdependenz zwischen deutschem und schweizerischem Kulturkampf fand auf zwei Ebenen stand: Auf der einen Seite wurde die deutsche Politik als Vorbild beziehungsweise deren Akteure als Mitstreiter für das eigene Nationskonzept, auf der anderen Seite die deutsche Politik als Bedrohung der schweizerischen Souveränität betrachtet. Diese zwei Ebenen schieden sich primär entlang der politischen Milieus, den Freisinnigen einerseits, den Katholisch-Konservativen andererseits.³⁹⁰ So sah die liberale *Neue Zürcher Zeitung* in Deutschland einen „Kampfgenossen“³⁹¹, um in der Konstruktion der Nation die Freiheit als erstes Attribut der Republik nach liberalen Vorstellungen durchzusetzen:

„Mit dem 10. Mai 1871 erhielt die Schweiz an Deutschland den mächtigsten Streitgenossen, der ihr je in dem sich stets erneuernden Kriege gegen ihren alten Todfeind [= die Jesuiten. Sie stehen hier stellvertretend für den Ultramontanismus.] zu hülfe kommen konnte. Aber ebensogut weiß man in Berlin gar wohl, daß die Bedeutung der Schweiz in dieser Lebensfrage nicht nach ihrer geographischen Ausdehnung zu beurtheilen ist, sondern daß das starke Bollwerk, welches die kleine freisinnige Republik dem Feinde jenseits der Alpen zu bieten vermag, seine progressive Verwerthung für Deutschland findet. So kämpft man in Deutschland für uns und bei uns für Deutschland, und der Sieg gehört der hehren Idee, welche die Menschen geistig und damit auch politisch frei machen will und wird.“³⁹²

Um ihre liberalen Vorstellungen des Nationskonzeptes durchzusetzen, akzeptierte die Zürcher Zeitung einen „Streitgenossen“, den man kurz zuvor aufgrund seiner absolutistischen Politik noch heftig kritisiert hatte. Im Kampf gegen den Ultramontanismus war offensichtlich jeder Partner genehm.³⁹³ Eine Einmischung in die Souveränität der Nation Schweiz sahen vor allem die katholisch-konservativen Blätter. Hier ging es innerhalb der Konstruktion der Nation nicht um den Faktor der Republik, sondern um denjenigen der Souveränität. Das *Vaterland* sprach gar von einer Annexion durch

³⁹⁰ Dass die Scheidelinie in der Beurteilung der Interdependenz zwischen deutschem und schweizerischem Kulturkampf nicht ausschliesslich entlang den politischen Milieus lief, zeigt ein Artikel aus der *Gazette de Lausanne*. Das liberale Organ der Romandie hielt sich während des Kulturkampfes weitgehend mit Stellungnahmen zurück. Erst nachdem der Höhepunkt überschritten war, meinte die Gazette in einem Jahresrückblick: „De Berlin, devenu le centre de gravité de l'Europe, le 'Kulturkampf' passa en Suisse et les esprits libéraux eurent à déplorer, à Berne et à Genève, des procédés empruntés à la politique prussienne. Le mouvement était d'ailleurs si bien lancé, si habilement dirigé, qu'il se propagea jusque dans les rangs de la démocratie française, où toutes sortes de symptômes révèlent aujourd'hui encore, les tendances au 'Kulturkampf'.“ (GdL, 2.1.1879, Nr. 1.)

³⁹¹ NZZ, 12.3.1872, Nr. 130, 1. Blatt.

³⁹² NZZ, 23.6.1872, Nr. 314, 1. Blatt.

³⁹³ Der katholisch-konservative Politiker Anton Philipp von Segesser: „Die schweizerischen Republikaner vergessen fast die Grundsätze der demokratischen Freiheit über dem Entzücken, das sie empfinden, wenn sie die Identität ihrer inneren Politik, die Gleichförmigkeit ihrer Organisationen mit denen des großen Nachbarlandes constatiren können.“ (SEGESSER, Anton Philipp von, *Der Kulturkampf*, Bern 1875, S. 6.)

Deutschland, dessen Pfad von den „Kulturkämpfer[n] allerorts“ bereitet worden wäre.³⁹⁴ Die Verlautbarung des preussischen Kultusministers, Adalbert Falk, vor dem Abgeordnetenhaus anlässlich der Debatte über die Kirchengesetze zu Beginn des Kulturkampfes löste in den untersuchten Organen lediglich in der *Liberté* eine längere Stellungnahme in Form eines Hintergrundberichtes aus.³⁹⁵ Die *Liberté* fasste die Worte Falks als Bestätigung ihrer bisherigen Meinung auf und glaubte, darin den Grund zu erkennen, warum die Schweiz „ne pas se séparer de l'empire“. Diese Politik der Schweiz „peuvent devenir un grave danger pour la Suisse“. Und: „Elles tendent à faire croire que la Confédération helvétique sort de sa neutralité, qu'elle marche systématiquement dans les voies politiques d'un voisin puissant, et qu'elle se presse contre la Prusse pour soutenir de concert avec elle une lutte commue contre l'ultramontanisme.“³⁹⁶ Konträr interpretierte die *Neue Zürcher Zeitung* die Worte Falks: „Es soll uns also gar nicht wundern, wenn die Kurie durch Nachgeben den Kampf in der Schweiz beizulegen bereit gewesen wäre, um dafür mit ungeschwächter Kraft in Deutschland aufzutreten; im Falle eines Sieges hätte man dann in der Schweiz das Versäumte schon nachgeholt.“³⁹⁷ Die Forschung zum Kulturkampf hat gezeigt, dass Bismarcks Bemühungen, die Schweiz als Spielball zwischen Deutschland und Rom zu benützen, um sich innen- und aussenpolitische Entlastungen zu verschaffen, mindestens teilweise bestätigt werden können. Sie betont allerdings auch, dass zwar Sympathien um ein übereinstimmendes Ziel stimulierend wirken können, sich auch einzelne Parallelen in den Kulturkampfgesetzen aufzeigen lassen, jedoch die Handlungseinheit nicht überbetont werden darf. Von einer direkten Steuerung Berns durch Berlin kann schon deshalb nicht gesprochen werden, weil wesentliche Entscheidungen nicht vom Bundesrat, sondern von den Kantonsregierungen oder Diözesanregierungen getroffen wurden.³⁹⁸

Obwohl hinsichtlich der Interdependenz zwischen deutschem und schweizerischem Kulturkampf auf zwei Ebenen diskutiert wurde, ging es letztlich um das Nationskonzept. Hoffte die liberale *NZZ* mit dem „Streitgenossen“ Deutschland den Ultramontanismus zu bekämpfen, der ihres Erachtens der Republik zuwider laufe, glaubten die katholisch-konservativen Blätter, dass die Souveränität der Schweiz durch das Einhergehen mit

³⁹⁴ VA, 18.4.1875, Nr. 103.

³⁹⁵ Adalbert Falk: „Ich habe sehr guten Anhalt zu dem Worte, daß es kaum ein Jahr her ist, daß man seitens der Kurie sehr bereit gewesen wäre, der Schweiz weit entgegen zu kommen, wenn nur Preußen in seinem Kampfe allein gelassen würde.“ (Zitiert nach: STADLER, Der Kulturkampf in der Schweiz, S. 374.)

³⁹⁶ LIB, 9.5.1874, Nr. 107.

³⁹⁷ NZZ, 11.5.1874, Nr. 235, 2. Blatt.

³⁹⁸ STADLER, Der Kulturkampf in der Schweiz, S. 373.

Nochmals Stadler: „Es lag tatsächlich im Interesse Bismarck'scher Politik, die Schweiz zwar nicht direkt in das eigene ‚System‘ zu integrieren, wohl aber gegen befürchtete französische Einwirkungen zu immunisieren. Der Kanzler hatte unmittelbar nach der Ausweisung Mermillods gesprächsweise der Hoffnung Ausdruck gegeben, ‚die Schweiz werde in dem waltenden Streit mit der Kirche den Grundsatz wahren, daß sie auf ihrem Gebiet keine andere Souveränität dulde, als ihre eigene‘. Aber das war kaum mehr als ein allgemein gehaltener Ratschlag und jedenfalls nicht als Handlungsanweisung zu verstehen.“ (Ebenda, S. 373.)

Zu beachten ist zudem, dass es Ende 1873 zu einem Bruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan kam. Die Wiederherstellung der Nuntiatur erfolgte erst wieder im Jahre 1920 in Bern.

Deutschland bedroht sei. Während die liberalen Akteure den Faktor Republik im Nationskonzept nach liberalen Vorstellungen, nämlich durch die Trennung von Staat und Kirche, durchsetzen wollten, sahen die katholisch-konservativen Akteure den Faktor Souveränität bedroht. Obwohl beide Akteursgruppen unterschiedliche Aspekte im Konstrukt der schweizerischen Nation betonten, bestätigten sie damit letztlich den Basiskonsens. Erst die Diskussion um den Ultramontanismus, die letztlich in die Diskussion um den laizistischen Staat führte, verschmolz die offensichtlich bislang getrennten Ebenen.

Den eigentlichen Streitpunkt zwischen den Akteuren des Nationskonzeptes bildete die Bewertung des Ultramontanismus. Die Positionen liefen entlang der politisch-konfessionellen Milieus. Zu einer eigentlichen Debatte kam es allerdings nur gelegentlich; meist beschränkten sich die Organe auf Stellungnahmen zu ihrer Perspektive beziehungsweise auf Kritik, ohne allerdings die Argumente des Gegners aufzunehmen. Die liberale *NZZ* konstruierte die Republik nach liberalen Grundsätzen. Weil der Ultramontanismus als Gegenpart einer derart verstandenen Republik betrachtet wurde, deren erstes Attribut die Freiheit war, lehnte man auch die „Knechtschaft“ durch die Kirche ab und forderte einen laizistischen Staat.³⁹⁹

„Der Staat als Selbstzweck sowohl als der Ultramontanismus setzen eine Basis voraus, welche mit unsern republikanischen Grundsätzen in Widerspruch steht; sie appellieren an eine Knechtschaft der Individualität, die kein entwickeltes Volk annehmbar finden wird. Die Republik, wenn sie mehr als eine Form sein soll, wenn sie wirklich eine Republik von Republikanern sein will, kann weder mit der einen noch der andern dieser Tendenzen Brüderschaft machen.“⁴⁰⁰

Zur Legitimation warf die *NZZ* ihren Blick über die Grenze nach Deutschland, Österreich, Italien und England, die sich „anschicken, zur Wahrung ihrer nationalen Selbständigkeit und eigenen Entwicklung vorzusorgen oder bereits vorgesorgt haben“⁴⁰¹. Diese Argumentation führte letztlich zum (vermeintlichen) Machtanspruch des Ultramontanismus, zur Diskussion zwischen dem Primat des Staates und dem Primat der Kirche. Die Haltung der liberalen Zürcher Zeitung forderte den Widerspruch des katholisch-konservativen *Vaterlandes* heraus:

„Denn es gilt, wie die ‚N. Z. Ztg.‘ zu verstehen gibt, nicht Hrn. Bismarck als solchem, seiner Persönlichkeit, sondern es gilt der Position, die er eingenommen, es gilt seinem Kampfe gegen die ‚Ultramontanen‘. Weil nun diese die Repräsentanten der Finsterniß und des Rückschritts sind, so ist es gleichsam Pflicht eines freisinnigen Schweizers, dem großen

³⁹⁹ Für den demokratischen *Landboten* wiederum bedeutete der Ultramontanismus eine Gefahr für die Demokratie. Er postulierte nicht direkt einen laizistischen Staat, sondern setzte auf die Reformation der „alten Kirche“. (Vgl.: LB, 18.4.1875, Nr. 92.)

⁴⁰⁰ *NZZ*, 30.3.1874, Nr. 163, 2. Blatt; auch: *NZZ*, 1.4.1874, Nr. 167, 2. Blatt. Mit dem „Staat als Selbstzweck“ bezeichnete die *NZZ* „die alles individuelle Leben ertödtende Schablone des centralisirten Staates...“. (Ebenda.)

⁴⁰¹ *NZZ*, 1.4.1874, Nr. 167, 2. Blatt.

Kämpfer in Berlin seine Sympathie zu bezeugen. Wir wollen mit der ‚N. Z. Ztg.‘ über ihre Logik nicht rechten, und noch weniger über ihre Sympathien [...]. Wenn die Katholiken ihrem Oberhaupt Liebe und Anhänglichkeit bezeigen, so haben sie ihr ‚Vaterland in Rom‘ sind als Schweizer ‚Vaterlandslose‘; aber wenn Republikaner vor einem Minister das Knie beugen, der keinen Widerspruch erträgt, so ist das ächt freisinnig, liberal! Ja wohl, es riecht bereits nach - - ‚national-liberal‘!“⁴⁰²

„Wir wollen mit der ‚N. Z. Ztg.‘ über ihre Logik nicht rechten, und noch weniger über ihre Sympathien...“ macht deutlich, dass eine Debatte mit Argumenten und Gegenargumenten nur marginal angestrebt wurde. Das *Vaterland* bemühte sich (auch) in diesem Artikel, die beiden kollektiven Identitäten zu vereinbaren beziehungsweise deutlich zu machen, dass sie nicht in einem Konkurrenzverhältnis stehen. Die Souveränität der Nation Schweiz, so das *Vaterland*, werde „wahrlich nicht von Rom und einer Encyclika her - der Syllabus wäre geradezu die beste Garantie für unsere nationale Freiheit und Neutralität -“ bedroht, sondern die „Gefährdung unserer Unabhängigkeit“ ruhe in den „Anbetern des Mannes ‚von Blut und Eisen‘“.⁴⁰³ Auch die katholisch-konservative *Liberté* glaubte in den Liberalen den Feind der Freiheit zu sehen („Les libéraux sont les ennemis de la liberté.“⁴⁰⁴). Während die Liberalen den Ultramontanismus als Gegenpart der Republik betrachteten, sahen die Katholisch-Konservativen diesen gleichberechtigt neben der Republik stehen. Da dieser ihrer Ansicht nach keine eigentliche politische Macht war, konnte er auch nicht in Konkurrenz zur Nation treten.

Im Konzept der Nation sprachen sich die Liberalen für einen laizistischen Staat aus, weil nur dieser die Freiheit auch des Individuums garantieren könne:

„Wir erklären uns für den konfessionslosen Staat... [...] Denn für uns liegt der Schwerpunkt der ganzen Bewegung auf kirchlichem und staatlichem Gebiet in der Emanzipation von jeder ungerufenen Autorität, in der Hebung des Individualismus, die in der Durchbrechung der Landeskirche und in der Gestattung vollständiger religiöser Freiheit liegt. Wenn es eine Forderung des Republikaners ist, daß er sein Haus als eine Burg besitzen soll, worin der König ist, so gehen wir für unsere Zeit noch weiter und verlangen, daß jedes republikanische Haus auch der Palast sein soll, worin jeder Bürger sein eigener Bischof ist.“⁴⁰⁵

Weil die Liberalen – im Gegensatz zu den Katholisch-Konservativen – den Ultramontanismus als politische Macht definierten und diesen entsprechend als Bedrohung der Republik interpretierten, favorisierten sie einen laizistischen Staat. In der Diskussion um den Faktor Konfession im Nationskonzept differenzierte die liberale *Neue Zürcher Zeitung* zwischen den Landeskirchen und dem Ultramontanismus. Aufgrund des

⁴⁰² VA, 8.3.1872, Nr. 65.

⁴⁰³ VA, 18.4.1875, Nr. 103.

⁴⁰⁴ LIB, 9.8.1878, Nr. 182.

⁴⁰⁵ NZZ, 30.3.1874, Nr. 163, 2. Blatt; auch: NZZ, 31.3.1874, Nr. 165, 2. Blatt.

favorisierten laizistischen Staates lehnte man im Endeffekt aber beide ab.⁴⁰⁶ Die Landeskirchen konnten mit der anstehenden Totalrevision der Bundesverfassung zurückgedrängt werden: „Diesen ersten Feind weist mithin die Bundesverfassung in ihren Kirchenartikeln gebühlich zurück und stellt in kirchlichen Sachen an Stelle der Staatsallmacht den Grundsatz der Freiheit.“⁴⁰⁷ Hinsichtlich des Ultramontanismus unterschied die *Neue Zürcher Zeitung* zwischen Deutschland und der Schweiz. Deutschland hätte die Jesuiten vertrieben und einige Paragraphen im Strafgesetzbuch aufgestellt, die es erlauben würden, die „Wühlereien des Klerus staatlich verfolgbar“ zu machen.⁴⁰⁸ Etwas anders lag der Fall in der Schweiz. Auch im neuesten Entwurf der Bundesverfassung begnüge man sich damit, es bei der Jesuitenvertreibung zu belassen. „...Alles, was er [= der Staat] weiter zur Sicherung vor dem Ultramontanismus bedarf, gibt ihm sein eigener Grundsatz zur Genüge, der Grundsatz von Trennung aller staatlichen Funktionen von den kirchlichen, sowie der Ablehnung jedes Landeskirchentums.“⁴⁰⁹

„Weisen wir die Kirche nur einmal, aber radikal, aus diesen Gebieten hinaus, gewöhnen wir den Einzelnen an den Gedanken, daß der Staat der Schützer seiner Freiheit und seiner Wohlfahrt ist, indem wir den Bürger loslösen von den Banden, durch welche ihn ersterer bisher an die Kirche angebunden hat, und lassen wir die Schule die Macht der unbedingten Lehrfreiheit ausüben - dann wird der Einzelne nach und nach selbstständig, indifferent, und damit ist die Schlacht gewonnen.“⁴¹⁰

Letztlich blieb ein laizistischer Staat auf nationaler Ebene Wunschdenken der Liberalen. Die in der Bundesverfassung von 1848 festgesetzten Bestimmungen, dass der Bund für den Grundrechtsschutz im religiösen Bereich zuständig war, namentlich was die Sicherung der Religionsfreiheit betraf, die Kantone hingegen die Rechtsstellung der Religionsgemeinschaften im staatlichen Recht regelten, blieben auch nach der Totalrevision der Bundesverfassung 1874 weitgehend bestehen. Kein Milieu, weder das katholisch-konservative noch das liberale, konnte sein religiöses Konzept im Nationskonzept endgültig durchsetzen.

Im Endeffekt ging es in der Diskussion um das Nationskonzept, die anhand der Faktoren Republik, Souveränität und Religion (hier vor allem Ultramontanismus und Laizismus) geführt wurde, um den Konflikt zweier (sich konkurrierender) kollektiver Identitäten. Auf der einen Seite stand die Loyalität zum Vaterland Nation Schweiz, auf der anderen Seite die Loyalität zum transnationalen Loyalitätsverband katholische Kirche. Während die Katholisch-Konservativen betonten, dass diese Loyalitäten nicht in einem sich

⁴⁰⁶ Auch die protestantische Landeskirche wurde von der *NZZ* abgelehnt: „Die protestantischen Ketzerfeuer haben minder häufig aber ebenso hell gebrannt wie die katholischen. Nur ein Unterschied besteht darin: die Orthodoxie im Protestantismus ist viel weniger zu verzeihen; denn dieser hat eine Reformation und innerst derselben einen Lessing hinter sich und dieser verdankt Deutschland seine geistige Entwicklung und nicht den alten und neuen Pastoren Götze.“ (*NZZ*, 12.3.1872, Nr. 130, 1. Blatt.)

⁴⁰⁷ *NZZ*, 31.3.1874, Nr. 165, 2. Blatt.

⁴⁰⁸ *NZZ*, 1.4.1874, Nr. 167, 2. Blatt.

⁴⁰⁹ Ebenda.

⁴¹⁰ *NZZ*, 29.5.1874, Nr. 266, 2. Blatt.

konkurrierenden Verhältnis stünden, negierten die Freisinnigen diese Auffassung und postulierten ein Entweder-Oder. Wie letztlich mit dieser Problematik umgegangen wurde, versuchte Franziska Metzger in einem Aufsatz zu beantworten, in dem sie der Frage nachging, inwiefern der konfessionelle Faktor in die nationale Geschichtskonstruktion einfluss, wie nationale und religiöse Identität verbunden und konfessionell besetzte Erinnerungsorte Teil der dominanten nationalen Erinnerungskultur wurden.⁴¹¹ Nach Metzger stellte die Nation nicht eine Ersatzreligion dar. Vielmehr zeigte sich, dass die Verbindung von nationalen und konfessionellen Faktoren Teil der dominanten Nationalkonstruktion war und exklusiv wirkte, indem der konfessionelle Faktor mehr oder weniger gebunden in der Nationalerzählung und deren Kontinuität integriert und zudem direkt mit der Konstruktion des Staates in Verbindung gebracht werden konnte. Die Reformation stellte in der Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts eine multifunktionale Instanz dar, in der Differenzen in der Geschichtskonstruktion verschiedener Sozialmilieus im religiös-nationalen Diskurs hervortraten und zu unterschiedlichen, konkurrierenden und je exklusiven Erinnerungskonstruktionen führten. Die Geschichte der Reformation und damit verbunden der konfessionelle Faktor wurden zu einer Instanz der Differenz in der Konstruktion einer schweizerischen Nationalgeschichte und darüber laufender Identitätskonstruktion.⁴¹² Mit dem katholisch-konservativen Versuch, politische und konfessionelle Loyalitäten zu trennen, konnte – wie bereits erwähnt – die Differenz zwar minimiert, jedoch letztlich nicht gelöst werden. Der Konflikt blieb latent vorhanden, ohne je aktualisiert zu werden.

Die Konstruktion der Nation erfolgte auch über die Diskussion des deutschen Kulturkampfes, der die Problematik zweier kollektiver Identitäten, der nationalen und der konfessionellen Identität, im bikonfessionellen Staat offen legte. Die Analyse der Rezeption des deutschen Kulturkampfes machte jedoch deutlich, dass der demokratisch-republikanische Basiskonsens funktionierte. Die föderalistische Struktur der Schweiz war verantwortlich, dass der schweizerische Kulturkampf vor allem in den Kantonen ausgetragen und auch durch die Kantone begrenzt wurde.⁴¹³ Dieses Faktum erklärt,

⁴¹¹ METZGER, Franziska, Die Reformation in der Schweiz zwischen 1850 und 1950. Konkurrierende konfessionelle und nationale Geschichtskonstruktionen und Erinnerungsgemeinschaften, In: HAUPT, Heinz-Gerhard und Dieter LANGEWIESCHE (Hrsg.), Nation und Religion in Europa. Mehrkonfessionelle Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2004, S. 73. Vgl. auch: METZGER, Franziska, Entangled discourses. Religion, Geschichte, Nation in der katholischen Kommunikationsgemeinschaft der Schweiz, In: ALTERMATT, Urs und Franziska METZGER (Hrsg.), Religion und Nation. Katholizismen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2007, S. 153-175.

⁴¹² Ebenda, S. 96.

⁴¹³ STADLER, Der Kulturkampf in der Schweiz, S. 378.

Die Bundesverfassung von 1848 überliess das Kirchenwesen weiterhin der Zuständigkeit der Kantone. Sie begnügte sich im Wesentlichen mit einer Garantie der Kultusfreiheit für die beiden Hauptkonfessionen in der ganzen Schweiz, einem Verbot des Jesuitenordens und dem Ausschluss der Geistlichen aus National- und Bundesrat. Mit der Totalrevision der Bundesverfassung 1874 wurden die staatskirchenrechtlichen Bestimmungen noch weiter ausgedehnt: allgemeine Gewährleistung der Religionsfreiheit (also nicht nur für christliche Religionsgemeinschaften) sowie Verstaatlichung des Zivilstandswesens, aber auch Verschärfung durch die Ausnahmeartikel. (MORTANGES, René Pahud de, Kirchenrecht, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 4.8.2004, URL: <http://www.dhs.ch/externe/protect/textes/d/D8931.html>; GILG, Peter, Kirche und Staat, In:

warum letztlich das Nationskonzept im Wesentlichen unberührt blieb, trotz freisinniger Forderung nach einem laizistischen Staat. Die Problematik des (konkurrierenden) Verhältnisses zweier Loyalitäten blieb zwar bestehen, weil aber der Kulturkampf durch die Kantone begrenzt wurde, stand diese auf nationaler Ebene letztlich nie ultimativ zur Diskussion.

Wie einleitend erwähnt, betonten die Freisinnigen und die Katholisch-Konservativen unterschiedliche Aspekte des Terminus Freiheit. Während die Freisinnigen die Freiheit des Individuums nur durch den Staat garantiert sahen, fühlten sich die Katholisch-Konservativen durch den Staat in der Freiheit der Religionsausübung bedroht. Galt angesichts des deutsch-französischen Krieges die Freiheit noch als erstes Attribut der Republik im Sinne der Souveränität des Staates, betonten die Freisinnigen nun zusätzlich die Freiheit des Individuums. Diese Freiheit war nur durch die Befreiung aus der „Knechtschaft“ der Kirche, die das Volk absichtlich unwissend halten wolle, zu erreichen, so die *Neue Zürcher Zeitung*.⁴¹⁴ Der *NZZ* war allerdings bewusst, dass zwei grundlegend verschiedene Staatsformen den jeweiligen Kulturkampf unterschiedlich beeinflussten. Diese Differenz bedingte, dass der Kulturkampf in jedem Land anders geführt werden musste, denn es war deutlich, „daß Preußen mehr wagen darf und kann, als die Schweiz, deren Volk kein Phantom ist, an dem man politische Studien macht“⁴¹⁵. Das Individuum hatte im katholisch-konservativen Milieu einen anderen Stellenwert. Im Katholizismus verstärkte sich der Antiindividualismus durch die Metapher der Kirche als Körper mit dem Papst als Haupt. In der Angst vor dessen Auflösung liegt der Hauptgrund für die Angst der Katholisch-Konservativen vor der Freiheit der Menschen als Gläubige und als Bürger.⁴¹⁶

Zu beachten ist, dass in die Zeit des deutschen (und auch des schweizerischen) Kulturkampfes die Totalrevision der Bundesverfassung fiel, welche nach einem gescheiterten Versuch im Jahre 1874 von den Stimmbürgern angenommen wurde. Die Diskussion um diese Abstimmung verdeutlicht das Ringen um die Deutungsmacht Nation. Entsprechend wurde auch hier die eigentliche Diskussion um die (Religions-)Freiheit geführt. Das *Vaterland* glaubte einerseits, dass das „Haus nicht für die Freiheit der Katholiken eingerichtet“ sei und andererseits formulierte es klar, dass man für die „föderative Grundlage, für die Erhaltung eines gesunden, kräftigen Familien- und Gemeindelebens, für die Souveränität der Kantone, für alte Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche“ kämpfe.⁴¹⁷ Die Teil-Souveränität der Kantone war von immenser

Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 11.2.2005, URL: <http://www.dhs.ch/externe/protect/textes/d/D11457-1-1228.html>.)

Zu den Ausnahmeartikeln: Der Ausgang des Sonderbundskrieges 1847 führte zur Ausweisung der Jesuiten aus der Schweiz und zur Aufnahme des Jesuitenverbots in die Bundesverfassung von 1848 (Art. 58). Die Bundesverfassung von 1874 erweiterte das Verbot des Jesuitenordens auf jede Tätigkeit in Kirche und Schule (Art. 51). Dieser konfessionelle Ausnahmeartikel wurde 1973 durch Volksabstimmung aufgehoben. (BISCHOF, Franz Xaver, Jesuiten, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 13.2.2006, URL: <http://www.dhs.ch/externe/protect/textes/d/D11718.html>.)

⁴¹⁴ *NZZ*, 2.4.1872, Nr. 166.

⁴¹⁵ *NZZ*, 8.4.1875, Nr. 175, 2. Blatt; *NZZ*, 9.4.1875, Nr. 177, 2. Blatt.

⁴¹⁶ LANG, Josef, Die beiden Katholizismen und die Krux der Schweizer Demokratie, In: Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, 30/2004, S. 66.

⁴¹⁷ VA, 5.4.1874, Nr. 90; VA, 17.4.1874, Nr. 101.

Bedeutung, denn nur so konnte der vom katholisch-konservativen Milieu abgelehnte Laizismus zumindest auf kantonaler Ebene verhindert werden. Der Rückzug in die eigenen Stammlande war in Anbetracht der überkonfessionellen Allianz, die die Freisinnigen bildeten und letztlich die konfessionelle Isolierung des katholischen Konservativismus zur Folge hatte, die einzige Option.⁴¹⁸

4.4 Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen

In den Beiträgen zum Kulturkampf in Deutschland wurden Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen nicht explizit diskutiert.⁴¹⁹ Die Einschätzung der Einwirkungen und Konsequenzen des deutschen Kulturkampfes hängt weitgehend davon ab, inwiefern sich zwischen deutschem und schweizerischem Kulturkampf Interdependenzen herstellen lassen. Der schweizerische Kulturkampf hinterliess allerdings zum Beispiel in der Totalrevision der Bundesverfassung im Jahre 1874 tiefe Spuren: So gewährte die Verfassung neu allen Glaubensgemeinschaften die Kultusfreiheit, garantierte die Glaubens- und Gewissensfreiheit und führte die obligatorische Zivilehe ein. Die ersten und entscheidenden Jahre des Kulturkampfes, sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz, fielen nicht in eine Krisenphase der Schweiz. Die (kirchlichen) Neuerungen in der Verfassungsrevision von 1874 waren entsprechend die teilweise Umsetzung der Forderungen der Krisenphase der 1860er Jahre.

4.5 Konklusion

Die Rezeption des Kulturkampfes in Deutschland sowie – in ihrem Kontext – die Diskussion um nationale Identität erfolgte während eines „Epilogs“ in der Schweiz, nämlich der letzten dramatischen Zuspitzung in den Auseinandersetzungen zwischen freisinnigem Radikalismus und politischem Katholizismus⁴²⁰ – namentlich: des Kulturkampfes in der Schweiz. Diese innere konfliktive Situation war während des deutsch-französischen Krieges ruhig gestellt; 1870/71 ging es aufgrund einer vermeintlich äusseren Bedrohung primär darum, Geschlossenheit nach aussen zu demonstrieren. Diese war während des deutschen Kulturkampfes nicht zwingend notwendig, obwohl die Katholisch-Konservativen in der Interdependenz zwischen deutschem und schweizerischem Kulturkampf eine Bedrohung der schweizerischen Souveränität sahen.

⁴¹⁸ ALTERMATT, Katholizismus und Moderne, S. 226.

Seit 1848 sind der föderale Aufbau und die Lehre von der geteilten Souveränität zwischen Bund und Kantonen grundsätzlich unstrittig.

⁴¹⁹ Zu den politischen und institutionellen Konsequenzen, die auf den schweizerischen Kulturkampf zurückzuführen sind, siehe unter anderem: WIDMER, Die Schweiz in der Wachstumskrise, S. 553 f.

⁴²⁰ ALTERMATT, Katholizismus und Moderne, S. 224.

In der Rezeption wurde vor allem das konkurrierende Verhältnis zwischen der kollektiven, nationalen und der kollektiven, konfessionellen Identität offensichtlich; die Akteure des Nationskonzeptes rangen um den Stellenwert der (katholischen) Kirche in der Nation. Gleichzeitig wurde der demokratisch-republikanische Konsens von keinem der politischen Milieus aufgegeben. Dieser Basiskonsens konnte nur Bestand haben, weil der Konflikt zweier sich konkurrierender Identitäten sich auf den konfessionellen Aspekt beschränkte, das heisst sich nie zu einem Fundamentalkonflikt um die Konstruktion der Nation Schweiz ausweitete. Weil letztlich wesentliche Entscheidungen nicht vom Bundesrat, sondern von den Kantonsregierungen oder Diözesanregierungen getroffen wurden, tangierte der Kulturkampf in Deutschland zwar die Diskussion um den Faktor Konfession im Nationskonzept, stellte aber die Nation Schweiz an sich nie in Frage. Der deutsche Kulturkampf fungierte für den schweizerischen Kulturkampf als Katalysator. In diesem Sinne kann man den deutschen Kulturkampf durchaus als Schlüsselereignis für die Schweiz bezeichnen. Der Rückzug der Katholisch-Konservativen in die eigenen Stammlande war in Anbetracht der überkonfessionellen Allianz, die die Freisinnigen bildeten, dennoch vorerst die logische Konsequenz.

Die Rezeption des deutschen Kulturkampfes legte eine divergierende Definition des Terminus Freiheit offen: Während die Freisinnigen von der Freiheit des Individuums, die nur durch den Staat garantiert werden konnte, sprachen, sahen die Katholisch-Konservativen die Freiheit der Religionsausübung bedroht. Letztlich ging es um die Verteidigung der staatlichen Souveränität kontra Verteidigung der kirchlichen Freiheiten. Entsprechend befürworteten die Freisinnigen den deutschen Kulturkampf gleich zu Beginn. So sah zum Beispiel die *Neue Zürcher Zeitung* in Deutschland einen eigentlichen „Kampfgenossen“ gegen den Ultramontanismus, der als Bedrohung der Republik empfunden wurde und durch einen laizistischen Staat zurückgedrängt werden musste. Mit der Wende im Jahre 1878 machte die anfängliche Begeisterung allerdings einer nüchternen, ablehnenden Beurteilung Platz. Die Katholisch-Konservativen lehnten den Kulturkampf – wie zu erwarten – während der gesamten Dauer vehement ab. Man ging von einer Machtfraße zwischen Staat und Kirche aus, betonte aber gleichzeitig, dass es sich nicht um ein konkurrierendes Verhältnis zweier kollektiver Identitäten, sondern gegebenenfalls um Parallelgesellschaften handle, da die Kirche keine politische Macht sei.

Im Weiteren erfolgte die Rezeption des deutschen Kulturkampfes ganz unter dem Eindruck des eigenen Kulturkampfes. Der Loyalitätskonflikt zwischen zwei kollektiven Identitäten schwelte auch im eigenen Land, in der Konstruktion der eigenen Nation, so dass dieser unweigerlich in die Rezeption des deutschen Kulturkampfes einfluss. Sowohl das freisinnige als auch das katholisch-konservative Milieu betonten, dass es sich allerdings um zwei Staaten mit zwei unterschiedlichen Konzeptionen der Nation handle, auch wenn die Interdependenz zwischen deutschem und katholischem Kulturkampf in den beiden Milieus unterschiedlich beurteilt wurde. Das Konzept Nation Schweiz per se wurde nie in Frage gestellt, obwohl man über den Faktor Konfession im Nationskonzept Divergenzen hatte.

Durch die Totalrevision der Bundesverfassung 1874 erfolgte der Übergang von einer repräsentativen zu einer halbdirekten Demokratie, die letztlich auch das Ende der liberalen Alleinherrschaft einleitete. Das liberale System erreichte durch die Verankerung neuer Freiheitsrechte und die weiter vorangetriebene Säkularisierung dennoch einen erneuten Höhepunkt. Die Einführung des fakultativen Referendums auf Bundesebene anlässlich der Totalrevision wiederum hatte wesentlichen Anteil an der Integration des katholisch-konservativen Milieus. Die Blockierung gesetzgeberischer Tätigkeit bei der Mobilisierung von entsprechenden Mehrheiten entpuppte sich für das katholisch-konservative Milieu, trotz anfänglichem Widerstand, als wirksames Mittel wenn auch nicht eigene Vorstellungen zu realisieren, so doch nicht genehme zu blockieren.

In der Diskussion um den Faktor Konfession im Nationskonzept blieben die Freisinnigen siegreich, auch wenn der angestrebte laizistische Staat bei weitem nicht erreicht wurde. Das katholisch-konservative Milieu gewann allerdings im Ringen um die Deutungsmacht der Nation als Konfliktpartei an Bedeutung, denn der Kulturkampf trug zunächst dazu bei, die innerkatholische Solidarität zu fördern respektive im katholisch-konservativen Lager einigend und stabilisierend zu wirken. So behinderte der Kulturkampf die Entstehung einer innerkatholischen Opposition; interne Gegensätze wurden überdeckt, nicht aber behoben. Nach dem Abflauen des Kulturkampfes brachen die internen Gegensätze jedoch hervor und bedrohten die aufgebaute Gruppensolidarität.⁴²¹ Dass dennoch die innerkatholische Solidarität allgemein weitgehend erstarkte, wurde auch durch die europäische Dimension des Kulturkampfes, die eine breitere Perspektive der Problematik ermöglichte, gefördert. Der gemeinsam geleistete Widerstand gegen eine vermeintlich allgegenwärtige Bedrohung, der Kampf um Prinzipien hatte einen politischen Mobilisierungseffekt zur Folge, der es den Katholisch-Konservativen ermöglichte, im Ringen um die Deutungsmacht der Nation als gewichtiger Akteur Stellung zu beziehen. Die innerkatholische Solidarität und in Konsequenz das geschlossene Auftreten äusserten sich auch in der Sprache ihres politischen Organs: Die politische Sprache des *Vaterlands* behielt zwar ihre zentralen Leitbegriffe bei, erfuhr aber eine abrupte Wendung ins Kämpferische; der resignative Ton der vorangehenden Phase war beendet.⁴²² Als Fazit des Kulturkampfes für das katholisch-konservative Milieu gilt, dass der Kulturkampf zwar die innerkatholische Solidarität förderte, letztlich aber dazu beitrug, die Integration der Katholisch-Konservativen in den Bundesstaat zu verzögern.⁴²³ Erst nach der Wende im

⁴²¹ ALTERMATT, Katholizismus und Moderne, S. 231 ff.

⁴²² EISNER, Politische Sprache, S. 163.

⁴²³ ALTERMATT, Katholizismus und Moderne, S. 233; STADLER, Der Kulturkampf in der Schweiz, S. 365.

Mit der Wahl des katholisch-konservativen Josef Zemp in den Bundesrat im Jahr 1891 war die Integration zwar nicht vollendet, jedoch weit fortgeschritten.

Zu beachten ist Stadlers Hinweis, dass es bereits vor 1891 praktisch immer Katholiken im Bundesrat gegeben hatte, diese aber freisinnige Katholiken waren, die ihren Katholizismus mit der unbedingten Zustimmung zum Bundesstaat verbanden. Will heissen: 1891 kam das katholisch-konservative Element im Bundesrat hinzu. (STADLER, Peter, Konfessionalismus im schweizerischen Bundesstaat, 1848-1914, In: DE CAPITANI, François und Georg GERMANN (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848-1914. Probleme - Errungenschaften - Misserfolge, 8. Kolloquium der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften 1985, Freiburg (Schweiz) 1987, S. 88.)

Kulturkampf im Jahre 1878 und dem Auftreten einer neuen Konfliktlinie zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum Anfang der 1880er Jahre gelang den Katholisch-Konservativen die Integration in den Bundesstaat und die permanente Neutralisierung des Kulturkampfes.

5. „Ein recht eckeliges Schauspiel...“⁴²⁴ Das Sozialistengesetz in Deutschland

5.1 Einleitung – der klassenpolitische Aspekt des Nationskonzepts

Der Paradigmawechsel in der Wahrnehmung der zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinie wurde in Deutschland mit dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, allgemein bekannt als Sozialistengesetz, im Jahre 1878 vollends deutlich. Der „innenpolitische Präventivkrieg“ wider die sozialdemokratische Arbeiterbewegung trat mit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes in sein akutes Stadium.⁴²⁵

Die bereits seit Anfang der 1870er Jahre von Bismarck verfolgte Strategie der Repression, um die sozialdemokratische Agitation einzudämmen, war weitgehend erfolglos geblieben. Entsprechend boten die zwei im Jahre 1878 (fehlgeschlagenen) Attentate auf den Kaiser Bismarck den willkommenen Anlass, ein „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ zu lancieren. Die Attentate waren von der Regierungspresse der Sozialistischen Arbeiterpartei in die Schuhe geschoben worden, nachdem bekannt geworden war, dass die Attentate von der Sozialdemokratie nahe stehenden Personen verübt worden waren. Bismarck erkannte die günstige Stimmung in der Öffentlichkeit: „Sollte man nicht von dem Attentat Anlass zu sofortiger Vorlage gegen Sozialisten und deren Presse nehmen?“⁴²⁶ Das Gesetz, welches am 19. Oktober 1878 im Reichstag angenommen wurde und zwei Tage später in Kraft trat, ermächtigte die Polizeibehörden, sozialdemokratische Vereine aufzulösen, Publikationen zu verbieten und gegen Sozialdemokraten ein Aufenthaltsverbot in den Städten auszusprechen. Hingegen war es nicht möglich, die Aufstellung sozialdemokratischer Kandidaten für die Reichstagswahlen zu verhindern, denn das hätte der Reichsverfassung widersprochen. Das Gesetz war auf drei Jahre befristet, wurde aber regelmässig erneuert, letztmals 1887 bis Herbst 1890. Der „innenpolitische Präventivkrieg“ gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung richtete sich dem Selbstverständnis seiner Urheber nach gegen eine Bewegung, die angeblich darauf ausgerichtet war, die Ärmsten der Armen zum gewaltsamen Aufstand gegen die bürgerliche Gesellschaft aufzuhetzen. Tatsächlich traf er eine selbstbewusste, zu rationaler Politik befähigte und im Grunde durchaus nicht zu Radikalismus neigende Oberschicht von beruflich durchweg erfolgreichen Arbeitern, die der „respektablen“ Arbeiterschaft in der sich entfaltenden industriellen Gesellschaft einen angemessenen

⁴²⁴ GRÜT, 18.6.1878, Nr. 49.

Vollständig lautet das Zitat wie folgt: „Es ist ein recht eckeliges Schauspiel, welches Deutschland seit dem Kaiser-Attentate der Welt bietet.“

⁴²⁵ MOMMSEN, Wolfgang J., Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck, 1850 bis 1890, Propyläen Geschichte Deutschlands, 7. Band, 1. Teil, Berlin 1993, S. 608. Nachstehend zitiert als: MOMMSEN, Das Ringen um den nationalen Staat.

⁴²⁶ Zitat nach: MOMMSEN, Das Ringen um den nationalen Staat, S. 467.

Platz erkämpfen wollte.⁴²⁷ Nach kurzen Anfangserfolgen wurde deutlich, dass das Gesetz nicht nur wirkungslos, sondern geradezu kontraproduktiv war. Das Sozialistengesetz in Deutschland beruhte auf einer Fehleinschätzung. Die Sozialdemokratie als eine ernsthafte Gefährdung der bestehenden Gesellschaft anzusehen, erwies sich als nicht korrekt. Die Postulate von einer sozialistischen Gesellschaft der Zukunft hatten vorwiegend utopischen Charakter und waren den Realitäten der sich entfaltenden Industriegesellschaft nicht angepasst. Zusätzlich basierte die Furcht des Bürgertums vor der Sozialdemokratie weithin auf Unkenntnis deren tatsächlichen Charakters. Als Folge wurde einerseits die Sozialdemokratische Partei nach links gedrängt und in eine unversöhnliche Haltung gegenüber dem bestehenden Staat und den bürgerlichen Parteien hinein gezwungen, andererseits verhärtete sich die Einstellung der Gesellschaft und der Staatsbehörden gegenüber der Arbeiterschaft immer mehr.⁴²⁸

Die Inkraftsetzung des Sozialistengesetzes im Oktober des Jahres 1878 war für die Schweiz zunächst eine Formalität Deutschlands. Das Gesetz traf nicht die grosse Masse der Parteigänger, sondern lediglich die führenden Köpfe, und die Ausweisungsbestimmungen erstreckten sich vorerst nur auf Berlin und seine Umgebung. Von einer eigentlichen Fluchtbewegung konnte daher nicht die Rede sein. Primär waren es die aktiven Führer und Journalisten der Partei, sofern sie nicht Mitglied der Reichstagsfraktion waren, die nach 1878 die Flucht ins Exil ergriffen.⁴²⁹ Der zunächst befürchtete Massenexodus deutscher Sozialdemokraten trat bis Ende 1878 entsprechend nicht ein. Ebenso hatte die liberale Praxis des Asylrechts bis Ende 1878 (noch) zu keinen ernsthaften Komplikationen mit Deutschland geführt. Dass die bisherige grosszügige Handhabung des Asylrechts und die Pressefreiheit der Emigranten gewisse Unstimmigkeiten mit Deutschland provozieren könnten, waren sich die politischen Akteure der Schweiz bewusst. Gleichzeitig waren dem Bundesrat die geringen Kompetenzen deutlich geworden, die ihm im Bereich der Fremdenpolizei zustanden; er konnte lediglich die Kantone an ihre Verantwortung in dieser Frage erinnern.⁴³⁰ Und so kam es nach 1878 hin und wieder zu Komplikationen mit Deutschland. Zwischenstaatliche Probleme bereiteten vor allem die publizistische Tätigkeit deutscher Flüchtlinge. So wurde zum Beispiel im September 1879 erstmals in Zürich der „Sozialdemokrat“ herausgegeben, den man fortan in grosser Anzahl auf Umwegen nach Deutschland schmuggelte.⁴³¹ Die Probleme zwischen der Schweiz und Deutschland intensivierten sich im Laufe der 1880er Jahre, um 1889 anlässlich des Wohlgemuth-Handels ihren Höhepunkt zu erreichen.

Die Rezeption des Sozialistengesetzes und die Diskussion im Kontext des Nationskonzeptes ist vor allem aufgrund von zwei Aspekten von Interesse: Einerseits erfolgte die Argumentation über den Faktor der Gedankenfreiheit, Toleranz, Rede- und Pressefreiheit, andererseits über das Ringen um die Deutungsmacht der Nation zweier

⁴²⁷ Ebenda, S. 608.

⁴²⁸ Ebenda, S. 475 f.

⁴²⁹ RENK, Hansjörg, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz. Der Wohlgemuth-Handel von 1889. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen, Basel 1972, S. 18. Nachstehend zitiert als: RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz; vgl. auch: URNER, Die Deutschen in der Schweiz, S. 226 f.

⁴³⁰ RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, S. 16.

⁴³¹ URNER, Die Deutschen in der Schweiz, S. 228.

sich konkurrierender kollektiver Identitäten. Bismarck betrachtete die Sozialisten als Reichsfeinde, weil sie seiner Ansicht nach den Internationalismus erstrebenswerter als die deutsche Nation einstufte und daher für den noch jungen Staat eine Gefahr darstellten. Entsprechend steht das Sozialistengesetz für die Konkurrenz zweier kollektiver Identitäten, die um die Deutungsmacht Nation rangen. Im Sinne des gegenseitigen Vorwurfs, die schlechteren Patrioten respektive Vaterlandsverräter zu sein, rezipierten auch die politischen Milieus in der Schweiz das Sozialistengesetz.⁴³²

5.2 Die Rezeption des Sozialistengesetzes

Das Sozialistengesetz wurde von allen analysierten Zeitungen abgelehnt. Erstens erfolgte diese Ablehnung mit der Begründung, dass das Gesetz eine Bedrohung für die freie Meinungsäußerung darstelle. Diese Argumentation rekurrierte auf die Prinzipien der Gedankenfreiheit, Toleranz, Rede- und Pressefreiheit und aktualisierte damit zentrale Elemente des republikanischen Prinzips wie des bisherigen schweizerischen Nationskonzeptes. Zweitens wurde die Ablehnung von allen politischen Milieus auch pragmatisch begründet: das Gesetz sei kontraproduktiv, da es die Sozialisten eher stärken und daher seinen intendierten Zweck nicht erfüllen würde. Letztere Begründung wurde zwar von allen politischen Milieus angewandt, jedoch unterschiedlich bewertet. Befürchtete das freisinnige sowie das katholisch-konservative Milieu ein Erstarken der Sozialdemokratie (kontraproduktiv, weil das Gesetz letztlich die Sozialdemokratie stärkte), bewertete das linksorientierte Milieu das Erstarken der Sozialdemokratie – wie zu erwarten – als positiv (kontraproduktiv, weil das Gesetz letztlich sein Ziel, die Sozialdemokratie zu vernichten, verfehlte).

Die Analyse des Sozialistengesetzes zu dessen Beginn (1878) und Ende (1889/1890) macht deutlich, dass die drei Organe der „freisinnigen Grossfamilie“ in ihrer jeweiligen Argumentation gegen das Gesetz nur minimal divergierten. Die *Neue Zürcher Zeitung* sprach sich zum Beispiel gegen das Gesetz aus, weil es auch gegen den Liberalismus verwendet werden konnte: „...sondern mit demselben Gesetz, das sie [= alle freisinnigen Fraktionen des deutschen Parlaments] nur als Abwehr gegen sozialdemokratische Ausschreitungen zu errichten vermeinten, würden sie zugleich eine Zuchtrute gegen ihre eigene freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift binden.“⁴³³ Zudem war das liberale Organ der Auffassung, dass sich die sozialen Missstände nicht mit der Verfolgung der Sozialdemokraten bekämpfen liessen, da die Ursachen hierfür anderswo lägen. Die Zeitung machte in ihrer Berichterstattung jedoch keinen Hehl daraus, dass sie die

⁴³² Zu beachten ist, dass ich lediglich Anfang und Beginn des Sozialistengesetzes nach einschlägigen Artikeln untersuche. Die lange Zeitdauer sowie die nur sporadische Thematisierung macht eine kontinuierliche Untersuchung von 1878 bis 1890 im Rahmen einer Studie, die mehrere Ereignisse untersucht, unmöglich.

⁴³³ NZZ, 22.5.1878, Nr. 236, 1. Blatt.

Die NZZ fragte sich gar, ob das Gesetz nicht eigentlich gegen die Liberalen und nicht gegen die Sozialdemokraten oder zumindest auf beide zugleich gerichtet sei. (NZZ, 17.8.1878, Nr. 383, 1. Blatt.)

Sozialdemokratie ablehnte, auch wenn sie gewisse Forderungen der Sozialdemokraten hinsichtlich der sozialen Frage als berechtigt erachtete:

„Die Sozialdemokratie wird jetzt allein für alles Unheil verantwortlich gemacht und in die Reichsacht erklärt, ohne lange darnach zu fragen, ob sie wirklich die allein Schuldigen sind, ob sie nicht vielleicht zum Theil ihre Rechts- und Gesetzesverachtung und ihre unmoralischen, rohmaterialistischen Grundsätze von höher gebildeten und hochgestellten Lehrmeistern gelernt haben, und ob vielleicht in ihren Bestrebungen neben manchen Verirrungen nicht auch manch ein berechtigter Anspruch liegt. Man verurtheilt die sozialdemokratischen Tendenzen, und gewiß mit Recht, insofern sie sich in unvernünftige Ansprüche und rohe Ausschreitungen verirren, aber fragt zu wenig nach der Beschaffenheit des Bodens, auf dem sie großgewachsen sind und sich zu solcher Macht zu entfalten vermochten.“⁴³⁴

Nach der Ablehnung einer erneuten Verlängerung des Gesetzes 1890 kommentierte das liberale Organ, der deutsche Kaiser sei – „so mächtig aber auch der Widerwille Wilhelms gegen die antimonarchischen und widerchristlichen Tendenzen der Arbeiterbewegung ist“ – von der „wieder hochmodernen Anforderung durchdrungen“, die wirtschaftlich Schwächeren zu unterstützen.⁴³⁵ Und der Korrespondent in Berlin meinte, durch das Sozialistengesetz wäre die soziale Frage förmlich anerkannt worden, und zwar vielmehr als politische Rechte und Freiheit. Seine Quintessenz: Weil die sozialdemokratische Presse unterdrückt worden sei, können die Blätter der freisinnigen Partei⁴³⁶ die politischen Ansprüche der Sozialdemokraten – gemeint sind allerdings ausschliesslich die eigenen sozialen Ansprüche – umso besser vertreten.⁴³⁷

Die liberale Zeitung der Romandie rezipierte das Sozialistengesetz lediglich in wenigen Artikeln. Obwohl die *Gazette de Lausanne* den Sozialismus ablehnte und seine Bekämpfung befürwortete, befand sie das Gesetz hierzu als das falsche Mittel, denn Ausnahmegesetze seien „de mauvaises mesures“. Es wäre besser, „propager les saines doctrines que persécuter les mauvaises dans la personne de leurs auteurs“. Entsprechend empfahl die Gazette „rester dans les limites du droit commun“ und den Sozialismus „sur le terrain des principes“ zu bekämpfen. Diese Aufgabe wurde den Regierungen übertragen („...les gouvernements ont le devoir de lutter contre l'envahissement exclusif de tout un parti.“).⁴³⁸

Der demokratische *Landbote* beschränkte sich in seinen wenigen Artikeln darauf, das Gesetz als kontraproduktiv und als Antwort der Reaktion auf die republikanische (Meinungs-)Freiheit einzustufen. Aufgrund der Nähe der Attentäter zur Sozialdemokratie hätten die Sozialdemokraten ebenfalls unter den Folgen zu leiden. Für die öffentliche

⁴³⁴ NZZ, 8.6.1878, Nr. 264, 1. Blatt.

⁴³⁵ NZZ, 6.2.1890, Nr. 37, 2. Blatt.

⁴³⁶ Der Korrespondent benützte hier interessanterweise einen spezifisch schweizerischen Terminus. Mit der „freisinnigen Partei“ meinte er „die Regierung und die Konservativen, speziell die Christlich-Sozialen“. (NZZ, 26.2.1890, Nr. 57, 2. Blatt.)

⁴³⁷ NZZ, 26.2.1890, Nr. 57, 2. Blatt.

⁴³⁸ GdL, 4.7.1878, Nr. 156.

Meinung sei diese Gesinnungsnähe nämlich bereits Grund genug, alle in denselben Topf zu werfen. Diese Attentate bereiteten entsprechend den Boden für einen „wichtigen[r] Schlag vor allem gegen diejenigen bürgerlichen Freiheiten, welche der Sozialdemokratie immerhin einige Bewegung und die Bedingung der Ausbreitung verschafft haben“. Die Attentate wären lediglich der Tropfen, den das Fass zum Überlaufen bringen würde: „Es lag sonst schon so viel Reaktion in der Luft: sie wird nun allem Anschein nach zum Sturm anschwellen, der auch noch über die Grenzen Deutschlands hinaus seine Wellen schlagen wird.“ Als Fazit publizierte der *Landbote* zum Schluss des Artikels folgende Zeilen: „Der Tag, da unter den Linden das mörderische Blei den deutschen Kaiser traf, wird daher ein schwarzer Tag bleiben auch für die, welche die republikanische Freiheit lieben.“⁴³⁹ Die Ablehnung der Verlängerung im Jahre 1890 wurde vom *Landboten* schlicht als erfreuliches Zeichen dafür gewertet, dass man in Deutschland beginne, wieder mehr „Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl“ zu entfalten. Es schloss sich der Wunsch an, dass in diesem Sinne die nächste Zukunft Fortschritte zeitigen werde.⁴⁴⁰

Für das katholisch-konservative Milieu erwies sich das Sozialistengesetz als vielschichtig interpretierbar. Einerseits fühlte man sich mit der anderen „grossen“ Minderheit, der Sozialdemokratie, verbunden, andererseits rückte aber mit der sich abzeichnenden Wende im Kulturkampf ein Zusammengehen mit dem Freisinn in den Bereich des Möglichen, das man durch eine zu deutlich geäußerte Solidarität mit eben dieser Minderheit nicht in Frage stellen wollte. Gleichzeitig fühlte das katholisch-konservative Milieu sich der sozialen Frage ebenso verpflichtet wie die Sozialdemokratie. Entsprechend legte das Organ der Katholisch-Konservativen seine ablehnende Haltung des Sozialistengesetzes anhand von vier Argumentationslinien dar: Erstens konnte das Blatt mit der Ablehnung seine Solidarität mit den Armen zeigen („Auch der grimmigste Feind der Sozialdemokraten kann sich mindestens eines Anfluges von Mitleid kaum erwehren, wenn er sieht, wie diese ‚Proletarier‘ im deutschen Reich behandelt werden.“⁴⁴¹). Das Blatt sprach gar von einer „großartige[n] soziale[n] Bewegung“, die hier durch „Gewalt und Chikanen“ niedergehalten werden sollte. Gleichzeitig machte man darauf aufmerksam, dass auf diese Weise die soziale Bewegung nicht unterdrückt werden könne, und zwar weil die Ursachen fortbestehen würden.⁴⁴² Die zweite Argumentationslinie betraf die Solidarität mit einer anderen Minderheit. Aufgrund des nicht klar formulierten Gesetzesparagraphens könnten auch andere Parteien in Mitleidenschaft gezogen werden.⁴⁴³ Mit dieser Argumentation bezeugte das katholisch-konservative Organ primär seine Solidarität mit der (katholischen) Zentrumsparterie. Die dritte Argumentationslinie wiederum betraf die direkte Kritik an der Politik Bismarcks. Man glaubte, dass dieser letztlich nicht nur den Sozialismus, sondern auch die „Vorfrucht“ desselben, den Liberalismus, bekämpfen wolle.⁴⁴⁴ Das Blatt sah das Vereins- und Versammlungsrecht, die Pressefreiheit, die Freizügigkeit und die Gewerbefreiheit

⁴³⁹ LB, 9.6.1878, Nr. 136.

⁴⁴⁰ LB, 28.1.1890, Nr. 23.

⁴⁴¹ VA, 7.7.1878, Nr. 156.

⁴⁴² VA, 26.7.1878, Nr. 172 ; VA, 28.6.1878, Nr. 148.

⁴⁴³ VA, 24.5.1878, Nr. 120.

⁴⁴⁴ VA, 27.11.1878, Nr. 275.

bedroht⁴⁴⁵ – alles Errungenschaften, auf die man im eigenen Land mit republikanischem Stolz blickte. Und so kam das Organ zum Schluss, dass das Verfassungsideal in Deutschland dahingehend lauten würde: „§ 1: Soldat sein, § 2: Steuer zahlen, § 3: Maul halten!“⁴⁴⁶ Als vierte und letzte Argumentationslinie zur Ablehnung des Gesetzes führte das *Vaterland* Zweifel an, ob dieses Mittel auch zum Ziel führen werde, da „alle Zwangsmaßregeln“ die „Bewegung nur nähren und die Ausnahmsgesetze die Kolonnen verstärken“ würden.⁴⁴⁷ Eine Stärkung der Sozialdemokratie wäre kontraproduktiv, da sie letztlich einen politischen Gegner stärken würde. Die Ablehnung der Verlängerung des Gesetzes 1890 wurde im *Vaterland* lediglich marginal erwähnt.

Das zweite untersuchte katholisch-konservative Organ widmete dem Thema nur wenig Aufmerksamkeit. Von Interesse ist vor allem die von der *Liberté* hergestellte Relation zwischen Sozialistengesetz und Kulturkampf. Für die *Liberté* waren die sozialistischen Attentate Anzeichen einer allgemeinen Revolution. Diese Revolution beziehungsweise der Hass und die Grausamkeit seien – so argumentierte das Organ, ohne dies zu vertiefen – das Resultat des Kulturkampfes.⁴⁴⁸ Trotz der Gegnerschaft zum Sozialismus lehnte aber auch die *Liberté* das Sozialistengesetz ab; sei es doch die falsche Strategie, um den Sozialismus zu bekämpfen. Andererseits befürchtete man auch, selbst die Konsequenzen des Gesetzes tragen zu müssen: „Mais l'article 20 du projet de loi est encore celui qui nous paraît le plus grave, à cause des conséquences qu'il peut entraîner, et du vague de ses dispositions.“⁴⁴⁹ Im Weiteren hegte man bei einer Ablehnung des Sozialistengesetzes im Reichstag durch die Zentrumsparlei Bedenken, dass der Kulturkampf wieder aufflammen könnte.⁴⁵⁰ Auch neun Jahre später argumentierte die *Liberté* – weiterhin ungebrochen von der Überlegenheit der katholischen Soziallehre überzeugt –, dass der Katholizismus, „cette force morale“, die Fortschritte des Sozialismus hätte aufhalten können.⁴⁵¹

Der *Grütli* berichtete intensiv über das Sozialistengesetz, was in Anbetracht der marginalen Berichterstattung ausländischer Ereignisse an sich aussergewöhnlich und nur aufgrund der hohen Bedeutung des Sozialistengesetzes für das durch den *Grütli* vertretene politische Milieu erklärbar ist. Der *Grütli* argumentierte ähnlich wie der demokratische *Landbote*: das Gesetz widersprach der Freiheit beziehungsweise der freien Meinungsäußerung und entsprach in keiner Weise der Vereins-, Rede- und Pressefreiheit.⁴⁵² Der *Grütli* war überzeugt, dass Bismarck mit diesem Gesetz die falsche Strategie wählte, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen.⁴⁵³ Das Blatt betrachtete das Sozialistengesetz als Ausdruck eines grundsätzlichen Kampfes zwischen einer neuen (demokratisch, freiheitlichen) und einer alten (monarchisch, tyrannischen) Welt:

⁴⁴⁵ VA, 20.8.1878, Nr. 192.

⁴⁴⁶ VA, 27.11.1878, Nr. 275.

⁴⁴⁷ VA, 22.5.1878, Nr. 118.

⁴⁴⁸ LIB, 6.6.1878, Nr. 128.

⁴⁴⁹ LIB, 20.8.1878, Nr. 190.

⁴⁵⁰ LIB, 8.10.1878, Nr. 232.

⁴⁵¹ LIB, 6.5.1887, Nr. 104.

⁴⁵² GRÜT, 7.6.1878, Nr. 46.

⁴⁵³ GRÜT, 16.8.1878, Nr. 66; GRÜT, 13.9.1878, Nr. 74.

„Hier sehen wir die neue, dort die alte Welt; diese kämpfend mit der Brutalität der Tyrannei; jene streng auf dem Boden des Gesetzes nur vertheidigend die uralten Menschenrechte, streitend für im Kampf um's Dasein und durch kritisches selbstständiges Denken gereifte Ueberzeugungen.“⁴⁵⁴

Das Gerücht, die beiden Attentate auf den Kaiser seien von Sozialdemokraten verübt worden, war für den *Grütlianer* insofern von Bedeutung, als man sich bewusst war, dass ein solches für Bismarck die längst erwartete Gelegenheit bot, gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. Gleichzeitig war die Eile, mit der das Gesetz verabschiedet werden sollte, dem Blatt suspekt, so dass es mutmasste, die Attentate seien bloss in Szene gesetzt worden, um die Sozialdemokratie auszuschalten.⁴⁵⁵ Entsprechend versuchte das Blatt den Beweis zu erbringen, dass die Sozialdemokratie nicht für die Attentate verantwortlich war. Zu diesem Zweck verglich man die Reaktion auf die beiden Attentate mit den Judenverfolgungen im Mittelalter.⁴⁵⁶ Der *Grütlianer* zeigte sich enttäuscht, dass niemand den Mut fände, den „elenden Wisch“ in den Papierkorb zu werfen und die „Unantastbarkeit der Gedanken- und Geistesfreiheit zu proklamieren“. Das Bestreben der Reichstagskommission für das Sozialistengesetz beziehungsweise gegenüber Bismarck den „Loyalen“ zu spielen, wurde entschieden verurteilt.⁴⁵⁷ 1890 wurde die Ablehnung einer weiteren Verlängerung sehr begrüsst: „Endlich ist sich der Reichstag der deutschen Schande bewußt geworden...“ Für einen Reichstag, der sich „lange genug im Heldenmuth des Rückenkrümmens“ und des „aus der Hand Fressens“ geübt, bedeute diese Ablehnung wahrlich eine „politische That“.⁴⁵⁸

Als einzige der untersuchten Zeitungen bezog sich die *Tagwacht* in ihrer Rezeption wiederholt auf andere Zeitungen. Die *Tagwacht* sah im Gesetz nicht nur die Sozialdemokratie bedroht; das Gesetz könne sich nämlich „auch auf andere freisinnige, demokratische Versammlungen, Zeitungen und Vereine erstrecken [...], sobald sie der Regierung unangenehm werden“. „Dieses ‚Gesetz‘ [sei] also nichts mehr und nichts weniger, als ein Belagerungszustand.“⁴⁵⁹ Weil aber mit diesem Gesetz letztlich das ganze Volk bedroht werde, mache die deutsche Regierung gerade die von ihr scheinbar unterdrückte Partei zur „Führerin des Volkes bei seinem Befreiungskampfe“.⁴⁶⁰ Es zeigte sich tatsächlich, dass das Gesetz kontraproduktiv war, und die Sozialdemokratie letztlich gestärkt wurde (die Führerin des Volkes blieb allerdings weitgehend Wunschdenken).

Wie die detaillierten Ausführungen gezeigt haben, bestanden trotz der einhelligen Ablehnung des Sozialistengesetzes Divergenzen in deren Begründung. Einzig gemeinsame Argumentation war, dass man durch das Gesetz die freie

⁴⁵⁴ GRÜT, 24.9.1878, Nr. 77.

⁴⁵⁵ GRÜT, 21.5.1878, Nr. 41.

⁴⁵⁶ GRÜT, 7.6.1878, Nr. 46.

⁴⁵⁷ GRÜT, 27.9.1878, Nr. 78.

⁴⁵⁸ GRÜT, 29.1.1890, Nr. 9.

⁴⁵⁹ TW, 25.5.1878, Nr. 42.

⁴⁶⁰ TW, 25.9.1878, Nr. 76.

Meinungsäusserung bedroht sah⁴⁶¹ – einen Faktor des Nationskonzepts. Diese Bedrohung betraf letztlich alle Milieus und nicht nur ausschliesslich das sozialdemokratische. Eine nur relative Einigkeit bot die Begründung, dass das Gesetz kontraproduktiv sei. Es könne weder die Sozialdemokratie bekämpfen noch diese gänzlich zum Verschwinden bringen, im Gegenteil. Das Gesetz – so die allgemeine Auffassung – trage dazu bei, dass die Sozialdemokratie letztlich gestärkt aus diesem Kampf hervorgehen werde. Für das freisinnige und das katholisch-konservative Milieu bedeutete dies ein Erstarken der Sozialdemokratie, für das linksorientierte ein Erstarken der eigenen Reihen. Letztlich handelte es sich hier um das Ringen zweier sich konkurrierender (klassen-)politischer Milieus um die Deutungsmacht der Nation. Liberale würden den Sozialdemokraten – so die *Tagwacht* – mangelnde Vaterlandsliebe beziehungsweise ihre Loyalität zur (internationalen) Arbeiterklasse über diejenige zum Staat zu stellen vorwerfen, was von diesen wiederum vehement zurückgewiesen wurde.⁴⁶² Die Debatte erschöpfte sich in gegenseitigen Schuldzuweisungen. Die analysierten Organe diskutierten anlässlich der Auseinandersetzung um das Sozialistengesetz auch die soziale Frage. Die *Neue Zürcher Zeitung* zum Beispiel machte deutlich, dass die sozialen Missstände so nicht zu bekämpfen seien, und das *Vaterland* zeigte sich mit seiner ablehnenden Haltung solidarisch mit den Armen. Eine Relation zwischen Sozialistengesetz und Kulturkampf stellte lediglich die katholisch-konservative *Liberté* her, indem sie betonte, dass der Katholizismus als „force morale“ den Sozialismus bekämpfen könne. Ganz in republikanischer Tradition, jedoch mit ihrem Vorschlag allein, schlug die *Gazette de Lausanne* vor, den Weg der sachlichen Verständigung zu gehen und den Sozialismus auf dem „terrain des principes“ zu bekämpfen.

5.3 Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität

Für die Analyse im Kontext der Diskussion über nationale Identität interessiert vor allem die Argumentation zur Ablehnung des Gesetzes. Erstens: Die untersuchten Blätter lehnten das Gesetz aufgrund der Einschränkung der freien Meinungsäusserung ab. Dieser Aspekt zielt auf einen spezifischen Faktor des Nationskonzepts, nämlich auf den der Gedankenfreiheit, Toleranz, Rede- und Pressefreiheit. Zweitens: Das Gesetz wurde auch abgelehnt, weil es kontraproduktiv war. Weil die einen diese Sachlage als positiv einstufen (das linksorientierte Milieu), die anderen aber als negativ (das freisinnige und das katholisch-konservative Milieu) führte diese Argumentation letztlich in ein Ringen um die Deutungsmacht der Nation. Zu beachten ist, dass nicht alle politischen Organe einen Bezug zum Nationskonzept herstellten beziehungsweise an der Diskussion über nationale Identität teilnahmen. Das deutsche Sozialistengesetz wurde teilweise als eine innerdeutsche Angelegenheit betrachtet, so dass Organe, deren politische Milieus nicht

⁴⁶¹ Eine Ausnahme bildete die liberale *Gazette de Lausanne*, die sich nicht in diesem Kontext äusserte.

⁴⁶² TW, 26.6.1878, Nr. 50.

direkt betroffen waren, eine Ereignisberichterstattung zu genügen schien. Eine Auseinandersetzung um die liberale Praxis des Asylrechts der Schweiz wurde im Jahre 1878 (noch) nicht geführt.

Die liberale *Neue Zürcher Zeitung* zog in einem Artikel einen direkten Vergleich zwischen der Schweiz und Deutschland.⁴⁶³ Das Organ wies darauf hin, dass die Schweizer nicht unzufrieden sein sollten, auch wenn die Schweiz dem Fortschritt manchmal hinterher hinke und sich nicht rühmen könne, „in Allem, was die Neuzeit erfordert, Deutschland voranzugehen“. Angesprochen wurden hier die „Verschiedenheit der Sprachen und alte[n] Eigenthümlichkeiten in Verfassung und Gewohnheiten der einzelnen Kantone“, die einer einheitlichen Gestaltung entgegenstünden, und zwar „auch in solchen Dingen, von denen die Wünschbarkeit einer gleichmässigen Ordnung kaum bestritten werden kann“, so zum Beispiel der Rechtseinheit. Man forderte die Leser auf, die mit beziehungsweise in der Schweiz unzufrieden seien, doch für einige Zeit nach Deutschland zu gehen, damit sie sich „aus eigener Anschauung überzeugen [...], daß die Freiheit, deren wir uns rühmen, doch mehr als ein leeres Wort ist“. Es folgte ein Plädoyer für den schweizerischen Verfassungsstaat zu Petitionen, Vereins- und Versammlungsrecht, Pressefreiheit und Initiativen⁴⁶⁴, das mit folgenden Worten endete: „Darauf beruht die innere Festigkeit und Sicherheit unseres Staates gegenüber Umsturzbestrebungen: wer zur Gewalt greift, wo ihm die gesetzliche Bahn geöffnet ist, begeht ein Verbrechen gegen die Volksherrschaft, die ihrer Uebermacht gegen den Ruhestörer sich bewußt ist und sie zu brauchen weiß.“⁴⁶⁵ Der Artikel ist geprägt von einem militanten republikanischen Sendungs- und Selbstbewusstsein, der zahlreichen Artikeln während des deutsch-französischen Krieges eigen ist. Es zeigt sich, dass dieses Bewusstsein Teil der nationalen Identität (geworden) war und nicht nur während einer äusseren Bedrohung artikuliert wurde.

Die liberale *Gazette de Lausanne* sowie der demokratische *Landbote* publizierten keine eigentlichen Stellungnahmen zum Nationskonzept anlässlich des deutschen Sozialistengesetzes. Lediglich der *Landbote* rekurrierte einmal auf das republikanische Prinzip, indem er die Attentate auf den deutschen Kaiser als schwarzen Tag bezeichnete, auch für die „welche die republikanische Freiheit lieben“.⁴⁶⁶ Wie die *Gazette de Lausanne* und der *Landbote* rezipierten auch die beiden katholisch-konservativen Blätter das Gesetz

⁴⁶³ NZZ, 17.9.1878, Nr. 436, 2. Blatt.

⁴⁶⁴ „Hier zu Lande ist die freie Diskussion einem Jeden geöffnet; wir lassen den Utopien, ja dem Wahnwitz das freie Wort und vertrauen auf den gesunden Verstand des Volkes, bei dem die oberste Entscheidung steht und das mit nüchternem Sinne die Vorschläge, die man ihm genehm machen will, auf ihren praktischen Gehalt prüft. Einen Jeden, der die Welt reformiren will, verweisen wir auf den in unsern Verfassungen vorgezeichneten Weg: mag er bei den Behörden petitioniren, des Vereins- und Versammlungsrechts und der Presse sich bedienen, durch Initiativvorschläge an die höchste Instanz, das gesammte Volk, sich wenden, er braucht nur Eines für sich zu gewinnen - die Mehrheit der Stimmen - um Verfassung und Gesetz zu ändern und von Grund aus Alles neu zu gestalten.“ (NZZ, 17.9.1878, Nr. 436, 2. Blatt.)

⁴⁶⁵ Ähnlich argumentierte der Berliner Korrespondent der NZZ. Er sprach von der schwierigen Lage, welcher die Staatsform der Monarchie unterliege. Und zwar weil der Sozialdemokratie der antimonarchistische Charakter eigen sei, zwänge dies den Monarchen, für „seine Existenz zu streiten“. Das Nichtvorhandensein der Monarchie in der Schweiz mache den Umgang mit der Sozialdemokratie bedeutend einfacher, da hier die „besitzenden Klassen“ einfach sich „selber zu vertheidigen“ haben. (NZZ, 22.8.1878, Nr. 391, 1. Blatt.)

⁴⁶⁶ LB, 9.6.1878, Nr. 136.

im Kontext des Nationskonzepts nur marginal. Während das *Vaterland* in seiner Rezeption auf das republikanische Prinzip rekurrierte, publizierte die *Liberté* keine Artikel mit direkter Bezugnahme auf die Republik Schweiz. Ihnen allen gemeinsam war jedoch, dass man direkt oder indirekt Faktoren wie Gedankenfreiheit, Toleranz, Rede- und Pressefreiheit zitierte, um die Ablehnung zu begründen. Diese gehörten zum Konzept Nation Schweiz und wurden von allen politischen Milieus vertreten. Die Einstufung des Sozialistengesetzes als innerdeutsche Angelegenheit sowie das Fehlen einer äusseren Bedrohung schienen diesen vier Organen zu genügen, kein militantes republikanisches Sendungs- und Selbstbewusstsein zu äussern, sondern lediglich mit Nachdruck auf die freie Meinungsäusserung zu verweisen.

Etwas anders lag der Fall bei den beiden linksorientierten Zeitungen, da sie sich durch das Gesetz direkt betroffen fühlten. Für beide Organe war der zweite Aspekt, den der (sich konkurrierenden) kollektiven Identitäten von Relevanz, was direkte Stellungnahmen auf die Berichterstattung anderer Zeitungen provozierte. Weil diese aber mehrheitlich einseitig blieben beziehungsweise sich auf Schuldzuweisungen beschränkten, kam es nicht zu einer eigentlichen Debatte. Am 7. Juni 1878 erschien im *Grütli* ein längerer Artikel mit dem Titel „Sozialdemokratie und schweizerische Nationalität“, in welchem explizit auf das Thema eingegangen wurde. Zu Beginn des Artikels wird das Leben eines Einzelnen in vier immer grösser werdenden Kreisen dargestellt, deren Mittelpunkte die eigene Person, die Familie, die Nation und die Menschheit bilden. Gleichzeitig wurde betont, dass die Liebe zum Vaterland die Liebe zur Menschheit bedeute. Die Strategie des linksorientierten Milieus wird hier deutlich: Mit der Betonung der Liebe zum Vaterland entkräftete man den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit. Weil man gleichzeitig aber auch betonte, dass die Liebe zum Vaterland auch die Liebe zur Menschheit bedeute, konnte man am Internationalismus festhalten. In dieser Liebe werden ohne Rücksicht auf Farbe, Religion und Vaterland alle Angehörigen als gleichberechtigte Wesen angesehen. Ferner erklärte das Organ, worauf die Voreingenommenheit des Schweizers für sein Heimatland beruhe. Es sei dies einzig in „ihrem gegenwärtigen, freien, den politischen und sozialen Fortschritt ermöglichenden und sicherstellenden Institutionen“. Anschliessend folgte ein Plädoyer für die Republik:

„Die schweizerische Vaterlandsliebe ist also nicht in jene bloß äussere Vorliebe für das Geburts- oder Heimatland einzureihen, sondern sie ist Liebe zu derjenigen Staatsform, welche dem einzelnen Individuum möglichste Freiheit der Bewegung gewährt, welche den Bürger statt im Autoritätsglauben gegenüber Thron und Altar, in vollständiger Freiheit und Selbstbestimmung erzieht, welche statt durch Schule und Kasernen den Rückgrat des Einzelnen zu brechen, um ihn zum gefügigen Unterthan zu gestalten, alle seine Geistes- und Gemüthskräfte zu größtmöglicher Leistung befähigen will, und welche endlich, richtig benutzt, dem Armen und Unterdrückten in einem Grade wie dies nirgends anders der Fall

ist, die Möglichkeit bietet, auf gesetzlichem Wege eine Besserung seines Looses zu erzielen.“⁴⁶⁷

Die Leitwerte der Sozialdemokratie wurden in die Tradition der Republik gestellt; gleichzeitig hatte sich die Sozialdemokratie in die Republik integriert und war Teil der Nation Schweiz. Republik und individuelle Freiheit wurden verbunden und gegen Deutschland gewandt:

„Solange Europa monarchisch ist, so lange darf die Schweiz die Erreichung solcher politischen und sozialen Ziele, welche in den Monarchien bekämpft werden, als eine nationale Aufgabe bezeichnen und so lange auch liegt es im Interesse aller fortschreitenden Bestrebungen, daß die Schweiz ihrer nationalen Aufgabe nachkommen und als Staat existieren könne.“⁴⁶⁸

Diese direkte Bezugnahme erfolgte, indem man auf die Nation Schweiz rekurrierte. Sie zeigt auch beim linksorientierten Milieu deutlich das republikanische Sendungsbewusstsein, welches Teil der nationalen, schweizerischen Identität war. Der *Grütli*er befasste sich auch mit der Situation der Deutschen in der Schweiz. Die Kundgebungen der Deutschen in der Schweiz, ob es sich hierbei ausschliesslich um Exilanten handelte, wurde nicht näher spezifiziert, wurden begrüsst als ein „Zeichen eines gesunden, freiheitlichen Geistes“. Gleichzeitig mokierte man sich unter anderem über die *NZZ*, die diese Kundgebungen verurteilte.⁴⁶⁹ Etwas anders sah der *Grütli*er die Situation hinsichtlich deutscher Flüchtlinge in der Schweiz. Das Sozialistengesetz treibe Tausende von Bürgern in die Schweiz, was den Arbeitsmarkt vollständig überschwemmen würde. Und so äusserte man den „Wunsch“, dass die deutschen Flüchtlinge andere Exilländer aufsuchen mögen, da man in der Schweiz keine namhafte Hilfe bieten könne.⁴⁷⁰ Die Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes wog offensichtlich schwerer als der Akt der Solidarität, zumal von einem Massenexodus deutscher Flüchtlinge zum damaligen Zeitpunkt nicht die Rede sein konnte.⁴⁷¹ Der Internationalismus trat in den Hintergrund, während der Nationalismus als Protektionismus fungierte.

Die *Tagwacht* fühlte sich mehr als der *Grütli*er verpflichtet, die Stellungnahmen der anderen politischen Organe zu kommentieren, sich zu rechtfertigen, aber auch Kritik zu üben. Primär wehrte sich die *Tagwacht* gegen ihrer Ansicht nach Unterstellungen anderer politischer Milieus – namentlich wurde die „vaterlandsfeindliche[n] Kapitalistenpresse“, die an den „Rockschoßen des ‚liberalen‘ Eisenbahnherrenthums“ hängt, erwähnt – insbesondere an der „Vaterlandsliebe“ der Sozialdemokraten zu zweifeln.⁴⁷² Die eingangs

⁴⁶⁷ GRÜT, 7.6.1878, Nr. 46.

⁴⁶⁸ Ebenda.

⁴⁶⁹ GRÜT, 2.7.1878, Nr. 53.

⁴⁷⁰ GRÜT, 22.10.1878, Nr. 85.

⁴⁷¹ Siehe: Kapitel „5.1 Einleitung – der klassenpolitische Aspekt des Nationskonzepts“.

⁴⁷² TW, 26.6.1878, Nr. 50.

erwähnte Problematik zweier sich konkurrierender kollektiver, (klassen-)politischer Identitäten wird hier deutlich angesprochen, ohne allerdings das Thema weiter zu vertiefen. Die *Tagwacht* diskutierte – ganz ihrem Credo der internationalen Solidarität verpflichtet – auch die Auswirkungen für die internationale Arbeiterschaft. In dieser Diskussion sparte sie die Schweiz weitgehend aus; lediglich in zwei Artikeln besprach das Blatt die Auswirkungen der beiden Attentate auf die Sozialdemokratie in der Schweiz.⁴⁷³ Primär ging es darum deutlich zu machen, dass auch die Schweizer Sozialdemokratie unter der allgemein herrschenden antisozialdemokratischen Stimmung zu leiden hätte: „Die finstere Reaktionsperiode [...] ist natürlich keine lokale Erscheinung, die bloß Deutschland berührt - sie wirft ihre Schatten auch über die andern Länder, die Schweiz nicht ausgenommen.“⁴⁷⁴

Es hat sich gezeigt, dass der Faktor Gedankenfreiheit, Toleranz, Rede- und Pressefreiheit des Nationskonzeptes von den analysierten Zeitungen allgemein unterstützt wurde; er gehörte zum republikanischen Kanon und wurde nicht in Frage gestellt. Zu beachten ist, dass diese Argumentationslinie in nur wenigen Ausnahmen⁴⁷⁵ auch in ein republikanisches Sendungsbewusstsein mündete, was aufgrund der nicht gegebenen äusseren Bedrohung auch nicht zwingend notwendig war. Die Problematik zweier (sich konkurrierender) kollektiver Identitäten wurde primär von den linksorientierten Milieus aufgenommen, und auch da vorderhand von der *Tagwacht*.⁴⁷⁶ Bei der Analyse im Kontext der nationalen Identität gilt es zu beachten, dass das Sozialistengesetz vorerst allgemein als innerdeutsche Angelegenheit betrachtet wurde, so dass – obwohl durchaus aktuell – die liberale Praxis des schweizerischen Asylrechts kaum besprochen wurde.⁴⁷⁷

Von Interesse ist eine Gegenüberstellung zweier Artikel aus der *Neuen Zürcher Zeitung*⁴⁷⁸ respektive aus dem *Grütli*⁴⁷⁹, in denen der Aspekt der Sozialdemokratie sowie die soziale Frage diskutiert wurden. Das liberale Organ glaubte hinsichtlich der Problematik der Sozialdemokratie an die Wirkung der „Volksherrschaft“, denn „wer zur Gewalt greift“ – gemeint waren die Sozialdemokraten, die Umsturzbestrebungen hegten –, „wo ihm die gesetzliche Bahn geöffnet ist, begeht ein Verbrechen gegen die Volksherrschaft, die ihrer Uebermacht gegen den Ruhestörer sich bewußt ist und sie zu brauchen weiß“. Das linksorientierte Organ wiederum hielt hinsichtlich der sozialen Frage ein Plädoyer für die Republik, in der es die nationale Aufgabe der Schweiz sei, Freiheit und Selbstbestimmung sowie ein besseres Los für die Armen zu erreichen. Die beiden Organe schlugen für zwei unterschiedliche, jedoch in sich zusammenhängende Aspekte dieselbe Lösung vor, wobei das sozialdemokratische Milieu gleichzeitig das „Problem“ des liberalen Milieus darstellt. Und so kam es trotz gemeinsamem Festhalten am republikanischen Prinzip zur Problematik zweier sich konkurrierender Milieus, die um die Deutungsmacht der Nation

⁴⁷³ TW, 26.6.1878, Nr. 50; TW, 16.11.1878, Nr. 91.

⁴⁷⁴ TW, 16.11.1878, Nr. 91.

⁴⁷⁵ NZZ, 17.9.1878, Nr. 436, 2. Blatt; GRÜT, 7.6.1878, Nr. 46.

⁴⁷⁶ TW, 26.6.1878, Nr. 50; siehe auch: Kapitel „5.2 Die Rezeption des Sozialistengesetzes“.

⁴⁷⁷ Gleichzeitig ist das Jahr der Inkraftsetzung des Sozialistengesetzes für eine Diskussion über die Konsequenzen für die schweizerische Asylrechtspraxis wohl etwas früh.

⁴⁷⁸ NZZ, 17.9.1878, Nr. 436, 2. Blatt.

⁴⁷⁹ GRÜT, 7.6.1878, Nr. 46.

rangen. Obwohl die liberale *NZZ* die soziale Frage als Problem anerkannte, das gelöst werden musste, akzeptierte sie gleichzeitig die Leitwerte der Sozialdemokratie nicht in ihrem Konzept der Nation. Diese Diskrepanz führte zu zwei sich konkurrierenden (klassen-)politischen Identitäten, die sich allerdings vorerst nur moderat äusserten.

5.4 Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen

Wie in der Einleitung erwähnt, hatte das Sozialistengesetz Ende 1878 vorerst weder den befürchteten Massenexodus deutscher Sozialdemokraten gebracht noch hatte die liberale Asylrechtspraxis zu ernsthaften Komplikationen mit Deutschland geführt. Anhand der Sekundärliteratur sowie anhand der Quellen zum Wohlgemuth-Handel muss jedoch von Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen nach dem Jahr 1878 ausgegangen werden. Probleme bereiteten vor allem die publizistische Tätigkeit deutscher Flüchtlinge. So erschien zum Beispiel als Folge der Repressionsmassnahmen „Der Sozialdemokrat“ ab Ende 1879 in Zürich. Nach Protesten aus Berlin verwies der Bundesrat im April 1888 einige besonders aktive Publizisten des Landes. Zu Konflikten führten auch einige Zwischenfälle mit Spitzeln. Für die von der politischen Emigration bekämpften Mächte galt die Schweiz als Revolutionsherd, auf dessen Beseitigung vor allem Bismarck drängte.⁴⁸⁰ Unter anderem daraus ergaben sich Konsequenzen für die zwischenstaatlichen Beziehungen, die letztlich im Wohlgemuth-Handel gipfelten. Zu beachten ist, dass sich die Schweiz in den 1880er Jahren in einer Wachstumskrise befand. Diese Wirtschaftskrise löste in gewissen Bevölkerungskreisen Existenzängste aus, die zusätzlich durch den befürchteten Massenexodus deutscher Sozialdemokraten genährt wurden.⁴⁸¹

5.5 Konklusion

Die Rezeption des deutschen Sozialistengesetzes im Kontext der Diskussion um nationale Identität unterschied sich von der des deutsch-französischen Krieges und der des deutschen Kulturkampfes sowohl im Aspekt des Nationskonzeptes als auch in dem zweier (sich konkurrierender) kollektiver Identitäten. Im bestehenden Nationskonzept war nun der Faktor der Gedankenfreiheit, Toleranz, Rede- und Pressefreiheit relevant, während es sich im Ringen um die Deutungsmacht der Nation nun bei den sich konkurrierenden Identitäten um klassenpolitische Solidargemeinschaften handelte.

War die Geschlossenheit nach aussen im deutsch-französischen Krieg für die Nation Schweiz wichtig, und war diese während des Kulturkampfes kaum mehr relevant, wurde nun in der Rezeption des Sozialistengesetzes dieser Aspekt überhaupt nicht mehr

⁴⁸⁰ URNER, Die Deutschen in der Schweiz, S. 228.

⁴⁸¹ Siehe: Kapitel „5.1 Einleitung – der klassenpolitische Aspekt des Nationskonzeptes“.

thematisiert, da das deutsche Sozialistengesetz primär als innerdeutsche Angelegenheit betrachtet wurde.⁴⁸² Gleichzeitig war, anders als während des Kulturkampfes, die konfliktive Situation im Innern zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Gesetzes zwischen dem sozialdemokratischen und dem freisinnigen Milieu noch nicht ausgeprägt beziehungsweise stand erst am Anfang. Die Rezeption des deutschen Sozialistengesetzes machte deutlich, dass die nationale Identität über das Merkmal der Abgrenzung bestätigt wurde. Nationale Identität überformte und integrierte hier die klassenpolitische Form der Identitätsbildung. Im Ringen der politischen Akteure um das schweizerische Nationskonzept lässt sich allerdings beim linksorientierten Milieu eine Intensivierung der (klassen-)politischen Identität feststellen. Mit anderen Worten: In diesem Milieu wurde die Solidargemeinschaft nach innen gefestigt, während gleichzeitig Abwehrreflexe nach aussen freigesetzt wurden. Ferner sind unmittelbar nach Einführung des Sozialistengesetzes noch keine Einwirkungen und Konsequenzen für die Schweiz aus den Quellen ersichtlich.

Hinsichtlich des Nationskonzeptes wurde – wie bereits erwähnt – primär der Faktor der Gedankenfreiheit, Toleranz, Rede- und Pressefreiheit angesprochen. Das Sozialistengesetz war für alle analysierten Zeitungen ein Maulkorbgesetz, das sich mit dem republikanischen Prinzip der Meinungsfreiheit nicht vereinbaren liess. Wurde während des Kulturkampfes allerdings um den Stellenwert der (katholischen) Kirche im Nationskonzept noch gerungen, war man sich hinsichtlich der freien Meinungsäusserung im Jahr der Inkraftsetzung des Sozialistengesetzes weitgehend einig. Weniger ausgeprägt als während des deutschen Kulturkampfes war die Diskussion hinsichtlich zweier sich konkurrierender kollektiver Identitäten, nämlich der nationalen Identität kontra der Klassenidentität. Diese Diskussion erschöpfte sich weitgehend in gegenseitigen Schuldzuweisungen um bekannte Prinzipien, nämlich einerseits um die sozialdemokratische Orientierung an der Internationalen und nicht am Vaterland, andererseits um die liberal-konservative Orientierung am international operierenden Kapitalismus, der das Vaterland verrate.⁴⁸³

Der demokratisch-republikanische Konsens unter den politischen Milieus, der bereits während des deutsch-französischen Krieges und während des deutschen Kulturkampfes festgestellt werden konnte, kann auch während des Sozialistengesetzes – trotz erneuter sich konkurrierender kollektiver Identitäten – festgestellt werden. Das deutsche Sozialistengesetz führte zu einer „ersten schweren Belastungsprobe“ im Verhältnis zu Deutschland.⁴⁸⁴ Im Jahr der Inkraftsetzung blieb das Verhältnis jedoch noch ungetrübt. Die Diskussion über die liberale Praxis des schweizerischen Asylrechtes wurde erst im

⁴⁸² Der innenpolitische Aspekt sowie die zu Beginn nur geringe Auswirkung auf die Schweiz zeichnen dafür verantwortlich, das deutsche Sozialistengesetz als kein Schlüsselereignis für die Schweiz zu bezeichnen.

⁴⁸³ Der Schulterschluss zwischen freisinnigem und katholisch-konservativem gegen das sozialdemokratische respektive linksorientierte Milieu lässt sich erst in seinen Anfängen beobachten. Noch war der Kulturkampf im Innern nicht verebbt; der Paradigmawechsel erfolgte in der Schweiz erst Anfang der 1880er Jahre.

⁴⁸⁴ BONJOUR, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 68.

Laufe der Jahre mit zunehmender Intensität geführt und erreichte im Jahre 1889 während des Wohlgemuth-Handels ihren Höhepunkt.⁴⁸⁵

⁴⁸⁵ Zu beachten ist, dass bei der Inkraftsetzung des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 in den analysierten Zeitungen nur äusserst selten auf die Konsequenzen für das liberale Asylrecht der Schweiz aufmerksam gemacht wurde. Von der Furcht, von einem Massenexodus deutscher Sozialdemokraten überschwemmt zu werden, findet man in den direkten Stellungnahmen zum Sozialistengesetz und seinen Konsequenzen für das Konzept Nation Schweiz nur wenig.

6. Der „Flügelschlag des schweizerisch-nationalen Geistes...“⁴⁸⁶ Der Wohlgemuth-Handel

6.1 Einleitung - der aussenpolitische Aspekt des Nationskonzepts

Zu einer schweren Belastungsprobe im Verhältnis zwischen der Schweiz und Deutschland kam es im Jahre 1889 anlässlich des so genannten Wohlgemuth-Handels, der sowohl Höhepunkt als auch Endphase einer sich über ein Jahrzehnt sich intensivierenden Diskussion über die liberale Praxis des schweizerischen Asylrechts zwischen Deutschland und der Schweiz markiert.

Was letztlich die Souveränität der Schweiz bedrohte, nahm mit einem an sich banalen Zwischenfall seinen Anfang.⁴⁸⁷ Ende April 1889 wurde in Rheinfelden (Kanton Aargau) der deutsche Polizeiinspektor August Wohlgemuth verhaftet, nachdem er von einem von ihm angeworbenen Informanten bei der Aargauer Polizei denunziert worden war. Der Bundesrat wies Wohlgemuth (und auch den Informanten) wenige Tage später aus. Für Bismarck war die Ausweisung Wohlgemuths Anlass, die offene Konfrontation mit der Schweiz zu suchen. Er verlangte von der Schweiz die Rücknahme des Ausweisungsbeschlusses sowie eine Entschuldigung, andernfalls werde er zu Repressalien greifen und möglicherweise auch die schweizerische Neutralität nicht mehr respektieren. Zudem gelang es Bismarck, die beiden Grossmächte Russland und Österreich als Mitgaranten der schweizerischen Neutralität zu veranlassen, beim Bundesrat im selben Sinne vorstellig zu werden.⁴⁸⁸ Es kam zu einem Notenduell zwischen dem Bundesrat und Bismarck, in dessen Verlauf der im Jahre 1876 geschlossene

⁴⁸⁶ LB, 6.7.1889, Nr. 156.

Vollständig lautet das Zitat wie folgt: „Der Flügelschlag des schweizerisch-nationalen Geistes haben wir in diesen Wochen vernommen, wie jemals in den schönsten Momenten schweizerischer Geschichte.“ (Siehe auch: S. 158.)

⁴⁸⁷ Zu beachten ist auch folgender Punkt: Der Dreibund zwischen Deutschland, Italien und Österreich (erster Vertrag 1882, Erneuerung des Vertrages 1887, Militärkonvention 1888) hatte die Schweiz mitten in das Zentrum des europäischen Spannungsfeldes gerückt. Um die Jahreswende 1886/1887 schien ein neuer Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, diesmal mit Unterstützung der beiden neuen Bündnispartner Deutschlands, lediglich eine Frage der Zeit (siehe: Kapitel „7. Der Boulangismus in Frankreich“). Die Angst vor einem Übergriff des nördlichen oder westlichen Nachbarn legte sich allmählich, und das schweizerische Misstrauen richtete sich in verstärktem Masse gegen Italien, den unberechenbaren Neuling unter den europäischen Mächten, der zudem die Wiener Verträge nicht mitunterzeichnet hatte. (RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, S. 2 f.) Die Gefahr eines italienischen Durchmarsches durch die Schweiz verschwand erst, als das Projekt einer direkten militärischen Kooperation zwischen Italien und Deutschland fallengelassen wurde. (BONJOUR, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 71.)

Zur Bedeutung der Dreibundverträge für den Wohlgemuth-Handel siehe auch: URNER, Die Deutschen in der Schweiz, S. 257.

⁴⁸⁸ BONJOUR, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 69.

Nach Bismarcks Einschätzung hätte dieses Vorgehen Deutschland und Russland, welches an einer Schmälerung des schweizerischen Asylrechts interessiert war, wieder enger zusammenführen sollen.

Niederlassungsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz am 20. Juli 1889 durch Bismarck gekündigt wurde.⁴⁸⁹ Schliesslich hat Bismarck den von ihm zu einem völkerrechtlichen Streitfall stilisierten Konflikt selbst wieder beendet, als er erkennen musste, dass der erhoffte aussenpolitische Erfolg weitgehend ausblieb. Und so verlor der Konflikt bereits im August 1889 seine Brisanz, um bald an Aktualität zu verlieren und schliesslich gänzlich in Vergessenheit zu geraten. Die Vertrauenskrise schwelte indessen weiter. Erst der Sturz des Kanzlers im folgenden Jahr erleichterte wesentlich das Zustandekommen eines dauernd guten Verhältnisses zwischen der Schweiz und Deutschland. Kaiser Wilhelm II. sprach sich gegen die Fortführung einer Politik der drohenden Hand aus.⁴⁹⁰ Als Konsequenz des Wohlgemuth-Handels wurde per Bundesgesetz die Stelle eines ständigen Bundesanwaltes geschaffen; das von den Sozialdemokraten ergriffene Referendum kam nicht zustande.⁴⁹¹

Der Konflikt zwischen der Schweiz und Deutschland führte zu einer ernsthaften Bedrohung von aussen. Konnte sich die Schweiz während des deutsch-französischen Krieges als unbeteiligte Dritte noch für neutral erklären, war diese Haltung als Direktbeteiligte nun nicht mehr möglich, zumal Neutralität und Souveränität von ihrem Gegenpart in Frage gestellt wurden. Die Umstände der Verhaftung Wohlgemuths traten bald in den Hintergrund. Die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und der Schweiz verschob sich zusehends auf eine prinzipielle Ebene: auf das Asylrecht, die Neutralität, aber auch – im Endeffekt – auf die Souveränität. Innenpolitisch zeigte sich, dass die Geschlossenheit nach aussen nicht gleichzeitig auch ein Zusammengehen der politischen Milieus im Innern nach sich zog. So legten innenpolitische Belange, die aufgrund der Bedrohung von aussen entstanden sind, wie die Diskussion um das liberale Asylrecht, um die Einführung eines ständigen Bundesanwaltes sowie um die bundesrätliche Politik, divergierende Meinungen offen, die letztlich zum Konflikt sich konkurrierender Identitäten führten. Dieser Konflikt zeigt sich deutlich am Zusammengehen des katholisch-konservativen Milieus mit dem freisinnigen Milieu, während gleichzeitig das

⁴⁸⁹ Der Vertrag regelte die Niederlassungsfreiheit der Staatsangehörigen zwischen den Ländern. Der Niederlassungsvertrag mit Deutschland beinhaltete einen Passus, der letztlich zum Streitpunkt zwischen Deutschland und der Schweiz führte: Artikel 2 besagte nämlich die gegenseitige Verpflichtung zur Vorlage von Leumundszeugnissen. (Siehe: RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, S. 204 ff., S. 331 ff. und S. 406 ff.; hier insbesondere S. 212, und URNER, Die Deutschen in der Schweiz, S. 435 ff.)

Ein neuer Niederlassungsvertrag wurde am 31. Mai 1890 zwischen der Schweiz und Deutschland vereinbart.

⁴⁹⁰ Ein letzter Versuch Bismarcks, unmittelbar vor seiner Entlassung einen Prestigeerfolg beim Kaiser zu erringen, scheiterte am direkten Kontakt zwischen den Bundesbehörden in Bern und dem Kaiser. Der Bundesrat hatte zu einem internationalen Kongress für Arbeiterschutzfragen nach Bern eingeladen, während der Kaiser den Kongress nach Berlin zusammenrufen wollte. Der Kongress fand 1890 schliesslich in Berlin statt.

⁴⁹¹ Zwischen 1874 und 1889 ernannte der Bundesrat für nur sechs grosse Untersuchungen, die ab ca. 1880 vor allem gegen Anarchisten und Sozialisten geführt wurden, einen Bundesanwalt. Mit dem Bundesgesetz von 1889 wurde die Stelle eines ständigen Bundesanwaltes geschaffen. Dieser erhielt eine Doppelfunktion: Einerseits war er staatlicher Ankläger, andererseits setzte er die nach wie vor von den kantonalen Behörden ausgeführten Massnahmen im Rahmen der politischen Fremdenpolizei um, die fortan auch Schweizer Bürger erfasste. (STEFFEN GERBER, Therese und Martin KELLER, Bundesanwaltschaft, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 5.9.2003, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10352.php>.)

sozialdemokratische Milieu sich zunehmend isoliert sah; der sich während der Inkraftsetzung des Sozialistengesetzes angekündigte Paradigmawechsel hatte sich vollzogen.

6.2 Die Rezeption des Wohlgemuth-Handels⁴⁹²

Kern der Rezeption bildete die Auseinandersetzung zwischen der Schweiz und Deutschland um die Faktoren Asylrecht und Neutralität. Da die Neutralität in der Berichterstattung als Voraussetzung des schweizerischen Asylrechts interpretiert wurde, verlagerte sich der Fokus im Laufe der Debatte immer stärker auf diesen Aspekt schweizerischen Selbstverständnisses. In der Neutralitätsdiskussion manifestierte sich der Versuch, in Reaktion auf die deutsche Bedrohung die nationale Souveränität zu stärken. Anhand der Debatte um die Schaffung eines ständigen Bundesanwalts – der Konflikt mit Deutschland erforderte auch gesetzgeberische Konsequenzen in fremdenpolizeilichen Belangen – zeigt sich wiederum das Ringen zweier sich konkurrierender kollektiver Identitäten um die Deutungsmacht der Nation. Dieses Ringen war so intensiv, dass es zu einer eigentlichen Debatte zwischen den verschiedenen politischen Milieus kam.

Alle analysierten Organe machten früh darauf aufmerksam, dass es beim Wohlgemuth-Handel letztlich um die schweizerische Asylpraxis ging. So auch die liberale *Neue Zürcher Zeitung*: „...denn es ist klar, daß die Polizeispionage und das Lockspitzelthum mit unserer Handhabung des Asylrechts im engsten Zusammenhange steht.“⁴⁹³ Wenig später formulierte das liberale Organ die Relation zwischen Asylrecht und Souveränität, indem es schrieb, dass das schweizerische Asylwesen nicht angetastet werden dürfe, da ansonsten die Souveränität des Landes auf dem Spiel stehe: „...wir können aber jetzt und in Zukunft uns nicht durch einen fremden Staat zu der Praxis bestimmen oder gar zwingen lassen, einen Theil unserer Einwohner wegen ihrer politischen Ansicht zu verfolgen und zu ächten.“⁴⁹⁴ Die Kündigung des Niederlassungsvertrages durch den deutschen Reichskanzler nahm das Blatt gelassen und wies gleichzeitig auf ein ihrer Ansicht nach anderes Problem hin:

„Darum sehen wir die Kündigung des deutsch-schweizerischen Vertrages auch nicht als eine Verschlimmerung der Lage an, selbst dann nicht, wenn der Vertrag nicht erneuert werden sollte. Die Interessen der Schweizer im Auslande sind nicht gefährdet und wir bei uns sehen

⁴⁹² Auf eine detaillierte Rezeption wird verzichtet, weil mit der Monographie von Hansjörg Renk „Bismarcks Konflikt mit der Schweiz“ bereits ein äusserst detailliertes und wissenschaftlich fundiertes Werk zum Wohlgemuth-Handel vorliegt.

Die *Liberté* kann in die Analyse der Rezeption nur marginal einbezogen werden, da sie keine Hintergrundberichte beziehungsweise Leitartikel zum Wohlgemuth-Handel publizierte.

⁴⁹³ NZZ, 3.5.1889, Nr. 123, 2. Blatt.

⁴⁹⁴ NZZ, 30.5.1889, Nr. 150.

uns endlich genöthigt, uns gegen die hereinströmenden deutschen Sozialdemokraten unserer Haut zu wehren. Wer wird sich darob grämen?“⁴⁹⁵

Mit der Kündigung des Niederlassungsvertrages sah die *NZZ* die Gelegenheit gekommen, das bisherige Asylrecht zumindest hinsichtlich der „hereinströmenden deutschen Sozialdemokraten“ zu revidieren. Eine eigentliche Fundamentalkritik am schweizerischen Asylrecht blieb allerdings weitgehend aus. Diese Beschränkung auf ein nicht genehmes Milieu macht deutlich, dass es in der Diskussion über das Asylrecht primär um sich konkurrierende kollektive Identitäten ging. Entsprechend machte das Zürcher Blatt auch die (schweizerische) Sozialdemokratie zum Thema. Das liberale Blatt warf den Sozialdemokraten vor, nur im Sinne der eigenen Parteiinteressen zu agieren und dabei „den Frieden und selbst die Existenz des Landes aufs Spiel“ zu setzen. Es postulierte, dass in dieser schwierigen Zeit alle zusammenstehen sollten und in erster Linie der eigene Staat verteidigt werden müsse. Entsprechend empfahl das Blatt, dem „trotzigen Treiben jener Elemente entgegenzutreten, denen die Bestrebungen der rothen Internationale mehr am Herzen liegen, als das Wohl des Landes das ihre Heimat ist oder in dem sie Gastfreundschaft genießen“.⁴⁹⁶ Diese Kontroverse stand ganz im Zeichen der 1880er Jahre, als sich in der nun voll ausgebildeten Klassengesellschaft die sozialen Gegensätze in der Schweiz zu verschärfen begannen und die Nation zu einem „Gleichnis der Einheitlichkeit und Geschlossenheit“ hochstilisiert wurde. Die ideologische Überhöhung der Nation wie des Volkes als einzig Volk von Bürgern diene auf liberaler Seite immer mehr dazu, die Schweizer Arbeiter an ihre nationale Pflicht der Vaterlandsliebe zu erinnern und die selbstbewusster auftretende Arbeiterbewegung gleichzeitig auszugrenzen.⁴⁹⁷

Aufgrund der bereits angesprochenen Interdependenz von Asylrecht und Neutralität widmete sich die *Gazette de Lausanne* nicht ausschliesslich dem Asylrecht. Nach Beendigung des Wohlgemuth-Handels und nach Abschluss eines erneuten Niederlassungsvertrages bilanzierte sie:

„La discussion est close. Ce qu'on appelle le droit d'asile est sauvegardé. La Suisse est libre d'en user ou non. Il faut féliciter sans réserve le Conseil fédéral et plus spécialement M. Numa Droz, chef du département des affaires étrangères, de cet heureux résultat, dû à leur ferme habileté. [...] Avec le prince de Bismarck et le comte Herbert, nous n'aurions certainement pas abouti à un résultat aussi complètement satisfaisant pour nos intérêts et

⁴⁹⁵ *NZZ*, 25.7.1889, Nr. 206, 1. Blatt.

⁴⁹⁶ *NZZ*, 13.5.1889, Nr. 133, 1. Blatt.

Es war selbstverständlich, dass die linksorientierten Organe diese Angriffe der *NZZ* parierten. Der *Grütli* zum Beispiel stiess sich daran, als „vaterlandsloses Gesindel“ bezeichnet zu werden und widersprach entsprechend vehement. Die Kritik bezeichnete das Blatt als Angriff in „ächt jesuitischer Fassung“ (!). (*GRÜT*, 18.5.1889, Nr. 40.)

⁴⁹⁷ TANNER, Willensnation versus Kulturnation, S. 199.

pour notre dignité. Il eût été difficile au chancelier de fer de céder dans une question où il avait procédé par affirmations autoritaires et carrées.“⁴⁹⁸

Der demokratische *Landbote* unterschied sich in seiner Argumentation nicht wesentlich von den beiden freisinnigen Blättern, während beim katholisch-konservativen *Vaterland* die Frage des Asylrechts in den Hintergrund trat, ohne allerdings gänzlich unbeachtet zu bleiben. Auch der *Grütli* schenkte der schweizerischen Asylrechtspraxis nur wenig Aufmerksamkeit, die Angriffe anderer politischer Milieus sowie der Faktor Neutralität erhielten weitaus mehr Aufmerksamkeit. Die *Arbeiterstimme* wiederum verband die Asylpraxis primär mit klassenpolitischen Aspekten: „Es ist zum großen Theil Wuth über die Ohnmacht gegenüber der Sozialdemokratie, was die deutsche Reichsregierung zu ihrem brutalen Auftreten gegen die Schweiz veranlaßt.“⁴⁹⁹ Zudem sei – so die *Arbeiterstimme* – die Politik Bismarcks von der schweizerischen Bourgeoisie benutzt worden, um die „wahrhaft freisinnigen Elemente“ wie die „freien Institutionen“ zu beschneiden.⁵⁰⁰

Das Asylrecht verlor im Laufe der Zeit – wie erwähnt – gegenüber der Neutralität an Aufmerksamkeit. Die Interdependenz dieser beiden Faktoren des Nationskonzepts war in allen politischen Milieus unbestritten.⁵⁰¹ Die *Neue Zürcher Zeitung* zum Beispiel warf der deutschen Regierung häufig vor, die Souveränität der Schweiz zu verletzen. Diese Politik sei in der geographischen Grösse der Schweiz begründet, will heissen, weil die Schweiz ein Kleinstaat ist, konnte der grosse, weitaus mächtigere Nachbar die Souveränität der Schweiz in Frage stellen: „Es hat fast den Anschein, als ob in Berlin die Souveränität der Staaten nach der Zahl von Quadratmeilen ihres Territoriums geschätzt werde.“⁵⁰² Und: „Bei seinem der Natur der Dinge nach hoch entwickelten Machtbewußtsein ist Deutschland in seiner nationalen Eigenliebe aufs Tiefste verletzt, daß ein kleiner Staat sich gestattete, einen deutschen Beamten aus dem Land zu weisen.“⁵⁰³ Letztlich stand nicht nur die Souveränität, sondern auch die Neutralität zur Diskussion. Diese gedachte das Zürcher Blatt mit Hilfe der Armee zu verteidigen. Die Maxime der bewaffneten Neutralität rückte erneut in das Bewusstsein. Für die *Neue Zürcher Zeitung* war klar, dass diese Kontroverse der Schweiz bewusst machen musste, auch in militärischer Hinsicht autonom zu sein. Man müsse wieder das sein, was „unsere Vorfahren gewesen sind - eine wehrhafte Nation“. Die Schweiz hätte sich allzu lange auf ihre „friedlichen Absichten“ und ihre „historische Neutralität“ verlassen. Das Bemühen, das Wehrwesen auf den neuesten Stand zu bringen, hätte nichts mit Militarismus zu tun.⁵⁰⁴

⁴⁹⁸ GdL, 5.6.1890, Nr. 131.

⁴⁹⁹ AS, 15.6.1889, Nr. 48.

⁵⁰⁰ AS, 14.8.1889, Nr. 65.

⁵⁰¹ Sowohl der demokratische *Landbote* als auch die sozialdemokratische *Arbeiterstimme* argumentierten hinsichtlich der Neutralität ähnlich wie die anderen Zeitungen, so dass auf die Stellungnahmen dieser beiden Organe verzichtet wird.

⁵⁰² NZZ, 10.6.1889, Nr. 161.

⁵⁰³ NZZ, 7.6.1889, Nr. 158, 1. Blatt.

⁵⁰⁴ NZZ, 21.6.1889, Nr. 172, 2. Blatt.

Die liberale *Gazette de Lausanne* reklamierte die Neutralität als Menschenrecht. In Kriegszeiten sah man die Aufgabe der neutralen Schweiz darin, keine Krieg führenden Parteien durch schweizerisches Gebiet marschieren zu lassen. In Friedenszeiten war die Aufgabe eine andere: „...en temps de paix, la neutralité de la Suisse est une notion qui n'existe pas.“ Denn: „...l'obligation de surveiller les étrangers qui habitent sur son sol ne découle pas pour la Suisse de sa neutralité, mais du droit des gens.“⁵⁰⁵ Das Asylrecht als Menschenrecht zu klassifizieren bedeutete, dass nicht die Neutralität, sondern die Menschenrechte die Schweiz verpflichteten, Fremde aufzunehmen.⁵⁰⁶ Gleichzeitig machte das liberale Blatt der Romandie wiederholt darauf aufmerksam, dass in Friedenszeiten für alle Staaten, ob neutral oder nicht, dieselben Rechte und Pflichten gälten. Selbstbewusst wies man darauf hin, dass „la condition d'Etat neutre ne peut pas nous placer dans une condition d'infériorité“.⁵⁰⁷ Im selben Artikel wies die *Gazette de Lausanne* auf einen wichtigen Grundsatz hin: „L'indépendance va avant la neutralité.“ Mitte Juni benutzte die *Gazette de Lausanne* die Diskussion über die Neutralität, um an der schweizerischen Fremdenpolizei Kritik zu üben. Eine der „devoirs internationaux spéciaux“ war für das liberale Organ, eine Fremdenpolizei zu unterhalten. Man kritisierte, dass die Schweiz die Aufgabe nicht so erfülle, wie man sie eigentlich erfüllen sollte. Mit anderen Worten: die Fremdenpolizei sei ungenügend. Man warf den Verantwortlichen diverser Kantone vor, Sympathien für die „parti révolutionnaire“ zu haben. Aufgrund dieses ungenügenden Zustandes sei Deutschland nicht bereit, die Neutralität der Schweiz zu respektieren.⁵⁰⁸ Auch die *Gazette de Lausanne* hielt letztlich an der bewaffneten Neutralität als Maxime fest: Man war davon überzeugt, dass „le développement de nos forces militaires demeure donc plus que jamais la seule garantie sérieuse de notre neutralité et de notre indépendance“.⁵⁰⁹ Die Kritik der *Gazette* zielte auf zwei Aspekte: einerseits kritisierte sie die Fremdenpolizei an sich, andererseits übte sie Kritik an Sympathisanten der Sozialdemokraten. Der erste Kritikpunkt wurde von den politischen Akteuren während des Wohlgemuth-Handels allgemein anerkannt. Mit der Einführung eines ständigen Bundesanwaltes sollte dieser Kritik sowohl im eigenen Land als auch im Ausland wenig später auch begegnet werden. Der zweite Kritikpunkt stand ganz im Zeichen der bereits bei der *NZZ* erwähnten Kontroverse zwischen nationaler und klassenpolitischer Identität.

Auch das katholisch-konservative *Vaterland* fürchtete um die Souveränität der Schweiz. Das Organ machte unmissverständlich klar, dass die Neutralität von Deutschland, aber auch von Russland in Frage gestellt wurde: „Die russisch-deutsche Anklage aber, daß die Schweiz ihren Neutralitätspflichten nicht nachkomme, streift bedenklich nahe an die Absicht, die Schweiz von auswärtigen Mächten abhängig zu machen.“⁵¹⁰ Wie eine etwaige Verletzung der Souveränität der Schweiz konkret zu handhaben gewesen wäre,

⁵⁰⁵ GdL, 17.6.1889, Nr. 141.

⁵⁰⁶ Zum Thema Neutralität und Humanität siehe: Kapitel „3. Der deutsch-französische Krieg 1870/71, 3.4 Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität“.

⁵⁰⁷ GdL, 22.6.1889, Nr. 146.

⁵⁰⁸ GdL, 17.6.1889, Nr. 141.

⁵⁰⁹ GdL, 2.4.1890, Nr. 78.

⁵¹⁰ VA, 23.6.1889, Nr. 143.

liess die Zeitung offen; von der bewaffneten Neutralität sprach das *Vaterland* zum Beispiel nie.

Der linksorientierte *Grütli* argumentierte weniger über die Neutralität der Schweiz als über die Staatsform der Republik an sich. Gleich zu Beginn der Kontroverse schilderte das Blatt seine Meinung über den Polizeistaat im Norden mit deutlichen Worten: „Ihm genügt ein bloßes Ueberwachen nicht, es muß gewühlt haben; damit es immer etwas zu ‚melden‘ und zu denunzieren gibt, sind dem deutschen Polizeisystem Kreaturen ein Bedürfniß, die in seinem Solde hetzen und provozieren.“⁵¹¹ Die von der deutschen Politik der Schweiz zugedachte Rolle war für den *Grütli* offensichtlich: man war das „Kompensationsobjekt“ zwischen Deutschland und Italien. Der Wohlgemuth-Handel diene nur als Vorwand, da sich ein plausibler Grund, um die Schweiz in Misskredit zu bringen, „auf redlichem Wege“ nicht finden lasse. Mit der Kontroverse versuche Deutschland zu zeigen, dass die Schweiz ein „Verschwörernest und als solches eine stete Gefahr für die Sicherheit der Monarchien Europa's“ sei. Gleichzeitig betonte die Zeitung, dass die Auffassung, die Sozialdemokraten seien für die heutige Lage verantwortlich, jeglicher Grundlage entbehre. Als Konsequenz schlug das Organ vor: „Besser also, wir lassen uns auf keine weiteren Konzessionen ein, halten muthig fest an den republikanischen Institutionen und Traditionen und vertrauen im Uebrigen auf die eigene Kraft und die Sympathien der Freigesinnten aller Völker.“⁵¹² Wenig später wiederholte der *Grütli* seine Meinung und präziserte seine Argumentation:

„Dieses Hinderniß [= die Schweiz] soll beseitigt werden und zugleich der letzte und einzige Hort des demokratisch republikanischen Prinzips der vereinigten Koalition des wieder neu aufstrebenden Selbstherrscherthums zum Opfer fallen. [...] Und das Ziel dieser Politik, worin kann es anders bestehen als im Untergang der Schweiz als Republik und selbstständiges Staatswesen?“⁵¹³

Ende Juli war aus dem „Kompensationsobjekt“ Republik Schweiz ein Land geworden, welches wagte, dem mächtigen Nachbarn die Stirne zu bieten. Der *Grütli* betonte, dass gerade diese „Mannhaftigkeit“ regierungsfreundliche Kreise in Deutschland imponiere.⁵¹⁴ Nur, als bequeme Beute sah der *Grütli* die Schweiz nie. Im Gegenteil: „Und so leicht wird und soll es den Herrschaften auch nicht werden, unser Land zu verspeisen.“⁵¹⁵

Die bundesrätliche Politik erhielt in allen politischen Milieus weitgehend uneingeschränktes Lob. Vereinzelte kritische Stimmen finden sich nur im demokratischen *Landboten*, im linksorientierten *Grütli* und in der sozialdemokratischen *Arbeiterstimme*. Der *Landbote* glaubte zum Beispiel, dass die Politik des Bundesrates in der Vergangenheit etwas weniger nachgiebig hätte sein dürfen, so dass während des

⁵¹¹ GRÜT, 1.5.1889, Nr. 35.

⁵¹² GRÜT, 19.6.1889, Nr. 49.

⁵¹³ GRÜT, 3.7.1889, Nr. 53.

⁵¹⁴ GRÜT, 31.7.1889, Nr. 61.

⁵¹⁵ GRÜT, 3.7.1889, Nr. 53.

Wohlgemuth-Handels „Anmaßung und Begehrlichkeit“ von deutscher Seite weniger vorhanden gewesen wäre.⁵¹⁶ Ähnlich urteilte der *Grütlianer*, der die Politik als zu zögerlich, zu wohlwollend und zu bittend gegenüber der deutschen Regierung empfand; entsprechend wünschte sich das Blatt einen vermehrt dezidiert auftretenden Bundesrat. Wäre dem nicht so, schade dies dem Land und mache den Eindruck eines „Bütteldienstes“.⁵¹⁷ Auch die *Arbeiterstimme* betonte, dass sich der schweizerische Bundesrat nicht „ducken und bücken“ dürfe; die Schweiz sei „nicht von der Gnade Deutschlands abhängig, sonst stünde es schlecht“.⁵¹⁸

Der Konflikt mit Deutschland erforderte von der Schweiz auch gesetzgeberische Konsequenzen. Die fremdenpolizeilichen Massnahmen konnten nach dem Fall Wohlgemuth gegenüber dem Ausland nicht mehr als genügend dargestellt werden. So schlug der Bundesrat die Wiedereinführung des Bundesanwalts vor, da sich diese verhältnismässig rasch und mit geringem Aufwand bewerkstelligen sowie innen- und aussenpolitisch gut verkaufen liesse. In der Innenpolitik konnte der Bundesrat darauf hinweisen, es handle sich ja nur um die Wiederherstellung einer früheren Institution, und gegenüber Deutschland und den anderen Mächten entbehrte die Vorlage dank ihrer Gesetzesform und der dadurch bedingten parlamentarischen Behandlung nicht eines gewissen demonstrativen Effekts.⁵¹⁹ Die Sozialdemokraten respektive die linksorientierten Kreise ergriffen allerdings das Referendum, weil die Doppelfunktion einerseits als staatlicher Ankläger, andererseits als Leiter der nach wie vor von den kantonalen Behörden ausgeführten Massnahmen im Rahmen der politischen Fremdenpolizei, die neu auch Schweizer Bürger erfassten, dem Bundesanwalt erheblich mehr Gewicht gab. Das Referendum, welches auch von Föderalisten und gewissen Teilen des katholisch-konservativen Milieus unterstützt wurde, scheiterte allerdings am Quorum, so dass noch im Jahre 1889 das Amt eines ständigen Bundesanwalts wiedereingeführt werden konnte.⁵²⁰ Wie bereits in der Einleitung erwähnt, kann auch anhand der Debatte um die Einführung eines ständigen Bundesanwalts das Verhältnis sich konkurrierender kollektiver Identitäten beobachtet werden.⁵²¹ Die liberale *Neue Zürcher Zeitung* befürwortete die Einführung eines ständigen Bundesanwalts respektive eine Neuorganisation der Fremdenpolizei: „Gewisse Umstände im Fall Wohlgemuth [...] haben das Bedürfnis nach einem ständigen eidgenössischen Staatsanwalt nahegelegt, der von Amtes wegen einzuschreiten, die nöthigen Untersuchungen, Verhaftungen u. s. w. anzuordnen hätte.“ Es handelte sich hierbei um eine Reaktion auf entsprechende deutsche Forderungen, da sich diese „wegen unserer mangelhaften Polizeieinrichtungen zur eigenen Ueberwachung

⁵¹⁶ LB, 10.5.1889, Nr. 109.

⁵¹⁷ GRÜT, 8.5.1889, Nr. 37.

⁵¹⁸ AS, 11.5.1889, Nr. 38.

⁵¹⁹ RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, S. 280 ff.

⁵²⁰ Ebenda, S. 295 ff.

⁵²¹ Weil es sich hier um eine strukturbildende Massnahme anlässlich des Wohlgemuth-Handels handelt, und diese somit in der dritten Stufe respektive im nächsten Kapitel besprochen werden soll, werde ich mich an dieser Stelle auf die Rezeption der Debatte beschränken.

der Ausländer in der Schweiz genöthigt sehen“.⁵²² Der Einwand, diese Reaktion als Schwäche der Schweiz zu interpretieren, akzeptierte das Zürcher Blatt nicht:

„Und es ist auch kein Zeichen der Schwäche und auch nicht als ein Zurückweichen zu betrachten, wenn der Bundesrath vor wenigen Tagen den Räthen den Entwurf zu einem Gesetze über Einsetzung eines ständigen Bundesanwalts vorgelegt hat. Was der Bundesrath jetzt gethan hat, war schon lange beabsichtigt und vom Schweizervolke bereits seit Jahren gefordert worden: nämlich ein unnachsichtliches Vorgehen gegen alle fremden Wühler, die dem Schweizervolke so widerwärtig sind, wie sie den Regierungen der Großmächte verhaßt sind.“⁵²³

Die *Gazette de Lausanne* wiederum befürwortete die ständige Einrichtung eines Bundesanwaltes, gleichzeitig aber auch das Referendum. Diese vermeintliche Diskrepanz begründete das Blatt damit, dass eine Diskussion notwendig sei und diese nur aufgrund des Referendums geführt werden könne. In der Antwort auf die Ablehnung der Bundesanwaltschaft durch linksorientierte Kreise machte die *Gazette de Lausanne* ihre Gründe für dessen Einführung geltend. Erstens vertrat das Blatt die Meinung, dass die schweizerischen Arbeiter in der Meinung irren, der Bundesanwalt sei ihr Feind und bedrohe ihre Freiheit – denn sie seien keine Fremde. Mit anderen Worten: „Leurs libertés sont les nôtres.“ Ein Vorgehen der Bundesanwaltschaft gegen sie würde das schweizerische Volk („le peuple suisse“) nicht erlauben. Ferner war man der Meinung, dass in der Schweiz die Arbeiterklasse (vor allem in der sozialen Frage) nicht nur auf sich zählen müsse. Was aber „le peuple suisse“ niemals gestatten würde, wäre, wenn die Schweizer Arbeiter sich in kriminellen Vereinigungen versammeln würden, um gegen Nachbarstaaten vorzugehen. Die Internationale wurde klar abgelehnt, denn „le peuple suisse est trop suisse, trop patriote pour lui sacrifier ses intérêts supérieurs et son indépendance“.⁵²⁴ Die *Gazette* wies ausdrücklich darauf hin, dass die Schweizer Arbeiter zum Schweizer Volk gehören und auch die vollen Rechte genießen, sofern sie dem Internationalismus eine klare Absage erteilen würden. Mit diesem Integrationsangebot machte das Blatt deutlich, dass die nationale Identität auch die klassenpolitische Identität der Arbeiter zu überformen vermag. Gründe für die Einführung einer Fremdenpolizei sah das französischsprachige Blatt im Beginn des Wohlgemuth-Handels. Ein direkter Austausch zwischen Deutschland und der Schweiz hätte den Schaden nämlich bereits zu Beginn begrenzen können – und dies wäre die Aufgabe der Fremdenpolizei gewesen.⁵²⁵

Der demokratische *Landbote* differierte von der *Neuen Zürcher Zeitung* und der *Gazette de Lausanne* dahingehend, als man zwar die Einführung eines ständigen Bundesanwaltes gegen Agenten fremder Mächte befürwortete, jedoch nicht gegen die (einheimische) Arbeiterschaft und lediglich mit Rücksicht auf die gegenwärtige politische Situation:

⁵²² NZZ, 1.6.1889, Nr. 152.

⁵²³ NZZ, 24.6.1889, Nr. 175, 1. Blatt.

⁵²⁴ GdL, 5.8.1889, Nr. 183.

⁵²⁵ GdL, 22.6.1889, Nr. 146.

„Es ist ein in der Person eines deutschen Beamten entlarvter agent provocateur, der die Veranlassung des eidgenössischen Generalanwaltes wird; wenn nach dieser Richtung die Thätigkeit der schweizerischen Polizei sich konzentriert und in einer Beamtung personifiziert, so möchten wir uns nicht ablehnend verhalten in einem Momente, da die Stellung unserer Bundesbehörden so schon schwierig und von schwerer Verantwortlichkeit ist.“⁵²⁶

Aufgrund dieser nicht uneingeschränkten Befürwortung mahnte der *Landbote* Anfang Oktober 1889, nachdem das Referendum aufgrund unzureichender Unterschriften nicht zustande gekommen war, dass es die Verpflichtung „aller demokratischer[n] Elemente und Organe“ bleibe, Kontrolle über die „Amtsführung des neuen Beamten“ zu üben.⁵²⁷

Das *Vaterland* begrüßte die Einführung eines ständigen Bundesanwaltes, allerdings mehr wider- als freiwillig, da diese einen weiteren Schritt in Richtung Zentralgewalt bedeute: „Und wenn ein eidgenössischer ‚Generalanwalt‘ - so unsympathisch er uns auch grundsätzlich sein kann - schließlich im Stande sein dürfte, mit seinem polizeilichen Zauberstab den heranziehenden Sturm zu bannen, dann ziehe er in Gottes Namen ein [...]“.⁵²⁸ Ohne Einschränkung hiess das *Vaterland* allerdings die Reorganisation der Fremdenpolizei gut. Die Kritik der ausländischen Mächte wurde akzeptiert, und entsprechend war man der Auffassung, dass das bislang Unvollkommene verbessert werden müsse – dies „sei der Leitstern“.⁵²⁹ Die *Liberté* besprach das Referendum gegen den Bundesanwalt meist aus der Perspektive eines katholischen Organs. Man fühlte sich von den anderen Organen missverstanden beziehungsweise sah sich wiederum einer Pressepolemik ausgesetzt („Il n'y a pas de justice pour les catholiques, dans la presse libérale.“⁵³⁰). Das Blatt vermerkte, dass die liberale Presse die Katholiken beschuldige, das Referendum ergriffen zu haben. Namentlich erwähnt wurde die *Gazette de Lausanne*. Mit Nachdruck betonte die *Liberté*, dass dem nicht so sei, denn das Referendum hätte bei den Katholiken kein Echo gefunden. Einzige Ausnahme bildeten die Arbeitermilieus von Zürich, Zug, Basel etc. Doch hier sei die Befürwortung des Referendums sozial und nicht konfessionell bedingt. Zu beachten ist, dass das Blatt anwaltschaftlich für die Befürworter des Referendums auftrat:

„On devrait au moins savoir triompher avec convenance. Mais non, on insulte les catholiques qui se sont abstenus, et on dédaigne et méprise les démocrates ouvriers qui ont demandé le referendum. Ce second sentiment n'est ni plus raisonnable ni plus convenable que le premier.“⁵³¹

Der *Grütlianer* diskutierte die Einführung eines ständigen Bundesanwaltes über längere Zeit intensiv und lehnte sie entschieden ab. Er vertrat die Meinung, dass der Bundesrat

⁵²⁶ LB, 26.6.1889, Nr. 147.

⁵²⁷ LB, 2.10.1889, Nr. 231.

⁵²⁸ VA, 23.6.1889, Nr. 143.

⁵²⁹ VA, 18.6.1889, Nr. 139.

⁵³⁰ LIB, 1.10.1889, Nr. 227.

⁵³¹ Ebenda.

mit dieser Massnahme, die einerseits dem Selbstverständnis der Asyltradition, andererseits der Vorstellung einer souveränen, das heisst nicht durch ausländische Mächte gesteuerten Entscheidungsfindung widersprach, vor allem der deutschen Regierung einen Gefallen tun wolle. Entsprechend appellierte der *Grütlianer* an das schweizerische Parlament und hoffte, dass dieses im „Wiedererwachen einer unverfälschten republikanischen Gesinnung im Lande vielmehr die Kraft finden [werde], auch selbst aufrecht und gradus Allem zu trotzen, was unrecht und entwürdigend wäre“.⁵³² Es kamen weitere Gründe hinzu:

- Der Bundesanwalt sei eine „sehr zentralistische Institution“, was dem Föderalismus widerspräche.⁵³³
- Der Bundesanwalt hat „eben nicht die Schule zu fördern, sondern seinen Säbel gegen die ‚Rothen‘ zu schwingen“. Der *Grütlianer* befürchtete, dass dieser gegen die eigenen Reihen eingesetzt werden würde.⁵³⁴ Und: „Die Bundesanwaltschaft bringt für Alle, die nicht gouvernemental sind, den Maulkratten.“⁵³⁵ Gleichzeitig hatte das Blatt Bedenken, dass die Meinungsfreiheit als Grundrecht und wichtiger Bestandteil der Republik in Gefahr sei.

Eine eigentliche Debatte über die Einführung eines ständigen Bundesanwaltes findet sich in der *Arbeiterstimme*. Das sozialdemokratische Organ betrachtete den Bundesanwalt als Bedrohung für die sozialistische Arbeiterschaft, so dass die Bekämpfung desselben von einem „Selbsterhaltungstrieb“ gezeichnet sei. Wer diesen Kampf behindere, so die *Arbeiterstimme*, sei wider die Arbeiterschaft.⁵³⁶ In den entsprechenden Artikeln zur Bundesanwaltschaft der *Arbeiterstimme*⁵³⁷ lässt sich deutlich erkennen, dass das Blatt einerseits agiert, andererseits auf Vorwürfe anderer Zeitungen (vor allem der *Neuen Zürcher Zeitung*) reagiert. Das Blatt rekurrierte vor allem auf allgemeine republikanische Werte und nicht auf klassenpolitische Gegensätze. Durch die Einführung des Bundesanwaltes sei die Republik in Gefahr: „Wenn die Schweiz in noch höherem Maße denn bisher dem monarchischen Auslande entsprechen will, dann muß sie einen guten Theil dessen, was sie vortheilhaft vor anderen Ländern auszeichnet, preisgeben...“⁵³⁸ In Gefahr sah das linksorientierte Organ primär die republikanische Freiheit: „Was den Bundesanwalt selbst anbelangt, so erblicken wir nach wie vor in demselben eine Gefahr für unsere Freiheiten. Wir fürchten denselben nicht in Bezug auf unsere Partei oder Person, sondern wirklich in Hinsicht auf die Rechte der Massen überhaupt.“⁵³⁹ Mit dem Wegrücken von der Problematik sich konkurrierender Identitäten hin zur Betonung des

⁵³² GRÜT, 22.6.1889, Nr. 50.

⁵³³ GRÜT, 6.7.1889, Nr. 54.

⁵³⁴ Ebenda.

⁵³⁵ GRÜT, 3.8.1889, Nr. 62.

Der *Grütlianer* sprach hier den Versuch der Einführung einer nationalen Instanz im Schulwesen an.

⁵³⁶ AS, 31.7.1889, Nr. 61.

⁵³⁷ AS, 24.7.1889, Nr. 59; AS, 31.7.1889, Nr. 61; AS, 17.8.1889, Nr. 66; AS, 2.10.1889, Nr. 79.

⁵³⁸ AS, 17.8.1889, Nr. 66; auch: AS, 2.10.1889, Nr. 79.

⁵³⁹ AS, 2.10.1889, Nr. 79.

republikanischen Wertekanons wollte die *Arbeiterstimme* das Reduzieren der Diskussion auf politische Milieus verhindern und ihr Anliegen milieuübergreifend gestalten. Nachdem das Referendum gegen den Bundesanwalt aufgrund der zu geringen Zahl von Unterschriften gescheitert war, bemühte sich das Blatt um Schadensbegrenzung. Der Misserfolg im Kampf gegen den Bundesanwalt, dessen Einführung nicht verhindert werden konnte, habe die Partei nicht geschwächt. Im Gegenteil, man war der Meinung, dass die vorhandenen Unterschriften Beweis seien, „dass die Landvögte denn doch nicht allzu ruppig werden dürfen“.⁵⁴⁰

Die bereits während des deutsch-französischen Krieges partiell geäußerte Furcht vor einer Annexion durch den mächtigen nördlichen Nachbarn wurde von den Deutschschweizer Zeitungen *NZZ*, *Landbote* und *Vaterland* erneut diskutiert. Für die liberale *Neue Zürcher Zeitung* war die aktuelle Furcht vor Deutschland mit jener während des deutsch-französischen Krieges vergleichbar, nachdem sie aufgrund der friedlichen deutschen Politik in den vergangenen Jahren gänzlich verschwunden sei: „Wenn heute ähnliche Befürchtungen sich wieder regen, so sind nur die letzten Wirrnisse daran schuld.“⁵⁴¹ Wenig später griff das liberale Blatt die Annexionsbefürchtungen nochmals auf und versuchte seinen Lesern – wohl gleichermassen in der Schweiz wie in Deutschland – deutlich zu machen, dass eine Annexion der Schweiz auch nicht im Interesse Deutschlands läge:

„Die Gewinnung zweier Millionen neuer Einwohner, die in einem Jahrhunderte alten Republikanismus aufgewachsen und an die demokratischsten Regierungsformen der Welt gewöhnt sind, wäre ein Geschenk von zweifelhafter Güte für das Reich mit seiner monarchischen Spitze und seinem durch und durch antidemokratischen Staatsleben.“⁵⁴²

Noch deutlicher schrieb der *Landbote* gegen die Annexionsängste in der Bevölkerung an, indem er die friedlichen Absichten des nördlichen Nachbarlandes betonte. Das Blatt zeigte sich absolut sicher, dass es „Deutschland mit der von ihm proklamirten Friedenspolitik ernst“ sei⁵⁴³ und auch „kein ernstlicher Grund“ vorläge, sich „durch das Gespenst einer demnächstigen deutschen Invasion den Schlaf verderben zu lassen“⁵⁴⁴. Kurz zuvor hatte der *Landbote* das deutsch-italienische Bündnis (beziehungsweise den Dreibund) noch als konstante Gefahr für die Schweiz definiert.⁵⁴⁵ Das katholisch-konservative *Vaterland* wiederum argumentierte ähnlich wie die *Neue Zürcher Zeitung*. Auch hier dominierte die Wahrnehmung einer Bedrohung durch den nördlichen Nachbarn: „Aber freilich: ‚Ich bin groß und du bist klein. Der Große frißt den Kleinen.‘“⁵⁴⁶

Die schwere Belastungsprobe zwischen der Schweiz und Deutschland tangierte unweigerlich nicht nur die politischen Beziehungen, sondern auch die kulturellen und

⁵⁴⁰ Ebenda.

⁵⁴¹ *NZZ*, 24.6.1889, Nr. 175, 2. Blatt.

⁵⁴² *NZZ*, 28.6.1889, Nr. 179, 2. Blatt.

⁵⁴³ *LB*, 6.6.1889, Nr. 131.

⁵⁴⁴ *LB*, 23.7.1889, Nr. 170.

⁵⁴⁵ *LB*, 6.7.1889, Nr. 156. Siehe auch: Fussnote Nr. 487.

⁵⁴⁶ *VA*, 5.5.1889, Nr. 103.

wissenschaftlichen sowie den Tourismus. Vor allem die Kündigung des Niederlassungsvertrages hatte gemäss der *Neuen Zürcher Zeitung* Konsequenzen.⁵⁴⁷ Der kulturelle und wissenschaftliche Austausch mit Deutschland war für die Schweiz essentiell, so dass sie durch einen Rückgang dieses Austausches nur verlieren konnte: „[D]enn im Reiche der Poesie und der Wissenschaft können wir, wenn wir uns nicht der Gefahr aussetzen wollen, geistig zu verkümmern, keinen eigenen für sich abgeschlossenen Staat bilden, sondern wir sind nur ein kleiner Theil des Ganzen, in welchem wir geben und empfangen.“⁵⁴⁸ Das Zürcher Blatt verstand auch die Nation Schweiz als dem deutschsprachigen Kulturraum zugehörig. Dieses kulturell definierte Kollektiv tangierte allerdings nicht die nationale Identität, so dass diese das kulturell definierte Kollektiv überformen konnte. Entsprechend taxierte das Blatt Anfang August die Kündigung des Niederlassungsvertrages als „schwere[r]n Rückschlag“ für die Kulturentwicklung.⁵⁴⁹ Die Konsequenzen für den Tourismus sah das liberale Blatt vor allem im finanziellen Bereich. Das Ausbleiben der deutschen Touristen würde der Ferienregion Schweiz empfindliche Einbussen bringen.⁵⁵⁰ Diese Beispiele zeigen, dass sich die *Neue Zürcher Zeitung* offensichtlich ihrer Worte vom 25. Juli 1889⁵⁵¹, dass man der Kündigung des Niederlassungsvertrages gelassen entgegen sehen könne, nicht immer so sicher war. Keinen Anlass zur Besorgnis für den Tourismus sah das *Vaterland*: Obwohl man sich durchaus bewusst war, dass die Kontroverse dem schweizerischen Fremdenverkehr nicht förderlich sein würde, sah man keinen Anlass zur Besorgnis, da der „Fremdenzufluß auch so noch groß und verdienstbringend genug sein dürfte.“⁵⁵²

Als die Affäre den Höhepunkt bereits überschritten hatte, kam es zu einem politischen Seilziehen zwischen Bern und Berlin hinsichtlich des Austragungsortes einer internationalen Konferenz über Arbeiterschutzfragen. Wilhelm II. lud zu einer Arbeiterschutzkonferenz nach Berlin ein und ignorierte so eine vorausgehende schweizerische Einladung für eine solche Konferenz nach Bern, die allerdings aufgrund der Polemik um den Fall Wohlgemuth verschoben worden war. Weil der Arbeiterschutz von den politischen Akteuren des Staates als Teilmassnahme zur Integration der Arbeiterschaft in den Nationalstaat propagiert wurde, bekundeten sowohl die Republik als auch die Monarchie Interesse an diesem Thema. Letztlich ging es aber im Seilziehen um den Austragungsort nicht um das Thema des Arbeiterschutzes an sich, sondern um das nationale Prestige. Schliesslich verzichtete Bern, und die Konferenz fand in Berlin statt. Die analysierten Organe beurteilten dieses Seilziehen respektive die Frage des nationalen Prestiges unterschiedlich. Die *Neue Zürcher Zeitung* widmete der Arbeiterschutzkonferenz Anfang Februar 1890 einen längeren Artikel. Sie sprach von „Ehrgeiz“ und „Eifersucht der mächtigen Monarchie“ gegenüber der kleinen Republik, der man den Vortritt in der Frage der „Arbeiterfreundlichkeit“ nicht lassen wolle. Der Grund: Das „preußische Königthum thut sich bekanntlich auf traditionelle Gönnerschaft für die

⁵⁴⁷ Zum Niederlassungsvertrag siehe: Fussnote Nr. 489.

⁵⁴⁸ NZZ, 22.7.1889, Nr. 203, 1. Blatt.

⁵⁴⁹ NZZ, 1.8.1889, Nr. 213, 1. Blatt.

⁵⁵⁰ NZZ, 30.5.1889, Nr. 150.

⁵⁵¹ Siehe: NZZ, 25.7.1889, Nr. 206, 1. Blatt.

⁵⁵² VA, 13.6.1889, Nr. 135.

Schwachen viel zu Gute“. Der Artikel schloss mit folgenden Worten: „Der internationale Arbeiterschutz ist ein Gebiet, über welchem vor dem Reichsadler das weiße Kreuz im rothen Felde geweht hat.“⁵⁵³ Dem Austragungsort der Arbeiterschutzkonferenz stand das liberale Blatt der Romandie weitaus gleichgültiger gegenüber als das Zürcher Schwesterblatt. Dass die Schweiz nicht an Bern als Austragungsort festhielt, wurde nur knapp und kommentarlos berichtet.⁵⁵⁴ Auch der *Landbote* kommentierte die Polemik um den Austragungsort kaum. Weitaus wichtiger war ihm, dass die Konferenz überhaupt stattfand und dass an dieser „etwas rechtes geschehe“ – der Austragungsort sei hingegen eine „bloße Etiquetenfrage“. Entscheidend für das nationale Selbstverständnis der Schweiz war dem Blatt auch, dass auf dem Gebiet der Arbeiterschutzgesetzgebung die Schweiz „weiter gegangen ist als alle ihre Konkurrenten“.⁵⁵⁵ Gemäss der katholisch-konservativen *Liberté*, die Mitte Februar 1890 einen dreiteiligen Artikel zur Arbeiterschutzkonferenz publizierte, führe das Festhalten an zwei Austragungsorten zu einer Lagerbildung in Europa. Zwangsläufig würde auch die Schweiz Teil eines Lagers, was die Gefährdung der schweizerischen Neutralität – eines zentralen Faktors des schweizerischen Nationskonzepts – nach sich ziehen würde: „Du coup, notre neutralité serait virtuellement effacée du droit public européen.“⁵⁵⁶ Auch der *Grütlianer* störte sich am Austragungsort Berlin nicht weiter. Das Blatt war der Meinung, dass dies eine nebensächliche Frage sei und man deswegen nicht empfindlich reagieren solle, wie dies zum Beispiel die *NZZ* tue.⁵⁵⁷

Die analysierten Zeitungen waren sich in der gemeinsamen Abneigung gegen das vom deutschen Reichskanzler repräsentierte System und dessen Methoden einig, zumal Bismarcks Angriffe zentrale Faktoren des Nationskonzepts, nämlich das Asylrecht und die Neutralität, zum Ziel hatten. Der bislang beobachtete demokratisch-republikanische Basiskonsens funktionierte auch während einer schweren Belastungsprobe, in die die Schweiz direkt involviert war. Beobachten lassen sich allerdings Differenzen in der Debatte um den Bundesanwalt und in der Beurteilung der Politik des Bundesrates zwischen dem freisinnigen respektive liberal-konservativen und dem katholisch-konservativen Milieu einerseits und dem linksorientierten Milieu andererseits. Die Einführung eines ständigen Bundesanwalts führte vor allem aufgrund des beabsichtigten Referendums mehrheitlich linksorientierter Kreise zu einer Debatte unter den politischen Milieus. Während das freisinnige und das katholisch-konservative Milieu die Einführung befürworteten, empfand das linksorientierte respektive sozialdemokratische Milieu einen ständigen Bundesanwalt primär als Bedrohung. Nachdem das Referendum aufgrund unzureichender Unterschriften nicht zustande kam, und der ständige Bundesanwalt per Bundesgesetz eingeführt werden konnte, gaben die vorherigen Gegner an, damit leben zu können, gleichzeitig aber wachsam dessen Amtsführung zu verfolgen. In der Rezeption der bundesrätlichen Politik finden sich Divergenzen vor allem zwischen dem liberal-konservativen sowie dem katholisch-konservativen Milieu einerseits und dem

⁵⁵³ NZZ, 7.2.1890, Nr. 38, 1. Blatt.

⁵⁵⁴ GdL, 1.3.1890, Nr. 51.

⁵⁵⁵ LB, 19.3.1890, Nr. 66.

⁵⁵⁶ LIB, 12.2.1890, Nr. 35.

⁵⁵⁷ GRÜT, 12.2.1890, Nr. 13.

demokratischen sowie linksorientierten Milieu andererseits. Während erstere dem Bundesrat uneingeschränktes Lob zukommen liessen, beurteilten letztere die bundesrätliche Politik gegenüber Deutschland als zu zögerlich, so dass man sich ein vermehrt dezidiertes Auftreten wünschte; nichtsdestotrotz waren aufgrund der Bedrohungswahrnehmung auch die Kritiker mehrheitlich voll des Lobes für den Bundesrat. Letztlich galten für alle die Worte der *Arbeiterstimme*: „Wir wollen in dieser Stunde [...] uns nicht auf Vorwürfe gegen den Bundesrath einlassen. Deutschland findet heute die Schweiz einig indem festen Entschlusse, lieber das Aeufserste zu riskiren, als sich zum Vasallen einer auswärtigen Macht herabdrücken zu lassen.“⁵⁵⁸

6.3 Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität

„Den Flügelschlag des schweizerisch-nationalen Geistes haben wir in diesen Wochen vernommen, wie jemals in den schönsten Momenten schweizerischer Geschichte.“⁵⁵⁹ Das vollständige Zitat der Kapitelüberschrift verdeutlicht eine eigentliche Beschwörung des nationalen Geistes in einer Phase, in der man sich akut bedroht glaubte, sich gleichzeitig aber nicht so einig wusste. Die nationale Identität erlangte den Status einer allen anderen Loyalitäten übergeordneten Instanz – zumindest nach aussen. Der Bedrohung von aussen wurde somit sowohl mit der Betonung der Einheit als auch mit der Betonung der Souveränität entgegengetreten.

Diese Beschwörung des nationalen Geistes kann in allen untersuchten Blättern festgestellt werden. Von Interesse ist aber, dass diese von den Organen der den Bundesrat stellenden Partei (*Neue Zürcher Zeitung* und *Gazette de Lausanne*) weitaus weniger vehement postuliert wurde als von denjenigen, die in der nationalen Exekutive nicht vertreten waren (*Vaterland*, *Liberté*, *Grütli*, *Arbeiterstimme* und *Landbote*). Die Beschwörung des nationalen Geistes äusserte sich in der Forderung nach unbedingter Einheit und Einigkeit von Bundesrat und Volk, und zwar über alle politischen Divergenzen hinweg. Sie manifestierte in emotionaler Weise und in hoher Intensität die Geschlossenheit nach aussen. Im einzelnen: Die liberale *Neue Zürcher Zeitung* zeigte sich befriedigt ob der Tatsache, dass „das gesammte Schweizervolk so fest und einmütig für sein gutes Recht eingestanden, dass es im Auslande den besten Eindruck machte“.⁵⁶⁰ Auch die *Gazette de Lausanne* hielt sich weitgehend zurück. Das Blatt formulierte allerdings deutlich, dass die Einigkeit lediglich den Schweizern zukäme und es deshalb eine Gelegenheit wäre, „que le Conseil fédéral profitera de l'occasion pour faire une bonne fois maison nette et chasser sans pitié du pays toute la vermine internationale qui grouille dans nos grandes villes“. Man insistierte: „Nous demandons un nettoyage général. Que le Conseil fédéral donne un vigoureux coup de balai. Il peut être certain que

⁵⁵⁸ AS, 15.6.1889, Nr. 48.

⁵⁵⁹ LB, 6.7.1889, Nr. 156.

⁵⁶⁰ NZZ, 13.5.1889, Nr. 133, 1. Blatt.

le peuple suisse, dans son immense majorité, applaudira des deux mains.⁵⁶¹ Von einer eigentlichen Beschwörung des nationalen Geistes kann bei beiden freisinnigen Organen nicht gesprochen werden. Ein Faktum, das nicht weiter verwundern vermag, war es in der vom Freisinn dominierten Schweiz doch weitgehend ihr Milieu, das ausgrenzte.

In der zweiten Gruppe, in der die Parteiorgane gehören, die nicht in der nationalen Exekutive vertreten waren, beschwor die demokratische *Landbote* – obwohl zur „freisinnigen Grossfamilie“ gehörend – die Einheit am deutlichsten: Das ganze Schweizervolk schaue mit vollem Vertrauen auf seine oberste Landesbehörde, das ohne Unterschied der Parteien die Politik des Bundesrates billige, und auch in Zukunft der Bundesrat versichert sein dürfe, dass in „ganzer weiter Eidgenossenschaft alle Schweizerherzen treu zum Vaterlande und seinen Behörden stehen“.⁵⁶² In einem weiteren Artikel setzte man einerseits auf die viel zitierte Bescheidenheit, andererseits war man aber auch entschlossen, „alles einzusetzen, um die Ehre, die Unabhängigkeit und Freiheit des Landes aufrecht zu erhalten gegenüber fremden Zumuthungen und fremden Angriffen“. Anschliessend wurde die Einheit thematisiert: „Ueber alle Partei- und Streitfragen erhebt sich die Sorge um die Erhaltung des Ganzen, und diesem Ganzen bringen alle ihr persönliches Opfer dar.“⁵⁶³ Den Grund für die deutliche Formulierung der Einheit lieferte der *Landbote* gleich selbst, indem er klar machte, dass die „nationale Existenzkraft“ nicht auf den „Wiener Verträgen und der Achtung, welche die Mächte heute ihnen zollen“ ruhen, sondern auf der Einigkeit des Volkes. Der Ruf nach Einheit war gleichzeitig auch ein Ruf, das eigene politische Milieu nicht als Landesfeind zu behandeln: „Eben weil wir klein sind, dürfen wir uns umso weniger gestatten, so und so viele tausende unserer Mitbürger als Landesfeinde zu titulieren und darnach zu behandeln.“⁵⁶⁴ Der Appell an das nationale Bewusstsein, an die über allen anderen kollektiven Identitäten stehende nationale Identität wurde so gleichzeitig dazu benutzt, sowohl das eigene als auch die nahe stehenden politischen Milieus in die Nation Schweiz miteinzubeziehen. Das *Vaterland* wiederum sah in der nationalen Einheit das einzige Mittel, die Souveränität zu verteidigen, da die militärische Stärke der Schweiz in Anbetracht des mächtigen Kontrahenten beziehungsweise des Dreibundes als nur gering eingestuft wurde. Entsprechend machte das Blatt deutlich, dass nur das Zusammenstehen von Volk und Bundesrat es möglich mache, den Konflikt unbeschadet zu überstehen. Das Blatt appellierte an das Zusammenstehen von freisinnigem, katholisch-konservativem und linksorientiertem Milieu, das aufgrund der Bedrohung von aussen notwendig sei – zumindest während der Phase der akuten Bedrohung.⁵⁶⁵ Zu bemerken bleibt, dass nach Beendigung dieser Phase das Zusammengehen zwischen Freisinn und Katholisch-Konservativen endgültig vollzogen wurde, das linksorientierte Milieu jedoch weiterhin aussen vorblieb. Noch deutlicher postulierte das katholisch-konservative Schwesterblatt aus Fribourg die Einheit der Schweiz: „Pour résister à la

⁵⁶¹ GdL, 3.5.1889, Nr. 104.

⁵⁶² LB, 16.6.1889, Nr. 139.

⁵⁶³ LB, 6.7.1889, Nr. 156.

⁵⁶⁴ LB, 24.7.1889, Nr. 171.

⁵⁶⁵ VA, 5.5.1889, Nr. 103.

pression de Berlin, ce n'est pas trop de l'union entre tous les enfants de la Suisse.“⁵⁶⁶ Beide katholischen Blätter wiederum verknüpften die Forderung nach der Einheit der Schweiz mit dem Stellenwert des katholischen Milieus in der Nation Schweiz. So bilanzierte zum Beispiel das *Vaterland* in seinem Jahresrückblick Anfang 1890, dass die anderen Parteien dem „patriotische[n] Sinn“ und der „Opferwilligkeit der katholischen Schweiz“ nicht grösseren Dank entgegengebracht, sondern lediglich die eigenen Parteiinteressen verfolgt hätten.⁵⁶⁷ Die *Liberté* wiederum erinnerte daran, dass vor allem die Katholiken beschuldigt wurden, der Einheit des Landes entgegenzuwirken, weil sie ihr eigentliches Vaterland in Rom sähen. Und so zeigte man sich in einer gewissen Weise befriedigt, dass die Katholiken in keiner Hinsicht der Einheit des Landes entgegenwirkten:

„Fait curieux: Les gens de mauvaise foi qui toute l'année durant nous accusent de manquer de patriotisme, d'avoir notre patrie à Rome, etc., se sont tus subitement et pourtant c'est au feu qu'on éprouve le fer. [...] J'ai beau parcourir les colonnes des journaux radicaux, impossible de trouver un mot indiquant que notre patriotisme soit même soupçonné.“⁵⁶⁸

Der *Grütlianer* postulierte zwar selten, jedoch nicht weniger deutlich die Einheit des Landes. Man wies darauf hin, dass weder die Grösse des Kontrahenten noch dessen masslose Ansprüche der Schweiz imponieren. Man sei bereit, „sein gutes Recht und seine nationale Ehre zu wahren, komme was da wolle“.⁵⁶⁹ Kurze Zeit später äusserte sich das Blatt zufrieden, dass die „Einmüthigkeit, mit welcher das schweizerische Volk sich in den jüngsten Tagen im Konflikt mit Deutschland gegen entwürdigende Zumuthungen erhoben, [...] eine herzerquickende Manifestation trotzigten Freiheits- und Unabhängigkeitssinnes“ sei.⁵⁷⁰ Der *Grütlianer* zog die negative Seite dieser auch von ihm postulierten Einheit ebenfalls in Erwägung, indem er sich daran störte, dass abweichende Meinungen kaum mehr zugelassen würden – Meinungen, welche der bundesrätlichen Politik widersprächen, würden gleich „in Acht und Bann“ geschlagen.⁵⁷¹ Die *Arbeiterstimme* als zweites untersuchtes linksorientiertes Organ formulierte die Einheit des Landes in einem eigentlichen Appell, indem sie sowohl den Demos als legitimen Träger des politischen Willens als auch die Einheit als historisch verwurzelt und legitimiert betonte und aus der Mystifizierung der Vergangenheit Orientierung für die Gegenwart schöpfte:

„Wir Schweizer sollen nicht kleinmüthig sein. Wenn wir unsere Unabhängigkeit, unsere freiheitlichen Institutionen feige aufgeben würden, so hätten wir keine Existenzberechtigung als Nation mehr. Tausendmal lieber im Kampfe untergehen, als an den Folgen der Schmach, der Feigheit. Das ist die Ueberzeugung, der Wille der ganzen Nation. Wie ein Mann wird das Schweizervolk ohne Unterschied der Partei in der Stunde der Gefahr um das

⁵⁶⁶ LIB, 4.5.1889, Nr. 104.

⁵⁶⁷ VA, 1.1.1890, Nr. 1.

⁵⁶⁸ LIB, 16.6.1889, Nr. 139.

⁵⁶⁹ GRÜT, 8.6.1889, Nr. 46.

⁵⁷⁰ GRÜT, 22.6.1889, Nr. 50.

⁵⁷¹ GRÜT, 6.7.1889, Nr. 54.

alte Panner sich schaaren, das so ruhmreiche Thaten gesehen, und mit ihm siegen oder fallen.“⁵⁷²

Die Beschwörung der Einheit vor allem derjenigen Parteiorgane, deren Partei nicht dem Bundesrat angehörten, macht einerseits den offensichtlich nach wie vor schwelenden Kulturkampf (katholisch-konservatives Milieu), andererseits aber auch den aktuellen klassenpolitischen Kampf (linksorientiertes Milieu) deutlich. Offensichtlich fühlten sich gerade diese politischen Milieus noch nicht vollständig in die Nation Schweiz integriert beziehungsweise sahen es aufgrund der akuten Bedrohung von aussen für notwendig an, die Einheit des Landes zu beschwören, da diese ihrer Ansicht nach noch nicht gänzlich vollzogen war respektive von den Liberal-Konservativen teilweise auch in Frage gestellt wurde. Die Konsolidierung im Innern war für sie noch nicht abgeschlossen, die Problematik der sich konkurrierenden kollektiven Identitäten war nach wie vor virulent. Das Ringen um die Deutungsmacht der Nation wurde vor allem über die Intensität der Betonung der nationalen Einheit geführt; gleichzeitig waren sich die verschiedenen Milieus über das Konzept der Nation hinsichtlich Republik, Neutralität und Souveränität aber weitgehend einig. Von Interesse ist, dass alle Organe den Blick nach Innen richteten und die nationale Einheit betonten, während die Betonung der Geschlossenheit nach aussen, wie sie noch während des deutsch-französischen Krieges allgemein gefordert wurde, sekundär wurde. Letztlich ging es im Konflikt von 1889 um eine konkrete Bedrohung der Nation Schweiz, so dass der Einheit der Schweiz beziehungsweise dem Bewusstsein der Nation mehr Gewicht beigemessen werden musste. In der Bedrohung von aussen war es möglich, die bestehenden Gegensätze im Innern zu überwinden beziehungsweise zumindest temporär zu überbrücken. Diese nach wie vor latent vorhandenen Spannungen im Innern zeigten sich daran, dass die nicht in der Exekutive vertretenen Milieus die Einheit der Schweiz beschwörten.

Wesentliche Faktoren des Konzeptes der Nation Schweiz waren, wie wir gesehen haben, die Neutralität und die Souveränität. Diese wurden von Bismarck während des Konflikts grundsätzlich in Frage gestellt, so dass die Schweiz zwei grundlegende Pfeiler ihres Nationskonzeptes bedroht sah. Dies veranlasste die liberale *Neue Zürcher Zeitung*, Souveränität und Neutralität grundsätzlich miteinander zu verbinden: „Was würde uns die Freundschaft eines noch so mächtigen Staates nützen, wenn wir ihr das opfern müssten, was wir einzig zu vertheidigen haben: Selbständigkeit und Freiheit.“⁵⁷³ Als Quintessenz setzte die Zürcher Zeitung, wie bereits während des deutsch-französischen Krieges, auf die bewaffnete Neutralität. Die *Gazette de Lausanne* wiederum betonte die Rechte („Mais elle entend [...] rester maîtresse chez elle.“) und Pflichten („Elle ne permettra pas que des intrigues soient ourdies chez elle contre les gouvernements étrangers. Elle respectera scrupuleusement les traités conclus avec ses voisins. Elle assurera une justice égale à tous.“) eines souveränen Staates.⁵⁷⁴ Wenig später machte sie zudem deutlich, dass die Asylrechtspraxis, die letztlich der Stein des Anstosses in den Auseinandersetzungen mit

⁵⁷² AS, 15.6.1889, Nr. 48.

⁵⁷³ NZZ, 12.6.1889, Nr. 163, 2. Blatt.

⁵⁷⁴ GdL, 3.6.1889, Nr. 129.

Deutschland war, zur Souveränität gehöre: „Ce droit est inhérent à la souveraineté. Un pays peut recevoir sur son territoire toutes les personnes quelconques qu'il lui convient d'accueillir. Il n'en doit compte à personne et aucun gouvernement étranger n'a le droit de lui dicter des règles à cet égard.“⁵⁷⁵ Der demokratische *Landbote*, die katholisch-konservativen Blätter *Vaterland* und *Liberté*, der linksorientierte *Grütli* und die sozialdemokratische *Arbeiterstimme* äusserten sich kaum direkt zur Souveränität und Neutralität der Schweiz; beide Faktoren gehörten wie selbstverständlich zum Konzept der Nation. Vielmehr war es diesen Organen wichtig, wie im vorigen Abschnitt erläutert, zur Einheit aufzurufen.

Der Wohlgemuth-Handel hatte eine bedeutende Neu-Definition der Neutralität zur Folge. Wiederholt machten die untersuchten Organe darauf aufmerksam, dass diese nicht mehr allein von der Gnade der Nachbarstaaten abhängen beziehungsweise abhängen dürfe, sondern auf sich selbst beruhe, das heisst unverbürgtes Recht eines souveränen Staates darstelle. Sie reagierten dabei auf die Infragestellung der Neutralität durch Deutschland, aber auch durch Russland, Österreich und Italien.⁵⁷⁶ In den offiziellen und koordinierten Noten Deutschlands, Russlands und Österreichs vom 12. Juni 1889 wurde gedroht, der Schweiz den 1815 zugestandenen Status der dauernden Neutralität zu kündigen, falls diese ihre liberale Asylrechtspraxis nicht den Sicherheitsinteressen der Grossmächte anpassen würde, denn die Neutralität der Schweiz beruhe schlicht auf einem von den europäischen Mächten verliehenen Privileg.⁵⁷⁷ Obwohl nicht explizit erwähnt, impliziert die Note die für die Schweiz gefährliche Interpretation des Völkerrechts, dass die im Vertrag des Wiener Kongresses erwähnte Garantie der schweizerischen Neutralität den Grossmächten notfalls das Recht zu einer militärischen Intervention gegen die Schweiz gibt. Die Infragestellung der Neutralität zwang die Schweiz dazu, erstmals seit dem preussisch-österreichischen Krieg 1866 respektive dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 sich mit der mittlerweile so selbstverständlich gewordenen Neutralität sowie deren Rechten und Pflichten zu beschäftigen und diese – als Quintessenz – neu zu definieren. In ihrer Bilanz vom 3. Januar 1890 zum Wohlgemuth-Handel bewertete zum Beispiel die *Gazette de Lausanne* diesen als heilsamen Schock. Er habe die Schweiz gezwungen, „de nous obliger à un sérieux retour sur nous-mêmes“. Man war nämlich der Meinung, dass „en nous secouant dans une quiétude qui eût pu facilement dégénérer en mollesse [sic!] et relâchement“.⁵⁷⁸ Das Einrichten respektive Verharren in der (bequemen) Stellung eines neutralen Staates nach dem deutsch-französischen Krieg und das militante republikanische Selbst- und Sendungsbewusstsein verleitete, sich allzu sehr auf die Mächtekongstellatation in Europa zu verlassen und gleichzeitig auch blind gegenüber

⁵⁷⁵ GdL, 12.6.1889, Nr. 187.

⁵⁷⁶ Die Gründe und Motive dieser Angriffe waren komplex und meist weniger durch das Verhalten der Schweiz als durch die Finessen der europäischen Allianz- und Kriegspolitik wie durch innenpolitische Absichten der Grossmächte bestimmt. (SUTER, Andreas, Neutralität. Prinzip, Praxis und Geschichtsbewusstsein, In: HETTLING, Manfred et al. (Hrsg.), Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen, Frankfurt a. M., S. 164. Nachstehend zitiert als: SUTER, Neutralität.)

⁵⁷⁷ RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, S. 190.

⁵⁷⁸ GdL, 3.1.1890, Nr. 2.

Veränderungen dieser zu werden.⁵⁷⁹ Entsprechend erkannte man während des Konflikts im Jahre 1889, dass die Schweiz sich nicht länger auf die Gunst der Nachbarn verlassen und die Souveränität des Landes nicht ausschliesslich auf der Neutralität beruhen konnte. Diese Erkenntnis zeigte sich auch darin, dass die untersuchten Organe nun vermehrt mit der Souveränität und weniger mit der Neutralität argumentierten, das heisst die Souveränität aufgrund der Infragestellung von aussen verstärkt betonten.⁵⁸⁰ Auch der Bundesrat setzte vermehrt auf die Souveränität des Landes. Die Massnahmen im Bereich der Fremdenpolizei begründete dieser nämlich nicht aus Rücksicht auf die schweizerische Neutralität, sondern aus dem Recht eines souveränen Staates.⁵⁸¹ Wenn auch das bislang bestehende Nationskonzept nicht neu definiert wurde, neu definiert wurde lediglich der Faktor der Neutralität, so zeigen die Erläuterungen dennoch, dass nationale Identität situativ konstruiert wird. Die akute Bedrohung von aussen und die Infragestellung der Neutralität machten es notwendig, die Souveränität der Nation Schweiz verstärkt zu betonen. Die Neutralität eignete sich in ihrer bisherigen Definition, nämlich dass sie von der Gunst der Nachbarstaaten abhängt, nicht mehr, um dem Kontrahenten Deutschland wirksam entgegenzutreten. Es galt fortan, die Souveränität des Landes zu verteidigen, und zwar mit Hilfe der bewaffneten Neutralität. Gleichzeitig wurde eben diese Neutralität fortan als das Recht eines souveränen Staates reklamiert. Das republikanische Selbst- und Sendungsbewusstsein (nach aussen) wich einer Beschwörung der Einheit (im Innern), der zwar nach wie vor ein demokratisch-republikanischer Konsens zugrunde lag, jedoch vermehrt auf die Souveränität der Nation Schweiz als auf die hehren Prinzipien der Republik pochte.

Die Analyse der Rezeption der bundesrätlichen Politik erlaubt Rückschlüsse auf das nationale Bewusstsein der Schweiz. Wie bereits im vorhergehenden Kapitel erwähnt, erhielt diese von nahezu allen Parteiorganen weitgehend ungeteilte Zustimmung. Den ungeteilten Befürwortern der bundesrätlichen Politik, namentlich der *NZZ*, der *Gazette de Lausanne* und dem *Vaterland*, war es ein Anliegen zu betonen, dass man in der Stunde der Gefahr voll und ganz hinter dem Bundesrat stehe. Jegliche Kritik hätte ihrer Ansicht nach eine Schwächung der Nation Schweiz zur Folge gehabt. Von Interesse ist, dass diese Organe vor allem das „staatsmännische Agieren“ des Bundesrates hervorhoben, sei es, dass der Bundesrat mit „hoher Würde“ und „großer Energie das gute Recht der Schweiz im Wohlgemuthfalle gegenüber unbegründeten Anklagen der deutschen Regierung gewahrt“ hatte⁵⁸² oder sei es, dass der Bundesrat „a parlé comme un gouvernement qui sait où il va, qui connaît son devoir et qui maintient son droit“⁵⁸³. Die *Neue Zürcher Zeitung* bedachte den Bundesrat mit zwei Aufgaben: Einerseits mit der

⁵⁷⁹ Renk sprach von einer heilsamen Klärung der Lage hinsichtlich Wesen und Inhalt der schweizerischen Neutralität für ein in zwanzig Friedensjahren allzu selbstsicher gewordenes Volk. (RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, S. 387 f.)

⁵⁸⁰ Mit Vehemenz forderte die *Arbeiterstimme* eine Entscheidung: „Nun wohl: zwei Welten stehen sich gegenüber mit entgegengesetzten Anschauungen und Rechtsbegriffen, die nicht neben einander auf die Dauer bestehen können. Es wird und muß zwischen beiden zur Entscheidung kommen.“ (AS, 8.6.1889, Nr. 46.)

⁵⁸¹ RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, S. 170.

⁵⁸² VA, 23.6.1889, Nr. 143.

⁵⁸³ GdL, 22.6.1889, Nr. 146.

„festen Wahrung der Rechte eines souveränen Staates und der Unabhängigkeit unseres Landes“ und mit den „vollständigen Erfüllungen der völkerrechtlichen Pflichten andererseits, welche der Schweiz den auswärtigen Staaten gegenüber obliegen“.⁵⁸⁴ Das Verhältnis zwischen Souveränität und Völkerrecht interpretierte die *NZZ* wie folgt: Man betrachte das von Deutschland geforderte Verbot, deutsche Reichsbürger ohne Schriften und Leumundszeugnis aufzunehmen, als Eingriff in die Hoheitsrechte der Schweiz und als Vernichtung der Souveränität. Gleichzeitig sei die Ermahnung der Grossmächte, eine strengere Aufsicht über die fremden Elemente zu üben, ein Punkt, über den sich sprechen liesse.⁵⁸⁵ Konkrete Forderungen wurden vom Zürcher Blatt als Angriff auf die Souveränität der Nation Schweiz gewertet, eher vage Forderungen, die aber im Einklang mit den politischen Forderungen des Blattes standen, als völkerrechtlich akzeptabel betrachtet. Das entstandene Spannungspotential zwischen Souveränität und Völkerrecht konnte so einigermaßen elegant, vor allem aber zweckdienlich gelöst werden. Die vereinzelte Kritik an der bundesrätlichen Politik kam, wie bereits erwähnt, aus linksorientierten Kreisen beziehungsweise aus dem demokratischen Milieu; diese beschränkte sich allerdings auf das angeblich zu zögerliche Vorgehen des Bundesrates. Lob und Kritik zeigen deutlich den Stellenwert des Bundesrates als oberste Landesbehörde. Durch das beinahe uneingeschränkte Lob erhielt der Bundesrat eine Aura, die Kritik kaum mehr zuließ beziehungsweise als dem nationalen Bewusstsein abträglich klassifiziert wurde. Konstruktive Kritik findet sich denn auch erst ein Jahr später, als zum Beispiel der *Landbote* den neuen Niederlassungsvertrag besprach und dabei den Bundesrat kritisierte.⁵⁸⁶

„Richtig ist allerdings, daß, wenn Bismarck noch am Ruder geblieben wäre, Deutschland kaum in so entgegenkommender Weise sich verhalten hätte, aber dieser Umstand kann doch nicht als das Verdienst des schweizerischen Bundesrathes angerechnet werden. Aber auch in andern Beziehungen finden wir uns veranlaßt, den sogenannten ‚diplomatischen Erfolg des Bundesrathes‘ etwas näher in’s Auge zu fassen. Schon der Umstand, daß die Verhandlungen so rasch zum Abschlusse geführt haben, ist etwas verdachterregend.“⁵⁸⁷

Die (orchestrierten) Angriffe in offiziellen deutschen Organen auf die Schweiz führten zu einer eigentlichen Pressefehde.⁵⁸⁸ In dieser Auseinandersetzung rekurrten die schweizerischen Medien auf ein nationales Bewusstsein, das von Emotionen geprägt war;

⁵⁸⁴ *NZZ*, 24.6.1889, Nr. 175, 1. Blatt.

„Der Bundesrath [...] weiß zum Glück die Würde der Eidgenossenschaft auch gegen außen zu wahren. Er wird fremde Anmaßung und ungebührliche Zumuthungen mit Entschiedenheit zurückweisen. Das Schweizervolk steht geschlossen hinter ihm. Es wird, dessen sind wir sicher, weder durch Wankelmuth noch durch überreiztes Benehmen und nutzloses Lärmen die Aufgabe seiner Behörden erschweren und die ohnehin ernste Situation kompromittiren.“ (*NZZ*, 10.6.1889, Nr. 161.)

⁵⁸⁵ Ebenda.

⁵⁸⁶ Im Jahresrückblick vom 1. Januar 1890 findet sich im *Landboten* noch keinerlei Kritik an der bundesrätlichen Politik. Siehe: *LB*, 1.1.1890, Nr. 1.

⁵⁸⁷ *LB*, 3.6.1890, Nr. 127.

⁵⁸⁸ Siehe: URNER, *Die Deutschen in der Schweiz*, S. 498 ff., und RENK, *Bismarcks Konflikt mit der Schweiz*, S. 241 ff.

die nüchterne und mitunter auch neutrale Berichterstattung trat weitgehend in den Hintergrund. Die Kritik der offiziellen Presse Deutschlands wurde als Angriff auf die Ehre der Nation Schweiz interpretiert. So schrieb zum Beispiel die *Neue Zürcher Zeitung*: „Haben diese Blätter denn keine Ahnung davon, daß sie mit ihren heftigen Angriffen in dem Bewußtsein eines ruhigen stillen Volkes Wunden reißen, die in Jahrzehnten kaum heilen können?“⁵⁸⁹ Und: „Was Deutschland erreichen wollte, hätte es viel besser erreichen können, wenn es den Ton freundschaftlicher Verständigung nicht verlassen, wenn es keine Drohungen ausgestoßen hätte, die unser schweizerisches Bewußtsein tief verletzen mußten...“⁵⁹⁰ Die Mehrheit der untersuchten Zeitungen vermerkte mit Dankbarkeit, dass es sich bei diesen Angriffen lediglich um offiziöse Blätter handelte und Bismarck nicht das gesamte deutsche Volk vertrat. Betont wurde vor allem die Stammesverwandtschaft mit den süddeutschen Staaten und mit dem deutschen Volk an sich⁵⁹¹ beziehungsweise der konfessionell verbindende Aspekt⁵⁹². Hier verdeutlichen sich eine ethnisch-kulturelle sowie eine konfessionelle kollektive Identität, die über die Grenzen der Nation Schweiz hinausgehen. Situativ wird das Verbindende betont, ohne dass das Trennende obsolet wird. Die Loyalitätsbezüge werden zwar unscharf, letztlich ist jedoch klar, dass die Nation Schweiz als Abgrenzungsmerkmal dient. Die Angriffe gegen die Schweiz waren allerdings meist unqualifiziert und undifferenziert, so dass sie von der schweizerischen Presse auch entsprechend behandelt wurden. Von Interesse ist ein Artikel aus der „Konservativen Korrespondenz“, der in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung am 6. Juni 1889 publiziert wurde. In diesem wurde der Schweiz unter anderem vorgeworfen, das Land habe den Dünkel, die bessere Regierungsform zu besitzen, verdecke mit diesem Gefühl der Überlegenheit aber nur eine wachsende innere Unsicherheit.⁵⁹³ Man kann diese Zeilen als „eher plumpe Aufreihung alter Ressentiments gegen den republikanischen Kleinstaat“ klassifizieren⁵⁹⁴, muss aber im Hinblick auf das bisher festgestellte nationale Bewusstsein zugestehen, dass das republikanische Selbst- und Sendungsbewusstsein, das einer „Sakralisierung der Nation“ gleichkam, ausserhalb der Schweiz bisweilen auch als Dünkel wahrgenommen werden konnte.

Hinsichtlich des Nationskonzepts wurden in den untersuchten Organen vor allem zwei Aspekte betont: die Einheit des Volkes und die Neutralität respektive Souveränität. Diese Aspekte wurden von allen Zeitungen aufgegriffen, wenn auch unterschiedlich gewichtet. So artikulierten die beiden freisinnig-liberalen Parteiorgane, deren Partei im Bundesrat vertreten war, zwar die Einheit des Volkes, von einer eigentlichen Beschwörung der Einheit kann allerdings kaum gesprochen werden. Umso deutlicher beschwörten diejenigen Organe die Einheit, deren Partei nicht in der Exekutive vertreten war. Es zeigt sich, dass der Kulturkampf noch nicht gänzlich abgeschlossen beziehungsweise der

⁵⁸⁹ NZZ, 7.5.1889, Nr. 127, 2. Blatt.

⁵⁹⁰ NZZ, 7.8.1889, Nr. 219, 2. Blatt.

⁵⁹¹ NZZ, 1.8.1889, Nr. 213, 1. Blatt; VA, 13.6.1889, Nr. 135; GdL, 20.7.1889, Nr. 170.

⁵⁹² „Nous faisons remarquer, une fois de plus, que la presse catholique d'Allemagne garde envers la Suisse une attitude digne et amicale et reproduit avec loyauté les explications des journaux fédéraux. C'est dans le malheur que l'on voit où sont les vrais amis.“ (LIB, 12.6.1889, Nr. 135.)

⁵⁹³ Zitiert nach: RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, S. 248.

⁵⁹⁴ Ebenda.

Klassenkampf nach wie vor aktuell war. Die Betonung der Willensnation Schweiz war aufgrund der Mehrsprachigkeit des Landes, die dem Nationalitätsprinzip widersprach, von immenser Bedeutung. Gleichzeitig machte die Betonung der Einheit die nach wie vor schwelenden Konflikte im Innern deutlich. Eine eigentliche Neu-Definition erhielt die Neutralität. In Anbetracht der Bedrohung durch den nördlichen Nachbarn und die koordinierten Noten von Russland und Österreich war eine Neutralität, die von Gnaden der Signatarstaaten abhing, nicht mehr zeitgemäss. Entsprechend wurde diese nun als das Recht eines souveränen Staates reklamiert. Diese Neu-Definition hatte zur Folge, dass vermehrt mit der Souveränität als mit der Neutralität des Landes argumentiert wurde, ohne dass die Neutralität zugleich ihre integrierende Funktion im Innern verloren hätte. Das republikanische Sendungsbewusstsein, welches noch während des deutsch-französischen Krieges offensiv von allen Organen artikuliert wurde, kann während des Wohlgemuth-Handels nicht mehr festgestellt werden; entsprechende Vorwürfe deutscher Presseorgane basierten auf der Vergangenheit. In Anbetracht der realen Bedrohung von aussen musste die Betonung der Staatsform der Republik neu überdacht werden; die Selbstsicherheit, mit der man die letzten zwei Jahrzehnte die Republik nach aussen vertrat, wich einer pragmatischen Beurteilung der eigenen Nation beziehungsweise zwang dazu, im Nationskonzept andere Gewichtungen vorzunehmen. Der demokratisch-republikanische Grundkonsens unter den politischen Milieus blieb jedoch auch während des Wohlgemuth-Handels bestehen. Die weitgehend ungeteilte Zustimmung zur, aber auch die vereinzelte Kritik an der Politik des Bundesrates legte offen, dass auch der Rekurs auf nationale Identität situativ bedingt sein kann. Die Souveränität stand bisweilen in einem Spannungsverhältnis zu den völkerrechtlichen Pflichten des Landes. Durch geschickte bundesrätliche Diplomatie – die Einführung der Bundesanwaltes entbehrte Dank ihrer Gesetzesform und der dadurch bedingten parlamentarischen Behandlung nicht eines gewissen demonstrativen Effekts⁵⁹⁵ – und durch den Regierungswechsel in Deutschland und das Ende des Sozialistengesetzes begünstigt, gelang es der Schweiz, dieses Spannungsverhältnis zu lösen, ohne ihre republikanischen Werte aufzugeben. Die Beschwörung der Einheit führte zwar zu einer Stärkung der Bundesgewalt, vermochte aber die klassenpolitischen Gegensätze nicht aufzuheben.

6.4 Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen

Die wohl bedeutendste institutionelle Konsequenz, die aus dem Wohlgemuth-Handel hervorgegangen ist und die bereits während des Konflikts aktuell wurde, war die Einführung der Bundesanwaltschaft. Dies war schon den Zeitgenossen unzweifelhaft bewusst: „Der Generalanwalt ist aus der Wohlgemuthaffaire herausgewachsen...“⁵⁹⁶ Die Diskussion über das Referendum gegen die Einführung legte sich konkurrierende (klassenpolitische) Identitäten offen. Anhand der hier analysierten Zeitungen lassen sich

⁵⁹⁵ Siehe: S. 151.

⁵⁹⁶ LB, 2.10.1889, Nr. 231.

entsprechend zwei Gruppen bilden: Einerseits die *Neue Zürcher Zeitung*, die *Gazette de Lausanne*, der *Landbote*, das *Vaterland* und die *Liberté*, die die Einführung des Bundesanwaltes unterstützten, andererseits der *Grütli* und die *Arbeiterstimme*, die das Referendum lancierten, weil sie befürchteten, dass die Funktion des Bundesanwaltes primär gegen sie gerichtet sei. Letztlich findet sich aber nur in der *Arbeiterstimme* eine Debatte, die die Einführung der Bundesanwaltschaft mit dem Nationskonzept in Verbindung brachte. Das Blatt sah nämlich durch die Einführung eines Bundesanwaltes die republikanische Freiheit in Gefahr, und zwar die Freiheit aller Bürger. Weil die Initianten des Referendums am Quorum scheiterten, konnte der Bundesanwalt relativ rasch und problemlos noch im selben Jahr eingeführt werden.

Weitere Konsequenzen waren die Kündigung des Niederlassungsvertrages durch Bismarck, der im folgenden Jahr allerdings wieder erneuert wurde, der Verzicht der schweizerischen Behörden, die Arbeiterschutzkonferenz in Bern durchzuführen, um so Berlin den Vortritt zu lassen, die zusätzlichen militärischen Kredite sowie die Einrichtung einer diplomatischen Gesandtschaft im Jahre 1891 in London, deren Fehlen während des Wohlgemuth-Handels als substantiell bezeichnet wurde.⁵⁹⁷

6.5 Konklusion

Aufgrund der realen Bedrohung der Nation Schweiz während des Wohlgemuth-Handels durch Deutschland, dessen Politik zwei Grundpfeiler des Nationskonzeptes in Frage stellte, nämlich die Neutralität und die Souveränität, musste die nationale Identität über Merkmale der Zugehörigkeit und der Abgrenzung festgelegt werden, was die Solidargemeinschaft nach innen festigte und Abwehrreflexe gegen aussen freisetzte. Diese Ausgangslage war verantwortlich, dass es kaum zu einem Ringen um die Deutungsmacht der Nation unter den verschiedenen politischen Milieus kam – in diesem Fall überformte und integrierte nationale Identität zum Beispiel regionale oder klassenpolitische Formen der Identitätsbildung. Lediglich in der Diskussion um die Einführung eines ständigen Bundesanwaltes und um die entsprechende Politik des Bundesrates konnten sich konkurrierende kollektive Identitäten festgestellt werden. Für die Beobachtung des Prozesses der nationalen Identität sind vor allem die Diskussionen um die Faktoren Neutralität und Souveränität sowie die Beschwörung des nationalen Geistes von Relevanz. Während die Neutralität neu definiert und in der Folge die Souveränität neu gewichtet wurde, postulierten diejenigen Organe, deren Partei nicht in der nationalen Exekutive vertreten war, vehement die Einheit des Volkes. Zu verstehen ist dieses Postulat als Reaktion auf eine als gegenüber Deutschland als nachgiebig und gegenüber der Arbeiterschaft der Schweiz als ausgrenzend wahrgenommenen Politik des Bundesrates.

Die akute Bedrohung machte ein Überdenken des bisherigen Konzeptes notwendig, da diese mit dem bisherigen Nationskonzept nicht mehr sinnvoll interpretiert werden

⁵⁹⁷ Siehe: RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, S. 381 respektive S. 401 f.

konnte.⁵⁹⁸ Aufgrund der Infragestellung der Neutralität durch Deutschland, und auch durch Österreich und Russland, stand im Nationskonzept der Faktor Neutralität zur Disposition. Die Neutralität wurde nun als das Recht eines souveränen Staates reklamiert und war entsprechend nicht mehr von der Gnade der Signatarstaaten des Wiener Kongresses abhängig – die Neutralität als kollektive (Leit-)Idee wurde zunehmend intensiviert. Gleichzeitig wurde die Souveränität von allen Akteuren vermehrt zur Argumentation herbeigezogen, gerade hinsichtlich der liberalen Praxis des Asylrechtes. Die Neu-Definition der Neutralität bestätigt, dass einzelne Faktoren des Nationskonzepts (auch) situativ konstruiert werden beziehungsweise der plötzlichen Innovation ausgesetzt sind, die eine existierende Struktur verändern. Der nach wie vor vorhandene demokratisch-republikanische Basiskonsens unter den Milieus erwies sich hierzu erneut als gemeinsames Fundament. Diese Ausführungen machen deutlich, dass der Wohlgemuth-Handel im schweizerischen Konzept der Nation als Schlüsselereignis fungiert, eine Orientierungskrise auslöste und sich entsprechend ein neues Deutungsmuster ausbildete, das die Wahrnehmung der Nation Schweiz nachhaltig veränderte.⁵⁹⁹

Die Beschwörung der Einheit legte vor allem zwei Konflikte im Innern offen: Erstens die Auseinandersetzung zwischen den Freisinnigen und den Katholisch-Konservativen, die nach wie vor nicht gänzlich abgeschlossen war, und zweitens den Klassenkampf. Zudem konnte festgestellt werden, dass das republikanische Sendungsbewusstsein, das über zwei Jahrzehnte aufrechterhalten wurde, weitgehend an Intensität verloren hatte. Zur Abgrenzung gegenüber aussen diente während des Wohlgemuth-Handels vermehrt der Rekurs auf die Souveränität, aber auch die Beschwörung der Einheit, des nationalen Geistes nach innen.

Während Deutschland nach 1870/71 unter anderem durch den Kulturkampf, das Sozialistengesetz und vor allem durch den Wohlgemuth-Handel in der politischen Öffentlichkeit der Schweiz präsent war, wurde Frankreich weitgehend von einem sich primär im Innern abspielenden Prozess bestimmt, der darauf abzielte, das republikanische Staatswesen auf allen Gebieten zu verankern. Dieser Prozess wurde von der politischen Öffentlichkeit der Republik Schweiz aufmerksam beobachtet, obwohl er aufgrund seines prozessualen Charakters nicht als Ereignis an sich erfassbar ist. Lediglich der (nationalistische) Boulangismus, mehr Bewegung als Ereignis, mehr Ereigniskette als singuläres Ereignis, der um die Jahrhundertwende 1886/87 Frankreich an den Rand eines Krieges mit Deutschland und 1889 nahe an einen Staatsstreich brachte, kann für sich beanspruchen, im „nation-building“-Prozess von Frankreich diejenige signifikante Rolle gespielt zu haben, die auch ausserhalb Frankreichs die Aufmerksamkeit bündelte und die Wahrnehmung veränderte beziehungsweise Anschlusskommunikation in der Schweiz auslöste.

⁵⁹⁸ Das Überdenken setzte bei einigen Akteuren bereits früher, das heisst nicht erst in Anbetracht der akuten Bedrohung ein. Der nachmalige Bundesrat Emil Frey hatte in seiner Rede an der St. Jakobs-Schlachtfeier vom 28. August 1888 erklärt, dass die Neutralität kein Recht sei, das die Schweiz beanspruchen könne und somit keine Verpflichtung beinhalte; sie sei nur so viel wert wie die Bajonette, weshalb die Schweiz sich die Freiheit des Handelns wahren müsse. (FREY, Emil, In: National-Zeitung, 28.8.1888, Nr. 202.)

⁵⁹⁹ Zur nachhaltigen Veränderung siehe: Kapitel „2.2 Nation und nationale Identität“.

7. „La République contre la dictature“⁶⁰⁰ Der Boulangismus in Frankreich

7.1 Einleitung - der Aspekt Republik im Nationskonzept

Nach der Proklamation der Republik im Jahre 1870 folgte in Frankreich ein Prozess der Konsolidierung des republikanischen Staatswesens auf allen Gebieten. Dieser verlief diskontinuierlich, zu unterschiedlich waren die Vorstellungen über die Republik, zu zahlreich deren Gegner – „les deux France“ standen sich gegenüber.⁶⁰¹ In der zweiten Hälfte der 1880er Jahre stellte vor allem der Boulangismus eine reale Gefahr für die Republik dar. Obwohl es dieser Bewegung⁶⁰² nicht gelang, die Republik zu stürzen, hatte sie letztlich weitreichende Konsequenzen auf die politische Kultur der Dritten Republik: von nun an verband sich der Nationalismus mit antiparlamentarischen und autoritären Tendenzen.

Eine Definition des Boulangismus ist insofern problematisch, als sich sowohl seine Anhänger als auch deren Programm als diffus erweisen. Am ehesten lässt sich der Boulangismus als Sammelbewegung verstehen, die aus verschiedensten Lagern „[t]ous les mécontents du régime“ vereinigte. Hierzu gehörten die Bonapartisten, die in General Boulanger einen neuen Louis-Napoléon sahen, die Monarchisten, die Boulanger für die Abschaffung der Republik instrumentalisieren wollten, aber auch viele Radikale und die extreme Linke, die sich im gemeinsamen Hass auf die Republik der Bourgeoisie um General Boulanger versammelten. Deren Gemeinsamkeit war der Hass auf den Parlamentarismus, das Ziel: „un régime plus fort, plus autoritaire, plus national“ und der Leitgedanke: „Dissolution, Constituante, Révision“.⁶⁰³ Die Boulangismus wurde durch General Georges Ernest Boulanger personifiziert. Während seiner Amtszeit als

⁶⁰⁰ GdL, 23.1.1889, Nr. 19.

⁶⁰¹ „Les deux France“ ist der immer wieder beklagte (aber gerade die Selbstinterpretation der französischen Kultur stimulierende) Umstand, dass es einerseits ein katholisches, konservatives, in der Welt von vor 1789 verwurzeltes nationales Bewusstsein gibt und andererseits ein entgegengesetztes, für das Frankreich als Nation im wesentlichen erst 1789 entstanden ist. Das Frankreich der einen ist katholisch, monarchisch, autoritär-traditionalistisch (in der praktischen Politik sind allerdings viele Möglichkeiten offen, vom Legitimismus über die Action française bis zu Spielarten des Gaullismus). Das Frankreich der andern ist laizistisch, aufgeklärt, szientistisch, rationalistisch, humanitär (wieder mit vielen verschiedenen politischen Optionen, vom elitären Liberalismus bis zur sozialistischen Linken). (SIMON, Christian, Identität durch Geschichte im Nationalstaat. Zum Geschichtsbedarf in Frankreich, In: MARCHAL, Guy P. und Aram MATTIOLI (Hrsg.), *Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität*, Zürich 1992, S. 113. Nachstehend zitiert als: SIMON, Identität durch Geschichte.)

Siehe auch: TROM, Danny, *Die gesplante Erinnerung*, In: FLACKE, Monika (Hrsg.), *Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama*, Berlin 1998, S. 129-151.

⁶⁰² Der Boulangismus wird als (nationalistische) Bewegung definiert. Für die vorliegende Studie muss deshalb von einer Ereigniskette beziehungsweise von einem Ereigniskomplex gesprochen werden. Siehe auch: S. 28.

⁶⁰³ GARRIGUES, Jean, *Le Boulangisme et la Révolution française*, In: 1889 : Centenaire de la Révolution française. Réactions et Représentations politiques en Europe, Association Internationale d'Histoire Contemporaine de l'Europe, Publié sous la direction de Jacques Bariety, Berne 1992, S. 169 f.

Kriegsminister von 1886 bis 1887 drohte erneut ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland. Boulangers Anteil an jenem Säbelrasseln ist noch heute weitgehend unklar. Tatsache ist jedoch, dass er unerbittlich auf die Revanche gegen Deutschland setzte und diese Einstellung auch durch gefährliche militärische Aktionen an der Ostgrenze demonstrierte.⁶⁰⁴ Ende Januar 1889 errang Boulanger, mittlerweile als General in den Ruhestand versetzt, einen bedeutenden Sieg bei Lokalwahlen in Paris, worauf seine Anhänger ihn zum Staatsstreich drängten. Boulanger setzte jedoch auf den legalen Weg, nämlich den der nationalen Wahlen im Herbst 1889. Damit enttäuschte er seine Anhänger und liess gleichzeitig seinen Gegnern Zeit zur Gegenoffensive. Nach einer Anklage wegen Verschwörung gegen die Sicherheit der Republik flüchtete Boulanger nach Belgien, worauf die Bewegung an sich rasch zusammenbrach, zu sehr war sie durch Boulanger personifiziert.

Mit hoher Aufmerksamkeit verfolgte die politische Öffentlichkeit der Schweiz den Prozess der Konsolidierung der republikanischen Staatsform in Frankreich. Selbst dem republikanischen Prinzip im Nationskonzept verpflichtet, zeigte sich die Presse an einer starken Nachbarrepublik im europäischen Kräftefeld sehr interessiert.⁶⁰⁵ Die Bedrohung der Republik durch den Boulangismus wurde entsprechend mit Besorgnis verfolgt, auch wenn sich die meisten Beobachter überzeugt gaben, dass er aufgrund seiner personellen und ideologischen Heterogenität nicht erfolgreich sein konnte. Das Interesse an der Nachbarrepublik zeigte sich unter anderem auch im Umstand, dass im Jahre 1889, also im Jahr des Wohlgemuth-Handels, aber auch im Jahr des Höhepunktes und des Niederganges des Boulangismus, die Schweiz als eine der wenigen Staaten offiziell an der Weltausstellung in Paris teilnahm, die anlässlich der hundertjährigen Feier der Revolution veranstaltet wurde.⁶⁰⁶ Die Motivation zur Teilnahme der Schweiz findet sich primär im Pflegen von guten Beziehungen zu allen Staaten – die republikanische Staatsform dürfte diese Motivation allerdings noch wesentlich verstärkt haben.⁶⁰⁷

⁶⁰⁴ Boulanger selbst äusserte sich hierzu diplomatisch: „Si je voulais la guerre, je serais un fou; si je ne n'y préparais pas, je serais un misérable.“ Zitiert nach: JOLY, Bertrand, *La France et la Revanche (1871-1914)*, In: *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, Tome 46-2, 1999, S. 332.

Zum Revanchege Gedanken siehe auch: SCHRODA, *Der Mythos der ‚provinces perdues‘*.

Zu den politischen Fakten sowie zur Haltung und den Massnahmen der offiziellen Schweiz hinsichtlich eines etwaigen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland um die Jahreswende 1886/87 siehe: LACHER, Adolf, *Die Schweiz und Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Diplomatische und politische Beziehungen im Zeichen des deutsch-französischen Gegensatzes 1883-1914*, Dissertation Universität Basel, Basel 1967, S. 73 ff.

⁶⁰⁵ Zu den Differenzen in der Konzeption der Staatsbürgerschaft zwischen der Schweiz und Frankreich siehe: SUTER, Andreas, *Nationalstaat und die „Tradition von Erfindung“*. Vergleichende Überlegungen, In: *Geschichte und Gesellschaft*, 3/1999, S. 488 und S. 501.

⁶⁰⁶ Zum „Centenaire de la Révolution française“, der im für den Boulangismus bedeutenden Jahr 1889 stattfand, siehe: 1889: *Centenaire de la Révolution française. Réactions et Représentations politiques en Europe*, Actes du colloque tenu à l'Université des Sciences Humaines de Strasbourg, 20-22 avril 1989, Association Internationale d'Histoire Contemporaine de l'Europe, Publié sous la direction de Jacques Bariety, Berne 1992.

⁶⁰⁷ Zur Reaktion auf den „Centenaire de la Révolution française“ in der Schweiz siehe: VUILLEUMIER, Marc, 1889 en Suisse, In: 1889: *Centenaire de la Révolution française. Réactions et Représentations politiques en Europe*, Actes du colloque tenu à l'Université des Sciences Humaines de Strasbourg, 20-22 avril 1989, Association Internationale d'Histoire

7.2 Die Rezeption des Boulangismus

Im Kapitel der Rezeption interessiert vor allem die eigentliche Gegenspielerin des Boulangismus, nämlich die französische Republik, hier vor allem vertreten durch die Regierung respektive das Parlament und die Justiz. Sie interessiert, weil sie einerseits von allen untersuchten politischen Organen für den Erfolg des Boulangismus verantwortlich gemacht wurde, andererseits weil sie die eigene Staatsform verkörperte.

Die liberale *Neue Zürcher Zeitung* lehnte den Boulangismus aufgrund seiner antiparlamentarischen und antirepublikanischen Orientierung klar ab. Das Blatt versuchte dennoch, eine Erklärung für dessen Erfolg zu finden. Es machte auf den seines Erachtens wichtigen Punkt aufmerksam, dass die „Volksthümlichkeit“ des Generals „zum Hintergrund die nationale Hoffnung auf Revanche“ hatte, was für den Erfolg sprechen könne. Entsprechend ging das Blatt davon aus, dass die Franzosen in General Boulanger „den Napoleon der dritten Republik, den Helden eines Revanchekrieges, den Wiederhersteller des unverkürzten Frankreichs“ sahen.⁶⁰⁸ Die Personifizierung der Bewegung führte vermutlich dazu, dass die *Neue Zürcher Zeitung* kaum Versuche unternahm, die Bewegung als Ganzes zu erklären, sondern primär die Person Boulanger zu erklären versuchte. Weitaus mehr von Interesse sind die Stellungnahmen zur Republik Frankreich, die den eigentlichen Gegenpart zum Boulangismus verkörperte. Gemäss der *Neuen Zürcher Zeitung* liess sich hier den Schlüssel zum Erfolg des Boulangismus finden. Das Organ machte deutlich, dass es sich beim Boulangismus um eine Kontroverse zwischen Republik und Monarchie, zwischen Parlamentarismus und Antiparlamentarismus sowie zwischen Anhängern und Nichtanhängern des Revanchegedankens handle. Nach dem fulminanten Wahlsieg Boulangers Ende Januar 1889 in Paris und angesichts der drohenden Gefahr eines Staatsstreiches, publizierte das Zürcher Blatt einen längeren Artikel über Frankreich, indem die Republik im Zentrum stand. Der Wahlsieg Boulangers löste Kopfschütteln, aber auch tiefe Besorgnis aus:

„Welchen Freund der trotz allen ihren Fehlern liebenswürdigen und trotz allen Niederlagen noch immer großen französischen Nation beschliche nicht unbezwingliche Wehmuth und unheimliche Ahnung bei dem Schauspiel, das sie heute der Welt gibt, indem sie alle Warnungen der Geschichte in den Wind schlagend wie ein thörichtes Mädchen blindlings sich einem Verführer in die Arme wirft, der sie um Ehre und Freiheit betrügen wird. [...] ...das Betragen eines Volkes anwenden, das zweimal den Cäsarismus durchgemacht hat und zweimal nach kurzem Glanze verstümmelt und niedergeworfen aus seiner Herrschaft hervorgegangen, und das trotzdem einem Soldaten ohne Namen, ohne Sieg und Ruhm die in mühsamen Kämpfen errungene und in harter Arbeit befestigte Freiheit, das Recht der Selbstbestimmung zu opfern im Begriffe steht! Zum dritten Male!“⁶⁰⁹

Contemporaine de l'Europe, Publié sous la direction de Jacques Bariety, Berne 1992, S. 211-236. Nachstehend zitiert als: VUILLEUMIER, 1889 en Suisse.

⁶⁰⁸ NZZ, 2.2.1887, Nr. 32, 2. Blatt.

⁶⁰⁹ NZZ, 28.1.1889, Nr. 28, 2. Blatt.

Gründe für den Erfolg des Boulangismus sah das Blatt in der „Republikmüdigkeit“ des französischen Volkes, welches in Anbetracht der kurzen Zeitdauer (1870-1889) den Umgang mit den Freiheiten der Republik nicht gewohnt sei und sich daher nach dem „starken Mann“ sehne: „Das Volk von Frankreich ist seiner Freiheit, ist der Selbstregierung müde; es hat das Gefühl, daß es mit dem anvertrauten Gute schlecht gewirthschaftet hat, und es sehnt sich nach einem Vormund, der seine Geschäfte besorge.“⁶¹⁰ Mit der Flucht Boulangers sah die *Neue Zürcher Zeitung* die Gefahr für die Republik vorerst gebannt. So konnte das Blatt eine erste Bilanz ziehen, in der die Republikaner selbst als die Hauptschuldigen am „Niedergange des republikanischen Gedankens“ gesehen wurden: „Sie hätten weniger ehrsüchtig und zänkisch, weniger doktrinär und auf Theorien verbissen, sie hätten freier, bescheidener und humaner sein und vor allem mehr Selbstüberwindung besitzen sollen.“⁶¹¹ Allerdings blieb auch nach der Flucht Boulangers das Problem des Plebiszits bestehen, welches den Boulangisten nicht hätte verwehrt werden können: „Die Republik rüstet sich zum entscheidenden Kampfe gegen ihren Feind, und dieser selber hat es deutlich ausgesprochen, daß die letzte Entscheidung kommen müsse: das Plebiszit.“⁶¹² Boulanger suchte eine plebiszitäre Bestätigung seiner Machtansprüche. Es ging darum, die Eingriffe gegen die bürgerlich-liberalen Freiheitsrechte und für institutionelle Veränderungen durch die Zustimmung des Wahlkörpers zu rechtfertigen. Die Ambivalenz demokratischer Beteiligungsrechte traten in dieser Konstellation deutlich zutage: Diese konnten sowohl benutzt werden, um liberale Freiheitsrechte und Verfassungsordnungen zu rechtfertigen als auch um sie einzuschränken oder gar aufzuheben.⁶¹³ Das Problem löste sich mit der Niederlage der Boulangisten bei Lokalwahlen Ende Juli allerdings bereits wieder auf. An ein Wiedererstarken des Boulangismus beziehungsweise an eine Rückkehr Boulangers glaubte niemand mehr: „...man müßte an aller Vernunft und an allem gesunden Sinn der Franzosen verzweifeln, wenn man heute noch ernstlich annehmen würde, daß der Tingeltangelgeneral nochmals in die Höhe käme.“⁶¹⁴ In ihrem Jahresrückblick im Januar 1890 fasste die *NZZ* die politischen Ereignisse in Frankreich wie folgt zusammen:

„Wir waren im abgelaufenen Jahre Zeugen jenes hartnäckigen Ringens der Republik mit dem Cäsarenthum und seiner Korruption. Es ist mit allen Mitteln gekämpft worden, nicht nur mit gesetzlichen Mitteln, sondern auch mit solchen, welche der Augenblick, ja die Verzweiflung, nicht sonderlich wählerisch, an die Hand gab. Wir wollen heute die Waffen nicht näher untersuchen, sondern uns blos freuen, daß die Sache der Republik, des besonnenen Fortschritts und des Friedens gesiegt hat.“⁶¹⁵

⁶¹⁰ NZZ, 28.1.1889, Nr. 28, 2. Blatt.

⁶¹¹ NZZ, 31.3.1889, Nr. 90.

Das Zitat lässt sich durchaus auch als Selbstbeschreibung der Schweiz lesen.

⁶¹² NZZ, 22.7.1889, Nr. 203, 2. Blatt.

⁶¹³ HAUPT, Heinz-Gerhard, *Revolution und Reform. 1848 als Wendepunkt auf dem „französischen Weg in die Moderne“*, In: *Historische Zeitschrift, Die Revolutionen von 1848 in der europäischen Geschichte, Ergebnisse und Nachwirkungen, Beiheft 29*, München 2000, S. 38.

⁶¹⁴ NZZ, 31.7.1889, Nr. 212, 1. Blatt.

⁶¹⁵ NZZ, 2.1.1890, Nr. 1.

Die *Gazette de Lausanne* lehnte den Boulangismus ebenfalls deutlich ab. Die meisten Hintergrundberichte zum Boulangismus stammen aus der Feder von Edmond de Pressensé, einem französischen „sénateur inamovible“⁶¹⁶ und erklärten Republikaner. Damit bot die *Gazette de Lausanne* den politischen Gegnern Boulangers die Möglichkeit, in ihren Spalten gegen dessen Bewegung anzuschreiben. Auch de Pressensé personifizierte die Bewegung, auch er sah im Boulangismus für viele seiner Anhänger lediglich ein Mittel zum Zweck⁶¹⁷ und auch er war sich durchaus der Mitverantwortung beziehungsweise der Mitschuld der Republikaner bewusst („Il ne faut pas oublier que ce sont nos fautes qui alimentent ce feu maudit...“)⁶¹⁸. Von Interesse ist seine Beurteilung der Lage nach der Flucht Boulangers:

„Cette recrudescence de la politique résolument revisionniste dans la gauche du parti républicain est plus dangereuse pour nos institutions que la continuation des succès préliminaires du général Boulanger, car elle peut préparer la victoire de l'idée boulangiste bien plus importante que la personne qui l'a jusqu'ici incarnée.“⁶¹⁹

De Pressensé machte mit dieser Beurteilung deutlich, dass auch ohne die Person Boulanger die Idee des Boulangismus keineswegs gebannt wäre. Gerade der linke Flügel der Republikaner, der eine revisionistische Politik verfolge, sei für die republikanischen Institutionen eine Gefahr. Obwohl die Bewegung nach der Flucht von Boulanger rasch zusammenbrach, zeigen die nachfolgenden Jahre, vor allem aber die Dreyfus-Affäre, dass de Pressensé mit seiner Beurteilung richtig lag.

De Pressensé liess als Republikaner (selbstverständlich) kein gutes Haar an der Aristokratie, die er bezichtigte, die Republik stürzen zu wollen.⁶²⁰ Und den Äusserungen zur Gefahr für die Republik liess de Pressensé oft ein Bekenntnis zum Parlamentarismus⁶²¹ beziehungsweise zur Republik Frankreich folgen:

„Le devoir le plus strict du patriotisme, dans les circonstances actuelles, est de tendre énergiquement à la reconstitution du gouvernement de la République sur sa vraie base, sans l'engager dans l'ornière d'un conservatisme étroit qui, par exemple, fermerait les yeux au problème social.“⁶²²

⁶¹⁶ Siehe: CLAVIEN, Histoire de la Gazette de Lausanne, S. 75 f.

⁶¹⁷ GdL, 18.4.1888, Nr. 92.

⁶¹⁸ GdL, 16.5.1888, Nr. 115.

⁶¹⁹ GdL, 11.6.1889, Nr. 136.

⁶²⁰ GdL, 16.3.1889, Nr. 64.

⁶²¹ GdL, 2.6.1887, Nr. 128; GdL, 7.3.1888, Nr. 56.

⁶²² GdL, 19.4.1887, Nr. 91.

Die *Gazette de Lausanne* schlug ebenfalls einen konkreten Weg vor: „C'est la réforme du personnel politique qu'il faudrait poursuivre, et non la réforme de la constitution.“ (GdL, 5.6.1888, Nr. 132.)

Das Bekenntnis zur Republik enthielt auch ein Bekenntnis zum Engagement in der sozialen Frage. Der Autor war sich offenbar bewusst, dass die Stabilität der Republik auch von der sozialen Frage abhing.

Von Interesse ist, dass de Pressensé die Kriegsgefahr um die Jahreswende 1886/1887 kaum in Verbindung mit dem Boulangismus brachte, obwohl Boulanger zu jener Zeit Kriegsminister war und mit seinen Revanchegedanken die Stimmung anheizte. Er sah den Urheber eines etwaigen Krieges in der englischen Presse und sah sich deshalb dazu veranlasst, die englischen Verleumdungen gegen Frankreich entschieden zurückzuweisen und zu betonen, dass sich die „rodomontades de revanche“ lediglich auf einen sehr eng begrenzten Zirkel beschränken würden.⁶²³ Als die Kriegsgefahr längst vorüber war, ging de Pressensé nochmals auf die Rolle Boulangers ein. Er korrigierte sich dahingehend, indem er Boulanger dafür verantwortlich machte, dass es Bismarck gelungen sei, Frankreich in Europa als Provokateur eines etwaigen Krieges hinzustellen: „L'honneur du gouvernement parlementaire était ainsi gravement atteint, outre que la politique évidente de M. de Bismarck était servie par ces fanfaronades belliqueuses dans son objectif principal, qui est de faire croire à l'Europe que la provocation à la guerre ne vient pas de lui.“⁶²⁴

Der demokratische *Landbote* beurteilte den Boulangismus ähnlich. Auch er sah in dieser Bewegung vor allem eine Gefahr für die Republik. Und auch der *Landbote* sah teilweise die Ursache bei den Republikanern selbst:

„Nichtsdestoweniger muß das Resultat als ein neuer unerhörter Sieg des Cäsarismus, als eine eklatante Niederlage des Republikanismus angesehen werden. Die Wahl Boulangers ist ein Protest der Wähler gegen die innere Politik der französischen Regierung, gegen den unfruchtbaren Parlamentarismus, und zwar geht dieser Protest nicht nur von den Boulangisten und Bonapartisten, sondern auch von einem großen Theile der Republikaner aus.“⁶²⁵

Der *Landbote* plädierte für eine Verfassungsrevision, um die „bedenkliche Gährung, die in einem Theil des französischen Volkes herrscht“, zu beseitigen. Ziel einer solchen Revision sei es, das „politische Interesse und das Freiheitsgefühl der Nation durch demokratischere Institutionen zu beleben“.⁶²⁶ Die Bedeutung dieses Arguments zeigt sich daran, dass der *Landbote* auch ein Jahr später nach wie vor für eine Verfassungsrevision plädierte:

„Diese muß dem Volke wahrhaft republikanische Institutionen bringen, der Regierung aber gleichzeitig Mittel in die Hand geben, einen Lotterbuben wie Boulanger, der mit der Nation,

⁶²³ GdL, 29.12.1886, Nr. 307; GdL, 11.1.1887, Nr. 8.

⁶²⁴ GdL, 15.6.1887, Nr. 139.

⁶²⁵ LB, 18.4.1888, Nr. 91.

⁶²⁶ LB, 15.3.1888, Nr. 64.

dem Frieden und der Wohlfahrt des Landes sein freches Spiel treibt, das Handwerk zu legen.“⁶²⁷

Das katholisch-konservative Organ der Innerschweiz beurteilte den Boulangismus ebenfalls ähnlich, allerdings sah es dessen Erfolg primär in der Mentalität des französischen Volkes. Zwei Faktoren seien nämlich für die Entstehung dieser Bewegung verantwortlich: Erstens die „Ohnmacht des Parlaments und die Zerrissenheit der republikanischen Parteien“ und zweitens eine dem „französischen Charakter eigenthümliche Eigenschaft, welche ein Jahrhundert systematischer demokratischer Erziehung vielleicht erst beseitigen“ könne.⁶²⁸ Die Definition des „französischen Charakters“ kann lediglich aus anderen Artikeln abgeleitet werden: „Trotz[e], der sich darin gefällt, mit dem Feuer zu spielen“, „Aufbäumen des nationalen Selbstgefühls“, „Akt der Rebellion gegen die öffentliche Ruhe in Europa“.⁶²⁹ Die Person Boulanger wiederum wurde in einem Artikel auf den Revanchege Gedanken reduziert: „Er ist die Verkörperung des Rachedurstes, er ist der personifizierte Ausdruck des Hasses gegen Deutschland.“⁶³⁰ Hier zeigt sich deutlich eine Differenz zu den anderen analysierten Blättern, die eine solche Fokussierung auf den Revanchege Gedanken nicht vornahmen, sondern im Boulangismus einen Sammeltopf diverser Unzufriedenheiten sahen. Für einen etwaigen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland um die Jahreswende 1886/1887 wurde vom *Vaterland* dennoch Bismarck verantwortlich gemacht. Den Hauptgrund sah das Organ darin, dass Bismarck seit 1871 die grössten Anstrengungen unternommen hätte, Frankreich um eine „geordnete und lebensfähige Regierungsform“ zu bringen.⁶³¹ Bismarck hoffe, dass die französische Republik durch die innenpolitischen Auseinandersetzungen „schwach, isoliert und allianzunfähig“ bleiben würde.⁶³² In der Berichterstattung Anfang 1887 wurde Boulanger eine gewisse Zurückhaltung attestiert, ja das *Vaterland* vermutete gar, dass Boulanger sich häuten und ein guter Staatsmann werden wolle.⁶³³ Zusätzlich lässt sich vermuten, dass hier die bekannten Aversionen des katholisch-konservativen Organs gegenüber dem Deutschen Reich mitspielten. Auch das *Vaterland* sah 1889 im Plebiszit eine Gefahr für die Republik: Wie Boulanger würden auch die Bonapartisten versuchen, über den Weg des Plebiszits an die Macht zu kommen.⁶³⁴ Da der Volkswille nicht angetastet werden durfte, konnte man diesem auch nichts entgegensetzen. Einerseits war man sich bewusst, dass der Boulangismus eine Gefahr für die Republik bedeutete, andererseits liess das Republikverständnis keine andere Wahl als zu betonen, dass „der Herrscher in der Republik [...] immer der Wähler, das Volk ist“.⁶³⁵

Auch die *Liberté*, das katholisch-konservative Schwesterblatt aus Fribourg, beurteilte den Boulangismus ablehnend, differierte aber vom *Vaterland* dahingehend, als die

⁶²⁷ LB, 30.1.1889, Nr. 25; auch: LB, 31.1.1889, Nr. 26; LB, 5.2.1889, Nr. 30.

⁶²⁸ VA, 17.4.1888, Beilage zu Nr. 87.

⁶²⁹ VA, 14.4.1888, Nr. 85.

⁶³⁰ Ebenda.

⁶³¹ VA, 6.2.1887, Nr. 29.

⁶³² VA, 24.2.1887, Nr. 44.

⁶³³ VA, 1.1.1887, Nr. 1.

⁶³⁴ VA, 19.4.1888, Nr. 89.

⁶³⁵ VA, 5.4.1889, Nr. 78.

französische Innenpolitik seit der Dritten Republik generell abgelehnt wurde, da man sich an deren Antiklerikalismus störte. Den Erfolg des Boulangismus sah das Blatt entsprechend in einer allgemeinen Misere begründet, die durch die Unfähigkeit der jeweiligen Regierung ausgelöst worden sei.⁶³⁶ Und so war für die *Liberté* der Boulangismus Zeichen für einen dringenden Kurswechsel in der französischen Politik und Gesellschaft: „...ce programme est revision, c'est-à-dire changement, et la France a l'impérieux besoin d'un changement“.⁶³⁷ In dieser Perspektive war der Erfolg der Bewegung auch weniger das Verdienst von Boulanger, als vielmehr der akkumulierten Fehler seiner Gegner. Zur Behebung der allgemeinen Misere – argumentierte die *Liberté* auf der Basis ihrer konfessionell geprägten Weltsicht – müsse der Katholizismus wieder einen ihm gebührenden Platz erhalten. Zu beachten ist, dass die *Liberté* die Staatsform Republik begrüßte und sich lediglich daran störte, dass der Katholizismus weitgehend von und aus der Regierung verdrängt wurde. Die *Liberté* vertrat die Auffassung, dass eine gottlose Regierung unfähig sei, die dringend anstehenden Aufgaben zu lösen.⁶³⁸ Auch der etwaige Krieg zwischen Deutschland und Frankreich um die Jahrhundertwende 1886/1887 wurde aus der Perspektive eines katholischen Blattes beurteilt, so dass man in diesem Fall zum Schluss kam, dass „l'ennemi, comme toujours, ce n'est pas la France, c'est le catholicisme, le conservatisme catholique!“⁶³⁹. Die *Liberté* sah sich respektive die katholische Kirche in einer permanenten Frontstellung gegen den Rest der Welt, in der Vergangenheit zum Beispiel gegen die Reformation oder gegen die Aufklärung, in der Gegenwart zum Beispiel gegen „socialistes, internationales, aussi le césarisme militaire et l'absolutisme autocratique“. Diese Frontstellung konstatierte das Blatt auch in Frankreich:

„Ils ont voulu tuer à la fois, dans les terribles conflits qu'ils ont suscités, le catholicisme, l'Eglise et la France, ce bras armé de la foi: l'Europe est à la veille de tout perdre à la fois, grâce à eux, l'indépendance, l'existence et la liberté.“⁶⁴⁰

In den beiden linksorientierten Zeitungen stiess der Boulangismus auf nur wenig Interesse; erstens fehlten dem Thema innenpolitische Bezüge, die präferiert behandelt wurden, und zweitens handelte es sich um kein spezifisch die Sozialdemokratie betreffendes Thema. Der *Grütlianer* widmete dem Thema nur gerade einen kurzen Artikel, der die Überschrift „Zum Boulanger-Schwindel“ trug. Das Blatt konnte die Begeisterung der Franzosen für Boulanger nicht nachvollziehen. Sie hätten den „Narren gefressen an Boulanger“, als wäre er der „leibhaftige Messias“ von Frankreich. Zum Schluss des Artikels „empfahl“ das Blatt dem französischen Volk seiner Unzufriedenheit mit dem Parlament mit anderen Mitteln Ausdruck zu verleihen: „Vor einem Tagesgötzen niederzufallen, bringt keine Besserung.“⁶⁴¹ Die *Arbeiterstimme* wiederum zeigte in ihren wenigen Artikeln, die sich primär mit der Situation in Frankreich und weniger mit dem

⁶³⁶ LIB, 31.5.1887, Nr. 124.

⁶³⁷ LIB, 17.4.1888, Nr. 90.

⁶³⁸ LIB, 11.8.1889, Nr. 186.

⁶³⁹ LIB, 21.1.1887, Nr. 16.

⁶⁴⁰ LIB, 22.3.1887, Nr. 66.

⁶⁴¹ GRÜT, 25.4.1888, Nr. 33.

Boulangismus per se beschäftigten, die Relation zwischen Boulanger beziehungsweise dem Boulangismus und der Arbeiterbewegung auf. Das Organ machte deutlich, dass Boulanger kein Arbeiterfreund sei, sei er doch an der „Niedermetzlung der Kommunarden hervorragend beteiligt“ gewesen.⁶⁴²

Der Boulangismus in Frankreich erfuhr in der Schweiz primär Aufmerksamkeit, weil er als Bedrohung der Republik gedeutet wurde. Entsprechend wurde der Boulangismus von allen untersuchten Organen unisono abgelehnt. Gleichzeitig wurde aber in fast allen Organen darauf hingewiesen, dass der Erfolg des Boulangismus in der Republik selbst zu suchen sei, weil es einerseits dem Parlament nicht gelungen sei, eine über eine längere Zeit tragfähige Regierung zu bilden und die republikanischen Prinzipien glaubwürdig zu vertreten, und weil andererseits das Volk republikmüde sei. Beide Komponenten hätten zu einer Unzufriedenheit quer durch alle politischen Milieus Frankreichs geführt. Die vereinzelt Kommentare zum Plebiszit, das allerdings durch die Wahlniederlage der Boulangisten hinfällig wurde, zeigen die eigene Unsicherheit im Umgang mit der Demokratie. Einerseits vertrat man die Ansicht, dass der Volkswille unter keinen Umständen angetastet werden dürfe, andererseits befürchtete man durch einen Erfolg der Boulangisten die Niederlage der Republik beziehungsweise die Rückkehr zu einer Monarchie oder auch zu einer Diktatur. Nach der Wahlniederlage wurde die Problematik des Rechtspositivismus, also die Relation von Recht und Moral⁶⁴³, nicht weiter debattiert – man zeigte sich erleichtert, dass sich die Problematik buchstäblich in Luft aufgelöst hatte.

7.3 Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität

In der Rezeption des Boulangismus war die Konzeption der Nation Schweiz nie Gegenstand einer Debatte, da der Boulangismus erstens als ein Aspekt der Innenpolitik Frankreichs betrachtet wurde und zweitens, weil die allgemeine Ablehnung desselben eine eigentliche Debatte über Nationskonzepte weitgehend erübrigte. Nichtsdestotrotz wurde das Nationskonzept implizit angesprochen, und zwar indem stets darauf hingewiesen wurde, wie eine Republik zu sein hat. Alle Organe begründeten die Ablehnung des Boulangismus mit der Gefahr für die Republik. Die Republik galt bei allen politischen Milieus als wesentlicher Faktor des (eigenen) Nationskonzeptes. Und weil Frankreich die einzige Republik in unmittelbarer Nachbarschaft war, beobachtete man die Bedrohung derselben mit Sorge. Debattiert wurden lediglich die Konsequenzen eines etwaigen Krieges zwischen Deutschland und Frankreich um die Jahreswende 1886/87, den General Boulanger als Kriegsminister und Anhänger des Revanchegedankens, den er deutlich kommunizierte, mitzuverantworten gehabt hätte.

⁶⁴² AS, 4.4.1888, Nr. 27.

⁶⁴³ Zur Definition des Rechtsbegriffs siehe: Fussnote Nr. 208.

Illustrativ für den Terminus ist die Frage des *Vaterlands*: „Aber wo ist die Grenze dafür, wie man erlaubt oder nicht erlaubt nach der Macht streben darf?“ (VA, 17.8.1889, Nr. 189.)

Mit Ausnahme der beiden linksorientierten Zeitungen, *Grütli* und *Arbeiterstimme*, sowie der katholisch-konservativen *Liberté* debattierten alle Zeitungen die Konsequenzen eines etwaigen Krieges. Da es letztlich nicht zu einer Kriegserklärung kam, und auch die Schweiz nicht unmittelbar bedroht war, beschränkten sich die Zeitungen auf die Betonung der bewaffneten Neutralität. So machte zum Beispiel die *Neue Zürcher Zeitung* deutlich, dass die Interessen der Schweiz nichts anderes erlauben als die Neutralität des Landes, wies aber darauf hin, dass die Organisation und die Ausbildung der Schweizer Armee unzweifelhaft besser sei als anno 1870. Zuletzt rief sie zum Zusammenstehen des gesamten Volkes hinter der Landesregierung auf, da man sich bewusst war, dass „Trennungen und Parteiungen“ den „Untergang des Vaterlandes“ herbeiführen würden.⁶⁴⁴ Die liberale *Gazette de Lausanne* wiederum erwähnte die militärische Stärke der Schweiz erst in ihrem Jahresrückblick am 3. Januar 1888. In diesem Artikel machte sie den Willen zur Unabhängigkeit deutlich, indem sie erklärte: „Il est des sacrifices qu'un petit peuple intelligent et jaloux de son indépendance doit savoir faire, en temps opportun.“ Gleichzeitig trat sie für eine vollständige Zentralisation der Armee ein, da der Kompromiss von 1874 in Anbetracht der politischen Situation nicht genüge.⁶⁴⁵ Auch der demokratische *Landbote* sah die Schweiz für einen etwaigen Krieg gerüstet:

„Ein Angreifer findet die Schweiz einiger, geschlossener als je. Fällt der erste Schuß, so werden alle Sympathien und Antipathien schweigen und nur in Gefühl und ein Wille die Nation durchdringen und leiten. Wir lassen unsere Selbstständigkeit, unsere althergebrachte Freiheit nicht niedertreten, ohne das Aeußerste gegen frechen Vergewaltigungsversuch einzusetzen.“⁶⁴⁶

Mitte Januar differenzierte der *Landbote* dahingehend, als er auch diejenigen Aspekte erwähnte, bei denen sich die Schweiz noch uneinig wäre: Wie geht man mit einer Kriegspartei um, die die Neutralität bricht, und wie muss man die Streitkräfte optimal disponieren? Offensichtlich war man sich in der Verteidigung der Integrität des Landes einig.⁶⁴⁷ Dass die Schweiz seit 1870/71 militärische Fortschritte gemacht hatte, erwähnte der *Landbote* nicht ohne Stolz: „Unklarheiten über die Stellung und Aufgabe der Schweiz, wie sie 1870/71 noch spuckten, sind verschwunden, wer auf uns schießt, hat mit uns den Krieg.“⁶⁴⁸ Von Interesse ist, dass Ende Februar 1887 der *Landbote* einen Artikel publizierte, in dem eine Bedrohung der schweizerischen Neutralität durch Frankreich diskutiert wurde, weil der Durchmarsch Frankreichs nach Süddeutschland via Schweiz als strategisch besser eingestuft wurde. Allerdings war man sich auch (ziemlich) sicher, dass eine Republik keine andere Republik in ihrer Neutralität verletzen würde.⁶⁴⁹

Ähnlich wie die liberale und demokratische Presse urteilte auch das katholisch-konservative *Vaterland*. Die direkte Nachbarschaft mit zwei „Riesenpulverfässer[n]“ gab

⁶⁴⁴ NZZ, 15.1.1887, Nr. 14; siehe auch: NZZ, 4.2.1887, Nr. 34, 2. Blatt.

⁶⁴⁵ GdL, 3.1.1888, Nr. 2.

⁶⁴⁶ LB, 26.2.1887, Nr. 49.

⁶⁴⁷ LB, 14.1.1887, Nr. 12.

⁶⁴⁸ LB, 26.2.1887, Nr. 49.

⁶⁴⁹ Ebenda.

Anlass zur Sorge⁶⁵⁰, ohne sich jedoch direkt bedroht zu fühlen. Thema war auch die bewaffnete Neutralität. Das *Vaterland* war der Meinung, dass bis anhin die grossen Staaten die kleinen, so auch die Schweiz, als glücklich schätzten, da diese „Oasen des Friedens mitten in einer trostlosen Waffenwüste“ seien. Dies hätte sich nun aber geändert, da auf Verträge keinen Verlass mehr sei, so die Meinung der Wiener „Neue Freie Presse“, welche das *Vaterland* zitierte.⁶⁵¹ Interessant ist der Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels, in dem das *Vaterland* ein Plädoyer auf die bewaffnete Neutralität hielt. Offensichtlich war schon einige Jahre vor dem Wohlgemuth-Handel ausländischen Beobachtern der schweizerischen Neutralität klar, dass die Schweiz allmählich ihre Neutralität nicht ausschliesslich auf die Wiener Verträge abstützen wollte. Obwohl die bewaffnete Neutralität seit den 1860er Jahren von verschiedenen Akteuren, so zum Beispiel deutlich von der *Neuen Zürcher Zeitung*, propagiert wurde, wurde die Bedeutung der Wiener Verträge nie in Frage gestellt. Die Unsicherheit über diese Verträge tauchte in der Schweiz explizit erstmals während des Wohlgemuth-Handels auf.

Als innenpolitischen Aspekt klassifiziert, tangierte der Boulangismus das Konzept der Nation Schweiz kaum. Lediglich die Bedrohung der französischen Republik, die der Boulangismus darstellte, wurde mit der Sorge eines republikanischen Kleinstaates konstatiert, da ein Verlust der einzigen Schwesterrepublik drohte. So wies zum Beispiel der *Landbote*, ganz der Republik verpflichtet, darauf hin, dass die französischen Wahlen (im Herbst 1889) für die Schweiz wichtig seien und ihr an einem Sieg der Republikaner gelegen sein müsse:

„Ueberall sonst erhebt die Reaktion ihr Haupt. Die Früchte, die sie zeitigt, sind geeignet, alle wahrhaft Freien im Geiste und in der That enger zusammenzuketten zum Schutz und Trutz gegen absolutistische Laune und Willkür, zur Erhaltung der eigenen Freiheit und Unabhängigkeit in den Tagen der Gefahr. Wessen wir uns von den Großen der Welt im Schweizerlande dereinst zu versehen haben, das hat uns dieses Frühjahr gelehrt. Frankreich, das republikanische Frankreich ist von den großen Staaten noch der einzige Hort der Freiheit; an seiner Seite ist unser Platz. Der Sieg der französischen Republikaner, den wir sehnlich erwünschen, er ist auch unser Sieg.“⁶⁵²

Relativ häufig wurden die Konsequenzen eines etwaigen Krieges zwischen Deutschland und Frankreich im Zusammenhang mit der eigenen Nation debattiert. Hier setzten die Zeitungen vor allem auf die Einheit des Landes, die bewaffnete Neutralität und – so die *Neue Zürcher Zeitung* und der *Landbote* – die seit 1870/71 deutlich verbesserte militärische Abwehrkraft. Vor allem der Artikel im *Vaterland* zu den Wiener Verträgen ist insofern von Interesse, als er deutlich macht, dass ausländische Beobachter bereits vor dem Wohlgemuth-Handel konstatierten, dass die Schweiz ihre Neutralität nicht länger auf die Basis der Wiener Verträge stellen wollte. Trotz den Bedenken, den der Boulangismus für die französische Republik auslöste, findet sich in der Berichterstattung explizit kein

⁶⁵⁰ VA, 19.12.1886, Nr. 291.

⁶⁵¹ VA, 22.12.1886, Nr. 293.

⁶⁵² LB, 22.9.1889, Nr. 223.

republikanisches Sendungsbewusstsein, auch wenn die Haltung der französischen Republik, des Parlamentes und der Justiz, kritisiert und vor allem für den Boulangismus verantwortlich gemacht wurde. Implizit äusserte sich allerdings in der Betonung, wie eine Republik zu sein hat, insofern ein republikanisches Selbstbewusstsein, als sich diese Betonung auf die Schwächen der französischen Republik bezog. Die Beobachtung des Boulangismus erfolgte klar aus einer republikanischen Perspektive, und zwar bei allen politischen Organen: der demokratisch-republikanische Konsens war nach wie vor vorhanden.

7.4 Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen

Die Auseinandersetzung mit dem Boulangismus in der schweizerischen Presse hatte kaum Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen. Dies erklärt sich einerseits daraus, dass die Bewegung primär als innenpolitische Angelegenheit Frankreichs betrachtet wurde und andererseits, dass sie nicht in eine gesellschaftliche Krisenphase der Schweiz fiel, die eine Neu-Orientierung erforderlich gemacht hätte. Lediglich das Säbelrasseln zwischen Frankreich und Deutschland zu Beginn des Jahres 1887 löste militärische Vorsichtsmassnahmen aus, die allerdings nicht ungewöhnlich waren. Dennoch muss der beinahe Krieg Anfang 1887 als eine Etappe auf dem Weg zur Zentralisation beziehungsweise zur weiteren Neuorganisation des Militärs in der Schweiz bezeichnet werden:

„So ist in der neuesten Zeit der Gedanke vollständiger Zentralisation des Militärwesens angeregt worden. [...] Vielleicht werden die Ereignisse der nächsten Monate dazu beitragen, dem Volk die Nothwendigkeit der Zentralisation des Militärwesens recht nahe zu legen.“⁶⁵³

7.5 Konklusion

Der Boulangismus wurde als ein Aspekt der französischen Innenpolitik rezipiert und so entsprechend nur marginal in den Zusammenhang mit dem eigenen Nationskonzept gestellt. Als Thema war er insofern relevant, als er eine Gefahr für die französische Republik darstellte. Ohne explizit in ein republikanisches Sendungsbewusstsein zu verfallen, kritisierten die politischen Organe einerseits die Politik des französischen Parlamentes respektive die Instabilität der Regierung, andererseits die Republikmüdigkeit des französischen Volkes.

Die republikanische Perspektive offenbarte allerdings auch Unsicherheiten im Umgang mit der Demokratie und löste entsprechend Anschlusskommunikation aus. So waren sowohl die *Neue Zürcher Zeitung* als auch das *Vaterland* hinsichtlich des Plebiszits

⁶⁵³ NZZ, 15.1.1887, Nr. 14; siehe auch: NZZ, 11.2.1887, Nr. 41, 1. Blatt; GdL, 3.1.1888, Nr. 2.

insofern unschlüssig, als sie einerseits die Auffassung vertraten, dass der Volkswille respektiert werden müsse, andererseits gerade dieser Volkswille, der offensichtlich dem Boulangismus zugetan war, im Endeffekt eine Gefahr für die Republik darstelle. Es ist durchaus möglich, dass aufgrund solcher Unsicherheiten das republikanische Sendungsbewusstsein in der Rezeption des Boulangismus nie öffentlich wurde. Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass Ende der 1880er Jahre das republikanische Sendungsbewusstsein offensichtlich zurückgegangen ist und sich lediglich das republikanische Selbstbewusstsein erhalten hatte.⁶⁵⁴

Der Rekurs auf das eigene Nationskonzept wurde – wie erwähnt – nur selten vorgenommen. Die Wahrnehmung als primär innenpolitischer Aspekt und die Ablehnung des Boulangismus durch alle politischen Milieus erübrigte eine Debatte über das Nationskonzept. Der demokratisch-republikanische Basiskonsens bestand auch am Ende der 1880er Jahre. Noch am häufigsten wurde anlässlich eines etwaigen Krieges zwischen Deutschland und Frankreich auf die eigene Nation Rückgriff genommen. Die politischen Organe setzten primär auf die bewaffnete Neutralität, und zwar mit mehr Nachdruck als noch 1870/71. Zudem stellten sie direkte Vergleiche zwischen 1870/71 und 1886/87 an, die alle zugunsten der Gegenwart ausfielen, da inzwischen die militärische Streitkraft entscheidend verbessert werden konnte. Gleichzeitig wurde das Säbelrasseln zwischen Frankreich und Deutschland Anfang 1887 zu einem Argument für eine stärkere militärische Zentralisation. Der Boulangismus wurde weder in Abgrenzung noch in Bezug auf die eigene nationale Identität gestellt. Dieser bildete kein neues Deutungsmuster aus, das die Wahrnehmung der Nation Schweiz veränderte, so dass für die Schweiz nicht von einem Schlüsselereignis gesprochen werden kann.

Als Konsequenz des Boulangismus entwickelte sich in Frankreich, wie bereits in der Einleitung erwähnt, ein Nationalismus, der sich mit antiparlamentarischen und autoritären Tendenzen verband. Die Konfrontation zwischen „les deux France“ nahm am Ende des 19. Jahrhunderts mit der Dreyfus-Affäre extreme Formen an, und dem neuen Nationalismus gelang es mit einigem Erfolg, alle zur konservativen Denkfamilie hinneigenden Kräfte zu vereinigen.⁶⁵⁵ Die Dreyfus-Affäre erschütterte die französische Republik in ihren Grundfesten, denn ihre Herausforderin, die Armee, war nicht nur royalistisch und klerikal dominiert, sie agierte auch als Staat im Staate.

⁶⁵⁴ Siehe: Kapitel „6. Der Wohlgemuth-Handel“.

⁶⁵⁵ SIMON, Identität durch Geschichte, S. 113.

8. „Soyons justes!“⁶⁵⁶ Die Dreyfus-Affäre in Frankreich

8.1 Einleitung – das Nationskonzept per se

Die Dreyfus-Affäre war mehr als nur ein Justizskandal, mehr als nur eine Frage der Schuld oder Unschuld des Angeklagten: es ging um die Grundprinzipien des Staatswesens, um zwei sich grundsätzlich widerstrebende Nationskonzepte. Wenige Jahre nach der Auseinandersetzung mit dem Boulangismus standen sich „les deux France“⁶⁵⁷ ein weiteres Mal unversöhnlich gegenüber⁶⁵⁸.

„Les deux France“ fanden sich während der Dreyfus-Affäre als Dreyfusards und Anti-Dreyfusards wieder.⁶⁵⁹ Die Dreyfusards, laizistische und radikale Republikaner und

⁶⁵⁶ GdL, 18.9.1899, Nr. 221.

⁶⁵⁷ Zum Terminus „les deux France“ siehe: Fussnote Nr. 601.

„Die Affäre Dreyfus bot der nationalistischen Propaganda ein unverhofftes Thema. Sie erlaubte es nun, das patriotische Empfinden im Lande zu erregen und zu schüren... [...] Sie sollte insbesondere die Allianz des nationalistischen Lagers mit der Armee besiegeln, was notwendig war, um siegreiche Schläge zu führen. [...] Ich würde hinter dieser antisemitischen oder boulangistischen Vorhut jene Massen zeigen, die schon lange bereit waren, zum Kampf überzugehen, und ihre Stunde abwarteten. Einerseits der Klerus, die Ordens- und Weltgeistlichkeit, und die ganzen katholischen Organisationen... Andererseits die Männer, der - wie man früher sagte - ‚alten Parteien‘, jene, die in der Republik immer noch eine zufällige Episode im Leben der Franzosen sahen und die Hoffnung nicht aufgegeben hatten, den König oder den Kaiser zurückzuholen. Dahinter der Plan, zugunsten eines Nationalgefühls mit klarem Ziel entweder die laizistische Republik oder die Republik überhaupt zu zerstören.“ (BLUM, Léon, *Beschwörung der Schatten. Die Affäre Dreyfus*, Berlin 2005 (französische Originalausgabe unter dem Titel „Souvenirs de l'affaire“ 1935), S. 44 ff. Nachstehend zitiert als: BLUM, *Beschwörung der Schatten*.)

Léon Blum, französischer Ministerpräsident von 1936 bis 1937 und 1946 bis 1947, schrieb 1935 seine Erinnerungen an die Dreyfus-Affäre nieder, die er, 1872 geboren, als junger Jurist miterlebte. Seine Ausführungen sollen hier einen zusätzlichen, persönlichen Blick auf die Affäre wiedergeben.

⁶⁵⁸ Zwischen dem Boulangismus 1886-1889 und der Dreyfus-Affäre kam es in Frankreich 1892 noch zum Panama-Skandal und 1894 zur Verschwörung der Anarchisten.

Léon Blum: „Aber man begreift die Affäre Dreyfus nicht, wenn man aus dem Blick verliert, dass sie weniger als acht Jahre nach einer gescheiterten Revolution losbrach. [...] Der Boulangismus, der gescheitert ist, stellt sich heute als ein Aufmarsch der Konfusion und der Lächerlichkeit dar. Und trotzdem hatte er zwei Jahre lang die Leidenschaften Frankreichs erregt, er hatte es bis in die Tiefen aufgerührt und umgewühlt. [...] Wie hätten solche Hoffnungen nach ihrem Absturz nicht eine bittere, zur Gewalt gestimmte Enttäuschung hinterlassen sollen, Neid und Zorn? Die boulangistischen Kader hatten Boulanger zum grossen Teil überlebt. Die entschlossensten und treuesten Führer der Boulangisten waren immer noch da, und sie standen trotz grösster Unterschiede ihrer Herkunft in enger Verbindung miteinander. Sie dachten an nichts als an Rache und Revanche.“ (BLUM, *Beschwörung der Schatten*, S. 43.)

⁶⁵⁹ Die Affäre nahm am 15. Oktober 1894 mit der Verhaftung des französischen Offiziers Alfred Dreyfus ihren Anfang. Die Anklage lautete auf Landesverrat. Der Prozess vor einem Pariser Militärgericht, der sich durch viele Ungereimtheiten und eine fragwürdige Beweisführung auszeichnete, endete – trotz wiederholter Unschuldsbeteuerung des Angeklagten – mit einer Verurteilung zur militärischen Degradierung und lebenslänglicher Deportation. Die Unschuld von Dreyfus wurde spätestens 1898 deutlich, als sich das Hauptbelastungsdokument als Fälschung erwies und gleichzeitig der Urheber dieser Fälschung sowie der wirkliche Verräter

Intellektuelle, führten den Kampf um die Rehabilitierung von Dreyfus. Die Anti-Dreyfusards setzten sich vor allem aus dem alten monarchistischen Frankreich des Adels, des Klerus und der Armee, aber auch aus der neuen Rechten zusammen. Geeint wurden sie durch die Ablehnung der republikanischen Staatsform. Alfred Dreyfus selbst spielte in dieser Koalition aus Antisemitismus, Nationalismus und Antiparlamentarismus lediglich die Rolle eines Katalysators. Die Allianz des nationalistischen Lagers mit der Armee, die längst zu einem Sammelbecken antirepublikanischer Kräfte geworden war und als Staat im Staate agierte, war notwendig, um die Republik anzugreifen. Die Armee wiederum hielt an ihrem Kurs fest, da ein Eingestehen der Unschuld von Dreyfus ihre Ehre verletzt hätte.⁶⁶⁰ Einen wesentlichen Bestandteil der Debatte bildete auch der Antisemitismus. Dieser war in Frankreich keineswegs durch die Dreyfus-Affäre entstanden, er hatte bereits Tradition.⁶⁶¹ Gleichzeitig hatte die nationalistische Begeisterung in Frankreich, aber auch in ganz Europa eine politische Rechtswendung vollzogen. Ein Nationalismus, der in anderen Nationen nur noch bedrohliche Feinde oder Opfer sehen wollte, bot sich besonders gut an, die kollektiven Ressentiments von Menschen zu kanalisieren, die ihrer Unzufriedenheit keinen präzisen Ausdruck verleihen konnten.⁶⁶² Schuld an dieser Unzufriedenheit waren die Ausländer. Dreyfus als Jude und Elsässer war entsprechend die ideale Person, um antisemitische und nationalistische Gefühle zu kanalisieren. Politisch bedeutete die Dreyfus-Affäre das Ende der fast zwanzigjährigen Herrschaft der gemäßigten Republikaner und den Beginn der Herrschaft der Radikalsozialisten, die bis zum Ende der Dritten Republik andauern sollte. Die Krise hatte einerseits die Front zwischen rechts und links verschärft, andererseits hatte das Verhalten des Klerus in der

entlarvt wurden. Der Prozess gegen den Verräter Esterhazy Anfang 1898 endete mit dessen Freispruch. Zwei Tage später, am 13. Januar 1898, wandte sich Emile Zola in einem offenen Brief („J'accuse“) an den republikanischen Präsidenten und beschuldigte darin die verantwortlichen Militärs, wider besseres Wissen auf der Schuld von Dreyfus zu bestehen. Zola wurde daraufhin wegen Diffamierung angeklagt, entzog sich aber einer Verurteilung durch Flucht. Die Wiederaufnahme des Prozesses gegen Dreyfus am 8. August 1899 vor einem Militärgericht in Rennes endete mit seiner erneuten Verurteilung – die Strafe wurde jedoch auf 10 Jahre Gefängnis herabgesetzt. (Dieses auf den ersten Blick absurde Urteil hatte eine Logik. Einerseits gab das Kriegsgericht implizit Dreyfus' Unschuld zu – wie könnte man Landesverrat unter mildernden Umständen begehen – und andererseits bewahrte es der Armee die unerlässliche Ehre für ihre geheiligte Aufgabe. Siehe: DUCLERT, Vincent, Die Dreyfus-Affäre. Militärwahn, Republikfeindschaft, Judenhass, Berlin 1994 (französische Erstausgabe 1994), S. 80 f. Nachstehend zitiert als: DUCLERT, Die Dreyfus-Affäre.) Eine Woche später erfolgte die Begnadigung durch den Präsidenten. Zur vollständigen Rehabilitierung von Dreyfus kam es allerdings erst im Jahre 1906 – aber: „...diese letzte juristische Wendung ließ die Öffentlichkeit gleichgültig.“ (BLUM, Beschwörung der Schatten, S. 96.)

⁶⁶⁰ Léon Blum: „Aber inwiefern konnte die Ehre der Armee durch den eingestandenen Irrtum eines Militärgerichts oder selbst durch die Ungesetzlichkeit, von der, wie es sich traf, die Richter überzeugt waren, befleckt werden? Das habe ich damals nicht verstanden, und ich verstehe es heute kaum besser.“ (BLUM, Die Beschwörung der Schatten, S. 38.)

⁶⁶¹ Der Antisemitismus war auch für die französische Armee bezeichnend (und auch Bestandteil der französischen Gesellschaft). Gleichzeitig repräsentierte die Armee für französische Juden, Staatsbürger seit der Revolution, Patrioten und oft Laizisten, den Ort vorbildlicher Republikaner und die ehrenvollste Aufgabe im Dienste der Republik. (DUCLERT, Die Dreyfus-Affäre, S. 13.) Dieses vermeintliche Dilemma liess sich umgehen, indem sich die Juden primär als französische Staatsbürger betrachteten.

⁶⁶² HOBBSBAWM, Das imperiale Zeitalter, S. 200.

Affäre die antikerikalen Tendenzen der Republik begünstigt, die letztlich zur völligen Trennung von Kirche und Staat führten.

Die Dreyfus-Affäre warf auch im Ausland hohe Wellen, so auch in der Schweiz.⁶⁶³ Eine Unterscheidung in Dreyfusards und Anti-Dreyfusards kann in den analysierten Organen ebenfalls vorgenommen werden: Die *Gazette de Lausanne* stellte sich klar auf die Seite von Dreyfus, obwohl das Blatt zu Beginn kurz zögerte.⁶⁶⁴ In der Gruppe der militanten Anti-Dreyfusards findet sich die *Liberté* – „ihre ablehnende Einstellung gegenüber Hauptmann Dreyfus ist unerschütterlich“⁶⁶⁵. Die *Neue Zürcher Zeitung*, der *Landbote* und das *Vaterland* wiederum lassen sich den Revisionisten zuordnen⁶⁶⁶, während sich die beiden linksorientierten Organe eher selten zur Dreyfus-Affäre äusserten⁶⁶⁷. Als wesentlichen Bestandteil der Affäre war auch der Antisemitismus Thema in der Schweizer Presse. Die bürgerliche und politische Gleichstellung der Juden in der Schweiz erfolgte mit der Totalrevision der Bundesverfassung von 1874, nachdem die Schweiz aufgrund eines äusseren Drucks, Frankreich machte 1864 den Abschluss eines Handelsvertrages davon abhängig, bereits den französischen Staatsbürgern jüdischen Glaubens die volle Freizügigkeit gewährt hatte. Mit der bürgerlichen und politischen Gleichstellung der Juden 1874 verschwand der Antisemitismus in der Schweiz allerdings nicht; er nahm lediglich neue Formen und Gesichter an.⁶⁶⁸

8.2 Die Rezeption der Dreyfus-Affäre

Die Aufmerksamkeit, mit der die analysierten politischen Organe die Dreyfus-Affäre rezipierten, war deutlichen Schwankungen unterworfen. Während die Verhaftung, der

⁶⁶³ „L'opinion publique suisse s'est passionnée pour l'Affaire, il n'y a pas là l'ombre d'un doute.“ (BENHAMOU, Viviana (Hrsg.), *La Suisse face à l'Affaire Dreyfus*, Katalog zur Ausstellung im Petit Palais - Musée d'Art Moderne, Genève 1995, S. 26. Nachstehend zitiert als: BENHAMOU, *La Suisse face à l'Affaire Dreyfus*.)

Vgl. auch für die Presse Frankreichs, Deutschlands, Österreich-Ungarns, Russlands und Italiens: BRENNAN, James F., *The Reflection of the Dreyfus Affair in the European Press, 1897-1899*, New York 1998.

⁶⁶⁴ Das hier nicht analysierte *Journal de Genève* stellte sich als erste schweizerische Zeitung klar hinter Dreyfus. (CLAVIEN, Alain, *Antisemitismus und „Dreyfus-Affäre“ im Spiegel der Westschweizer Presse*, In: MATTIOLI, Aram (Hrsg.), *Antisemitismus in der Schweiz 1848-1960*, Zürich 1998, S. 267. Nachstehend zitiert als: CLAVIEN, *Antisemitismus*.)

⁶⁶⁵ Ebenda, S. 268.

Als zweites Blatt der Westschweizer Presse in der Gruppe der Anti-Dreyfusards findet sich der hier nicht analysierte *Courier de Genève*.

⁶⁶⁶ Die Revisionisten vertraten die Ansicht, dass die Grundlagen für eine definitive Stellungnahme für oder wider Dreyfus fehlen. Dreyfus, schuldig oder unschuldig, sei aufgrund eines schlecht geführten Prozesses verurteilt worden, weshalb dieser revidiert werden müsse.

⁶⁶⁷ Die Sozialisten hatten sich zu Beginn nicht engagiert, da es sich für sie um eine Auseinandersetzung innerhalb der Bourgeoisie handelte. Erst nach dem Prozess gegen Zola änderten sie ihre Meinung und traten nun ebenfalls für eine Revision ein.

⁶⁶⁸ MATTIOLI, Aram, „Vaterland der Christen“ oder „bürgerlicher Staat“? Die Schweiz und die jüdische Emanzipation, 1848-1874, In: ALTERMATT, Urs, BOSSHART-PFLUGER, Catherine und ALBERT TANNER (Hrsg.), *Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert*, Zürich 1998, S. 227 ff.

erste Prozess sowie die Deportation kaum rezipiert wurden, erhielten die Prozesse gegen Esterhazy und Zola 1898 sowie der zweite Prozess in Rennes gegen Dreyfus 1899 hohe Aufmerksamkeit. Die Rehabilitation im Jahre 1906 wiederum war der Öffentlichkeit, so auch in der Schweiz, mehr oder weniger gleichgültig.⁶⁶⁹ Wie bereits der Boulangismus, interessiert für die Fragestellung der vorliegenden Studie die Dreyfus-Affäre vor allem hinsichtlich der Auseinandersetzung um die Republik Frankreich beziehungsweise die Debatte um das Nationskonzept. Innerhalb des Nationskonzepts interessieren vor allem die Faktoren Staatswesen, Armee und Antisemitismus respektive – als dessen übergeordneter Terminus – religiöse Minderheiten⁶⁷⁰.

Die Dreyfus unterstützende *Gazette de Lausanne* behielt während der gesamten Berichterstattung ihre Bewunderung für Frankreich („une nation généreuse“, „la vitalité de son fécond génie“, „la clarté légendaire de son esprit“) bei, auch wenn das Vorgehen gegen Dreyfus entschieden verurteilt wurde.⁶⁷¹ Entsprechend betonte das Blatt in seiner Berichterstattung über die Dreyfus-Affäre die zentrale Rolle Frankreichs bei der Durchsetzung der Menschenrechte. Die *Gazette de Lausanne* setzte sich mit dem Zustand der französischen Republik intensiv auseinander, vor allem ihr Journalist Paul Seippel, der die meisten Artikel zur Dreyfus-Affäre verfasste. Gerade nach der erneuten Verurteilung von Dreyfus schien es Seippel angebracht, eine Lobeshymne auf das Frankreich vergangener Tage anzustimmen, um auf dieser Grundlage das Frankreich der Gegenwart kritisch zu analysieren:

„Il était réservé à la troisième République de nous présenter une France rétrécie, renfrognée, rabougrie: la France égoïste de Méline, la France hargneuse de Drumond, la France grotesque de Déroulède, une France qui n'est plus la France puisqu'elle n'a même plus son sourire; puisqu'elle courbe son front sous le poids de la honte; puisqu'elle a déserté la cause de la justice.“⁶⁷²

Den Ruf nach einem Boykott Frankreichs, vor allem seiner Weltausstellung im Jahre 1900, widersetzte sich der Journalist der *Gazette de Lausanne* vehement, da es ihm weder zweckdienlich, gerecht, noch sehr intelligent schien: „Si la France traverse une crise dangereuse pour son existence, ce n'est pas avec animosité qu'il faut la suivre, c'est avec angoisse et sympathie.“⁶⁷³ Noch im Vorfeld des zweiten Prozesses war die *Gazette de Lausanne* überzeugt, dass es zu einem Freispruch kommen werde, wären die innen- wie aussenpolitischen Folgen einer erneuten Verurteilung doch fatal:

⁶⁶⁹ „Un seul quotidien continue le combat pour la réhabilitation: La Gazette de Lausanne, qui, en 1902, engage le lieutenant général en réforme, Georges Picquart. Pendant quatre ans, le Français publie régulièrement des études militaires générales ainsi que des articles en faveur de Dreyfus. Cette collaboration cessera en juillet 1906, au moment où Dreyfus est réhabilité et Picquart lui-même réintégré dans l'armée avec le grade de général.“ (BENHAMOU, La Suisse face à l'Affaire Dreyfus, S. 26 f.)

⁶⁷⁰ Um das Rad nicht gleich neu zu erfinden, stütze ich mich hier weitgehend auf den Aufsatz von CLAVIEN, Antisemitismus.

⁶⁷¹ GdL, 26.1.1898, Nr. 20.

⁶⁷² GdL, 18.9.1899, Nr. 221.

⁶⁷³ Ebenda.

„...nous tenons donc une nouvelle condamnation de Dreyfus comme une impossibilité morale. Pour l'armée française, pour la république, pour la France, elle serait un redoutable malheur. On ne pourrait pas impunément confirmer, de propos délibéré, une injustice atroce et évidente. A l'extérieur, ce serait contre la nation elle-même au nom de laquelle un tel crime aurait été commis, un cri de réprobation universel. A l'intérieur, c'en serait fait de la République, ou tout au moins d'un régime digne de ce nom; le ministère actuel serait emporté comme un fétu par la réaction cléricale et militariste triomphante et le pouvoir passerait aux mains des invraisemblables fantoches du nationalisme. Voit-on un grand Etat ... Ce procès a pris des proportions telles qu'il est une affaire politique de première grandeur et qu'une issue honteuse serait pour la France un désastre national. Mais encore une fois, c'est impossible!“⁶⁷⁴

Der Armee, einem weiteren Faktor des Konzepts der Nation, widmete die *Gazette de Lausanne* einen am 16. August 1899 erschienenen Artikel. Das Blatt zog argumentativ eine scharfe Trennlinie zwischen dem Militarismus und der Armee. Der Militarismus, den das Blatt als „le cadavre“ bezeichnete, stand in dieser Terminologie für alle negativen Entwicklungen in der französischen Armee: „Nous avons vu en un mot la justice, que les principes républicains les plus élémentaires déclarent égale pour tous, tenue en échec par le militarisme dévoyé.“ Dieser Militarismus, der sich in Frankreich über das Gesetz gestellt habe, müsse eliminiert werden, und zwar von der grundsätzlich als positiv konnotierten Armee selbst. Es galt, zu einer französischen Armee zurückzukehren, die das zivile Leben nicht tangiere. Letztlich stehe das republikanische Staatswesen auf dem Spiel:

„Après un quart de siècle, la France n'est pas plus républicaine qu'elle ne l'était auparavant; elle laisse impunément fouler aux pieds toutes les garanties de la liberté individuelle; elle tolère que la justice soit corrompue par des procédés inquisitoriaux; elle sacrifie l'individu à la 'raison d'Etat'; elle semble d'avance courber la tête devant tous les despotismes.“⁶⁷⁵

Nach den Faktoren Republikanismus und Armee des Nationskonzeptes widmete sich die *Gazette de Lausanne* auch der Debatte über den Antisemitismus. Das liberale Blatt der Romandie wandte sich entschieden gegen den Antisemitismus, denn dieser sei mit den liberalen Grundsätzen der Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit unvereinbar. Gleichzeitig liess das Blatt aber keine Zweifel aufkommen, dass es nicht ins Lager der Judenfreunde gehöre. Die Haltung der Gazette folgte also rechtlichen und weniger ethischen Motiven und gründete einzig auf dem Respekt vor der Religionsfreiheit.⁶⁷⁶

Der Gegenpart zur *Gazette de Lausanne* in der Dreyfus-Affäre nahm die katholisch-konservative *Liberté* ein, die klar dem Lager der Anti-Dreyfusards zuzuordnen ist. Dem Vorwurf des Antisemitismus ausgesetzt, versuchte die *Liberté* ihre Argumentation gegen Dreyfus zu stützen, indem sie sie auf eine grundsätzliche Ebene hob und den Verteidigern

⁶⁷⁴ GdL, 5.8.1899, Nr. 184.

⁶⁷⁵ GdL, 26.1.1898, Nr. 20.

⁶⁷⁶ CLAVIEN, Antisemitismus, S. 272 ff.

von Dreyfus eine Infragestellung der staatstragenden Institutionen Justiz und Armee unterstellte. Ressentiments gegen den jüdischen Offizier Dreyfus und das ihn unterstützende laizistische Lager in Frankreich konnten so mit dem Argument der Unantastbarkeit der Justiz begründet werden. So fragte sich das Blatt: „Et qui donc se permet de suspecter la conscience des juges militaires? Que savent-ils de la cause elle-même, ces gens si prompts à parler d'injustice?“ Zur Begründung führte das Organ an, dass die Justiz in zahlreiche geheime Dossiers Einblick hätte, die der Öffentlichkeit verwehrt wären.⁶⁷⁷ Die Justiz wurde bei der *Liberté* so zu einer erhöhten, unantastbaren und nicht in Frage zu stellenden Instanz. Auch die Armee, die als Stütze eines konservativ gewendeten französischen Nationskonzeptes verstanden wurde, wurde zur Argumentation herangezogen. Sie erhielt im zweiten Prozess gegen Dreyfus ungeteilte Zustimmung:

„Dans notre époque de défaillances, sur ce marché où les convictions se vendent, c'est encore dans l'armée qu'il faut aller chercher ce courage, plus rare que l'autre. Les attaques dirigées contre l'armée n'ont pas d'autre cause ni d'autre explication que l'élévation morale du corps de ses officiers. Oui, l'armée sort grandie de l'épreuve de Rennes. Elle a fait brillante figure par les témoins militaires aux prises avec la chicane, et aussi par le souci de la justice qui s'est constamment affirmé dans le cours des débats.“⁶⁷⁸

In ihrer Parteinahme für die konservativen Kräfte in Frankreich – insbesondere für die Kirche und die französische Armee – kehrte die *Liberté* die Täter-Opfer-Rollen um. Wie Alain Clavien in seiner Studie zeigt, vertrat die *Liberté* (und auch der *Courier de Genève*) die Meinung, dass die gesamte Affäre den skandalösen Machenschaften des „Syndicat Dreyfus“ zu verdanken sei. Clavien betont allerdings, dass trotz des deutlich zutage tretenden Antisemitismus, dieser nicht der Grund für die ablehnende Haltung gegenüber Dreyfus gewesen sei, da in erster Linie die Verteidigung der katholischen Kirche im Vordergrund gestanden hätte. Es war kein rassistisch geprägter Antisemitismus, den die *Liberté* vertrat, sondern dieser war klar religiös-dogmatisch motiviert, verfolgte keine sozialen oder politischen Wirkungsabsichten und schien einem atavistischen Reflex zu entspringen.⁶⁷⁹ Letztlich ging es um die Verteidigung der katholischen Kirche, die in der Dreyfus-Affäre klar gegen Dreyfus Stellung bezogen hatte. Die Haltung der *Liberté* war letztlich kontraproduktiv, denn das Verhalten des katholischen Klerus hatte – wie in der Einleitung erwähnt – die antiklerikalen Tendenzen der Republik begünstigt und führte 1905 zu einem laizistischen Staat in Frankreich.

Den Mittelweg der Revisionisten vertraten – wie erwähnt – die *Neue Zürcher Zeitung*, der *Landbote* und – im Gegensatz zu seinem französischsprachigen Schwesterblatt – auch das *Vaterland*. Die *NZZ* brachte im März 1898 ihre Einschätzung über den Zustand der französischen Republik auf einen Nenner: „Der Säbel und der Weihwedel, die Militärherrschaft und der Klerikalismus, das sind die hervorragendsten Kennzeichen des

⁶⁷⁷ LIB, 12.9.1899, Nr. 209.

⁶⁷⁸ Ebenda.

⁶⁷⁹ CLAVIEN, Antisemitismus, S. 269 f.

heutigen Frankreichs.⁶⁸⁰ Das Urteil war deutlich: Unter dem Mantel der Republik führten die Armee und der Klerus das Zepter in Frankreich. Eine zentrale Ursache für diese Entwicklung sah das Blatt in dem sich im französischen Volk breit machenden Chauvinismus. Es war der Meinung, dass dieser in der ganzen Affäre die Hauptrolle spiele⁶⁸¹, dass es sich bei diesem um eine „eigentümliche Krankheit“ handle, die in der Affäre wieder einmal den Höhepunkt erreicht hätte⁶⁸². Der Vorwurf des Chauvinismus war gleich mit mehreren Faktoren gepaart:

„...er [= der Chauvinismus] macht die Leute blind und ungerecht, vergöttert die Armee und erhebt deren Leiter zu Heiligen, die keinen Fehltritt begehen, also auch keinen Unschuldigen verurteilen können. [...] Und nun trifft es sich gerade, daß der verurteilte Hauptmann ein Jude und auch noch ein Elsässer ist, daß diejenigen, die für seine Unschuld eingetreten sind, zum Teil dem Protestantismus angehören oder, wie es bei Zola der Fall ist, aus Italien stammen. Diese Umstände sind nun Wasser auf die Mühle jener Leute, die sich als die allein echten Franzosen betrachten. Und allein echt sind nur die, welche aus dem alten Frankreich stammen und gute Katholiken sind. [...] Der Protestantismus hat in den Augen der echten Franzosen immer etwas Deutsches, somit etwas Antifranzösisches an sich. Und damit tritt der Klerikalismus auf den Plan. Es ist nicht anzunehmen, daß der Klerikalismus bei der Beurteilung des Hauptmanns eine Rolle gespielt hat, obschon die Abneigung gegen das Judentum, den Anklägern und Richtern vielleicht unbewußt, einigen Einfluß ausgeübt haben mag. Aber jetzt bei der Weigerung, den Prozeß wieder aufzunehmen, ist der klerikale Geist [...] mächtig in den Vordergrund getreten. Und dieser Klerikalismus bildet auch die Grundlage der starken antisemitischen Bewegung, die gegenwärtig durch ganz Frankreich geht.“⁶⁸³

Gemäss der *Neuen Zürcher Zeitung* zeichnete sich der Chauvinismus durch folgende Kriterien aus: Abstammung aus dem „alten Frankreich“ (das Elsass gehörte hier klar nicht dazu) und Zugehörigkeit zum Katholizismus. Dieses konservative Selbstverständnis der französischen Nation begünstige den Klerikalismus mit seinem Antiprotestantismus, seinen antideutschen Ressentiments und seinem Antisemitismus. Darüber hinaus glaubte die Zeitung, zwei weitere Stimmungen im französischen Volk ausmachen zu können, die zur Affäre führten beziehungsweise geführt hätten: erstens die so genannte „Spionenfurcht“⁶⁸⁴ und zweitens die Eitelkeit der Franzosen⁶⁸⁵. Der erste Aspekt führte zur Affäre, der zweite nährte sie. Entsprechend schrieb der Autor:

„Die Franzosen betrachten sich als das auserlesene Volk Gottes, das an der Spitze der Civilisation marschiert, der Welt alles Licht bringt und darum auch die Bewunderung und

⁶⁸⁰ NZZ, 15.3.1898, Nr. 74, 1. Abendblatt; siehe auch: NZZ, 13.9.1899, Nr. 254, 1. Abendblatt.

⁶⁸¹ NZZ, 20.1.1898, Nr. 20, 1. Abendblatt.

⁶⁸² NZZ, 24.2.1898, Nr. 55, 1. Abendblatt.

⁶⁸³ NZZ, 20.1.1898, Nr. 20, 1. Abendblatt.

⁶⁸⁴ NZZ, 24.11.1894, Nr. 326, Abendblatt.

⁶⁸⁵ NZZ, 13.9.1899, Nr. 254, 1. Abendblatt.

Anerkennung der ganzen Welt beansprucht. Sie fehlte ihm nicht und diese Bewunderung hat nicht wenig dazu beigetragen, die Franzosen in all' ihren Fehlern zu bestärken.“⁶⁸⁶

Der Autor kritisierte das Sendungsbewusstsein Frankreichs, ohne Bezüge zur Schweiz herzustellen und daher ohne sich (vermutlich) bewusst zu sein, dass die eigene Nation – wie die vorliegende Studie zeigt – oft dasselbe Bewusstsein pflegte. Die Kritik am Sendungsbewusstsein Frankreichs wurde so unbewusst zur Kritik an der eigenen Nation.

Angesichts dieser Entwicklungen in Frankreich stellte sich für die *Neue Zürcher Zeitung* die Frage nach dem Fortbestand der Republik. Das Blatt sah durch die Hegemonie der Militär- über die Zivilgewalt im Endeffekt die Staatsform der Republik gefährdet. Gleichzeitig war es sich aber auch sicher, dass – solange der Frieden erhalten bleibe – die Republik trotz ihrer Mängel fortbestehen werde.⁶⁸⁷ Warum in der Republik Frankreich die Militär- über der Zivilgewalt stehe, erklärte die *NZZ* dahingehend: die Armee wäre für das im Krieg gegen das Deutsche Reich anno 1870/71 verlorene militärische und politische Prestige verantwortlich und müsse daher „den Ruhm [Frankreichs], in allen Dingen die erste und vorherrschende Nation zu sein“, wiederherstellen.⁶⁸⁸ Eine Mitverantwortung für die Dreyfus-Affäre erhielten von der Zürcher Zeitung aber auch die französische Regierung beziehungsweise das Parlament zugesprochen. Das Blatt zeigte sich überzeugt, dass sowohl die Regierung wie auch die einzelnen Parlamentsmitglieder ihr Verhalten in der Dreyfus-Affäre an den kommenden Wahlen orientiert hätten. Die „geheime und die offene Triebfeder“ waren, Wähler zu gewinnen. Um dem Volk zu schmeicheln, gehöre auch das Mittel des Chauvinismus dazu, und dieser wäre mit einer Juden- und Fremdenhetze verbunden.⁶⁸⁹

Der *Landbote*, der revisionistische Positionen vertrat, urteilte ähnlich. Diese Zeitung thematisierte vor allem die Konsequenzen der Dreyfus-Affäre für die französische Republik.⁶⁹⁰ Sie vertrat die Auffassung, dass die römische Kirche „seit ein paar Jahren“ versuche, die „so theure, abtrünnige Tochter in ihren Schoß zurückzuziehen“. Die „gegenwärtige Erregung“ benütze der Klerikalismus, „um noch mehr Terrain zu gewinnen“.⁶⁹¹ Der *Landbote* verglich den Klerikalismus gar mit dem Boulangismus und folgte: „Auch wenn aus dem Triebwerk diesmal kein General austritt, so ist dafür sein Organisator, der unfäßbare, unversöhnliche Klerikalismus ein um so gefährlicherer Feind.“⁶⁹² Der Ultramontanismus und die Armee waren eng miteinander verknüpft:

⁶⁸⁶ Ebenda.

⁶⁸⁷ *NZZ*, 26.2.1898, Nr. 57, Abendblatt; *NZZ*, 2.3.1898, Nr. 61, Morgenblatt.

⁶⁸⁸ *NZZ*, 26.2.1898, Nr. 57, Abendblatt. Zur Rolle des Deutschen Reiches siehe auch: *NZZ*, 29.1.1898, Nr. 29, Abendblatt; *NZZ*, 3.2.1898, Nr. 34, 1. Abendblatt; *NZZ*, 15.8.1899, Nr. 225, 1. Abendblatt; *NZZ*, 13.9.1899, Nr. 254, Morgenblatt.

⁶⁸⁹ *NZZ*, 15.3.1898, Nr. 74, 1. Abendblatt.

⁶⁹⁰ Die Rolle des Deutschen Reiches wurde im *Landboten* nur selten thematisiert. Man pflichtete Deutschland bei, dass die erneute Verurteilung von Dreyfus auch eine Beleidigung des Deutschen Reiches darstelle, da dieses wiederholt erklärt hatte, dass es mit Dreyfus keinen Kontakt gehabt hätte. (*LB*, 12.9.1899, Nr. 214.)

⁶⁹¹ *LB*, 10.2.1898, Nr. 34.

⁶⁹² Ebenda.

„Auf solche und andere Art suche der Klerus in das Heer hineinzudringen, das heute in Frankreich zum entscheidenden Machtfaktor geworden ist und bereits die ordnungsmäßige Regierung und Leitung auf die Seite zu drücken sich anschickt; er sucht im Heere natürlich vor allem seine Geschäfte zu besorgen, bildet aber zugleich einen gefährlichen, die Gluth des Hasses warmhaltenden Herd.“⁶⁹³

Dass diese Annahme sich allerdings nur schwer beweisen liess, musste auch der *Landbote* eingestehen. Gemäss *Landboten* spielte die Armee in der Affäre eine Hauptrolle. Nach dem Urteil gegen Zola vertrat er daher die Auffassung, dass der gesamte Prozess eine „immer heftiger zum Durchbruch gekommene fanatische Begeisterung für das Heer“ zeige, was deutlich mache, „welche Macht die Armee und ihre Vertreter in Frankreich errungen haben“. Gleichzeitig stellte das Organ fest, dass von der Armee eine Art „Zauber“ auf das Volk ausginge, welches die Hoffnung, dass der Revanchegeanke „allmählig einschlummern“ werde, als „recht wach erscheinen“ lässt. Als Konsequenz bilde das Frankreich, „in welchem die Gemüther bis auf solchen Grad sich erhitzen“, nach wie vor die Hauptgefahr für den Frieden in Europa.⁶⁹⁴ Anfang März 1898 nahm der *Landbote* das Thema der Bedeutung der Armee für Frankreich erneut auf. Das Organ ging davon aus, dass „in dieser Zerrüttung, in der Unzufriedenheit mit der Unfruchtbarkeit des Parlamentes, in dem Ekel über die schmutzigen Händel“ die Erklärung für die Affinität des Volkes zur Armee liegen müsse. Gleichzeitig vertrat das Blatt die Auffassung, dass auch das Bündnis mit Russland diese Affinität bestärkt hätte. Die Konsequenz: „In dieser Begeisterung für das Heer haben sich nun, ungeachtet all des tausendfältigen Haders in anderen Dingen, die Franzosen in ihrer großen Mehrheit zusammengefunden.“ Schliesslich fragte das demokratische Organ etwas besorgt, ob diese Wirrungen nur eine „augenblickliche Krankheit“ wären, oder ein Abgleiten „von der Bahn des Fortschrittes“ sei.⁶⁹⁵ Bei der erneuten Verurteilung von Dreyfus im September 1899 befasste sich der *Landbote* noch einmal mit der Rolle der Armee, genauer mit dem Verhältnis von Zivil- und Militärjustiz beziehungsweise mit der Bedeutung der Militärjustiz für die Republik. Die erneute Verurteilung wurde vom Organ als eine „Auflehnung gegen den Kassationshof, die höchste Justiz des Landes“ gewertet. Das Idealbild der Republik würde durch die Armee in Frage gestellt und daher entstehe der Eindruck, dass Frankreich kein moderner Staat mehr sei. Aufgrund dieser Feststellung diskutierte der *Landbote* die Entwicklung der französischen Republik:

„Jetzt ist der Beweis geliefert, daß die Militärjustiz thatsächlich eine andere, das heisst gar keine Justiz ist. Im französischen Heere gibt es also keine Gerechtigkeit, und für das französische Heer sind vor hundert Jahren die Menschenrechte ganz umsonst verkündet worden. Das enthüllt einen schweren Schaden Frankreichs und namentlich der Republik. An den Thoren der Kaserne machen alle modernen Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit Halt; sie dringen nicht hinein. Drinnen herrscht die Barbarei, der militärisch-

⁶⁹³ LB, 8.3.1898, Nr. 56.

⁶⁹⁴ LB, 26.2.1898, Nr. 48.

⁶⁹⁵ LB, 8.3.1898, Nr. 56.

theokratische Absolutismus des Mittelalters. Gelingt es der Republik nicht, diesen Gegensatz durch eine einschneidende Militärjustizreform und überhaupt durch Reformen im Militärwesen zu überbrücken, so wird sie an ihm zu Grunde gehen. Einstweilen bleibt in der ganzen Welt der Eindruck, daß Frankreich kein moderner Staat ist und daß es Leben und Ehre seiner Bürger vor der Rohheit einer dünnkelhaften Soldateska nicht zu schützen vermag. Die Folgen dieses Eindrucks wird Frankreich bald an sich zu spüren bekommen.“⁶⁹⁶

Obwohl das *Vaterland* der Gruppe der Revisionisten zuzuordnen ist, unterscheidet es sich von der *Neuen Zürcher Zeitung* und vom *Landboten* in der Art der Berichterstattung: das Blatt versuchte, sich ausschliesslich auf die Affäre zu konzentrieren. Eine Verteidigung der katholischen Kirche, wie sie die *Liberté* vornahm, findet sich im katholisch-konservativen Blatt der Innerschweiz nicht. Aufgrund der selbst propagierten neutralen Berichterstattung⁶⁹⁷ mochte sich das Blatt auch nicht zu einer Kritik an der französischen (Militär-)Justiz durchringen: Nur weil die Beweisführung im Fall Dreyfus der Öffentlichkeit nicht bekannt sei, bedeute dies noch lange nicht, dass diese auch nicht vorhanden sei. Es sei immerhin möglich, dass die französische Regierung über Beweise für die Schuld von Dreyfus verfüge, diese aber nicht öffentlich eingestehen dürfe, ohne die Landesinteressen oder zumindest den Nachrichtendienst zu gefährden.⁶⁹⁸ Illustrativ für die Haltung des Blattes ist der abschliessende Kommentar zum Ausgang des zweiten Prozesses gegen Dreyfus: „Alles half nicht, die vorgefaßte Meinung und der französische Chauvinismus siegen. ‚Der Jude wurde verbrannt.‘“⁶⁹⁹ Erstens zeigen diese Zeilen deutlich, dass auch das *Vaterland* im französischen Chauvinismus die Hauptursache für die Dreyfus-Affäre sah – hierin unterschied es sich nicht von den anderen Zeitungen.⁷⁰⁰ Zweitens: Mit der Benutzung eines Zitates aus Lessings „Nathan der Weise“ machte das *Vaterland* deutlich, dass es in der Konfessionszugehörigkeit des Angeklagten eine Ursache für dessen Verurteilung sah, obwohl es bereits früher deutlich machte, dass die Konfessionszugehörigkeit in der Beurteilung der Faktenlage keine Rolle zu spielen hätte.⁷⁰¹

Die beiden linksorientierten Blätter bezogen erst nach dem Prozess gegen Zola auf der Seite der Revisionisten Stellung.⁷⁰² Auch der *Grütli* sah die Republik bedroht. Während des zweiten Prozesses 1899 machte die Zeitung entsprechend deutlich, dass es sich in erster Linie um ein „Duell zwischen zwei mächtigen Parteien“ handle.⁷⁰³ Der Kampf um die „richtige“ Ideologie hatte schon längst das eigentliche corpus delicti aus den Augen verloren. Gemäss *Grütli* teilten sich diese „zwei mächtigen Parteien“ – angesprochen sind hier „les deux France“ – einerseits in Vertreter des „Althergebrachten“,

⁶⁹⁶ LB, 12.9.1899, Nr. 214.

⁶⁹⁷ Vgl.: VA, 3.3.1898, Nr. 50; VA, 14.9.1899, Nr. 211.

⁶⁹⁸ VA, 25.2.1898, Nr. 45.

⁶⁹⁹ VA, 11.9.1899, Nr. 209.

Korrekt wäre: „[D]er Jude wird verbrannt!“ (LESSING, Gotthold Ephraim, Nathan der Weise, Vierter Aufzug, 2. Auftritt, Vers 168, Erstabdruck 1779.)

⁷⁰⁰ Siehe auch: VA, 14.9.1899, Nr. 211.

⁷⁰¹ Vgl.: VA, 26.8.1899, Nr. 195.

⁷⁰² Siehe: Fussnote Nr. 667.

⁷⁰³ GRÜT, 19.8.1899, Nr. 94.

nämlich die „Verbündeten Klerikalen und Monarchisten“, die sich auf die Armee stützen und der „Republik offen den Fehdehandschuh hingeworfen“ haben und andererseits in „Bourgeois-Republikaner[n] und Socialisten“ – angesprochen sind mit dem Terminus „Bourgeois-Republikaner“ die Liberalen und Radikalen –, die lediglich durch das „geistige Band einer freieren Welt- und Lebensauffassung zusammengehalten“ würden.⁷⁰⁴ Das Blatt bedauerte allgemein, dass die „republikanische Idee“ noch immer schwach und die „Ära der napoleonischen Korruption“ noch nicht abgeschlossen sei.⁷⁰⁵ Als zentrales Problem betrachtete der *Grütli* den Revanchege Gedanken, bezeichnete diesen gar als des Franzosen „zweite Seele“. Dies hätte zur Folge, dass der Patriotismus unter der „zunehmenden Furcht vor dem deutschen ‚Erbfeind‘“ zu einem Nationalismus mutiere, der „über alles, was trüb und dunkel in der Volksseele flutet“ seine „schützende Hand“ halte.⁷⁰⁶ Die *Arbeiterstimme* wiederum publizierte lediglich wenige Kurzmeldungen zur Dreyfus-Affäre, die in ihrer Interpretation der Affäre mit dem *Grütli* weitgehend übereinstimmen.

Die untersuchten Zeitungen weisen insofern ein breites Spektrum auf, als sie unterschiedlichen Lagern zuzuordnen sind, nämlich sowohl den Dreyfusards (*Gazette de Lausanne*), den Anti-Dreyfusards (*Liberté*) als auch den Revisionisten (*Neue Zürcher Zeitung*, *Landbote*, *Vaterland*, *Grütli*, *Arbeiterstimme*). Hauptthema aller Zeitungen war primär die Bedrohung der französischen Republik und nicht etwa der Antisemitismus, der lediglich als „Epiphänomen“ auftritt.⁷⁰⁷ Die Republik wurde für die unterschiedliche (politische) Haltung instrumentalisiert. Die *Gazette de Lausanne* hielt zum Beispiel trotz vehementer Kritik an ihrer Bewunderung für Frankreich fest, während ihr Gegenpart, die *Liberté*, versuchte, mit dem Argument der Unantastbarkeit der Justiz in einer Republik ihre Haltung zu rechtfertigen. Die revisionistischen Blätter *Neue Zürcher Zeitung* und der *Landbote* wiederum thematisierten und kritisierten vor allem die Rolle des Klerikalismus beziehungsweise des Ultramontanismus und die Rolle der Armee in der Republik, und die linksorientierten Blätter sahen in der Affäre vor allem eine Bedrohung der Republik an sich. Letztlich hielten aber alle Blätter solidarisch an der Republik fest, wenn sie auch „les deux France“ als Bedrohung derselben thematisierten und Kursänderungen forderten.

8.3 Das Konzept Nation Schweiz und die Diskussion über nationale Identität

Die Dreyfus-Affäre galt im europäischen Ausland primär als innerfranzösische Angelegenheit. Die Involvierung des Deutschen Reiches, als vermeintlicher Auftraggeber von Dreyfus, änderte daran nichts. Dies gilt auch für die Schweiz. Obwohl die mit

⁷⁰⁴ Ebenda.

⁷⁰⁵ GRÜT, 26.2.1898, Nr. 23; siehe auch: GRÜT, 6.1.1898, Nr. 1.

⁷⁰⁶ GRÜT, 19.8.1899, Nr. 94.

⁷⁰⁷ CLAVIEN, Antisemitismus, S. 270. Clavien bezieht sich ausschliesslich auf die Pressepolemik zwischen der *Gazette de Lausanne*, dem *Journal de Genève* und der *Liberté*. Siehe: nachfolgendes Kapitel.

Besorgnis verfolgte Entwicklung der französischen Republik in allen Organen das zentrale Thema der Berichterstattung war, wurde das eigene Nationskonzept nur implizit angesprochen. Während Frankreich noch in der Berichterstattung über den Boulangismus als Schwesterrepublik thematisiert wurde, fehlten diese Bezüge in der Auseinandersetzung mit der Dreyfus-Affäre fast gänzlich. Die Pressepolemik in der Romandie, in der unter anderen die *Gazette de Lausanne* und die *Liberté* involviert waren, zeigt allerdings den Umgang politischer Akteure in kirchenpolitischen Fragen nach dem Kulturkampf auf und erlaubt daher, das Nationskonzept Ende des Jahrhunderts erneut zu analysieren.

Die beiden hier analysierten und an der Pressepolemik beteiligten Blätter, die *Gazette de Lausanne* und die *Liberté*, brachten die Dreyfus-Affäre nie in einen direkten Zusammenhang mit der schweizerischen, nationalen Identität. Die Pressepolemik zwischen dem Blatt aus dem Lager der Dreyfusards und dem aus dem Lager der Anti-Dreyfusards⁷⁰⁸, die von gegenseitigen Schuldzuweisungen geprägt war, hin und wieder aber auch versöhnliche Töne anschlug, sprach jedoch eine Komponente des Nationskonzeptes an: diejenige der Rolle der (katholischen) Kirche beziehungsweise der Rolle des Ultramontanismus im Staat. Für die *Liberté* war die Dreyfus-Affäre im Kern eine Auseinandersetzung zwischen den der katholischen Kirche freundlich und den ihr feindlich gesinnten Kräften. Ihre ablehnende Haltung gegenüber Dreyfus und ihr Antisemitismus waren entsprechend mehr religiös-dogmatisch als politisch oder rassistisch motiviert. Diese Interpretation der Konfliktlinien in Frankreich führte nicht zugleich zu einem Wiederaufleben ähnlicher Konfliktlinien in der Schweiz, da zum Beispiel das *Vaterland*, obwohl zutiefst im katholisch-konservativen Lager verwurzelt, sich nämlich weniger eindeutig verortete respektive den Mittelweg der Revisionisten vertrat. Primär provozierte die Verteidigung der katholischen Kirche heftige Auseinandersetzungen zwischen protestantischen und katholischen Blättern, in denen religiöse Animositäten erneut aufflackerten, ohne gleich alte Konfliktlinien wieder aufzureissen. Nichtsdestotrotz versuchte die *Liberté* – wie erwähnt – auch versöhnliche Töne gegenüber anderen Zeitungen anzuschlagen; diese lassen sich aus der Entwicklung des politischen Klimas in der Schweiz erklären.

Die Zeit der konfessionellen Auseinandersetzungen war in der Schweiz vorbei. Der Paradigmawechsel um 1880, bei dem der Kulturkampf als grundlegende Konfliktlinie durch den aufkommenden Klassenkampf abgelöst wurde, hatte sich definitiv vollzogen; das politische Klima hatte sich endgültig verändert. Der Kampf gegen den Sozialismus hatte Vorrang und forderte ein Zusammengehen des liberalen und des katholisch-konservativen Milieus. Und so bemühte man sich und erinnerte auch daran, die Debatte am Ende des 19. Jahrhunderts über den Klerikalismus in Frankreich mit Argumenten und nicht emotional zu führen.⁷⁰⁹

⁷⁰⁸ In die Pressepolemik der Romandie waren auf der Seite der Dreyfusards auch das *Journal de Genève* und auf der Seite der Anti-Dreyfusards der *Courier de Genève* involviert.

⁷⁰⁹ Siehe: CLAVIEN, Antisemitismus, S. 270 f., und BENHAMOU, La Suisse face à l’Affaire Dreyfus, S. 27.

Aufmerksamkeit erhielt auch die Bedeutung der Dreyfus-Affäre für das Verhältnis zwischen der Schweiz und Frankreich. Die *Neue Zürcher Zeitung* thematisierte vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen.⁷¹⁰ Das Blatt formulierte unter anderem deutlich, dass man seine wirtschaftlichen Interessen für den französischen Hauptmann nicht auf das Spiel setzen wolle, da man diesem eh' nicht helfen könne: „In Politik und Geschäft ist es thöricht, die Sentimentalität obwalten zu lassen.“ Gleichzeitig betonte das Organ, dass man schwer unter Napoleon I. gelitten hätte, diese Zeit aber gerne wieder vergessen würde, und die Vorliebe für Frankreich wieder erwacht sei und bis in diese Tage anhalten würde. Man war sich daher sicher, an der kommenden Weltausstellung in Paris teilnehmen zu wollen.⁷¹¹ Der *Landbote* hielt sich mit Rückschlüssen auf die Schweiz weitgehend zurück. Einzig im März 1898 äusserte er sich mit der Frage, ob die französischen „Offiziere im Stande sein werden, Frankreich in seiner Gesamtheit zu Schritten wie im Juli 1870 mitzureißen“⁷¹², besorgt. Beim *Grütlianer* wiederum zeigte sich in der Diskussion über die Staatsform in Frankreich eine gewisse Selbstgerechtigkeit, die auf der (scheinbar schon) längst verwurzelten Republik im eigenen Land fusste. Das Organ zeigte allerdings weder mit dem Finger eines Schulmeisters auf die Nachbarn noch machte sich eine gewisse Arroganz breit.⁷¹³ Das *Vaterland* und die *Arbeiterstimme* stellten keine Relationen zur Schweiz her.

Als innerfranzösische Angelegenheit stellte die Affäre, trotz marginaler Involvierung Deutschlands, für das europäische Ausland beziehungsweise für den direkten Nachbarn Schweiz keine Bedrohung dar. Entsprechend erfolgte der Rekurs auf die nationale Identität nicht vor dem Hintergrund einer wahrgenommenen Bedrohung. Nichtsdestotrotz wurde das Nationskonzept implizit angesprochen, indem in der breiten Diskussion um das Staatswesen der Republik in Frankreich die Blätter darauf hinwiesen, wie eine Republik zu sein habe. Gleichzeitig griffen die Zeitungen aber nicht auf ein republikanisches Sendungsbewusstsein zurück. In der Beobachtung der Dreyfus-Affäre führte die Verteidigung der katholischen Kirche durch die *Liberté* in der Romandie zu einer Pressepolemik. Diese zeigt trotz der heftigen Auseinandersetzung versöhnliche Töne auf. Zu beachten ist, dass das katholisch-konservative Blatt der deutschsprachigen Schweiz den Mittelweg der Revisionisten vertrat. Es wird deutlich, dass die Zeit der konfessionellen Auseinandersetzungen in der Schweiz vorbei war.

⁷¹⁰ Der Korrespondent „H.“ erwähnte zum Beispiel während des Prozesses gegen Zola, dass ein so genanntes „Dreyfus-Blatt“ (der „Siècle“) gemäss Zola über unbeschränkte Geldmittel verfüge, welches ihm aus einem Syndikat von aussen, hauptsächlich aus der Schweiz, zuflüsse. (NZZ, 3.2.1898, Nr. 34, 1. Abendblatt.)

⁷¹¹ NZZ, 13.9.1899, Nr. 254, 1. Abendblatt.

⁷¹² LB, 8.3.1898, Nr. 56.

⁷¹³ Siehe: übernächstes Kapitel.

8.4 Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen

Die Dreyfus-Affäre in Frankreich ging einher mit einer gesellschaftlichen Krisenphase in der Schweiz. Wie bereits der Boulangismus wurde aber auch die Dreyfus-Affäre als innerfranzösische Angelegenheit betrachtet, so dass strukturelle Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen ausblieben, zumindest solche, die direkt aus den konsultierten Quellen ersichtlich sind.

8.5 Konklusion

Auch die Dreyfus-Affäre wurde primär als innerfranzösische Angelegenheit wahrgenommen. Obwohl die Affäre den französischen Staat in seinen Grundwerten erschütterte, war sie für Europa beziehungsweise für die Schweiz keine eigentliche Bedrohung, die eine Orientierungskrise hätte auslösen können, die wiederum eine Problematisierung der nationalen Identität zur Folge gehabt hätte. Lediglich die Pressepolemik in der Romandie, die primär aufgrund der vehementen Verteidigung der katholischen Kirche durch die *Liberté* entstand, zeigte eine Auseinandersetzung um einen Aspekt des Nationskonzeptes, nämlich den der Rolle der (katholischen) Kirche im Staat, machte aber zugleich deutlich, dass die Zeit der konfessionellen Auseinandersetzungen in der Schweiz vorbei war. Ein militantes republikanisches Sendungsbewusstsein wurde entsprechend obsolet. Deutlich trat jedoch das republikanische Selbstbewusstsein in der Kritik an der Republik Frankreich zutage, indem deutlich Kursänderungen gefordert wurden. Die Dreyfus-Affäre war ein Schlüsselereignis für die französische Republik – für die Nation Schweiz war sie lediglich eine Konfirmation ihrer selbst.

Hauptthema der Anschlusskommunikation aller analysierten Zeitungen war die Bedrohung der Republik. Allen Blättern gemein war die Solidarität mit der französischen Republik, das heisst mit dem republikanischen Staatswesen.⁷¹⁴ „Les deux France“ wurde von allen Organen als Problematik für die noch junge Republik thematisiert. Einig war man sich weitgehend darin, dass diese Spaltung unbedingt überwunden werden musste, da die Armee nicht als Staat im Staate agieren durfte. Keine Einigkeit herrschte über die Rolle der (katholischen) Kirche. Diese wurde von der *Liberté* in der Annahme verteidigt, dass es sich bei der Affäre primär um einen Konflikt zwischen den der katholischen Kirche freundlich und den ihr feindlich gesinnten Kräften handelte. Die weiteren analysierten Zeitungen sahen zwar im Zusammengehen der katholischen Kirche mit der Armee eine Problematik im Sinne von „les deux France“, konnten und wollten aber keine Diskussion

⁷¹⁴ „Une attitude singulière mérite d'être relevée: les proclamations de francophilie, aussi fréquentes chez les Romands que chez les Alémaniques, chez les antidreyfusards - qui justifient ainsi leur position par une confiance admirative pour la France, son gouvernement, sa culture - que chez les dreyfusards, qui soulignent avec vigueur q'un [sic!] tel débat ne pouvait avoir lieu qu'en France, terre de démocratie... „ (BENHAMOU, La Suisse face à l'Affaire Dreyfus, S. 27.)

über einen laizistischen Staat initiieren. Trotz divergierender Meinungen in der Dreyfus-Affäre blieb der demokratisch-republikanische Basiskonsens unter den politischen Milieus bestehen.

Zu beachten ist, dass der Antisemitismus in der Rezeption nicht die Bedeutung erlangte, wie angenommen werden konnte: „Curieusement, la polémique antisémite est, elle, beaucoup moins virulente.“⁷¹⁵ In Anbetracht der Pressepolemik in der Romandie ist es von Interesse festzustellen, dass sich um die Jahrhundertwende in der Westschweiz lediglich ein schwach ausgeprägter, eher verdeckter und nicht klar definierter Antisemitismus findet. Im Gegensatz zur deutschsprachigen Schweiz blieb dieser aber in der Romandie latent und passiv, so dass man beinahe von einem „privaten“ Antisemitismus ausgehen kann. Die Dreyfus-Affäre hatte keine Wiederbelebung oder Zunahme des Antisemitismus in der Westschweiz provoziert, denn selbst die katholische Presse als vehemente Gegnerin von Dreyfus machte den Antisemitismus nicht zu ihrer Argumentationsbasis.⁷¹⁶

⁷¹⁵ Ebenda.

⁷¹⁶ CLAVIEN, Antisemitismus, S. 274 f.
Vgl. auch: JOST, Die reaktionäre Avantgarde.

9. Der Wandel des Nationskonzepts – nationale Identität als Lernprozess

9.1 Der Wandel des Nationskonzepts 1870 bis 1900

Die für die vorliegende Studie ausgewählten politischen Ereignisse in Deutschland und Frankreich waren im Prozess der Konstruktion nationaler Identität für diese beiden Nachbarländer zentral. Teil des Argumentationsrahmens dieser Ereignisse war der ethnische Nationalismus. Die Ereignisse waren auch für die Schweiz, obwohl sie meist nicht direkt involviert war, in ihrem Konstruktionsprozess der Nation von Bedeutung, denn der Konstruktionsprozess der Nation – so die These – erfolgt auch in Bezug auf beziehungsweise in Abgrenzung gegenüber aussen. Der Bedeutungsgrad dieser Schlüsselereignisse hing davon ab, inwiefern sie als Bedrohung für die Schweiz wahrgenommen wurden. „Die Tatsache des Bedrohtseins von aussen steuert die inneren Wert- und Zielbildungsprozesse, sie dämpft innere Konflikte und erleichtert Integrationsprobleme. Ausserdem erzeugt sie im Politischen und im Wirtschaftlichen bestimmte Motivationslagen, welche das kollektive Handeln erleichtern und welche einer übertriebenen Radikalisierung im ideologischen, wirtschaftlichen und parteipolitischen Bereich bestimmte Grenzen setzen.“⁷¹⁷ Die Ereignisse wurden von der schweizerischen Öffentlichkeit als Bedrohung wahrgenommen (insbesondere der Wohlgemuth-Handel, aber auch teilweise der deutsch-französische Krieg), weil sie die bisherige Mächtekonstellation in Europa veränderten und/oder der sie begleitende ethnische Nationalismus die Nation Schweiz in Frage stellte (insbesondere die Annexion von Elsass und Teilen Lothringens). Die Ereignisse wurden aber auch als Referenzgrösse wahrgenommen, weil sie der Nation Schweiz als Konfirmation ihres dem Nationalitätsprinzip widersprechenden Staates (insbesondere die Proklamation der französischen Republik, das Sozialistengesetz, der Kulturkampf, der Boulangismus und die Dreyfus-Affäre) dienen konnten.

9.1.1 Der deutsch-französische Krieg

Die Referenzgrössen Deutschland und Frankreich veränderten sich staatspolitisch noch während des deutsch-französischen Krieges entscheidend: Während die Schweiz sich zunächst im Norden mit dem Norddeutschen Bund sowie einer Vielzahl kleinerer süddeutscher Staaten und im Westen mit einem Kaiserreich konfrontiert sah, waren die Referenzgrössen ab Januar 1871 im Norden ein monarchischer Grossstaat und bereits ab Herbst 1870 im Westen eine Republik – die politischen Machtverhältnisse in Europa hatten sich grundlegend verändert. Nach dem Krieg griff der ethnische Nationalismus

⁷¹⁷ NEIDHART, Leonhard, Regierbarkeitsfragen in der direkten Demokratie, In: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, 23/1983, S. 23. Nachstehend zitiert als: NEIDHART, Regierbarkeitsfragen.

immer stärker um sich, hatten doch dessen Anhänger mit der deutschen Reichseinigung einen veritablen Erfolg vorzuweisen. Dieser Umstand stellte die Nation Schweiz vor neue Herausforderungen, da die Nationskonzeption, wie sie die Schweiz aufgrund ihrer republikanischen Staatsform wie ihrer Vielsprachigkeit entwickelt hatte, dem ethnisch definierten Nationalismus diametral widersprach. Zudem herrschte in der Schweiz in allen politischen Milieus ein Misstrauen gegenüber mächtigen Nachbarn. Dieses differierte in seiner Ausgestaltung allerdings dahingehend, als die Konservativen ein generelles Misstrauen gegenüber starken zentralistischen Staaten hegten, während die Freisinnigen spezifisch Mühe mit monarchischen, absolutistischen und zentralistischen Staaten bekundeten.

Die in der Beobachtung der Ereignisse in Deutschland und Frankreich sich manifestierenden Konzeptionen von Nation wurden auch in Bezug auf die eigene nationale Identität wahrgenommen und gedeutet. Wichtigster Identitätsfaktor für die schweizerische Identität war der Republikanismus. Entsprechend gingen nach der Proklamation der Republik in Frankreich die Sympathien aller politischen Milieus gänzlich auf Frankreich über, obwohl sich die französische Republik als noch instabil erwies. Zugleich verschwand die anfängliche, allerdings meist zurückhaltende Sympathie für Deutschland, die primär auf dem damaligen Rechtsverständnis, das besagt, dass das Recht immer auf der Seite des Angegriffenen liegt, basierte, nach der absehbaren Annexion von Elsass und Teilen Lothringens endgültig; zumal bereits im Herbst 1870 absehbar war, dass das künftige Deutsche Reich eine monarchische Staatsform haben würde. Der Identitätsfaktor Republikanismus schuf unter den politischen Milieus einen weitgehenden Konsens in der Beobachtung der Ereignisse. Die Nation Schweiz musste Geschlossenheit nach aussen demonstrieren, so dass die Loyalitätsbezüge zu konkurrenzierenden Identitäten (Religion, Klasse etc.) zurückgestellt wurden. Die nationale Identität erlangte so den Status einer allen anderen Loyalitäten übergeordneten Instanz – zumindest nach aussen und temporär.

Auch die Gründe für die Sympathie, die der noch instabilen Republik Frankreich in allen Organen entgegengebracht wurde, widerspiegeln das Nationskonzept der Schweiz. Alle Blätter fürchteten um das europäische Gleichgewicht, das für das republikanische Prinzip und somit letztlich für die Existenzsicherung des Kleinstaates Schweiz essentiell war. Anfang der 1870er Jahre war die schweizerische Neutralität noch von den Signatarstaaten des Wiener Kongresses abhängig. Trotz der französischen Niederlage bei Sedan, die bereits die befürchtete Verschiebung des europäischen Mächteverhältnisses erahnen liess, betrachteten alle untersuchten politischen Milieus der Schweiz die Proklamation der französischen Republik als Fügung. Die Nation Schweiz fühlte sich in ihrem Konzept bestätigt – der „republikanische Radius“ hatte sich um einen Staat erweitert. Für die schweizerischen Beobachter ging es nach Sedan nur noch um die republikanische Staatsform, so dass die Fortführung des Krieges als unabdingbar zur Verteidigung der Republik bezeichnet wurde. Mit dem Aufkommen des ethnischen Nationalismus intensivierten die politischen Akteure das republikanische Selbst- und Sendungsbewusstsein, denn die Existenz der Schweiz war nicht nur von ökonomischen Umständen, von der internationalen Lage und den partikularen Interessen der

europäischen Grossmächte abhängig, sondern auch von einer eigenständigen Antwort der politischen Akteure auf diesen, die Legitimation der Schweiz in Frage stellenden ethnischen Nationalismus. So lässt sich denn auch eine Häufung von Äusserungen zur nationalen Identität sowie zum nationalen Bewusstsein der Schweiz feststellen, die letztlich im spezifisch schweizerischen Nationalismus gipfelten. Die „langjährige Tradition“ des Republikanismus als Konzept war eine ideale Voraussetzung, um das republikanische Selbstbewusstsein in ein militantes republikanisches Sendungsbewusstsein zu transformieren und einen demokratisch-republikanischen Konsens unter den verschiedenen politischen Milieus herzustellen. Dieser diente einerseits dazu, Geschlossenheit nach aussen zu demonstrieren, andererseits förderte er die Konsolidierung im Innern – und garantierte so die Nation Schweiz. Basis war das Selbstverständnis, in einem Umfeld virulent gewordenen ethnischen Nationalismus einen Gegenentwurf im Sinne einer ethnisch pluralen Willensnation zu verkörpern. Letztlich ging es also um die Legitimation der Nation Schweiz in Anbetracht des sich vermehrt ausbreitenden ethnischen Nationalismus in Europa.⁷¹⁸ Der Krieg hatte eine Orientierungskrise in der Schweiz ausgelöst, weil die Schweiz sich im neuen Mächteumfeld als republikanischer Kleinstaat und dem Nationalitätsprinzip widersprechende Nation – zumindest teilweise – zunehmend bedroht fühlte. In dieser Orientierungskrise hatte die Schweiz ihre nationale Identität hinterfragt. Wenn sie sie zwar nicht neu definiert, so hatte sie die bisherigen Faktoren jedoch intensiviert, und zwar durch die Betonung nicht nur des Republikanismus, sondern auch der (bewaffneten) Neutralität und Souveränität. Die bestehende kollektive, nationale Identität reichte nicht mehr aus, um die Souveränität der Schweiz erfolgreich zu legitimieren, so dass die Betonung der nationalen Identität verstärkt werden musste. Die Konzeption der bewaffneten Neutralität wiederum, die bereits nach dem deutsch-österreichischen Krieg 1866 intensiver diskutiert wurde, hatte 1870/71 ihre Bewährungsprobe zu bestehen – und reüssierte in den Augen der Zeitgenossen. Fortan war die (bewaffnete) Neutralität nicht mehr nur ein Vertragselement, sondern auch und primär zentraler Bestandteil der Identität und kollektive (Leit-)Idee.

Die deutsche Reichseinigung wurde von den politischen Milieus weitaus skeptischer beobachtet als die Proklamation der Republik in Frankreich. Sowohl jene Stimmen, die Unbehagen äusserten, als auch die ihnen widersprechenden Positionen blieben jedoch weitgehend diffus und wurden kaum begründet. Weil in der Argumentation nicht auf Fakten zurückgegriffen werden konnte, trat an deren Stelle der Rekurs auf das Selbstverständnis eines vermeintlich bedrohten Kleinstaates. In der Beobachtung der deutschen Reichseinigung lässt sich eine Differenz zwischen der deutsch- und französischsprachigen Schweiz beobachten, was sich besonders deutlich an den liberalen Organen aus den beiden Sprachregionen zeigt. Die *NZZ* betrachtete die Reichseinigung als logische Konsequenz eines historischen Prozesses. Die *Gazette de Lausanne* hingegen interpretierte die deutsche Reichseinigung als Ausdruck sowohl eines machtpolitischen Kalküls als auch eines „Pangermanismus“. Diese Deutung rief

⁷¹⁸ Erst nachträglich wurden vereinzelt kritische Stimmen laut. Vgl.: ARX, Bernhard von, Die legendäre Internierung war ein purer Glücksfall, In: Die Weltwoche, 2.8.2001, Nr. 31.

Bedrohungsängste hervor – selbst wenn sie nicht explizit geäußert wurden.⁷¹⁹ Die Annexion von Elsass und Teilen Lothringens wurde für das Nationskonzept insofern relevant, als sie durch ethnisch-kulturelle Argumente legitimiert wurde. Aufgrund der lange nicht eindeutigen Sachlage, der unterschiedlichen Wahrnehmung des deutschen Nationalismus sowie der Bedrohungswahrnehmung wurde die Diskussion teilweise äusserst spekulativ geführt: die Annexion von Elsass und Teilen Lothringens bot Anlass zu wildesten Spekulationen über angeblich weitere Ambitionen Preussens, das Deutsche Reich bis zu den Alpen zu vergrössern, obwohl es keine seriösen Anzeichen gab, dass Bismarck die (deutschsprachige) Schweiz ebenfalls zu annektieren gedachte. So sah die *Neue Zürcher Zeitung* die Schweiz trotz der Annexion von Elsass und Teilen Lothringens nicht durch Deutschland bedroht, während die *Luzerner Zeitung* und der *Grütli* sich bedroht fühlten. Es stellt sich die Frage, warum gerade die *Luzerner Zeitung* und der *Grütli* Befürchtungen hegten. Die Argumentation des *Grütli* macht das Nationskonzept des Blattes deutlich und erklärt, warum es ein Unbehagen äusserte. Die Empfehlung an die Leserschaft, eine europäische Konföderation nach dem Vorbild der Schweiz und Nordamerikas zu unterstützen, um so den Expansionsdrang der Deutschen zurück zu drängen, korrespondiert mit der angestrebten Internationale. Die *Luzerner Zeitung* wiederum machte nicht – wie zunächst zu vermuten wäre – primär den konfessionellen Aspekt für das geäußerte Unbehagen verantwortlich, sondern das zu verteidigende republikanische Prinzip, welches mit dem Deutschen Reich nicht vereinbar sei. Trotz Divergenzen konnte die nationale Identität die milieuspezifischen Identitäten überlagern.

Die Schweiz zog sich hinter die Neutralität zurück. Die Aussenpolitik fristete entsprechend weiter das Dasein eines Stiefmütterchens – der deutsch-französische Krieg hatte keinen unmittelbaren, strukturellen Einfluss auf die Diplomatie. Das Aussenministerium blieb wie seit 1848 dem Eidgenössischen Politischen Departement angegliedert, dessen Leitung dem jährlich wechselnden Bundespräsidenten übertragen wurde. Und obwohl der Bundesrat 1867 erkannt hatte, dass er nicht länger ohne Berufsdiplomaten auskommen konnte und auch die Schweiz sich den diplomatischen Gepflogenheiten anzupassen hatte, blieb er seiner bisherigen Praxis treu – die Aussenpolitik war und blieb eine eigentliche Un-Politik. Es blieb weiterhin bei den bisherigen diplomatischen Vertretungen, die teilweise lediglich in Form eines Geschäftsträgers geführt wurden, in Paris (seit 1798), Wien (seit 1802), Piemont (nach den italienischen Einigungskriegen) und Berlin (nach dem preussisch-österreichischen Krieg).⁷²⁰ Diese Politik erwies sich – im Hinblick auf den Wohlgemuth-Handel – letztlich als kontraproduktiv.

Anlässlich des Zürcher Tonhallekrawalls gehörte der Terminus „Deutschenhass“ während mehreren Wochen zum Repertoire der analysierten Organe.⁷²¹ Obwohl aufgrund des

⁷¹⁹ Siehe: Kapitel „3.3 Die Rezeption der deutschen Reichseinigung“, S. 74 ff.

⁷²⁰ ALTERMATT, Claude, Diplomatie, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 1.12.2006, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D26460-3.php>; KREIS, Georg, Aussenpolitik, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 11.2.2005, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D26455-1.php>.

⁷²¹ Siehe: Kapitel „3.3 Die Rezeption der deutschen Reichseinigung“, S. 74 ff.

lokalen Kolorits des Krawalls primär Zürcher Zeitungen den Vorfall rezipierten, bietet deren Argumentation dennoch interessante Hinweise auf Merkmale der Abgrenzung gegenüber aussen. Der Hinweis der *Neuen Zürcher Zeitung*, dass die Abneigung nicht der deutschen Nationalität, sondern dem „fremden Element“ an sich gelte⁷²², kann auch als Xenophobie⁷²³ gedeutet werden. Gleichzeitig versuchte das Blatt die schweizerische Reaktion als patriotische Ängste zu deklarieren, welche die ausserordentlichen militärischen Erfolge der Deutschen auslösen würden und wies darauf hin, dass die Schweizer sich mehr von der französischen Republik angezogen fühlten. Sich sichtlich um einen Ausgleich bemühend, bemerkte die *NZZ* anschliessend, dass der „Deutschenhass“ nicht bei einer Mehrheit der Schweizer zu finden sei und deshalb auch keinen Einfluss auf die schweizerischen Behörden hätte.

Die Neutralität wurde ebenfalls im politischen Bewusstsein intensiviert; sie war nun nicht mehr nur Vertragselement, sondern als kollektive (Leit-)Idee auch Bestandteil der schweizerischen Identität. Es gab aber nach wie vor keine verbindlich festgeschriebene offizielle schweizerische Konzeption der Neutralität. War sie bis zu diesem Zeitpunkt lediglich ein politisches Instrument, war sie nun Teil der nationalen Identität und wurde endgültig um den Aspekt der bewaffneten Neutralität erweitert. Ein (vor allem hinsichtlich der Neutralität) wesentlicher Faktor des Nationskonzeptes war die humanitäre Hilfe. Diese gehörte bereits seit der Gründung des Roten Kreuzes im Jahre 1864 in das Nationskonzept.⁷²⁴ Mit der Internierung der Bourbaki-Armee Ende Februar 1871 wurde die humanitäre Hilfe instrumentalisiert. Denn indem die Konzeption der Neutralität um den Aspekt der Humanität erweitert wurde, konnte eben diese Neutralität, die im Ausland nicht unumstritten war, plausibilisiert werden. Fortan fusste die Humanität entsprechend nicht nur auf einem Altruismus, sondern diente auch dem Zweck, die schweizerische Neutralität zu legitimieren.

Die Intensivierung des bisherigen Nationskonzeptes während des deutsch-französischen Krieges wurde von den politischen Akteuren über den Republikanismus und die Betonung des Demos als legitimen Träger des politischen Willens vollzogen. Ebenso wurde die Neutralität im nationalen Bewusstsein intensiviert, so dass sie fortan als kollektive (Leit)-

⁷²² *NZZ*, 5.5.1871, Nr. 229, 1. Blatt. Siehe auch: S. 86.

⁷²³ Xenophobie wird verstanden als „Ausdruck des typisch kleinstaatlichen Schwankens zwischen altrepublikanischem Eigenstolz und einem Minoritätsgefühl der jeweiligen grösseren Kulturnation gegenüber.“ (Im Hof, *Mythos Schweiz*, S. 197.)

⁷²⁴ Die humanitäre Aufgabe als Identitätsfaktor fand auch Eingang in die Schweizer Malerei. So macht zum Beispiel Albrecht Ankers Bild „Pestalozzi und die Waisenkinder von Stans“ (1870) die Vorbildlichkeit humanitärer Aufgaben deutlich. Der deutsch-französische Krieg prägte die Schweizer Malerei in vielfacher Hinsicht. So gilt „Die Kappeler Milchsuppe“ (1869) von Albrecht Anker als basisdemokratisches Beispiel einer friedlichen Konfliktlösung. Anker stellte das Bild entsprechend 1870 im Pariser Salon aus, als sich der Konflikt mit Preussen zuspitzte. Ebenso löste der Krieg eine Welle monumentaler Grosspanoramen aus. Als „Extremfall eines Ereignisbildes“ kann die Darstellung der Internierung der Bourbaki-Armee von Edouard Castres (1876/77) gelten. (KLEMM, *Die Kunst im jungen Bundesstaat*, S. 197 ff.)

Nach 1848 stand die gesamte künstlerische Produktion unter der Forderung nach einer nationalen Schweizer Kunst. Gerade von der Genremalerei, die den Anspruch erhob, demokratisch zu sein, erhoffte man sich, neben der Historien- und Alpenmalerei, eine identitätsbildende Wirkung, eine Intensivierung des nationalen Bewusstseins. (VOGEL, *Idealistischer Naturalismus*, S. 56.)

Idee in das Nationskonzept aufgenommen wurde. Letztlich führte diese Intensivierung zu einer Steigerung des republikanischen Selbst- und Sendungsbewusstseins, das in einer „Sakralisierung der Nation“ gipfelte. Der Prozess der Konstruktion der Nation führte während dieser Phase nicht über den Konflikt mit anderen Loyalitätsbezügen innerhalb der schweizerischen Gesellschaft, sondern klar in Bezug auf respektive in Abgrenzung gegenüber Deutschland und Frankreich.

9.1.2 Der Kulturkampf und das Sozialistengesetz

Kurz nach Ende des deutsch-französischen Krieges initiierte Bismarck den Kulturkampf in Deutschland, indem er die katholische Abteilung im preussischen Kultusministerium aufhob.⁷²⁵ Die Polarisierung zwischen Deutschland und Frankreich hatte für die Schweiz respektive für ihre politischen Organe vorerst nur noch marginale Bedeutung. Die Beobachtung des deutschen Kulturkampfes fand unter der Prämisse des eigenen Kulturkampfes statt, das heisst die konfliktive Situation zwischen Staat und katholischer Kirche im Innern brach – mit einer kurzen Zeitverzögerung zum deutschen Kulturkampf – erneut auf.⁷²⁶ Aufgrund dieser Dualität sahen sich sowohl das freisinnige als auch das katholisch-konservative Milieu mehrfach gezwungen zu betonen, dass es sich um zwei Staaten mit zwei unterschiedlichen Nationskonzeptionen handle, so dass die Konsequenzen des Kulturkampfes hinsichtlich des Nationskonzepts zwischen Deutschland und der Schweiz nicht vergleichbar seien.

Die Diskussion um den deutschen Kulturkampf offenbarte einen Dissens in den analysierten Organen beim republikanischen Prinzip der Freiheit, welches von den Kontrahenten jeweils anders interpretiert beziehungsweise anders gewichtet wurde: Während die Freisinnigen die staatliche Souveränität gegenüber dem Machtanspruch der katholischen Kirche verteidigten, verteidigten die Katholisch-Konservativen die kirchlichen Freiheiten in Form der Religionsausübung. Dem Vorwurf der Freisinnigen, man könne nicht zwei Herren, also dem Staat und der Kirche, gleichzeitig dienen, begegneten die Katholisch-Konservativen mit dem Argument, politische und konfessionelle Loyalitäten seien zu trennen. Diese Trennung konnte in der Auffassung des katholisch-konservativen Milieus durchaus vollzogen werden, definierte das Milieu doch den Ultramontanismus nicht als politische Macht. Das Festhalten der Katholisch-Konservativen am Primat der Kirche, das heisst die Kirche Roms als die über alles und allem stehende Macht, war jedoch insofern problematisch, als die Trennung von öffentlichem und privatem Raum noch nicht vollzogen war und so die Kirche in allen Bereichen nach wie vor entscheidend war. Die Argumentation der Trennung der politischen und konfessionellen Loyalitäten minimierte zwar die Diskrepanz zweier Loyalitätsansprüche, löste sie jedoch nicht – der Konflikt blieb entsprechend auch nach Beendigung des Kulturkampfes latent vorhanden. Dieser Dissens bildete auch den Hintergrund der medialen Beobachtung des deutschen

⁷²⁵ Zum Verlauf des Kulturkampfes in Deutschland siehe: S. 110.

⁷²⁶ Siehe: S. 110 f. Vgl. auch: STADLER, Der Kulturkampf in der Schweiz, S. 259 ff.

Kulturkampfes. Entsprechend sahen gerade die Freisinnigen in Deutschland einen Partner, einen eigentlichen „Kampfgenossen“ im Kampf für den Liberalismus beziehungsweise gegen den Ultramontanismus. Eine Auffassung, die in Anbetracht des bismarckschen Systems und der monarchischen Staatsform bisweilen paradox anmutet. Was für die Freisinnigen zu einer Existenzfrage des Nationalstaates wurde⁷²⁷, wurde für die Katholisch-Konservativen zu einer Machtfrage zwischen Staat und Kirche. Im Endeffekt ging es in der Beobachtung des deutschen Kulturkampfes aber immer nur um einen Faktor der nationalen Identität, nämlich um den Stellenwert der (katholischen) Kirche, des Ultramontanismus in der Nation. Die Interdependenz zwischen deutschem und schweizerischem Kulturkampf wurde zwar von den Organen divergent beurteilt, der Konflikt zweier sich konkurrierender Identitäten beschränkte sich jedoch auf den konfessionellen Aspekt und weitete sich nie zu einem Fundamentalkonflikt um die Nation Schweiz aus. Konfliktbegrenzend wirkte dabei auch der Umstand, dass letztlich wesentliche Entscheidungen nicht vom Bundesrat, sondern von den Kantonsregierungen oder Diözesanregierungen getroffen wurden, da die Bundesverfassung von 1848 das Kirchenwesen der Zuständigkeit der Kantone überliess und die Totalrevision der Bundesverfassung 1874 zwar eine Verschärfung der gegen die katholische Kirche gerichteten Ausnahmeartikel mit sich brachte, im Wesentlichen jedoch die staatskirchenrechtlichen Rahmenbedingungen zurückhaltend blieben.⁷²⁸

Anlässlich des deutschen Sozialistengesetzes wurden in den analysierten Organen vor allem die republikanischen Prinzipien der Gedankenfreiheit, Toleranz, Rede- und Pressefreiheit diskutiert. Alle Organe betrachteten das Gesetz als Maulkorbgesetz, das sich mit dem republikanischen Prinzip der Meinungsfreiheit nicht vereinbaren liess. Gleichzeitig offenbarten sich in der Diskussion über das Sozialistengesetz zwei sich konkurrierende, klassenpolitische Identitäten: Bürgertum versus Arbeiterschaft. Das Gesetz wurde von allen politischen Milieus als kontraproduktiv eingestuft, da es letztlich zum Erstarken der Sozialdemokratie führte. Diese Konsequenz wurde von den Milieus allerdings unterschiedlich interpretiert. Das freisinnige sowie das katholisch-konservative Milieu befürchteten das Erstarken der Sozialdemokratie (kontraproduktiv, weil das Gesetz letztlich die Sozialdemokratie stärkte), während das linksorientierte Milieu das Erstarken der Sozialdemokratie – wie zu erwarten – als positiv einstufte (kontraproduktiv, weil das Gesetz letztlich sein Ziel, die Sozialdemokratie zu vernichten, verfehlte). Weil das deutsche Sozialistengesetz primär als innerdeutsche Angelegenheit betrachtet wurde und die konfliktive Situation im Innern zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Gesetzes zwischen dem sozialdemokratischen und dem freisinnigen Milieu noch nicht ausgeprägt war beziehungsweise erst am Anfang stand, erschöpfte sich die Diskussion zwischen den beiden Milieus weitgehend im gegenseitigen Vorwurf unzureichender nationaler Loyalität, nämlich einerseits der sozialdemokratischen Orientierung an der Internationalen und nicht am Vaterland, andererseits der liberal-konservativen Orientierung am international

⁷²⁷ Nationale Identität sollte andere kollektive Identitäten überlagern und integrieren, durfte aber nicht durch diese konkurrenziert werden. In diesem Sinne war es von den Liberalen nur konsequent, von einer Existenzfrage des Nationalstaates zu sprechen.

⁷²⁸ Siehe: Fussnote Nr. 413.

operierenden Kapitalismus, der das Vaterland verrate. Dass beide Lager sich spiegelbildlich „Verrat“ am nationalen Loyalitätsverband vorwarfen, zeigt, wie ausgeprägt orientierungsstiftend dieser Loyalitätsbezug für alle Milieus war.

Die Analyse zeigte, dass in der Diskussion um das Sozialistengesetz die nationale Identität über das Merkmal der Abgrenzung bestätigt wurde. Nationale Identität überformte und integrierte die klassenpolitische Form der Identitätsbildung. Ausgesprochen deutlich wurde dies beim *Grütlianer*, der bei der befürchteten Einwanderungswelle deutscher sozialdemokratischer Flüchtlinge um die Arbeitsplätze für schweizerische Arbeiter bangte. Die internationale Solidarität trat mit dieser Befürchtung vollständig in den Hintergrund, während der Nationalismus als Protektionismus fungierte. Im Ringen der politischen Akteure um das schweizerische Nationskonzept lässt sich beim linksorientierten Milieu eine Intensivierung der (klassen-)politischen Identität feststellen. Mit anderen Worten: in diesem Milieu wurde eine Solidargemeinschaft nach innen, quasi unterhalb der Nation, gefestigt, während gleichzeitig Abwehrreflexe gegen den Freisinn freigesetzt wurden. Das linksorientierte Milieu war vom deutschen Sozialistengesetz aufgrund der internationalen Solidarität mit Gleichgesinnten am stärksten betroffen und fühlte sich von den anderen politischen Milieus zunehmend isoliert. Letztlich konnte aber der demokratisch-republikanische Grundkonsens unter den Milieus auch in der Rezeption des deutschen Sozialistengesetzes seine entscheidende Bedeutung für das Nationskonzept beibehalten.

9.1.3 Der Wohlgemuth-Handel

Ende der 1880er Jahre geriet die so sicher geglaubte Nation Schweiz für wenige Monate ins Wanken. Die während der Inkraftsetzung des Sozialistengesetzes 1878 erwarteten Komplikationen mit Deutschland nahmen bereits im darauf folgenden Jahr ihren Anfang, spitzten sich im Laufe der 1880er Jahre zu und führten 1889 zu einer politischen Konfrontation mit Deutschland. Diese aussenpolitische Krise, eben der Wohlgemuth-Handel, löste in der Schweiz eine gesellschaftliche Orientierungskrise aus, die sowohl zu einer Neu-Definition des Nationskonzeptes führte als auch strukturelle Konsequenzen nach sich zog. Basis dieser Veränderungen war die seit Mitte der 1880er Jahre erkennbare neue Strukturkonstellation. Diese zeichnete sich durch die Priorität wirtschafts- und sozialpolitischer Probleme gegenüber „formalpolitischen“ Themen, die Frontstellung gegen aussen und den Staatsinterventionismus aus.⁷²⁹ Entsprechend handelte es sich bei der Neu-Konzeption des Nationskonzeptes um 1890 um eine Interdependenz endogener und exogener Faktoren, welche in Konsequenz für den zu Beginn der 1890er Jahre einsetzenden „neuen Schub nationalgeschichtlicher Ideologiebildung“⁷³⁰ verantwortlich war.

⁷²⁹ WIDMER, Die Schweiz in der Wachstumskrise, S. 765.

⁷³⁰ TANNER, Willensnation versus Kulturnation, S. 200.

Anders als noch während des deutsch-französischen Krieges war die Schweiz während des Wohlgemuth-Handels nun direkt bedroht. Das 1870/71 geäußerte militante republikanische Selbst- und Sendungsbewusstsein machte zwei Jahrzehnte später einer defensiven Beschwörung des nationalen Geistes, das heisst der unbedingten Einheit und Einigkeit von Bundesrat und Volk, Platz. Besonders ausgeprägt war diese Beschwörung bei denjenigen politischen Milieus, deren Partei nicht in der nationalen Exekutive vertreten war. Die Solidargemeinschaft musste angemahnt werden, weil die Bedrohungswahrnehmung anlässlich des Wohlgemuth-Handels weitaus stärker als noch anlässlich des deutsch-französischen Krieges war. Die Solidargemeinschaft, die sich bildete, grenzte allerdings das sozialdemokratische Milieu aus. Es kam zum Zusammengehen des freisinnigen mit dem katholisch-konservativen Milieu, während gleichzeitig das sozialdemokratische Milieu zunehmend isoliert wurde – trotz demokratisch-republikanischem Basiskonsens aller politischen Milieus.

Wie dargestellt, setzte die Schweiz bereits 1870/71 auf die (bewaffnete) Neutralität, mehr noch, ab diesem Zeitpunkt wurde diese vollends zu einem Faktor der nationalen Identität. Zu Beginn der 1870er Jahre war die Neutralität allerdings nach wie vor von der Gnade der Signatarstaaten des Wiener Kongresses abhängig. Während des Wohlgemuth-Handels wurde gerade diese Definition der Neutralität – also ein bedeutender Teil des schweizerischen Nationskonzeptes – von Deutschland in Frage gestellt. Entsprechend mussten die hinsichtlich des Nationskonzeptes definitionsmächtigen Akteure die Neutralität neu definieren, wollten sie diese – und somit letztlich die Nation Schweiz – nicht aufgeben. Die Neu-Definition erfolgte über die Betonung der Souveränität, das heisst die Neutralität wurde nun als das Recht eines souveränen Staates reklamiert und als entsprechend nicht mehr von den Signatarstaaten abhängig dargestellt. Die Konstruktion der Nation im Rahmen einer Neu-Definition des Faktors Neutralität erfolgte somit deutlich über den „Steuerungsparameter“⁷³¹ der Referenzgrösse Ausland, das heisst in der Neutralitätsdiskussion manifestierte sich der Versuch, in Reaktion auf die deutsche Bedrohung die nationale Souveränität zu stärken.

Die Rhetorik in den analysierten Zeitungen während des Tonhallekrawalls 1871 und während des Wohlgemuth-Handels 1889 differierte nicht fundamental. Sowohl Anfang der 1870er Jahre als auch Ende der 1880er Jahre fühlte man sich in seinem nationalen, schweizerischen Bewusstsein tief verletzt. Der Terminus „Deutschenhass“, 1871 noch in aller Munde, fand 1889 keine Erwähnung mehr. Einzig lässt sich feststellen, dass während des Wohlgemuth-Handels differenzierter argumentiert wurde, das heisst die Organe bemühten sich, zwischen der offiziellen Presse respektive Bismarck und dem deutschen Volk zu differenzieren. Bisweilen wurde auch die Stammesverwandtschaft mit den süddeutschen Staaten und mit dem deutschen Volk an sich beziehungsweise der konfessionell verbindende Aspekt betont. So wurde situativ das Verbindende betont, ohne dass das Trennende obsolet wurde. Die Loyalitätsbezüge wurden zwar unscharf, letztlich war jedoch klar, dass die Nation Schweiz als Abgrenzungsmerkmal diene. Die Veränderung – 1871 feierte das deutsche Volk seinen Sieg über Frankreich beinahe

⁷³¹ NEIDHART, Regierbarkeitsfragen, S. 22.

unisono, während 1889 das Volk kaum mehr geschlossen hinter Bismarck und seiner Politik stand – machte sich auch in der Rezeption schweizerischer Organe bemerkbar.

Die situative Konstruktion nationaler Identität musste nach Beendigung der akuten Bedrohungslage – zumindest bis zur nächsten Neu-Konzeption – verfestigt werden. Diese Transformation konnte nur gelingen, wenn die Neu-Definition für die gesamte Nation Schweiz erfahrbar wurde. Der Strukturbruch Mitte der 1880er Jahre hatte den Weg zur Intensivierung und Neu-Konzeption der nationalen Identität bereits eingeleitet;⁷³² die Erfahrungen während des Wohlgemuth-Handels beschleunigten diesen Prozess. Die Orientierungskrise führte dazu, gerade in der eigenen Geschichte vermeintliche Sicherheit, Konstanz und Orientierung zu suchen. Zudem brauchte es nun eine „kleinräumige, lokale Nationalisierung“, eine „Nationalisierung von Gemeinden“⁷³³, um die nationale Identität für alle erfahrbar zu machen. Der „Schub nationalgeschichtlicher Ideologiebildung“ erfolgte in der Praxis mittels symbolischer Repräsentationen, die vergegenständlicht wurden, so zum Beispiel durch nationale Geschichtsschreibung, durch kulturelle Veranstaltungen wie nationale Festspiele, Schützenfeste und Nationalfeiertage oder durch Bauten und Denkmäler. Mit der Vergegenständlichung gelang es dem Kollektiv Nation Schweiz erstens die Identifikation mit Fiktion erfassbar und zweitens als kollektive, nationale Identität anzueignen beziehungsweise bewusst zu machen.

Das „grundsätzlich konservative Projekt einer Nationalgeschichte“ konnte erst realisiert werden, nachdem die konstitutionelle Entwicklung des Bundesstaates gefestigt war, die liberalen Reformen durch die Wirtschaftskrise in den Jahren nach 1873 gebremst worden waren sowie die grundlegende Konfliktlinie sich verschoben hatte.⁷³⁴ Mit der Neu-Interpretation der Gründungsgeschichte schufen sich konservative und liberal-radikale Akteure jene Leitbilder, die eine Identifikation mit der bestehenden politischen Ordnung erlaubten, die Überwindung ideologischer und politischer Gegensätze erleichterte⁷³⁵, aber auch nach der Krisenerfahrung jene Orientierung vermittelten, die sie während des Wohlgemuth-Handels glaubten verloren zu haben. Die Neu-Interpretation der Gründungsgeschichte führte zur Mythenbildung. Nicht zu unterschätzen ist allerdings, dass der in Europa vorherrschende ethnische Nationalismus diese Mythen essentiell machte, um die eigene Identität zu behaupten⁷³⁶. Die vorliegende Studie macht deutlich, dass die Neu-Interpretation der Nationalgeschichte unter anderem auch als Antwort auf den in Europa vorherrschenden Nationalismus zu verstehen ist.⁷³⁷ Wichtigste Voraussetzung für die Nutzbarmachung von Geschichte für die Konstruktion nationaler

⁷³² Vgl.: WIDMER, Die Schweiz in der Wachstumskrise.

⁷³³ Siehe: Kapitel „2.2 Nation und nationale Identität“, S. 31.

⁷³⁴ BUCHBINDER, Der Wille zur Geschichte, S. 204.

⁷³⁵ TANNER, Willensnation versus Kulturnation, S. 200 f.

⁷³⁶ MARCHAL, Guy P., Die „Alten Eidgenossen“ im Wandel der Zeiten. Das Bild der frühen Eidgenossen im Traditionsbewusstsein und in der Identitätsvorstellung der Schweizer vom 15. bis ins 20. Jahrhundert, In: Innerschweiz und frühe Eidgenossenschaft, Band 2, Olten 1990, S. 366.

⁷³⁷ Von Interesse ist, dass eine Verwandtschaft der europäischen Nationen, was ihre Idee von der Nation angeht und mit ihr den Umgang mit Mythen, feststellbar ist. (Siehe: FRANÇOIS, Das emotionale Fundament der Nationen, S. 23.)

Identität ist die „Verfestigung und Kanonisierung der Nationalgeschichte“.⁷³⁸ Zum Garanten einer nationalen Identität wurde der Bauernstand, der in den 1880er Jahren vom Arbeiterstand zahlenmässig überflügelt wurde. Der Bauernstand wurde zum Wächter über alle alten Tugenden des Schweizervolkes stilisiert.⁷³⁹ Die „Verfestigung und Kanonisierung der Nationalgeschichte“, die erfolgreiche Verbreitung einer zur Identitätsstiftung geeigneten Geschichte war auch Aufgabe unter anderem der Volksschule. An der um 1900 in der ganzen Schweiz obligatorischen, unentgeltlichen und unter staatlicher Leitung stehenden Volksschule konnte die Nationalgeschichte wirksam vermittelt und vor allem allen zugänglich gemacht werden: Geschichte wurde unterrichtet, Schulhäuser mit Wandbildern historischer Darstellungen künstlerisch ausgestaltet.⁷⁴⁰ Zu beachten ist, dass die föderalistische Struktur (die Volksschule blieb nach wie vor Sache der Kantone) eine Nationalisierung der Schule im Sinne einer staatlichen Koordination verhinderte. Allerdings konnte die Schule zur Verbreitung gemeinsamer Wertvorstellungen, Bilder und Normen durchaus beitragen und somit letztlich identitätsstiftend sein.

„Wieso? Ich bin durchaus nicht der einzige, der ein solches Schützenfest für eine grenzenlose Banalität hält. Aber das eigentliche Bedenkliche daran ist, dass man es als Höhepunkt des nationalen Lebens inszeniert. [...] angeblich tritt ja hier dieses sogenannte nationale Leben am sichtbarsten zutage...“⁷⁴¹

Schützenfeste, nationale Festspiele, Bauten, Denkmäler aber auch die bildende Kunst erfuhren zu Beginn der 1890er Jahre weitere Innovationsschübe.⁷⁴² Der Nationalfeiertag wurde 1891 „nach einer wegbereitenden Vorgeschichte, die immerhin ein Jahrhundert gedauert hat“⁷⁴³ als Tradition erfunden. Als Katalysatoren dieser Vergegenständlichungen wirkten einerseits der Strukturbruch von Mitte der 1880er Jahre, andererseits aber auch wesentlich die Erfahrungen des Wohlgemuth-Handels. Durch die immer mehr verbreitete Vergegenständlichung der zunächst symbolischen Repräsentationen wurde die Nation Schweiz für alle, auch für die Frauen, erfahr- und erfassbar. Die eidgenössische Bautätigkeit zum Beispiel hatte zwar bereits 1852 mit dem Bau des „Bundesrats-Hauses“, dem heutigen Bundeshaus West, begonnen⁷⁴⁴, doch gerade die aus der Zeit zwischen 1887 und 1914 stammenden Hauptpostgebäude in den Kantonshauptorten boten die Möglichkeit, nebst der Befriedigung funktionaler Bedürfnisse, die eidgenössische Präsenz in allen Kantonen baulich zu manifestieren. Aus dem bescheidenen, in einem Bürgerhaus

⁷³⁸ BUCHBINDER, Der Wille zur Geschichte, S. 69.

⁷³⁹ IM HOF, Mythos Schweiz, S. 233.

⁷⁴⁰ Vgl.: KREIS, Schweizerische Nationalpädagogik, S. 452.

⁷⁴¹ INGLIN, Meinrad, Schweizspiegel, Berlin 1998 (Erstversion 1938, Neufassung 1955), S. 171.

⁷⁴² Es wird hier nicht detailliert auf die einzelnen Faktoren eingegangen. Der Überblick dient lediglich dazu, die Relation zwischen Wohlgemuth-Handel und diesen Faktoren herzustellen.

⁷⁴³ KREIS, Der Mythos von 1291, S. 95.

⁷⁴⁴ GOTTSCHALL, Walter, Demokratie als Bauherr. Streifzug durch die Geschichte der baulichen Selbstdarstellung des schweizerischen Bundesstaates im 19. und 20. Jahrhundert, In: Schweizerisches Sozialarchiv (Hrsg.), Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel, Zürich 1991, S. 77 f.

eingemieteten Betrieb war ein eigenständiger Repräsentationsbau des Zentralstaates geworden.⁷⁴⁵ In der bildenden Kunst fand im Jahre 1890 die erste von der Schweiz nicht nur finanzierte, sondern auch verantwortete Nationale Kunstaussstellung in Bern statt.⁷⁴⁶

Die Neu-Konstruktion der nationalen Identität ging einher mit der Neu-Interpretation kollektiver Werte beziehungsweise (Leit-)Ideen (so zum Beispiel die Neutralität) und der Vergegenständlichung symbolischer Repräsentationen. Gleichzeitig hatte diese Neu-Konstruktion auch reelle Auswirkungen auf politische Entscheide. Gerade der Wohlgemuth-Handel (und die Einführung der Bundesanwaltschaft als strukturelle Konsequenz) ist ein idealtypisches Beispiel für ein Schlüsselereignis, welches die politische Kommunikation so prägen kann, dass ein Handlungsdruck auf das politische System entsteht. Aber auch die Aufwertung der Aussenpolitik, und zwar sowohl hinsichtlich der Stellung des Leiters der Aussenpolitik innerhalb des Bundesrates als auch hinsichtlich der diplomatischen Vertretungen im Ausland, macht die Bedeutung des Wohlgemuth-Handels hinsichtlich struktureller Konsequenzen deutlich. Die erst ein Jahr zuvor erfolgte Einrichtung eines Departements des Auswärtigen hatte die Bewährungsprobe bestanden. Massgebend zu diesem Erfolg beigetragen hatte vor allem die Persönlichkeit des ersten „vollamtlichen Aussenministers“ der Schweiz, Numa Droz.⁷⁴⁷ Als institutionellen Mangel wiederum wurde in den analysierten Zeitungen oft das Fehlen diplomatischer Vertretungen in London und St. Petersburg taxiert. Der politischen Öffentlichkeit gelang es, einen Handlungsdruck zu erzeugen, der seinen Ausdruck in den Debatten der Bundesversammlung vom Sommer 1890 fand. Das Resultat blieb allerdings vorerst bescheiden: es kam lediglich zur Einrichtung einer diplomatischen Vertretung in London.⁷⁴⁸

Letztlich geht es beim Wohlgemuth-Handel um die Beantwortung der bereits eingangs gestellten Frage: Inwieweit hatten die Erfahrungen der aussenpolitischen Krise von 1889 zum „neuen Schub nationalgeschichtlicher Ideologiebildung“ Anfang der 1890er Jahre beigetragen? Man kann davon ausgehen, dass der vorausgegangene Strukturbruch zwar die elementare Basis schuf, jedoch der Wohlgemuth-Handel für den eigentlichen Schub verantwortlich war. Das heisst, ohne die Erfahrungen des Wohlgemuth-Handels hätte die Schweiz den mit dem Strukturbruch Mitte der 1880er Jahre einsetzenden Prozess

⁷⁴⁵ Ebenda, S. 90.

⁷⁴⁶ GLOOR, Lukas, Wege der Werke - Kunstvermittlung in der Schweiz 1840-1890, In: KLEMM, Christian (Hrsg.), Von Anker bis Zünd. Die Kunst im jungen Bundesstaat. 1848-1900, Zürich 1998, S. 333.

Im Jahre 1887 wurde auf Bundesebene die Voraussetzung für Kulturförderung im gesamtschweizerischen, also nationalen Rahmen geschaffen. Die traditionelle Auffassung, dass Kulturpolitik eine Angelegenheit der Kantone sei, war somit beendet. (KREIS, Schweizerische Nationalpädagogik, S. 456. Vgl. auch: JOST, Anfänge der kulturellen Aussenpolitik, und HIRSH, Sharon L., Swiss Art and National Identity at the Turn of the Twentieth Century, In: FACOS, Michelle and Sharon L. HIRSH (Ed.), Art, Culture and National Identity in Fin-de-siècle Europe, Cambridge University Press 2003, S. 250-285.)

⁷⁴⁷ RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, S. 415.

Numa Droz' überragende Stellung in der schweizerischen Aussenpolitik zeichnete sich auch daraus aus, als man nach seinem Rücktritt aus der Landesregierung wieder zum alten System zurückkehrte, unter welchem der jeweilige Bundespräsident die auswärtigen Angelegenheiten betreute. (Ebenda.)

⁷⁴⁸ Vgl.: RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, S. 401 f.

kontinuierlicher fortgesetzt. Die Antwort auf die Frage liegt in der Interdependenz zwischen dem Strukturbruch Mitte der 1880er Jahre und der Krisenerfahrung von 1889. Die Bedeutung des Wohlgemuth-Handels für das Nationskonzept liegt in der im Theoriekapitel erläuterten Bedeutung von Orientierungskrisen für die nationale Identität: Eine Orientierungskrise führt zu einer kollektiven Selbstvergewisserung, in der die Identität zunehmend problematisiert wird. Um wieder Orientierung zu gewinnen, muss die kollektive, nationale Identität neu konstruiert werden.⁷⁴⁹ Von Bedeutung ist auch die Erfahrung der unmittelbaren Gegenwart. In einer Orientierungskrise reicht die bestehende kollektive, nationale Identität nicht mehr aus, um das Erlebte sinnvoll zu interpretieren, so dass es zu einer Neu-Konstruktion des Nationskonzeptes kommt. Im Wohlgemuth-Handel stand die nationale Identität zur Disposition, so dass sie neu konstruiert werden musste.

9.1.4 Der Boulangismus und die Dreyfus-Affäre

Weder der Boulangismus noch die Dreyfus-Affäre stellten eine politische geschweige denn militärische Bedrohung für die Schweiz dar; sie wurden von den Organen primär als innerfranzösische Angelegenheit betrachtet. Auch die Diskussion über einen erneuten Krieg zwischen Deutschland und Frankreich um die Jahreswende 1886/1887 verliess das Feld der Spekulation nie, zu wenig konkret war das französische Säbelrasseln, zu zurückhaltend die Politik Deutschlands. Der Rekurs auf die nationale Identität der Schweiz erfolgte also nicht vor dem Hintergrund einer wahrgenommenen Bedrohung. Nichtsdestotrotz wurde das Nationskonzept implizit angesprochen, indem in der Diskussion über die Republik Frankreich stets darauf hingewiesen wurde, wie eine Republik zu sein habe – und dieses Idealbild kann auch als Folie für das schweizerische Selbstverständnis gelesen werden. Selbst dem republikanischen Prinzip im Nationskonzept verpflichtet, zeigten sich die Organe an einer starken Nachbarrepublik im europäischen Kräftefeld interessiert. Die Dreyfus-Affäre gegen Ende des Jahrhunderts, die als abschliessendes Ereignis dieser Studie analysiert wurde, machte deutlich, dass das republikanische Sendungsbewusstsein der Schweiz nicht mehr paritätisch neben dem republikanischen Selbstbewusstsein stand. Der spezifisch schweizerische Nationalismus während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte um die Jahrhundertwende den Aspekt des republikanischen Sendungsbewusstseins weitgehend verloren.

Während des Boulangismus trat kein eigentliches republikanisches Selbst- und Sendungsbewusstsein zutage wie es noch während des deutsch-französischen Krieges beobachtet werden konnte. Die Bedeutung der französischen Republik für die Republik Schweiz veranlasste die Organe, den Boulangismus zu thematisieren, da dieser als Gefahr für die Republik wahrgenommen wurde. Die Organe gingen mehrheitlich davon aus, dass der Erfolg des Boulangismus in den Schwächen der französischen Republik zu suchen sei. Die Gründe sahen sie einerseits beim Parlament, dem es nicht gelungen sei, über eine längere Zeit eine tragfähige Regierung zu bilden und die republikanischen

⁷⁴⁹ Siehe: S. 26.

Prinzipien glaubwürdig zu vertreten, andererseits beim Volk, das schlicht republikmüde sei. Beide Komponenten hätten zu einer Unzufriedenheit in allen politischen Milieus Frankreichs geführt, was wiederum auch die heterogene Zusammensetzung des Boulangismus erkläre. Diese Argumentation folgte einem traditionellen Erklärungsmuster: die republikanische Tradition müsse sowohl im Volk als auch in der Regierung tief verankert sein, damit diese gelebt werden könne. In dieser Argumentation finden sich bereits Ansätze, die nach 1890 zum „Schub nationalgeschichtlicher Ideologiebildung“ beigetragen haben: Die Tradition sollte die Nation Schweiz respektive die republikanische Staatsform plausibilisieren. Die Kommentare zum Plebiszit, mit welchem Boulanger versuchte, Eingriffe gegen die bürgerlich-liberalen Freiheitsrechte und für institutionelle Veränderungen durch die Zustimmung des Wahlkörpers zu rechtfertigen⁷⁵⁰, offenbarten wiederum die eigene Unsicherheit hinsichtlich der Grenzen der Demokratie. Eine eigentliche Debatte über die Problematik des Rechtspositivismus wurde nicht geführt, da sie eine Unsicherheit offenbart hätte, die in Anbetracht eines in Europa aufkommenden ethnischen Nationalismus das Konzept der Nation Schweiz zumindest teilweise in Frage gestellt hätte. Nur ein nach aussen vertretenes widerspruchsfreies Nationskonzept, und sei es, dass die Widersprüche lediglich ausgeblendet wurden, war fähig, dem Nationalitätsprinzip entgegenzutreten.

Die Dreyfus-Affäre – die im Gegensatz zum Boulangismus auch im Ausland hohe Wellen schlug – spaltete auch die politischen Milieus der Schweiz in Dreyfusards, Anti-Dreyfusards und Revisionisten. Allen Blättern gemein war die Solidarität mit der französischen Republik. „Les deux France“ wurde von allen Organen als Problem für die noch junge Republik gesehen. Über die Rolle der katholischen Kirche herrschte allerdings keine Einigkeit. Die katholische Kirche wurde von der *Liberté* in der Annahme verteidigt, dass es sich bei der Affäre primär um einen Konflikt zwischen den der katholischen Kirche freundlich und den ihr feindlich gesinnten Kräften handelte. Die weiteren analysierten Zeitungen sahen zwar im Zusammengehen der katholischen Kirche mit der Armee eine Problematik im Sinne von „les deux France“, konnten und wollten aber keine Diskussion über einen laizistischen Staat initiieren. Der Antisemitismus wiederum erlangte in der Rezeption nur wenig Bedeutung; selbst die katholische Presse als vehemente Gegnerin von Dreyfus machte den Antisemitismus nicht zu ihrer Argumentationsbasis.⁷⁵¹ Trotz divergierender Meinungen in der Dreyfus-Affäre blieb der demokratisch-republikanische Basiskonsens unter den politischen Milieus bestehen.

⁷⁵⁰ Siehe: S. 172.

⁷⁵¹ Bezeichnend für die ambivalente Haltung des katholisch-konservativen Lagers gegenüber dem Antisemitismus ist die im Jahre 1893 angenommene Schächtverbotsinitiative, die das Schlachten von Grossvieh nach jüdischem Ritus für gesetzeswidrig erklärte. Die Haltung der katholischen Schweiz in dieser Frage war gespalten, was sich auch im Abstimmungsergebnis niederschlug. So lehnten zum Beispiel St. Gallen, Appenzell-Innerrhoden, Graubünden, Uri und Fribourg die Initiative ab, weil sie befürchteten, dass die Einschränkung der Kultusfreiheit einer Minderheit auch ihre eigenen Freiheiten beschränken könnte; die Kantone Luzern, Zug, Ob- und Nidwalden und Schwyz wiederum nahmen die Initiative an. Die Abstimmungskampagne machte ein Bestreben zur Homogenisierung der Nation Schweiz deutlich – das „Christentum als Garant nationaler Einheit“. (KURY, Patrick, Antisemitismus und nationale Identität, In: Schweizerisches Landesmuseum Zürich (Hrsg.), Die Erfindung der Schweiz 1848-1948. Bildentwürfe einer Nation, Zürich 1998, S. 119 f.)

Obwohl die Affäre den französischen Staat in seinen Grundwerten erschütterte, stellte sie für die Schweiz keine eigentliche Bedrohung dar, die eine Orientierungskrise hätte auslösen können. Lediglich die Pressepolemik in der Romandie, die primär durch die vehemente Verteidigung der katholischen Kirche durch die *Liberté* entstand, zeigte eine Auseinandersetzung um einen Aspekt des Nationskonzeptes, machte aber zugleich deutlich, dass die Zeit der konfessionellen Auseinandersetzungen in der Schweiz vorbei war. Im Gegensatz zum Boulangismus trat während der Dreyfus-Affäre das schweizerische, republikanische Selbstbewusstsein offen auf. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, und vor allem nach der erfolgreichen Bewältigung des Wohlgemuth-Handels, war dieses Bewusstsein in der Schweiz tief verankert. Weitgehend ausgespart wurde jedoch das republikanische Sendungsbewusstsein. Die politische Rechtswendung des Nationalismus mit seiner emotional aufgeladenen Stimmung⁷⁵² liess ein republikanisches Sendungsbewusstsein einer kleinen, dem Staatswesen nach anachronistischen Nation bereits nicht mehr zu.

9.2 Nationale Identität als Lernprozess – am Beispiel von Neutralität und Republikanismus

9.2.1 Neutralität

Betrachtet man den Wandel des Nationskonzeptes von 1870 bis 1900, sind es vor allem zwei Faktoren, die neu konzipiert respektive intensiviert wurden: die Neutralität und der Republikanismus. Die Neutralität wandelte sich von einem politischen Instrument zu einem zentralen Faktor der nationalen Identität. War sie nach dem deutsch-französischen Krieg noch von der Gnade der Signatarstaaten des Wiener Kongresses abhängig, wurde sie nach dem Wohlgemuth-Handel als das Recht eines souveränen Staates reklamiert und blieb bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in dieser Konzeption weitgehend bestehen. Der Republikanismus wiederum, der bereits vor 1848 zumindest in den bürgerlichen Schichten verankert war, wurde während des deutsch-französischen Krieges intensiviert und gipfelte in einem militanten republikanischen Selbst- und Sendungsbewusstsein. Er verfestigte sich als demokratisch-republikanischer Grundkonsens im Nationskonzept, wenngleich er auch von den politischen Milieus in der Argumentation jeweils in ihrem Sinne instrumentalisiert wurde. Gegen Ende des Jahrhunderts ging das republikanische Sendungsbewusstsein weitgehend zurück: In einem Europa des rechten Nationalismus war ein republikanisches Sendungsbewusstsein für einen Kleinstaat nicht mehr konform.

Im Hof führt in seinem Kanon der massgebenden Faktoren der nationalen Identität sowohl den Republikanismus als auch die Milizarmee auf, nicht jedoch die Neutralität.⁷⁵³ Weil das Bewusstsein der kollektiven Identität auf der Teilhabe an einem gemeinsamen Wissen

⁷⁵² Siehe: S. 183.

⁷⁵³ Siehe: S. 39.

und einem gemeinsamen Gedächtnis beruht, die durch das Sprechen einer gemeinsamen Sprache oder die Verwendung eines gemeinsamen Symbolsystems vermittelt wird, kann Neutralität als Faktor der nationalen Identität fungieren. Als Faktor der nationalen Identität entstand sie erst in Konsequenz der nationalen Einigungskriege in Europa in den 1860er Jahren und vor allem anlässlich des deutsch-französischen Krieges. Während dieses Krieges wurde sie neu auch als bewaffnete Neutralität interpretiert. In der Botschaft des Bundesrates vom 16. Juli 1870 findet sich das Argument der Schweiz zur Neutralität deutlich: Selbsterhaltung und Vertragsgebundenheit.⁷⁵⁴ Wurde die Neutralität nach dem deutsch-französischen Krieg zwar zu einem nationalen, kollektiven Identitätsfaktor, war sie jedoch nach wie vor von den Signatarstaaten des Wiener Kongresses abhängig. Das politische Instrument Neutralität wurde im kollektiven Bewusstsein intensiviert, und zwar als Konsequenz eines pragmatischen Entscheides der Existenzsicherung der Nation Schweiz. Angesichts des sich vermehrt um sich greifenden Nationalismus beziehungsweise des Nationalitätsprinzips und der akuten Bedrohungslage, den der deutsch-französische Krieg für die Schweiz trotz Nicht-Beteiligung darstellte, musste situativ und pragmatisch entschieden werden. Nachdem dieser Entscheid sich letztlich bewährt hatte, konnte die (bewaffnete) Neutralität allmählich auch den Charakter eines Identitätsfaktors annehmen. Denn obwohl der Krieg zu Ende war, blieb das Nationalitätsprinzip bestimmend und somit eine latente Gefahr für die Nation Schweiz. Diesem liess sich nur durch die Betonung der Schweiz als souveränem Staat und als Willensnation entgegenzutreten, die durch das kollektive Bewusstsein aufrechterhalten wurde – die (bewaffnete) Neutralität konnte zum Identitätsfaktor werden. Mit der Neutralität als Identitätsfaktor kam es auch zur politischen Introversion.

Nach dem deutsch-französischen Krieg zog sich die Schweiz auf sich selbst zurück. Die Nation Schweiz wurde allmählich zu einer festen Komponente in der europäischen Staatengemeinschaft. Die Neutralität war nicht mehr nur ein Mittel der Politik, sondern gleichsam Bestandteil der Identität. Diese Doppelfunktion erlaubte es, sich sowohl gegen aussen abzugrenzen als auch gegen innen die Solidargemeinschaft zu festigen. Die Totalrevision der Bundesverfassung 1874 machte allerdings deutlich, dass die Akteure des Nationskonzeptes die Gefahren, die die Introversion in sich barg, auch erkannten:

„Der größte Feind eines Volkes ist die Selbstüberschätzung, an der wir theilweise auch leiden. Wir geben uns oft dem Wahne hin, als sei die Schweiz in jeder Beziehung das Eldorado menschlicher Vollkommenheit und wir hätten es vom Herrgott auf Pergament geschrieben und gesiegelt, daß unsere Grenzen in Ewigkeit unangetastet bleiben werden. [...] Das will sagen, daß, wenn wir unsern Posten besetzt halten wollen, wir uns nicht isoliren dürfen, sondern daß das eiserne Gebot der Selbsterhaltung uns die Pflicht auferlegt, mit der Zivilisation Schritt zu halten. Nicht mehr und nicht weniger. Kein völkerrechtlicher Vertrag ist stark genug, uns unsere Existenz zu sichern – angenommen sogar, der gute Wille wäre

⁷⁵⁴ Schweizerisches Bundesblatt, Band 3, Nr. 29, 23.7.1870.

allseitig da, denselben stets zu halten -, sobald die Urquellen lebensfähigen Daseins zu versiegen anfangen.“⁷⁵⁵

Der deutsche Kulturkampf tangierte zwar die Schweiz in Bezug auf die noch schwelende Spaltung zwischen dem liberalen und dem katholisch-konservativen Lager, die schweizerische Neutralität stand jedoch nie zur Disposition. Obwohl sich konkurrenzierende kollektive Identitäten in der Rezeption des deutschen Kulturkampfes klar zutage traten, gelang es der liberalen Konzeption nationaler Identität diese sie konkurrenzierenden kollektiven Identitäten so zu überformen und/oder zu integrieren, dass die Schweiz nach aussen geschlossen auftreten konnte. Dies schloss allerdings nicht aus, dass im Innern sich die kollektiven Identitäten nach wie vor konkurrenzten. Etwas anders lag der Fall beim deutschen Sozialistengesetz. Obwohl auch hier die schweizerische Neutralität nie in Frage gestellt wurde, bot die liberale Asylpraxis genug Zündstoff zwischen Deutschland und der Schweiz, der letztlich die Neutralität zur Disposition stellen konnte – und es schliesslich auch tat. Es gelang aber auch hier, eine nationale Identität zu beschwören, die sich konkurrierende kollektive Identitäten überlagern konnte. Verantwortlich hierfür war vor allem der republikanische Grundsatz der Gedanken- und Pressefreiheit, den alle politischen Milieus teilten. Deutlich beobachten lässt sich die Veränderung der Betonung der (bewaffneten) Neutralität, als es 1886/1887 beinahe zu einem erneuten Krieg zwischen Deutschland und Frankreich kam. Die Betonung der bewaffneten Neutralität war deutlich stärker als noch anno 1870/71. Das heisst, die bewaffnete Neutralität als Identitätsfaktor hatte sich in den rund 15 Jahren im Bewusstsein der Öffentlichkeit festsetzen können. Gleichzeitig konnte aber auch die Armee mit der Zentralisierung der Militärausbildung zur Konsolidierung im Innern beitragen (obwohl die Zentralisierung des Militärs insgesamt scheiterte). Mit der Einführung des Sozialistengesetzes in Deutschland im Jahre 1878 endete allerdings die relative Ruhe. Die Schweiz sah sich in den 1880er Jahren einem starken diplomatischen Druck von Seiten der drei europäischen Grossmächte Russland, Österreich und Deutschland ausgesetzt. 1889 drohte der Konflikt um die liberale Asylpraxis zu eskalieren. Gleichzeitig muss beachtet werden, dass im Jahre 1878 eine weitere gesellschaftliche Krisenphase in der Schweiz einsetzte, in der das nationale Bewusstsein Zeichen der Schwäche und der Desorientierung zeigte.

Der Wohlgemuth-Handel im Jahre 1889 löste in der Schweiz eine Orientierungskrise aus. Um diese zu bewältigen, mussten zentrale Elemente der bisherigen Definition nationaler Identität neu definiert werden. Zur Disposition stand primär die Neutralität. Die Voraussetzung, dass die Nation Schweiz in den Jahren nach 1870/71 im Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit zu einer festen und vor allem souveränen Komponente im europäischen Staatengebilde gewachsen war, machte eine Neu-Definition – die Neutralität war nunmehr das Recht eines souveränen Staates – im politischen Sinne möglich. Aus der Orientierungskrise ergab sich aber auch das existentielle Bedürfnis, sich vermehrt auf sich selbst zu besinnen und daher in der eigenen Geschichte Konstanz und

⁷⁵⁵ NZZ, 11.5.1872, Nr. 236, 1. Blatt.

Orientierung zu finden. Die Interpretation der Neutralität als das Recht eines souveränen Staates erfüllte zwar in der Abgrenzung gegenüber aussen ihren Zweck, um aber nationale Identität über die Zugehörigkeit festzulegen, die letztlich die Solidargemeinschaft förderte, reichte diese Neu-Definition nicht aus. Wenige Jahre nach dem Wohlgemuth-Handel, aber ganz unter dessen Eindruck, veröffentlichte Paul Schweizer seine Geschichte der schweizerischen Neutralität.⁷⁵⁶ Er vertrat erstmals die These, dass die Neutralität eine jahrhundertealte Tradition sei und ersetzte so die rechtliche durch die historische Argumentation. In der Orientierungskrise der Schweiz fand diese Argumentation nachhaltiger Resonanz; sie konnte in das kollektive, nationale Bewusstsein der Schweiz eindringen und die Wahrnehmung der Stellung der Schweiz im internationalen Umfeld tiefgreifend verändern – bis heute.

Um die Tradition der schweizerischen Neutralität ist zwischen Andreas Suter und Thomas Maissen eine wissenschaftliche Kontroverse entbrannt. Andreas Suter vertritt die Meinung, dass die Tradition der neutralen Schweiz eine Erfindung des 19. Jahrhunderts sei. Es handle sich um keine geschichtliche Kontinuität, sondern um einen qualitativen Bruch als Ergebnis des Wiener Kongresses. Dem Wohlgemuth-Handel komme die Bedeutung einer „invention of tradition“ zu. Die Unsicherheit während des Konflikts ergab ein existentielles Bedürfnis, in der eigenen Geschichte vermeintliche Sicherheit, Konstanz und Orientierung zu finden. Somit wurde die Niederlage bei Marignano 1515 zum entscheidenden Wendepunkt der Schweizer Geschichte stilisiert, an dem das Land zu seiner historisch verbürgten Identität als neutrales Land gefunden hatte.⁷⁵⁷ Thomas Maissen wiederum argumentiert, dass angesichts der beschränkten aussenpolitischen Handlungsfähigkeit der Tagsatzung es wohl angebrachter sei, in der frühneuzeitlichen Neutralität weniger eine konsequente Staatsmaxime als ein pragmatisch genutztes Argument zu sehen, das allerdings kraft seiner Wiederholung durchaus das Bewusstsein einer spezifischen schweizerischen Tradition erzeugte – auch im Ausland. Klarere Rechte und Pflichten wurden erst mit der weiteren Ausgestaltung des Völkerrechts entwickelt. Somit haftet der Neutralität stets etwas „situationales und pragmatisches“ an.⁷⁵⁸

Die vorliegende Studie konnte zeigen, dass die Orientierungskrise während des Wohlgemuth-Handels es notwendig machte, den Identitätsfaktor Neutralität, der zur Disposition stand, als das Recht eines souveränen Staates (neu) zu definieren. Hinsichtlich der Neutralität als Identitätsfaktor wurde in Konsequenz die rechtliche durch die historische Argumentation ergänzt beziehungsweise ersetzt. Im Lernprozess nationaler Identität zeigt sich, dass zunächst die Neutralität – wie bisher – als Mittel der Politik interpretiert wurde, wenn nun auch als Recht eines souveränen Staates, und erst

⁷⁵⁶ Paul Schweizer veröffentlichte im Juli 1889 in der *NZZ* ohne Verfasserangabe eine Reihe von Artikeln, aus der 1895 die über tausendseitige „Geschichte der schweizerischen Neutralität“ hervorging. (SCHWEIZER, Paul, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Frauenfeld 1895.) Siehe auch: GEISSBÜHLER, Simon, „Une Suisse neutre ne doit pas être une Suisse morte“. Drei alternative Neutralitätskonzeptionen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert, In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 51, 4/2001, S. 535-541.

⁷⁵⁷ SUTER, Andreas, Die Entdeckung von Marignano. Die Tradition der neutralen Schweiz als Erfindung des 19. Jahrhunderts, In: Neue Zürcher Zeitung, 13.2.1999. Vgl. auch: SUTER, Neutralität.

⁷⁵⁸ *NZZ*, 13.2.1999, Nr. 36.

anschliessend in Konsequenz als konstitutives Element nationaler Identität. Zum wissenschaftlichen Streit zwischen Suter und Maissen kann folgendes beigetragen werden:

- In den analysierten Organen finden sich in der Rezeption des Wohlgemuth-Handels keine relevanten Hinweise auf eine Tradition schweizerischer Neutralität, die über das Jahr 1815 hinaus zurückreicht (auch wenn Paul Schweizer im Juli 1889 für die *Neue Zürcher Zeitung* eine Artikelserie verfasste, in der er erstmals von einer jahrhundertealten Tradition der Neutralität sprach – siehe oben).
- Die Neu-Definition der Neutralität als das Recht eines souveränen Staates erfolgte situativ. Die Neutralität wurde – wie bis anhin – als politisches Mittel interpretiert. Als Identitätsfaktor diente sie in dieser Interpretation lediglich der Abgrenzung gegenüber aussen.
- Als direkte Konsequenz des Wohlgemuth-Handels wurde wenig später die rechtliche durch die historische Argumentation ergänzt beziehungsweise ersetzt („invention of tradition“). In dieser Interpretation diente die Neutralität nun auch als Identitätsfaktor.

Die „invention of tradition“ wurde historisch signifikant, als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter anderem die Verbreitung der Demokratie eine Bedrohung der Legitimität der traditionellen Autoritäten darstellte.⁷⁵⁹ Für die Republik Schweiz trifft diese Definition des Terminus von Hobsbawm und Ranger, mit dem versucht wurde, die soziale Plausibilisierung der Ordnungsvorstellung Nation zu erklären, nur bedingt zu, hatte sie doch bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weitgehend demokratische Strukturen. Wird die Definition aber dahingehend erweitert, als die „invention of tradition“ auf die Bedrohung der Legitimität generell reagiert, lässt sich der Terminus auch für die Orientierungskrise während des Wohlgemuth-Handels und deren Konsequenzen anwenden. In der Neutralitätsdiskussion am Ende der 1880er Jahre manifestierte sich der Versuch, in Reaktion auf die deutsche Bedrohung die nationale Souveränität zu stärken. Die „invention of tradition“ diente entsprechend dazu, in der Unsicherheit wieder Sicherheit, Konstanz und Orientierung zu finden. Aus einer situativen Entscheidung heraus entstand ein qualitativer Bruch. Die rechtliche wurde durch die historische Argumentation ersetzt, und die Tradition der Neutralität in den Kanon der nationalen Identität aufgenommen.

Bis zur Jahrhundertwende blieb die Ende der 1880er Jahre vorgenommene Neu-Konzeption der Neutralität bestehen; es gab keinen Anlass mehr, den eine weitere Neu-Konzeption notwendig gemacht hätte. Im Jahre 1895 schrieb die *Neue Zürcher Zeitung* zur Neutralität:

„Mit dem Gedanken einer papierenen, von außen uns auferlegten Neutralität haben wir gebrochen. Wir sehen unsere Neutralität als unsern freien Entschluß und unser natürliches

⁷⁵⁹ Siehe: Fussnote Nr. 76.

Recht an, und machen große Anstrengungen, um ihr den wirksamen Rückhalt der Waffen zu geben.“⁷⁶⁰

Das Zitat zeigt die Relation der zwei Aspekte, die neu in die Neutralitätsdiskussion hineingekommen sind: Souveränität und bewaffnete Neutralität. Die Neutralität wurde am Ende des 19. Jahrhunderts als das Recht eines souveränen Staates definiert, und die intensivierte Bewaffnung wurde als unabdingbare Voraussetzung zur Unterstützung eben dieser Neutralität verstanden.

9.2.2 Republikanismus

Der zweite während der Untersuchungsperiode sich verändernde Identitätsfaktor – der Republikanismus – diente bereits vor 1848 als Wahrnehmung einer gemeinsamen Basis, zumindest in den bürgerlichen Schichten. Dieser Republikanismus wurde als Gegenmodell, als „Alternativkonzept“ zur in Europa vorherrschenden Monarchie und als Ausdruck bürgerlicher Selbständigkeit und politischer Gestaltungskraft interpretiert. Diese Interpretation wiederum ermöglichte es, dass der Republikanismus als so genannter „Integrationsrepublikanismus“ auch über das Jahr 1848 hinaus wirken konnte.⁷⁶¹ Die Betonung der Republik in Form des Republikanismus erlebte aufgrund der Bedrohungslage während des deutsch-französischen Krieges eine Intensivierung; der Republikanismus wurde um ein militantes republikanisches Selbst- und vor allem Sendungsbewusstsein, das der Abgrenzung gegenüber aussen diene, erweitert und charakterisierte fortan den spezifisch schweizerischen Nationalismus. Mit anderen Worten: Zur Überhöhung beziehungsweise Sakralisierung der Nation zu einer „allein verbindlichen Sinngebungs- und Rechtfertigungsinstanz“ und zu einer Überhöhung beziehungsweise Sakralisierung des Volkes als „einig Volk von Bürgern“, dem die „Vorstellung eines einheitlichen Volkes als eines kollektiven Trägers“ innewohnte, kam der Aspekt des (teilweise militanten) Sendungsbewusstseins der republikanischen Staatsform hinzu.⁷⁶² Die eigentliche „republikanische Mission“ wurde auch vom nachmaligen Bundesrat Numa Droz im August 1871 deutlich vertreten:

„La petite Confédération suisse n'a pas seulement pour tâche celle que la diplomatie lui a assignée, c'est-à-dire de tenir la clef des défilés de nos hautes montagnes et d'amortir le choc des grandes nations qui l'entourent: elle a aussi et surtout la mission de garder soigneusement, derrière les bastions gigantesques des Alpes et de notre Jura, l'idée

⁷⁶⁰ NZZ, 1.1.1895, Nr. 1.

⁷⁶¹ Siehe: Kapitel „2.2 Nation und nationale Identität“, S. 34 f.

⁷⁶² Ebenda, S. 37.

républicaine, d'entretenir fidèlement, comme la vestale antique, la flamme qui doit se communiquer un jour à l'Europe et au monde entier".⁷⁶³

Das militante republikanische Selbst- und Sendungsbewusstsein diente vor allem als verbales Gegenmittel gegenüber dem in Europa intensivierten ethnischen Nationalismus. Die Konfirmation der Wahrung der Neutralität durch die beiden Krieg führenden Mächte zu Beginn des deutsch-französischen Krieges war für die Souveränität der Republik Schweiz anfänglich Garantie genug. Wenig später genügte dies nicht mehr. Noch vor der Proklamation der Republik in Frankreich im September 1870 diente das militante republikanische Sendungsbewusstsein auch der unbedingten Abgrenzung von den beiden Monarchien Deutschland und Frankreich. Die Symbiose von monarchischem Grossstaat und Nationalismus bedeutete für die Nation Schweiz eine Bedrohung ihrer Existenz; die Kombination von Republikanismus und Nationalismus, die dem schweizerischen Selbstverständnis entsprach, nach Ansicht der Kommentatoren eine „Überlebensstrategie“.⁷⁶⁴ Nach der Proklamation der Republik in Frankreich wurde das militante republikanische Sendungsbewusstsein beibehalten, nun allerdings fühlte man sich aufgrund der Konfirmation des eigenen Nationskonzeptes dazu befähigt, zusätzlich als Lehrmeister aufzutreten.

Der „Integrationsrepublikanismus“ hatte während des deutsch-französischen Krieges für die Festlegung nationaler Identität eine wichtige Funktion erfüllt, nämlich diejenige der Abgrenzung gegenüber aussen; sie war aufgrund des demokratisch-republikanischen Grundkonsenses unter allen politischen Milieus möglich. Dieser Grundkonsens wiederum zeigt, dass der „Integrationsrepublikanismus“ auch die Zugehörigkeit nach innen erfolgreich festlegen konnte. Der zunächst lediglich in den bürgerlichen Schichten vorhandene Republikanismus konnte nun aufgrund einer äusseren Bedrohungslage alle Schichten beziehungsweise politischen Milieus erreichen und so zum nationalen Identitätsfaktor werden, den alle anderen Loyalitäten überformte. Dieser Prozess lässt die Vermutung aufkommen, dass der „Integrationsrepublikanismus“ bereits vor dem deutsch-französischen Krieg zum demokratisch-republikanischen Grundkonsens unter den politischen Milieus beigetragen hatte; der Republikanismus als Wahrnehmung einer gemeinsamen Basis unter den bürgerlichen Schichten vor 1848 erreichte kurz nach der Bundesstaatsgründung weitere Schichten als nur die bürgerliche. Die vermeintliche Bedrohung von aussen während des deutsch-französischen Krieges hatte diesen Prozess

⁷⁶³ Claudius Fontaine (Borgel), *Souvenir national de la Fête patriotique offerte à la République suisse par la Ville de Mâcon*, 5-9 août 1871, Genève-Mâcon 1871, pp. 71-72. Zitiert nach: VUILLEUMIER, 1889 en Suisse, S. 216.

⁷⁶⁴ Jürgen Habermas: „Hat die vorübergehende Symbiose von Republikanismus und Nationalismus nicht nur die Tatsache verschleiert, dass das Konzept des Staatsbürgers bestenfalls für die unterkomplexen Verhältnisse einer ethnisch homogenen und überschaubaren, noch durch Tradition und Sitte integrierten Gemeinwesens taugt?“ (HABERMAS, Staatsbürgerschaft, S. 18) Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass diese Aussage für die Schweiz nur teilweise zutrifft. Die Schweiz war (und ist) keine ethnisch homogene Nation. Das „Konzept des Staatsbürgers“, den Demos als legitimen Träger des politischen Willens taugte dennoch, und mittels Symbiose von Republikanismus und Nationalismus gelang es, dieses Konzept auch in Phasen akuter Bedrohung aufrechtzuerhalten.

beschleunigt. Obwohl die bürgerlichen Schichten mit dem Freisinn die dominierende Kraft nach 1848 in der Schweiz waren und somit den Republikanismus als Wahrnehmung einer gemeinsamen Basis als Elite im Ringen um die Definitionsmacht Nation einbringen konnten, darf die „nation-building-from-below“ nicht unterschätzt werden. Gerade die Bedrohung von aussen gab den Akteuren „from below“ die Möglichkeit, im Republikanismus den Identitätsfaktor zu sehen, der die Souveränität der Nation Schweiz garantierte. Der Republikanismus als eine von allen Akteuren anerkannte Funktion zur Konstruktion nationaler Identität konnte von der gesamten (politischen) Öffentlichkeit decodiert werden.

Die Konsolidierung im Innern war nach 1870/71 noch längst nicht abgeschlossen. Zunächst kam es zu sich konkurrierenden kollektiven Identitäten anlässlich des Kulturkampfes, der anschliessend – einem Paradigmawechsel gleich – durch den Klassenkampf abgelöst wurde. Trotz eigenem Kultur- und Klassenkampf, die die Konsolidierung in der Schweiz weitgehend negativ beeinflussten, kam es in der Beobachtung des deutschen Kulturkampfes und des deutschen Sozialistengesetzes zum bereits während des deutsch-französischen Krieges festgestellten demokratisch-republikanischen Grundkonsens unter den politischen Milieus. Dieser war zum entscheidenden Identitätsfaktor geworden, um die Abgrenzung gegenüber aussen zu demonstrieren, aber auch um die Solidargemeinschaft nach innen zu stärken. Die gemeinsame Basis besagt allerdings nicht, dass die Definition der Republik abgeschlossen war.⁷⁶⁵ Um den Faktor Republik wurde unter den politischen Akteuren weiterhin gerungen. Der Republikanismus als Aktion und als Reaktion auf äussere Ereignisse diente dem spezifisch schweizerischen Nationalismus jedoch dazu, die Nation Schweiz zu plausibilisieren.

Während des Wohlgemuth-Handels stand die Neutralität zur Disposition und mit ihr letztlich die Souveränität der Schweiz, so dass der demokratisch-republikanische Grundkonsens beziehungsweise der Republikanismus in seiner Funktion als Konstruktionsfaktor nationaler Identität erneut an Bedeutung gewann. Die Betonung des demokratisch-republikanischen Grundkonsenses konnte die politischen Diskrepanzen unter den Milieus zumindest vorübergehend eliminieren und die notwendige Einigkeit herstellen. Die akute Bedrohung der Souveränität liess allerdings nur noch ein marginales republikanisches Sendungsbewusstsein zu, was nicht zugleich heisst, dass auch kein republikanisches Selbstbewusstsein geäussert wurde, im Gegenteil. Zwar argumentierten die Organe primär pragmatisch und auf den konkreten Konfliktfall bezogen und vermieden in ihren Positionszügen alles, was konfliktverschärfend hätte wirken können, doch als Basis für diese Positionsbezüge fungierte ungebrochen das republikanische Selbstbewusstsein. Führte der deutsch-französische Krieg zu einer Intensivierung des Republikanismus, wurde dieser während des Wohlgemuth-Handels der Situation angepasst. Es wurde in der Folge auf das Sendungs-, nicht aber auf das

⁷⁶⁵ Zum Beispiel hinsichtlich der sozialen Frage zeigten sich divergierende Ansichten unter den politischen Milieus. Einig waren sie sich lediglich darin, dass diese für die Ausgestaltung der Republik essentiell war und daher gelöst werden musste. Wie die soziale Frage allerdings gelöst werden sollte, darin schieden sich die Geister.

Selbstbewusstsein verzichtet. Es stellt sich die Frage, ob es sich während des Wohlgemuth-Handels um eine situative Anpassung an die politische Lage handelte oder ob der spezifisch schweizerische Nationalismus bereits im Jahre 1889 in Veränderung begriffen war.⁷⁶⁶ Die Analyse des Boulangismus und der Dreyfus-Affäre wird diese Frage beantworten.

Sowohl der Boulangismus als auch die Dreyfus-Affäre stellten in Frankreich die republikanische Staatsform zur Disposition. Während des Boulangismus kritisierten die schweizerischen Organe einerseits die Politik des französischen Parlamentes respektive der Regierung, andererseits die Republikmüdigkeit des französischen Volkes. In dieser Kritik trat das republikanische Sendungsbewusstsein nur noch sporadisch in Erscheinung, während mit dem republikanischen Selbstbewusstsein einer sich bereits seit Jahrzehnten bewährenden Republik argumentiert und eine entsprechende Differenz zur französischen Republik etabliert wurde. Das militante republikanische Sendungsbewusstsein als elementarer Teil des spezifisch schweizerischen Nationalismus war Ende der 1880er Jahre bereits im Rückgang begriffen. Das republikanische Selbstbewusstsein und der demokratisch-republikanische Grundkonsens blieben jedoch fixe Bestandteile der nationalen Identität. In der Argumentation für oder wider das Plebiszit in Frankreich im Jahre 1889⁷⁶⁷ zeigt sich jedoch deutlich, dass die politischen Akteure in der Schweiz die Definition der Republik und der Grenzen der Demokratie noch längst nicht abgeschlossen hatten. Die Unsicherheit bestand in der Annahme, dass der Volkswille unbedingt respektiert werden muss, andererseits gerade dieser Volkswille, der offensichtlich dem Boulangismus zugetan war, im Endeffekt eine Gefahr für die Republik darstellte. Die Definition der Republik war für die analysierten Blätter auch am Ende des Jahrhunderts noch kein abgeschlossenes Thema. Ihre Beobachtungen der Dreyfus-Affäre machen deutlich, dass das primäre Thema der Anschlusskommunikation nicht der Antisemitismus, sondern die Bedrohung der Republik war. Trotz divergenter Stellungnahmen zur Affäre an sich waren sich die Organe in der Solidarität mit der französischen Republik einig. Das republikanische Sendungsbewusstsein war allerdings in der Argumentation gänzlich verschwunden. Die Schwesterrepublik war zur Konfirmation des eigenen Nationskonzeptes nicht mehr notwendig. Die politische Rechtswendung des Nationalismus in Europa verlangte eine Anpassung des spezifisch schweizerischen Nationalismus – das militante republikanische Sendungsbewusstsein wurde für eine dem Nationalitätsprinzip widersprechenden Nation obsolet.

⁷⁶⁶ Von Interesse ist Renks abschliessende Bemerkung, dass sich die beiden Nachbarn Frankreich und Schweiz nach dem Wohlgemuth-Handel näher standen als je zuvor. (RENK, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, S. 394 ff.)

⁷⁶⁷ Siehe: Kapitel „Die Rezeption des Boulangismus“, S. 172.

9.3 Konklusion

Die Ausbildung nationaler Identität war von Anfang der 1870er Jahre bis zur Jahrhundertwende in der Schweiz ein diskontinuierlicher Lernprozess. In diesem Prozess konstruierte sich die Schweiz als Nation auch in Bezug auf beziehungsweise in Abgrenzung gegenüber Deutschland und Frankreich. Die Interpretation dieses Lernprozesses anhand von deutschen und französischen Schlüsselereignissen zeigte die politischen Akteure im Ringen um die Deutungsmacht Nation sowohl von ihren Handlungsmöglichkeiten als auch von ihren Handlungsgrenzen her. Aufgrund der Analyse von Ereignissen, in die die Schweiz weitgehend nicht direkt involviert war, liessen sich allerdings mehr Handlungsgrenzen als Handlungsmöglichkeiten beobachten; das Überwiegen von Handlungsgrenzen stellt hier ein Strukturmerkmal des Kleinstaates dar. Lediglich beim Wohlgemuth-Handel lassen sich sowohl Handlungsmöglichkeiten als auch -grenzen der politischen Akteure erkennen. Dass den politischen Akteuren allerdings auch hier mehrheitlich Handlungsgrenzen gesetzt waren, und somit die Handlungsmöglichkeiten lediglich gering waren, war den Zeitgenossen durchaus bewusst. Die Analyse des Wohlgemuth-Handels zeigte denn auch deutlich, dass den Zeitgenossen die Konsequenzen der mangelhaften Einrichtung einer Fremdenpolizei, der Nicht-Besetzung der Stelle des Bundesanwaltes, aber auch der fehlenden konsularischen Einrichtungen in England und Russland bewusst waren. Der Wohlgemuth-Handel ist entsprechend auch das einzige der analysierten Ereignisse, bei dem unmittelbar Strukturbildungen festgestellt werden konnten. Bei den weiteren analysierten Ereignissen kann lediglich vermutet werden, dass diese unbewusst oder auch bewusst mit einer Zeitverschiebung Einwirkungen und Konsequenzen auf die schweizerische Gesellschaft und ihre Institutionen hatten; man denke hier zum Beispiel an das deutsche Sozialistengesetz und seinen etwaigen Einfluss auf die liberale Asylrechtspraxis oder an das Säbelrasseln zwischen Deutschland und Frankreich anno 1886/1887, als Boulanger Kriegsminister war, und dessen möglichen Einfluss auf militärische Kredite und die Neuorganisation der Schweizer Armee. Um diese Vermutungen allerdings in konkrete Ergebnisse umwandeln zu können, müsste die dritte Stufe des dreistufigen Verfahrens in einer weiteren Studie in einem nach dem unmittelbaren Ereignis stattfindenden längerfristigen Prozess untersucht werden.

In der vorliegenden Studie waren vor allem jene Strukturen von Interesse, die für die Erklärung von Ereignissen unverzichtbar sind. Diese Strukturen stellen einen Teil des Bedingungsrahmens dar, in dem die Ereignisse beobachtet wurden. Dieser Rahmen wiederum wirkte – *nomen est omen* – klar einschränkend. So liessen beispielsweise etablierte Wahrnehmungs- und Deutungsstrukturen nur gerade dieses oder jenes Urteil über ein Ereignis in Deutschland beziehungsweise in Frankreich zu. Bei zu analysierenden Zeitungen während der Ära der Parteipresse war der Bedingungsrahmen erstens das politische Milieu, dem sich das Presseorgan verpflichtet sah, und zweitens, aber nicht minder wichtig, das nationale Selbstverständnis, das in seinem Kern konsensuell war. Hinzu kommt, dass die Presse zwischen Staat und Öffentlichkeit

vermittelte, was in Anbetracht der Resonanz, die die politischen Akteure in der Öffentlichkeit finden mussten, der Presse den Status einer relevanten Schnittstelle gab. Es liess sich beobachten, dass sich bei der Rezeption und Diskussion von Ereignissen in Deutschland und Frankreich kollektive Identitäten konkurrenzierten. Letztlich gelang es aber immer, eine definitionsmächtige Konzeption nationaler Identität zu etablieren, die andere sich konkurrenzierende Identitäten zu überformen in der Lage war. Bei der Interpretation dieses Ergebnisses ist zu beachten, dass für diese Studie lediglich Schlüsselereignisse ausgewählt wurden, die primär auf die Diskussion über die nationale Identität beziehungsweise auf das Nationskonzept fokussierten. Innerhalb dieser Diskussionen gab es aber noch andere, so zum Beispiel konfessionelle oder klassenpolitische Loyalitätsbezüge, die aktualisiert wurden. In der Konstruktion der nationalen Identität liess die Abgrenzung gegenüber aussen, oder auch der Bezug auf aussen, allerdings weitgehend nur den Loyalitätsbezug zur Nation zu. Der demokratisch-republikanische Basiskonsens, dem sich auch Minderheiten wie das sozialdemokratische oder das katholisch-konservative Milieu verpflichtet fühlten, war hierfür die notwendige Voraussetzung, auch wenn das bestehende Nationskonzept weitgehend vom Freisinn konstruiert wurde.

Nationale Identität konstituiert sich wesentlich über Ab- und Ausgrenzungen. Durch die Abgrenzung gegenüber den mächtigen Nachbarn und ihrem Nationalismus gelang es, die Schweiz als spezifisch andere Nation – mithin als „Sonderfall“⁷⁶⁸ – zu konstruieren. Es liess sich feststellen, dass die Abgrenzung gegenüber aussen gleichzeitig auch die Konsolidierung als Nation im Innern förderte. Zusätzlich bedingte der verstärkt um sich greifende ethnische Nationalismus in Europa sich im Rahmen des für das Nationalitätsprinzip wichtigen Konsenses zu bewegen – ein Bedingungsrahmen, der von aussen auferlegt wurde, jedoch für das Ringen um die Deutungsmacht der Nation essentiell war. Es kann folgendes festgehalten werden: Auch wenn die analysierten Organe in ihrer Argumentation primär nach den Weltanschauungen ihres jeweiligen politischen Milieus differierten, so bildete doch der demokratisch-republikanische Grundkonsens eine tragfähige gemeinsame Basis. Als Umkehrschluss gilt folgendes: Nationale Identität wurde in beiden Sprachregionen weitgehend gleichermassen konstruiert; regionale Differenzen liessen sich kaum beobachten. Diese Aussage besagt allerdings nicht zugleich, dass sich nach dem deutsch-französischen Krieg die deutschsprachige Schweiz nicht Deutschland, die französischsprachige Schweiz nicht Frankreich zuwandte – im Gegenteil. Differenzen zwischen der deutsch- und französischsprachigen Schweiz liessen sich lediglich hinsichtlich der Präferenzen für spezifische Themata feststellen: So befassten sich zum Beispiel die Redakteure der deutschsprachigen Zeitungen quantitativ weitaus häufiger mit dem Sozialistengesetz als deren französischsprachigen Kollegen, wohingegen sich die französischsprachigen Redakteure quantitativ weitaus häufiger mit dem Boulangismus beschäftigten als deren deutschschweizerischen Kollegen. Hier zeigt sich, dass der jeweils mächtige Nachbar aus dem gleichen Sprachraum jeweils besondere Aufmerksamkeit erhielt. Die Diskussion über

⁷⁶⁸ Vgl.: EBERLE, Thomas S., Der Sonderfall Schweiz aus soziologischer Perspektive, In: Ders. und Kurt IMHOF (Hrsg.), Sonderfall Schweiz, Zürich 2007, S. 7-22.

nationale Identität oder – besser – die Reflexion nationaler Identität in Konsequenz zu Ereignissen in Deutschland und Frankreich kann auch zur Voraussetzung struktureller Veränderungen werden. Als Beispiel dient der Wohlgemuth-Handel, dessen Analyse deutlich aufzeigte, dass es ohne die Reflexion über nationale Identität, konkret: ohne die Neutralitätsdiskussion, nicht zu einem Schub nationalgeschichtlicher Ideologiebildung gekommen wäre.

Diese Studie ist primär auf die kollektive, nationale Identität, die aus unterschiedlichen Konzepten im Ringen um die Deutungsmacht Nation hervorgeht, fokussiert. Die relative Integration in die Nation bedeutet aber – wie in der Theorie bereits erwähnt – keineswegs, dass sich andere, ältere Loyalitäten auflösen. Diese Konstellation kann teilweise dazu führen, dass sich der Prozess der Konstruktion der Nation nur über den Konflikt mit anderen Loyalitäten beziehungsweise kollektiven Identitäten vollziehen kann. Die Analyse hat gezeigt, dass die relative Integration in die Nation durchaus vollzogen wurde, hielten doch alle politischen Milieus am republikanischen Konzept der Nation fest, kam es gar zu einem demokratisch-republikanischen Grundkonsens. In der Rezeption der Ereignisse bildeten sich temporäre Akteurskonstellationen, die zwischen den einzelnen Ereignissen, so darf man durchaus interpretieren, sich nicht etwa auflösten, sondern durchaus permanent bestanden. Die sich an konkurrierenden kollektiven Identitäten orientierenden Akteure versuchten, das Nationskonzept nach ihren Vorstellungen zu prägen, integrierten sich jedoch nach aussen in die Nation – und rangen nach innen weiter um die Deutungsmacht Nation, zumindest in einzelnen Faktoren wie zum Beispiel der Konfession. Letztlich wurde die Konstruktion der Nation zu einem „highly competitive project“⁷⁶⁹, trotz – oder auch wegen – des demokratisch-republikanischen Grundkonsenses.

Im Theoriekapitel liess ich offen, ob letztlich die Konjunkturen nationaler Identität immer auch Antworten auf krisenhafte gesellschaftliche Legitimationsdefizite darstellen.⁷⁷⁰ Die empirische Analyse kann diese Annahme bestätigen. Die Auseinandersetzungen um die definitionsmächtige Konzeption nationaler Identität weisen in der Untersuchungsperiode zwei Konjunkturen auf: erstens während des deutsch-französischen Krieges und zweitens während des Wohlgemuth-Handels. Obwohl die weiteren untersuchten Ereignisse nach beziehungsweise vor diesen Konjunkturen primär der Konfirmation der nationalen Identität dienten und/oder sich konkurrierende kollektive Identitäten offenlegten, die allerdings von der nationalen Identität überlagert wurden, hatten sie nicht minder Anteil an der Konstruktion nationaler Identität. So konnte zum Beispiel hinsichtlich des deutschen Kulturkampfes festgestellt werden, dass die Beobachtung des „anderen“ Kulturkampfes die Situation im eigenen Land offen legte und so letztlich ebenfalls zur weiter fortschreitenden Säkularisierung in der Schweiz und somit auch des Nationskonzeptes beitrug. Die Beobachtung des deutschen Sozialistengesetzes wiederum legte die Situation der Sozialdemokratie in der Schweiz offen und zeigte entsprechend deutlich das Ringen um die Deutungsmacht der Nation. Wenn auch der deutsche Kulturkampf, das

⁷⁶⁹ ZIMMER, A Contested Nation, S. 245.

⁷⁷⁰ Siehe: S. 28 f.

Sozialistengesetz, der Boulangismus und die Dreyfus-Affäre nur einzelne Aspekte des Nationskonzeptes betrafen, so zeigten sie in Bezug auf und in Abgrenzung gegenüber aussen nicht nur die Bestätigung des Nationskonzeptes, sondern auch – und das ist hinsichtlich dieser Ereignisse entscheidend – den Wandel des Nationskonzeptes innerhalb der Nation mittels Konsens respektive Dissens unter den sich konkurrierenden kollektiven Identitäten. Zu beachten ist, dass es beim Wohlgemuth-Handel – ausgelöst durch die Wahrnehmung einer akuten Bedrohung der Nation Schweiz – zu einer gesellschaftlichen Orientierungskrise kam. Die Analyse des Wohlgemuth-Handels zeigte deutlich, dass die Orientierungskrise eine Legitimation verlangte, die nur durch den Rückgriff auf die Geschichte erfolgen konnte. Exemplarisch hierfür steht der Schub nationalgeschichtlicher Ideologiebildung, der kurz nach dem Wohlgemuth-Handel einsetzte.

Die mentale Konstruktion von Bedrohungsbildern während des deutsch-französischen Krieges äusserte sich in diffusen, nicht mit Fakten belegbaren Ängsten vor einem ethnischen Nationalismus in Deutschland, der auch die Schweiz bedrohte. Die politischen Milieus äusserten in ihren entsprechenden Organen allerdings nur vereinzelt solche Bedrohungsängste. Primär nahmen sie diese offensichtlich im Volk vorhandenen Bedrohungsbilder auf und versuchten, diese mentalen Konstrukte zu widerlegen respektive abzubauen, indem sie den diffusen Ängsten mit Fakten begegneten. Weitaus weniger diffuse Ängste finden sich während des Wohlgemuth-Handels; die Bedrohungsbilder liessen sich mit Fakten belegen. Mittels Visualisierung des Nationskonzeptes respektive mittels symbolischer Repräsentation wurde nun die Identifikation mit Fiktion erfassbar und somit die Neu-Definition der nationalen Identität bewusst gemacht.⁷⁷¹ Dies zeigt sich zum Beispiel äusserst deutlich in der Einführung des schweizerischen Nationalfeiertages, der im Jahre 1891 als einmaliger Anlass konzipiert wurde und somit als Tradition erfunden wurde.⁷⁷² Die politischen Akteure suchten zwar die Legitimation der Nation Schweiz in der Tradition, konnten (und wollten) aber nicht auf aktuelle Bedrohungsbilder verzichten – nationale Identität schafft auch ein Bewusstsein für das Fremde, das auszugrenzen ist.

Innerhalb der Untersuchungsperiode lässt sich feststellen, dass das teilweise militante republikanische Sendungsbewusstsein vor allem während des deutsch-französischen Krieges auftrat, um anschliessend kontinuierlich bis zur Jahrhundertwende abzuflauen. Dieser Prozess war beeinflusst vom Prozess des ethnischen Nationalismus in Europa, der im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kontinuierlich zunahm. Der Nationalismus in Europa hatte gegen Ende des Jahrhunderts eine politische Rechtswendung vollzogen. Gleichzeitig mündeten die imperiale Expansion und die Intensität ihrer konkurrierenden Nationalismen in das Zeitalter des „neuen Imperialismus“⁷⁷³. Diese Prozesse sowie die veränderten politischen Kräfteverhältnisse in Europa machten das militante, republikanische Sendungsbewusstsein für eine dem

⁷⁷¹ Siehe: Kapitel „Nation und nationale Identität“, S. 22 ff.

⁷⁷² Siehe: Fussnoten Nrn. 49 und 83.

⁷⁷³ Vgl. zum Beispiel: BAYLY, Christopher A., Die Geburt der modernen Welt. Eine Globalgeschichte 1780-1914, Frankfurt a. M. 2006, und HOBBSAWM, Das imperiale Zeitalter.

Nationalitätsprinzip widersprechende Nation obsolet, und auch am Konzept der Willensnation Schweiz konnte nur festgehalten werden, weil dieses in einem Prozess der „invention of tradition“ neu legitimiert werden konnte. Obwohl sie ein Kleinstaat und aussenpolitisch weitgehend unbedeutend war, gelang es der Schweiz, sich international zu positionieren. Die Schweiz bot auch gegen Ende des Jahrhunderts in Konfliktfällen Vermittlung und Gute Dienste an und beteiligte sich aktiv am Aufbau internationaler Organisationen, die vor allem dem weltweiten Handelsverkehr dienten.⁷⁷⁴ Internationale Organisationen mit nationaler Basis, so zum Beispiel das Internationale Rote Kreuz, dienten nach wie vor dem voluntaristischen Nationskonzept, das einer weltoffenen und höheren Idealen verpflichteten Schweiz entsprach.⁷⁷⁵ Innenpolitisch hatte sich ein integrierender Nationalismus durchgesetzt, dessen Basis ein demokratisch-republikanischer Grundkonsens bildete.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konstruierte sich die Nation Schweiz auch in Bezug auf und in Abgrenzung gegenüber Deutschland und Frankreich. Ohne die situative Anpassung des Nationskonzeptes an das europäische Umfeld respektive an Deutschland und Frankreich, zunächst mittels eines militanten republikanischen Sendungs- und Selbstbewusstseins, später mittels der Erfindung der Tradition der Neutralität und ihrer Legitimation aus der eigenen Geschichte, hätte sich die Nation Schweiz im aufkommenden ethnischen Nationalismus nur schwer als souveräne, dem Nationalitätsprinzip widersprechende Republik behaupten können. Auch deutsche und französische Ereignisse, die auf den ersten Blick keinen unmittelbaren Einfluss auf das Nationskonzept hatten, zeigten, dass sie zumindest hinsichtlich der Legitimation respektive Konfirmation der Nation Schweiz diskutiert wurden. Mit dem seit 1870 sich herausbildenden Nationskonzept, das seine Legitimation nach 1889 primär aus der mittelalterlichen Vergangenheit holte, konnte die Nation Schweiz am Ende des Jahrhunderts Genese, Sinn und Zweck ihrer Souveränität selbst erklären. Eine eigenständige Antwort auf den ethnischen Nationalismus war gefunden.

⁷⁷⁴ So wurde zum Beispiel im Jahre 1874 anlässlich einer Konferenz in Bern der Allgemeine Postverein gegründet, der aufgrund seines Erfolges bereits im Jahre 1878 in Weltpostverein umbenannt wurde. Der Hauptsitz ist nach wie vor in Bern.

⁷⁷⁵ Vgl.: DE CAPITANI, François, *Diplomatie-Geschichten 1848-1914: Ringen um Anerkennung und weltweites humanitäres Engagement*, In: Landesmuseum Zürich, Bundesamt für Kultur (Hrsg.), *In heikler Mission. Geschichten zur Schweizer Diplomatie*, Publikation zur gleichnamigen Sonderausstellung im Landesmuseum Zürich, Zürich 2007, S. 38-41. Weitere Literatur zum IKRK: HAUG, Hans (Hrsg.), *Menschlichkeit für alle. Die Weltbewegung des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds*, Bern 1993 (2., erweiterte Auflage).

10. Literaturverzeichnis

10.1 Primäre Quellen

Neue Zürcher Zeitung (NZZ)

- 1.6.1870-31.5.1871 (deutsch-französischer Krieg)
- 1.7.-31.8.1871 / 1.3.-31.7.1872 / 1.5.-31.5.1873 / 1.3.-31.5.1874 / 1.4.-30.4.1875 / 1.2.-31.12.1878 / 1.1.-31.5.1879 / 1.7.-31.7.1880 / 1.5.-31.5.1882 / 1.7.-31.7.1883 / 1.5.-31.5.1886 / 1.4.-30.6.1887 (Kulturkampf)
- 1.5.-31.12.1878 / 1.9.-31.12.1889 / 1.1.-31.3.1890 (Sozialistengesetz)
- 22.4.-31.12.1889 / 15.7.-25.7.1890 / 25.12.1890-5.1.1891 (Wohlgemuth-Handel)
- 1.1.-31.3.1886 / 1.12.-31.12.1886 / 1.1.-30.6.1887 / 1.1.-30.6.1888 / 1.1.-30.6.1889 / 30.9.1891-12.10.1891 (Boulangismus)
- 1.10.-31.12.1894 / 1.1.-3.3.1895 / 1.11.-30.11.1895 / 1.1.-31.3.1898 / 1.8.-30.9.1899 / 1.6.-31.8.1906 (Dreyfus-Affäre)

Gazette de Lausanne (GdL)

- 1.6.1870-31.5.1871 (deutsch-französischer Krieg)
- 1.7.-31.8.1871 / 1.3.-31.7.1872 / 1.5.-31.5.1873 / 1.3.-31.5.1874 / 1.4.-30.4.1875 / 1.2.-31.12.1878 / 1.1.-31.5.1879 / 1.7.-31.7.1880 / 1.5.-31.5.1882 / 1.7.-31.7.1883 / 1.5.-31.5.1886 / 1.4.-30.6.1887 (Kulturkampf)
- 1.5.-31.12.1878 / 1.9.-31.12.1889 / 1.1.-31.3.1890 (Sozialistengesetz)
- 13.4.-31.12.1889 / 1.1.-31.3.1890 / 1.6.-10.6.1890 / 19.7.-24.7.1890 (Wohlgemuth-Handel)
- 1.1.-31.3.1886 / 1.12.-31.12.1886 / 1.1.-30.6.1887 / 1.1.-30.6.1888 / 1.1.-31.8.1889 / 30.9.-12.10.1891 (Boulangismus)
- 15.10.-31.12.1894 / 1.1.-3.3.1895 / 1.11.-30.11.1895 / 1.1.-31.3.1898 / 1.8.-30.9.1899 / 1.6.-31.8.1906 (Dreyfus-Affäre)

Der Landbote (LB)

- 1.6.1870-31.5.1871 (deutsch-französischer Krieg)
- 1.7.-31.8.1871 / 1.3.-31.7.1872 / 1.5.-31.5.1873 / 1.3.-31.5.1874 / 1.4.-30.4.1875 / 1.2.-31.12.1878 / 1.1.-31.5.1879 / 1.7.-31.7.1880 / 1.5.-31.5.1882 / 1.7.-31.7.1883 / 1.5.-31.5.1886 / 1.4.-30.6.1887 (Kulturkampf)
- 1.5.-31.12.1878 / 1.9.-31.12.1889 / 1.1.-31.2.1890 (Sozialistengesetz)
- 21.4.-31.12.1889 / 1.1.-31.3.1890 / 20.5.-10.6.1890 / 10.7.-31.7.1890 (Wohlgemuth-Handel)
- 1.1.-3.3.1886 / 1.12.-31.12.1886 / 1.1.-31.5.1887 / 1.1.-30.6.1888 / 1.1.-30.6.1889 / 30.9.-12.10.1891 (Boulangismus)
- 15.10.-31.12.1894 / 1.1.-3.3.1895 / 1.11.-30.11.1895 / 1.1.-31.3.1898 / 1.8.-30.9.1899 / 1.7.-31.7.1906 (Dreyfus-Affäre)

Luzerner Zeitung (LZ) / Das Vaterland (VA)

- 1.6.1870-31.5.1871 (deutsch-französischer Krieg)

- 1.7.-31.8.1871 / 1.3.-31.7.1872 / 1.5.-31.5.1873 / 1.3.-31.5.1874 / 1.4.-30.4.1875 / 1.2.-31.12.1878 / 1.1.-31.5.1879 / 1.7.-31.7.1880 / 1.5.-31.5.1882 / 1.7.-31.7.1883 / 1.5.-31.5.1886 / 1.4.-30.6.1887 (Kulturkampf)
- 1.5.-31.12.1878 / 1.9.-31.12.1889 / 1.1.-15.2.1890 (Sozialistengesetz)
- 1.4.-30.9.1889 / 1.1.-20.1.1890 / 1.3.-31.3.1890 / 25.5.-5.6.1890 / 15.7.-25.7.1890 (Wohlgemuth-Handel)
- 1.1.-20.1.1886 / 1.12.-31.12.1886 / 1.1.-30.6.1887 / 1.2.-3.3.1888 / 1.4.-30.6.1888 / 1.1.-31.8.1889 / 30.9.-15.10.1891 (Boulangismus)
- 1.10.-31.12.1894 / 1.1.-3.3.1895 / 1.11.-30.11.1895 / 1.1.-31.3.1898 / 1.8.-30.9.1899 / 1.7.-20.7.1906 (Dreyfus-Affäre)

La Liberté (LIB)

- 1.3.-31.7.1872 / 1.5.-31.5.1873 / 1.3.-31.5.1874 / 1.4.-30.4.1875 / 1.2.-31.12.1878 / 1.1.-31.5.1879 / 1.7.-31.7.1880 / 1.5.-31.5.1882 / 1.7.-31.7.1883 / 1.5.-31.5.1886 / 1.4.-30.6.1887 (Kulturkampf)
- 1.5.-31.12.1878 / 1.9.-31.12.1889 / 1.1.-31.2.1890 (Sozialistengesetz)
- 21.4.-31.12.1889 / 1.1.-31.3.1890 / 20.5.-10.6.1890 / 10.7.-31.7.1890 (Wohlgemuth-Handel)
- 1.1.-3.3.1886 / 1.12.-31.12.1886 / 1.1.-31.5.1887 / 1.1.-30.6.1888 / 1.1.-30.6.1889 / 30.9.-12.10.1891 (Boulangismus)
- 15.10.-31.12.1894 / 1.1.-3.3.1895 / 1.11.-30.11.1895 / 1.1.-31.3.1898 / 1.8.-30.9.1899 / 1.7.-31.7.1906 (Dreyfus-Affäre)

Der Grütliener (GRÜT)

- 1.6.1870-31.5.1871 (deutsch-französischer Krieg)
- 1.7.-31.8.1871 / 1.3.-31.7.1872 / 1.5.-30.6.1873 / 1.3.-30.6.1874 / 1.4.-31.5.1875 / 1.2.-31.12.1878 / 1.1.-31.5.1879 / 1.7.-31.7.1880 / 1.5.-30.6.1882 / 1.7.-31.8.1883 / 1.5.-30.6.1886 / 1.4.-30.6.1887 (Kulturkampf)
- 1.5.-31.12.1878 / 1.9.-31.12.1889 / 1.1.-31.3.1890 (Sozialistengesetz)
- 21.4.-7.9.1889 / 1.1.-8.1.1890 / 1.2.-19.3.1890 / 31.5.-7.6.1890 / 19.7.-31.7.1890 (Wohlgemuth-Handel)
- 1.1.-31.1.1886 / 1.12.-31.12.1886 / 1.1.-30.6.1887 / 1.1.-30.6.1888 / 1.1.-30.6.1889 / 1.10.-31.10.1891 (Boulangismus)
- 1.10.-31.12.1894 / 1.1.-3.3.1895 / 1.11.-30.11.1895 / 1.1.-31.3.1898 / 1.8.-30.9.1899 / 1.6.-31.8.1906 (Dreyfus-Affäre)

Die Tagwacht (TW) / Die Arbeiterstimme (AS)

- 1.6.1870-31.5.1871 (deutsch-französischer Krieg)
- 1.7.-15.8.1871 / 1.3.-31.7.1872 / 1.5.-31.5.1873 / 1.3.-31.5.1874 / 1.4.-30.4.1875 / 1.2.-31.12.1878 / 1.1.-31.5.1879 / 1.7.-31.7.1880 / 1.5.-10.6.1882 / 1.7.-31.7.1883 / 1.5.-31.5.1886 / 1.4.-30.6.1887 (Kulturkampf)
- 1.5.-31.12.1878 / 1.9.-31.12.1889 / 1.1.-31.3.1890 (Sozialistengesetz)
- 13.4.-31.12.1889 / 1.1.-30.6.1890 (Wohlgemuth-Handel)
- 1.1.-31.3.1886 / 1.12.-31.12.1886 / 1.1.-30.6.1887 / 1.1.-30.6.1888 / 1.1.-31.8.1889 / 30.9.-12.10.1891 (Boulangismus)

- 1.10.-31.12.1894 / 1.1.-3.3.1895 / 1.1.-31.3.1898 / 1.8.-30.9.1899 / 1.6.-31.8.1906 (Dreyfus-Affäre)

Schweizerisches Bundesblatt, Band 3, Nr. 29, 23.7.1870.

Schweizerisches Bundesblatt, Band 3, Nr. 53, 17.12.1870.

Schweizerisches Bundesblatt, Band 2, Nr. 24, 17.6.1871.

10.2 Sekundäre Quellen

BLUM, Léon, Beschwörung der Schatten. Die Affäre Dreyfus, Berlin 2005 (französische Originalausgabe unter dem Titel „Souvenirs de l'affaire“ 1935).

BLUNTSCHLI, Johann Caspar, Die schweizerische Nationalität, Zürich 1915 (erstmalig veröffentlicht in der Zeitschrift „Gegenwart“, Band VIII (1875), Nrn. 49 und 51).

GOTTHELF, Jeremias, Ein deutscher Flüchtling, Erstabdruck 1851.

INGLIN, Meinrad, Schweizerspiegel, Berlin 1998 (Erstversion 1938, Neufassung 1955).

LESSING, Gotthold Ephraim, Nathan der Weise, Erstabdruck 1779.

SCHWEIZER, Paul, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Frauenfeld 1895.

SEGESSER, Anton Philipp von, Der Culturkampf, Bern 1875.

TREITSCHKE, Heinrich von, Bundesstaat und Einheitsstaat, In: Historische und Politische Aufsätze, 2. Band: Die Einheitsbestrebungen zertheilter Völker, Leipzig 1871 (4., vermehrte Auflage), S. 77-241.

10.3 Literatur

1889: Centenaire de la Révolution française. Réactions et Représentations politiques en Europe, Actes du colloque tenu à l'Université des Sciences Humaines de Strasbourg, 20-22 avril 1989, Association Internationale d'Histoire Contemporaine de l'Europe, Publié sous la direction de Jacques Bariety, Berne 1992.

ALEX, Robert, Begriff und Geltung des Rechts, München ³2002.

ALTER, Peter (Hrsg.), Nationalismus. Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens, München 1994.

ALTMATT, Urs, BOSSHART-PFLUGER, Catherine und Albert TANNER (Hrsg.), Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert, Zürich 1998.

ALTMATT, Urs, BOSSHART-PFLUGER, Catherine und Albert TANNER, Einleitung, In: Dies. (Hrsg.), Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert, Zürich 1998, S. 11-15.

ALTMATT, Urs, Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto. Die Entstehungsgeschichte der nationalen Volksorganisation im Schweizer Katholizismus 1848-1919, Zürich 1991 (zweite, erweiterte Auflage).

- ALTERMATT, Urs, Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich ²1991.
- ANDERSON, Benedict, Imagined Communities. Reflections on the Origins and Spread of Nationalism, revised and extended edition by Verso 1991 (first published by Verso 1983).
- ARX, Bernhard von, Die legendäre Internierung war ein purer Glücksfall, In: Die Weltwoche, 2.8.2001, Nr. 31.
- ASSMANN, Jan, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München ⁴2002.
- BAYLY, Christopher A., Die Geburt der modernen Welt. Eine Globalgeschichte 1780-1914, Frankfurt a. M. 2006.
- BENHAMOU, Viviana (Hrsg.), La Suisse face à l’Affaire Dreyfus, Katalog zur Ausstellung im Petit Palais - Musée d’Art Moderne, Genève 1995.
- Bibliographie der Schweizer Presse mit Einschluss des Fürstentums Liechtenstein, Bearbeitet von Fritz BLASER, Zwei Halbbände, Basel 1956 und 1958.
- BLATTMANN, Lynn, „Heil Dir Helvetia, hast noch der Söhne ja...“ Nationalisierung als Geschlechterkonzept, In: ALTERMATT, Urs, BOSSHART-PFLUGER, Catherine und Albert TANNER (Hrsg.), Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert, Zürich 1998, S. 121-129.
- BLATTMANN, Lynn, Männerbund und Bundesstaat, In: Dies. und Irène MEIER (Hrsg.), Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998, S. 17-35.
- BLATTMANN, Lynn, Studentenverbindungen - Männerbünde im Bundesstaat, In: Dies. und Irène MEIER (Hrsg.), Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998, S. 138-155.
- BLUM, Roger, Medien und Demokratie, In: Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs 30, Die Erfindung der Demokratie in der Schweiz, Zürich 2004, S. 145-156.
- BOESCH, Walter, Zur Geschichte der politischen Presse im Kanton Luzern von 1848-1914, Dissertation Universität Zürich, Zürich 1931.
- BOLLINGER, Ernst, Pressegeschichte II, 1840-1930. Die goldenen Jahre der Massenpresse, Freiburg (Schweiz) 1996.
- BONJOUR, Edgar, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Basel 1978.
- BRÄNDLI, Sebastian, Konstruierte Heimat, Zürcher Gemeinden im Bundesstaat. Ortsgeschichte und nationale Identitätsbildung, In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 51, Nr. 3, 2001, S. 318-341.
- BRENNAN, James F., The Reflection of the Dreyfus Affair in the European Press, 1897-1899, New York 1998.
- BROSIUS, Hans-Bernd und Peter EPS, Verändern Schlüsselereignisse journalistische Selektionskriterien? Framing am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge gegen Ausländer und Asylanten, In: Rundfunk und Fernsehen, 41. Jahrgang, 1993/4, S. 512-530.
- BRUBAKER, Rogers, Staats-Bürger. Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich, Hamburg 1994.

- BUCHBINDER, Sascha, Der Wille zur Geschichte. Schweizer Nationalgeschichte um 1900 - die Werke von Wilhelm Oechsli, Johannes Dierauer und Karl Dändliker, Zürich 2002.
- BUSSET, Thomas, La politique du refuge en Suisse 1820-1870, réalité et mythe, In: Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, 25/1999, S. 29-64.
- CLAVIEN, Alain, Antisemitismus und „Dreyfus-Affäre“ im Spiegel der Westschweizer Presse, In: MATTIOLI, Aram (Hrsg.), Antisemitismus in der Schweiz 1848-1960, Zürich 1998, S. 265-277.
- CLAVIEN, Alain, Histoire de la Gazette de Lausanne. Le temps du colonel 1874-1917, Vevey 1997.
- DE CAPITANI, François und Georg GERMANN (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848-1914. Probleme - Errungenschaften - Misserfolge, 8. Kolloquium der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften 1985, Freiburg (Schweiz) 1987.
- DE CAPITANI, François, Die Suche nach dem gemeinsamen Nenner - der Beitrag der Geschichtsschreiber, In: Ders. und Georg GERMANN (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848-1914. Probleme - Errungenschaften - Misserfolge, 8. Kolloquium der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften 1985, Freiburg (Schweiz) 1987, S. 25-38.
- DE CAPITANI, François, Diplomatie-Geschichten 1848-1914: Ringen um Anerkennung und weltweites humanitäres Engagement, In: Landesmuseum Zürich, Bundesamt für Kultur (Hrsg.), In heikler Mission. Geschichten zur Schweizer Diplomatie, Publikation zur gleichnamigen Sonderausstellung im Landesmuseum Zürich, Zürich 2007, S. 38-41.
- DONGES, Patrick und Kurt IMHOF, Öffentlichkeit im Wandel, In: JARREN, Otfried und Heinz BONFADELLI (Hrsg.), Einführung in die Publizistikwissenschaft, Bern 2001, S. 101-133.
- DUCLERT, Vincent, Die Dreyfus-Affäre. Militärwahn, Republikfeindschaft, Judenhass, Berlin 1994 (französische Erstausgabe 1994).
- EBERLE, Thomas S., Der Sonderfall Schweiz aus soziologischer Perspektive, In: Ders. und Kurt IMHOF (Hrsg.), Sonderfall Schweiz, Zürich 2007, S. 7-22.
- EISNER, Manuel, Politische Sprache und sozialer Wandel. Eine quantitative und semantische Analyse von Neujahrsleitartikeln in der Schweiz von 1840 bis 1887, Zürich 1991.
- ERNST, Andreas, Ethnos - Demos: Krise. Deutsche und Schweizer Nationalgeschichte am Ende des Ersten Weltkriegs, In: Ders. et al. (Hrsg.), Kontinuität und Krise. Sozialer Wandel als Lernprozess. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Schweiz, Zürich 1994, S. 301-318.
- ERNST, Andreas, Europäische Öffentlichkeit: Historische Voraussetzungen und aktuelle Folgen eines unvollendeten Projekts, In: IMHOF, Kurt, JARREN, Otfried und Roger BLUM (Hrsg.), Steuerungs- und Regelungsprobleme in der Informationsgesellschaft, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 25-34.
- FAULSTICH, Werner, Medienwandel im Industrie- und Massenzeitalter (1830-1900), Göttingen 2004.

- FERRY, Jean-Marc, Die Relevanz des Postnationalen, In: DEWANDRE, Nicole und Jacques LENOBLE (Hrsg.), Projekt Europa. Postnationale Identität: Grundlage für eine europäische Demokratie?, Berlin 1994, S. 30-41.
- FRANCIS, Emerich, Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie, Berlin 1965.
- FRANÇOIS, Etienne und Hagen SCHULZE, Das emotionale Fundament der Nationen, In: FLACKE, Monika (Hrsg.), Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama, Berlin 1998, S. 17-32.
- FREVERT, Ute, Das Geschlecht des Politischen, In: BLATTMANN, Lynn und Irène MEIER (Hrsg.), Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998, S. 36-52.
- FRÖSCHL, Thomas, Rathäuser und Regierungspaläste. Die Architektur als Hauptinstrument republikanischer Selbstdarstellung in Europa und Nordamerika vom 16. zum 20. Jahrhundert, In: GAMBONI, Dario und Georg GERMANN, unter Mitwirkung von François DE CAPITANI (Hrsg.), Zeichen der Freiheit. Das Bild der Republik in der Kunst des 16. bis 20. Jahrhunderts, Bern 1991, S. 11-28.
- GARRIGUES, Jean, Le Boulangisme et la Révolution française, In : 1889 : Centenaire de la Révolution française. Réactions et Représentations politiques en Europe, Association Internationale d'Histoire Contemporaine de l'Europe, Publié sous la direction de Jacques Bariety, Berne 1992, S. 169-176.
- GEISSBÜHLER, Simon, „Une Suisse neutre ne doit pas être une Suisse morte“. Drei alternative Neutralitätskonzeptionen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert, In : Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 51, 4/2001, S. 535-541.
- GEULEN, Christian, Die Nation als Wille und Wirklichkeit. Historische Anmerkungen zu einer problematischen Unterscheidung, In: JUREIT, Ulrike (Hrsg.), Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassischer und ethnischer Gemeinschaften, Münster 2001, S. 68-80.
- GIESEN, Bernhard, Voraussetzung und Konstruktion. Überlegungen zum Begriff der kollektiven Identität, In: BOHN, Cornelia und Herbert WILLEMS (Hrsg.), Sinngeneratoren. Fremd- und Selbstthematisierung in soziologisch-historischer Perspektive, Konstanz 2001, S. 91-110.
- GLOOR, Lukas, Wege der Werke - Kunstvermittlung in der Schweiz 1840-1890, In: KLEMM, Christian (Hrsg.), Von Anker bis Zünd. Die Kunst im jungen Bundesstaat. 1848-1900, Zürich 1998, S. 333-343.
- GOTTSCHALL, Walter, Demokratie als Bauherr. Streifzug durch die Geschichte der baulichen Selbstdarstellung des schweizerischen Bundesstaates im 19. und 20. Jahrhundert, In: Schweizerisches Sozialarchiv (Hrsg.), Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel, Zürich 1991, S. 67-102.
- GREENFELD, Liah, Is Nation Unavoidable? Is Nation Unavoidable Today?, In: KRIESI, Hanspeter et al. (Hrsg.), Nation and National Identity. The European Experience in Perspective, Chur/Zürich 1999, S. 37-54.
- GRUNER, Erich, Die Parteien in der Schweiz, Bern 1977 (zweite, neu bearbeitete und erweiterte Auflage).

- GUGERLI, David und Daniel SPEICH, Der Hirtenknabe, der General und die Karte. Nationale Repräsentationsräume in der Schweiz des 19. Jahrhunderts, In: Werkstatt Geschichte 23, 1999, S. 53-73.
- HABERMAS, Jürgen, Der europäische Nationalstaat - Zu Vergangenheit und Zukunft von Souveränität und Staatsbürgerschaft, In: Ders., Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a. M. 1996, S. 128-153.
- HABERMAS, Jürgen, Staatsbürgerschaft und nationale Identität. Überlegungen zur europäischen Zukunft, In: DEWANDRE, Nicole und Jacques LENOBLE (Hrsg.), Projekt Europa. Postnationale Identität: Grundlage für eine europäische Demokratie?, Berlin 1994, S. 11-29.
- HAUG, Hans (Hrsg.), Menschlichkeit für alle. Die Weltbewegung des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds, Bern 1993 (2., erweiterte Auflage).
- HAUPT, Heinz Gerhard und Charlotte TACKE, Die Kultur des Nationalen. Sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze bei der Erforschung des europäischen Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert, In: HARDTWIG, Wolfgang und Hans-Ulrich WEHLER (Hrsg.), Kulturgeschichte Heute, Sonderheft 16, Geschichte und Gesellschaft, Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Göttingen 1996, S. 255-283.
- HAUPT, Heinz-Gerhard und Dieter LANGEWIESCHE (Hrsg.), Nation und Religion in Europa. Mehrkonfessionelle Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2004.
- HAUPT, Heinz-Gerhard, Revolution und Reform. 1848 als Wendepunkt auf dem „französischen Weg in die Moderne“, In: Historische Zeitschrift, Die Revolutionen von 1848 in der europäischen Geschichte, Ergebnisse und Nachwirkungen, Beiheft 29, München 2000, S. 23-46.
- HERMANN, Irène, Genève entre République et Canton. Les vicissitudes d'une intégration nationale (1814-1846), Genève 2003.
- HERRMANN, Friederike, „Schleppenträger der bisher von Männern beliebten Parteipolitik“? Eine Spurensuche zur politischen Öffentlichkeit von Frauen, In: IMHOF, Kurt und Peter SCHULZ (Hrsg.), Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft, Zürich 1996, S. 39-60.
- HETTLING, Manfred, Die Fähnlein der Treffsicheren. Die eidgenössischen Schützenfeste im 19. und 20. Jahrhundert, In: BLATTMANN, Lynn und Irène MEIER (Hrsg.), Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998, S. 97-119.
- HIRSH, Sharon L., Swiss Art and National Identity at the Turn of the Twentieth Century, In: FACOS, Michelle and Sharon L. HIRSH (Ed.), Art, Culture and National Identity in Fin-de-siècle Europe, Cambridge University Press 2003, S. 250-285.
- HOBBSBAWM, Eric and Terence RANGER (editors), The Invention of Tradition, Cambridge University Press 1983.
- HOBBSBAWM, Eric J., Das imperiale Zeitalter, 1875-1914, Frankfurt a. M. 1989 (englische Originalausgabe unter dem Titel „The Age of Empire 1875-1914“ 1987).
- HOBBSBAWM, Eric J., Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, München 1996 (englische Erstausgabe 1990).

- HUNZIKER, Guido, Die Schweiz und das Nationalitätsprinzip im 19. Jahrhundert. Die Einstellung der eidgenössischen Öffentlichkeit zum Gedanken des Nationalstaates, Dissertation Universität Basel, Basel 1970.
- HUTCHINSON, John and Anthony D. SMITH (editors), Nationalism, Oxford University Press (Oxford Reader) 1994.
- IM HOF, Ulrich, Mythos Schweiz. Identität - Nation - Geschichte, 1291-1991, Zürich 1991.
- IMHOF, Kurt und Gaetano ROMANO, Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel: Ein- und Überblicke, In: Schweizerisches Sozialarchiv (Hrsg.), Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel, Zürich 1991, S. 11-27.
- IMHOF, Kurt, „Öffentlichkeit“ als historische Kategorie und als Kategorie der Historie, In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 46, 1996, Nr. 1, S. 3-25.
- IMHOF, Kurt, Vermessene Öffentlichkeit - vermessene Forschung? Vorstellung eines Projektes, In: IMHOF, Kurt, KLEGER, Heinz und Gaetano ROMANO (Hrsg.), Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit, Zürich 1993, S. 11-60.
- JÄGGI, Christian, Nationalismus und ethnische Minderheiten, Zürich 1993.
- JAUN, Rudolf, Armee und Nation. Schweizerische Militärdiskurse des 19. Jahrhunderts im Widerstreit, In: ALTERMATT, Urs, BOSSHART-PFLUGER, Catherine und Albert TANNER (Hrsg.), Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert, Zürich 1998, S. 149-166.
- JAUN, Rudolf, Preussen vor Augen. Das schweizerische Offizierskorps im militärischen und gesellschaftlichen Wandel des Fin de siècle, Zürich 1999.
- JOLY, Bertrand, La France et la Revanche (1871-1914), In: Revue d'histoire moderne et contemporaine, Tome 46-2, 1999, S. 325-347.
- JORIS, Elisabeth, Geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und Integration der Frauen, In: STUDER, Brigitte (Hrsg.), Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationsbildung der Schweiz, 1848-1998, Zürich 1998, S. 187-201.
- JOST, Hans Ulrich, Anfänge der kulturellen Aussenpolitik der Schweiz, In: ALTERMATT, Urs und Judit GARAMVÖLGYI (Hrsg.), Innen- und Aussenpolitik. Primat oder Interdependenz? Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer, Bern 1980, S. 581-590.
- JOST, Hans Ulrich, Bewunderung und heimliche Angst: Gesellschaftliche und kulturelle Reaktionen in Bezug auf das deutsche Kaiserreich, In: Itinera, Fasc. 26, 2007, S. 16-45.
- JOST, Hans Ulrich, Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900, Zürich 1992.
- JOST, Hans Ulrich, Zum Konzept der Öffentlichkeit in der Geschichte des 19. Jahrhunderts, In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 46, 1996, Nr. 1, S. 43-59.
- JUREIT, Ulrike (Hrsg.), Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassischer und ethnischer Gemeinschaften, Münster 2001.
- KÄSTLI, Tobias, Die Schweiz - eine Republik in Europa. Geschichte des Nationalstaats seit 1789, Zürich 1998.
- KLEIN, Michael B., Zwischen Reich und Region. Identitätsstrukturen im Deutschen Kaiserreich (1871-1918), Stuttgart 2005.

- KLEMM, Christian, Die Kunst im jungen Bundesstaat. Der Deutsch-Französische Krieg von 1870 und sein Echo in der Schweizer Malerei, In: Ders. (Hrsg.), Von Anker bis Zünd. Die Kunst im jungen Bundesstaat, 1848-1900, Zürich 1998, S. 197-210.
- KOSELLECK, Reinhart, Ereignis und Struktur, In: Ders. und Wolf-Dieter STEMPEL (Hrsg.), Geschichte - Ereignis und Erzählung, München 1973, S. 560-571.
- KOSELLECK, Reinhart, Nachdenken über Geschichtsschreibung, In: Neue Zürcher Zeitung, 22.11.1999.
- KREIS, Georg und Balz ENGLER, Das Festspiel: Formen, Funktionen, Perspektiven, Willisau 1988.
- KREIS, Georg, Der Mythos von 1291. Zur Entstehung des schweizerischen Nationalfeiertags, Basel 1991.
- KREIS, Georg, Die besseren Patrioten. Nationale Idee und regionale Identität in der französischen Schweiz vor 1914, In: DE CAPITANI, François und Georg GERMANN (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848-1914. Probleme - Errungenschaften - Misserfolge, 8. Kolloquium der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften 1985, Freiburg (Schweiz) 1987, S. 55-76.
- KREIS, Georg, Schweizerische Nationalpädagogik in Wort und Bild, In: FLACKE, Monika (Hrsg.), Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama, Berlin 1998, S. 446-475.
- KRIESI, Hans Max, Gottfried Keller als Politiker, Frauenfeld/Leipzig 1918.
- KRIESI, Hanspeter, Introduction: State Formation and Nation Building in the Swiss Case, In: Ders. et al. (Hrsg.), Nation and National Identity. The European Experience in Perspective, Chur/Zürich 1999, S. 13-28.
- KURY, Patrick, Antisemitismus und nationale Identität, In: Schweizerisches Landesmuseum Zürich (Hrsg.), Die Erfindung der Schweiz 1848-1948. Bildentwürfe einer Nation, Zürich 1998, S. 116-125.
- La Liberté en son premier siècle, 1871-1971, Contributions de Roger POCHON, Véronique PASQUIER, Marie-Josèphe LUISIER, Gilbert GRAND et Denis BUCHS, Sous la direction de Roland RUFFIEUX, Fribourg (Suisse) 1975.
- LACHER, Adolf, Die Schweiz und Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Diplomatische und politische Beziehungen im Zeichen des deutsch-französischen Gegensatzes 1883-1914, Dissertation Universität Basel, Basel 1967.
- LANG, Josef, Die beiden Katholizismen und die Krux der Schweizer Demokratie, In: Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, 30/2004, S. 45-73.
- LEMBERG, Eugen, Nationalismus, 2 Bände, Reinbek bei Hamburg 1961, 1. Band: Psychologie und Geschichte.
- LENGWILER, Martin, Männlichkeit, und Nervenstärke. Zur Bedeutung von Militär und Krieg für die Gründung des Bundesstaates, In: BLATTMANN, Lynn und Irène MEIER (Hrsg.), Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998, S. 120-137.
- LUDWIG, Carl, Schweizerisches Presserecht, Basel 1964.
- LÜTHY, Herbert, Die Schweiz als Antithese, Zürich (Erstdruck 1961 unter dem Titel „La Suisse à contre-courant“ in der „Revue économique franco-suisse“. Deutsche Fassung 1963.)

- MAAS, Annette, Der Kult der toten Krieger. Frankreich und Deutschland nach 1870/71, In: FRANÇOIS, Etienne, SIEGRIST, Hannes und Jakob VOGEL (Hrsg.), Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich, 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1995, S. 215-231.
- MAISSEN, Thomas, Die Geschichte der NZZ 1780-2005, Zürich 2005.
- MARCHAL, Guy P. und Aram MATTIOLI (Hrsg.), Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität, Zürich 1992.
- MARCHAL, Guy P. und Aram MATTIOLI, Nationale Identität - allzu Bekanntes in neuem Licht, In: Dies., Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität, Zürich 1992, S. 11-20.
- MARCHAL, Guy P., Das „Schweizeralpenland“: Eine imagologische Bastelei, In: Ders. und Aram MATTIOLI (Hrsg.), Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität, Zürich 1992, S. 37-49.
- MARCHAL, Guy P., Die „Alten Eidgenossen“ im Wandel der Zeiten. Das Bild der frühen Eidgenossen im Traditionsbewusstsein und in der Identitätsvorstellung der Schweizer vom 15. bis ins 20. Jahrhundert, In: Innerschweiz und frühe Eidgenossenschaft, Band 2, Olten 1990, S. 309-403.
- MARCHAL, Guy P., Schweizer Gebrauchsgeschichte. Geschichtsbilder, Mythenbildung und nationale Identität, Basel 2006.
- MATTIOLI, Aram, „Vaterland der Christen“ oder „bürgerlicher Staat“? Die Schweiz und die jüdische Emanzipation, 1848-1874, In: ALTERMATT, Urs, BOSSHART-PFLUGER, Catherine und Albert TANNER (Hrsg.), Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert, Zürich 1998, S. 217-235.
- METZGER, Franziska, Die Reformation in der Schweiz zwischen 1850 und 1950. Konkurrierende konfessionelle und nationale Geschichtskonstruktionen und Erinnerungsgemeinschaften, In: HAUPT, Heinz-Gerhard und Dieter LANGEWIESCHE (Hrsg.), Nation und Religion in Europa. Mehrkonfessionelle Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2004, S. 64-98.
- METZGER, Franziska, Entangled discourses. Religion, Geschichte, Nation in der katholischen Kommunikationsgemeinschaft der Schweiz, In: ALTERMATT, Urs und Franziska METZGER, (Hrsg.), Religion und Nation. Katholizismen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2007, S. 153-175.
- MEYERHOFER, Ursula, Von Vaterland, Bürgerrepublik und Nation. Nationale Integration in der Schweiz 1815-1848, Zürich 2000.
- MOMMSEN, Wolfgang J., Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck, 1850 bis 1890, Propyläen Geschichte Deutschlands, 7. Band, 1. Teil, Berlin 1993.
- NEIDHART, Leonhard, Regierbarkeitsfragen in der direkten Demokratie, In: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, 23/1983, S. 13-43.
- NORA, Pierre, Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990 (französische Erstausgabe 1984).
- O.A., Der Landbote 1836-1986. 150 Jahre mitten im Leben, Winterthur 1987.

- PELLIN, Elio und Elisabeth RYTER, Landeswappen, Leibchen und Logos. Zeichen im Bausatz der Identitäten, In: PELLIN, Elio und Elisabeth RYTER (Hrsg.), Weiss auf Rot. Das Schweizer Kreuz zwischen nationaler Identität und Corporate Identity, Zürich 2004, S. 19-39.
- PETERS, Bernhard, Der Sinn von Öffentlichkeit, In: NEIDHARDT, Friedhelm (Hrsg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, 1994, S. 42-76.
- POMIAN, Krzysztof, Die Geschichte der Strukturen, In: LE GOFF, Jacques, CHARTIER, Roger und Jacques REVEL (Hrsg.), Die Rückeroberung des historischen Denkens. Grundlagen der Neuen Geschichtswissenschaft, Frankfurt a. M. 1990 (französische Erstausgabe 1978), S. 166-200.
- RENAN, Ernest, Qu'est-ce qu'une nation?, In: Oeuvres complètes, Tome I, Paris 1947.
- RENK, Hansjörg, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz. Der Wohlgemuth-Handel von 1889. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen, Basel 1972.
- RESZLER, André, Mythes et identité de la Suisse, Genève 1986.
- RIKLIN, Alois, Die Neutralität der Schweiz, In: Ders., HAUG, Hans und Raymond PROBST (Hrsg.), Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern 1992, S. 191-209.
- RIKLIN, Franz, Schweizerisches Presserecht, Bern 1996.
- RUFFIEUX, Roland, La politique extérieure de la Suisse et le tournant européen de 1866-1872: Illustration du cas particulier?, In: Itinera, Fasc. 7, 1987, S. 9-29.
- SARASIN, Philipp, Die Wirklichkeit der Fiktion. Zum Konzept der imagined communities, In: JUREIT, Ulrike (Hrsg.), Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassischer und ethnischer Gemeinschaften, Münster 2001, S. 22-45.
- SAXER, Ulrich, Die Zeitung als politische Sozialisationsinstanz, In: Relation 1, 1994, S. 19-48.
- SCHAFFNER, Martin, „Volk“ gegen „Herren“. Konfliktverhalten und kollektives Bewusstsein in der Demokratischen Bewegung, In: DE CAPITANI, François und Georg GERMANN (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848-1914. Probleme - Errungenschaften - Misserfolge, 8. Kolloquium der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften 1985, Freiburg (Schweiz) 1987, S. 39-53.
- SCHIEDER, Theodor, Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa, Hrsg. von Otto DANN und Hans-Ulrich WEHLER, Göttingen 1991.
- SCHRODA, Julia, Der Mythos der ‚provinces perdues‘ in Frankreich, In: EINFALT, Michael et al. (Hrsg.), Konstrukte nationaler Identität: Deutschland, Frankreich und Grossbritannien (19. und 20. Jahrhundert), Würzburg 2002, S. 115-133.
- Schweizerisches Landesmuseum Zürich (Hrsg.), Die Erfindung der Schweiz 1848-1948. Bildentwürfe einer Nation, Zürich 1998.
- SIEGENTHALER, Hansjörg, Die Rede von der Kontinuität in der Diskontinuität des sozialen Wandels - das Beispiel der dreissiger Jahre, In: BRÄNDLI, Sebastian et al. (Hrsg.), Schweiz im Wandel, Studien zur neueren Gesellschaftsgeschichte, Festschrift für Rudolf Braun zum 60. Geburtstag, Basel 1990, S. 419-434.
- SIEGENTHALER, Hansjörg, Hirtenfolklore in der Industriegesellschaft. Nationale Identität als Gegenstand von Mentalitäts- und Sozialgeschichte, In: MARCHAL, Guy P. und Aram

- MATTIOLI (Hrsg.), *Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität*, Zürich 1992, S. 35-44.
- SIEGENTHALER, Hansjörg, *Krisen und ihre Beilegung im schweizerischen Bundesstaat*, In: Schweizerische Volksbank (Hrsg.), *Die Orientierung*, Bern 1991, S. 35-44.
- SIMON, Christian, *Identität durch Geschichte im Nationalstaat. Zum Geschichtsbedarf in Frankreich*, In: MARCHAL, Guy P. und Aram MATTIOLI (Hrsg.), *Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität*, Zürich 1992, S. 103-120.
- STADLER, Peter, *Der Kulturkampf in der Schweiz. Eidgenossenschaft und katholische Kirche im europäischen Umkreis, 1848-1888*, Zürich ²1996 (erweiterte und durchgesehene Neuauflage).
- STADLER, Peter, *Konfessionalismus im schweizerischen Bundesstaat, 1848-1914*, In: DE CAPITANI, François und Georg GERMANN (Hrsg.), *Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848-1914. Probleme - Errungenschaften - Misserfolge*, 8. Kolloquium der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften 1985, Freiburg (Schweiz) 1987, S. 85-93.
- STUDER, Brigitte (Hrsg.), *Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationsbildung der Schweiz, 1848-1998*, Zürich 1998.
- SUTER, Andreas und Manfred HETTLING, *Struktur und Ereignis - Wege zu einer Sozialgeschichte des Ereignisses*, In: Dies., *Struktur und Ereignis, Geschichte und Gesellschaft*, Sonderheft 19, Göttingen 2001, S. 7-32.
- SUTER, Andreas, *Die Entdeckung von Marignano. Die Tradition der neutralen Schweiz als Erfindung des 19. Jahrhunderts*, In: *Neue Zürcher Zeitung*, 13.2.1999.
- SUTER, Andreas, *Nationalstaat und die „Tradition von Erfindung“*. Vergleichende Überlegungen, In: *Geschichte und Gesellschaft*, 3/1999, S. 480-503.
- SUTER, Andreas, *Neutralität. Prinzip, Praxis und Geschichtsbewusstsein*, In: HETTLING, Manfred et al. (Hrsg.), *Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen*, Frankfurt a. M., S. 133-188.
- TANNER, Albert, *Willensnation versus Kulturnation. Nationalbewusstsein und Nationalismus in der Schweiz*, In: BOSSHART-PFLUGER, Catherine, JUNG, Joseph und Franziska METZGER (Hrsg.), *Nation und Nationalismus in Europa. Kulturelle Konstruktion von Identitäten*, Festschrift für Urs Altermatt, Frauenfeld 2002, S. 179-203.
- TANNER, Jakob, *Nation, Kommunikation und Gedächtnis. Die Produktivkraft des Imaginären und die Aktualität Ernest Renans*, In: JUREIT, Ulrike (Hrsg.), *Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassistischer und ethnischer Gemeinschaften*, Münster 2001, S. 46-67.
- TRACHSEL, Ronny, *Post und Telekommunikation zeigen Flagge. Teil I: Vom Wappenschild zum Wappen-Logo*, In: PELLIN, Elio und Elisabeth RYTER (Hrsg.), *Weiss auf Rot. Das Schweizer Kreuz zwischen nationaler Identität und Corporate Identity*, Zürich 2004, S. 147-160.
- TROM, Danny, *Die gespaltene Erinnerung*, In: FLACKE, Monika (Hrsg.), *Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama*, Berlin 1998, S. 129-151.
- TSCHOPP, Silvia Serena, *Die Geburt der Nation aus dem Geist der Geschichte. Historische Dichtung Schweizer Autoren des 19. Jahrhunderts*, Tübingen 2004.

- URNER, Die Deutschen in der Schweiz. Von den Anfängen der Kolonienbildung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Frauenfeld 1976.
- VAISSE, Pierre, Schweizer Historienmalerei. Anmerkungen zu einem angeblichen Tod, In: KLEMM, Christian (Hrsg.), Von Anker bis Zünd. Die Kunst im jungen Bundesstaat, 1848-1900, Zürich 1998, S. 65-71.
- VOGEL, Matthias, Idealistischer Naturalismus oder naturalistische Idylle. Die Schweizer Genremalerei des 19. Jahrhunderts im internationalen Kontext, In: KLEMM, Christian (Hrsg.), Von Anker bis Zünd. Die Kunst im jungen Bundesstaat, 1848-1900, Zürich 1998, S. 51-63.
- VUILLEUMIER, Marc, 1889 en Suisse, In: 1889: Centenaire de la Révolution française. Réactions et Représentations politiques en Europe, Actes du colloque tenu à l'Université des Sciences Humaines de Strasbourg, 20-22 avril 1989, Association Internationale d'Histoire Contemporaine de l'Europe, Publié sous la direction de Jacques Bariety, Berne 1992, S. 211-236.
- WEICHLEIN, Siegfried, Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich, Düsseldorf 2004.
- WEICHLEIN, Siegfried, Nationalismus als Theorie sozialer Ordnung, In: MERGEL, Thomas und Thomas WELSKOPP (Hrsg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, S. 171-200.
- WIDMER, Thomas, Die Schweiz in der Wachstumskrise der 1880er Jahre, Zürich, 1992.
- WISKEMANN, Elizabeth, A Great Swiss Newspaper. The Story of the Neue Zürcher Zeitung, Oxford University Press, London 1959.
- WITZIG, Heidi, Von der Mutter der Nation zur stummen Partnerin mit besonderen Aufgaben. Frauen in der Schweiz vor 1945, In: BLATTMANN, Lynn und Irène MEIER (Hrsg.), Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998, S. 177-197.
- ZIMMER, Oliver, A Contested Nation. History, Memory and Nationalism in Switzerland, 1761-1891, Cambridge University Press 2003.

10.4 Artikel aus dem Historischen Lexikon der Schweiz (HLS)

- ALTERMATT, Claude, Diplomatie, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 1.12.2006, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D26460-3.php>.
- BISCHOF, Franz Xaver, Jesuiten, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 13.2.2006, URL: <http://www.dhs.ch/externe/protect/textes/d/D11718.html>.
- BÜRGI, Markus, Der Landbote, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 14.10.2005, URL: <http://www.dhs.ch/externe/protect/textes/d/D24775.html>.
- GILG, Peter, Kirche und Staat, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 11.2.2005, URL: <http://www.dhs.ch/externe/protect/textes/d/D11457-1-1228.html>.
- GRUNDER, Hans-Ulrich, Primarschule, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 11.2.2005, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10402-1-3.php>.

- KREIS, Georg, Aussenpolitik, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 11.2.2005, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D26455-1.php>.
- MORTANGES, René Pahud de, Kirchenrecht, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 4.8.2004, URL: <http://www.dhs.ch/externe/protect/textes/d/D8931.html>.
- MÜLLER, Felix, Grütliverein, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 27.5.2005, URL: <http://www.dhs.ch/externe/protect/textes/d/D17397.html>.
- SENN, Hans, Deutsch-Französischer Krieg, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 5.4.2005, URL: <http://www.dhs.ch/externe/protect/textes/d/D8925.html>.
- STEFFEN GERBER, Therese und Martin KELLER, Bundesanwaltschaft, In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 5.9.2003, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10352.php>.

Anhang

Der deutsch-französische Krieg

19.6.1870	Berufung eines Prinzen von Hohenzollern-Sigmaringen auf den spanischen Thron – Intervention Frankreichs.
12.7.1870	Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen lehnt die Krone ab.
13.7.1870	Emser Depesche.
19.7.1870	Kriegserklärung Frankreichs.
2.9.1870	Niederlage Frankreichs bei Sedan.
4.9.1870	Proklamation der französischen Republik.
19.9.1870	Paris wird von den Deutschen eingeschlossen und anschliessend monatelang belagert.
1.1.1871	Das Deutsche Reich tritt staatsrechtlich in Kraft.
18.1.1871	Der preussische König Wilhelm I. wird im Schloss von Versailles zum deutschen Kaiser proklamiert.
28.1.1871	Waffenstillstand.
1.2.1871	Übertritt der französischen Ostarmee unter General Bourbaki auf schweizerischen Boden.
26.2.1871	Vorfriede.
9.3.1871	Zürcher Tonhallekrawall.
10.5.1871	Unterzeichnung des offiziellen Friedensvertrages in Frankfurt a. Main.

Der Kulturkampf

8.7.1871	Aufhebung der katholischen Abteilung im preussischen Kultusministerium.
11.3.1872	Ein preussisches Gesetz stellt Schulen unter Staatsaufsicht.
4.7.1872	Jesuiten und einige andere Orden werden im Deutschen Reich verboten.
11./14.5.1873	Die preussischen Maigesetze treten in Kraft.
9.3.1874	Einführung der obligatorischen Zivilehe.
4.5.1874	Geistliche, die gegen die Maigesetze verstossen, bekommen entweder einen Aufenthaltsort angewiesen oder werden ausgewiesen.
22.4.1875	Brotkorbgesetz (= die staatlichen Zuwendungen an die katholische Kirche werden eingestellt).
20.2.1878	Leo XIII. wird Papst (als Nachfolger von Pius IX.) – eine Wende im Kulturkampf zeichnet sich ab.
1878/1879	Verhandlungen zwischen Bismarck und Vertretern des Vatikans zur Beilegung des Kulturkampfes.
14.7.1880	Erstes Milderungsgesetz.
31.5.1882	Zweites Milderungsgesetz.
11.7.1883	Drittes Milderungsgesetz.
21.5.1886	Erstes Friedensgesetz.
29.4.1887	Zweites Friedensgesetz.
23.5.1887	Papst Leo XIII. erklärt den Kulturkampf für beendet.

Das Sozialistengesetz

11.5.1878	Attentat auf Wilhelm I. Gesetz im Reichstag zur Abwehr der Ausschreitungen der Sozialdemokratie – Ablehnung des Gesetzes.
2.6.1878	Erneutes Attentat auf Wilhelm I.
30.6.1878	Reichstagswahlen "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie".
19.10.1878	Annahme des Sozialistengesetzes im Reichstag.
21.10.1878	Inkrafttreten des Sozialistengesetzes.
25.1.1890	Ablehnung des Gesetzes im Reichstag.

Der Wohlgemuth-Handel

22.4.1889	Verhaftung Wohlgemuths.
25.4.1889	Benachrichtigung des Bundesrates.
3.5.1889	Der Bundesrat verfügt über die Ausweisung Wohlgemuths.
12.7.1889	Der Bundesrat verschiebt die internationale Konferenz zum Arbeiterschutz
20.7.1889	Bismarck kündigt den Niederlassungsvertrag von 1876.
31.5.1890	Neuer Niederlassungsvertrag mit Deutschland.
20.7.1890	Der neue Niederlassungsvertrag tritt in Kraft.

Der Boulangismus

7.1.1886	General Boulanger wird Kriegsminister.
Anfang 1887	Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich – Boulanger wird als Minister abgesetzt.
04.-08.1888	Wahlerfolge Boulangers in partiellen Wahlen.
27.1.1889	Wahlsieg Boulangers in Paris – Gefahr eines Staatsstreichs.
März 1889	Auflösung der <i>ligue des patriotes</i> – Einladung Boulangers vor den Senat – Anklage wegen Verschwörung gegen die Sicherheit der Republik – Flucht nach Brüssel.
30.9.1891	Selbstmord Boulangers.

Die Dreyfus-Affäre

15.10.1894	Verhaftung von Alfred Dreyfus.
31.10.1894	Die Agentur <i>Havas</i> gibt die Verhaftung eines französischen Offiziers wegen Spionage bekannt. <i>Le Soir</i> veröffentlicht den Namen: Alfred Dreyfus.
1.11.1894	<i>La Libre Parole</i> veröffentlicht einen Artikel zur Verhaftung – Beginn einer antisemitischen Pressekampagne.
19.12.1894	Prozess gegen Dreyfus vor dem ersten Kriegsgericht in Paris.

22.12.1894	Dreyfus wird wegen Landesverrats schuldig gesprochen.
31.12.1894	Dreyfus' Rekurs wird abgelehnt.
21.2.1895	Einschiffung von Dreyfus nach <i>Ile du Diable</i> .
10.11.1895	Publikation einer Broschüre von Bernard Lazare: <i>Une erreur judiciaire. La vérité sur l'Affaire Dreyfus</i> .
1898	Das Hauptbelastungsdokument erweist sich als Fälschung.
13.1.1898	Veröffentlichung von Zolas <i>J'accuse</i> – die Linke fordert die Wiederaufnahme des Verfahrens.
18.1.1898	Sozialistische Abgeordnete veröffentlichen ein Manifest, worin sie sich gegen die Freilassung von Dreyfus aussprechen.
7.2.1898	Prozess gegen Zola wegen Diffamierung.
8.8.1899	Beginn des zweiten Prozesses gegen Dreyfus.
9.9.1899	Erneute Verurteilung von Dreyfus (= Begnadigung zu 10 Jahren Gefängnis).
12.7.1906	Rehabilitation von Dreyfus.